

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit in Württemberg stellt ein bislang wenig erforschtes Feld der Arbeitsrechtsgeschichte dar. Dies verwundert umso mehr, wenn man bedenkt, dass diese Gerichte die Vorgängerinstitutionen der heutigen Arbeitsgerichtsbarkeit sind.

Um Licht in dieses Dunkel zu bringen, wurden Bestand, Aufbau und die alltägliche Arbeit der württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ab Einführung des Gewerbegerichtsgesetzes im Jahr 1891 bis 1927 – dem Jahr der Einführung der Arbeitsgerichte – untersucht. Einen vertieften Einblick in die Alltagsarbeit erlaubt die Untersuchung der Rechtsprechung zu den Kündigungen der Arbeitsverhältnisse aus wichtigem Grund. Eine Auswahl besonders lesenswerter Urteile findet sich ebenso im Anhang abgebildet wie auch eine statistische Erhebung über die Arbeit eines Großteils der württembergischen Gewerbegerichte.

ISBN: 978-3-86646-429-2



9 783866 464292

Rechtskultur Wissenschaft

Maier: Die württembergische Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit

Rechtskultur Wissenschaft

Hartwig Maier

Die württembergische Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit

und insbesondere deren Rechtsprechung
zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund

Rechtskultur Wissenschaft

Rechtskultur Wissenschaft

Band 18

Herausgegeben von

Martin Löhnig (Regensburg) und Ignacio Czeguhn (Berlin)

Hartwig Maier

Die württembergische
Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit

und insbesondere
deren Rechtsprechung
zur fristlosen Kündigung
aus wichtigem Grund

Rechtskultur Wissenschaft

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
ISBN: 978-3-86646-429-2

©2015 Edition Rechtskultur
in der H. Gietl Verlag & Publikationsservice GmbH, Regensburg
www.gietl-verlag.de / www.edition-rechtskultur.de
Satz und Gestaltung: Simon Naczinsky und Thomas Hornberger, Regensburg
ISBN: 978-3-86646-429-2

VORWORT

Die vorliegende Arbeit wurde im März 2015 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. An dieser Stelle möchte ich mich herzlichst bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Martin Löhnig, für seine glänzende Betreuung und kontinuierliche Förderung bedanken. Ferner danke ich Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Becker für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Darüber hinaus danke ich allen, die mich bei der Anfertigung der Dissertation unterstützt haben. Größter Dank gilt meinen Eltern für die Begleitung auf meinem Lebensweg und insbesondere meiner Frau und meinen Kindern, ohne deren Rücksicht, Zuspruch und Ermutigungen die Arbeit wohl nicht entstanden wäre.

INHALTSÜBERSICHT

I. EINFÜHRUNG	15
II. GRUNDRISS DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE BIS ZUR SCHAFFUNG DER GEWERBEGERICHTE IM JAHR 1891	17
1. Ende der feudalen Herrschaftssysteme	17
2. Die neuen Freiheiten und ihre Folgen	17
3. Entstehung der „Arbeiterschaft“	18
4. Fazit	23
III. ARBEITSVERTRAGSRECHT BEI ERRICHTUNG DER GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTE	25
1. Das deutsche Arbeitsrecht im 19. Jahrhundert	25
2. Schaffung des BGB und seine Auswirkungen auf das Arbeitsrecht	28
3. Fazit	29
IV. ARBEITSVERHÄLTNISSE NACH GEWERBEORDNUNG UND HANDELSGESETZBUCH	31
1. Arbeitsverhältnisse nach der Gewerbeordnung	31
2. Dienstverhältnisse nach dem Handelsgesetzbuch	34
3. Fazit	35
V. DIE KÜNDIGUNG AUS WICHTIGEM GRUND BEI DEN ARBEITS- BZW. LEHRVERHÄLTNISSEN NACH DER GEWERBEORDNUNG UND HGB	37
1. Unterschiede in der Kündigungssystematik	37
2. Weswegen Dreiteilung?	41
3. Kollision mit § 626 BGB	41
4. Rechtsgeschäftliche Vereinbarungen über den wichtigen Grund	41
5. Kündigungseinschränkungen und Kündigungsschutz	44
6. Fazit	44
VI. ENTWICKLUNG UND ERRICHTUNG VON ARBEITSRECHTLICHEN SONDERGERICHTEN	47
1. Rückblick	47
2. Gesetz betreffend die Gewerbegerichte von 1890	48
3. Kaufmannsgerichtsgesetz von 1904	56
4. Bedeutung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte	56
5. Neben den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bestehende Sondergerichte für Arbeitnehmer	58
6. Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, insbesondere das Schlichtungswesen und Betriebsrätegesetz	59
7. Das Ende der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit	60
8. Fazit	62
VII. DIE GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTE IN WÜRTTEMBERG	63
1. Bestand von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten in Württemberg	63
2. Die Berufungsinstanzen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Württemberg	72
3. Zufriedenheit der Württemberger mit den Gerichten	73
4. Die Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte	74
5. Geringer Bestand an Prozessakten	76
6. Die vorhandenen Urteile	78
7. Unterschiedliche Wahrnehmung und Bedeutung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte	80
8. Statistische Erhebungen zur Tätigkeit der württembergischen Gewerbegerichte	80
9. Fazit	88
VIII. ENTSTEHUNG DER ARBEITSRECHTSWISSENSCHAFT, STAND DER LITERATUR UND RECHTSPRECHUNG ZUR ZEIT DER GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTE	89
1. Die Väter der Arbeitsrechtswissenschaft	89
2. Bis zum Ersten Weltkrieg	90
3. Entwicklungen im und nach dem Ersten Weltkrieg	91
4. Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte	92
5. Rechtsprechung und Zeitschriften	92

6. Zunahme der literatur-internen kritischen Auseinandersetzung und Herausbildung einer wissenschaftlichen Disziplin	95
7. Fazit	96
IX. RECHTSPRECHUNG UND LITERATUR ZUR KÜNDIGUNG VON ARBEITS- BZW. LEHRVERHÄLTNISSEN AUS WICHTIGEM GRUND NACH DER GEWERBEORDNUNG UND DEM HGB	97
1. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung durch den Arbeitgeber – benannt-wichtige Kündigungsgründe	100
2. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung durch den Arbeitnehmer – benannt-wichtige Kündigungsgründe	121
3. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung durch Arbeitnehmer und / oder Arbeitgeber – unbenannt-wichtige Kündigungsgründe	131
4. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung von Lehrlingsverhältnissen	135
5. Rechtsprechung und Literatur zu in Einzelverträgen (§ 122 der Gewerbeordnung bzw. § 67 HGB) oder Arbeitsordnungen (§ 134b der Gewerbeordnung) vereinbarten wichtigen Gründen	142
6. Entscheidungen des Reichsgerichts zum Arbeitsrecht	143
7. Einfluss des Ersten Weltkrieges auf die wichtigen Kündigungsgründe	143
8. Fazit	144
X. GESAMTFAZIT	147
ANHANG I. GESETZESQUELLEN	151
ANHANG II. GESETZESSYNOPTEN	163
ANHANG III. STATISTISCHE AUSWERTUNG	167
ANHANG IV. BESONDERS LESENSWERTE URTEILE	197
LITERATURVERZEICHNIS	243
Monographien, Handbücher und Beiträge in Festschriften	243
Beiträge in Zeitschriften	247
Entscheidungssammlungen	248

INHALT

I. EINFÜHRUNG	15
II. GRUNDRISS DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE BIS ZUR SCHAFFUNG DER GEWERBEGERICHTE IM JAHR 1891	17
1. Ende der feudalen Herrschaftssysteme	17
2. Die neuen Freiheiten und ihre Folgen	17
a. Bauern- und Bodenbefreiung	17
b. Gewerbefreiheit	18
3. Entstehung der „Arbeiterschaft“	18
a. Industrialisierung	18
b. Soziale Lage der Arbeiterschaft	19
aa. Wohnungssituation	20
bb. Arbeiterschutz	21
c. Soziale Sicherung	22
aa. Gewerkschaftliche Entwicklungen	22
bb. Staatliche Versicherungen	22
4. Fazit	23
III. ARBEITSVERTRAGSRECHT BEI ERRICHTUNG DER GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTE	25
1. Das deutsche Arbeitsrecht im 19. Jahrhundert	25
a. Römisches Recht	26
b. Deutsches partikulares Recht	26
aa. Gesinderecht	26
bb. Das Beamtenrecht	26
cc. Das Arbeiterrecht	27
c. Einheitliches deutsches Recht	27
2. Schaffung des BGB und seine Auswirkungen auf das Arbeitsrecht	28
3. Fazit	29
IV. ARBEITSVERHÄLTNISSE NACH GEWERBEORDNUNG UND HANDELSGESETZBUCH	31
1. Arbeitsverhältnisse nach der Gewerbeordnung	31
a. Allgemeine Verhältnisse	31
b. Verhältnisse der Gesellen und Gehilfen	31
c. Lehrlingsverhältnisse	32
d. Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker	32
e. Verhältnisse der Fabrikarbeiter	33
2. Dienstverhältnisse nach dem Handelsgesetzbuch	34
a. Verhältnisse der Handlungsgehilfen	34
b. Lehrlingsverhältnisse	34
c. Weitere Arbeitsvertragsverhältnisse nach dem HGB	35
3. Fazit	35
V. DIE KÜNDIGUNG AUS WICHTIGEM GRUND BEI DEN ARBEITS- BZW. LEHRVERHÄLTNISSEN NACH DER GEWERBEORDNUNG UND HGB	37
1. Unterschiede in der Kündigungssystematik	37
a. Enumerationsprinzip	37
b. Enumerationsprinzip in Verbindung mit einer Generalklausel	38
c. Generalklausel in Verbindung mit Regelbeispielen	38
d. Kündigung von Lehrlingsverhältnissen nach der Gewerbeordnung	40
e. Kündigung von Lehrverhältnissen nach dem HGB	40
2. Weswegen Dreiteilung?	41
3. Kollision mit § 626 BGB	41
4. Rechtsgeschäftliche Vereinbarungen über den wichtigen Grund	41
5. Kündigungseinschränkungen und Kündigungsschutz	44
a. Hilfsdienstegesetz	44
b. Demobilmachungsverordnung	44
c. Betriebsrätegesetz	44

d. Schwerbeschädigtengesetz	44
e. Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten	44
6. Fazit	44

VI. ENTWICKLUNG UND ERRICHTUNG VON ARBEITSRECHTLICHEN SONDERGERICHTEN 47

1. Rückblick	47
a. Berliner Fabrikengericht	47
b. Conseils de prud'hommes	47
c. Vorgängergerichte der Kaufleute	48
2. Gesetz betreffend die Gewerbegerichte von 1890	48
a. Zuständigkeit	49
b. Aufbau	49
c. Verfahrensgrundsätze	50
d. Instanzen	55
e. Zusatzaufgaben	55
f. Die Novelle des Gewerbegerichtsgesetzes von 1901	56
3. Kaufmannsgerichtsgesetz von 1904	56
4. Bedeutung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte	56
5. Neben den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bestehende Sondergerichte für Arbeitnehmer	58
6. Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, insbesondere das Schlichtungswesen und Betriebsrätegesetz	59
a. Allgemeines	59
b. Hilfsdienstegesetz und Schlichtungswesen	59
c. Betriebsrätegesetz	59
7. Das Ende der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit	60
8. Fazit	62

VII. DIE GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTE IN WÜRTTEMBERG 63

1. Bestand von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten in Württemberg	63
a. Gründungen im Jahr 1891	64
b. Gründungen im Jahr 1892	66
c. Gründung im Jahr 1893	68
d. Gründungen im Jahr 1894	68
e. Gründungen im Jahr 1895	68
f. Gründung im Jahr 1896	69
g. Gründung im Jahr 1897	69
h. Gründung im Jahr 1899	69
i. Gründung im Jahr 1900	69
j. Gründungen im Jahr 1901	69
k. Gründung im Jahr 1902	70
l. Gründung im Jahr 1903	70
m. Gründung im Jahr 1906	70
n. Gründung im Jahr 1907	71
o. Gründung im Jahr 1911	71
p. Gründungen im Jahr 1912	71
q. Gründung im Jahr 1920	71
r. Beabsichtigte oder behauptete Gewerbe- oder Kaufmannsgerichte	71
2. Die Berufungsinstanzen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Württemberg	72
3. Zufriedenheit der Württemberger mit den Gerichten	73
4. Die Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte	74
5. Geringer Bestand an Prozessakten	76
a. Vernichtung der Akten	76
b. Nur Vorhandenes kann archiviert werden	77
aa. Nicht erhobene Klagen	77
bb. Nicht mit Urteil abgeschlossene Klagen	78
6. Die vorhandenen Urteile	78
a. Formalia	78
b. Inhalt	79
7. Unterschiedliche Wahrnehmung und Bedeutung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte	80
8. Statistische Erhebungen zur Tätigkeit der württembergischen Gewerbegerichte	80

a. Datenbestand	80
b. Die Statistik der Gewerbegerichte im Überblick	86
aa. Klageerhebungen	86
bb. Verfahrensbeendigungen	87
cc. Verfahren die fristlose Kündigung betreffend	88
dd. Berufungen	88
9. Fazit	88

VIII. ENTSTEHUNG DER ARBEITSRECHTSWISSENSCHAFT, STAND DER LITERATUR UND RECHTSPRECHUNG ZUR ZEIT DER GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTE 89

1. Die Väter der Arbeitsrechtswissenschaft	89
2. Bis zum Ersten Weltkrieg	90
3. Entwicklungen im und nach dem Ersten Weltkrieg	91
4. Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte	92
5. Rechtsprechung und Zeitschriften	92
6. Zunahme der literatur-internen kritischen Auseinandersetzung und Herausbildung einer wissenschaftlichen Disziplin	95
7. Fazit	96

IX. RECHTSPRECHUNG UND LITERATUR ZUR KÜNDIGUNG VON ARBEITS- BZW. LEHRVERHÄLTNISSEN AUS WICHTIGEM GRUND NACH DER GEWERBEORDNUNG UND DEM HGB 97

1. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung durch den Arbeitgeber – benannt-wichtige Kündigungsgründe	100
a. Falsche Papiere	100
aa. Rechtsprechung und Literatur	100
bb. Fazit	100
b. Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Untreue und liederlicher bzw. unsittlicher Lebenswandel und Untreue im Dienst bzw. Missbrauch des Vertrauens	101
aa. Allgemeines	101
bb. Vermögensdelikte nach § 123 Abs. 1 Nr. 2 der Gewerbeordnung bzw. Untreue im Dienst bzw. Missbrauch des Vertrauens nach § 133c Abs. 1 Nr. 2 der Gewerbeordnung oder § 72 Abs. 1 Nr. 2 HGB	101
[1]. Untreue im Dienst bzw. Missbrauch des Vertrauens in Form von Vermögensdelikten	101
[2]. Untreue im Dienst bzw. Missbrauch des Vertrauens in Form von Schlecht- oder Minderleistung	103
[3]. Verdacht eines Vermögensdeliktes	103
[4]. Fazit	104
cc. Liederlicher/unsittlicher Lebenswandel – Verstoß gegen die Moralvorstellungen nach §§ 123 Abs. 1 Nr. 2, 133c Abs. 1 Nr. 6 der Gewerbeordnung bzw. Untreue/Vertrauensmissbrauch nach § 72 Abs. 1 Nr. 1 HGB	104
[1]. Rechtsprechung und Literatur	104
[2]. Fazit	105
c. Unbefugtes Verlassen und beharrliche Pflichtverweigerung	106
aa. Allgemeines	106
bb. Verspätungen	106
cc. Unbefugtes Verlassen der Arbeit wegen Nichterscheins aus persönlichen Gründen	106
dd. Verlassen der Arbeit – blauer Montag	107
ee. Verlassen der Arbeit durch beharrliche Pflichtverweigerung – Verhalten während der Arbeitszeit	107
ff. Druckkündigung	109
gg. Beharrliche Pflichtverweigerung im Zusammenhang mit einer Krankheit	109
hh. Folgen einer Schwangerschaft	110
ii. Verlassen der Arbeit in Zusammenhang mit Versammlungen, Streiks und Demonstrationen	111
jj. Exkurs: Besonderheit des wichtigen Grundes bei der Kündigung von Betriebsvertretungsmitgliedern wegen ihrer Betriebsrätstätigkeit	113
kk. Fazit	113
d. Unvorsichtiger Umgang mit Feuer und Licht	113
e. Tötlichkeiten und Ehrverletzungen durch den Arbeitnehmer	114
aa. Tötlichkeiten	114
bb. Ehrverletzungen	115
cc. Ehrverletzung – wechselseitig zur Vergeltung	117
dd. Fazit	117
f. Sachbeschädigung	118
aa. Rechtsprechung und Literatur	118
bb. Fazit	119

g. Verleitung zu Handlungen gegen Gesetze oder die guten Sitten	119
aa. Rechtsprechung und Literatur	119
bb. Fazit	120
h. Unfähigkeit/Verhinderung zur Verrichtung der Arbeit, insbesondere bei Krankheit	120
aa. Krankheit	120
bb. Freiheitsstrafe	121
cc. Fazit	121
2. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung durch den Arbeitnehmer – benannt-wichtige Kündigungsgründe	121
a. Unfähigkeit zur Arbeit	121
aa. Rechtsprechung und Literatur	122
bb. Fazit	122
b. Tötlichkeiten oder Ehrverletzungen bzw. Beleidigungen gegenüber dem Arbeitnehmer	122
aa. Tötlichkeiten	122
bb. Beleidigungen durch den Arbeitgeber	123
cc. Wechselseitige Beleidigungen	124
dd. „Wem es nicht passt, der kann gehen“	125
ee. Ehrverletzungen durch den Arbeitgeber in der Öffentlichkeit	126
ff. Anforderungen an den Nachweis der Beleidigung	126
gg. Fazit	127
c. Verleitung zu Taten gegen Gesetze oder die guten Sitten	128
aa. Rechtsprechung und Literatur	128
bb. Fazit	128
d. Nichtgewähren des Lohns bzw. der vertragsmäßigen Leistung	129
aa. Lohnstreitigkeiten	129
bb. Sonstige vertragsmäßige Leistungen nicht gewährt	130
cc. Fazit	130
e. Gesundheitsgefahr durch die Arbeit	130
aa. Rechtsprechung und Literatur	131
bb. Fazit	131
3. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung durch Arbeitnehmer und / oder Arbeitgeber – unbenannt-wichtige Kündigungsgründe	131
a. Allgemeines	131
aa. Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923	132
bb. Landgericht Tübingen vom 28.11.1923	132
b. Auslegung durch Rechtsprechung und Literatur	133
c. Betriebsvertretungsmitglieder	134
d. Schwerbeschädigte	134
e. Fazit	135
4. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung von Lehrlingsverhältnissen	135
a. Krankheit des Lehrlings	136
b. Vernachlässigung der Lehrverpflichtung	136
c. Kosten der Lehre	137
d. Diebstahl und Vertrauensbruch	138
e. Züchtigungsrecht	139
f. Überschreiten des Züchtigungsrechts	139
g. Gewalttätigkeiten	141
h. Fazit	141
5. Rechtsprechung und Literatur zu in Einzelverträgen (§ 122 der Gewerbeordnung bzw. § 67 HGB) oder Arbeitsordnungen (§ 134b der Gewerbeordnung) vereinbarten wichtigen Gründen	142
a. Rechtsprechung und Literatur	142
b. Fazit	143
6. Entscheidungen des Reichsgerichts zum Arbeitsrecht	143
7. Einfluss des Ersten Weltkrieges auf die wichtigen Kündigungsgründe	143
8. Fazit	144
X. GESAMTFAZIT	147
ANHANG I. GESETZESQUELLEN	151
ANHANG II. GESETZESSYNOPSSEN	163

1. Gewerbegericht Biberach	168
2. Gewerbegericht Esslingen	169
3. Gewerbegericht Göppingen	170
4. Gewerbegericht Heidenheim	171
5. Gewerbegericht Ravensburg	172
6. Gewerbegericht Stuttgart	173
7. Kaufmannsgericht Stuttgart	174
8. Gewerbegericht Ulm	175
9. Gewerbegericht Cannstatt	176
10. Gewerbegericht Geislingen	177
11. Gewerbegericht (Schwäbisch) Gmünd	178
12. Gewerbegericht Heilbronn	179
13. Gewerbegericht Reutlingen	180
14. Gewerbegericht Ebingen	181
15. Gewerbegericht Schramberg	182
16. Gewerbegericht Tuttlingen	183
17. Gewerbegericht (Schwäbisch) Hall	184
18. Gewerbegericht Schwenningen	185
19. Gewerbegericht Ludwigsburg	186
20. Gewerbegericht Aalen	187
21. Gewerbegericht Laupheim	188
22. Gewerbegericht Tübingen	189
23. Gewerbegericht Zuffenhausen	190
24. Gewerbegericht Kirchheim unter Teck	191
25. Gewerbegericht Neckarsulm	192
26. Gewerbegericht Rottweil	193
27. Gewerbegericht Metzingen	194
28. Gewerbegericht Nürtingen	195
29. Gewerbegericht Taifingen	196

ANHANG IV. BESONDERS LESENSWERTE URTEILE

1. Urteil des Gewerbegerichts Biberach vom 30.07.1901, Nr. 18 aus 1901	197
2. Urteil des Gewerbegerichts Biberach vom 31.08.1904, Nr. 28 aus 1904	201
3. Urteil des Gewerbegerichts Geislingen vom 15.08.1900 (Nr. 14 aus 1900)	204
4. Urteil des Gewerbegerichts Geislingen vom 21.02.1905 (Nr. 8 und 9 aus 1905)	208
5. Urteil des Gewerbegerichts Geislingen vom 27.08.1923 (Nr. 5 aus 1923)	212
6. Urteil des Gewerbegerichts Laupheim (ohne Datum) Nr. 1 aus 1914	215
7. Urteil des Gewerbegerichts Nürtingen vom 21.02.1914	218
8. Urteil des Kaufmannsgericht Tübingen vom 20/21.06.1912, Nr. 4 aus 1912	224
9. Urteil des Gewerbegerichts Tübingen vom 30.08.1921	228
10. Urteil des Gewerbegerichts Tübingen vom 22.08.1923	231
11. Urteil des Landgerichts Tübingen vom 28.11.1923 auf das Urteil des Gewerbegerichts Tübingen vom 22.08.1923	235

LITERATURVERZEICHNIS

Monographien, Handbücher und Beiträge in Festschriften	243
Beiträge in Zeitschriften	247
Entscheidungssammlungen	248

I. EINFÜHRUNG

Nachdem es durch die Bauernbefreiung und die Industrialisierung zu gravierenden Umwälzungen im gesellschaftlichen und politischen System gekommen war, musste sich auch die juristische Sicht auf die veränderte Welt neu bestimmen. Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts kam es im Laufe des 19. Jahrhunderts zu erheblichen Verwerfungen. Zu Beginn jenes Jahrhunderts bestand im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation zum Beispiel noch in vielen Gebieten die Gutsuntertänigkeit; die freie Arbeit gegen die Zahlung von Lohn war nicht die Regel. Durch die Bauernbefreiung wurde diese „Fessel“ gelöst und es kam grundsätzlich zu freien, auf Gleichberechtigung der Vertragsparteien basierenden Verträgen. Dieser Fortschritt führte gerade im Bereich der lohnabhängigen Arbeit zu einer erheblichen Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeitnehmer, denn mit der neu gewonnenen Freiheit entfiel auch die soziale Absicherung, die die Leibeigenschaft vorgesehen hatte. Die frei werdenden Arbeitskräfte fanden nur unzureichend Lohn im Handwerk und mussten sich in der industrialisierten Wirtschaft verdingen. Da aber dort das Angebot an Arbeitskraft im Übermaß vorhanden war, verschlechterte sich die soziale Lage der Arbeiterschaft zunehmend.

Diese Entwicklung führte dazu, dass sich die Gerichte vermehrt mit dem Bestand und der Auflösung von Arbeitsverhältnissen zu beschäftigen hatten. Teilweise existierten für die Behandlung solcher Rechtsstreitigkeiten Sondergerichte, die aber weder in ihrem Bestand noch hinsichtlich des Verfahrens einheitlich ausgestattet waren. Im Zuge der Gründung des Deutschen Reiches und der Einführung reichseinheitlicher Gesetze wurden auch Gerichte mit reichseinheitlichen Verfahrensvorschriften gegründet, was im Jahr 1890 zum Erlass des „Gesetz betreffend die Gewerbegerichte“ führte. Hierdurch wurden die Rechtsstreitigkeiten aus den Arbeitsverträgen der Gewerbeordnung einem einheitlichen Verfahren zugeführt. Aufgrund des Erfolgs der Gewerbegerichte wurden im Jahr 1904 die Kaufmannsgerichte geschaffen, welche die arbeitsrechtlichen Streitigkeiten der Handlungsgehilfen nach dem HGB verhandelten.

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte stellen bislang ein in der wissenschaftlichen Betrachtung spärlich beleuchtetes Kapitel der Arbeitsrechtsgeschichte dar. Dies verwundert, weil in der Zeit ihres Wirkens die uns heute bekannte Arbeitsrechtswissenschaft entstanden ist. Auch waren die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte der heutigen Arbeitsgerichtsbarkeit in vielen Punkten sehr ähnlich. Deswegen ist es interessant zu sehen, welche Grundlagen durch die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte von Vorgängergerichten aufgegriffen oder von ihnen selbst gelegt wurden und sich heute immer noch oder jedenfalls ähnlich wieder finden lassen.

Ebenso stellt sich die Frage, wie der Gerichtsalltag an diesen relativ unbekannten Gerichten aussah und wie die Rechtsstreitigkeiten entschieden wurden. Hierzu reicht es aber nicht aus, nur den Aufbau der Gerichte zu untersuchen; von besonderem Interesse ist, wie die Gerichte in konkreten Fällen urteilten. Ein solcher Einblick ist dabei insbesondere durch die Betrachtung der Auslegung der gesetzlich vorgesehenen unbestimmten Rechtsbegriffe zu gewinnen. Dazu bietet sich die Untersuchung des wichtigen Grundes zur fristlosen Kündigung von Arbeitsverhältnissen an. Eine solche fristlose Kündigung des Arbeitsvertrages war bei den Arbeitsverhältnissen der Gewerbeordnung und der Handlungsgehilfen vorgesehen. Je nach Arbeitsverhältnis war eine fristlose Kündigung mittels eines benannt-wichtigen oder eines unbenannt-wichtigen Grundes möglich. Teilweise waren die benannt-wichtigen Kündigungsgründe als Regelbeispiele, teilweise als enumerativ aufgezählte Gründe vorgesehen. Die Auslegung dieser unbestimmten Rechtsbegriffe erlaubt möglicherweise auch einen Blick in die damaligen Rechtsanschauungen und das durch die Gerichte den Arbeitsverhältnissen zu Grunde liegende Wertesystem.

Unklar ist auch, ob ein Einfluss auf die Arbeit der Gerichte und die konkrete Auslegung der wichtigen Kündigungsgründe aus dem Umstand zu erkennen ist, dass die Gerichte in der Zeit des Kaiserreichs und des wirtschaftlichen Aufschwungs ihre Arbeit aufnahmen. Fraglich ist auch, ob und inwieweit sich die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und der anschließende grundlegende politische und gesellschaftliche Systemwandel hin zur demokratischen Republik aus der Auslegung herauslesen lässt. Unklar ist ferner, ob die württembergischen Gerichte vergleichbare Kündigungssachverhalte unterschiedlich beurteilten und inwieweit sie von der reichsweiten Rechtsprechung abwichen. Ebenso stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang die zunehmende Verwissenschaftlichung des Arbeitsrechts sich auf die Beurteilung bzw. Auslegung der wichtigen Kündigungsgründe auswirkte.

Ob im Bereich des Arbeitsrechtes von der „guten alten Zeit“ gesprochen werden kann oder ob nicht vielmehr das Bild des jederzeit kündbaren und somit vollkommen vom Arbeitgeber abhängigen „Lohnsklaven“ das Richtige ist, ist zu klären. Möglicherweise zeigt sich aber auch, dass dieses Bild viel mehr Abstufungen benötigt als schwarz und weiß.

Bislang findet sich weder eine Untersuchung der württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte noch eine solche zu deren Rechtsprechung zu den Kündigungen aus wichtigem Grund. Ebenso existiert zu diesen Themen auch keine Darstellung außerhalb Württembergs. Lediglich die Erfassung Brands¹ zur Entstehung der Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland mit dem Titel „Die Rechtsprechung der rheinischen Gewerbegerichte von 1840 bis 1891 unter besonderer Berücksichtigung des Gewerbegerichts in Elberfeld“ aus dem Jahr 2008 geht in diese Richtung, endet aber mit Einführung der reichsweiten Gewerbegerichtsbarkeit, also mit dem Beginn des vorliegend untersuchten Betrachtungs-

¹ Brand, Bd. III.

zeitraums. Außerdem findet sich eine Untersuchung zur Auflösung von Arbeitsverhältnissen aufgrund Anfechtung und außerordentlicher Kündigung nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts (1927-1945)², also eine Darstellung der obergerichtlichen Rechtsprechung der Gerichtsbarkeit, die sich an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte direkt anschloss. Diese Lücke wird nunmehr geschlossen.

Zum besseren Verständnis und zur Orientierung führt im Folgenden ein Überblick über die wirtschaftliche Lage Deutschlands im 19. Jahrhundert zu einem kurzen Kapitel über das Arbeitsleben und seine rechtlichen Grundlagen. Da die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte aber nur die Arbeitsverhältnisse der Gewerbeordnung und die der Handlungsgehilfen nach dem HGB, jeweils mit den dazugehörigen Lehrlingsverhältnissen, zu beurteilen hatten, folgt ein Kapitel, in welchem diese Arbeitsverhältnisse anhand der gesetzlichen Normen dargestellt werden. Anschließend werden die Möglichkeiten zur fristlosen Kündigung dieser Arbeits- und Lehrverhältnisse im Einzelnen veranschaulicht.

Nach der Analyse der materiellen Grundlagen dieser Arbeits- und Lehrverhältnisse schließt sich eine Betrachtung der arbeitsrechtlichen Sondergerichte an, welche als Vorläufer für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte dienten. Die abstrakten und reichsweit gültigen Aussagen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten werden durch die Darstellung von Errichtung, Bestand und Tätigkeit dieser Gerichte in Württemberg konkretisiert. Dabei wird auch untersucht, wann und an welchen Orten die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eingerichtet wurden, von welchen noch ein Aktenbestand vorhanden ist und ob dieser Bestand noch wissenschaftlich auswertbare Urteile beinhaltet. In diesem Kapitel finden sich auch Ausführungen zu den Persönlichkeiten der Vorsitzenden der Gerichte und historische Belege zur Zufriedenheit der Württemberger mit diesem neuen Gerichtszweig. Es wird versucht, an dieser Stelle ein lebhaftes Bild des Gerichtsalltages nachzuzeichnen. Abgerundet wird dieses Bild durch eine statistische Auswertung der Arbeit der württembergischen Gewerbegerichte und des Kaufmannsgerichts Stuttgart. Dargelegt wird – soweit noch ermittelbar – die Zahl der erhobenen Klagen und die Summe der jeweiligen Erledigungsart sowie die Zahl der Verfahren, die sich mit den Kündigungen aus wichtigem Grund befassen.

Im Anschluss folgt ein Überblick über den Stand und die Entwicklung bzw. Entstehung der Wissenschaft des Arbeitsrechts. Diese nahm erst im Betrachtungszeitraum „Fahrt auf“ und entwickelte sich zum Vorläufer dessen, was heute als Arbeitsrechtswissenschaft bekannt ist.

Nach Verdeutlichung, wie die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte aussah und welche Rechts- und Erkenntnisquellen diesen Gerichten zur Verfügung standen, findet sich eine Darstellung der heute noch auffindbaren und auswertbaren württembergischen Urteile zu den Kündigungen aus wichtigem Grund. Diese Entscheidungen werden an der reichsweiten Rechtsprechung gemessen und gespiegelt, so dass sich das formelle Gerüst der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte mit materiellem Leben füllt.

Im Anschluss an das Gesamtfazit findet sich in Anhang I. eine Zusammenstellung der relevanten Normen aus der Gewerbeordnung und dem HGB nebst synoptischer Gegenüberstellungen der relevanten Kündigungsnormen der Gewerbeordnung und des HGB (Anhang II.). Im Anhang III. sind zu den meisten württembergischen Gewerbegerichten und dem Kaufmannsgericht Stuttgart statistische Erhebungen über die Zahl der Klageerhebungen und der Verfahrensbeendigungen und im Anhang IV. ausgewählte Urteile abgedruckt.

² Thiele, Die Auflösung von Arbeitsverhältnissen.

II. GRUNDRISS DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE BIS ZUR SCHAFFUNG DER GEWERBEGERICHTE IM JAHR 1891

Zum besseren Verständnis der sich anschließenden Betrachtung des wichtigen Kündigungsgrundes und der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wird ein kurzer Überblick über die für diese Themen relevanten geschichtlichen Hintergründe in Deutschland und insbesondere der Geschichte des Arbeitsrechts vorangestellt. Das 19. Jahrhundert führte in Europa zu vielen bedeutenden Veränderungen; dies gilt ganz besonders für die deutschen Staaten. Mit der französischen Revolution im Jahr 1789 begann in Europa das Zeitalter der bürgerlichen Gesellschaft und der Nationalstaaten in der industriellen Revolution, die schon 1769 durch James Watts Erfindung der Dampfmaschine eingeleitet war.³

1. Ende der feudalen Herrschaftssysteme

Die merkantilistische Wirtschaftsverfassung⁴ und die feste Standeszugehörigkeit hatten zur Folge, dass wegen der gesetzlichen Regulierung der Wirtschaft nicht frei produziert oder Handel betrieben werden konnte. Die Gewerbefreiheit war eingeschränkt durch Gilden, Innungen und Zünfte. Tausende von Polizeiordnungen regelten den Handelsverkehr, die Produktion, die Arbeitszeiten und die Löhne; es bestand keine Vertragsfreiheit.⁵ Beispielsweise hielt das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794 (ALR) trotz seines aufklärerischen Geistes an der feudalen Einteilung der Bevölkerung in Adels-, Bürger- und Bauernstand fest.⁶ Danach stand es allein dem adligen Rittergutsbesitzer zu, die herrschaftlichen Rechte über die ihm gehörenden erbuntertänigen Bauern auszuüben.⁷ Die bäuerlichen Untertanen waren der adligen Herrschaft zu Treue, Ehrfurcht und Gehorsam sowie zu Abgaben und Diensten verpflichtet.⁸ Auch war den Bauern der Erwerb städtischer Grundstücke oder die Ausübung bürgerlicher Gewerbe verwehrt.⁹

2. Die neuen Freiheiten und ihre Folgen

Im Anschluss an die französische Revolution wurden deren Freiheitsgedanken von anderen Staaten aufgegriffen, teilweise um einer Revolution entgegen zu wirken, aber auch wegen der Erkenntnis, dass diese Veränderungen aus wirtschaftlicher Sicht notwendig waren – meist wohl aus beiden Gründen; in der Markgrafschaft Baden wurde als erstem deutschen Staat im Jahr 1787 die Leibeigenschaft aufgehoben, hierauf folgten das Napoleonidenkönigreich Westfalen und einige süddeutsche Mittelstaaten; in Württemberg kam es erst am 01.01.1818 zum Wegfall der persönlichen Leibeigenschaft.¹⁰ In Preußen kam es zudem zu Bauernbefreiung, Judenemanzipation und insbesondere der Gewerbe- und Handelsfreiheit.¹¹ So wurde 1807 das so genannte „Oktober-Edikt“ mit der Erwägung,

„[...] daß es eben sowohl den unerläßlichen Forderungen der Gerechtigkeit, als den Grundsätzen einer wohlgeordneten Staatswirtschaft gemäß sey, Alles zu entfernen, was den Einzelnen bisher hinderte, den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maaß seiner Kräfte zu erreichen fähig war;

[...]

Mit dem Martini-Tage Eintausend Achthundert und Zehn (1810.) hört alle Guts-Unterthänigkeit in Unsern sämtlichen Staaten auf. Nach dem Martini-Tage 1810 giebt es nur freie Leute, [...]

erlassen.¹² Der Staat zog sich aus der Lenkung der Wirtschaft zurück und überließ diese sich selbst.

a. Bauern- und Bodenbefreiung

Die Bauern- und Bodenbefreiung führte für rund 80 % der preußischen Bevölkerung zur Entbindung von Abgabe- und Dienstverpflichtungen gegenüber den Feudalherren.¹³ Dies hatte für die nunmehr freien Bauern nicht nur Vorteile

³ Zum Themenkreis: Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 268, S. 425.

⁴ „Merkantilismus ist das wirtschaftspolitische System des 17.-18. Jahrhunderts, in dem der Staat zur Füllung der Staatskasse erstmals aktive Wirtschaftspolitik treibt und dadurch die gewerbliche Tätigkeit fördert. Um seinen Reichtum und seine Macht zu stärken, strebt der Staat einen Handelsbilanzüberschuss an. Zu diesem Zweck werden ausländische Fertigwaren mit hohen Einfuhrzöllen abgewehrt und die eigene Ausfuhr von Waren, für deren Herstellung der Staat teilweise Geld, Gebäude oder Baumaterial zur Verfügung stellt, möglichst durch Subventionen unterstützt. Führend ist Frankreich unter dem Finanzminister Colbert. Der Merkantilismus wird am Ende des 18. Jahrhunderts vom Liberalismus abgelöst.“ (Köbler, Zielwörterbuch, S. 527).

⁵ Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 282, S. 457.

⁶ Dazu insgesamt auch: Laufs, Rechtsentwicklungen in Deutschland, S. 191.

⁷ ALR II 7 § 91.

⁸ ALR II 7 §§ 133 f., 150 ff., 227 ff.

⁹ ALR II 7 §§ 1 f.

¹⁰ Laufs, Rechtsentwicklungen in Deutschland, S. 193.

¹¹ Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 268, S. 425.

¹² „Edikt den erleichternden Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums, sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend“ vom 09.10.1807, abgedruckt in Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. I, Nr. 7.

¹³ Senn/Gschwend/de Mortanges, Rechtsgeschichte, S. 266.

le, denn durch ihre Befreiung entfiel auch die soziale Sicherung durch den Feudalherrn, wie es das ALR von 1794 noch vorsah.¹⁴ So erlosch die Pflicht des Gutsherrn, für die Unterkunft bei Invalidität und Alter der ehemals gutsuntertänigen Bauern aufzukommen.¹⁵ Da die Bauern sich eine eigene Hofstelle oftmals nicht leisten oder eine solche nicht lohnenswert bewirtschaften konnten, verkauften viele Bauern ihr Land.¹⁶

Um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, mussten sich die nun zwar freien Bauern entweder als Landarbeiter verdienen oder sie zogen in die Städte, um in den neuen Industriebetrieben ihre Arbeitskraft oftmals für einen verschwindend geringen Lohn zu verkaufen.¹⁷ Durch diese Entwicklung war die Industriegesellschaft geboren; ohne die Bauernbefreiung ließe sich mangels ausreichender Arbeitskräfte der Wandel vom Agrar- zum Industriestaat kaum denken.¹⁸

b. Gewerbefreiheit

Nicht nur für die Bauern, auch für das Handwerk bedeutete die Einführung der neuen Freiheiten grundlegende Veränderungen. Die Gewerbefreiheit und der Wegfall der Zünfte und des Verbots des Gewerbebetriebs auf dem Land hatten tief greifende Veränderungen zur Folge. Nunmehr durfte ein Jeder überall sein frei gewähltes Gewerbe betreiben. Beendet war die einschneidende staatliche oder zünftige Aufsicht des merkantilistischen Systems; es galten die freie Berufswahl und der freie Wettbewerb. Die Gewerbefreiheit führte insbesondere im Handwerk zur Neugründung vieler Kleinbetriebe, die wegen des damit einhergehend starken Wettbewerbs nicht lange überleben konnten. So versuchten diese Menschen ihr Glück in der aufstrebenden Industrie. Hinzu kam ab der sich immer mehr verstärkenden Industrialisierung, dass die industrielle Produktion mittels der maschinell-fabrikmäßige Produktion oft das Handwerk verdrängte.¹⁹

3. Entstehung der „Arbeiterschaft“²⁰

In Deutschland kam es durch das Zusammenspiel der Bauernbefreiung, der Aufhebung von Heiratsbeschränkungen und der Verbesserung der hygienischen Bedingungen zu Beginn des 18. Jahrhunderts zu einem gravierenden Bevölkerungsanstieg.²¹ Diese Masse an Menschen musste versuchen, in der Industrie Fuß zu fassen, da die Landwirtschaft für sie keine hinreichende Erwerbsaussicht mehr bot. Zum Beispiel führten die technischen Entwicklungen, insbesondere auf dem Gebiet der Chemie, zu Ertragssteigerungen unter Verringerung des Arbeitseinsatzes. Auch trugen die im Vormärz 1848 durchgeführten Agrarreformen Früchte und der Umstand, dass den ehemalig Gutsuntertänigen jetzt ein Lohn zu bezahlen war, führte zu einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen. Der Zulauf der ehemaligen Landarbeiter in die Industrie führte dazu, dass sich die schon schlechte Situation in diesem Wirtschaftsbereich für die Arbeiter wegen des wachsenden Arbeitskräfteüberangebots noch deutlich verschlimmerte.²²

a. Industrialisierung

Die von England ausgehende Industrialisierung ließ an Stelle des handwerklichen Arbeitens die industrielle Massenproduktion treten, wodurch die Verhältnisse zwischen Arbeitsaufwand und Ertrag grundlegend verändert wurden.²³ Der Beginn der Industrialisierung im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts lag in der Mechanisierung der Textilproduktion und der Verwendung der Kohle zur Erzeugung von Dampfkraft. Unterstützt wurde dieses Wachstum durch die Gründung des Deutschen Zollvereins im Jahr 1834, da sich nun in Deutschland zunehmend ein freier Warenverkehr entwickeln konnte.²⁴

Insbesondere der Bau und der Betrieb von Eisenbahnen²⁵, wie auch der Bedarf an Kohle und Stahl und die damit einhergehende Notwendigkeit einer leistungsfähigen Maschinenbauindustrie, schuf eine bis dahin nicht gekannte Masse

¹⁴ Senn/Gschwend/de Mortanges, Rechtsgeschichte, S. 266.

¹⁵ Senn/Gschwend/de Mortanges, Rechtsgeschichte, S. 266.

¹⁶ Hähnchen, Rechtsgeschichte, Rn. 639.

¹⁷ Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 282, S. 458.

¹⁸ Laufs, Rechtsentwicklungen in Deutschland, S. 194.

¹⁹ Zum gesamten Absatz: Becker, Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnis in Deutschland – vom Beginn der Industrialisierung bis zum Ende des Kaiserreichs, S. 60.

²⁰ Hierzu umfassend Ritter/Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich m.w.N.; hier werden auch die geschichtlichen, sozialen und politischen Entwicklungen bis zur Gründung des Kaiserreichs mitbehandelt.

²¹ In der Zeit zwischen 1850 und 1913 stieg die Bevölkerung des Deutschen Reichs von 35 auf 64 Millionen Einwohner. (Vogt-Wengenroth, Deutsche Geschichte, S. 347.)

²² Becker, Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnis in Deutschland – vom Beginn der Industrialisierung bis zum Ende des Kaiserreichs, S. 57.

²³ Senn/Gschwend/de Mortanges, Rechtsgeschichte, S. 356.

²⁴ Ploetz-Kaner, Lexikon der deutschen Geschichte, S. 243.

²⁵ Diesbezügliche Investitionen betrugen in den 1840er Jahren ca. 20-30 % der gesamtwirtschaftlichen Investitionen und danach bis in die 1870er Jahre ca. 15-20 % (Gebhard-Lenger, Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung, S. 37).

an Arbeitsplätzen – zeitweise waren im Eisenbahnbau 400.000 Menschen direkt beschäftigt.²⁶ Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die beginnende Massenproduktion.²⁷

Die gewaltigen Finanzierungskosten konnten die Einzelunternehmen allerdings nicht mehr aufbringen, so dass sich die Geldgeber in Kapitalgesellschaften zusammenschlossen; dieser Zusammenschluss geschah meist in den hierfür gesetzlich neu geschaffenen Kapitalgesellschaftsformen, wie beispielsweise den Aktiengesellschaften. So veränderte sich auch der Vertragspartner bzw. das Gegenüber der Arbeiter und Angestellten. In der Zeit der Hochindustrialisierung (1873 bis 1914) manifestierte sich vollends der Wandel von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft. Waren im Jahr 1849 noch mehr als Hälfte aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, so nahm diese Zahl stetig ab und die Beschäftigtenzahlen im Industrie- und Dienstleistungssektor nahmen zu.²⁸ Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges konnte sich das Deutsche Reich nach den USA auf den zweiten Platz in der Rangliste der führenden Industrienation vorarbeiten.²⁹

b. Soziale Lage der Arbeiterschaft

Die Beseitigung der ständischen Ordnung und des absolutistischen Herrschaftssystems fand für den Bereich der Arbeit ihren ausdrücklichen Niederschlag in der Vertragsfreiheit. So lautete bereits § 105 der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21.06.1869:³⁰

„Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Übereinkunft.“

Allerdings hatte diese rechtliche Gleichstellung der Unternehmer und ihrer Beschäftigten, welche zwar ganz im Geiste des vorherrschenden liberalen Bürgertum war, nicht nur Vorteile, im Gegenteil verschlechterte sich die Lage der Arbeiter immens. Das industrielle Arbeitsverhältnis war fast ohne Rechtsgrundlage; das damalige Privatrecht war vorwiegend Eigentumsrecht und hierunter fiel die menschliche Arbeitskraft nicht. Die Inhalte der Arbeitsverhältnisse wurden nicht mehr durch gesetzliche Regelungen oder Herkommen bestimmt, sondern meist durch Fabrikordnungen. Diese wurden einseitig von den Unternehmern erlassen und regelten meist nicht nur Arbeitszeit, Lohn und Entlassung, sondern auch Fabrikstrafen³¹. Fabrikstrafen bildeten für diese Zeit ein außerordentlich wichtiges Instrument des Unternehmers zur Beherrschung der Arbeitnehmer.³²

Der Idee, dass Freiheit und Eigentum durch Arbeit erworben werden konnten, verkehrte sich ins Gegenteil – wer arbeiten musste, war tatsächlich unfrei und besaß kaum oder kein Eigentum.³³ Senn beschreibt die Ausgangsproblematik der Arbeiterschaft und deren sozialer Lage mit den Worten:

„[...] Die Aufhebung der Unfreiheit führt folglich zu einer „doppelten“ Freiheit, wie Marx lakonisch formulierte: Der Bauer ist sowohl frei von Eigentum und Besitz an eigenen Arbeitsmitteln, mit denen er sich die Grundlagen seiner Existenz selbständig verschaffen könnte, als auch frei dazu (oder eben vielmehr gezwungen dazu), seine Arbeitskraft als sein einziges ihm noch verbleibendes Gut in den Arbeitsprozess der Fabriken – und zwar zu den herrschenden Marktbedingungen bei einem Überangebot von Arbeitskräften – einzubringen. [...]“³⁴

Durch die Freisetzung der Bauern entstand das für den Aufbau der Industrie notwendige Proletariat, das in der Rezession der 1830er und 1840er Jahre in größtem Elend lebte.³⁵ Trotz der Industrialisierung, der enormen Steigerung der Produktivität und der Verdreifachung der landwirtschaftlichen Produktion reichten die Erträge nicht aus, um die drückende Massenarmut zu lindern.³⁶ Die verheerende Situation der Arbeiterschaft war dem Überangebot von Arbeitern

²⁶ Gebhard-Lenger, Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung, S. 46.

²⁷ Vogt-Wengenroth, Deutsche Geschichte, S. 352.

²⁸ Gebhard-Kocka, Das lange 19. Jahrhundert, S. 49:

	Landwirtschaft (%)	Gewerbe und Industrie (%)	Handel und Dienstleistungen (%)
1875	50	29	21
1907	35	40	25.

²⁹ Zum gesamten Absatz: Ritter/Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich, S. 9.

³⁰ NdBGBl. 1869, S. 245 ff.

³¹ Fabrikstrafen waren einseitig festgelegte Abzüge vom Lohn, für den Fall von Verspätungen, aber auch bei Ungebühr, Unterhaltung bei der Arbeit oder schlechter Kleidung (Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 268, S. 426).

³² Zum Absatz: Ploetz-Hentschel, Deutsche Geschichte, S. 217 und Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 287, S. 470.

³³ Senn/Gschwend/de Mortanges, Rechtsgeschichte, S. 356.

³⁴ Senn/Gschwend/de Mortanges, Rechtsgeschichte, S. 365.

³⁵ Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 268, S. 426.

³⁶ „Pauperismus ist die in der 40er-Jahren des 19. Jahrhunderts gebräuchlich gewordene Bezeichnung für die Armut großer Schichten der Bevölkerung, die losgelöst von Grundbesitz oder Zunftverfassung, kaum den notdürftigsten Unterhalt erwerben konnten und von Unterstützungen leben mussten“ (Brockhaus).

Die Zeit des Pauperismus umfasst ca. die Jahre 1770 – 1865, mit dem Höhepunkt im Jahr 1850. Mit dem Durchbruch der industriellen Revolution ging das Problem des Pauperismus in die soziale Frage über – Zeitangaben aus Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. II, S. 739.

geschuldet; dies führte dazu, dass auf dem liberalen Markt der Preis der Arbeit so tief sank, dass diese dem Einzelnen ein Überleben nahezu nicht mehr ermöglichte.³⁷

Auch das von vielen Fabrikanten eingeführte Trucksystem beeinträchtigte die soziale Lage der Arbeiterschaft. Bei diesem wurde die Entlohnung gänzlich oder zu einem Teil in Form von Waren aus der Produktion vorgenommen, so dass das Risiko des Absatzes und auch des Preises bei den Arbeitern lag. Diese Waren hatten aber für die Arbeitnehmer meist nicht den vom Arbeitgeber veranschlagten Gegenwert. Einerseits mussten die Arbeiter diese Waren oft erst aufwendig weiterverkaufen; außerdem war in der Umgebung der Fabrik der Markt für diese Waren derart gesättigt, dass – wenn überhaupt – nur ein Bruchteil des vom Arbeitgeber veranschlagten Wertes zu erzielen war.³⁸

Da der weit überwiegende Teil der Arbeiterschaft weder Land besaß noch das Geld hatte, sich solches zu pachten, war eine Selbstversorgung oder wenigstens eine Teilversorgung mit eigenen Lebensmitteln nicht möglich. Aber auch die wenigen „Privilegierten“, die die Möglichkeit gehabt hätten, Lebensmittel anzubauen, konnten diesen Vorteil wegen der starken Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit nicht nutzen. Es ist davon auszugehen, dass die Arbeitszeit auf bis zu 90 Stunden je Woche anwuchs.³⁹

Hierzu die Erinnerung einer Arbeiterin:⁴⁰

„[...] Jetzt mußte ich von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends, manchmal 12 Uhr arbeiten, Samstags die ganze Nacht hindurch, dabei verdiente ich 8 – 10 Gulden in 14 Tagen. 2 ½ Jahre harrte ich aus. Aus dieser Zeit weiß ich vom Leben gar nichts. Früh aufstehen, waschen, anziehen und in die Fabrik; abends spät nach Hause und ins Bett. Sonntags half ich der Mutter bei den häuslichen Arbeiten, Wäsche waschen usw., dann war ich müde. Ohne an ein Sonntagsvergnügen auch nur gedacht zu haben, war wieder Schlafenszeit. [...]“

Auch Frauen und Kinder mussten zum Familieneinkommen beitragen, da der Verdienst des Mannes/Vaters meist nicht ausreichte, um die Familie zu ernähren; allerdings verdienten Kinder und Frauen lediglich zwei Drittel oder gar nur die Hälfte dessen, was ein Mann erarbeiten konnte.⁴¹ Begründung für den Minderverdienst war, dass arbeitende Frauen nur für sich selbst zu sorgen hatten oder zusätzlich zum Ehemann hinzuverdienten und deswegen nicht denselben Lohn benötigten – in Wirklichkeit ernährte jedoch immer ein erheblicher Teil der Frauen ihre Familien allein oder hauptsächlich.⁴²

aa. Wohnungssituation

Große Probleme entstanden zudem auf dem Wohnungssektor. Insbesondere die nicht-besitzende Arbeiterschaft, die lediglich das Geld zum Leben verdienen konnte, hatte große Probleme, Wohnraum zu finden. Durch die Bevölkerungsexplosion und die Landflucht bestand eine eklatante Differenz zwischen Angebot und Nachfrage. Es gab zu dieser Zeit Schlafwohnungen, die schichtweise von den Schlafenden genutzt wurden. Dabei war es keine Seltenheit, dass ein Bett mit zwei bis drei Personen belegt war. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die hygienischen Bedingungen katastrophal waren und die damit einhergehenden Krankheiten an der Tagesordnung waren.⁴³ Diesen Problemen half zwar vordergründig die neu aufkommende Idee der Schaffung von Werkwohnungen ab. Einerseits liegt der Vorteil der Werkwohnungen auf der Hand, allerdings ging dieser Vorteil auch mit dem Nachteil einher, bei Verlust des Arbeitsplatzes auch das Dach über dem Kopf zu verlieren und kurzfristig, als Arbeitsloser, eine neue Unterkunft finden zu müssen.⁴⁴

Aus diesem Grund waren es nicht lediglich altruistische Motive, die die damaligen Arbeitgeber dazu bewegten, ihren Arbeitern Werkwohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Aussicht auf ein noch größeres Elend in den Armenunterkünften vermochte die Arbeiter oftmals zu disziplinieren und sich mit den vom Arbeitgeber bestimmten Bedingungen widerspruchslos abzufinden.⁴⁵

³⁷ Köbler, Bilder aus der deutschen Rechtsgeschichte, S. 349; Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 268, S. 410: Die Bevölkerung wuchs ab der Mitte des 19. Jahrhundert auf das Doppelte, in der Städten auf das Zehnfache; zu dieser Zeit begannen dann auch die Reallöhne zu steigen und sie verdoppelten sich in der Zeit von 1850 bis 1910.

³⁸ Zum Absatz: Ritter/Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich, S. 356; Coing, III/3, S. 3644 (insb. zum Trucksystem) und auch Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. II, S. 755.

³⁹ Zum Absatz: Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. II, S. 741.

⁴⁰ Soder – „Arbeiterin Marie Sponer“ in Popp, Gedenkbuch 20 Jahre österreichische Arbeiterinnenbewegung, S. 141.

⁴¹ Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 382.

⁴² Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 382.

⁴³ Im Jahr 1876 starben noch zwischen 43-45 % der männlichen Erwachsenen an Tuberkulose und anderen Krankheiten, die auf schlechte Wohnungen, Lüftung und Ernährung zurückgingen; auch die Säuglingssterblichkeit betrug in den Jahren zwischen den 1850er und 1880er Jahren um die 20 %, wobei sie bei unehelichen Säuglingen in den 1870er Jahren 40 % in der Stadt und 31 % auf dem Land betrug. (Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 390).

⁴⁴ Zum Absatz: Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 390.

⁴⁵ Zum Absatz: Lucas, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung S. 49.

bb. Arbeiterschutz

Für Handlungsgehilfen, also die kaufmännischen Beschäftigten, fanden sich schon Mitte des 19. Jahrhunderts in den Artt. 57 ff. ADHGB Schutzvorschriften, nach denen ein Entgeltfortzahlungsanspruch bei Krankheit für die Dauer von sechs Wochen vorgesehen war. Auch konnte das Dienstverhältnis – vorbehaltlich anderer vertraglicher Vereinbarungen – von jedem Teil mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende eines Kalendervierteljahres gekündigt werden (Art. 61 ADHGB).

Gesetzliche Bestimmungen zum Kündigungsschutz, der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall oder zum Mutter-schutz waren im Hinblick auf Arbeiter, welche der Gewerbeordnung unterfielen, im beginnenden 19. Jahrhundert unbekannt. Nur zögerlich begannen die Einzelstaaten Arbeiterschutzvorschriften einzuführen, beispielsweise Preußen⁴⁶ mit dem „Preußischen Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeitnehmer in Fabriken“ vom 09.03.1839.⁴⁷ Anstoß zu diesen Schutzvorschriften war aber primär nicht die Sorge um die Gesundheit der Jugendlichen, sondern die Sicherstellung ausreichend diensttauglicher Rekruten für das Militär. Mangels gleichzeitiger Einführung einer Gewerbeaufsicht konnte die Einhaltung dieser Schutzvorschriften nicht überprüft werden. Die Kontrolle wurde anfangs Gewerberäten übertragen, die sich aus Handwerkern, Fabrikanten, Kaufleuten und Arbeitnehmern zusammensetzten, wobei die mitkontrollierenden Arbeitnehmer von den Vorgenannten ausgewählt wurden und weiterhin kündbar waren.⁴⁸ Ferner waren die bei Verstößen vorgesehen Strafen so gering, dass selbst bei der Beschäftigung eines Jugendlichen unter gesetzwidrigen Bedingungen über die Zeit eines Jahres, sogar im Wiederholungsfall, die Höchststrafe durch den erzielten Gewinn ausgeglichen gewesen wäre. Im Übrigen galten diese Schutzvorschriften nur zu Gunsten von in Fabriken arbeitenden Kindern und Jugendlichen, nicht für diejenigen, die in der Landwirtschaft oder der Heimarbeit beschäftigt waren. Das Regulativ bezog sich lediglich auf die Kinderarbeit in Fabriken – an anderen Arbeitsstätten wie bei der Heimarbeit, im Handel und bei der Landwirtschaft galt es nicht.⁴⁹

Auch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes, welche später zur Reichsgewerbeordnung wurde, sah verschiedene Besserungen zu Gunsten der Arbeiter vor, wie beispielsweise das allgemeine Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeiten (§ 105 Abs. 2 der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes) und die Verpflichtung des Unternehmers zur Herstellung und Unterhaltung derjenigen Einrichtungen (§ 107 der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes):

„[...] welche mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Gewerbebetriebes und der Betriebsstätte zu thunlichster Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit nothwendig sind. [...]“

Zu einer spürbaren Verbesserung der Lage der Arbeiter kam es durch die beiden Erlasse Kaiser Wilhelms II. vom 04.02.1890, welche zu einer umfangreichen Novelle der Reichsgewerbeordnung im Jahr 1891 führten.⁵⁰

Nach Ansicht des Kaisers war es:

„[...] eine der Aufgaben der Staatsgewalt [...], die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. [...]“⁵¹

Weiter heißt es in diesen Erlassen, dass für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesetzliche Bestimmungen über die Form und Ausgestaltung der Zusammenarbeit zu erlassen waren, nach denen Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besaßen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern befähigt werden sollten. Umgesetzt wurden in diesem Rahmen der Arbeitsschutz von Frauen und volksschulpflichtigen Kindern.⁵² Nur für die gewerblichen Angestellten⁵³, also Betriebsbeamte, Werkmeister und vergleichbare höhere Angestellte nach der Gewerbeordnung, wurden im Wesentlichen dieselben Regelungen getroffen, wie sie schon nach dem ADHGB für die kaufmännischen Angestellten galten (insbesondere Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und – vorbehaltlich anderer vertraglicher Re-

⁴⁶ Diesem Beispiel folgten im Jahr 1840 die Länder Bayern und Baden, das Land Sachsen 1861 und das Land Württemberg erst im Jahr 1862 (Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 435).

⁴⁷ Das Regulativ verbot in Preußen die Fabrikarbeit von Kindern unter neun Jahren und beschränkte die Arbeit der Jugendlichen unter 16 Jahren auf zehn Stunden täglich, unter Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit.

⁴⁸ Im Jahr 1853 führte Preußen dann die fakultative Gewerbeinspektion ein; obligatorisch wurde die Fabrikinspektion in allen deutschen Staaten erst im Jahre 1878.

Erst 1911 wurde sie auch auf die Heimindustrie ausgedehnt (Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 435).

⁴⁹ Zum Themenkreis: Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. II, S. 752 (753).

⁵⁰ Kaiserliche Erlasse an den Handelsminister und den Minister der öffentlichen Arbeiten, abgedruckt in Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. II, Nr. 276 und Nr. 277, S. 413 f.

⁵¹ Kaiserliche Erlasse an den Handelsminister und den Minister der öffentlichen Arbeiten, abgedruckt in Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. II, Nr. 276 und Nr. 277, S. 413 f.

⁵² 1897 wurde die Arbeit von Kindern unter 13 Jahren auch in den Werkstätten der Konfektionsindustrie untersagt. Fremde Kinder unter zwölf und eigene unter zehn Jahren durften ab 1903 nur noch in der Landwirtschaft beschäftigt werden, nicht mehr in Heimarbeit, Handwerk oder Handel. 1908 wurde schließlich die Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche gesetzlich auf zehn Stunden begrenzt, wobei eine mindestens elfstündige Nachtruhe einzuhalten war (Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 435).

⁵³ Die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten wurde letztendlich erst mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 30.05.1990 (BVerfGE 82, 126 ff.) aufgehoben.

gelung – eine sechswöchige Kündigungsfrist zum Ende eines Kalendervierteljahres), außerdem wurden gesetzlich die Inhalte der teilweise obligatorischen Arbeitsordnungen festgelegt.⁵⁴

c. Soziale Sicherung

Zwar wurde die Wirtschaft durch den deutsch-französischen Krieg belebt und Deutschland profitierte von den französischen Reparationszahlungen in Milliardenhöhe, allerdings konnte dies nicht die Rezession der 1880er-Jahre mit den damit einhergehenden sozialen Spannungen verhindern. Zu der wirtschaftlichen Krise in der ausgehenden Gründerzeit, 1873, kam es durch den Verfall der Preise für Eisen- und Landwirtschaftsprodukte. In der Folge schlossen sich die Eisenindustrie und die Großagrarien zu einer Interessengemeinschaft zusammen und forderten eine Schutzzollpolitik (Interessenkoalition von „Roggen“ und „Stahl“).⁵⁵

aa. Gewerkschaftliche Entwicklungen

Ein wichtiger Vorläufer für die sich nun entwickelnde Diskussion über das Verhalten des Staates in der wirtschaftlichen Krise war die Anerkennung der Koalitionsfreiheit, indem:

*„[...] alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen und Fabrikarbeiter wegen Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter sind aufgehoben. [...]“*⁵⁶

Zwar wurde gleichzeitig die Klagbarkeit einer Koalitionsabsprache ausgeschlossen und die jederzeitige Möglichkeit zum Rücktritt von einer solchen normiert; dennoch ist in der Zulassung von Koalitionen die Erkenntnis zu sehen, dass oftmals zur Verwirklichung der persönlichen Freiheit das Zusammenwirken mehrerer notwendig ist.⁵⁷

Diese Entwicklungen, die wirtschaftliche Krise und die damit einhergehende Verschlechterung der sozialen Verhältnisse bescherte dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei großen Zulauf. Auch gewannen in dieser Zeit die Gewerkschaften an Mitgliedern und somit auch an Einfluss. Doch wegen des so genannten „Sozialistengesetzes“, das die meisten Gewerkschaften betraf, hatte das Koalitionsrecht bzw. die Koalitionsbefugnis eine eher untergeordnete Wirkung und stellte keine wirkliche und spürbare Besserstellung der (gewerblichen) Arbeiter dar.⁵⁸ Nach Aufhebung bzw. der Nichtverlängerung des „Sozialistengesetzes“ kam es zu einem regen Abschluss von Tarifverträgen, sodass es im Jahr 1913 bereits 13.000 Tarifverträge gab.⁵⁹

bb. Staatliche Versicherungen

Nachdem der Staat die Probleme der Arbeiterschaft und das damit einhergehende Erstarken der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien nicht durch die Sozialistengesetzgebung einschränken konnte, wurde mittels Einführung der gesetzlichen Sozialversicherung auf den wachsenden gesellschaftlichen Unmut reagiert.⁶⁰

Grundstein für den Aufbau der staatlichen Sozialversicherungsgesetzgebung⁶¹ war der kaiserliche Erlass vom 17.11.1881, der reichsweite Versicherungssysteme ankündigte.⁶² Die reichseinheitliche Sozialversicherung begann mit

⁵⁴ Zum Themenkreis: Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 435.

⁵⁵ Zum Absatz: Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 268, S. 426.

⁵⁶ Siehe § 152 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21.06.1869 (NdBGBl. 1869, S. 245).

⁵⁷ Löwisch/v. Langsdorff in JuS 1973, S. 9 ff.

⁵⁸ „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 21.10.1878 (RGBl. 1878, S. 351). Das Gesetz verbot Vereine, die durch sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Umtriebe „den Sturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ bezweckten. Parteifunktionären konnten bestimmte Aufenthaltsorte vorgeschrieben, Buchdruckern und Gastwirten konnte die Lizenz entzogen werden, wenn sie unterstützend tätig wurden. Auch wurde der so genannte kleine Belagerungszustand über jene Bezirke ermöglicht, in denen sozialistische Agitation und somit die Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung vermutet wurde.

⁵⁹ Zum Gesamten: Löwisch/v. Langsdorff in JuS 1973, S. 9 ff.

⁶⁰ Dennoch konnten die Sozialdemokraten große Stimmengewinne verzeichnen, obwohl sie lediglich im Reichstag aktiv werden durften, da durch die Sozialistengesetze die außerparlamentarische Parteiarbeit verboten war (Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 268, S. 425).

Auch die Gewerkschaften, die vor dieser Gesetzgebung ca. 75.000 – 80.000 Mitglieder hatten, konnten ein erstaunliches Wachstum nach der Nichtverlängerung der Sozialistengesetze verzeichnen; im Jahre 1890/1891 hatten sie 341.000, im Jahr 1913 sogar 2.999.000 Mitglieder (Gebhard-Berghahn, Das Kaiserreich 1871-1914, S. 336 f.). Von den Sozialistengesetzen waren aber nur die „Freien Gewerkschaften“ betroffen, da sie den Sozialisten ideologisch nahe standen, im Gegensatz zu den liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften oder den christlichen Gewerkschaften (Ramm in Festschrift für Mallmann, S. 191, (204 f. insbesondere Fn. 51)).

⁶¹ Schon 1860 gab es in Preußen knapp 3.000 Kassen für Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter mit rund 300.000 Mitgliedern. Bis 1874 war dort die Zahl der gewerblichen Unterstützungskassen auf 4.877 mit fast 800.000 Mitgliedern gestiegen. Hinzu kamen die 100.000 Bergleute, die seit 1854 in der Knappschaft zwangsweise versichert waren. (Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 435 f.).

⁶² Abgedruckt bei Ramm, Einführung in das Privatrecht/Allgemeiner Teil des BGB, Bd. I, S. 259.

dem Krankenversicherungsgesetz vom 15.06.1883⁶³, gefolgt vom Unfallversicherungsgesetz vom 06.07.1884⁶⁴, und wurde mit dem Gesetz betreffend Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22.06.1889⁶⁵ vorerst abgeschlossen.

In den Neunzigerjahren des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg – nach Überwindung der so genannten Gründerkrise – besserte sich die Konjunktur; es begann das „goldene Zeitalter der deutschen Wirtschaft“.⁶⁶

4. Fazit

Mit dem Ende der Feudalherrschaft – in Württemberg kam es erst am 01.01.1818 zum Wegfall der persönlichen Leibeigenschaft – wurden zwar einerseits die Bauern befreit, allerdings wurde diesen damit auch die soziale Absicherung des Systems der Leibeigenschaft genommen. Die Hofstellen, die den Bauern nunmehr zur Bewirtschaftung noch zur Verfügung standen, reichten meist zur Sicherung der Lebensbedürfnisse nicht aus. Sie konnten auch im Handwerk kein Auskommen finden, da durch die zunehmende Industrialisierung auch das Handwerk stark zurückgedrängt wurde.

Einhergehend mit diesen Entwicklungen kam es zur Aufhebung von Heiratsbeschränkungen und der Verbesserung der hygienischen Situation, so dass es zu einem Anstieg der Bevölkerung kam. Diese vielen Menschen versuchten Arbeit in der Industrie zu finden. Allerdings hatte sich dort, auch in den gesetzlichen Bestimmungen, der Gedanke des liberalen Bürgertums der vollkommenen Vertragsfreiheit durchgesetzt – mit dem Ergebnis, dass die Vertragspartner sich gleichberechtigt gegenüberstanden. Die Gleichberechtigung verkehrte sich wegen des Überangebots an Arbeitskraft in eine deutlich schlechtere Stellung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern. In der Folge kam es zu einer erheblichen Massenarmut. Die Arbeitsverhältnisse sahen zum größten Teil keine Schutzvorschriften zu Gunsten der Arbeitnehmer, wie die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Mutterschutzfristen oder Jugendschutzbestimmungen, vor.

Diese Missstände in der sozialen Lage der Arbeiterschaft führten zur Gründung von Gewerkschaften und einer deutlichen Zunahme der gewerkschaftlichen Ideen in der Gesellschaft. Der Staat reagierte auf diese Entwicklungen durch die zaghafte Einführung der staatlichen Versicherungen. Diese umfassten die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, die allerdings im Umfang keinesfalls mit der heute bekannten Absicherung der Arbeitnehmer vergleichbar war.

⁶³ RGBl. 1883, S. 73 ff.

Die Krankenversicherung erfasste 1885 knapp 10 %, im Jahr 1914 schon 23 % der Bevölkerung (Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 436).

⁶⁴ RGBl. 1884, S. 69 ff.

⁶⁵ RGBl. 1889, S. 97 ff.

Altersrentenberechtigt waren zunächst nur über 70jährige und dann betrug die Rente lediglich zwischen 18-20 % des durchschnittlichen Arbeitseinkommens (Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. V, S. 436).

⁶⁶ Wesel, Geschichte des Rechts, Rn. 268, S. 426.

III. ARBEITSVERTRAGSRECHT BEI ERRICHTUNG DER GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTE⁶⁷

Das folgende Kapitel soll einen Überblick zu den gesetzlichen Grundlagen des Arbeitsvertragsrechts⁶⁸, der inhaltlichen Ausgestaltung des Arbeitsvertrags und insbesondere seiner Kündigung bieten.⁶⁹

Das Arbeitsvertragsrecht ist eine Materie, die damals wie heute eine unglaubliche Vielzahl an rechtlichen Verhältnissen des täglichen Lebens bestimmt. Mit Philipp Lotmar kann die damalige – aber auch heute noch gültige – Bedeutung des Rechts der Arbeitsverhältnisse so dargestellt werden,

„[...] dass die Milch und der Zucker, der Rock und der Schuh, die Zigarre und die Zeitung, mit denen etwa ein männlicher Kulturmensch täglich in Berührung kommt, [...] von vielen Arbeitsverträgen erzählen [könnten], in deren Vollzug sie erzeugt und bis zu ihm gelangt sind. [...]“⁷⁰

Seit Beendigung der Tauschwirtschaft und seit Beginn des arbeitsteiligen Lebens bestehen rechtliche Bestimmungen, welche die Arbeit als Gegenstand behandeln.

1. Das deutsche Arbeitsrecht im 19. Jahrhundert⁷¹

Das deutsche⁷² Arbeitsrecht⁷³ im 19. Jahrhundert war damals wie heute in keinem Arbeitsgesetzbuch erfasst. Dies lag unter anderem darin begründet, dass es keine einheitliche Rechtsetzungsautorität gab. Weder im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation noch zu Beginn des Deutschen Bundes gab es eine eigenständige und einheitliche Gesetzgebung.

Spätestens aber durch die industrielle Revolution wurden der bestehenden Privatrechtsordnung des 19. Jahrhunderts die Grenzen aufgezeigt. Es waren neue Unternehmensformen notwendig⁷⁴; ebenso der Aufbau einer Arbeitsverfassung, da die nicht mehr brauchbaren alten Formen (wie das Gesinderecht, die bauerlichen Dienste und die Zunftverfassungen) ersetzt werden sollten und mussten.⁷⁵

Dankwardt beschreibt das Recht der lohnabhängigen Arbeit im 19. Jahrhundert so:⁷⁶

„[...] Das in Deutschland geltende Arbeiterrecht ist seiner Entstehung nach theils römisches theils deutsches Recht. Letzteres liefern: die Reichsgewerbeordnung, das Handelsrecht, das Seerecht und die zahlreichen Gesindeordnungen. Das deutsche Arbeiterrecht ist theils gemeines, d.h. beruht auf einer für ganz Deutschland bindenden Rechtsquelle, theils particulares d.h. es gilt überall, wo es gilt, vermöge einer besonderen Rechtsquelle. Dem Particularrecht gehört insbesondere das deutsche Gesinderecht an. [...]“

⁶⁷ Siehe hierzu die umfassende Darstellung von Becker, Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnis in Deutschland – vom Beginn der Industrialisierung bis zum Ende des Kaiserreichs; auch Söllner in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, S. 288 ff. m.w.N. zur diesbezüglichen Literatur.

⁶⁸ Zu dem Begriff des Arbeitsvertrages siehe Söllner in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, S. 288, 292: „Die Ausgrenzung eines speziellen Vertragstyps „Arbeitsvertrag“ aus dem umfassenden Typus „Dienstvertrag“ ist erst durch das Erste Arbeitsrechtsbereinigungsgesetz vom 14.08.1969 (BGBl. I, 1106) gesetzlich anerkannt worden. Die Vorschriften des BGB über den Dienstvertrag (§§ 611 – 630) enthalten seitdem Vorschriften, die nur für Arbeitsverhältnisse gelten (vgl. § 622 BGB).“

⁶⁹ Zur vertiefenden Durchdringung der Entstehungsgeschichte und der dogmatischen Grundlage der Arbeitsverhältnisse im 19. Jahrhundert wird verwiesen auf: Bernert, Arbeitsverträge im 19. Jahrhundert; Söllner, in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, 288 ff.; Schmoller in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1874, S. 449 ff.; Dankwardt in Jahrbücher für die Dogmatik des römischen und deutschen Privatrechts 1874, S. 299 ff. und 1875, S. 228 ff.; Oertmann, Deutsches Arbeitsvertragsrecht S. 36 ff.

⁷⁰ Lotmar, Der Arbeitsvertrag – Nachdruck von Rehbinder, S. 35.

⁷¹ Einen ausführlichen Überblick zur Geschichte des Arbeitsrechts vom Mittelalter bis in das 19. Jahrhundert findet sich jeweils mit weiteren Nachweisen bei Ogris in RdA 1967, S. 286 ff.; Mayer-Maly in RdA 1975, S. 59 ff.

Zum Arbeitsrecht und der locatio conductio m.w.N. Dankwardt in Jahrbücher für die Dogmatik des römischen und deutschen Privatrechts 1874, S. 299 ff.; Oertmann, Deutsches Arbeitsvertragsrecht; Windscheid, Lehrbuch des Pandektenrechts; Bd. II, § 401; Mayer-Maly in RdA 1967, S. 281 ff.

Bernert (Arbeitsverträge im 19. Jahrhundert) beschränkt sich auf die Nennung der Werke von Dankwardt aus den Jahren 1874 und 1875 (in Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts a.a.O.). Zu diesem Themenkomplex ist auch das Werk von Schmoller aus dem Jahr 1874 zu zählen (Schmoller in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1874, S. 449 ff.).

⁷² Nicht behandelt wird die Entwicklung des Arbeiterrechts in Österreich, da das österreichische Recht jedenfalls nach Gründung des Deutschen Reiches 1871 nicht mehr als deutsches Recht anzusehen ist.

⁷³ Häufig wurde zu dieser Zeit auch vom Arbeiterrecht oder von der Fabrikengesetzgebung gesprochen, wobei letztlich immer die abhängige Tätigkeit von Arbeitnehmern für Arbeitgeber gemeint war und diese begriffliche Unterscheidung keine Auswirkung hat.

⁷⁴ Siehe dazu auch oben zur Industrialisierung Seite 18 f. Geschaffen wurden in dieser Zeit die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und insbesondere auch die Aktiengesellschaft (AG); Gesellschaften also, die sich leichter am Kapitalmarkt mit Geld versorgen konnten, als ein Einzelkaufmann.

⁷⁵ Eisenhardt, Deutsche Rechtsgeschichte, Rn. 538.

⁷⁶ Dankwardt in Jahrbücher für die Dogmatik des römischen und deutschen Privatrechts 1875, S. 228 ff.

a. Römisches Recht

Für das römische Recht und die *locatio conductio* bestand vielfach kein Raum mehr, da fast alle deutschen Staaten den Dienst- und Arbeitsvertrag in spezialgesetzlichen Vorschriften wie Gewerbe- und Polizeiordnungen oder ähnlichen berufsspezifischen Regelungen normiert hatten.⁷⁷ Wenn auf das römische Recht zurückgegriffen wurde, dann hauptsächlich zur Füllung von Lücken in gesetzlichen Bestimmungen oder den vertraglichen Regelungen.⁷⁸

b. Deutsches partikulares Recht

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es noch kein einheitliches deutsches Recht. Es bestanden lediglich partikuläre Regelungen.⁷⁹ Die naturrechtlichen Kodifikationen stellten selbst partikulares Recht dar. Auch die aufkommende Arbeitsschutzgesetzgebung wurde von den einzelnen Staaten eigenständig und unabhängig voneinander erlassen und dabei nicht in die partikulären Kodifikationen des Privatrechts integriert, sondern in die gewerberechtlichen Bestimmungen aufgenommen. Dieses Vorgehen war der starken Reglementierung des Gewerbewesens in Deutschland geschuldet, ferner dem Umstand, dass sich der Einführung gewerberechtlicher Regelungen weniger Vorbehalte entgegenstellten als einer privatrechtlichen Normierung.⁸⁰

Zwar wurde dieses Problem erkannt und auch als ein solches gesehen – schon zu den Gesetzen, die in der Frankfurter Nationalversammlung behandelt wurden, zählte der Entwurf einer allgemein geltenden Gewerbeordnung. Diesem Problem wurde allerdings nicht abgeholfen, was sich erst mit der Gründung des Norddeutschen Bundes änderte.⁸¹

Das partikuläre Recht zur Regelung des Arbeitsrechts gliederte sich in drei große Blöcke:

- Gesinderecht
- Beamtenrecht
- sonstige Arbeiter- und Angestelltenrecht.

aa. Gesinderecht

Das Gesinderecht war das Sonderrecht derjenigen Arbeitnehmer, welche sich unter Eintritt in die Hausgemeinschaft der „Herrschaft“ auf längere Zeit gegen Entgelt zur Leistung vorwiegend niederer ländlicher oder häuslicher Dienste verpflichteten. Kennzeichnend für das Gesindearbeitsverhältnis war die außerordentlich weite – auch den Privatbereich des Arbeitnehmers umfassende – Gehorsamspflicht, in der die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, vor allem im Krankheitsfall, ihr Gegenstück fand. Weiterhin war das Gesindearbeitsverhältnis eine Mischung aus privatrechtlicher Vertragsfreiheit und Polizeirecht, so dass der Staat die Vertragserfüllung beispielsweise auch mit polizeilichen Mitteln durchsetzen konnte. Es bestanden Strafvorschriften für den Fall von „hartnäckigem Ungehorsam, Widerspenstigkeit gegen die Herrschaft“ oder auch für das unbegründete Verlassen des Dienstes. Auch wurden Streitigkeiten zwischen Gesinde und Herrschaft vielfach von der Obrigkeit, oftmals unter Ausschluss des Rechtsweges, entschieden. Das Gesinderecht war wegen des starken obrigkeitsbestimmten Einschlages eher öffentlich-rechtlich als privatrechtlich orientiert. Vom Gesinderecht nicht erfasst waren die landwirtschaftlichen Arbeiter, unabhängig davon, ob sie Tagelöhner waren oder langfristig vertraglich gebunden. Das Arbeitsrecht auf dem Lande, aber auch das städtische Gesinderecht, waren äußerst patriarchalisch strukturiert. Beides waren Reste der feudalistischen Gesellschaft, in die der Liberalismus nicht umfänglich einzudringen vermochte. Das Gesinderecht bestand auch nach Einführung des BGB im Jahr 1900 fort und wurde erst mit Beginn der Weimarer Republik endgültig abgeschafft.⁸² Lediglich das Züchtigungsrecht des Dienstherrn wurde mit Einführung des BGB eingeschränkt.⁸³

bb. Das Beamtenrecht

Das Beamtenrecht war zum Beispiel in § 1, II, 10 des preußischen ALR definiert als die „vorzügliche Bestimmung, die Sicherheit, die gute Ordnung und den Wohlstand des Staates zu unterhalten und befördern zu helfen“. Dabei konnte der Landesherr frei über seine Beamten verfügen; erst in den Verfassungskämpfen des 19. Jahrhunderts wurde die Un-

⁷⁷ Das ALR behandelte Verträge mit gedungenen Handarbeitern und Tagelöhnern im Abschnitt über die Verträge, wodurch Sachen gegen Handlungen oder Handlungen gegen Handlungen versprochen wurden, in unmittelbarer Nähe des Werkvertrages und des Verlagsvertrages (ALR I 11 §§ 894 ff.).

Der Code civil hielt an der romanistischen Intention fest, indem er den Arbeitsvertrag (*du luage, d'ouvrage et d'industrie*) dem Oberbegriff der Miete unterstellte. Diese Bestimmungen finden sich in den Art. 1779 – 1799; der Mietvertrag mit „Arbeitsleuten“ insbesondere in Art. 1781.

⁷⁸ Zum Themenkreis: Klippel in *Geschichtliche Rechtswissenschaft: Ars tradendo innovandoque aequitatem sectandi* – Freudesgabe für Alfred Söllner, S. 161 ff.

⁷⁹ Der folgende Überblick ist bei Ramm in *Festschrift für Mallmann*, S. 191 (198 f.) m.w.N. entnommen.

⁸⁰ Coing, III/3, S. 3637 f.

⁸¹ Zum Absatz: Coing, III/3, S. 3692.

⁸² Die Fortgeltung nach Einführung des BGB bestimmt sich nach Art. 95 EGBGB. Zur endgültigen Abschaffung kam es durch den Rat der Volksbeauftragten am 12.11.1918 (RGBl. 1918, S. 1303).

⁸³ Zum Gesamtkomplex: Ramm in *Festschrift für Mallmann*, S. 191 (197 f.); umfassend zum Gesinderecht: v. Gierke, *Deutsches Privatrecht* Bd. III, S. 641 ff. m.w.N.

abhängigkeit des Richters von der Krone, also vom Landesherr, durchgesetzt.⁸⁴ Zunehmend folgte der Schutz der Beamten vor willkürlicher Entziehung von Amt und Einkommen, wobei der Einkommensschutz keine vergleichbar bedeutende Rolle spielte wie bei Arbeitern und Angestellten, da von höheren Beamten verlangt wurde, dass sie sich selbst standesgemäß unterhielten und die Besoldung lediglich einen Zuschuss darstellte.⁸⁵

cc. Das Arbeiterrecht

Das Arbeiterrecht unterscheidet sich von den vorgenannten Rechtsverhältnissen durch den Umstand, dass einerseits die Arbeiter für ihren Lebensunterhalt tätig werden mussten und nicht – wie die Beamten – auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen konnten. Der Unterschied zum Gesinderecht lag darin, dass die Rechtsverhältnisse des Arbeiterrechts am Gedanken der Vertragsfreiheit ausgestaltet waren und nicht primär einer obrigkeitlichen und strafrechtlichen Kontrolle unterlagen. Durch die Abschaffung der Zünfte und die Einführung der Vertragsfreiheit sollten die Arbeitsverhältnisse keiner staatlichen Regulierung mehr unterworfen sein.

Im Zuge der Industrialisierung wurde dann aber erkannt, dass die rechtliche Freiheit zum Abschluss von Verträgen über die Verwertung der Arbeitskraft nicht auch der tatsächlichen Freiheit bei der Verabredung der Vertragsbedingungen entsprach. Meist blieb den Arbeitern keine andere Wahl als auch die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzunehmen, denn mit dem Zeitalter der Industrialisierung begann auch das Zeitalter der Arbeitslosigkeit und mit dieser einhergehend das soziale Elend. Die Abkehr von der Idee, dass die Arbeitsbedingungen ausschließlich von den Vertragsparteien ausgehandelt werden sollten, begann mit dem preußischen Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeitnehmer in Fabriken von 1839.⁸⁶ Von da an mehrten sich die staatlichen Regelungen, die in das privatrechtliche Arbeitsverhältnis eingriffen.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich aus dem privatrechtlichen, dem Gedanken der Vertragsfreiheit unterworfenen, Arbeiterrecht durch die öffentlich-rechtlichen Arbeiterschutzbefehle mehr und mehr ein Sonderrecht.⁸⁷ Zunehmend wurden die gewerblichen und handelsrechtlichen Arbeitsverhältnisse in den einzelstaatlichen Gewerbeordnungen, Gewerbeetzen, Handelsgesetzbüchern oder auch den einzelstaatlichen Kodifikationen partikular bestimmt; dies war eine Abkehr des im 19. Jahrhunderts bestimmenden „laissez faire, laissez aller“.⁸⁸ Trotz dieser Entwicklungen wurde von konservativen Kreisen weiterhin versucht, das Arbeiterrecht dem Gesinderecht anzugleichen und damit dem Privatrechtsbereich zu entziehen; diese Bemühungen konnten aber keinen spürbaren Erfolg entfalten.⁸⁹

c. Einheitliches deutsches Recht

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kam man zunehmend zu der Erkenntnis, dass die Vereinheitlichung des Rechts – im Gegensatz zu der Vielzahl der partikularen Rechtsgebilde – deutliche Vorteile habe. Da aber eine Vereinheitlichung des gesamten bürgerlichen Rechts zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchsetzbar war, wurde damit begonnen, das Handelsrecht einheitlich zu gestalten. Die Allgemeine Deutsche Wechselordnung⁹⁰ und anschließend auch das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch (ADHGB⁹¹) – und somit die Regelungen über die Arbeitsverhältnisse der Handlungsgehilfen – galten schon vor der Reichsgründung und auch vor der Gründung des Norddeutschen Bundes in den meisten deutschen Staaten einheitlich partikular, mit fast gleich lautendem Inhalt.⁹²

Auch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes⁹³, die später zur Reichsgewerbeordnung wurde,⁹⁴ regelte für den Norddeutschen Bund in den §§ 105 bis 139 die Rechtsverhältnisse „der Gewerbegehilfen, Gesellen, Lehrlingen und Fabrikarbeiter“.

⁸⁴ Siehe hierzu § 46 der Verfassung für das Königreich Württemberg vom 25.09.1819 oder auch Abschnitt 8 der Verfassung für das Königreich Bayern vom 26.05.1818 (Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. III, S. 171 bzw. 141).

⁸⁵ Zum Abschnitt: Ramm in Festschrift für Mallmann, S. 191 (199 ff.) m.w.N.

⁸⁶ Siehe oben zum Arbeiterschutz auf Seite 21 f.; hierdurch kam es zur Abkehr von der damals noch vorherrschenden Manchestertheorie.

⁸⁷ Die Anerkennung des Arbeitsrechts als Sonderrecht mit privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Elementen hat sich aber erst nach und nach heraus entwickelt. So verortet Windscheid in seinem Lehrbuch des Pandektenrechts, Bd. II, S. 466) den Arbeitsvertrag im öffentlich-rechtlich geprägten Gewerbebereich bzw. es findet sich lediglich ein Hinweis auf die reichsgesetzlichen privatrechtlichen Bestimmungen.

⁸⁸ Coing, III/3, S. 3691 ff.

⁸⁹ Zum gesamten Themenkomplex statt vieler m.w.N.: Ramm in Festschrift für Mallmann, S. 191 (203 insbesondere Fn 46); Söllner in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, S. 288 ff.; Holdheim in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1874, S. 247 ff.

⁹⁰ Der Entwurf aus dem Jahr 1847 wurde nach der 1848er-Revolution in den Einzelstaaten umgesetzt.

⁹¹ Siehe zum ADHGB umfassend Thöl, Handelsrecht Bd. I, S. 75 ff.; die Einführung in den einzelnen Staaten erfolgte, nach dem Bundestagsbeschluss im Jahr 1861, in den Jahren 1862 bis 1872, wobei dies deutlich überwiegend bis 1865 geschah.

Das ADHGB wurde dann einheitlich für den Norddeutschen Bund am 05.06.1869 (NdBGBL. 1869, S. 379) eingeführt.

⁹² Zum Themenkreis: siehe den folgenden Untertitel zur Schaffung des BGB und dessen Auswirkungen auf das Arbeitsrecht; ferner war vor allem das Handels-, See-, Wechsel-, und Versicherungsrecht einer einheitlichen, weil modernen Rechtsetzung zugänglich, da für diese Rechtsgebiete im Pandektensystem mangels römischer Überlieferung keinen Eingang fanden (Krause in JuS 1970, S. 313 ff.). Diese Problematik betraf insbesondere auch das Arbeiterrecht, von dessen Regelung aber auch die Germanisten Abstand nahmen (siehe hierzu Söllner in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, S. 288, 301 ff.), so dass das Arbeitsvertragsrecht erstmals mit Lotmar eine vertiefte wissenschaftlich-dogmatische Bearbeitung losgelöst von den einzelnen spezialgesetzlichen Arbeitsverhältnissen fand. Seine Betrachtung orientiert sich jedoch stark am BGB.

⁹³ Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21.06.1869 (NdBGBL. 1869, S. 245).

⁹⁴ Die Gewerbeordnung des norddeutschen Bundes vom 21.06.1869 trat am 01.01.1872 im Königreich Württemberg und im Großherzogtum Ba-

Bei diesen einheitlichen deutschen Gesetzen wurde aber nicht, etwa an das große bürgerliche Kodifikationsvorhaben anknüpfend, ein Arbeitsgesetzbuch für das Deutsche Reich geschaffen oder die Regelungen in das zu schaffende BGB integriert, sondern es wurden arbeitsrechtliche Normen in Bezug auf einzelne Berufsgruppen oder auf die ausgeübte Tätigkeit in der Gewerbeordnung, dem Handelsgesetzbuch oder der Seemannsordnung erlassen.

Im Deutschen Reich waren spezialgesetzlich geregelt:⁹⁵

- das Dienstverhältnis der Handlungsgehilfen (Art. 57 – 65 ADHGB von 1861)
- das Dienstverhältnis des Schiffers (Art. 478 – 527 ADHGB von 1861)
- das Dienstverhältnis der Schiffsmannschaft (Seemannsordnung vom 27.12.1872)
- der Anspruch auf Berge- und Hilfslohn bei der Bergung und Hilfeleitung in Seenot, bei Bergung von Seeauswurf und strandtriftigen Gegenständen (Art. 742 – 756 ADHGB von 1861; Strandungsordnung vom 17.05.1874)
- das Frachtgeschäft zur gewerbsmäßigen Beförderung von Gütern zu Lande oder auf Flüssen und Binnengewässern, sowie von Gütern von Reisenden zur See (Art 390 – 431, 557 – 679 ADHGB von 1861) und speziell der Postbeförderungsvertrag (Reichspostgesetz vom 28.10.1871)
- das Dienstverhältnis der gewerblichen Arbeiter – Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, §§ 105 – 139b, 154 der Gewerbeordnung von 1869 in der Redaktion vom 01.07.1883.

Der treibende legislative Gedanke hinter der reichseinheitlichen Gesetzgebung war aber nicht die juristische Einordnung des rechtlichen Konstruktes Arbeitsvertrag, sondern die Ausgestaltung desselben, ohne eine dogmatische Festlegung zu treffen. Notwendig wurde diese Gesetzgebung, da die Masse der Fabrikarbeiter unaufhörlich wuchs und die Notwendigkeit gesehen wurde, den Arbeiter- und insbesondere den Kinder- und Frauenschutz voranzutreiben.⁹⁶

2. Schaffung des BGB und seine Auswirkungen auf das Arbeitsrecht

Eine Vereinheitlichung des gesamten deutschen bürgerlichen Rechts wurde nach den Erfolgen der einheitlichen Regelungen auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts erst wieder nach der Reichsgründung initiiert.⁹⁷ Auf Antrag der national-liberalen Reichstagsabgeordneten Miquel und Lasker wurde in der Reichsverfassung dem Deutschen Reich die Kompetenz zur Vereinheitlichung des gesamten bürgerlichen Rechts eingeräumt, was schließlich zur Einführung des BGB zum 01.01.1900 führte.⁹⁸

Allerdings versuchten die Verfasser des BGB bei dessen Schaffung nicht, das Arbeitsrecht zu regeln, denn schon in den Motiven⁹⁹ zum ersten Entwurf des BGB wurde klargestellt, dass die reichsgesetzlichen Bestimmungen, die verschiedene, unter den Begriff des Dienstvertrages fallende Verhältnisse regelten, nach Maßgabe der Vorschriften des Einführungsgesetzes¹⁰⁰ unberührt bleiben sollten.

Der Dienstvertrag des BGB wurde anfangs noch im direkten Anschluss an die Miet- und Pachtverhältnisse und die Gebrauchsleihe geregelt. So wurde der Dienstvertrag, anlehnend an die römisch-rechtliche – insbesondere die pandektistische – Sicht der *locatio conductio* nachgebildet, wobei eine Unterscheidung der *operae illiberales* und der *operae liberales* abgelehnt wurde.¹⁰¹ Auch der Kritik des Germanisten v. Gierke, der bei Schaffung des BGB die Aufnahme des Arbeitsvertragsrechts in das BGB forderte, wurde von den Vätern des BGB eine Absage erteilt; jener erhoffte sich durch eine Aufnahme des Arbeitsvertrages eine Stärkung der Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterschaft; weithin bekannt ist seine Forderung nach mehr „sozialistischem Öl“ in den Regelungen des BGB.¹⁰²

Planck antwortete auf v. Gierkes Kritik, das BGB habe die Aufgabe, das bestehende Recht zu kodifizieren und nicht umfassende soziale Neuerungen aufzunehmen – diese seien der Spezialgesetzgebung des Reichs vorbehalten und sollten weiterhin auch dieser unterliegen.¹⁰³ Plancks Ansicht setzte sich durch und die Schaffung des BGB hatte somit keine Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse nach der Gewerbeordnung und dem ADHGB bzw. ab 1897 dem HGB. Zwar mussten diese Gesetze teilweise an die neuen Vorschriften des BGB angepasst werden, aber diese Anpassungsmaßnah-

den (RGL. 1871, S. 392) und am 01.01.1873 im Königreich Bayern (RGL. 1872, S. 172) in Kraft und erfasste ab diesem Zeitpunkt das gesamte Deutsche Reich.

⁹⁵ Zusammenfassung in: Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches, Amtliche Ausgabe, Bd. II, vor § 599, S. 455; siehe auch bei Schollmeyer, Recht der einzelnen Schuldverhältnisse, S. 98 – allerdings mit den Hinweisen auch auf die nach den Motiven entstandenen Gesetze bzw. die bis zur Einführung des BGB eingetretenen Änderungen (Schaffung eines neuen HGB und Einführung des Binnenschiffahrtsgesetzes vom 15.06.1895 und dem Flößereigesetz von demselben Tag und der Änderung der Gewerbeordnung).

⁹⁶ Zum Absatz: Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Stier-Somlo, „Arbeitsrecht (Überblick)“, Bd. I, S. 279 ff.

⁹⁷ Ein ausführlicher Überblick hierzu bei Ramm, Entwürfe zu einem Deutschen Arbeitsvertragsgesetz, S. 11 ff.

⁹⁸ RGL. 1873, S. 379.

⁹⁹ Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches, Amtliche Ausgabe, Bd. II, vor § 599, S. 455.

¹⁰⁰ Art. 32 und 36 EGBGB.

¹⁰¹ Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches, Amtliche Ausgabe, Bd. II, § 599, S. 455, 456.

¹⁰² v. Gierke, Die soziale Aufgabe des Privatrechts, S. 13.

¹⁰³ Planck in Archiv für civilistische Praxis 1889, S. 327, 406 ff.

men hatten lediglich redaktionellen Charakter und keine inhaltlichen Auswirkungen. Im BGB wurde für abhängig beschäftigte Arbeiter, die nicht in den Anwendungsbereich der Spezialgesetze fielen, das Dienstvertragsrecht geregelt. Vor allem sollte es die „höhere Arbeit“ und den „freien Dienstvertrag“ regeln.¹⁰⁴ Der Reichsgesetzgeber hätte die einmalige Chance gehabt, auch das Arbeitsrecht mit bei der Schaffung des BGB zu berücksichtigen, aber

„[...] Statt ein Arbeitsrecht zu schaffen (das freilich von der Wissenschaft noch nicht entwickelt war), orientiert sich das Dienstvertragsrecht der §§ 611 ff. BGB eher am Leitbild des Hausarztes oder Klavierlehrers. [...]“¹⁰⁵

Für das Arbeitsleben waren aber die Bestimmungen im BGB außerhalb des Titels über den Dienstvertrag von großer Bedeutung, insbesondere das für die Gewerkschaften wichtige Vereinsrecht, die Regelung über die Arbeitsmündigkeit oder auch die Einführung der Generalklausel von Treu und Glauben in § 242 BGB.

3. Fazit

Das Arbeitsrecht in Deutschland war in unterschiedlichen Gesetzen geregelt, die das Arbeitsvertragsrecht der sie betreffenden Arbeitnehmer regelten. Die weitaus häufigsten gleich gelagerten Arbeitsverhältnisse waren die Gesellen- und Gehilfenverhältnisse, die sich in der Gewerbeordnung fanden. Erst mit der Gewerbeordnungsnovelle 1891 wurden besondere Regelungen für die höherwertig empfundenen Arbeitsverhältnisse der Werkbeamten und diesen vergleichbaren gewerblichen Arbeitnehmern geschaffen.

Im HGB gab es verschiedene Arbeitsverhältnisse, die sich an den unterschiedlichsten Stellen finden. Die allgemeinsten Regelungen von Arbeitsverhältnissen waren die der Handlungsgehilfen. Hinsichtlich der Lehrlingsverhältnisse hatten jeweils die Gewerbeordnung und auch das HGB eigenständige Normierungen.

¹⁰⁴ Zum Absatz: Coing, III/3, S. 3707.

¹⁰⁵ Hähnchen, Rechtsgeschichte, Rn. 742.

IV. ARBEITSVERHÄLTNISSE NACH GEWERBEORDNUNG UND HANDELSGESETZBUCH

Wie gezeigt, unterlagen nicht alle Arbeitsverhältnisse im ausgehenden 19. Jahrhundert der Gewerbeordnung oder dem Handelsgesetzbuch.¹⁰⁶ Da sich die vorliegende Arbeit aber nur auf die Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zur Kündigung aus wichtigem Grund bezieht, werden nur die Arbeitsverhältnisse näher beleuchtet, die in die Zuständigkeit dieser Gerichte fielen.

Im Anhang I. finden sich die relevanten gesetzlichen Quellen der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches. Die der nachfolgenden zusammenfassenden Betrachtung zu Grunde gelegte Fassung der Gewerbeordnung ist auf dem Stand von 1891, dem Jahr der großen Gewerbeordnungsnovelle, mit welcher beispielsweise die Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker als eigenständige Normen überhaupt erst eingeführt wurden.

Das Handelsgesetzbuch (HGB) ist auf dem Stand von 1897; in diesem Jahr wurde das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch (ADHGB) von 1861 reformiert. Die ab dem Jahr 1904 gegründeten Kaufmannsgerichte wendeten nur das HGB an.

Die nachfolgenden Arbeitsverhältnisse sind anhand der gesetzlichen Normen dargestellt; Rechtsprechung und Literatur zu den Kündigungen werden ab Seite 97 besprochen.

1. Arbeitsverhältnisse nach der Gewerbeordnung

Im siebten Titel der Gewerbeordnung wurden die Arbeitsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter geregelt. In den §§ 105 bis 120e der Gewerbeordnung fanden sich Regelungen zu den allgemeinen Verhältnissen, denen sich dann spezielle Normen zu den verschiedenen Arbeitsverhältnissen anschlossen.¹⁰⁷

a. Allgemeine Verhältnisse

Nach § 105 der Gewerbeordnung waren die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber Gegenstand freier Übereinkunft, wobei diese unter den Vorbehalt weiterer reichsgesetzlicher Regelungen gestellt wurde.

An diese Generalnorm schlossen sich allgemeine Bestimmungen zum grundsätzlichen Verbot der Verpflichtung zur Sonn- und Feiertagsarbeit an (§§ 105a-i der Gewerbeordnung). Von diesem Verbot wurden wiederum Ausnahmen für Notfälle, für Tätigkeiten im öffentlichen Interesse oder für Betriebe und Gewerbearten, die eine Unterbrechung der Arbeit nicht zuließen, vorgesehen. Diese dezidierten Ausnahmenvorschriften wurden unter staatliche Überwachung gestellt. Auch wurden die Vorschriften zu Arbeitszeit und Pausen nach § 105b Abs. 3 der Gewerbeordnung auch auf Beschäftigte eines Handelsgewerbes – folglich Arbeitnehmer, die gerade nicht in den Anwendungsbereich der Gewerbeordnung fielen – erstreckt.

In § 106 der Gewerbeordnung wurde denjenigen Gewerbetreibenden die Berechtigung zur Beschäftigung von Arbeitern jünger als achtzehn Jahren versagt, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden waren. Im Anschluss finden sich Vorschriften über das Führen von Arbeitsbüchern (§§ 107 – 111 der Gewerbeordnung) und das Recht des Arbeiters, ein Zeugnis über die ausgeübte Tätigkeit zu fordern. Zum Schutz der Arbeiter galt, dass das Arbeitszeugnis keine Kennzeichnungen enthalten durfte, die über die einzelnen Worte hinausgingen. In Bezug auf minderjährige Arbeiter wurden besondere Schutzbestimmungen erlassen.

Anschließend finden sich ausführliche Bestimmungen zur Lohnzahlungspflicht und dem grundsätzlichen Verbot einer Warenkreditierung an Stelle der Lohnzahlung und anderen Formen der Lohninbehaltung, §§ 115 – 119b der Gewerbeordnung (das so genannte Truckverbot).

In den §§ 120 – 120e der Gewerbeordnung wurden Arbeiter- und Jugendschutzbestimmungen festgesetzt. Minderjährigen wurde das Recht zum Berufsschulbesuch zuerkannt und es war eine Generalklausel zum technischen Arbeitsschutz vorgesehen. Danach wurden die Arbeitgeber verpflichtet, zur Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes Einrichtungen und Regeln zu treffen, insbesondere hinsichtlich der Geschlechtertrennung. Auch waren die Polizeibehörden dazu ermächtigt, diese Arbeiterschutzvorschriften zu überprüfen, notfalls anzuordnen sowie auch Bestimmungen in Bezug auf die Anforderungen an die Anlagen zu erlassen und die erlassenen abzuändern.

b. Verhältnisse der Gesellen und Gehilfen

An den Untertitel „Allgemeine Verhältnisse“ schloss sich der Untertitel bezüglich der „Verhältnisse der Gesellen und Gehilfen“ an (§§ 121 – 125 der Gewerbeordnung).

¹⁰⁶ Überblick bei Löwisch/v. Langsdorff in JuS 1973, S. 9 ff. Eine ausführliche Aufzählung der zu dieser Zeit bestehenden gesetzlichen Arbeitsverhältnisse findet sich bei Lotmar, Der Arbeitsvertrag – Nachdruck von Rehbinder, S. 307 ff.

¹⁰⁷ Die in diesem Unterkapitel zitierten Gesetze sind der Gewerbeordnung vom 01.06.1891 entnommen und der besseren Lesbarkeit wegen nicht jeweils gekennzeichnet (RGBl. 1891, S. 261 ff.).

Die Gesellen und Gehilfen waren verpflichtet, den Anordnungen der Arbeitgeber in Bezug auf die ihnen übertragenen Arbeiten und hinsichtlich der Nutzung der häuslichen Einrichtungen Folge zu leisten. Zu häuslichen Arbeiten waren sie aber nicht verpflichtet.

Für die ordentliche Kündigung wurde in § 122 der Gewerbeordnung eine Kündigungsfrist von vierzehn Tagen vorgesehen, wenn die Vertragsparteien keine anderweitige Regelung getroffen hatten. Wurde eine abweichende Frist vereinbart, so musste diese für jede Partei gleich lang sein, ansonsten war die Vereinbarung nichtig.

Für die außerordentliche Kündigung galt der enumerative Katalog der §§ 123, 124 der Gewerbeordnung. Die unbestimmte Kündigung aus wichtigem Grund nach § 124a der Gewerbeordnung konnte nur unter besonderen Voraussetzungen zur Anwendung kommen (Arbeitsverhältnis für mehr als vier Wochen geschlossen und eine Kündigungsfrist von mehr als zwei Wochen vereinbart).

Ferner war ein Schadensersatz bzw. eine Vertragsstrafe für den Fall einer rechtswidrigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses vorgesehen, diese Ersatzmöglichkeit wurde aber in der Höhe auf den Lohn von einer Woche beschränkt.

c. Lehrlingsverhältnisse

Nach Umgrenzung der Rechte und Pflichten des Lehrherren und des Lehrlings, welcher der väterlichen Zucht des Lehrherren unterworfen war, folgten Bestimmungen zur Kündigung des Lehrverhältnisses. Im Jahr 1897 wurden die gesetzlichen Bestimmungen der gewerblichen Lehrverhältnisse reformiert und neu gefasst.¹⁰⁸ Die Neuregelung hatte keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen vorgenommen, so dass keine Unterscheidung zwischen altem und neuem Recht notwendig ist. Allerdings wurde die Nummerierung der Normen verändert, weswegen auf die Synopse von altem und neuem Recht der Lehrlingsverhältnisse in Anhang I. (siehe Seite 153) verwiesen wird.

Die Lösung des Lehrverhältnisses war während der Probezeit (Regelprobezeit vier Wochen, maximal drei Monate) jeder Partei durch ein Rücktrittsrecht möglich. Nach Ablauf der Probezeit konnte der Lehrling vor Ablauf der vertraglichen Lehrzeit bei Vorliegen eines der in § 123 der Gewerbeordnung genannten Gründe entlassen werden; der Lehrling wiederum konnte bei Vorliegen eines Falles des § 124 Nr. 1, 3 bis 5 der Gewerbeordnung kündigen, ebenso wenn der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung gefährdenden Weise vernachlässigte, das Recht der väterlichen Zucht missbrauchte oder zur Erfüllung der dem Lehrherr vertragsmäßig obliegenden Pflichten unfähig wurde.

Weiterhin bestanden ähnliche Verpflichtungen in Bezug auf das Zeugnis und eine Vertragsstrafe bzw. Schadensersatz bei rechtswidrigem Verlassen des Lehrverhältnisses durch den Lehrling wie bei den Verhältnissen der Gesellen und Gehilfen (§§ 129 – 133 der Gewerbeordnung).

Eine Besonderheit bestand darin, dass bei schriftlicher Vereinbarung des Lehrvertrages der Lehrherr einen Anspruch auf Rückkehr des Lehrlings hatte, wenn dieser die Lehre rechtswidrig und ohne Zustimmung des Lehrherren verlassen hatte. Dieser Anspruch musste bei der Polizeibehörde gestellt werden und konnte von dieser zwangsweise oder mittels Androhung eines erheblichen Zwangsgeldes durchgesetzt werden.

d. Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker

In diesem Untertitel wurden die höheren Dienstverhältnisse und deren Besonderheiten geregelt. So sieht § 133a der Gewerbeordnung vor, dass das Dienstverhältnis¹⁰⁹ mit einer Kündigungsfrist von sechs Wochen zum Ende des Kalendervierteljahres gekündigt werden konnte, wenn nichts abweichendes vereinbart wurde. Solche höheren Dienstverhältnisse wurden in § 133a der Gewerbeordnung legaldefiniert als solche, die mit Personen gegen feste Bezüge geschlossen wurden, welche nicht nur vorübergehend mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebs oder einer Abteilung beauftragt waren (Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Beschäftigte). Ebenso fielen nach der Legaldefinition solche Personen in den Anwendungsbereich, die mit höheren technischen Dienstleistungen betraut waren (Maschinen-techniker, Bautechniker, Chemiker, Zeichner und ähnliche).

Dieses höhere Dienstverhältnis konnte von jedem Teil fristlos gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorlag. Systematisch sah § 133b der Gewerbeordnung den unbestimmten Rechtsbegriff des wichtigen Grundes vor und die §§ 133c und 133d der Gewerbeordnung entsprechende Regelbeispiele.

¹⁰⁸ RGBl. 1897, S. 696 ff.

¹⁰⁹ Im Gegensatz zu den Regelungen bei den Gesellen und Gehilfen wird hier nicht vom Arbeitsverhältnis (wie in § 122), sondern von einem Dienstverhältnis gesprochen. Auch werden diese Arbeitnehmer nicht mehr als Arbeiter, sondern als Angestellte bezeichnet.

Dies hatte den Hintergrund, dass diese Dienstverhältnisse als höherwertig empfunden wurden, was sich nach Einführung des BGB auch einer gesteigerten ergänzenden Anwendung des BGB-Dienstvertragsrechts als bei den Arbeitern widerspiegelte.

Die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten wurde letztendlich erst mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 30.05.1990 (BVerfGE 82, 126 ff.) aufgehoben.

e. Verhältnisse der Fabrikarbeiter

Auf die Beschäftigten einer Fabrik sollten die §§ 121 – 125 der Gewerbeordnung bzw. im Falle eines Lehrlingsarbeitsverhältnisses die §§ 126 – 133 der Gewerbeordnung zur Anwendung kommen. Nach § 134a der Gewerbeordnung wurde den Unternehmern von Fabriken aufgegeben, eine Arbeitsordnung zu erlassen.

Besonderheit des Fabrikarbeitsverhältnisses war, dass der Unternehmer bei regelmäßiger Beschäftigung von mindestens zwanzig Fabrikarbeitern eine Arbeitsordnung zu erlassen hatte (§ 134a bis § 134h der Gewerbeordnung). Eine solche Arbeitsordnung hatte gemäß § 134b Abs. 1 der Gewerbeordnung mindestens die folgenden Bestimmungen zu enthalten:

„§. 134b.“¹¹⁰

Die Arbeitsordnung muß Bestimmungen enthalten:

- 1. über Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, sowie der für die erwachsenen Arbeiter vorgesehenen Pausen;*
- 2. über die Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung mit der Maßgabe, daß die regelmäßige Lohnzahlung nicht am Sonntage stattfinden darf. Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden;*
- 3. sofern es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen bewenden soll, über die Frist der zulässigen Aufkündigung, sowie über die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf;*
- 4. sofern Strafen vorgesehen werden, über die Art und Höhe derselben, über die Art ihrer Festsetzung und, wenn sie in Geld bestehen, über deren Einziehung und über den Zweck, für welchen sie verwendet werden sollen;*
- 5. sofern die Verwirkung von Lohnbeträgen nach Maßgabe der Bestimmung des §. 134 Absatz 1 durch Arbeitsordnung oder Arbeitsvertrag ausbedungen wird, über die Verwendung der verwirkten Beträge.“*

Die in den Arbeitsordnungen getroffenen Strafbestimmungen mussten in Übereinstimmung mit dem „Ehrgefühl“ und den „guten Sitten“ getroffen werden; nur in besonders gravierenden Fällen (Tätlichkeiten gegenüber anderen Arbeitern, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten und so weiter) durften die Strafen die Hälfte eines Tagesdurchschnittslohnes bis zu maximal einem vollen Tagesdurchschnittslohn übersteigen. Die Strafgeelder mussten zu Gunsten der Arbeiter in dieser Fabrik verwendet werden.

Der Fabrikbesitzer konnte über die obigen Punkte hinaus weitere Bestimmungen hinsichtlich der Ordnung des Betriebes und insbesondere des Verhaltens der Arbeiter im Betrieb in die Arbeitsordnung aufnehmen. Aus dem Grund, dass der Inhalt der Arbeitsordnung – so er nicht gegen Gesetze verstieß – für Arbeitgeber und Arbeiter rechtsverbindlich war, konnten einzelvertraglich keine ergänzenden Kündigungsgründe oder Strafen vereinbart werden, wenn eine Arbeitsordnung erlassen war (§ 134c der Gewerbeordnung). Die Regelungstiefe ging sogar so weit, dass mit Zustimmung des ständigen Arbeiterausschusses¹¹¹ „Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen mit der Fabrik verbundenen Einrichtungen, sowie Vorschriften über das Verhalten der minderjährigen Arbeiter außerhalb des Betriebes aufgenommen werden“ konnten (§ 134b Abs. 3 der Gewerbeordnung). Allerdings durften andere Kündigungsgründe als die in §§ 123, 124 der Gewerbeordnung und die in der Arbeitsordnung vorgesehenen nicht im Arbeitsvertrag vereinbart werden (§ 134c Abs. 2 der Gewerbeordnung).

Die Arbeitsordnung selbst und ein entsprechender Nachtrag, konnte einseitig vom Arbeitgeber erlassen werden, wobei den von ihr betroffenen Arbeitern Gelegenheit gegeben werden musste, sich über ihren Inhalt zu äußern, wenn kein ständiger Arbeiterausschuss bestand. Die geäußerten Bedenken mussten dann mit der Arbeitsordnung veröffentlicht werden. War eine Arbeitsordnung entgegen diesem Verfahren erlassen worden oder beinhaltete sie einen rechtswidrigen Inhalt, konnte dem Arbeitgeber durch die untere Verwaltungsbehörde die Abänderung auferlegt werden.

In §§ 135 bis 136 der Gewerbeordnung wurde der Schutz von Frauen und Kindern bzw. Jugendlichen geregelt. Es wurden Höchstarbeitszeiten und Mindestpausen festgelegt. Auch hatte der Arbeitgeber vor dem Beginn einer Tätigkeit von Frauen oder jugendlichen Arbeitern der Ortspolizeibehörde von der Beschäftigung Anzeige zu machen, welche die jeweiligen Beschäftigungsmodalitäten enthalten musste. Allerdings konnte von diesen Schutzvorschriften auf Antrag des Arbeitgebers an die untere Verwaltungsbehörde in weiten Teilen wieder abgewichen werden. Ein absolutes Beschäftigungsverbot bestand in der Beschäftigung von Wöchnerinnen innerhalb von vier Wochen nach der Niederkunft.

¹¹⁰ In der Form, wie sie ab RGBl. 1908, S. 668 galt, wobei die Vorgängernorm nahezu identische Mindestbedingungen für die Arbeitsordnung enthalten hatte – siehe Anhang I. ab Seite 155 f.

¹¹¹ Zur Besetzung eines solchen Ausschusses siehe § 134h der Gewerbeordnung; Merkmal eines ständigen Arbeiterausschusses war grundsätzlich, dass die Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt wurden.

2. Dienstverhältnisse nach dem Handelsgesetzbuch

Im Gegensatz zu den ausführlichen Regelungen des gewerblichen Arbeitsverhältnisses umfassten die Regelungen der Handlungsgehilfen nach dem HGB lediglich 24 Normen.¹¹² In diesen 24 Normen waren sogar auch die Verhältnisse der Handlungslehrlinge inbegriffen (§§ 76 bis 82 HGB).

a. Verhältnisse der Handlungsgehilfen

Handlungsgehilfe war nach der Legaldefinition des § 59 HGB, wer in einem Handelsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste gegen Entgelt angestellt war. Der Inhalt des Dienstverhältnisses bestimmte sich in Ermangelung anderweitiger vertraglicher Regelungen nach dem Ortsgebrauch in Umfang und Vergütung.

Nicht angewendet wurde das HGB gemäß § 83 HGB auf solche Personen, die zwar im Betrieb eines Handelsgewerbes arbeiteten, aber andere als kaufmännische Dienste leisteten; deren Arbeitsverhältnis sollte nach den diesen Tätigkeiten zu Grunde liegenden Vorschriften behandelt werden.

Den Handlungsgehilfen war es verboten, ohne Einwilligung des Prinzipals¹¹³ ein eigenes Handelsgewerbe zu betreiben oder für eigene oder fremde Rechnung tätig zu werden; wurde diese Verpflichtung verletzt, konnte der Prinzipal entweder Schadensersatz oder einen Selbsteintritt in die Verträge des Handlungsgehilfen verlangen (§§ 60, 61 HGB).

In § 62 HGB bestanden Bestimmungen zum Arbeitsschutz des Handlungsgehilfen, die nicht im Voraus ausgeschlossen oder beschränkt werden konnten. Der Prinzipal hatte die Geschäftsräume und die Gerätschaften so einzurichten bzw. zu unterhalten und die Arbeitszeit so zu regeln, dass der Handlungsgehilfe gegen die Gefährdung seiner Gesundheit, soweit die Natur des Betriebs es zuließ, geschützt und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes gesichert war. Dieselbe Pflicht traf den Prinzipal, wenn der Handlungsgehilfe in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen wurde.

Bei der Verletzung dieser Schutzpflichten in Bezug auf Leben und Gesundheit konnte der Handlungsgehilfe Schadensersatz nach den für die unerlaubten Handlungen geltenden Vorschriften verlangen; ab seiner Einführung zum 01.01.1900 nach den §§ 842 bis 846 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Im Dienstverhältnis nach dem HGB wurde eine Gehaltsfortzahlung und Unterhaltsfortgewährung für die Zeit von maximal sechs Wochen vorgesehen, wenn der Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück an der Leistung der Dienste verhindert war (§ 63 HGB).

Das Dienstverhältnis konnte von jedem Teil, wenn es auf unbestimmte Zeit eingegangen war, zum Schluss eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen gekündigt werden (§ 64 HGB). Durch Vertrag konnte von dieser Regelung abgewichen werden, allerdings musste eine Mindestkündigungsfrist von einem Monat zum Schluss des Kalendermonats eingehalten werden (§ 65 HGB). Diese Vorschriften fanden jedoch gemäß §§ 67, 68 HGB keine Anwendung, wenn der Handlungsgehilfe ein Gehalt von mehr als 5.000 Mark im Jahr bezog oder wenn das Dienstverhältnis mit einer außereuropäischen Handelsniederlassung bestand und der Prinzipal für den Fall, dass jener kündigte, die Kosten der Rückreise des Handlungsgehilfen trug oder wenn nur ein vorübergehendes Dienstverhältnis von weniger als drei Monaten bestand.

Nach § 70 HGB war eine jederzeitige Kündigung aus wichtigem Grund möglich, die zu einem Schadensersatzanspruch führte, wenn die Kündigung aus wichtigem Grund durch vertragswidriges Verhalten des anderen Teils veranlasst wurde. Dabei wurde in § 70 HGB die Kündigungsmöglichkeit aus wichtigem Grund vorgesehen und diese Generalklausel wurde mit Regelbeispielen zur fristlosen Kündigung durch den Prinzipal bzw. durch den Handlungsgehilfen ergänzt.

In § 73 HGB wurde dem Handlungsgehilfen ein Anspruch auf ein Arbeitszeugnis eingeräumt und in §§ 74, 75 HGB bestanden Bestimmungen über ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot und dessen nähere Ausgestaltung.

b. Lehrlingsverhältnisse

Die Vorschriften betreffend die Handlungsgehilfen wurden in den §§ 76 - 82 HGB niedergelegt. Nach § 76 Abs. 1 HGB fanden die Vorschriften über Nebentätigkeiten, Arbeitnehmerschutz und Fortzahlungspflicht im Fall eines unverschuldeten Unglücks, wie auch solche hinsichtlich des nachvertraglichen Wettbewerbsverbots auch auf die Handlungslehrlinge Anwendung.

Ebenso findet sich in den Regelungen über die Kündigung des Lehrverhältnisses (§ 77 HGB) ein Verweis auf die §§ 70 - 72 HGB für die Zeit nach Ablauf der Probezeit, die – ebenso wie nach der Gewerbeordnung – maximal drei Monate betragen durfte. Über den Verweis auf §§ 70 - 72 HGB hinaus wurde nach § 77 Abs. 3 Satz 2 HGB als ein besonders wichtiger Grund angesehen, „[...] wenn der Lehrherr seine Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer dessen Gesundheit, Sittlichkeit oder Ausbildung gefährdenden Weise vernachlässigt. [...]“

¹¹² Die in diesem Untertitel zitierten Gesetze sind dem Handelsgesetzbuch vom 10.05.1897 entnommen und der besseren Lesbarkeit wegen nicht jeweils gekennzeichnet.

¹¹³ Prinzipal ist der Arbeitgeber des Handlungsgehilfen, wobei ein Prinzipal Kaufmann sein musste.

In § 76 HGB wurden die Pflichten des Lehrherren näher beschrieben, insbesondere mit dem Verweis in Absatz 4, wonach „[...] in Betreff der Verpflichtung des Lehrherrn, dem Lehrlinge die zum Besuch einer Fortbildungsschule erforderliche Zeit zu gewähren, bewendet es bei den Vorschriften des §. 120 der Gewerbeordnung. [...]“

Weiterhin waren Vorschriften über den Wechsel der Lehrstelle und die Ansprüche des Lehrherrn bei unbefugtem Austritt des Lehrlings vorgesehen (§§ 78, 79 HGB), ebenso wie die Pflicht des Lehrherrn auf Zeugniserteilung (§ 80 HGB). Auch wurde in § 81 HGB bestimmt, dass der Lehrherr oder der mit dieser Tätigkeit befasste Handlungsgehilfe im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein musste. Konnte er diese Rechte nicht sein Eigen nennen, so konnte die Polizeibehörde die Entlassung des Lehrlings erzwingen. Im anschließenden § 82 HGB wurden für den Fall, dass ein Lehrling entgegen § 81 beschäftigt wurde oder dass die Schutzpflichten gegenüber den Lehrlingen (§ 62 Abs. 1 und 2, § 76 Abs. 2 und 3 HGB) in einer die Gesundheit, Sittlichkeit oder die Ausbildung gefährdenden Weise verletzt wurden, eine Geldstrafe von bis zu 150 Mark vorgesehen.

c. Weitere Arbeitsvertragsverhältnisse nach dem HGB

Arbeitsverhältnisse, die sich auch nach dem HGB bestimmten, jedoch nicht in die Rechtsprechung der Kaufmannsgerichte¹¹⁴ fielen, waren:¹¹⁵

- das Kommissionsgeschäft (§§ 383 - 406 HGB);
- das Speditionsgeschäft (§§ 407 - 415 HGB);
- das Lagergeschäft (§§ 416 - 424 HGB);
- das Frachtgeschäft oder der Frachtvertrag auf Güterbeförderung zu Lande, auf Flüssen oder sonstigen Binnengewässern (§§ 425 - 450 HGB);
- Arbeitsverhältnisse im Zusammenhang mit dem Seehandel (§§ 484 ff. HGB).

3. Fazit

In § 105 ff. der Gewerbeordnung sind die speziellen Vorschriften zu den gewerblichen Arbeitsverhältnissen normiert. Eingangs finden sich allgemeine Bestimmungen, die für alle gewerblichen Arbeitsverhältnisse galten, sozusagen als Allgemeiner Teil der gewerblichen Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitsverhältnisse der Gesellen und Gehilfen, welche den größten Anwendungsbereich bei den Arbeitsvertragsverhältnissen hatten, sahen eine grundlose Kündigungsmöglichkeit mit einer Kündigungsfrist von zwei Wochen vor, welche allerdings auch abgeändert werden konnte.

Auch wurden die Regelungen über die gewerblichen Lehrverhältnisse an die der Gesellen und Gehilfen angegliedert, mit Einschränkungen bei den Kündigungen und dem Unterwerfen des Lehrlings unter das Recht der väterlichen Züchtigung durch den Lehrherrn.

Schließlich wurden in § 134 der Gewerbeordnung Regelungen bezüglich der Arbeitsverhältnisse der Fabrikarbeiter getroffen. Diese Arbeitsverhältnisse sollten denen der Gesellen und Gehilfen weitgehend gleichgestellt sein. Eine Ausnahme bestand im Bereich der Möglichkeit, eine Arbeitsordnung zu erlassen. Mittels einer Arbeitsordnung konnten Bestimmungen für eine Vielzahl von Verträgen getroffen werden.

In den §§ 133a ff. der Gewerbeordnung finden sich Sondervorschriften für die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker, welche nur mit einer Kündigungsfrist von sechs Wochen zum Ende des Kalendervierteljahres gekündigt werden konnten. Diese Regelungen für die höheren gewerblichen Arbeitsverhältnisse entsprachen jedenfalls hinsichtlich der Bestimmungen zu den Kündigungsmöglichkeiten weitgehend den Bestimmungen des HGB über die Arbeitsverhältnisse der Handlungsgehilfen, welche sich in §§ 59 ff. HGB finden. Die kaufmännischen Lehrverhältnisse waren in ihrer Ausgestaltung denen der gewerblichen Lehrverhältnisse ähnlich.

¹¹⁴ §§ 1, 4 Kaufmannsgerichtsgesetz.

¹¹⁵ Ergänzende Hinweise zu diesen Arbeitsverhältnissen finden sich bei Lotmar, Der Arbeitsvertrag – Nachdruck von Rehbinder, S. 336 ff.

V. DIE KÜNDIGUNG AUS WICHTIGEM GRUND BEI DEN ARBEITS- BZW. LEHRVERHÄLTNISSEN NACH DER GEWERBEORDNUNG UND HGB

Jedes Arbeitsverhältnis der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches konnte aus wichtigem Grund gekündigt werden (siehe §§ 123, 124, 124a, 133b-d der Gewerbeordnung und §§ 70 - 72 HGB bzw. § 127b der Gewerbeordnung und §§ 77, 78 HGB). Die nachfolgende Darstellung der Kündigungsmöglichkeiten aus wichtigem Grund orientiert sich vorrangig an den gesetzlichen Normen; die konkrete Auslegung der wichtigen Gründe durch Rechtsprechung und Literatur findet sich ab Seite 97.

Als ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses wurde jeder verschuldete oder unverschuldete Umstand angesehen, unter dem es einem Vertragsteil nicht zugemutet werden konnte, das Verhältnis fortzusetzen.¹¹⁶ Die Notwendigkeit einer sofortigen Lösung von dem Vertragsverhältnis mittels benannt-wichtiger Gründe war schon den Gewerbeordnungen, die der Reichsgewerbeordnung vorangingen, bekannt.¹¹⁷

Allerdings ist festzustellen, dass die unbenannt-wichtigen Gründe in Form von Generalklauseln erst im Jahr 1891 mit der Novelle der Gewerbeordnung eingeführt wurden.¹¹⁸ Der abschließende Katalog der §§ 123, 124 der Gewerbeordnung wurden durch den § 124a der Gewerbeordnung ergänzt und auch der unbenannt-wichtige Grund des § 133b der Gewerbeordnung und die Regelbeispiele der §§ 133c und 133d der Gewerbeordnung wurden erst mit dieser Novelle eingeführt. Zeitlich vor der Gewerbeordnung waren im ADHGB, also dem Vorgänger des HGB, schon unbenannte Kündigungsgründe vorgesehen.

Bei der fristlosen Kündigung wurde damals sprachlich häufig folgendermaßen unterschieden: Erfolgte sie durch den Arbeitnehmer, so nannte man sie auch Austritt, Verlassen oder Auflösung; erfolgte sie durch den Arbeitgeber wurde von der Entlassung, Aufhebung oder Kündigung gesprochen.¹¹⁹ Diese Begriffe werden alle vom Gesetzgeber, sowie von Rechtsprechung und Literatur gleichbedeutend verwendet.

1. Unterschiede in der Kündigungssystematik

Die Kündigung aus wichtigem Grund findet sich in unterschiedlichen systematischen Ausformungen des Gesetzes.

Einerseits gab es Arbeitsverhältnisse, die nach enumerativ aufgezählten Gründen gekündigt werden konnten; eine Kündigung aus einem anderen als den aufgezählten Gründen war nicht möglich. Daneben bestand auch das System, dass die enumerativ aufgezählten Gründe durch einen unbenannt-wichtigen Grund ergänzt wurden, ohne dass die ausdrücklich genannten Gründen deswegen zu Regelbeispielen wurden.

Schließlich gab es Vertragsverhältnisse, die einen unbenannt-wichtigen Grund bei den Kündigungsnormen voranstellten und dann Regelbeispiele vorsahen, die in der Regel zur Kündigung berechtigten. Dabei waren aber immer die Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen.

Die Kündigungsnormen der Gewerbeordnung und des HGB hatten also trotz ihrer großen Ähnlichkeit unterschiedliche Regelungen.

a. Enumerationsprinzip

Die §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung normierten wichtige Gründe, bei deren Vorliegen ohne weitere Betrachtung des Einzelfalles eine außerordentlich fristlose Kündigung gerechtfertigt war. Jedoch konnte bei Vorliegen eines bedeutenden Sachverhalts, der gesetzlich nicht als wichtiger Grund aufgezählt wurde, auch nicht fristlos gekündigt werden.

„§. 123.

Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen entlassen werden:

1. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorzeigung falscher oder verfälschter Arbeitsbücher oder Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben;

2. wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines liederlichen Lebenswandels sich schuldig machen;

3. wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;

4. wenn sie der Verwarnung ungeachtet mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen;

¹¹⁶ Potthoff, Wörterbuch des Arbeitsrechtes S. 219.

¹¹⁷ M.w.N. Haidlen, Kommentar zum BGB, § 626; die Möglichkeit zur Kündigung aus wichtigem Grund findet sich in fast allen Kodifikationen dieser Zeit.

¹¹⁸ RGBl. 1891, S. 261 ff.

¹¹⁹ Im Ergebnis auch: Hueck, Arbeitsvertragsrecht, S. 192.

5. wenn sie sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen die Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zu Schulden kommen lassen;

6. wenn sie einer vorsätzlichen und und rechtswidrigen Sachbeschädigung zum Nachtheile des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters sich schuldig machen;

7. wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen;

8. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind.

In den unter Nr. 1 bis 7 gedachten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die zu Grunde liegenden Thatsachen dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt sind.

Inwiefern in den unter Nr. 8 gedachten Fällen dem Entlassenen ein Anspruch auf Entschädigung zustehe, ist nach dem Inhalt des Vertrages und nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen.

§. 124.

Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülpen die Arbeit verlassen:

1. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden;

2. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen die Arbeiter oder gegen ihre Familienangehörigen zu Schulden kommen lassen;

3. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter oder Familienangehörige derselben die Arbeiter oder deren Familienangehörige zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit den Familienangehörigen der Arbeiter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen;

4. wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise ausbezahlt, bei Stücklohn nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Übervorteilungen gegen sie schuldig macht;

5. wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche die Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war.

In den unter Nr. 2 gedachten Fällen ist der Austritt aus der Arbeit nicht mehr zulässig, wenn die zu Grunde liegenden Thatsachen dem Arbeiter länger als eine Woche bekannt sind.“

b. Enumerationsprinzip in Verbindung mit einer Generalklausel

Nach § 124a der Gewerbeordnung wurden die in §§ 123, 124 der Gewerbeordnung gesetzlich normierten Gründe noch um den unbestimmten Rechtsbegriff eines wichtigen Grundes erweitert. In diesem Fall konnte über die gesetzlich genannten Gründe hinaus bei Vorliegen eines dem wichtigen Grund ähnlich bedeutenden Falles fristlos gekündigt werden. Lag aber ein benannt-wichtiger Grund im Sinne der §§ 123, 124 der Gewerbeordnung vor, so konnte ohne Betrachtung des Einzelfalles die Kündigung ausgesprochen werden. Es sind keine Belege dafür ersichtlich, dass durch die Anwendbarkeit der Generalklausel die enumerativ aufgezählten Gründe zu Regelbeispielen werden sollten. Die Generalklausel des § 124a der Gewerbeordnung galt allerdings nicht bei allen in den Anwendungsbereich der Gewerbeordnung fallenden Arbeitsverhältnissen, sondern nur bei den Gesellen und Gehilfen der Gewerbeordnung bzw. den diesen gleichgestellten Fabrikarbeitern (§ 124a bzw. § 134 der Gewerbeordnung), deren Arbeitsverhältnis auf mehr als vier Wochen abgeschlossen oder wenn eine längere als eine vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart worden war (§ 124a a.E. der Gewerbeordnung).

„§. 124a.

Außer den in §§. 123 und 124 bezeichneten Fällen kann jeder der beiden Theile aus wichtigen Gründen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses verlangen, wenn dasselbe mindestens auf vier Wochen oder wenn eine längere als vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart ist.“

c. Generalklausel in Verbindung mit Regelbeispielen

Die langfristig gebundenen Arbeitnehmer nach der Gewerbeordnung (Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker § 133a der Gewerbeordnung) und alle kaufmännischen Arbeitnehmer nach dem HGB konnten fristlos gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund unter Beachtung der Umstände des Einzelfalles dies rechtfertigte. Es findet sich jeweils eine Generalklausel (§ 133b der Gewerbeordnung bzw. § 70 HGB), die dann durch Regelbeispiele ergänzt wurde, welche in der Regel bei Beachtung der Umstände des Einzelfalles eine fristlose Kündigung rechtfertigten.

Im Einzelnen galt:

„§. 133b.

Jeder der beiden Theile kann vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Dienstverhältnisses verlangen, wenn ein wichtiger, nach den Umständen des Falles die Aufhebung rechtfertigender Grund vorliegt.

§. 133c.

Gegenüber den im §. 133a bezeichneten Personen kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden:

- 1. wenn sie beim Abschluß des Dienstvertrages den Arbeitgeber durch Vorbringung falscher oder verfälschter Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Dienstverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben;*
- 2. wenn sie im Dienste untreu sind oder das Vertrauen mißbrauchen;*
- 3. wenn sie ihren Dienst unbefugt verlassen oder den nach dem Dienstvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, beharrlich verweigern;*
- 4. wenn sie durch anhaltende Krankheit oder durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit an der Verrichtung ihrer Dienste verhindert werden;*
- 5. wenn sie sich Thätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen den Arbeitgeber oder seinen Vertreter zu Schulden kommen lassen;*
- 6. wenn sie sich einem unsittlichen Lebenswandel ergeben.*

In dem Falle zu 4 bleibt der Anspruch auf die vertragsmäßigen Leistungen des Arbeitgebers für die Dauer von sechs Wochen in Kraft, wenn die Verrichtung der Dienste durch unverschuldetes Unglück verhindert worden ist. Jedoch mindern sich die Ansprüche in diesem Falle um denjenigen Betrag, welcher dem Berechtigten aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Krankenversicherung oder Unfallversicherung zukommt.

§. 133d.

Die in §. 133a bezeichneten Personen können die Auflösung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangen:

- 1. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Thätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen sie zu Schulden kommen lassen;*
- 2. wenn der Arbeitgeber die vertragsmäßigen Leistungen nicht gewährt;*
- 3. wenn bei der Fortsetzung des Dienstverhältnisses ihr Leben oder ihre Gesundheit einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Dienstverhältnisses nicht zu erkennen war.“*

In den §§ 70 - 72 HGB fanden sich die Normierungen zur Kündigung von Handlungsgehilfen aus wichtigem Grund:

„§. 70.

Das Dienstverhältniß kann von jedem Theile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Theiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatze des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.

§. 71.

Als ein wichtiger Grund, der den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurtheilung rechtfertigen, namentlich anzusehen:

- 1. wenn der Handlungsgehilfe zur Fortsetzung seiner Dienste unfähig wird;*
- 2. wenn der Prinzipal den Gehalt oder den gebührenden Unterhalt nicht gewährt;*
- 3. wenn der Prinzipal den ihm nach §. 62 obliegenden Verpflichtungen nachzukommen verweigert;*
- 4. wenn sich der Prinzipal Thätlichkeiten, erhebliche Ehrverletzungen oder unsittliche Zumuthungen gegen den Handlungsgehilfen zu Schulden kommen läßt oder es verweigert, den Handlungsgehilfen gegen solche Handlungen eines anderen Angestellten oder eines Familienangehörigen des Prinzipals zu schützen.*

§. 72.

Als ein wichtiger Grund, der den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurtheilung rechtfertigen, namentlich anzusehen:

- 1. wenn der Handlungsgehilfe im Dienste untreu ist oder das Vertrauen mißbraucht oder die ihm nach §. 60 obliegenden Verpflichtungen verletzt;*

2. wenn er seinen Dienst während einer den den Umständen nach erheblichen Zeit unbefugt verläßt oder sich beharrlich weigert, seinen Dienstverpflichtungen nachzukommen;

3. wenn er durch anhaltende Krankheit, durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit oder durch eine die Zeit von acht Wochen übersteigende militärische Dienstleistung an der Verrichtung seiner Dienste verhindert wird;

4. wenn er sich Thätlichkeiten oder erhebliche Ehrverletzungen gegen den Prinzipal oder dessen Vertreter zu Schulden kommen läßt.

Erfolgt die Kündigung, weil der Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück längere Zeit an der Verrichtung seiner Dienste verhindert ist, so wird dadurch der im §. 63 bezeichnete Anspruch des Gehülfen nicht berührt.“

d. Kündigung von Lehrlingsverhältnissen nach der Gewerbeordnung

Die Kündigungsmöglichkeiten bei den Lehrlingsverhältnissen waren eigenständig geregelt. Im Jahr 1897 wurden die gesetzlichen Bestimmungen der gewerblichen Lehrlingsverhältnisse reformiert und neu gefasst.¹²⁰ Vorliegend werden die neueren, ab 1897 geltenden Regelungen, dargestellt, weil diese Grundlage für die weit überwiegende Zeit der gewerblichen Tätigkeit waren. Durch die Neuregelung¹²¹ wurde dem vormaligen § 128 Abs. 2 der Gewerbeordnung lediglich folgender Halbsatz angefügt: „oder wenn er die ihm im §. 127a auferlegten Pflichten wiederholt verletzt oder den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule vernachlässigt.“ Im Anhang I. findet sich eine Synopse von altem und neuem Recht der Lehrlingsverhältnisse (siehe Seite 153).

„§. 127b.

Das Lehrverhältniß kann, wenn eine längere Frist nicht vereinbart ist, während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Eine Vereinbarung, wonach diese Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig.

Nach Ablauf der Probezeit kann der Lehrling vor Beendigung der verabredeten Lehrzeit entlassen werden, wenn einer der im §. 123 vorgesehenen Fälle auf ihn Anwendung findet oder wenn er die ihm im §. 127a auferlegten Pflichten wiederholt verletzt oder den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule vernachlässigt.

Von Seiten des Lehrlings kann das Lehrverhältniß nach Ablauf der Probezeit aufgelöst werden, wenn:

1. einer der im §. 124 unter Nummer 1, 3 bis 5 vorgesehenen Fälle vorliegt;
2. der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt, oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht, oder zur Erfüllung der ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen unfähig wird.

Der Lehrvertrag wird durch den Tod des Lehrlings aufgehoben. Durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, sofern die Aufhebung binnen vier Wochen geltend gemacht wird.“

Fraglich war, ob die Kündigung aus unbenannt-wichtigem Grund nach § 124a der Gewerbeordnung auch auf die gewerblichen Lehrverhältnisse anwendbar war. Dies wurde allerdings überwiegend abgelehnt. Eine ausdrückliche Inbegriffnahme von § 124a der Gewerbeordnung fehlte in § 128 bzw. § 127b, im Gegensatz zu dem Verweis auf die § 123 und § 124 der Gewerbeordnung. Und auch auf Grund der Entstehungsgeschichte musste dies verneint werden, da § 124a der Gewerbeordnung nur für Arbeiter galt, die eigentlich wie Werkmeister zu behandeln waren, mit der verlängerten Kündigungsfrist usw., so dass keine Vergleichbarkeit der Situation zu den Lehrlingen gegeben war.¹²²

e. Kündigung von Lehrverhältnissen nach dem HGB

Die fristlose Kündigung von Lehrlingsverhältnissen nach dem HGB war nach § 77 HGB möglich. Dabei war die fristlose Kündigung auch aus einem unbenannt-wichtigen Grund zulässig; § 77 HGB nimmt nicht nur die Regelbeispiele in Bezug.

„§. 77.

Die Dauer der Lehrzeit bestimmt sich nach dem Lehrvertrag, in Ermangelung vertragsmäßiger Festsetzung nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauche.

Das Lehrverhältniß kann, sofern nicht eine längere Probezeit vereinbart ist, während des ersten Monats nach dem Beginne der Lehrzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Eine Vereinbarung, nach der die Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig.

Nach dem Ablaufe der Probezeit finden auf die Kündigung des Lehrverhältnisses die Vorschriften der §§. 70 bis 72 Anwendung. Als ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Lehrling ist es insbesondere auch

¹²⁰ RGBl. 1897, S. 696 ff.

¹²¹ ab RGBl. 1897, S. 696 ff.

¹²² Zum Absatz: Soziale Praxis 4, Sp. 376.

anzusehen, wenn der Lehrherr seine Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer dessen Gesundheit, Sittlichkeit oder Ausbildung gefährdenden Weise vernachlässigt.

Im Falle des Todes des Lehrherrn kann das Lehrverhältnis innerhalb eines Monats ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden.“

2. Weswegen Dreiteilung?

Es stellt sich die Frage, weswegen der Gesetzgeber diese Unterscheidung vorgenommen hat. Es wäre problemlos möglich gewesen, für alle Arbeitnehmer nach der Gewerbeordnung eine Kündigungsmöglichkeit aus unbenannt-wichtigen Grund vorzusehen. Dies wurde aber vom Gesetzgeber so nicht umgesetzt. Auch war die Möglichkeit bekannt, unbenannt-wichtige Gründe zur Kündigung vorzusehen (siehe § 124a und §§ 133b-d der Gewerbeordnung oder das zur Zeit der Gewerbeordnungs-Novelle 1891 noch geltende ADHGB).

Es steht zu vermuten, dass dies gerade nicht gewollt war. Die Arbeitsverhältnisse nach §§ 121 - 124 der Gewerbeordnung sollten einfache Arbeitsverhältnisse sein, die auch in ihrer juristischen Ausgestaltung jedem verständlich waren, da sie den weitaus größten Teil der geschlossenen Arbeitsverhältnisse regelten.¹²³ Aus diesem Grund ergibt es einen Sinn, dass keine Anforderungen über den Wortlaut der Kündigungsgründe hinaus an die Auflösung der Vertragsverhältnisse gestellt wurden.

Die abschließenden Kataloge an wichtigen Gründen sollten wohl den Rechtsanwendern, die nicht notwendigerweise juristisch vorgebildet waren, ein Mehr an Rechtssicherheit bieten. Allerdings wurde insbesondere nach einer Zunahme der Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Kündigungen erkannt, dass abschließende Kataloge zur Erfassung des immer komplexer werdenden Arbeitslebens nicht ausreichten.¹²⁴

Hintergrund der Handhabung, den Großteil der Arbeitsverhältnisse nicht vor auslegungs-juristische Hürden zu stellen, war möglicherweise auch, dass einerseits die Arbeiter und Gehilfen ein Interesse daran hatten, eine verlässliche Einkommensquelle und Lebensgrundlage zu haben und andererseits die Arbeitgeber ein solches Interesse, den Bestand der Belegschaft ihres Betriebes sicherzustellen. Das arbeitgeberseitige Sicherungsinteresse basierte nicht nur auf dem Umstand, sich nicht laufend auf neue Arbeiter einstellen und diese dann einlernen zu müssen, sondern auch vor dem Hintergrund, dass in der Zeit zwischen 1891 und 1927 die Arbeitslosigkeit nicht jederzeit hoch war.¹²⁵

3. Kollision mit § 626 BGB

Mit Einführung des BGB zum Jahr 1900 bestand das Problem, dass sich in § 626 BGB ebenfalls eine Regelung zur Kündigung aus wichtigem Grund fand.¹²⁶ Die Regelungen des BGB erfassten ab dessen Einführung alle Dienstverträge, grundsätzlich also auch die Arbeitsverträge der Arbeitnehmer, die in der Gewerbeordnung oder dem HGB geregelt waren. Vor Einführung des BGB gab es deswegen einiges an Diskussionen, wie das Verhältnis der BGB-Normen zu den arbeitsrechtlichen Vorschriften auszulegen sei. Diese Diskussionen und Streitigkeiten waren allerdings akademischer Natur und verhallten, da mit der Einführung des BGB allgemein anerkannt wurde, dass die Sondervorschriften der Gewerbeordnung und des HGB dem § 626 BGB voranzugehen hatten.¹²⁷

4. Rechtsgeschäftliche Vereinbarungen über den wichtigen Grund

Die Frage, ob die Vorschriften der Kündigung aus wichtigem Grund zwingender Natur waren oder ob von ihnen vertraglich abgewichen werden konnte, wurde diskutiert.¹²⁸ Einigkeit bestand dahingehend, dass der absolute Ausschluss aller wichtigen Gründe, und somit die Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses als unlösbar, unzulässig war. Ansonsten wäre zu befürchten gewesen, dass der rücksichtslosere Vertragsteil das Dienstverhältnis in eine Art der Sklaverei umgestalten hätte können.¹²⁹

Demgegenüber war es möglich, bei Arbeitsverhältnissen, bei denen die Kündigung nach der Generalklausel des wichtigen Grundes (§ 124a der Gewerbeordnung – Arbeitsverhältnis länger als vier Wochen und Kündigungsfrist län-

¹²³ Dies erkennt man unter anderem aus den anhängig gemachten Klagen (siehe auch Besprechung der wichtigen Gründe ab Seite 97 ff.), dass das Arbeitsverhältnis der Gesellen und Gehilfen das häufigste Arbeitsverhältnis war.

¹²⁴ Zum Absatz: m.w.N. v. Blume in Verwaltungsarchiv 1899, S. 481 (490).

¹²⁵ Im Jahr 1892 betrug die Arbeitslosenquote 6 %; in den 1890er Jahre etwas mehr als 1 %, während der Rezession 1901/02 um die 7 % und pendelte sich bis 1913 zwischen 2-4 % ein (Gebhardt-Berghahn, Das Kaiserreich 1871-1914, S. 69).

Vom Herbst 1918 bis zum Kriegsende gab es kaum Arbeitslose, im Dezember 1918 schon 5,4 Millionen Arbeitslose, im Januar 1919 dann 6,6 Millionen, im Sommer 1919 dann wiederum nur noch 3 Millionen. Von 1920 bis 1923 sank die Arbeitslosenzahl von 1,5 Millionen auf 0,8 Millionen, im Herbst 1923 bis zur ersten Hälfte 1924 stieg die Arbeitslosenzahl auf 4 Millionen, und sank bis Ende 1924 wiederum auf 0,6 Millionen Arbeitslose (Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands Bd. III/1, S. 326).

¹²⁶ Zum Diskussionsstand vor Einführung des BGB siehe m.w.N. v. Blume in Verwaltungsarchiv 1899, S. 481 ff.

¹²⁷ Kaskel, Arbeitsrecht, 3. Auflage, S. 133; Hueck, Arbeitsvertragsrecht, S. 194 ff.; ausdrücklich festgestellt im Urteil des Gewerbegerichts Anna-berg i.S. (ohne Datum) in Gewerbe- und Kaufmannsgericht (zitiert im Folgenden: GKG) 26, Sp. 258 m.w.N.

¹²⁸ Zum Streitstand m.w.N.: Hueck, Das Arbeitsvertragsrecht, S. 198 ff., dort insbesondere Fn. 25.

¹²⁹ Zum Absatz: Müller in Blätter für Rechtsanwendung, 1901, S. 21 (25).

ger als zwei Wochen) anwendbar war, weitere, über die Regelbeispiele der §§ 123, 124 der Gewerbeordnung hinausgehende, wichtige Kündigungsgründe ausdrücklich zu vereinbaren.¹³⁰

Als Muster, welche Formulierung zur Modifikation der Kündigungsgründe in einem Einzelvertrag möglich war, ist das folgende, sehr weit gehende Beispiel von Lotmar erwähnenswert:

„[...] Ich unterwerfe mich der Bedingung, sofort entlassen werden zu können, wenn ich gegen die Interessen meines Arbeitgebers handle, wenn ich den Keim der Unzufriedenheit in die Brust des zufriedenen Arbeiters zu tragen versuche.“ „Wenn drei oder mehr Arbeiter zusammenstehen, so wird dieses als Komplott angesehen und mit sofortiger Entlassung geahndet. [...]“¹³¹

Auch in Arbeitsordnungen konnten Vereinbarungen bzw. Bestimmungen zu wichtigen Gründen getroffen werden:

„§. 134b. Abs. 1 Nr. 3

Die Arbeitsordnung muß Bestimmungen enthalten:

3. sofern es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen bewenden soll, über die Frist der zulässigen Aufkündigung, sowie über die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf;“

Hiernach konnte eine Vereinbarung über den wichtigen Grund für eine Vielzahl von Arbeitsverhältnissen getroffen werden. Einerseits konnten ausdrücklich wichtige Gründe festgelegt werden und andererseits konnte eine Kündigungsfrist ausgeschlossen werden, so dass jederzeit eine Kündigung möglich war. In diesem Fall musste gerade kein wichtiger Grund vorliegen, um eine sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses herbeizuführen.¹³² Als Beispiel hierzu das Urteil des Gewerbegerichts Geislingen vom 27.08.1923 (abgedruckt auf Seite 212 ff.) und die Arbeitsordnung der Bosch-Metallwerk AG aus dem Jahr 1914¹³³:

¹³⁰ Zum Absatz: Hueck, Das Arbeitsvertragsrecht, S. 198.

¹³¹ Siehe bei Lotmar, Der Arbeitsvertrag – Nachdruck von Rehbinder, S. 675, Fn. 45 mit dem Hinweis auf das Engagementsformular des deutschen Bühnensvereins (I §10, II § 4, III c §§6, 10, 11).

¹³² Siehe hierzu zum Beispiel Gewerbegericht Nürtingen vom 22.11.1926, Stadtarchiv Nürtingen, NA (632).

¹³³ Vorlage: Staatsarchiv Ludwigsburg, E326 Bü. 4; Abdruck mit Genehmigung des Staatsarchivs Ludwigsburg.

Arbeits=Ordnung

für den Betrieb der Firma

Robert Bosch, Preßwerk Feuerbach, Feuerbach

an Stelle der bisherigen,

in Wirksamkeit vom 20. April 1914 an.

§ 1.

Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für die erwachsenen Arbeiter ist folgende:

Presserei und Magnetfabrikation.

	Beginn	Ende
I. Schicht:	7 Uhr morgens	3 Uhr nachm.
II. "	3 " nachm.	10 ³ / ₄ " abends
III. "	10 ³ / ₄ " abends	7 " morgens

Pausen

I. Schicht	9 bis 9 ¹ / ₄ vormittags
II. "	11 ¹ / ₄ " 11 ³ / ₄ mittags
III. "	6 ¹ / ₂ " 7 abends
III. "	2 ¹ / ₂ " 3 nachts

Die Arbeitszeit der in diesen beiden Abteilungen beschäftigten Einrichter beträgt 9 Stunden und fällt mit derjenigen der Schichten zusammen. Sie beginnt für einen Teil der Einrichter: mit der Schicht u. endigt 1 Stunde später als die Schicht.

" " " "	1 Stunde früher als die Schicht und endigt mit der Schicht.
" " " "	1/2 Stunde früher als die Schicht und endigt 1/2 Stunde später als die Schicht.

Werkzeugmacherei.

	Beginn	Ende
von Montag bis Freitag:	7 Uhr morgens	4 ¹ / ₄ Uhr nachm.
Samstags:	7 " "	12 ³ / ₄ " mittags

Pausen

von Montag bis Freitag:	von 9 bis 9 ¹ / ₄ Uhr morgens
	" 11 ³ / ₄ " 12 ¹ / ₄ " mittags
Samstags:	" 9 " 9 ¹ / ₄ " morgens

Revision.

	Beginn	Ende
von Montag bis Freitag:	7 Uhr morgens	5 ³ / ₄ Uhr nachm.
Samstag:	7 Uhr morgens	4 ³ / ₄ Uhr nachm.

Pausen

von 9 bis 9 ¹ / ₄ Uhr morgens
" 11 ¹ / ₄ " 11 ³ / ₄ " mittags

§ 2.

An den Sonntagen, sowie an den gesetzlichen Festtagen: Neujahrstag, Erscheinungstag, Karfreitag, Ostermontag, Himmelfahrtstag, Pfingstmontag, ersten und zweiten Weihnachtstfesttag ruht die Arbeit. Außerdem wird nicht gearbeitet: am Samstag vor Ostern, Pfingstdienstag, Volkshaupttag und an einem weiteren Tag vor oder nach Weihnachten, der unter Berücksichtigung der Wochentage, auf welche die Weihnachtstfesttage fallen, eingeschaltet wird.

Am Fastnachtdienstag und am Samstag vor Pfingsten tritt der Schluß der Arbeitszeit mittags 12 Uhr ein: desgleichen am 24. und 31. Dezember, falls an diesen Tagen die Arbeit nicht vollständig ruht.

Die Arbeitnehmer haben für die ausfallende Zeit an den Tagen, an denen die Arbeit ruht, oder die Arbeitszeit verkürzt ist, keinen Anspruch auf Bezahlung, wie überhaupt nur die Zeit bezahlt wird in der tatsächlich gearbeitet wurde.

§ 3.

Wird infolge von Betriebsstörungen, Inventur oder aus sonstigen Anlässen, welche den Arbeitnehmern tags zuvor mitgeteilt wurden, nicht gearbeitet, oder ruht die

Arbeit auf Verlangen eines Teils (mindestens drei Viertel der Arbeitnehmer) mit Einwilligung der Fabrikleitung, so kann kein Arbeitnehmer Bezahlung verlangen.

Bei Versäumnissen steht dem Arbeitnehmer ein Anspruch auf Lohn auch dann nicht zu, wenn er durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden für verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Arbeit verhindert wird.

§ 4.

Die Abrechnung des Lohnes für die zugewiesene und vorchriftsmäßig ausgeführte Arbeit erfolgt wöchentlich für den Zeitraum von Sonntag früh bis Samstag abend derselben Woche. Die Lohnzahlung findet am darauf folgenden Donnerstag abend in bar in Reichswährung vor Geschäftsschluß im Geschäftslokal statt.

§ 5.

Bei Beschäftigung außerhalb des eigenen Betriebes treten die Arbeitsordnung oder die Bestimmungen und Vorschriften des Auftraggebers sinngemäß in Kraft.

§ 6.

Beim Eintritt in das Dienstverhältnis wird der Arbeitnehmer vom Arbeiterbüro der betreffenden Abteilung zugewiesen.

Beim Austritt erhält der Arbeitnehmer nach erfolgter Abrechnung und Rückgabe der ihm übergebenen Gegenstände im Arbeiterbüro seinen Lohn und seine Austrittsbescheinigung.

§ 7.

Eine Kündigungsfrist besteht gegenseitig nicht; die Arbeitnehmer haben jedoch die Pflicht, angefangene Akkordarbeiten fertig zu stellen. Wenn dies nicht möglich ist, wird die an dem Akkord bereits geleistete Arbeit verrechnet.

§ 8.

Wer Andere durch Drohungen oder Belästigungen zum Beitritt zu einer Organisation zu bestimmen versucht, oder zu hindern versucht, von einer Organisation zurückzutreten, hat Entlassung zu gewärtigen.

Vorfälliges Zurückhalten mit der Arbeitsleistung oder der Versuch, Andere in der Arbeitsleistung zurückzuhalten (bremsen) ist ein Entlassungsgrund.

§ 9.

Innerhalb des Werkes ist verboten: Das Anbieten oder Verkaufen, Verteilen, Herumgeben, Auslegen, Aushängen, Einziehen von nicht zu meinem Geschäftsbetrieb gehörenden Zetteln oder Karten, Marken, Listen, Zeitungen, Zeitschriften, Hefen, Büchern usw., sowie von Nahrungs- oder Genußmitteln, Gebrauchsstoffen und Gegenständen, Kleidungs- oder Luxusartikeln usw., ferner jede Werbe- oder Vertreter- oder Agenturtätigkeit, oder das Einkassieren von Geldern.

Ebenso sind Hilfeleistungen zu vorstehenden Handlungen verboten.

§ 10.

Die von der Firma erlassenen und noch zu erlassenden Betriebs- und Herstellungs-Vorschriften sind pünktlich einzuhalten.

§ 11.

Die Arbeitnehmer haben jeden Unfall, auch den kleinsten, ihrem Abteilungsmeister sofort zu melden.

Feuerbach, den 4. April 1914.

Preßwerk Feuerbach, Feuerbach.
BOSCH-METALLWERK
Aktiengesellschaft

5. Kündigungseinschränkungen und Kündigungsschutz

Im Zuge des Ersten Weltkrieges und seines Ausgangs kam es zu mehr oder minder bedeutsamen Veränderungen der Gesetzeslage. Nachfolgend soll ein Überblick gegeben werden, welche neuen Gesetze auch die Kündigung von Arbeitsverhältnissen betrafen.¹³⁴

a. Hilfsdienstegesetz

Zur ersten Einschränkung der sehr weiten Kündigungsmöglichkeiten kam es während des Ersten Weltkrieges mit dem Hilfsdienstegesetz von 1916¹³⁵, das aber keine Auswirkungen auf die Kündigungen aus wichtigem Grund hatte.

b. Demobilmachungsverordnung

Während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung¹³⁶, also der Rückführung der Volkswirtschaft aus der Kriegswirtschaft in eine Friedenswirtschaft, wurde die Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter erlassen, welche in ihrem § 8 generell eine Kündigungsfrist von zwei Wochen vorsah. Allerdings hatte die Demobilmachungsverordnung keine Auswirkungen auf die gesetzlich vorgesehenen wichtigen Kündigungsgründe; § 10 der Demobilmachungsverordnung regelte:

„Die gesetzlichen Bestimmungen über die Gründe einer Auflösung des Arbeitsverhältnisses ohne Innehaltung der Kündigungsfrist werden von diesen Vorschriften nicht berührt. Als wichtiger Grund im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt jedoch nicht der durch Mangel an Kohlen und Rohmaterial verursachte Zwang zur vorübergehenden Betriebseinstellung.“

Hierdurch wurde ausgeschlossen, dass nach §§ 105 und 122 der Gewerbeordnung bzw. mittels einer Arbeitsordnung die jederzeitige oder tägliche Kündigung vereinbart werden konnte.

c. Betriebsrätegesetz

Ferner wurde nach dem Ersten Weltkrieg das Betriebsrätegesetz¹³⁷ erlassen, welches ebenfalls keine Auswirkung auf die Kündigungen aus wichtigem Grund hatte. Zwar kam es zu deutlichen Verwirrungen durch die sich überschneidenden Zuständigkeiten, dennoch wurden weder neue oder weitere wichtige Gründe vorgesehen, noch wurden die bestehenden eingeschränkt. Die Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes war nach § 96 Abs. 1 des Betriebsrätegesetzes von der Zustimmung der Betriebsvertretung abhängig; dies galt allerdings nicht bei „[...] fristlosen Kündigungen aus einem Grunde, der nach dem Gesetze zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt.“

d. Schwerbeschädigtengesetz

Auch das Schwerbeschädigtengesetz¹³⁸ sah keine weiteren wichtigen Gründe vor, so dass auch dessen Einführung keine Veränderung bei der fristlosen Kündigung mit sich brachte. Zu beachten ist aber, dass bei der Kündigung von Schwerbeschädigten nach § 13 Abs. 1 des Schwerbeschädigtengesetzes immer eine Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen galt, so dass bei ihnen immer auch § 124a der Gewerbeordnung zur Anwendung kam, wenn das zu Grunde liegende Arbeitsverhältnis in den Anwendungsbereich der Gewerbeordnung fiel und kein Angestelltenverhältnis (also eines nach §§ 133a ff. der Gewerbeordnung) gegeben war.¹³⁹

e. Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten

Ebenso hatte das Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten¹⁴⁰ (dort nach § 2 Abs. 3) keine Auswirkung auf die Bestimmungen zur fristlosen Kündigung.

6. Fazit

Die fristlose Kündigung der Arbeitsverhältnisse der Gewerbeordnung und die der Handlungsgehilfen war durch den Gesetzgeber nicht einheitlich ausgestaltet. Das Arbeitsverhältnis, das am häufigsten geschlossen wurde (Gesellen- bzw. Gehilfenarbeitsverhältnis nach der Gewerbeordnung), war nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kündbar, der in

¹³⁴ Eine Gesamtzusammenstellung aller „Verordnungen, die in Ergänzung, Vollziehung oder Abänderung von Rechtsvorschriften neues Recht schaffen“ findet sich bezogen auf „Das Arbeitsrecht des Freistaates Württemberg im ersten Jahre“ in Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Jg. 7, S. 158 f.

¹³⁵ Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst (RGBl. 1916, S. 1333).

¹³⁶ Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung (RGBl. 1919, S. 8 ff.) Die darauf folgenden Änderungen der genannten Verordnung hatten nur redaktionelle Auswirkung.

¹³⁷ Betriebsrätegesetz vom 04.02.1920; RGBl. 1920, S. 147 ff.

¹³⁸ Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 23.12.1922 (RGBl. 1922, S. 972) basiert auf der Verordnung vom 09.01.1919 (RGBl. 1919, S. 28) und dem Gesetz vom 06.04.1920 (RGBl. 1920, S. 458).

¹³⁹ Siehe zum Beispiel: Landgericht Mainz vom 07.05.1926 in GKG 31, Sp. 563.

¹⁴⁰ Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten vom 09.07.1926 (RGBl. 1926, S. 399 mit Fehlerberichtigung auf S. 412 desselben Jahres).

einem enumerativen Katalog genannt sein musste. Lag eine Nennung in dieser Aufzählung nicht vor, so konnte das Arbeitsverhältnis nur ordentlich gekündigt werden.

Nur in dem Fall, dass von der gesetzlichen Leitlinie der ordentlichen Kündbarkeit von Arbeitsverhältnissen mit einer Frist von zwei Wochen abgewichen wurde und eine Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen vereinbart wurde, kam zu dem enumerativen Katalog auch noch die Kündigungsmöglichkeit aus unbenannt-wichtigem Grund nach § 124a der Gewerbeordnung hinzu.

Auf die Fabrikarbeiter waren die Regelungen der Gesellen und Gehilfen entsprechend anwendbar, wobei bei ihnen noch die Besonderheit hinzukam, dass für die Fabrikarbeitsverhältnisse Arbeitsordnungen mit besonderen Kündigungsgründen oder besonderen Kündigungsfristen erlassen werden konnten.

Die höheren Angestellten-Arbeitsverhältnisse, also die der Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker und diejenigen der kaufmännischen Angestellten, waren nur aus einem unbenannt-wichtigen Grund kündbar, dem allerdings vom Gesetzgeber Regelbeispiele zur Seite gestellt wurden.

VI. ENTWICKLUNG UND ERRICHTUNG VON ARBEITSRECHTLICHEN SONDERGERICHTEN

Bedingt durch die Industrialisierung und die starke zahlenmäßige Zunahme der Arbeiterschaft wurde die Notwendigkeit erkannt, Rechtsstreitigkeiten, die sich aus den Verhältnissen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ergaben, einheitlich vor gesonderten Gerichten zu verhandeln; es sollte für die Arbeiter und Angestellten wie auch für die Arbeitgeber eine Möglichkeit geschaffen werden, schnell und billig zu ihrem Recht zu kommen.¹⁴¹

1. Rückblick

Im 16. und 17. Jahrhundert bestand noch die Zunftgerichtsbarkeit, die trotz vieler Versuche erst mit der Einführung der Gewerbefreiheit und der Aufhebung des Zunftzwanges abgeschafft wurde. Manche Prinzipien der Zunftgerichtsbarkeit, wie die Nichtzulassung von Rechtsanwälten oder das auf Konsens und Schlichtung ausgelegte Verfahren hatten auf die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit nachhaltige Auswirkungen. Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit bis hin zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten orientierte sich insbesondere an den ursprünglich französischen Conseils de prud'hommes, deren Nachfolgergerichten sowie am Berliner Fabrikengericht.¹⁴²

In der Zeit vor der Schaffung des Gewerbegerichtsgesetzes im Jahr 1890 gab es im Deutschen Reich eine Vielzahl von Sondergerichten, die sich teilweise mehr, teilweise weniger mit arbeitsrechtlichen Streitigkeiten auseinander zu setzen hatten. Es bestanden neben landesgesetzlichen Gewerbegerichten auch noch gewerbliche Schiedsgerichte, Innungsschiedsgerichte und Gemeindebehörden, die zu der ordentlichen Gerichtsbarkeit oft nur schwer oder gar nicht abgegrenzt werden konnten.¹⁴³

a. Berliner Fabrikengericht¹⁴⁴

Schon im Jahr 1792 wurde in Berlin ein Fabrikengericht gegründet, das jedoch 1809 wieder aufgelöst wurde. Allerdings hatte man schnell erkannt, dass die ordentlichen Gerichte für gewöhnlich zu wenig Sachkenntnis im Hinblick auf das Gewerbe und gewerbebezogene Besonderheiten hatten, um eine vertiefte Untersuchung zu gewährleisten. Ebenso wurde festgestellt, dass der Geschäftsgang der ordentlichen Gerichte mit zu vielen Förmlichkeiten verbunden war und dadurch sehr lange Warte- beziehungsweise Prozesszeiten und somit zu hohe Prozesskosten entstanden.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 1815 wieder ein staatliches Gericht geschaffen, in welchem durch Heranziehung von Fabrikenkommissaren und Sachverständigen, allerdings ohne die Beteiligung von Arbeitnehmern, über

*„[...] alle Streitigkeiten der Fabrikunternehmer und ihrer Arbeiter gegeneinander über schlecht und kontraktwidrige Arbeit, über ihre Verzögerung und Verfälschung, über das Verderben der Geräthschaften und Materialien, und über die Entfernung und Abdankung der Arbeiter vor der Zeit [...]“*¹⁴⁵

entschieden werden sollte. Die Richter waren dazu angehalten, möglichst einen Vergleich der Parteien und ein schnelles Verfahren herbeizuführen. Das „zweite“ Berliner Fabrikengericht wirkte bis 1875, musste dann aber seine Tätigkeit einstellen, da es sich nicht als ein Schiedsgericht nach der Reichsgewerbeordnung qualifizieren konnte.

b. Conseils de prud'hommes

Noch größeren Einfluss auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hatte der erstmals durch Gesetz vom 18.03.1806 in Lyon gegründete Conseil de prud'hommes.¹⁴⁶ Dieses Gericht ging auf den „Tribunal Commun“ zurück, der bis 1791 bestand und in den Wirren der französischen Revolution abgeschafft worden war. Im einzelnen wurden die Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Angestellten durch einen Sachverständigenrat entschieden, der sich aus fünf Fabrikanten und vier Werkmeistern zusammensetzte; Arbeiter waren nicht vertreten. Einer Entscheidung durch Urteil durch die Entscheidungskammer (bureau général) ging eine Güteverhandlung vor der Vergleichskammer (bureau particulier) voraus. Beim Conseil de prud'hommes handelte es sich nicht um ein staatliches Gericht, sondern um eine Eigengerichtsbarkeit. Auch war anfangs die Zuständigkeit auf einzelne Industriezweige begrenzt. Der Lyoner Conseil de prud'hommes wurde zum Vorbild weiterer, vergleichbarer Gerichte in Frankreich.

¹⁴¹ Zur Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit ausführlich mit weiteren vertiefenden Nachweisen: Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit; die dreibändige Darstellung von Brand, Bd. I, Bd. II, Bd. III; Linsenmaier in NZA 2004, S. 401 ff.; Leinemann in NZA 1991, S. 961 ff.; Wenzel in JZ 1965, S. 697 ff.; Arbeitsgerichtsgesetz-Prütting, S. 53 ff.; Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 1 ff.; Baum, Das Recht des Arbeitsvertrages, S. 137 ff.; Weiss in 100 Jahre Arbeitsgerichtsverband, S. 75 ff.

¹⁴² Zum Absatz: Linsenmaier in NZA 2004, S. 401 ff.; Brand, Bd. I S. 395.

¹⁴³ Zum Absatz: Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 211.

¹⁴⁴ Zum Themenkomplex: Linsenmaier in NZA 2004, S. 401 (402); Globig, Gerichtsbarkeit als Mittel sozialer Befriedigung, dargestellt am Beispiel der Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland, S. 47.

¹⁴⁵ Aus § 14 des Reglements für die neue Fabrikengerichts-Deputation vom 04.04.1815.

¹⁴⁶ Wenzel in JZ 1965, S. 697 ff. m.w.N.

Durch die napoleonischen Kriege und den Export des französischen Rechts in die besetzten deutschen Rheingebiete wurden auch dort solche Conseils installiert¹⁴⁷, die nach der Eroberung des Rheinlandes durch Preußen ihre Tätigkeit als preußische Gerichte fortsetzten.¹⁴⁸ Auch Sachsen, Hamburg und Lübeck führten besondere Behörden für Arbeitsstreitigkeiten ein.¹⁴⁹ Während diese Gerichte zunächst vor allem dem Interesse der Unternehmer an der Disziplinierung der Arbeiter dienten und auch überwiegend von den Fabrikanten in Anspruch genommen wurden, änderte sich dies Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend¹⁵⁰. Gründe hierfür waren, dass ab 1849 die Arbeitnehmer bei der Gerichtsbesetzung mit nahezu gleichen Rechten repräsentiert waren und ihnen das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht bei der Besetzung dieser Gerichte zugestanden wurde.¹⁵¹ Allerdings blieb den Arbeitgebern der Vorsitz nach § 108 Abs. 4 der damaligen preußischen Gewerbeordnung bei einer ansonsten paritätischen Besetzung des Gerichts vorbehalten. Die Reichsgewerbeordnung sah, ebenso wie schon die Preußische von 1849, die Möglichkeit vor, dass die Gemeinden solche Gewerbegerichte, also unter dem Vorsitz eines Arbeitgebervertreters, bilden konnten.¹⁵² Ab 1881 bestand daneben auch die Möglichkeit, Innungsschiedsgerichte einzuführen.¹⁵³

Von dieser Möglichkeit, (preußische) Gewerbegerichte zu errichten, wurde jedoch nahezu kein Gebrauch gemacht und es scheiterten verschiedene Anläufe, solche Gerichte einheitlich einzuführen.¹⁵⁴ Dies änderte sich auch zu Beginn des Deutschen Reiches nicht; als Grund hierfür wird vor allem vorgebracht, dass keine eigenständigen Verfahrensvorschriften erlassen worden waren und deswegen auf die CPO/ZPO zurückgegriffen werden musste, was das Verfahren für die Gemeinden als Träger der Gerichte extrem verteuerte und für die Parteien weniger verständlich machte.¹⁵⁵

c. Vorgängergerichte der Kaufleute

Eigenständige Gerichte der Kaufmannszünfte sind aus der Zeit des 14. Jahrhunderts zwar bekannt, allerdings bestanden im 19. Jahrhundert keine – jedenfalls keine den Kaufmannsgerichten entsprechenden – Vorgängergerichte.¹⁵⁶

2. Gesetz betreffend die Gewerbegerichte von 1890¹⁵⁷

„[...] Die Anfänge der Arbeitsgerichtsbarkeit, wie sie 1890 im Gewerbegerichtsgesetz zu Tage traten, zeigten das deutliche Misstrauen gegenüber der als „Klassenjustiz“ angeprangerten ordentlichen Justiz. Deshalb gab es an den Gewerbegerichten weder Berufsrichter noch Rechtsanwälte (eine Forderung der Arbeiter!), sondern den absoluten Vorrang schiedsrichterlichen Wirkens vor ordentlicher richterlicher Tätigkeit. Schwierigkeiten bereitete dann aber die Abstimmung mit der zweiten Instanz. Denn was Gewerbegerichte noch als „Dumme-Jungen-Streiche“ einschätzten, wurde von studierten Richtern am Landgericht¹⁵⁸ – häufig ohne Kenntnisse der konkreten Arbeitswirklichkeit – als fristloser Kündigungsgrund eingestuft. [...]“¹⁵⁹

Im Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte von 1890¹⁶⁰ wird der Beginn einer einheitlichen Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland gesehen. Die Notwendigkeit zur Schaffung von Stellen, die zur Entscheidung über

¹⁴⁷ Neben einer Einführung der conseils in den besetzten deutschen Rheingebieten übernahmen auch die Schweiz, Österreich und Belgien die Idee der Conseils de prud' hommes und installierten vergleichbare Gerichte (Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 8).

¹⁴⁸ Nach dem Vorbild der Conseils de prud' hommes entstanden Gerichte unter anderem in Aachen, Krefeld, Köln, Gladbach, Solingen, Barmen, Lennep, Elberfeld, Remscheid, Burscheid, Düsseldorf, Mühlheim a.d.R.

¹⁴⁹ Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Depène, „Gewerbe- und Kaufmannsgerichte (Arbeitsgerichte)“, Bd. II, S. 913 ff. Eine umfassende Darstellung findet sich bei Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 211 ff.

¹⁵⁰ Linsenmaier in NZA 2004, S. 401 (403).

¹⁵¹ Ein kurzer Überblick über die Ausgestaltung der Gewerbegerichte nach der Gewerbeordnung von 1849 findet sich bei Coing, III/3, S. 3694.

¹⁵² Leinemann in NZA 1991, S. 961 ff.

¹⁵³ In Stuttgart gab es ab dem 1886 ein Gewerbeschiedsgericht, das auch über die nach der Gewerbeordnung den Innungen vorbehaltenen Streitigkeiten zu Entscheiden hatte (§ 1 Abs. 1 des Statut für das Gewerbeschiedsgericht der k. Haupt- und Residenzstadt Stuttgart), Hauptstaatsarchiv Stuttgart E302 Bü. 573 Qu. 80.

Nach Einführung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wurde jährlich eine Bestätigung vom Innenministerium Württemberg an das Justizministerium Württemberg gesandt, dass in Württemberg keine Innungsschiedsgerichte vorhanden seien (Hauptstaatsarchiv Stuttgart E302 Bü. 573, 574, 575).

¹⁵⁴ „In den Jahren 1873, 1874 und 1878 wurden dem Reichstag Gesetzentwürfe betr. Errichtung von Gewerbegerichten vorgelegt; niemals aber kam ein Entwurf zur Verabschiedung. In den Jahren 1886 und 1889 wurden vom Reichstag Entschlüsse angenommen, in denen die Reichsregierung aufgefordert wurde, ein Gesetz betr. die Errichtung von Gewerbegerichten vorzulegen.“ (Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Depène, „Gewerbe- und Kaufmannsgerichte (Arbeitsgerichte)“, Bd. II, S. 913 ff.)

¹⁵⁵ Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 10.

Im Jahr 1874 bestanden reichsweit lediglich 57 solcher Gerichte, diese wurden insbesondere durch die Gemeinden mit dem wohl vorgeschobenen Hinweis abgelehnt, seitens der Gewerbetreibenden bestünde kein Bedürfnis an solchen Gerichten (Linsenmaier in NZA 2004, S. 401 (404); Leinemann in NZA 1991, S. 961 ff.).

¹⁵⁶ Überblick hierzu bei Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 14.

¹⁵⁷ Zum gesamten Abschnitt: Nicht näher bezeichnete Aussagen zu den Gewerbegerichten und die normierten Fundstellen wurden dem Gewerbegerichtsgesetz von 1890 (RGBl. 1890, S. 141 ff.) entnommen.

¹⁵⁸ Siehe zu diesem Thema das Urteil des Gewerbegerichts und des Landgerichts Tübingen auf Seite 231 ff.

¹⁵⁹ Reichold, Arbeitsrecht, § 5 Rn. 4.

¹⁶⁰ RGBl. 1890, S. 141 ff.; das „Gesetz betreffend die Gewerbegerichte“ wurde erst im Rahmen seiner Novellierung im Jahr 1901 in „Gewerbegerichtsgesetz“ (RGBl. 1901, S. 249) umbenannt. Der besseren Lesbarkeit und wegen der Unbedeutsamkeit dieses Umstandes für die vorliegende

Tarifverträge und bei Streiks angerufen werden konnten, resultierte aus der Zunahme an Abschlüssen von Tarifverträgen und der anschwellenden Bereitschaft der Arbeiter, sich Streiks anzuschließen¹⁶¹ – als damals aktuelles Beispiel sei der Bergarbeiterstreik vom Mai 1889 genannt, an diesem nahmen mehr als 90.000 Arbeiter teil.¹⁶² Es wurde erkannt, dass die ordentlichen Gerichte – trotz der reichsweiten Einführung des GVG¹⁶³ und der Schaffung des Reichsgerichts – dies nicht leisten konnten, da die Richter meist dem gewerblichen Leben, also dem Arbeitsrecht und insbesondere den Lebensverhältnissen der gewerblichen Arbeiter, fern standen. Ebenso sprach gegen die ordentliche Gerichtsbarkeit die Anwendung der ZPO.¹⁶⁴ Diese war aufgrund ihrer Möglichkeiten, einen Prozess zu verschleppen, von Anfang an nicht für die Schlichtung bzw. Streitentscheidung im Rahmen arbeitsrechtlicher Probleme geeignet. Ein weiterer Hemmschuh bei Anrufung der ordentlichen Gerichte waren, neben der Dauer der Prozesse, der Anwaltszwang, denn Anwaltskosten konnten sich die wenigsten Arbeitnehmer leisten.¹⁶⁵

Mit Erlass des Gewerbegerichtsgesetzes konnten die Gemeinden nunmehr eigenständig entscheiden, ob ein Gewerbegericht eingeführt werden sollte. Wurde es eingeführt, bestimmte sich der Verfahrensgang nach dem Gewerbegerichtsgesetz. Errichtung, Einrichtung und Unterhaltung standen in der Verantwortung der Gemeinden. Bestand in einer Gemeinde kein Gewerbegericht, so konnte bei Streitigkeiten über Antritt, Fortsetzung oder Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses jede Partei die vorläufige Entscheidung durch den Vorsteher der Gemeinde (zum Beispiel Bürgermeister, Schultheiß usw.) herbeiführen; gegen diese Entscheidung war binnen einer Notfrist von zehn Tagen die Klage bei einem ordentlichen Gericht möglich (§§ 71 ff. des Gewerbegerichtsgesetzes).¹⁶⁶

a. Zuständigkeit

Die Gewerbegerichte waren zuständig für gewerbliche Streitigkeiten von Arbeitnehmern mit ihren Arbeitgebern im Sinne des § 105 der Gewerbeordnung bzw. für Streitigkeiten von Arbeitnehmern desselben Arbeitgebers untereinander (§ 1 des Gewerbegerichtsgesetzes), es sei denn, der Arbeitnehmer verdiente jährlich mehr als 2.000 Mark, war Handlungsgehilfe oder -lehrling, Apothekergehilfe oder war in einem Betrieb der Heer- oder Marineverwaltung beschäftigt (§ 2 des Gewerbegerichtsgesetzes).

Die sachliche Zuständigkeit war enumerativ in § 4 des Gewerbegerichtsgesetzes festgelegt und erfasste die meisten Ansprüche im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis. Dieser Zuständigkeitskatalog war sehr häufig selbst Grund für Streitigkeiten.

Die Gewerbegerichte als eigenständige Sondergerichtsbarkeit ersetzten die ordentlichen Gerichte in erster Instanz vollständig (§ 5 des Gewerbegerichtsgesetzes). Soweit die Gewerbegerichte zuständig waren, war die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen; auch war die Vereinbarung privater Schiedsgerichte für diese Fälle nicht möglich.

Die örtliche Zuständigkeit des Gewerbegerichts konnte auf mehrere Gemeinden ausgedehnt werden. Hierzu mussten diese Gemeinden der Erweiterung gemäß § 1 Abs. 3 des Gewerbegerichtsgesetzes und § 142 der Gewerbeordnung dieser erweiterten örtlichen Zuständigkeit zustimmen. Von dieser Möglichkeit wurde häufig Gebrauch gemacht.¹⁶⁷

b. Aufbau

Die Gewerbegerichte bestanden aus mindestens vier ehrenamtlichen Beisitzern – je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern – unter einem Vorsitzenden und mindestens einem Stellvertreter (§§ 11, 12 des Gewerbegerichtsgesetzes). Die Beisitzer wurden unmittelbar und geheim gewählt, wobei Frauen anfangs¹⁶⁸ kein Wahlrecht zugestanden wurde.¹⁶⁹ Die Beisitzer waren je zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer und wurden gleich behandelt; anfängliche Zweifel an der Objektivität der Arbeitnehmerbeisitzer verfolgten somit schnell.¹⁷⁰ Das Gericht verhandelte regelmäßig in der Beset-

de Untersuchung wird im Weiteren ohne Differenzierung vom Gewerbegerichtsgesetz gesprochen. Die Darstellung der Normen orientiert sich aber an der Fassung des Jahres 1890.

¹⁶¹ Arbeitsgerichtsgesetz-Prütting, S. 56.

¹⁶² Leinemann in NZA 1991, S. 961 ff.

¹⁶³ RGBl. 1879, S. 158.

¹⁶⁴ Damals noch unter der Abkürzung CPO.

¹⁶⁵ Zum Themenkreis: Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 226.

¹⁶⁶ Zum Absatz: Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 16; Leinemann in NZA 1991, S. 961 ff.

¹⁶⁷ So war zum Beispiel das Gewerbegericht Friedrichshafen für die Stadtgemeinde Friedrichshafen, die Gemeinden Meckenbeuren und Schnetzhäusern und die Stadtgemeinde Tettnang zuständig. Später hatte sich auch noch die Gemeinde Langenargen angeschlossen. Siehe Satzung des Gewerbegerichts Friedrichshafen in Staatsarchiv Ludwigsburg E179 II Bü. 8515.

Weitere Beispiele finden sich bei der Darstellung der einzelnen Gewerbegerichte ab Seite 63 ff.

¹⁶⁸ Das Wahlrecht für Frauen wurde mit RGBl. 1920, S. 958 (959) eingeführt.

¹⁶⁹ Dieser Umstand war vor dem Hintergrund bedeutend, dass Frauen zum Beispiel in der Textilindustrie mehr als die Hälfte der Belegschaft stellten. Aus diesem Grund hatten die gewerblichen Schiedsgerichte in Leipzig und Frankfurt a.M. ein Wahlrecht für Frauen eingeführt. (Linsenmaier in NZA 2004, S. 401 (404); Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 225 m.w.N.).

¹⁷⁰ Linsenmaier in NZA 2004, S. 401 (404).

zung von drei Mitgliedern unter Einschluss des Vorsitzenden.¹⁷¹ Die Vorsitzenden der Gewerbegerichte mussten nicht die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen¹⁷², allerdings durften sie weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Sie wurden vom Magistrat bzw. dem Gemeinderat auf Zeit gewählt und mussten von der übergeordneten Verwaltungsbehörde bestätigt werden (§§ 11, 15 Abs. 2 des Gewerbegerichtsgesetzes). Innerhalb der einzelnen Gerichte bestand die Möglichkeit, Fachkammern für die einzelnen Berufe oder Branchen zu bilden.¹⁷³

c. Verfahrensgrundsätze

Die Verfahrensgrundsätze des Gewerbegerichtsgesetzes orientierten sich an der Rechtsschutzgewährung in einem schnellen und gründlichen Verfahren mit eigenen und besonderen Verfahrensregeln, die nur bei Fehlen einer Spezialregelung durch die Verfahrensvorschriften der ZPO ergänzt wurden. An vielen Stellen des Gewerbegerichtsgesetzes bestanden Formulierungen, die die Beschleunigung des Verfahrens bezweckten (zum Beispiel §§ 34 Abs. 1 und 40 Abs. 2 des Gewerbegerichtsgesetzes).¹⁷⁴

Rechtsanwälte wurden von den Verfahren ausgeschlossen (§ 29 des Gewerbegerichtsgesetzes). Dies geschah zur Verfahrenskostenminimierung, zur Wahrung der Chancengleichheit und der höheren Aussöhnungswahrscheinlichkeit;¹⁷⁵ dieser Ausschluss wurde erst 1979 wieder vollständig beseitigt. Begründet wurde der Ausschluss von Rechtsanwälten ferner mit dem Argument, dass die vor dem Gewerbegericht zu entscheidenden Fragen keine schwierigen Rechtsfragen beinhalteten.¹⁷⁶

Die Klagen konnten schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers aufgegeben werden, wobei selbiger zu diesem Zeitpunkt schon versuchen sollte, bei klarer Rechtslage den Kläger zum Verzicht bzw. den Beklagten zur freiwilligen Anerkennung des Anspruchs zu bewegen.¹⁷⁷

Nach Einreichen der Klage, was oft mündlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers erfolgte, wurden die Zustellungen und Ladungen durch das Gericht von Amts wegen ausgefertigt. Die Termine wurden sehr kurzfristig anberaumt; in dringlichen Fällen genügte die Zustellung auf denselben Tag.

Ein Beispiel für eine Klageerhebung zu Protokoll des Gerichtsschreibers und eine Ladung zu einem Termin noch an demselben Tag findet sich im Stadtarchiv Biberach:¹⁷⁸

¹⁷¹ Wenzel, JZ 1965, S. 697 (698).

¹⁷² Der Umstand, dass der Vorsitzende weder die Befähigung zum Richteramt noch die zum höheren Verwaltungsdienst vorweisen musste, wurde mit dem Bagatelldarakter der anfallenden Streitigkeiten begründet (Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 225).

¹⁷³ Das Gewerbegericht Berlin, das durch seine Größe herausragte, verfügte über Fachkammern für Schneiderei und Näherei, für die Textil-, Leder- und Putzindustrie, für das Baugewerbe, für das Holz- und Schnitzgewerbe, für die Metallindustrie, für die Beherbergung und Erquickung, für den Nahrungsmittelhandel, für das Verkehrs- und Versicherungsgewerbe und für graphische Betriebe (Wenzel in JZ 1965, S. 697 (698)).

¹⁷⁴ Zum Themenkreis: Leinemann in NZA 1991, S. 961 ff.

¹⁷⁵ Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 228.

¹⁷⁶ Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 226.

¹⁷⁷ Lexikon des Arbeitsrechts – Stichwort Gewerbegerichte, S. 76.

¹⁷⁸ Gewerbegericht Biberach vom 31.08.1904 (Nr. 28 – Klageerhebung; Nr. 27 aus 1904 – Ladung), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3302. Gleichzeitige Klage von drei Arbeitern gegen denselben Arbeitgeber.

Das dazugehörige Urteil findet sich in der Anlage IV ab Seite 201 ff.

Vorlage: Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3302; Abdruck mit Genehmigung des Stadtarchivs Biberach.

Prozess-Liste No. 28 von 19 04

Biberach,

den 30. Aug. 19 04

geschehen vor dem

Gerichtsschreiber des Gewerbegerichts

Kaufmann Zuerch

Termin

zur mündlichen Verhandlung vor dem Gewerbegericht im
Rathausaal (Zimmer No. 6) wird angefahrt auf

Mittwoch, den 30. Aug. 19 04
auf mittags 5 Uhr

Biberach, den 30. Aug. 19 04

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts:

Vorstehender Termin wurde dem Kläger bei
Anbringung der Klage mitgeteilt.

Biberach, den 30. Aug. 19 04

Der Gerichtsschreiber des Gewerbegerichts:

Zuerch

Es erscheint:

Germani Bayer
Mrs. Bayer
Biberach

wohnhaft in

und erklärt:

ich erhebe Klage gegen *Kaufmann Heini*
Mrs. Bayer
Biberach

wohnhaft in

wegen *Handlungsmitgliedschaft*
Messfäher gem. Biberach B. B. B.

und bitte denselben zur mündlichen Verhandlung des
Nichtstreits vor das Gewerbegericht Biberach auf den
vom Herrn Vorsitzenden zu bestimmenden Termin zu laden.

Zu werde beantragen zu erkennen:

D. d. d. Beklagte ist kostenfällig schuldig, an d. d. d.
Kläger 44 Mk. zu bezahlen.

Kadung de Kläger siehe Zustellungsliste No. von 19
Kadung de Beklagten unter Zustellung einer Abschrift des Klageprotokolls
siehe Zustellungsliste No. von 19

Städtische Archive Biberach

Bestand:

E. B. 13302

Alle Rechte vorbehalten!

Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe an Dritte zu diesen Zwecken nur mit schriftlicher Genehmigung

Begründung.

Ich bin am 1. Septbr. 1903 bei
dem Rat. als Gesells. mit
meinem Vorgesetzten von
22. u. 207 angestrichen. Aber
Kündigung wurde nicht
erlaubt.

Gründe arbeitete ich mit dem
meinen Gesells. Mitarbeiter
u. habe bis 12. u. 13. Punkt
1. u. 2. Punkt ist der Hof nicht
gekauft. Mir waren eben
im Brief, unsere Kleider
zu verkaufen, als Herr sehr
aufgebracht war. Warum?
denn unsere Vereinbarung
nicht zu sein:

„Herr glaubt nicht, ich
seien etwas über die
Zeit gearbeitet, habe
nicht für mich für Zeit
aufzugeben, nur solche
Befehle gefällt mir
nicht, wenn ich nicht
sage, mir ist es nicht
der Rat sofort auf-
zuheben.“

H. Hermann Meyer

Städtische Archive Biberach

Bestand:

E Bü. [3302]

Alle Rechte vorbehalten!

Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe an Dritte zu diesen Zwecken nur mit schriftlicher Genehmigung

Musschrift.

L2

Gewerbegericht Biberach.Ladung.In der Gewerbestreitsache zwischen *dem Meißnerbergsgesellen*
Münnscher, Bajer u. Schöbel für

gegen

Klaus Hammi, Meißnerbergsgeselle fürbetr. *unvorschriftsmäßiges Verhalten - 5628 aH. 2 B. gB. -*

werden die Parteien auf

*Mittwoch den 31. August 1904**um mittags 5 Uhr*

vor das Gewerbegericht Biberach auf das Rathaus Zimmer No. 6 (neuer Sitzungssaal) geladen.

Dieselben werden aufgefordert, alle ihre auf die Sache bezüglichen Schriftstücke und sonstigen Beweismittel, wenn thunlich auch ihre Zeugen, zur Verhandlung mitzubringen, und werden darauf hingewiesen, daß etwaige diesfallsige Versäumnisse zur Verurteilung in die dadurch verursachten Kosten führen können.

Dieselben werden ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Entscheidung auch auf den Vortrag einer Partei erfolgen kann, wenn die andere geladen war und ohne genügende Entschuldigung ausgeblieben ist.

Den *31. August* 19 *04.*

Gerichtsschreiberei:

Leinach

Zugustellen an:

*H. Hammi**Hier.*Städtische Archive Biberach
Bestand:E Bü 13302

Alle Rechte vorbehalten!

Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe an Dritte zu diesen Zwecken nur mit schriftlicher Genehmigung

den fangung einer gleichläu-
fenden aufbereitung be-
fugnis

Biberach 21. 8. 1908.

h. J. H. H. H.
B. H. H.

J. H.
H. H. H. H.

Städtische Archive Biberach

Bestand:

E 30. 3302

Alle Rechte vorbehalten!

Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe an Dritte zu diesen Zwecken nur mit schriftlicher Genehmigung

Auch wurden Zeugen von den Parteien meist gleich mitgebracht, sodass eine Beweisaufnahme sofort stattfinden konnte. Bei Nichterscheinen einer Partei konnte auf Antrag der Gegenpartei ein Versäumnisurteil erlassen werden, gegen das lediglich innerhalb von drei Tagen Einspruch erhoben werden konnte.

Im Güte Termin konnte der Vorsitzende alleine ohne die Beisitzer verhandeln – der Vorsitzende hatte die Sache möglichst aufzuklären und war verpflichtet, beim Erscheinen beider Parteien einen Sühnever such zu unternehmen.¹⁷⁹ blieb die Sache im Güte Termin strittig, so konnte der Vorsitzende sofort entscheiden, wenn eine Entscheidung sofort erfolgen konnte und beide Parteien diese beantragten, ansonsten war ein Termin zur Hauptverhandlung anzusetzen, zu dem auch die Beisitzer zu erscheinen hatten.¹⁸⁰

Zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens hatte das Gericht auf einen Vergleich hinzuwirken, § 39 Abs. 1 des Gewerbe gerichtsgesetzes:

„Erscheinen die Parteien in dem Termine, so hat das Gewerbegericht thunlichst auf eine gütliche Erledigung des Rechtsstreits hinzuwirken. Es kann den Sühnever such in jeder Lage des Verfahrens erneuern und hat denselben bei Anwesenheit der Parteien am Schlusse der Verhandlung zu wiederholen.“

Erschienen beide Parteien nicht, so ruhte das Verfahren, bis ein neuer Termin beantragt wurde, § 39 Abs. 3 des Gewerbe gerichtsgesetzes.

Die Gerichtskosten¹⁸¹ waren sehr niedrig, je nach Streitgegenstand zwischen 0,50 Mark und 30 Mark. Die Kosten reduzierten sich um die Hälfte, wenn der Streit durch Versäumnis- oder Anerkenntnisurteil oder durch eine Klagerücknahme beendet wurde, ohne dass eine Verhandlung in der Sache stattgefunden hatte (§ 57 Abs. 3 des Gewerbe gerichtsgesetzes). Schreibgebühren und Portokosten wurden nicht erhoben. Durch Ortsstatut konnte sogar eine allgemeine Gebührenfreiheit festgesetzt werden. Wurde ein Vergleich geschlossen, so wurden keine Gerichtsgebühren erhoben, auch wenn eine kontradiktorische Verhandlung vorausgegangen war (§ 57 Abs. 4 des Gewerbe gerichtsgesetzes).

Dem Gegner waren bei Unterliegen die Kosten des Rechtsstreits zu erstatten, was auch die Zuziehung eines Prozess bevollmächtigten oder Beistandes (nicht Rechtsanwalt, siehe oben und § 29 des Gewerbe gerichtsgesetzes) erfasste, aber nur unter der Voraussetzung, dass besondere Umstände die Zuziehung gerechtfertigt hatten und nur in Ansehung des Betrags, welchen das Gericht für angemessen erachtete (§ 52 des Gewerbe gerichtsgesetzes).¹⁸² Ab der Novelle des Gewerbe gerichtsgesetzes vom 14.01.1922¹⁸³ waren als Prozess bevollmächtigte bzw. Beistände ausdrücklich Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen im Gewerbe gerichtsgesetz genannt.

d. Instanzen

Vorstehende Verfahrensregeln galten aber nur für die erste Instanz. Endurteile mit einem Streitgegenstand unter 100 Mark¹⁸⁴ waren rechtskräftig; die Berufungssumme von 100 Mark wurde nur sehr selten erreicht.¹⁸⁵ Berufungen gingen an das jeweils zuständige Landgericht, weitere Rechtsmittel waren nicht vorgesehen. Ein weiteres Argument gegen die Einlegung einer Berufung war häufig das mit einem Verfahren vor einem ordentlichen Gericht (in diesem Fall das Landgericht mit Anwaltszwang) verbundene Kostenrisiko. Hintergrund für die hohe Schwelle zur Einlegung einer Berufung war wohl, dass hierdurch der Grundsatz eines schnellen Verfahrens einfach umgesetzt werden konnte. Ein Instanzenzug und die Möglichkeit der Revision wurde erst mit dem Arbeitsgerichtsgesetz von 1926 zum Jahr 1927 geschaffen.

e. Zusatzaufgaben

Neben der reinen Rechtsprechungstätigkeit hatten die Gewerbe gerichte die Aufgabe, als Einigungsämter zu fungieren. Nach § 61 des Gewerbe gerichtsgesetzes konnte das Gewerbe gericht als Einigungsamt „bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses“ angerufen werden. Auch waren die Gewerbe gerichte verpflichtet, Gutachten auf Anforderung von Staatsbehörden oder ihrer Trägergemeinden über gewerbliche Fragen zu erstellen (§ 70 des Gewerbe gerichtsgesetzes).

¹⁷⁹ Baum, Das Recht des Arbeitsvertrages, S. 147.

¹⁸⁰ Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Depène, „Gewerbe- und Kaufmannsgerichte (Arbeitsgerichte)“, Bd. II, S. 913 (916 f.).

¹⁸¹ Zu den Gerichtskosten auch Lexikon des Arbeitsrechts – Stichwort Gewerbe gerichte, S. 76.

¹⁸² Darüber hinaus siehe: Wenzel in JZ 1965, S. 697 (700).

¹⁸³ RGBL. 1922, S. 155 f.

¹⁸⁴ Durch die Verordnung vom 06.06.1924 wurde die Berufungssumme auf 300 Mark festgelegt, nachdem sie durch Verordnung vom 12.05.1920 auf 1000 Mark erhöht worden war (Wenzel in JZ 1965, S. 697).

¹⁸⁵ In der Praxis wurde die Berufungssumme nur sehr selten erreicht. Etwa die Hälfte der Verfahren lag bei einem Streitwert bis zu 20 Mark, etwa ein Drittel zwischen 20 und 50 Mark, ein Zehntel lag zwischen 50 und 100 Mark und nur 5 % aller Fälle überstiegen die Berufungsgrenze. Und bei diesen wenigen Fällen wurden nur bei wiederum ca. 6 % der berufungsfähigen Fälle tatsächlich die Berufung eingelegt. (Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 228 m.w.N.).

Siehe auch die Erhebungen zu den einzelnen Gewerbe gerichten ab Seite 63 ff.

f. Die Novelle des Gewerbegerichtsgesetzes von 1901

Durch die Gewerbegerichtsnovelle von 1901¹⁸⁶ wurde insbesondere die Erweiterung der personellen und sachlichen Zuständigkeit in den Vordergrund gestellt und auch das Verhältnis zu den Innungsschiedsgerichten wurde klar definiert. Ferner war auch die flächendeckende Einführung der Gerichte ein weiteres Ziel, welches durch die Vorgabe verfolgt wurde, dass für Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern die Einführung eines Gewerbegerichts zwingend vorgesehen wurde.¹⁸⁷ Diese Novelle beinhaltete eine neue Zählweise der Paragraphen. Weitere Novellen ergingen in den Jahren 1920, 1922 und 1924,¹⁸⁸ die sich aber hauptsächlich auf die Änderung von Wertgrenzen bezogen und keine weitreichenden Änderungen mit sich brachten.

3. Kaufmannsgerichtsgesetz von 1904

Der Erfolg der Gewerbegerichte blieb den kaufmännischen Angestellten nicht verborgen und der Umstand, dass viele von ihnen selbst nicht mehr Prokurist oder gar Prinzipal werden würden und sich ihre Stellung zum Prinzipal immer mehr dem Verhältnis der gewerblichen Arbeitnehmer zum Arbeitgeber angeglichen hatte, führte zu der Forderung nach einer Kaufmannsgerichtsbarkeit. Diese Forderung wurde durch das Kaufmannsgerichtsgesetz vom 06.07.1904¹⁸⁹ erfüllt. Nach diesem war für alle Gemeinden mit mindestens 20.000 Einwohnern zwingend ein Kaufmannsgericht einzurichten, bei kleineren Gemeinden konnten die Gemeinden grundsätzlich über die Errichtung entscheiden.

Die Kaufmannsgerichte waren zuständig für Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen andererseits, wenn ein Jahresverdienst von 5.000 Mark nicht überschritten wurde. Nicht erfasst wurden Streitigkeiten von Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen untereinander, ebenso wenig für Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken (§ 1 Kaufmannsgerichtsgesetz). Die nicht erfassten Streitigkeiten mussten vor das zuständige Amts- bzw. Landgericht gebracht werden.

Häufig wurden die Kaufmannsgerichte auch mit den Gewerbegerichten zusammengelegt und der Vorsitzende führte beide in Personalunion. Dies war gesetzlich auch so vorgesehen bzw. so gewollt, § 9 Abs. 3 Kaufmannsgerichtsgesetz:

„Besteht am Sitze des Kaufmannsgerichts ein auf Grund des § 1 oder des § 2 des Gewerbegerichtsgesetzes errichtetes Gewerbegericht, so sind in der Regel dessen Vorsitzender und seine Stellvertreter, sofern auf sie die im § 11 Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen zutreffen, zugleich zum Vorsitzenden und zu stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts zu bestellen [...].“

Der Vorsitzende eines Kaufmannsgerichts musste jedoch die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben (§ 11 Kaufmannsgerichtsgesetz), da man davon ausging, dass bei den anfallenden Streitigkeiten größere und schwierigere Rechtsfragen zu klären waren als bei den Gewerbegerichten.¹⁹⁰

Die Berufungseinlegung zum Landgericht war im Gegensatz zu den Gewerbegerichten erst ab einem Streitwert von 300 Mark möglich (§ 16 Abs. 1 Kaufmannsgerichtsgesetz).

Das Kaufmannsgerichtsgesetz wurde stark an das Gewerbegerichtsgesetz angelehnt und nahm auf dieses durch § 16 Kaufmannsgerichtsgesetz weitgehend Bezug, so dass im Übrigen an dieser Stelle auch auf die Ausführungen zu den Gewerbegerichten verwiesen werden kann.

Die zu den Gewerbegerichten schon genannten Novellen aus den Jahren 1920, 1922 und 1924 betrafen jeweils auch die Kaufmannsgerichte¹⁹¹. Diese Novellen betrafen hauptsächlich die im Kaufmannsgerichtsgesetz vorgesehenen Wertgrenzen und hatten keine weitergehenden inhaltlichen Auswirkungen.

4. Bedeutung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte

Mitunter wurden die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als der am besten gelungene Teil der sozialpolitischen¹⁹² Gesetzgebung bezeichnet. Nicht nur weil der weit überwiegende Teil der Klagen schon innerhalb einer Woche erledigt war, sondern auch, weil das Hinwirken der Gerichte auf eine vergleichsweise Einigung nicht nur für die vielen Bagatellsachen angebracht war und weil hierdurch auch eine Befriedung der Parteien – vielleicht sogar für ein zukünftiges Arbeitsverhältnis – erreicht werden konnte.¹⁹³

¹⁸⁶ RGBL. 1901, S. 353 ff.

¹⁸⁷ Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 234.

¹⁸⁸ 1920 (RGBL. 1920, S. 1843 f.); 1922 (RGBL. 1922, S. 155 f.) und 1924 (RGBL. 1924, S. 645).

¹⁸⁹ RGBL. 1904, S. 266 ff.

Zum gesamten Abschnitt: Nicht näher bezeichnete Aussagen zu den Kaufmannsgerichten und die normierten Fundstellen wurden dem Kaufmannsgerichtsgesetz von 1904 entnommen.

¹⁹⁰ So auch Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 244.

¹⁹¹ 1920 (RGBL. 1920, S. 1843 f.); 1922 (RGBL. 1922, S. 155 f.) und 1924 (RGBL. 1924, S. 645).

¹⁹² Man beachte die Wortwahl sozialpolitisch und nicht arbeitspolitisch oder arbeitsrechtlich – siehe bei Lexikon des Arbeitsrechts – Stichwort Gewerbegerichte, S. 76 und Stichwort Kaufmannsgerichte S. 109 mit dem Verweis auf die Kommentierung zu den Gewerbegerichten.

¹⁹³ Zum Absatz: Lexikon des Arbeitsrechts – Stichwort Gewerbegerichte, S. 76 und Stichwort Kaufmannsgerichte S. 109 mit dem Verweis auf die Kommentierung zu den Gewerbegerichten.

In den großen Wirtschaftszentren und den Großstädten wie zum Beispiel Berlin, München Leipzig oder auch Köln hatte sich ein selbständiger Stand von hauptamtlichen Gewerberichtern gebildet, deren Ansehen sich weit über die nebenamtlichen Vorsitzenden oder auch die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit hinaus abhob.¹⁹⁴

Überwiegend werden die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter für die breite Anerkennung¹⁹⁵ der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als „Vertrauensgerichte“¹⁹⁶ in allen Bevölkerungsschichten verantwortlich gemacht. Dieses breite Lob für die Vorsitzenden war nicht ungeteilt, insbesondere bei Vorsitzenden aus den Reihen der städtischen Beamten wurde vorgebracht, dass diese das Amt des Gerichtsvorsitzenden als „bloßen Durchgangsposten“ bekleideten und da diese Vorsitzenden zu meist keinen juristischen Hintergrund hatten, wurden von ihnen oftmals die Verfahrensvorschriften nicht beachtet.¹⁹⁷ Außerdem wurde bemängelt, dass die Vorsitzenden nicht hinreichend dienstrechtlich und politisch unabhängig von den Gemeindeverwaltungen und Gemeindevertretungen waren.¹⁹⁸

Zu der dennoch guten Aufnahme der Gerichte im weit überwiegenden Teil der Bevölkerung trug neben der Persönlichkeit der Vorsitzenden, der Schnelligkeit und Kostengünstigkeit des Prozesses auch der Umstand bei, dass der Vorsitzende und die Beisitzer eher menschlich denn juristisch wahrgenommen wurden. Die Beteiligung der „Standesgenossen“ förderte das Vertrauen der Parteien in die Gerichte. Diese Tatsache führte dazu, dass die Parteien oftmals den Ratschlägen der Richterschaft folgten, was zu den sehr hohen Vergleichszahlen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten führte.¹⁹⁹

Anfangs wurden die hohen Vergleichszahlen von den Gegnern der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als „Vergleiche um jeden Preis“ missbilligt, die zu Lasten der Arbeitgeber „durchgepresst“ worden wären. Auch wurde wegen der Beteiligung der Laienrichter in Verbindung mit dem Umstand, dass jedenfalls der Vorsitzende eines Gewerbe- oder Kaufmannsgerichts keine Befähigung zum Richteramt haben musste, die Rechtsprechung als nur „halb-juristisch“ getadelt; dieser Vorwurf wurde jedoch durch die geringe Anzahl erfolgreicher Berufungen widerlegt. Aber auch der Umstand des Bestehens einer Berufungsinstanz selbst rief Meinungsverschiedenheiten hervor. Einerseits wurde vorgebracht, das Landgericht stünde dem Sinn der Sondergerichtsbarkeit entgegen, weil am Landgericht gerade Richter tätig seien, die sich nicht mit den zu beurteilenden Arbeitsverhältnissen auskennen würden. Andererseits wurde gegen eine Berufungsinstanz vorgebracht, sie widerspräche dem schiedsgerichtlichen Wesen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.²⁰⁰

Auch in Bezug auf die Beisitzer bestanden erhebliche Bedenken besonders aus der Arbeitgeberschaft; die arbeitnehmerseitigen Beisitzer wurden überwiegend aus SPD-Mitgliedern oder SPD-nahen Kreisen gewählt, was bei den Arbeitgebern zur Befürchtung der Parteilichkeit führte.²⁰¹

Trotz dieser – meist nur anfänglich bestehenden – Vorurteile wurde insgesamt zunehmend versucht, die Zuständigkeiten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte beispielsweise auch auf die Hausgehilfen, das Gesinde, Angestellte nicht-kaufmännischer oder nichtgewerblicher Betriebe oder auch Landarbeiter auszudehnen.²⁰² Bis zur Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes von 1926 waren diese Bestrebungen aber nicht von Erfolg gekrönt.

Wie sich beispielsweise aus der Zeitschrift „Das Gewerbegericht“ vom 01. April 1901 ergibt, waren es zum Teil auch die Arbeitgeber, die sich für die Errichtung von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten einsetzten, da die Gerichtskosten gegenüber den ansonsten zuständigen ordentlichen Gerichten bedeutend niedriger waren und da „das Landgericht von den Verhältnissen der Arbeiter zum Fabrikanten oder dessen Vertreter in Sachen Arbeitsverteilung keine richtige Vorstellung habe“.²⁰³ Auch wird an dieser Stelle von der Redaktion von den bedenklichen rechtlichen Ausführungen des Landgerichts (als Berufungsgericht auf das Amtsgericht) gesprochen; weiterhin ergibt sich aus dieser Anmerkung auch die Länge des

¹⁹⁴ Wenzel in JZ 1965, S. 697 (700 insbesondere Fn 21); dies schlug sich auch in der Besoldung nieder, sie waren im Vergleich zu Richtern der ordentlichen Gerichtsbarkeit regelmäßig zwei Gruppen höher eingestuft.

¹⁹⁵ Die anfängliche Ablehnung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zeigt sich durch die, vom konservativen Lager propagierte Gleichung „Gewerbe- und Kaufmannsgericht = Sozialdemokratie = Staatsgefährdung“. Dem gegenüber hatte aber auch die SPD das Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz bei der Schlussabstimmung 1890 mit der Begründung abgelehnt, sie wolle „lieber gar kein Gesetz, als ein schlechtes Gesetz“. (Linsenmaier in NZA 2004, S. 401 (404)) Ablehnend gegenüber den Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte standen teilweise Richter der ordentlichen Gerichte. Es wurde bemängelt, dass die Stellung der Vorsitzenden nicht ausreichend unabhängig seien, da sie in regelmäßigen Abständen (in Berlin beispielsweise jährlich) von den kommunalen Vertretern neu zu wählen waren, was häufig zu den Ratsmitgliedern gefälligen aber nicht sachgerechten Entscheidungen führen würde. (Riß, Deutsche Richterzeitung 1911, Sp. 792 ff.).

¹⁹⁶ Leinemann in NZA 1991, S. 961 (964 insbesondere Fn. 27): „[...] Pointiert schreibt Beyer, ZZP 49 (1925), 74 (77): «Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wuchsen durch ihre fachkundige und schnelle Rechtsprechung auf ihrem Gebiet zu Favoriten des Volkes heran und galten im Gegensatz zu den ordentlichen Gerichten als die Vertrauensgerichte.»“.

¹⁹⁷ Wenzel in JZ 1965, S. 697 (700).

¹⁹⁸ Wenzel in JZ 1965, S. 697 (700).

¹⁹⁹ Zum Absatz: Es wurden 57 % der anhängigen Sachen in weniger als einer Woche erledigt, während bei den Amtsgerichten 63 % über drei Monate brauchte. Teilweise werden auch Zahlen zwischen 80 % und 90 % hinsichtlich der Erledigung innerhalb einer Woche genannt. (Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 17; Baum, Das Recht des Arbeitsvertrages, S. 151). Vergleichssatz i.H.v. 45 % im Gegensatz zum Vergleichssatz der Amtsgerichte i.H.v. 14 % (Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 17).

Eine Auswertung für die württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und das Kaufmannsgericht Stuttgart findet sich im Anhang III. ab Seite 167 ff.

²⁰⁰ Zum Absatz: Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 18.

²⁰¹ Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 235.

²⁰² Vertiefend Leinemann in NZA 1991, 961 ff.

²⁰³ Das Gewerbegericht (im Folgenden zitiert: GG) 6, Sp. 148.

amts- und landgerichtlichen Verfahrens; der zu beurteilende Vorfall (Klage auf Schadensersatz wegen unberechtigter Kündigung) ereignete sich am 07.11.1899, das landgerichtliche Berufungsurteil erging am 17.10.1900.²⁰⁴

Ferner wurde es als eine der bedeutenden Leistungen jener Gerichte angesehen, dass sie durch ihre Tätigkeit das Arbeitsrecht mitgeprägt bzw. ständig fortgebildet haben, und dass es durch das gleichberechtigte Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer deutlich verbesserten Verständigung der beiden Gruppen kam.²⁰⁵ Aber nicht nur durch ihre Rechtsprechung, auch durch ihr vermittelndes Eingreifen in schwierigen Situationen, besonders in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, bei Streiks und allgemeinen Lohnstreitigkeiten, leisteten sie Erhebliches für die Ruhe und den Frieden in der Arbeitnehmerschaft und in den Betrieben und erwarben sich dadurch das Vertrauen aller Kreise.²⁰⁶

Für die Beliebtheit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte spricht auch der kontinuierliche Zuwachs derselben:

*„[...] Bis Ende des Jahres 1894 wurden im Deutschen Reiche 230 Gewerbegerichte errichtet. Im Jahre 1924 ist die Zahl auf 577 gestiegen. Die Zahl der Kaufmannsgerichte betrug im Jahre 1906 kurz nach ihrer Errichtung 248; ihre Zahl hatte sich im Jahre 1924 auf 327 erhöht. Im Jahre 1893 wurden von den deutschen Gewerbegerichten zirka 37500 Rechtsstreitigkeiten, dagegen im Jahr 1924 bereits 124242 erledigt. Vor den Kaufmannsgerichten betrug im Jahr 1906 die Zahl der erledigten Rechtsstreitigkeiten 19220 und stieg im Jahre 1924 auf 40657. [...]“*²⁰⁷

Eine Besonderheit war die kollektiv-rechtliche Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichten als Einigungsamt.²⁰⁸ Diese Tätigkeiten werden aber in der vorliegenden Arbeit nicht näher betrachtet.

5. Neben den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bestehende Sondergerichte für Arbeitnehmer²⁰⁹

Neben den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten konnten für Bergarbeiter gemäß § 82 des Gewerbegerichtsgesetzes besondere Berggewerbegerichte errichtet werden, die sich von den anderen Gewerbegerichten im wesentlichen dadurch unterschieden, dass die Kosten vom Staat getragen wurden und dieser die Vorsitzenden ernannte.²¹⁰

Ebenso bestanden Innungsschiedsgerichte, die ausschließlich bei Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Arbeitern zuständig waren.²¹¹ Diese Entscheidungen wurden rechtskräftig, wenn nicht innerhalb eines Monats die ordentliche Gerichtsbarkeit angerufen wurde.²¹² Die Innungsschiedsgerichte bewährten sich jedoch nicht, vermutlich weil sie die Rechtsstreitigkeiten nicht abschließend klären konnten.

Im Königreich Württemberg bestanden im Zeitraum der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte keine Innungsschiedsgerichte und keine Berggewerbegerichte.²¹³ Lediglich eines mit Sitz im bayerischen Neu-Ulm war nicht nur für die Bäcker in Neu-Ulm, sondern auch für die im württembergischen Ulm an der Donau zuständig; dies ist die einzige bekannte Ausnahme.²¹⁴

Auch waren auf Grund der Seemannsordnung von 1902 bei Streitigkeiten zwischen Kapitän und Schiffsmannschaften die Seemannsämtler als vorläufige Entscheidungsinstanz zuständig, unter Vorbehalt des ordentlichen Rechtsweges.

Nach § 76 des Gewerbegerichtsgesetzes konnte bei Streitigkeiten, die eigentlich in den Zuständigkeitsbereich des Gewerbegerichts gefallen wären, jede Partei eine vorläufige Entscheidung durch den Vorsteher der Gemeinde (Bürgermeister, Schultheiß, Ortsvorsteher usw.) beantragen. Diese Entscheidung erwuchs in Rechtskraft, wenn nicht binnen einer Notfrist von zehn Tagen von einer der Parteien Klage bei dem ordentlichen Gericht erhoben wurde (§ 77 des Gewerbegerichtsgesetzes). Dies galt ebenso für die Kaufmannsgerichte nach § 19 des Kaufmannsgerichtsgesetzes, welches weitgehend auf das Gewerbegerichtsgesetz verweist.

²⁰⁴ GG 6, Sp. 148.

²⁰⁵ Lexikon des Arbeitsrechts – Stichwort Gewerbegerichte, S. 77 und Stichwort Kaufmannsgerichte S. 109.

²⁰⁶ Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Depène, „Gewerbe- und Kaufmannsgerichte (Arbeitsgerichte)“, Bd. II, S. 913 (918).

²⁰⁷ Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Depène, „Gewerbe- und Kaufmannsgerichte (Arbeitsgerichte)“, Bd. II, S. 913 (918).

²⁰⁸ § 61 des Gewerbegerichtsgesetzes: „Das Gewerbegericht kann in Fällen von Streitigkeiten, welche zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses entstehen, als Einigungsamt angerufen werden.“

²⁰⁹ Überblick bei Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 16.

²¹⁰ Baum, Das Recht des Arbeitsvertrages, S. 149.

²¹¹ Dabei konnte es zu verwirrenden Situationen kommen, so musste beispielsweise ein Bäcker Geselle in Berlin seinen Meister, wenn dieser in der Germaniainnung war, beim Schiedsgericht der vereinigten Innungen verklagen, wenn er in der Concordiainnung war, bei dem besonderen Schiedsgericht dieser Innung, wenn er in keiner Innung war, beim Gewerbegericht (Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 18.).

²¹² Baum, Das Recht des Arbeitsvertrages, S. 150.

²¹³ Nach Einführung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wurde jährlich eine Bestätigung vom Innenministerium Württemberg an das Justizministerium Württemberg gesandt, dass in Württemberg keine Innungsschiedsgerichte vorhanden seien (Hauptstaatsarchiv Stuttgart E302 Bü. 573, 574, 575).

²¹⁴ Eine ausführliche Übersicht über den Bestand der Innungsschiedsgerichte im Jahr 1901 liefert das Verzeichnis der Innungsschiedsgerichte in GG 6, Sp. 283 ff.

6. Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, insbesondere das Schlichtungswesen und Betriebsrätegesetz²¹⁵

a. Allgemeines

Der Erste Weltkrieg brachte vordergründig denkbare Veränderungen, wie den wesentlichen Rückgang der Geschäftslast bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.²¹⁶

Eine Übersicht zur Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in den Jahren 1914 bis 1918, welche durch das Statistische Reichsamt erstellt wurde, besagt, dass es zu einer Verringerung des Bestands an Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gekommen war. Von den an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erhobenen Klagen waren 93,7 % von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber gerichtet. Die erhobenen Klagen wurden in 39,2 % der Fälle mit einem Vergleich, in 12,8 % der Fälle durch Endurteil und in 17,5 % der Fälle durch Rücknahme erledigt. Bei den Kaufmannsgerichten wurden in der Kriegszeit 93,3 % der Klagen von Handlungsgehilfen und Lehrlingen erhoben. Die insgesamt erhobenen Klagen wurden in 41,2 % der Fälle mit einem Vergleich, in 15,2 % der Fälle durch Endurteil und in 17,8 % der Fälle durch Rücknahme erledigt.²¹⁷

b. Hilfsdienstgesetz und Schlichtungswesen

Zur Aufrechterhaltung der kriegswichtigen Industriezweige wurden von der Militärverwaltung Vermittlungsstellen eingeführt, die im Hilfsdienstgesetz von 1916²¹⁸ gesetzlich verankert wurden. Diese Vermittlungsstellen, in der Folge dann Schlichtungsausschüsse genannt, übernahmen die Aufgaben der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Einigungsämter. Nach dem Hilfsdienstgesetz waren alle Männer vom vollendeten 17. bis zum 60. Lebensjahr hilfsdienstpflichtig und durften ihren Beschäftigungsbetrieb nicht ohne Abkehrschein verlassen. Entstand über die Ausstellung eines solchen zwischen dem Arbeitgeber und dem Hilfsdienstverpflichteten Streit, so konnte zur Streitentscheidung ein Schlichtungsausschuss angerufen werden. Weiter war der Schlichtungsausschuss zuständig, wenn Streitigkeiten zwischen Arbeiter- und Angestelltenausschüssen und dem Arbeitgeber über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu einer Einigung führten.

Dies führte zu einer Zuständigkeitszersplitterung, denn Einzelstreitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis wurden den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zum Teil entzogen und anderen Stellen zur Entscheidung zugewiesen; in einem einzelnen Fall kamen drei verschiedenen Zuständigkeiten in Betracht: Über den Abkehrschein entschied der Schlichtungsausschuss, über den Anspruch auf Zahlung des Restlohns entschied das Gewerbe- bzw. Kaufmannsgericht und über einen Schadensersatzanspruch wegen Nichterteilens des Abkehrscheins konnte das Amtsgericht zur Entscheidung angerufen werden.²¹⁹

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes wieder aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen, welche in die Tarifvertragsordnung von 1918 übernommen wurden.²²⁰ Das Schlichtungswesen war Nachfolger des Einigungswesens, welches in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzen normiert war und welches auch Streitigkeiten mehrerer mit dem oder den Arbeitgebern betraf. Allerdings wurde diese Trennung der Zuständigkeiten nicht an der Tatsache kollektiv-rechtliche Streitigkeit oder Individualrechtsstreitigkeit vollzogen. Die Schlichtungsausschüsse waren über die kollektiv-rechtlichen Streitigkeiten hinaus auch für die Individualrechtsstreitigkeiten gegen Kündigungen auf Grund der Demobilmachungsverordnung zuständig.²²¹ Dagegen entschied das Gewerbe- oder Kaufmannsgericht, ob die betreffende Kündigung eine ordentliche oder eine außerordentliche war.²²²

c. Betriebsrätegesetz

Auch durch Einführung des Betriebsrätegesetzes²²³ wurde diese Zersplitterung nicht behoben, sondern noch verschärft. Nach jenem landeten Einsprüche gegen Kündigungen gemäß §§ 84 ff. des Betriebsrätegesetzes, also wieder im Fall

²¹⁵ Zum Themenkomplex: Wenzel in JZ 1965, S. 697 (702 ff.); Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Stier-Somlo, „Schlichtungswesen“, Bd. V, S. 337 ff. und auch Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 251 ff.; zur Frage des Kriegsprozessrechtes bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten: Kallee, „Das Kriegsprozessrecht und das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten“ in GKG 21, Sp. 161 ff. aus dem Jahr 1916.

Weiterführend zu diesem Thema findet sich in GKG 23, Sp. 169 ff. ein Bericht von Schalhorn „Aus der Kriegspraxis des Gewerbegerichts Berlin“ aus dem Jahr 1918.

²¹⁶ Wenzel in JZ 1965, S. 697 (702); für Württemberg siehe gerichtsscharfe Übersichten in der Anlage III ab Seite 167 ff.

²¹⁷ Zum Absatz: GKG 25, Sp. 156.

²¹⁸ Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst (RGBl. 1916, S. 1333).

²¹⁹ Wenzel in JZ 1965, S. 697 (702).

²²⁰ Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 251, 253.

²²¹ Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 253.

²²² Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 256.

²²³ Betriebsrätegesetz vom 04.02.1920; RGBl. 1920, S. 147 ff.

von Einzelrechtsstreitigkeiten, vor dem Schlichtungsausschuss, wenn keine der Streitparteien das Gewerbe- oder Kaufmannsgericht oder bei deren Nichtbestehen die ordentliche Gerichtsbarkeit anrief.²²⁴

In der weiteren Folge wurde mittels der Verordnung über das Schlichtungswesen²²⁵ versucht, eine Aufteilung der Zuständigkeiten dahingehend zu bewerkstelligen, dass die Schlichtungsausschüsse bei kollektiv-rechtlichen Streitigkeiten zuständig waren und die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ihre dahingehenden Zuständigkeiten in Gänze einbüßten. Im Gegenzug waren die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als sogenannte „vorläufige Arbeitsgerichte“ für die Individualrechtsstreitigkeiten zuständig, ohne dass die Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse ausgedehnt wurde.²²⁶ Es wurde festgelegt, dass die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als „Arbeitsgericht“ tätig wurden, wenn sie über bestimmte Normen des Betriebsrätegesetzes, der Landarbeitsordnung und des Reichsversorgungsgesetzes entschieden. In diesen Fällen, wenn also die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Arbeitsgerichte entschieden, war keine Berufung zulässig.²²⁷

Es ist auch in der veröffentlichten Rechtsprechung deutlich zu erkennen, dass ab der Einführung der besonderen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes zu den Kündigungen ein erheblicher gerichtlicher Klärungsbedarf in diesen Rechtsfragen der Zuständigkeit entstand.²²⁸ Diese Zersplitterung stärkte die Stimmen, welche die Vereinheitlichung der Arbeitsgerichtsbarkeit forderten und führten schließlich zu deren Erfolg.

Ein Beispiel für die unterschiedlichen Zuständigkeiten findet sich in dem Urteil des Gewerbegerichts Geislingen vom 27.08.1923 (Nr. 5 aus 1923), welches auf Seite 212 ff. abgedruckt ist.

7. Das Ende der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit

Die Verfügung des württembergischen Justizministeriums zur Beendigung der Tätigkeit der württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte:²²⁹

²²⁴ Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Depène, „Gewerbe- und Kaufmannsgerichte (Arbeitsgerichte)“, Bd. II, S. 913 (918).

²²⁵ Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30.10.1923, RGBl. 1923, S. 1043 ff.

²²⁶ Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 262.

²²⁷ Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30.10.1923, RGBl. 1923, S. 1043 ff; Art. II §2 Abs. 1.

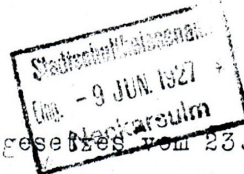
²²⁸ Siehe hierzu einfach nur die Inhaltsübersichten der Zeitschrift GKG ab dem Jahr 1920.

²²⁹ Vorlage: Stadtarchiv Neckarsulm, A1 A718; Abdruck mit Genehmigung des Stadtarchivs Neckarsulm.

Justizministerium. Stuttgart, den 4. Juni 1927.

Nr. I 6812.

2 Beil.



I. Nach §§ 110, 122 des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 23. Dezember 1926 (Reichsgesetzbl. I S. 507) ist die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte mit dem Ablauf dieses Monats beendet. Ich darf ihnen den Dank der Justizverwaltung für ihre Arbeit im Dienste der Rechtspflege aussprechen.

II. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte werden ersucht, für eine reibungslose Ueberleitung der Geschäfte an die Arbeitsgerichte Sorge zu tragen.

III. Die Akten über anhängige Verfahren sind auf 1. Juli ds. Js. dem zuständigen Arbeitsgericht mit einem Verzeichnis und einem Auszug aus der Prozessliste zu übergeben. (Vergl. § 121 Arb. Ger. Ges. und § 1 der Verordnung des Justizministeriums vom 25. Mai 1927, Reg. Bl. S. 227.)

IV. Ueber die Tätigkeit vom 1. Januar ds. Js. bis 30. Juni ds. Js. ist eine Uebersicht nach dem anliegenden Vordruck zu fertigen. Die Reinschrift der Uebersicht ist spätestens bis 8. Juli ds. Js. dem Justizministerium unmittelbar vorzulegen. Zur Vermeidung von Rückfragen wird auf die Erläuterungen (Seite 1 des Vordrucks) besonders hingewiesen.

August

An

Zum 01.07.1927 wurden die Arbeitsgerichte²³⁰ eingeführt und die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte²³¹, sowie die anderen bestehenden Sondergerichte in diese neu geschaffene Gerichtsbarkeit integriert. Die Arbeitsgerichtsbarkeit des Jahres 1927 stellt den unmittelbaren Vorgänger der heute bestehenden Arbeitsgerichtsbarkeit dar. Der Hauptunterschied zur heutigen Arbeitsgerichtsbarkeit ist wohl der Umstand, dass die Landesarbeitsgerichte und das Reichsarbeits- bzw. anfangs auch das Bundesarbeitsgericht in die ordentliche Gerichtsbarkeit integriert waren und nur die Eingangsinstanz, also die Arbeitsgerichte, einen eigenständigen Gerichtszweig darstellten.

Goerring sagte Jahr 1928 sagt hierzu:

„[...] In der Rechtsprechung machte sich seit dem Inkrafttreten des neuen Arbeitsgerichtsgesetzes (am 1. Juli 1927) die Neuordnung des gesamten Arbeitsgerichtswesens im Sinne einer Vereinheitlichung und Verstetigung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung recht angenehm bemerkbar. Insbesondere zeigte es sich je länger, desto mehr, daß die Rechtsprechungstätigkeit des neuen Reichsarbeitsgerichtes eine vorteilhafte, vereinheitlichende und klärende Wirkung ausübt. Dies ist deshalb besonders bedeutsam, weil voraussichtlich bis zur Erreichung des verfassungsrechtlich zugesagten einheitlichen deutschen Arbeitsrechtes noch geraume Zeit vergehen dürfte, und bis dahin das Arbeits- und Wirtschaftsleben in hohem Maße davon abhängig ist, welche Auslegung die Rechtsprechung den zahllosen unklaren und umstrittenen Fragen des leider so zersplitterten und unübersichtlichen deutschen Arbeitsrechtes gibt. [...]“²³²

8. Fazit

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte waren nicht etwa aus dem Nichts entstanden, sondern hatten als Vorbilder die Conseils de prud'hommes, das Berliner Fabrikengericht und die Zunftgerichtsbarkeiten. Durch das 1890 erlassene „Gesetz betreffend die Gewerbegerichte“ wurde reichsweit eine einheitliche Gerichtsbarkeit zur Entscheidung betreffend Streitigkeiten aus den Arbeitsverhältnissen im Sinne der Gewerbeordnung geschaffen. Diese Gerichtsbarkeit war organisatorisch bei den Gemeinden angliedert, die anfangs frei entscheiden konnten, ob sie ein Gewerbegericht einrichten wollten. Auch die Besetzung der Gerichte erfolgte durch die Gemeinden; nur das Verfahren wurde reichseinheitlich festgelegt.

Aufgrund des großen Erfolges der Gewerbegerichte wurden ab dem Jahr 1904 zusätzlich auch Kaufmannsgerichte geschaffen, die in den arbeitsrechtlichen Streitigkeiten der Kaufleute mit ihren kaufmännischen Angestellten zuständig waren. Die Kaufmannsgerichte wurden zumeist organisatorisch den Gewerbegerichten angegliedert; auch verweist das Kaufmannsgerichtsgesetz in vielen Punkten auf das Gewerbegerichtsgesetz.

Durch die im Zuge des Ersten Weltkrieges mittels des Hilfsdienstgesetzes begonnene Übertragung von Zuständigkeiten in Bezug auf das Schlichtungswesen wurden die Kompetenzen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zunehmend eingeschränkt, was sich durch den Erlass des Betriebsrätegesetzes nach Ersten Weltkrieg noch verstärkte, ohne dass es zu einer Kompetenzklarstellung kam. Wegen der bereits in Diskussion befindlichen Auflösung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit in der Mitte der Zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurde noch ohne viel Mühe und ohne Erfolg versucht, diese Zuständigkeitsüberschneidungen zu korrigieren. Im Jahr 1927 wurden die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte schließlich durch die Arbeitsgerichtsbarkeit abgelöst.

²³⁰ Arbeitsgerichtsgesetz vom 23.12.1926; RGBl. 1926, S. 507 ff.

²³¹ Hier gemeint sind die allgemeinen Arbeitsgerichte. Schon mit der Schlichtungsverordnung von 1923 (RGBl. 1923, S. 1043 ff.) wurde der Begriff Arbeitsgerichte eingeführt; gemeint waren allerdings die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, wenn sie über bestimmte Normen u.a. des Betriebsrätegesetzes entschieden.

²³² Goerring in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. XI.

VII. DIE GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTE IN WÜRTTEMBERG

Im Königreich Württemberg waren vor Einführung des Gewerbegerichtsgesetzes mit Ausnahme von wenigen Innungsschiedsgerichten²³³ noch keine Gewerbe- oder ähnliche Spezialgerichte für Arbeiter oder Angestellte eingerichtet worden. Mit Erlass des Gesetzes wurde relativ zügig damit begonnen, dieses umzusetzen und es wurden noch im Jahr 1891 sieben Gewerbegerichte gegründet.

Ebenso wurde das Kaufmannsgerichtsgesetz von 1904 schnell umgesetzt. Zu bemerken ist, dass bei der Errichtung der Kaufmannsgerichte der gesetzlichen Vorgabe, diese an die bestehenden Gewerbegerichte anzuschließen, in allen württembergischen Gemeinden entsprochen wurde. Lediglich in Weingarten gab es im Jahr 1921 konkrete Bestrebungen, ein eigenständiges Kaufmannsgericht zu errichten.

1. Bestand von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten in Württemberg

Die folgende Auflistung der Städte und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände mit Gewerbe- bzw. Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gliedert sich nach dem Jahr der Gründung des Gewerbegerichtes und innerhalb des Jahres nach der alphabetischen Reihenfolge. Die Gliederung bestimmt sich nach den Gewerbegerichten, da diese zahlenmäßig und auch in der Wahrnehmung durch die Bevölkerung und die Literatur den Kaufmannsgerichten deutlich voran gingen.

Zu den einzelnen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten werden in dieser Übersicht die noch vorhandenen Aktenbestände dargelegt. Eine Unterscheidung zwischen Aktenbeständen der Gewerbe- und der Kaufmannsgerichte wird nicht vorgenommen, da es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass die Akten getrennt archiviert wurden.

Wird im Folgenden von Prozessakten gesprochen, sind hierunter alle Akten zu verstehen, die materiell-rechtliche Ansprüche behandeln. Hierzu werden auch die Akten über Klagen gezählt, die nicht durch ein Endurteil, sondern durch Vergleich, Rücknahme oder ähnliches beendet wurden. Unter dem Begriff „Allgemeinakten“ sind die Aktenbestände zusammengefasst, die nichts mit der eigentlichen Rechtsprechung des jeweiligen Gerichts zu tun hatten. Dazu zählen auch die Akten, die beispielsweise die Errichtung, die Statuten bzw. Geschäftsordnung, die Wahlen der Vorsitzenden und der Beisitzer oder auch die Gebietszuständigkeit und ähnliche administrative Dinge umfassten.

Es befinden sich im Staatsarchiv Ludwigsburg²³⁴ auch noch Allgemeinakten der württembergischen Oberämter und Kreisregierungen²³⁵. In diesen existiert zu vielen der württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ein Allgemeinakten-Bestand, welcher sich zumindest mit der Errichtung und der Besetzung des Gerichts befasst. Es findet sich ferner ein relativ umfangreicher Aktenbestand zur Frage der Einführung von Gewerbegerichten im Jagstkreis²³⁶; in erheblich kleinerem Umfang auch hinsichtlich der Einrichtung von Kaufmannsgerichten.²³⁷ Eine solche Erhebung und Abfrage existiert ansonsten nur noch im Bestand der Neckarregierung aus dem Jahr 1908 zur Frage der Einführung von Kaufmannsgerichten in den nachgeordneten Oberämtern.²³⁸ Bei den anderen Kreisregierungen findet sich dies nicht; lediglich für die Oberamtsstadt Cannstatt hatte der Stadtschultheiß die Cannstatter Gewerbetreibenden zur Frage der Errichtung eines Gewerbegerichts befragt.²³⁹

²³³ Siehe oben, Seite 58.

²³⁴ Das Staatsarchiv Ludwigsburg hat eine Sonderzuständigkeit für die Archivierung der Akten zu den württembergischen Kreisregierungen. In den anderen staatlichen baden-württembergischen Archiven finden sich diesbezüglich keine weiteren Akten.

²³⁵ Es gab in Württemberg vier Kreise: den Neckarkreis mit Sitz in Ludwigsburg, den Schwarzwaldkreis mit Sitz in Reutlingen, den Donaukreis mit Sitz in Ulm und den Jagstkreis mit Sitz in Ellwangen.

Die Kreisregierungen sind heute am ehesten vergleichbar mit den Regierungspräsidien (der mittleren Verwaltungsebene im klassisch-dreistufigen Verwaltungsaufbau), da sie zwischen den Ministerien und den Oberämtern standen. In den Oberämtern waren Städte und Gemeinden zusammengefasst.

Die Kreisregierungen wurden im Jahr 1924 aufgelöst. Die Zuständigkeiten der Kreisregierungen im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes (§§ 1, 17, 22, 79 des Gewerbegerichtsgesetzes) und des Kaufmannsgerichtsgesetzes (§§ 1, 11, 15, 19 Kaufmannsgerichtsgesetz) gingen auf die Oberämter über (unter Bezug auf § 1 der gemeinsamen Verfügung des Ministerium des Inneren und des Arbeitsministeriums betreffend den Vollzug der Gewerbeordnung vom 28.03.1924 – Reg.Bl. S. 177; Stadtarchiv Neckarsulm A 1 A719). Es ist nicht ersichtlich, dass bei den Oberämtern ein weiterer Archivbestand als bei den Kreisregierungen vorliegen könnte, da nicht davon auszugehen ist, dass die Oberämter eine weitergehende Archivierungspraxis als die Kreisregierungen verfolgten.

²³⁶ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4189 (Es existiert der Schriftverkehr der Kreisregierung mit 14 Oberämtern [Aalen, Crailsheim, Ellwangen, Gaildorf, Gerabronn, Gmünd, Hall, Heidenheim, Künzelsau, Mergentheim, Neresheim, Öhringen, Schorndorf, Welzheim] in deren Oberamtsstädten ein Gewerbegericht eingerichtet hätte werden sollen/können; eingerichtet wurden insgesamt nur vier Gewerbegerichte [Gmünd, Hall, Aalen und Heidenheim], wobei keiner am Sitz der Kreisregierung in Ellwangen errichtet wurde).

²³⁷ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 1925.

²³⁸ Staatsarchiv Ludwigsburg, E173I Bü. 39.

²³⁹ Staatsarchiv Ludwigsburg, F160I Bü. 482a; siehe auch das Schreiben von Daimler zur Errichtung des Gewerbegerichts Cannstatt, Seite 67.

Einzig der Aktenbestand zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten des Neckarkreises weist Archivalien der Kreisregierung²⁴⁰ und der Oberämter²⁴¹ auf, wobei die Archivalien der Kreisregierung nur sehr übergeordneten Charakter haben. Der umfassendste Aktenbestand ist der des Donaukreises.²⁴²

Dieser unterschiedlich große Aktenbestand kann nicht durch kriegsbedingte Zerstörungen begründet werden, da in diesem Fall gar keine Akten der jeweiligen Verwaltungseinheit mehr vorliegen dürften. Woher diese mengenmäßigen Differenzen in den Aktenlagen herrühren, lässt nicht nicht erklären.

Die Gründungen im Einzelnen:

a. Gründungen im Jahr 1891

• Biberach

Der Aktenbestand zum Gewerbegericht Biberach ist sehr gut erhalten und konnte ausgewertet werden. Neben dem umfangreichen Bestand an Prozessakten existieren Akten zur Errichtung, den Beisitzerwahlen und dem Übergang des Gewerbegerichts auf die Arbeitsgerichtsbarkeit.²⁴³

• Esslingen (Kaufmannsgericht ab 1904)

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Esslingen liegt kein Aktenbestand mehr vor. In Esslingen wurden – laut dem dortigen Stadtarchiv – viele Aktenbestände, die Jahre 1870 bis 1945 betreffend, im Zweiten Weltkrieg vernichtet. Relativ viele Allgemeinakten existieren noch im Staatsarchiv Ludwigsburg. Das Gewerbegericht Esslingen war für den Stadtbezirk zuständig, ab 1908 auch für die Gemeinde Oberesslingen und ab dem Jahr 1914 auch für Plochingen und Wendlingen. Das Kaufmannsgericht war ebenso ab 1908 für Oberesslingen und ab 1914 für Plochingen zuständig, im Gegensatz zum Gewerbegericht aber nicht für Wendlingen.²⁴⁴ Das Statut des Kaufmannsgerichts wurde am 07.11.1904 genehmigt.²⁴⁵

• Göppingen (Kaufmannsgericht ab 1906)

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Göppingen liegt kein Aktenbestand mehr vor. Das Gewerbegericht Göppingen war anfangs nur für den Gemeindebezirk zuständig²⁴⁶, ab dem Jahr 1913 auch für die Gemeinden Ebersbach a.d.F., Faurndau, Großeislingen, Holzheim, Kleineislingen, Salach und UHINGEN²⁴⁷ und ab 1922 für die Gemeinde Rechberghausen²⁴⁸.

• Heidenheim

Zum Gewerbegericht Heidenheim liegt dort kein auswertbarer Aktenbestand mehr vor. Der Aktenbestand über die einzelnen Prozesse ist auf die Jahre 1919 bis 1921 beschränkt.²⁴⁹ In dieser Zeit erging allerdings kein Urteil. Einige Akten zu den Beisitzerwahlen und dem Anschluss der Gemeinde Herbrechtingen an das Gewerbegericht Heidenheim bestehen noch, ebenso wie einige Akten zu tarifvertraglichen Streitigkeiten aus den Jahren 1906/1910. Interessant ist, dass der Unternehmer Voith sich in erheblichem Maße als Arbeitgebervertreter in den genannten Tarifstreitigkeiten engagierte und versuchte, mäßigend auf die Streikparteien einzuwirken. Als damals schon einer der bedeutenden Arbeitgeber in Heidenheim war wohl ein virulentes Eigeninteresse an einer Befriedung der Arbeiterschaft vorhanden.

Im Staatsarchiv Ludwigsburg existieren noch Allgemeinakten.²⁵⁰ Das Gewerbegericht Heidenheim umfasste zunächst den Stadtbezirk Heidenheim.²⁵¹ Im Jahr 1921 wurde die Zuständigkeit auf die Gemeinden Bolheim, Burgberg, Gerstetten, Giengen, Herbrechtingen, Königsbrunn, Mergelstetten, Nattheim und Steinheim ausgeweitet.²⁵²

• Ravensburg (Kaufmannsgericht ab 1912)²⁵³

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Ravensburg liegt kein Aktenbestand mehr vor. Bei der Renovierung des Rathauses wurde ein Aktenbestand zum Gemeindegerecht Ravensburg gefunden, in dem sich nach Aussage des

²⁴⁰ Staatsarchiv Ludwigsburg, E173I Bü. 39 und 40; Stuttgart, Cannstatt, Esslingen, Heilbronn.

²⁴¹ Fundstellen siehe nachfolgend bei den einzelnen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten: Stuttgart, Cannstatt, Esslingen, Heilbronn, Ludwigsburg.

²⁴² Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 5721, 8505, 8507, 8508, 8509, 8510, 8511, 8512, 8513, 8514, 8515, 8516, 8517.

²⁴³ Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3298 – 3304; Staatsarchiv Ludwigsburg E179II Bü. 8507.

²⁴⁴ Zum Absatz: Staatsarchiv Ludwigsburg, F164/II Bü. 342.

²⁴⁵ GG 11, Sp. 275 f.

²⁴⁶ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8510 Qu. 6.

²⁴⁷ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8510 Qu. 60.

²⁴⁸ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8510 Qu. 84.

²⁴⁹ Zum Themenkreis: Stadtarchiv Heidenheim, aI 46.

²⁵⁰ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4192.

²⁵¹ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4192 Qu. 24.

²⁵² Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4192 Qu. 70.

²⁵³ Nach dem Statut des Kaufmannsgerichts Ravensburg wurde es am 20.06.1911 errichtet und diese Errichtung wurde am 26.11.1911 genehmigt, so dass im Widerspruch zum Repertorium ungedruckter Quellen zur Rechtsprechung, zweiter Halbband, S. 605 f., nicht erst ab 1912, sondern schon ab 1911 von einem Kaufmannsgericht auszugehen ist. (Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8514 Qu. 8).

Stadtarchiv Ravensburg der Hinweis findet, dass diese beiden Gerichte wohl in derselben Besetzung tagten. Die Akten wurden anscheinend als Dämmmaterial verwendet. Da inzwischen jedoch alle städtischen Gebäude saniert sind und das Stadtarchiv alle dabei aufgefundenen Akten gesichtet hat, besteht keine Hoffnung mehr, noch Protokolle oder Akten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts zu finden.²⁵⁴

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht Ravensburg war örtlich nur für den Stadtbezirk Ravensburg zuständig.²⁵⁵

• Stuttgart (Kaufmannsgericht ab 1904)

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Stuttgart besteht in Stuttgart kein Bestand an Prozessakten. Noch zu finden sind eine erhebliche Anzahl an Allgemeinakten²⁵⁶, so auch alle Geschäftsberichte über die Schaffenszeit des Gewerbe- und anschließend auch des Kaufmannsgerichts. Die Geschäftsberichte wurden in Stuttgart vorbildlich angefertigt. Es existieren im Stadtarchiv die Personalakten zu den Gewerbeberichtsvorsitzenden und der Wahl der Beisitzer. Berichtet wurde vom Stadtarchiv, dass erhebliche Aktenbestände aus dem 19. Jahrhundert bis zum Jahr 1945 im Zuge des Zweiten Weltkrieges vernichtet wurden. Ob dieses Schicksal auch die Prozessakten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Stuttgart im Stadtarchiv Stuttgart ereilte, lässt sich nicht nachvollziehen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Prozessakten nicht archiviert wurden, da bei einer kriegsbedingten Zerstörung auch von der Zerstörung der Allgemeinakten auszugehen wäre, da keine Anzeichen dahin bestehen, dass Allgemein- und Prozessakten an unterschiedlichen Orten aufbewahrt wurden.

Der Bestand E326 des Staatsarchivs Ludwigsburg umfasst lediglich fünf Prozessakten des Gewerbegerichts Stuttgart. Diese Akten befassen sich einheitlich mit Rechtsstreitigkeiten der Daimler-Motoren-Gesellschaft und der Robert Bosch AG mit Teilen ihrer Belegschaft. Hintergrund war eine Betriebsstilllegung durch die württembergische Staatsregierung infolge von Ausschreitungen der Belegschaften, die sich gegen den durch das Reichseinkommensteuergesetz im Jahr 1920 eingeführten Steuereinbehalt von 10 % vom Lohn durch den Arbeitgeber wehrten. Es kann nicht mehr aufgeklärt werden, auf welche Weise diese fünf Akten in den Bestand kamen. Unglücklicherweise fehlen bei allen fünf Akten gerade die Urteile.²⁵⁷

Außerdem gibt es einen weiteren Zufallsfund eines Urteils, sogar mit Ausführungen zu einem wichtigen Grund²⁵⁸, in den Akten des Schlichtungsausschusses Stuttgart. Das Gewerbegericht bat im Rahmen der Übersendung zwar „um baldige Rückgabe“; diese war aber offensichtlich nicht erfolgt.²⁵⁹

Im Staatsarchiv Ludwigsburg gibt es umfangreiche Allgemeinakten der Stadtdirektion Stuttgart²⁶⁰ und des Polizeipräsidiums Stuttgart²⁶¹ über die Vorsitzenden, die Stellvertreter, die Bestellung und Nachbesetzung der Beisitzer, teilweise sogar unter Angabe derer Berufe. Ein solch ausführlicher Bestand an Allgemeinakten zum Gerichtspersonal findet sich ansonsten zu keinem anderen Gewerbe- oder Kaufmannsgericht.

Das Statut des Kaufmannsgerichts wurde am 18.10.1904 genehmigt.²⁶²

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht Stuttgart war auch für die später eingemeindeten Gemeinden Feuerbach, Vaihingen auf den Fildern und Cannstatt zuständig, wobei Cannstatt bis zur Eingemeindung ein eigenes Gewerbegericht hatte.

• Ulm (Kaufmannsgericht ab 1904)

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Ulm existieren nur noch Allgemeinakten, jedoch keine Prozessakten mehr.²⁶³ Im Staatsarchiv Ludwigsburg findet sich jeweils ein Aktenband über Errichtung, Statutenänderungen und die Wahlen zu den Vorsitzenden der Gerichte bei der Kreisregierung des Donaukreises.²⁶⁴ Das Statut des Kaufmannsgerichts wurde am 13.12.1904 genehmigt.²⁶⁵

²⁵⁴ Zum Absatz: Aussagen des Stadtarchivs Ravensburg.

²⁵⁵ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8513.

²⁵⁶ Zum Themenkreis: Stadtarchiv Stuttgart, 10 Depot A 359, 360, 361, 408, 412, 413, 422. Ebenso bestehen die Allgemeinakten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Cannstatt, Stadtarchiv Stuttgart, 903-Cannstatt 2576/5, 2576/6 und eine Akte über die Verhandlungen der Gemeinde Obertürkheim an das Gewerbe- und Kaufmannsgericht Stuttgart, Stadtarchiv Stuttgart, 916-Obertürkheim 673/14.

²⁵⁷ Zum Themenkreis: Staatsarchiv Ludwigsburg, E326 Bü. 1-5.

²⁵⁸ Zur Besprechung des konkreten Urteils des Gewerbegerichts Stuttgart vom 30.04.1920 siehe Seite 100.

²⁵⁹ Zum Absatz: Staatsarchiv Ludwigsburg, E392 Bü. 30.

²⁶⁰ Staatsarchiv Ludwigsburg, F201 Bü. 107 und F201 Bü. 109.

²⁶¹ Staatsarchiv Ludwigsburg, F215 Bü. 624.

²⁶² GG 11, Sp. 275 f.

²⁶³ Stadtarchiv Ulm, B 054/51-Nr.1; B 121/007-Nr.1, 2, 3; B 121/008-Nr.1, 2.

²⁶⁴ Staatsarchiv Ludwigsburg, E177II Bü. 8516, 8517.

²⁶⁵ GG 11, Sp. 275 f.

b. Gründungen im Jahr 1892

- **Cannstatt**

Die vormalig eigenständige Stadt Cannstatt wurde im Jahr 1905 mit der Stadt Stuttgart vereinigt. Im Zuge dessen wurde auch der Aktenbestand des Gewerbegerichts Cannstatt auf das Gewerbegericht Stuttgart übertragen. Die Prozessakten sind ebenso wenig vorhanden, wie die des Stuttgarter Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. An Allgemeinakten ist noch ein Aktenbestand vorhanden.²⁶⁶ Im Rahmen der Eingemeindung wurde bestimmt, dass weiterhin die Streitigkeiten in Cannstatt angenommen werden sollten, „Spruchssitzungen“ aber am Sitz des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, also im ehemaligen Alt-Stuttgart, stattfinden sollten. Das Kaufmannsgericht Stuttgart war schon ab seinem Bestehen auch für die Markung Cannstatt zuständig.²⁶⁷

In den angesprochenen Allgemeinakten des Staatsarchivs Ludwigsburg existieren unter anderem auch Antworten Cannstatter Gewerbetreibender an den Stadtschultheißen von Cannstatt auf die Frage, ob es Sinn mache, ein Gewerbegericht einzuführen. Darunter auch ein Antwortschreiben von Gottlieb Daimler, der sich gegen die Errichtung eines Gewerbegerichts in Cannstatt aussprach:²⁶⁸

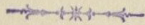
²⁶⁶ Zum Absatz: Stadtarchiv Stuttgart, 903-Cannstatt 2576/5, 2576/6.

²⁶⁷ Zum Absatz: Staatsarchiv Ludwigsburg, F201 Bü. 107.

²⁶⁸ Vorlage: Staatsarchiv Ludwigsburg, F160I Bü. 482A; Abdruck mit Genehmigung des Staatsarchivs Ludwigsburg.

G. Daimler

Cannstatt.



Cannstatt, 12. Janr 1891.

Stadtschultheissenamt

13 JAN 91

CANNSTATT

Herrn Hofenostgerbornen
Herrn Oberbürgermeisters Rath
Hier.

Auf die gütliche Zuschrift vom 30. pto,
betreffend die eventl. Einlieferung von
Gewerbezugsweisen, habe ich mich, in
Rücksicht auf die Angaben zu erklären:
Es bedarf nicht, daß alle
dieser angegebenen Geschäftsstellen in
unserer und benachbarten Kreise
sicher das für die Gewerbezugs-
anträge vorhanden sind; und zwar,
daß diese von einem oder mehreren
Gewerbezugsstellen sehr wohl eine unsere
und billige Behandlung derartigen
Antragstellungen erwarten werden können,
solange sich eine Leistung zur
Übernahme der unzureichenden Zustände
nicht vor. Aus diesem Grunde glaube ich
nicht, daß die Lage der Gewerbezugs-
stellen Gewerbezugsstellen befürworten zu können.

Hofenostgerborn

G. Daimler

- **Geislingen (Kaufmannsgericht ab 1913)**

Der Bestand des Gewerbegerichts Geislingen ist vollständig erhalten geblieben.²⁶⁹ Es finden sich neben den Prozessakten auch die Allgemeinakten. Dabei ist anzumerken, dass der Geislinger Aktenbestand der wohl umfassendste eines württembergischen Gewerbegerichts ist und einen sehr guten Ein- und Überblick über die Spruchfähigkeit, den Aufbau und die Zusammensetzung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichts bietet. Es existieren nur sehr wenige Entscheidungen des Kaufmannsgerichts.

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht Geislingen war zuständig für die Stadtgemeinde Geislingen an der Steige und die Gemeinden Kuchen an der Fils, Kleinsüßen und Deggingen.²⁷⁰

c. Gründung im Jahr 1893

- **Gmünd (Kaufmannsgericht ab 1906)**

In (Schwäbisch – seit 1934) Gmünd liegen nur noch Allgemeinakten zum Gewerbe- wie auch dem Kaufmannsgericht vor. Prozessakten gibt es keine mehr. Auch im Staatsarchiv Ludwigsburg gibt es keinen Aktenbestand mehr.

d. Gründungen im Jahr 1894

- **Heilbronn (Kaufmannsgericht ab 1904)**

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Heilbronn liegt kein Aktenbestand mehr vor. Das Stadtarchiv Heilbronn geht davon aus, dass diese – soweit sie überhaupt archiviert waren – im großen Luftangriff auf Heilbronn im Jahr 1944 zusammen mit dem Großteil der anderen Archivbestände verbrannte. Auch im Staatsarchiv Ludwigsburg findet sich im Aktenbestand zum Oberamt Heilbronn kein Archivgut, dagegen wiederum in jenem der Regierung des Neckarkreises.²⁷¹ Daraus ergibt sich, dass im Jahr 1920 das Gewerbegericht Heilbronn für die Gemeinden Böckingen, Neckargartach und Sontheim zuständig war und dass in Neckarsulm ein eigenständiges Gewerbegericht bestand.²⁷² Das Kaufmannsgericht umfasste denselben Bezirk wie das Gewerbegericht und zusätzlich die Gemeinde Neckarsulm. Auch war das Kaufmannsgericht für die Gemeinde Lauffen am Neckar zuständig.²⁷³ Das Statut des Kaufmannsgerichts wurde am 05.11.1904 genehmigt.²⁷⁴

- **Reutlingen (Kaufmannsgericht ab 1904)**

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Reutlingen existieren in Reutlingen keine Akten mehr. Im Staatsarchiv Ludwigsburg finden sich Allgemeinakten.²⁷⁵

Im Zeitraum um 1910 wurde die Errichtung eines Bezirkskaufmannsgerichts für mehrere Gemeinden in Reutlingen unter Einbeziehung des dortigen Kaufmannsgerichts diskutiert. Die Gemeinden Urach, Metzingen und Dettlingen lehnten diesen Vorschlag ab; die Gemeinden Bronnweiler, Eningen, Mägerkingen und Pfullingen konnten sich dies vorstellen. Die Gemeinden Pfullingen und Eningen schlossen sich dann dem Gewerbegericht Reutlingen an. Initiator dieser Idee war der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband. Das Vorhaben wurde nicht umgesetzt.²⁷⁶ Das Statut des Kaufmannsgerichts wurde am 25.11.1904 durch die Kreisregierung genehmigt.²⁷⁷

e. Gründungen im Jahr 1895

- **Ebingen (Kaufmannsgericht ab 1911)**

Mit Gründung der Stadt Albstadt im Jahr 1975 wurden die Archive der bis dahin eigenständigen Gemeinden Ebingen und Tailfingen (siehe unten Seite 71) zusammengelegt. Der Archivbestand weist nur noch Allgemeinakten²⁷⁸ zur Gründung und Besetzung des Gerichts auf. Prozessakten liegen keine vor. Bei den Staatsarchiven Ludwigsburg und Sigmaringen wurde kein Bestand zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Ebingen gefunden.

- **Schramberg (Kaufmannsgericht ab 1906)**

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Schramberg existiert kein Aktenbestand mehr, weder in Sigmaringen, noch bei den Staatsarchiven Ludwigsburg oder Sigmaringen. Der Bestand dieser Gerichte ist lediglich durch aufgefundene Tätigkeitsberichte im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und im Stadtarchiv Geislingen belegt.²⁷⁹

²⁶⁹ Stadtarchiv Geislingen, G190; Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8508 (Gewerbegericht Geislingen), Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8509 (Kaufmannsgericht Geislingen).

²⁷⁰ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8508, 8509.

²⁷¹ Staatsarchiv Ludwigsburg, E173I Bü. 39.

²⁷² Staatsarchiv Ludwigsburg, E173I Bü. 39.

²⁷³ Stadtarchiv Neckarsulm, A1 A723 Qu. 26.

²⁷⁴ GG 11, Sp. 275 f.

²⁷⁵ Staatsarchiv Ludwigsburg, E177I Bü. 4445, 4447.

²⁷⁶ Zum Gesamten: Staatsarchiv Ludwigsburg, E177I Bü. 4448, 4445.

²⁷⁷ Der Nachweis hierzu findet sich in GG 11, Sp. 275 f.

²⁷⁸ Stadtarchiv Albstadt, HR-E 782.90/02 und /03.

²⁷⁹ Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574, Bü. 575; Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten.

- **Tuttlingen**

Zum Gewerbegericht Tuttlingen besteht ein sehr geringer Bestand an Allgemeinakten.²⁸⁰ Es existiert kein Aktenbestand bei den Staatsarchiven Ludwigsburg oder Sigmaringen.

f. Gründung im Jahr 1896

- **Hall**

Zum Gewerbegericht (Schwäbisch – seit 1934) Hall liegt dort kein Aktenbestand mehr vor, das Stadtarchiv vermutet aufgrund von Kriegsschäden. Im Staatsarchiv Ludwigsburg²⁸¹ findet sich lediglich die Aussage, dass das Gewerbegericht Hall ausschließlich für den Gemeindebezirk zuständig war.²⁸²

g. Gründung im Jahr 1897

- **Schwenningen**

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Schwenningen liegt ein sehr kleiner Allgemeinakten-Bestand vor.²⁸³ Interessant ist, dass Schwenningen, das im Jahr 1924 zwischen 20.000 und 21.000 Einwohner hatte, ein Kaufmannsgericht errichten wollte. Die Stadt hatte über das Amtsgericht beim württembergischen Justizministerium angefragt, ob als Vorsitzender des Kaufmannsgerichts nicht ein Richter des Amtsgerichts Rottweil „abgestellt“ werden könne; man wolle keinen Rechtsanwalt als Vorsitzenden, mit dieser Konstellation habe man beim Mieteinigungsamt der Stadt schlechte Erfahrungen gemacht.²⁸⁴ Hinweise, dass es tatsächlich zu einem Kaufmannsgericht in Schwenningen kam, liegen nicht vor.

Bei den Staatsarchiven Ludwigsburg oder Sigmaringen findet sich kein Aktenbestand.

h. Gründung im Jahr 1899

- **Ludwigsburg (Kaufmannsgericht ab 1904)**

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Ludwigsburg liegt im Stadtarchiv Ludwigsburg kein Aktenbestand mehr vor. Beim Staatsarchiv Ludwigsburg existieren noch zwei Akten des Neckarkreises²⁸⁵, denen mittelbar auch Informationen zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Ludwigsburg zu entnehmen sind. Demnach war das Gewerbegericht für den Stadtbezirk und das Kaufmannsgericht zusätzlich für Zuffenhausen zuständig. Das Statut des Kaufmannsgerichts wurde am 14.12.1904 genehmigt.²⁸⁶

i. Gründung im Jahr 1900

- **Aalen (Kaufmannsgericht ab 1911)**

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Aalen besteht in Aalen kein Aktenbestand mehr, allerdings existieren Allgemeinakten beim Staatsarchiv Ludwigsburg.²⁸⁷ Ab dem Jahr 1921 war das Gewerbegericht Aalen auch für die Gemeinden Oberkochen, Unterkochen und Wasseralfingen zuständig.²⁸⁸

Das Kaufmannsgericht Aalen war von Beginn an auch für die Gemeinde Unterkochen zuständig.²⁸⁹ Im Jahr 1921 wurde auch die Gemeinde Wasseralfingen angeschlossen;²⁹⁰ erstaunlicherweise nicht aber die Gemeinde Oberkochen, für die das Gewerbegericht Aalen schon mit zuständig war.

j. Gründungen im Jahr 1901

- **Laupheim**

Prozessakten sind beim Stadtarchiv Laupheim für die Zeit von 1911 bis 1927 vorhanden.²⁹¹ Die Prozessakten der ersten zehn Jahre sind nicht mehr auffindbar. Die Allgemeinakten sind über alle Jahre des Bestehens archiviert. Das Gewerbegericht war ausschließlich für den Stadtbezirk Laupheim zuständig.²⁹²

²⁸⁰ Stadtarchiv Tuttlingen, III A 1665.

²⁸¹ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4191.

²⁸² Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4191 Qu. 51.

²⁸³ Stadtarchiv Schwenningen, 3.1-3 Nr. 4311, 4384, 4385, 4386, 4388.

²⁸⁴ Stadtarchiv Schwenningen, 3.1-3 Nr. 4388.

²⁸⁵ Zum Absatz: Staatsarchiv Ludwigsburg, E173I Bü. 39.

²⁸⁶ GG 11, Sp. 275 f.

²⁸⁷ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 1926, 4190.

²⁸⁸ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4190 Qu. 51.

²⁸⁹ Zum Absatz: Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 1926 Qu. 3.

²⁹⁰ Zum Kaufmannsgericht Wasseralfingen siehe Seite 71 f.

²⁹¹ Aktenbestand Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

²⁹² Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8512 Qu. 5.

- **Tübingen (Kaufmannsgericht ab 1911)**

Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Tübingen existieren Allgemein- und Prozessaktenbestände. Die Entscheidungen des Gewerbegerichts Tübingen finden sich für die Jahre 1913 bis 1914²⁹³, die Jahre 1921 bis 1923²⁹⁴ und das Jahr 1925²⁹⁵.

Zu beachten sind hier insbesondere die Prozessakten des Kaufmannsgerichts Tübingen. Hier sind die Entscheidungen der Jahre 1911 – 1922²⁹⁶ und aus dem Jahr 1927²⁹⁷ archiviert. In Tübingen wurde das Kaufmannsgericht in relativ großem Umfang angerufen und somit stellen die Bestände des Stadtarchivs Tübingen die umfangreichsten noch erhaltenen Bestände zur Rechtsprechung eines Kaufmannsgerichts in Württemberg dar.

k. Gründung im Jahr 1902

- **Zuffenhausen**

Zuffenhausen wurde im Jahr 1931 nach Stuttgart eingemeindet. Der vom Stadtarchiv Stuttgart übernommene Aktenbestand zum Gewerbegericht Zuffenhausen wurde im Zweiten Weltkrieg wohl vollkommen zerstört; jedenfalls ist im Stadtarchiv Stuttgart keiner zu verzeichnen. Es findet sich auch kein Aktenbestand beim Staatsarchiv Ludwigsburg. Das Kaufmannsgericht Ludwigsburg war bis zur Eingemeindung für den Gemeindebezirk Zuffenhausen zuständig.²⁹⁸

l. Gründung im Jahr 1903

- **Kirchheim unter Teck**

Zum Gewerbegericht Kirchheim unter Teck ist kein Bestand an Prozessakten überliefert. Es findet sich im Stadtarchiv von Kirchheim unter Teck lediglich ein Bestand von Allgemeinakten.²⁹⁹ Das Gewerbegericht Kirchheim unter Teck wurde nach Protesten der Arbeiterschaft durch das württembergische Ministerium des Inneren mit Schreiben 9138 des Jahres 1902 gemäß § 1 Abs. 5 des Gewerbegerichtsgesetzes zwangsweise und gegen den ausdrücklichen Willen der Gemeinde eingeführt.³⁰⁰ Es war zuständig nur für den Gemeindebezirk Kirchheim unter Teck.³⁰¹

m. Gründung im Jahr 1906

- **Neckarsulm**

Zum Gewerbegericht Neckarsulm bestehen im Stadtarchiv Neckarsulm Aktenbestände in Form von Allgemeinakten.³⁰² Auch existieren Akten über den Anschluss der Gemeinde an das Kaufmannsgericht Heilbronn zum 01.01.1906.³⁰³ Im Staatsarchiv Ludwigsburg lassen sich lediglich Hinweise auf den Bestand des Gewerbegerichtes finden.³⁰⁴

In Neckarsulm kam es zu einem besonderen zeitlichen Ablauf bei der Einführung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit für den Gemeindebezirk. Grundsätzlich wurde vor einem Kaufmannsgericht ein Gewerbegericht errichtet und dann das Kaufmannsgericht an dieses angeschlossen (siehe auch § 9 Abs. 3 Kaufmannsgerichtsgesetz). In Neckarsulm wurde im Jahr 1905 beschlossen, dass die Gemeinde sich zum 01.01.1906 an das Kaufmannsgericht Heilbronn anschließt. Dies ist für sich noch nicht außergewöhnlich, allerdings wurde am 08.03.1906 beschlossen, dass in Neckarsulm ein Gewerbegericht errichtet werden sollte. Eine Rückführung der Zuständigkeiten in Bezug auf das kaufmannsgerichtlichen Streitigkeiten erfolgte nicht und es wurde kein Gewerbe- und Kaufmannsgericht Neckarsulm errichtet. Eine Begründung, weswegen zuerst die Belange der Kaufleute durch Anschluss an das Kaufmannsgericht Heilbronn geregelt wurden und dann erst ein Gewerbegericht vor Ort eingerichtet wurde, finden sich in den vorliegenden Akten ebenso wenig wie eine Begründung, weshalb kein einheitliches Gewerbe- und Kaufmannsgericht errichtet wurde. Ob das neu geschaffene Gewerbegericht nicht auch noch mit der Zuständigkeit für die Kaufmannsgerichtsbarkeit „belastet“ werden sollte oder ob kein geeigneter Vorsitzender, der die Voraussetzungen des Kaufmannsgerichtsgesetzes erfüllte, zu finden war, ist reine Spekulation.

²⁹³ Stadtarchiv Tübingen, A150/5811-5812.

²⁹⁴ Stadtarchiv Tübingen, A150/5820, 5821, 5824.

²⁹⁵ Stadtarchiv Tübingen, A150/5823.

²⁹⁶ Stadtarchiv Tübingen, A150/5822.

²⁹⁷ Stadtarchiv Tübingen, A150/5827.

²⁹⁸ Siehe zur Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts Ludwigsburg Seite 69.

²⁹⁹ Stadtarchiv Kirchheim unter Teck, A1936, A1819, A835.

³⁰⁰ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8511 Qu. 17.

Zu den Äußerungen von Kirchheim unter Teck siehe Seite 73 f.

³⁰¹ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8511 Qu. 25.

³⁰² Zum Themenkreis: Stadtarchiv Neckarsulm, A1 A717 – 721.

³⁰³ Zum Themenkreis: Stadtarchiv Neckarsulm, A1 A722, 723.

³⁰⁴ Staatsarchiv Ludwigsburg, E173I Bü. 40 Qu. 17, 21.

n. Gründung im Jahr 1907

- **Rottweil**

Das Gewerbegericht Rottweil hat am 01.12.1907 seine Tätigkeit aufgenommen.³⁰⁵ Nach Auskunft des Stadtarchivs Rottweil ist dort nichts über die Tätigkeit oder die Existenz eines Gewerbegerichts bekannt. Anderweitige Quellen sind nicht ersichtlich.

o. Gründung im Jahr 1911

- **Metzingen**

Zum Gewerbegericht Metzingen liegt kein Bestand von Prozessakten mehr vor. Es gibt noch einen kleinen Bestand an Allgemeinakten³⁰⁶; ebenso bestehen Allgemeinakten im Staatsarchiv Ludwigsburg.³⁰⁷

p. Gründungen im Jahr 1912

- **Nürtingen**

Zum Gewerbegericht Nürtingen existieren im Stadtarchiv Nürtingen noch Prozess-, wie auch Allgemeinakten. Allerdings ist der Prozessaktenbestand³⁰⁸ nicht sehr umfangreich. Im Staatsarchiv Ludwigsburg lassen sich keine Akten mehr zu diesem Gewerbegericht finden.

- **Tailfingen**³⁰⁹

Mit Gründung der Stadt Albstadt im Jahr 1975 unter anderem durch Zusammenlegung der Städte Tailfingen und Ebingen (siehe oben auf Seite 68) im Jahr 1975 wurden die Archive von Tailfingen und Ebingen (siehe oben) zusammengelegt. Zum Gewerbegericht Tailfingen³¹⁰ sind nur noch Allgemeinakten in geringem Umfang vorhanden. Es findet sich zum Gewerbegericht Tailfingen kein Aktenbestand bei den Staatsarchiven Ludwigsburg oder Sigmaringen.

q. Gründung im Jahr 1920

- **Friedrichshafen**

Zum Gewerbegericht Friedrichshafen gibt es keinen Aktenbestand mehr. Das Gewerbegericht Friedrichshafen erstreckte sich örtlich neben der Stadtgemeinde Friedrichshafen auch auf die Gemeinden Meckenbeuren und Schnetzhausen und die Stadtgemeinde Tettnang. Interessant ist, dass Tettnang die für Friedrichshafen zuständige Oberamtsstadt war und eigentlich davon auszugehen war, dass Tettnang ursprünglich bedeutender war. An dieser Entwicklung ist zu erkennen, dass bei Einrichtung der Gewerbegerichte nicht die verwaltungsmäßige, sondern die wirtschaftliche Bedeutung ausschlaggebend war. Später hatte sich an das Gewerbegericht Friedrichshafen die Gemeinde Langenargen angeschlossen.³¹¹

r. Beabsichtigte oder behauptete Gewerbe- oder Kaufmannsgerichte

- **Kaufmannsgericht Wasseralfingen**³¹²

Nach dem Repertorium ungedruckter Quellen zur Rechtsprechung³¹³ war das Kaufmannsgericht Wasseralfingen ein eigenständiges Kaufmannsgericht. Nach Auskunft des Stadtarchivs Aalen³¹⁴ und der Aktenlage im Staatsarchiv Ludwigsburg kann von einer Errichtung dieses Kaufmannsgerichts jedoch nicht ausgegangen werden. Gegen eine Errichtung spricht aus, dass im Jahr 1921 die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts Aalen auch auf den Gemeindebezirk Wasseralfingen ausgeweitet wurde.³¹⁵ Gegen eine Gründung des Kaufmannsgerichts Wasseralfingen spricht auch die Größe von Wasseralfingen und der insgesamt geringe Arbeitsanfall bei den Kaufmannsgerichten.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass schon im Jahr 1908 die Bereitschaft zur Errichtung eines Kaufmannsgerichts in Aalen abgefragt wurde. Darauf hatte das Oberamt Aalen auf einen Bericht der Stadt Aalen und der Gemein-

³⁰⁵ Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 452.

³⁰⁶ Stadtarchiv Metzingen, MA 671.

³⁰⁷ Staatsarchiv Ludwigsburg, E177I Bü. 4446.

³⁰⁸ Stadtarchiv Nürtingen, NA (629), (630), (631), (632).

³⁰⁹ Tailfingen wurde zum 01.01.1975 Teil der neu gegründeten Stadt Albstadt.

³¹⁰ Stadtarchiv Albstadt, HR-T 4851.

³¹¹ Zum Absatz: Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8515.

³¹² Wasseralfingen ist seit 1975 mit der Stadt Aalen unter dem Namen Aalen vereinigt.

³¹³ Repertorium ungedruckter Quellen zur Rechtsprechung, zweiter Halbband, S. 605 f. Bei dieser Fundstelle muss darauf hingewiesen werden, dass das Repertorium (a.a.O.) im Hinblick auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Württemberg nicht umfassend ist. Einerseits werden nicht alle Gerichte aufgezählt, andererseits werden Gerichte genannt, die nicht bestanden. Darüber hinaus beinhalten die dort genannten Fundstellen beim Staatsarchiv Ludwigsburg keine Aussagen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, sondern zur Errichtung der Arbeitsgerichte im Jahr 1927.

³¹⁴ Wasseralfingen wurde im Jahr 1975 mit der Stadt Aalen vereinigt, deswegen ist das Stadtarchiv Aalen für die Archivgutverwaltung von Wasseralfingen zuständig.

³¹⁵ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 1926 Qu. 19.

de Wasseralfingen geantwortet, dass ein Kaufmannsgericht in Aalen errichtet werden solle und Wasseralfingen sich an dieses anschließen werde; es solle nur noch der Abschluss der Justizreform abgewartet werden.³¹⁶ Das Kaufmannsgericht Aalen bestand ab dem Jahr 1911, der Anschluss der Gemeinde Wasseralfingen erfolgte allerdings erst im Jahr 1921.

- **Gewerbegericht Ehingen**

Ebenso soll laut dem Repertorium ungedruckter Quellen zur Rechtsprechung³¹⁷ ab dem Jahr 1895 ein Gewerbegericht in Ehingen bestanden haben. In Betracht kommt hier lediglich Ehingen an der Donau, allerdings sind im dortigen Stadtarchiv keinerlei Kenntnisse über ein solches Gericht vorhanden. Auch im Bestand des Staatsarchivs Ludwigsburg und des Staatsarchivs Sigmaringen sind keine Hinweise auf ein solches Gericht zu finden. Das Gewerbegericht Ehingen scheint auf einem Transkriptionsfehler zu beruhen, denn das tatsächlich vorhandene Gewerbegericht Ebingen (siehe oben auf Seite 68) wird im Repertorium ungedruckter Quellen zur Rechtsprechung nicht verzeichnet.

- **Gewerbe- und Kaufmannsgericht Weingarten**

Im Jahr 1921 wurde über die Errichtung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Weingarten diskutiert; letzte archivierte diesbezügliche Aktivität war ein Bericht des Stadtschultheißenamtes Weingarten an das Oberamt Ravensburg, dass erst ab dem Jahr 1922 mit dem Entwurf der diesbezüglichen Satzungen begonnen werden könne.³¹⁸ Eine Errichtung dieses Gerichts ist jedoch an keiner Stelle nachgewiesen. Allerdings findet sich auch kein Nachweis über den Anschluss an das Gewerbe- und Kaufmannsgericht Ravensburg, welcher sich wegen der örtlicher Nähe angeboten hätte.³¹⁹

- **Gewerbegericht Trossingen**

Nach dem Verzeichnis der im Deutschen Reich bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zum 01.04.1925³²⁰ in der Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ bestand in Württemberg das Gewerbegericht Trossingen. Nach Auskunft des Stadtarchivs Trossingen gab es ein solches Gewerbegericht zu keinem Zeitpunkt. Auch in den Unterlagen im Staatsarchiv Ludwigsburg und dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart findet sich kein Hinweis auf dieses Gericht.

- **Gewerbegericht Waiblingen**

Ebenfalls nach dem Verzeichnis der im Deutschen Reich bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zum 01.04.1925³²¹ in der Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ existierte das Gewerbegericht Waiblingen. Nach Auskunft des Stadtarchivs Waiblingen bestand in Waiblingen allerdings kein Gewerbegericht. Auch in den Unterlagen der Regierung des Neckarkreises findet sich kein Hinweis auf ein solches Gewerbegericht. Dagegen spricht auch, dass im Oktober 1920 durch die Regierung des Neckarkreises eine Aufstellung gefertigt wurde, in welcher das Gewerbegericht Waiblingen nicht enthalten ist.³²²

- **Gewerbegericht (Bad) Urach**

Auch soll es nach dem Verzeichnis der im Deutschen Reich bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zum 01.04.1925³²³ in der Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ in Württemberg das Gewerbegericht Urach gegeben haben. Eine Stadt oder Gemeinde Urach gab es zu dieser Zeit nicht; vorstellbar ist allerdings, dass hier (Bad) Urach gemeint war. Ein Transkriptionsfehler ist wahrscheinlich. Es besteht jedoch keinerlei Hinweis beim Stadtarchiv Bad Urach, ebenso wenig bei den Staatsarchiven Sigmaringen oder Ludwigsburg, dass es dieses Gericht gegeben hätte. Einzig lässt sich ein Hinweis über die Verhandlungen über die Einrichtung eines gemeinsamen Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in Reutlingen finden, welche aber nicht von Erfolg gekrönt waren.³²⁴

Über alle Jahre hinweg wurden in Württemberg insgesamt 29 Gewerbegerichte und 14 Kaufmannsgerichte gegründet.

2. Die Berufungsinstanzen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Württemberg

Berufungsinstanzen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten waren die Landgerichte. In Württemberg waren dies die Landgerichte

- **Ellwangen**³²⁵
- **Heilbronn**³²⁶

³¹⁶ Zum Absatz: Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 1925 Qu. 14.

³¹⁷ Repertorium ungedruckter Quellen zur Rechtsprechung, zweiter Halbband, S. 605 f.

³¹⁸ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 5721.

³¹⁹ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 13, 14; E179II Bü. 8513 Qu. zu55.

³²⁰ GKG 30, Sp. 436 ff.

³²¹ GKG 30, Sp. 436 ff.

³²² Staatsarchiv Ludwigsburg, E173 I Bü. 39 Qu. 22.

³²³ GKG 30, Sp. 436 ff.

³²⁴ Zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht Reutlingen siehe Seite 68.

³²⁵ Staatsarchiv Ludwigsburg, E337I, E337II, E341IV.

³²⁶ Staatsarchiv Ludwigsburg, E317.

- Ravensburg³²⁷
- Rottweil³²⁸
- Schwäbisch Hall³²⁹
- Stuttgart³³⁰
- Tübingen³³¹
- Ulm³³²

Es bestehen in den Staatsarchiven Ludwigsburg und Sigmaringen noch Aktenbestände zu diesen Gerichten. Allerdings ist dort kein auswertbarer Aktenbestand über die Berufungsurteile der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte aufzufinden.

3. Zufriedenheit der Württemberger mit den Gerichten

Ausdrückliche Nachweise und Aussagen der Württemberger über die Zufriedenheit mit ihren Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichten lassen sich nahezu keine finden.³³³ Allerdings kann wegen der zügigen und anhaltenden Umsetzung der jeweiligen Einführungsgesetze davon ausgegangen werden, dass wohl die reichsweite Zustimmung zu diesen Gerichten ebenso in Württemberg vorherrschte (siehe zur reichsweiten Zustimmung zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Seite 56 ff.). Auch seitens der Gemeinden wurden wenige bis keine Aussagen über die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit in Bezug auf die Gerichte getroffen.

Eine Ausnahme bildet Kirchheim unter Teck. Der Aktenbestand im Staatsarchiv Ludwigsburg weist einen bemerkenswerten Vorgang in Bezug auf die Errichtung des Gewerbegerichts auf. Im Geschäftsbericht des Gewerbegerichts Kirchheim unter Teck aus dem Jahr 1903 findet sich folgende Aussage:

„[...] Das hiesige, der Stadt aufgedrungene Gewerbegericht hat sich, wie seiner Zeit von Sachkundigenkreisen voraus gesagt wurde, als ein völlig überflüssiges Institut erwiesen. Alle Fälle wurden genau so, wie früher von dem Vorstand des Gemeindeggerichts erledigt. Die Beisitzer traten nie in Tätigkeit. Die Erledigung sämtlicher Streitfälle hat nicht den zehnten Teil der Zeit in Anspruch genommen, die mit dem Entwurf des Statuts, der Konstituierung des Gerichts und der von allen Seiten einverlangten Statistik zuzubringen war. Ein Vorteil dieser neuen Einrichtung ist auch mit der schärfsten Brille nicht zu entdecken, die einzig wahrnehmbare Folge ist eine vermehrte Schreiberei und nutzloser Geldaufwand. [...]“³³⁴

Diese negative Einstellung herrschte auch noch ein Jahr später vor. So steht im Geschäftsbericht des Gewerbegerichts Kirchheim unter Teck für das Jahr 1904:

„[...] Bezeichnend ist, daß die Klagen der 5 Arbeiter [5 von 15 erhobenen Klagen³³⁵], die ein Urteil des vollbesetzten Gewerbegerichts beantragen, durchweg als völlig und offensichtlich grundlos abgewiesen werden mußten, so daß der Anschein erweckt wurde, es seien diese Anträge nur zu dem Zweck gestellt worden, die Notwendigkeit eines Gewerbegerichts darzutun. [...]“³³⁶

Die wiederholte Manifestation der negativen Einstellung, die bei den anderen Gewerbegerichtsgemeinden nicht bestand oder jedenfalls nicht geäußert wurde, fußt schon in der Zeit der Gründung des Gerichts. Das Gewerbegericht Kirchheim unter Teck war hart erkämpft. Ursprünglich von der Arbeiterschaft im Mantel der Gewerkschaft der Holz-, Metall- und Textilarbeiter gefordert und von den bürgerlichen Kollegien der Stadt abgelehnt, wurden die Gewerkschafter an höherer Stelle aktiv. Die Stadt musste über das Oberamt an die Kreisregierung und das württembergische Ministerium des Inneren berichten. Interessant ist dieser Vorgang, da durch die Berichte ein Einblick in die Verhältnisse in Kirchheim unter Teck gewonnen werden kann, welcher bei den anderen Gewerbegerichten nicht möglich ist. In Kirchheim unter Teck bestanden nach dem Jahr 1900 etwa 400 Gewerbetriebe, in welchen 1.500 männliche und 500 weibliche Arbeiter beschäftigt waren. Die Stadt Kirchheim unter Teck und das Oberamt Kirchheim unter Teck fürchteten den großen Apparat, die Kosten und die mögliche „Klassenjustiz“ eines solchen Gerichts. Die in Kirchheim unter Teck bestehenden Gewerkschaften zählten etwa 175 Mitglieder, welche sich geschlossen für die Errichtung des Gewerbegerichts aussprachen³³⁷. Der zuständige Gewerbeinspektor befürwortete ebenfalls die Errichtung, jedoch verneinte das

³²⁷ Staatsarchiv Sigmaringen, Wü28/1.

³²⁸ Staatsarchiv Sigmaringen, Wü28/2.

³²⁹ Zum Landgericht Schwäbisch Hall besteht in Zivilsachen über den Betrachtungszeitraum kein Aktenbestand. Dieser müsste im Staatsarchiv Ludwigsburg verzeichnet sein, was aber nicht der Fall ist.

³³⁰ Staatsarchiv Ludwigsburg, E315.

³³¹ Staatsarchiv Sigmaringen, Wü28/3.

³³² Staatsarchiv Ludwigsburg, E346I, E346II, E346III, E349.

³³³ Zum Themenkreis: Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8511 Qu. 1 ff.

³³⁴ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8511, Geschäftsbericht des Gewerbegerichts Kirchheim unter Teck 1903.

³³⁵ Siehe statistische Erfassung in Anhang III. auf Seite 167.

³³⁶ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8511, Geschäftsbericht des Gewerbegerichts Kirchheim unter Teck 1904.

³³⁷ Zum Themenkreis: Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8511 Qu. 6.

königliche Amtsgericht Kirchheim unter Teck die Notwendigkeit, da hierfür nicht genügend Streitfälle vorliegen würden. Schließlich habe das Amtsgericht selbst in den Jahren 1895 bis 1900 nur sechs Gewerbestreitigkeiten zu verzeichnen gehabt. Schlussendlich befürworteten auch das württembergische Ministerium des Inneren und die königliche Zentralstelle für Gewerbe die Errichtung, insbesondere mit dem Hinweis, die bürgerlichen Kollegien der Stadt mögen die Errichtung beschließen, bevor es zu einem wirksamen Antrag nach § 1 Abs. 5 Gewerbegerichtsgesetz³³⁸ kommen würde. Dies scheint hinreichend deutlich gewesen zu sein, denn es wurde an das Oberamt darauf zurückgemeldet:

„[...] Von den bürgerlichen Kollegien ist die Errichtung eines Gewerbegericht am 17. d. Mts. fast einstimmig beschlossen worden. [...]“³³⁹

4. Die Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte

Eine Übersicht über die württembergischen Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, deren beruflichen Hintergrund und oder deren Arbeitsweise besteht nicht.

Es ist davon auszugehen, dass die Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte grundsätzlich nach der Fähigkeit ausgewählt wurden, zwischen den Parteien einen Ausgleich zu schaffen und beruhigend auf diese einzuwirken. Gerade bei den wichtigen Gründen und einhergehenden Kündigungen ist vorstellbar, dass ein auf Ausgleich bedachter Vorsitzender die Parteien im Verhandlungswege zueinander führte und den Rechtsstreit nicht mit einem Urteil beenden musste. Es lässt sich vermuten, wie auch von einigen Stadtarchivaren geäußert, dass die Vorsitzenden sehr darauf geachtet hatten, dass sich die Leute weiterhin in die Augen schauen konnten.

Unter den Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte finden sich neben der absolut überwiegenden Berufsgruppe der Bürgermeister bzw. Schultheißen (so zum Beispiel in Laupheim³⁴⁰, Friedrichshafen³⁴¹, Heidenheim³⁴² und Nürtingen³⁴³) auch vereinzelt Rechtsanwälte (Tübingen³⁴⁴ oder Göppingen³⁴⁵) und noch seltener Polizeiamtmänner (Tübingen³⁴⁶ oder Göppingen³⁴⁷) oder auch, wie zum Beispiel in Stuttgart, Verwaltungsjuristen und Rechtsanwälte³⁴⁸. Der erste Vorsitzende des Gewerbegerichts Stuttgart wurde später zum Oberbürgermeister Stuttgarts gewählt (Karl Lautenschlager).³⁴⁹ An der Besetzung des Stuttgarter Gerichts ist ersichtlich, dass von einem richtigen Gerichtsbetrieb auszugehen war, Vorsitzende und Stellvertreter waren Rechtsanwälte, Gerichtsassessoren und Gemeinderichter.³⁵⁰ In Heilbronn war im Jahr 1924 Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ein Rechtsrat und zuvor ein Assessor.³⁵¹ In Esslingen wurde bei Einrichtung des Gewerbegerichts 1891 ein Polizeikommissar als Vorsitzender und der Stadtschultheiß als der Stellvertreter gewählt.³⁵² Meist waren die Vorsitzenden der Gewerbegerichte auch die der Kaufmannsgerichte, siehe zum Beispiel in Tübingen Polizeiamtman Barth³⁵³ oder in Ravensburg der Oberbürgermeister Mantz³⁵⁴.

In wie weit die (Ober)-Bürgermeister das Amt des Vorsitzenden auch tatsächlich ausübten ist mit unterschiedlichen Ergebnissen überliefert. Beim Gewerbegericht Heidenheim wurde im Zuge der Zuständigkeitserweiterung des Gewerbegerichts auf neun weitere Gemeinden auch ein neuer Gerichtsvorsitzender gewählt. Seit Beginn des Gewerbegerichts in Heidenheim war immer der Oberbürgermeister Inhaber dieses Amtes gewesen.³⁵⁵ Der Oberbürgermeister gab in diesem Zusammenhang vor seiner Wiederwahl allerdings zu bedenken, ob, wegen der erwarteten Zunahme an Rechtsstreiten, nicht ein anderer Vorsitzender werden sollte. Wenn der Gemeinderat dies nicht wolle, dann bedürfe er:

³³⁸ § 1 Abs. 5 Gewerbegerichtsgesetz: „Die Errichtung kann auf Antrag beteiligter Arbeitgeber oder Arbeiter durch Anordnung der Landeszentralbehörde erfolgen, wenn ungeachtet einer von ihr an die Beteiligten Gemeinden oder den weiteren Kommunalverband ergangenen Aufforderung innerhalb der gesetzten Frist die Errichtung auf dem im Abs. 2 bis 4 vorgesehenen Wege nicht erfolgt ist. [...]“.

³³⁹ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8511 Qu. 20.

³⁴⁰ Siehe zum Beispiel Urteil vom 10.05.1926; Vorsitzender: Stadtschultheiß Konrad.

³⁴¹ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8515 Qu. 15.

³⁴² Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4192 Qu. 13.

³⁴³ Gewerbegericht Nürtingen vom 05.03.1926 (Nr. 2 aus 1926), Stadtarchiv Nürtingen, NA (632).

³⁴⁴ Siehe zum Beispiel das Urteil vom 20.04.1926: Vorsitzender RA Keller.

³⁴⁵ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8510 Qu. 65, 73; Vorsitzende waren ab 1916 Rechtsanwalt Prassler und ab 1919 Rechtsanwalt Hartmann.

³⁴⁶ Siehe zum Beispiel das Urteil vom 20.06.1922: Vorsitzender Polizeiamtman Sinn (Stadtarchiv Tübingen, A150/5821); Urteil vom 19.10.1920: Vorsitzender Polizeiamtman Barth (Stadtarchiv Tübingen, A150/5822).

³⁴⁷ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8510 Qu. 61; Polizeiamtman Schneider war Vorsitzender ab 1914 bis er 1916 im Ersten Weltkrieg in den Ardennen gefallen ist.

³⁴⁸ Staatsarchiv Ludwigsburg, F201 Bü. 107.

³⁴⁹ Staatsarchiv Ludwigsburg, F201 Bü. 107.

³⁵⁰ Staatsarchiv Ludwigsburg, F201 Bü. 107.

³⁵¹ Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A723 Qu. 22 und 3.

³⁵² Staatsarchiv Ludwigsburg, F164/II Bü. 342.

³⁵³ Siehe die Urteile Kaufmannsgericht Tübingen vom 19.10.1920 und Gewerbegericht Tübingen vom 16.06.1921 unter dem Vorsitzenden Polizeiamtman Barth (Stadtarchiv Tübingen, A150/5822 und A150/5824).

³⁵⁴ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8513 Qu. 53.

³⁵⁵ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4192.

„[...] eines Stellvertreters,] der jederzeit für ihn einspringen könne, da es ihm wahrscheinlich infolge anderweitiger dienstlicher Inanspruchnahme des öfteren nicht möglich sein werde, alle Fälle selbst zu erledigen. [...]“³⁵⁶

Es lässt sich aus diesen Aussagen erkennen, dass zumindest der Oberbürgermeister von Heidenheim bis dahin auch tatsächlich das Amt des Gerichtsvorsitzenden ausübte. Aber auch bei anderen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten finden sich Nachweise für die konkrete Anwesenheit der (Ober-)Bürgermeister als Vorsitzende bei Erlass der Urteile.³⁵⁷ Ein Gegenbeispiel findet sich in Person der Reutlinger Oberbürgermeisters Hepp, der zum Vorsitzenden gewählt war, diese Tätigkeit jedoch zu keinem Zeitpunkt ausübte.³⁵⁸ Der Vorsitzende war die zentrale Person des Gerichts, der, auch wenn er nicht bei jedem Urteil anwesend gewesen sein sollte, doch die Leitlinien der Spruchpraxis festlegte.

Es fällt auf, dass in Esslingen häufig Polizeiamtmänner oder -kommissare zu Vorsitzenden gewählt wurden. Diese wurden sogar den Stadtschultheißen vorgezogen; das könnte aber auch daran liegen, dass die Stadtschultheißen dieses Amt nicht unbedingt bekleiden wollten, da dieses für sie zusätzliche Arbeit ohne Mehrvergütung darstellte und mit dem oft auch Streitereien einhergingen, bei denen der Bürgermeister im Zweifel nur im Hinblick auf die anstehende Wiederwahl „beschädigt“ wurde; wobei dies auch für die anderen Vorsitzenden galt, da diese sich einer Wiederwahl durch den Gemeinderat stellen mussten.³⁵⁹ Bei den Vorsitzenden der Kaufmannsgerichte, die nach § 11 Abs. 1 Kaufmannsgerichtsgesetz die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben mussten, konnte bei der Kreisregierung um „Dispensation von dem Nachweise der Befähigung zum Richteramt unter Beschränkung auf die Dauer der Bekleidung des Amtes“ gebeten werden, wenn diese Qualifikation nicht vorlag.³⁶⁰ Die Kreisregierungen konnten hiervon im Benehmen mit der Zivilkammer des zuständigen Landgerichts Ausnahmen zulassen.³⁶¹ Nach der Lage der Allgemeinakten im Staatsarchiv Ludwigsburg wurde hiervon häufig Gebrauch gemacht.³⁶² Nicht so im Fall des Kaufmannsgerichts Reutlingen nach der Wahl am 12.07.1923:

„[...] Als ordentlicher Vorsitzender ist „[...] Als ordentlicher Vorsitzender ist Oberbürgermeister Hepp bestellt, welcher tatsächlich als solcher niemals in Tätigkeit tritt; von den beiden Stellvertretern besitzt keiner die vorstehend bezeichnete Befähigung. [...]“³⁶³

Im Interesse der Rechtspflege verneinte das Landgericht das Einvernehmen und erhob über das Justizministerium Beschwerde darüber zum Arbeitsministerium.³⁶⁴ Das Landgericht brachte vor:

„[...] In seinem wiederholt gestellten Antrag hatte der Gemeinderat [von Reutlingen] darauf hingewiesen, dass nur in Stuttgart und Heilbronn der Vorsitzende und sein Stellvertreter akademisch gebildete Beamte seien (d.h. wohl die in § 11 vorausgesetzte Befähigung besitzen), während in Esslingen und Gmünd Vorsitzender und Stellvertreter Nichtakademiker und in Heidenheim, Aalen, Ravensburg, Geislingen, Ebingen, Ludwigsburg und Tuttlingen die Sache ebenso geregelt sei und ebenso tatsächlich gehandhabt werde, wie in Reutlingen, dass nämlich der Stadtvorstand als Vorsitzender niemals in Tätigkeit trete. Die Kreisregierung ist bei ihrem Beschluss wohl von der Absicht geleitet worden, der Stadt aus Gründen der Verwaltung keine Neuregelung zuzumuten. Die Zivilkammer hatte ihrerseits darauf hingewiesen, den Vorsitz einem der Reutlinger Anwälte zu übertragen, wie dies in Tübingen geregelt ist. Zur Zeit, wo die Rechtsanwälte sich vielfach in Notlage befinden, wäre dies unseres Erachtens nicht unangebracht gewesen. [...]“³⁶⁵

Schon vorab hatte der Oberbürgermeister Hepp dem Landgericht geschrieben:

„[...] Ich selbst habe unmöglich die Zeit, die einzelnen Rechtsstreite zu erledigen & ausser mir besitzt die Stadt keinen akademisch gebildeten Beamten. [...]“³⁶⁶

³⁵⁶ Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 4192 Qu. 69.

³⁵⁷ So zum Beispiel statt vieler: Gewerbegericht Biberach vom 17.10.1894, Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3298; Gewerbegericht Nürtingen vom 21.02.1914, Stadtarchiv Nürtingen NA (630) – Urteil abgedruckt auf Seite 218 ff.; Gewerbegericht Nürtingen vom 05.03.1926, Stadtarchiv Nürtingen, NA (632).

³⁵⁸ Staatsarchiv Ludwigsburg, E177I Bü. 4447.

³⁵⁹ Ähnlich auch: Riß in Deutsche Richterzeitung 1911, Sp. 792 ff.

³⁶⁰ Beispiele hierzu finden sich bei: Staatsarchiv Ludwigsburg, F164/II Bü. 342.

³⁶¹ Siehe § 11 Abs. 1 Kaufmannsgerichtsgesetz i.V.m. Vollzugsverfügung des württembergischen Ministerium des Inneren vom 14.10.1904 (Reg. Bl. S. 349).

³⁶² Statt vieler: Zivilkammer des Landgerichts Ellwangen für den stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Aalen, Staatsarchiv Ludwigsburg, E175 Bü. 1926 Qu. 14; Zivilkammer des Landgerichts Ravensburg für den stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Ravensburg, E179II Bü. 8514 Qu. 14; Regierung des Neckarkreises für den zweiten Stellvertreter des Kaufmannsgerichts Heilbronn, Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A723 Qu. 1a.

³⁶³ Zum Gesamtkomplex: Staatsarchiv Ludwigsburg, E177I Bü. 4447.

³⁶⁴ Staatsarchiv Ludwigsburg, E177I Bü. 4447 (Landgericht Tübingen I. Zivilkammer Tagebuchseite 248 vom 24.01.1924, Qu. 59).

³⁶⁵ Staatsarchiv Ludwigsburg, E177I Bü. 4447 (Landgericht Tübingen I. Zivilkammer Tagebuchseite 248 vom 24.01.1924, Qu. 59).

³⁶⁶ Staatsarchiv Ludwigsburg, E177I Bü. 4447 (Antwort vom 19.09.1923 auf Schreiben des Landgerichts Tübingen vom 07.09.1923, Qu. 43).

Wie dieser Streit schließlich gelöst wurde, lässt sich den gefundenen Akten nicht entnehmen. Die Arbeitsfähigkeit des Gerichts war aber nicht beeinträchtigt, da die Kreisregierung – ohne das Einvernehmen des Landgerichts Tübingen – die „Dispensation“ erteilte und damit der Gerichtsbetrieb fortgesetzt werden konnte.³⁶⁷

Zu den Stellvertretern wurden meist Bedienstete der jeweiligen Stadt gewählt; diese hatten oftmals keinen akademischen Hintergrund, sondern waren Verwaltungspraktiker. Weiterer Hintergrund war, dass weder Vorsitzender noch dessen Stellvertreter Arbeiter oder Arbeitgeber sein durften. Auch bediente man sich gerne beim Personal der Kommunalverwaltung, da durch diese keine Zusatzkosten entstanden, wie sich aus dem Auszug des Protokolls des Gemeinderats der Oberamtsstadt Göppingen vom 28. Januar 1909 ergibt:

*„[...] Die Belohnung dieser Stellvertreter in Gewerbegerichtssachen ist dieselbe, wie diejenige beim Kaufmannsgericht. [Rechtsanwalt] Dr. Schwarz erhält also für jeden angefangene Stunde 3 M, während Ratschreiber Strauss, auch für seine ev. Tätigkeit beim Gewerbegericht keine besondere Belohnung erhalten soll, da er gegen festes Gehalt angestellt ist und seine ev. Tätigkeit als zweiter Stellvertreter des Gewerbegerichtsvorsitzenden in seine tägliche Dienstzeit fällt. [...]“*³⁶⁸

Eine Ausnahme bestand in Göppingen, wo 1907 Rechtsanwalt Hetzel und 1909 Rechtsanwalt Dr. Schwarz zum ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters – als Vorsitzendem des Gewerbegerichts – neben einem weiteren Verwaltungsbeamten als zweitem Stellvertreter gewählt wurden.³⁶⁹ In Stuttgart war im Jahr 1919 ein Rechtsanwalt Vorsitzender des Gewerbegerichts.³⁷⁰

Auffällig ist, dass bei dieser Untersuchung der württembergischen Kaufmanns- und Gewerbegerichtsvorsitzenden und deren Stellvertretern keine Vertreter des Adels zu finden waren; es steht zu vermuten, dass diese Tätigkeiten als nicht ausreichend „hochwertig“ angesehen wurden.

Die Fortbildung der Richter an den Gewerbegerichten in Württemberg fand zum „Zweck gegenseitiger Belehrung“ in Gerichtskonferenzen statt, an welchen über aktuelle Entwicklungen und über die zu beurteilenden Normen gesprochen wurde. So findet sich der Nachweis über die württembergische Gewerbegerichtskonferenz am 24.03.1901 im Stuttgarter Landesgewerbemuseum, an welcher 200 Vorsitzende und Beisitzer der württembergischen Gewerbegerichte teilnahmen.³⁷¹

5. Geringer Bestand an Prozessakten

Der noch vorhandene Bestand an Prozessakten ist relativ dürftig. Es bestehen nur noch Prozessakten bei den fünf Stadtarchiven Biberach, Geislingen, Laupheim, Nürtingen und Tübingen. In Nürtingen und Laupheim gab es dazu keine Kaufmannsgerichte. Auch sind die Aktenbestände nicht mehr bei allen Archiven über die gesamte Zeit des Bestehens der Gerichte vorhanden.

Es stellt sich folglich die Frage, aus welchen Gründen sich nur wenige Prozessakten zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten auffinden lassen. Insbesondere wenn man sich vor Augen führt, dass auch aus viel früheren Zeiten erheblich umfangreichere Aktenbestände zu den unterschiedlichsten rechtlichen Themen, insbesondere auch Urteile, noch auffindbar sind.

Nachdem zum 01.07.1927 die Arbeitsgerichtsbarkeit eingeführt und die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf diese übertragen wurden,³⁷² könnte vermutet werden, dass die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ihre Aktenbestände an die Arbeitsgerichte abgegeben haben. Der Aktenbestand der Arbeitsgerichte bei den Staatsarchiven Ludwigsburg³⁷³ und Sigmaringen³⁷⁴ weist jedoch keinen Zugang von diesbezüglichen Altakten auf.

a. Vernichtung der Akten

Ein Grund für den überschaubaren Aktenbestand ist wohl unter anderem, dass mit Ende des Ersten Weltkrieges ein anderes Selbstbild der Gesellschaft, wie auch von der öffentlichen Verwaltung entstanden war. So gab es keinen Kaiser und keine Monarchie mehr, die Macht im Staat ging nunmehr „vom Volk“ aus. Nach Aussagen von einigen Stadtarchivaren ging mit dieser Änderung auch einher, dass eine umfangreiche Dokumentation generell nicht mehr für unbedingt erhaltenswert angesehen wurde. Überdies wurde auch die Vermutung von Stadtarchivaren geäußert, dass die Prozessakten „gerne“ vernichtet wurden, da hierdurch die für die Parteien als Stigmatisierung empfundenen Prozesse getilgt wurden; es ist vorstellbar, dass dies wohl insbesondere für die Seite der Arbeiter galt.

³⁶⁷ Staatsarchiv Ludwigsburg, E177I Bü. 4447 Qu. 48.

³⁶⁸ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8510 Qu. zu 44.

³⁶⁹ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8510 Qu. 43, 44.

³⁷⁰ GKG 24, Sp. 46: Rechtsanwalt Dr. Göz als Absender des dort besprochenen Urteils.

³⁷¹ GG 6, Sp. 155.

³⁷² Arbeitsgerichtsgesetz vom 23.12.1926; RGBl. 1926, S. 507 ff.

³⁷³ Staatsarchiv Ludwigsburg, FL700/01 bis FL700/14.

³⁷⁴ Staatsarchiv Sigmaringen, Wü182/1, /2, /6, /7, /8, /10, /11, /13.

Fernerhin stellt sich die Frage, ob nicht auch Befristungen zur Aufbewahrung der Prozessakten damals schon gegolten haben könnten. Auch in der heutigen Zeit werden nicht alle Prozessakten dauerhaft aufbewahrt.

Der relativ geringe Bestand der noch vorhandenen Prozessakten lässt sich darüber hinaus zwar auch, aber nicht nur, mit den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs erklären. Durch den Bombenkrieg wurden erhebliche Bestände der archivierten Prozessakten zerstört. Insbesondere geschah dies gerade in den Städten, die durch die für Kriegszwecke missbrauchte Wirtschaft für die Angreifer von besonderem Interesse waren. Natürlich war in diesen Städten die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte von erheblichem Umfang. In den Arbeiterzentren wie beispielsweise Stuttgart, Esslingen, Heilbronn und auch Ulm sind keine Prozessakten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte mehr vorhanden.³⁷⁵ Hinzuweisen ist darauf, dass bei kriegsbedingten Zerstörungen ausschließlich der Zweite Weltkrieg gemeint ist; im Zuge des Ersten Weltkrieges kam es zu solchen nicht, da Deutschland nicht besetzt bzw. zerstört wurde.

Allerdings wurde im Rahmen der Recherche auch von Archivaren³⁷⁶ berichtet, dass Aktenbestände, die den Zweiten Weltkrieg überstanden hatten, in der Gründungszeit der Bundesrepublik Deutschland noch vernichtet wurden. Prozessakten der Gewerbegerichte wurden dabei wohl – im Gegensatz zu den Allgemeinakten – als nicht wichtiges Archivgut eingestuft. Es steht zu vermuten, dass damals davon ausgegangen wurde, dass die Akten über die Errichtung der Gerichte und über die Beisitzerwahlen eher von zukünftigem Interesse sein könnten. So sagt das Stadtarchiv Ravensburg zum nicht mehr vorhandenen Bestand an Prozessakten des dortigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, dass diese Akten nicht archiviert werden mussten, weil die „[...] Akten für die Rechtsgeschäfte der Gemeinde keinen Nutzen hatten und abgeschlossene, in der Mehrzahl wohl unerhebliche Streitigkeiten dokumentierten [...]“. ³⁷⁷

b. Nur Vorhandenes kann archiviert werden

aa. Nicht erhobene Klagen³⁷⁸

Wie sich aus den Gesprächen mit den Archivaren ergeben hat, wollte die Bevölkerung damals ungern mit „dem Kadi“ in Kontakt kommen; es herrschte die Einstellung, dass man „als guter Bürger mit dem Gericht nichts zu tun hat.“ Von daher überrascht es nicht, wenn viele Streitigkeiten schon gar nicht vor Gericht kamen. Auch ist vorstellbar, dass Arbeitnehmer in einer Klage keine großen Chancen sahen; mehr noch darin eher den Nachteil eines gesellschaftlichen Ansehensverlusts. Auch bestand sicherlich ein „Bild“ des Gerichtsvorsitzenden bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie Klagen in dem ein oder anderen konkreten Fall wohl ausgehen würden, so dass auch die Persönlichkeit des Vorsitzenden des jeweiligen Gerichts Auswirkung auf die Klageerhebungen hatte. Ferner muss bedacht werden, was mit einer Klage zu erreichen war. In den absolut überwiegenden Fällen konnte mit einer Klage lediglich noch das Gehalt für die zwei Wochen dauernde Kündigungsfrist erlangt werden. Ein darüber hinaus gehender Kündigungsschutz bestand nicht.

Auch spielte vermutlich eine erhebliche Rolle, dass – in Ermangelung der heutigen Mobilität – der Arbeiter eine neue Beschäftigung in der näheren Umgebung finden musste. Die technischen Neuerungen wie ein Automobil oder regelmäßige Fahrten mit der Eisenbahn konnten sich die Arbeiter nicht in Regelmäßigkeit leisten. Im Fall der Eisenbahn muss bedacht werden, dass damalige Züge erheblich langsamer fuhren, als die heutigen und somit nicht nur die Fahrtkosten, sondern auch die Fahrzeit die erreichbaren Arbeitsorte einschränkten. Durch einen Umzug aus beruflichen Gründen kam es meist zu einem Abbruch oder einer erheblichen Einschränkung der sozialen Kontakte. Außerdem war in anderen Orten die Lage der Arbeitnehmer oftmals weder anders noch besser. So gingen Arbeitnehmer wohl zu Recht davon aus, dass ihre Chancen, eine neue Beschäftigung zu finden, ohne die Anstrengung eines Gerichtsverfahrens wohl besser sein würden; teilweise wurden von den Arbeitgebern „Schwarze Listen“ darüber geführt, welche Arbeitnehmer aus wichtigen Gründen entlassen wurden, was eine anderweitige Einstellung verhinderte oder sehr erschwerte.³⁷⁹ Dieser Ansatz hat natürlich nur solange Bestand, solange die Zahl der Arbeitgeber und somit der anderen Arbeitsstellen nur in überschaubarer Anzahl vorhanden waren. Es ist davon auszugehen, dass bei größeren Städten aus diesen Gründen in Relation gesehen häufiger Klage erhoben wurde; die größere Zahl der Klagen also nicht nur auf die größere Zahl der Arbeiter zurückzuführen ist.³⁸⁰

Häufig bestehen in den Geschäftsberichten der Gewerbegerichte Aussagen, dass eigentlich eine deutlich höhere Anzahl an Klagen hätten erhoben werden sollen. Da aber die Gerichte auf den Ausgleich der Parteien und die Gewinnung von Rechtsfrieden verpflichtet waren, rieten sie oft selbst von einer Klageerhebung ab:³⁸¹ Im Geschäftsbericht zum Jahr 1914 des größten württembergischen Gewerbegerichts, dem Gewerbegericht Stuttgart, steht:

³⁷⁵ Siehe die Ausnahme von fünf Prozessakten des Gewerbegerichts Stuttgart im Staatsarchiv Ludwigsburg, E326 Bü. 1-5.

³⁷⁶ Archivare Nürtingen und Geislingen.

³⁷⁷ Aussage des Stadtarchiv Ravensburg.

³⁷⁸ Zum Gesamtkomplex siehe auch Potthoff, Probleme des Arbeitsrechts, S. 120.

³⁷⁹ Kittner, Arbeitskampf, S. 325 f.

³⁸⁰ Ein entsprechender Rückschluss ist auch aus den statistischen Erhebungen in Anlage III. ab Seite 167 ff. ersichtlich.

³⁸¹ Geschäftsbericht des Kaufmannsgerichts Heilbronn 1920, Stadtarchiv Geislingen, G 190; vergleichbar auch Geschäftsbericht des Gewerbegerichts Geislingen des Jahres 1912, Stadtarchiv Geislingen, G 190; Geschäftsbericht des Gewerbegerichts und Kaufmannsgerichts Esslingen 1920, Stadtarchiv Geislingen, G 190.

„[...] Ohne förmliche Klageaufnahme durch mündliche und telephonische Vermittlung der Gerichtsschreiberei wurden etwa 1800 Streitfälle erledigt. Ferner wurden von der Gerichtsschreiberei etwa 1000 Rechtsauskünfte erteilt. [...]“³⁸²

Im Geschäftsbericht des Gewerbegerichts Aalen zum Jahr 1915, als „durchschnittlich großes Gewerbegericht“ ist zu lesen:

„[...] Ohne förmliche Klageaufnahme durch mündliche und telefonische Vermittlung der Gerichtsschreiberei wurden 6 Streitfälle erledigt und eine größere Anzahl Rechtsauskünfte erteilt. [...]“³⁸³

Dabei ist zu bedenken, dass im Jahr 1915 insgesamt nur fünf Klagen erhoben wurden.

bb. Nicht mit Urteil abgeschlossene Klagen

Auffällig ist die hohe Zahl an Klagerücknahmen und Vergleichen, mit denen die erhobenen Klagen beendet wurden. Einerseits ist klar, dass dieses Mittel der Prozessbeendigung gerne gewählt wurde, da im Fall eines Vergleichs keine und im Fall einer Klagerücknahme nur die halben Gerichtskosten zu bezahlen waren (§ 57 Abs. 3 und 4 des Gewerbegerichtsgesetz bzw. Verweisung nach § 16 Abs. 1 des Kaufmannsgerichtsgesetzes auf die Verfahrensvorschriften des Gewerbegerichtsgesetzes). Diese Möglichkeit hatte der Gesetzgeber zum Anreiz des verstärkten Ausgleichs zwischen den Parteien geschaffen, auch wenn schon eine Klage erhoben worden war.³⁸⁴ Die Fälle von Klagerücknahme oder Vergleich können jedoch nicht in die Betrachtung des wichtigen Grundes (siehe Seite 86 ff.) einfließen, da bei diesen Prozessbeendigungen keine Entscheidung über den Lebenssachverhalt und dessen Eignung als wichtiger Grund getroffen wurde.

Erkennbar ist darüber hinaus, dass solche Fälle, bei denen Auslegungsspielraum hinsichtlich der Würdigung des Sachverhalts oder schon bei Feststellung der Sachverhalts bestand, häufig durch Beilegung des Streits ohne Feststellung der Schuldfrage, also durch Rücknahme oder Vergleich, gelöst wurden. In den diesbezüglichen Protokollen finden sich oft Anschuldigungen und Gegenanschuldigungen und dann ein Vergleich oder eine Klagerücknahme mit dem Hinweis, die Parteien hätten sich geeinigt. Wie dargelegt, war dies vom Gesetzgeber so gewünscht, ist aber einer weiteren Auswertung, ob der Lebenssachverhalt zur fristlosen Kündigung berechtigt hätte, nicht mehr zugänglich. In dieser Untersuchung wurden bei der Auswertung der Prozessakten die Protokolle der Verhandlungen im Güetermin und die auf Aufforderung der Gerichte erfolgten Stellungnahmen der Parteien, wenn diese nicht Teil eines Urteils waren, nicht eigenständig ausgewertet.

Vorstellbar ist auch, dass die Vorsitzenden aus einem Motivbündel von Befriedung der Parteien, dem persönlichen Vorteil, kein Urteil schreiben zu müssen und der Nichtkontrollierbarkeit der eigenen Rechtsprechung – im Fall des Unterschreitens der Berufungsgrenze – durch das Landgericht, der Verfahrensbeendigung ohne Endurteil zugeneigt waren.

6. Die vorhandenen Urteile

Bei der Aktensichtung der noch vorhandenen Urteile in den Archiven konnten Akten aufgefunden werden, die noch den gesamten einheitlichen Vorgang von der meist mündlichen Klageerhebung beim Gerichtsschreiber bis zum Abschluss des Verfahrens aufweisen. Oft findet sich aber auch nur ein Papierbogen, auf dem neben der Klageerhebung und sich zeitlich anschließenden internen Verweisungen nur noch ein Vermerk über die Art des Verfahrensabschlusses angebracht ist.

a. Formalia

Es existieren Urteile, die klar strukturiert sind und dem heute auch verwendeten Aufbau eines Urteils entsprechen: Rubrum, Tatbestand und Entscheidungsgründe. Allerdings gibt es auch Urteile, die in einem Fließtext ohne weitere Unterteilung verfasst waren.

Teilweise, so zum Beispiel in Tübingen, finden sich Vordrucke³⁸⁵ der Gewerbegerichte, auf denen das jeweilige Urteil verfasst werden konnte. Da die Urteile vom Stadt- oder Gerichtsschreiber meist handschriftlich verfasst wurden,

³⁸² Geschäftsbericht Gewerbegericht Stuttgart 1914, Stadtarchiv Stuttgart, 10 Depot A 413.

³⁸³ Geschäftsbericht Gewerbegericht Aalen 1915, Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten.

³⁸⁴ Siehe oben auf Seite 50 ff.

³⁸⁵ Die Tübinger Vordrucke scheinen zu Beginn des Tübinger Gewerbegerichts gedruckt worden zu sein, denn auch noch im Jahr 1926 wurde der Tatbestand mit „h“ geschrieben, was seit der Orthografischen Konferenz von 1901 fehlerhaft war. Auch war der Vordruck mit „Im Namen des Königs“ überschrieben, was seit dem Jahr 1918 keine Richtigkeit mehr hatte. Gesonderte Vordrucke für das Kaufmannsgericht Tübingen bestanden nicht.

Es existieren auch in Akten der Schlichtungsstelle des Schlichtungsausschusses Stuttgart Vordrucke des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Diese sind allerdings Vordrucke für die Protokollierung der öffentlichen Sitzungen; für die Urteile wurden keine gefunden; siehe Staatsarchiv Ludwigsburg, E392 Bü. 12.

Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart findet sich eine Sammlung von Vordrucken, welche vom Gewerbegericht Stuttgart im Jahr 1891 ausgearbeitet und dem württembergischen Justizministerium zur weiteren Verwendung übermittelt wurden (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 in Qu. 78).

bestehen erhebliche Unterschiede in der Lesbarkeit der Urteile. Die verwendete Schrift zur damaligen Zeit war die Kurrentschrift,³⁸⁶ obwohl die Schreibmaschine zu dieser Zeit schon erfunden und auch verbreitet war.³⁸⁷ Es kann an dieser Stelle nur vermutet werden, dass die Urteile nicht maschinenschriftlich nacherfasst wurden, da man wegen des Abschlusscharakters des Urteils nicht von der Notwendigkeit einer späteren und breiten Lesbarkeit ausgegangen ist. Möglicherweise ging man aber auch davon aus, dass diese Urteile später noch ohne weitere Probleme gelesen werden konnten. Die Urteile der Berufungsinstanzen waren meist maschinenschriftlich verfasst.

Es erscheint so, dass die Urteile, die mit Schreibmaschine geschrieben wurden, inhaltlich eindeutiger gefasst waren, also die einzelnen Verfehlungen konkreter bezeichnen, als die Handschriftlichen. Verwunderlich ist diese Vermutung deswegen, da die maschinenschriftlichen Urteile nicht en bloc gegen Ende der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorkommen; in diesem Zeitraum häufen sie sich, kommen aber auch in unregelmäßigen Abständen ab dem Ersten Weltkrieg vor.³⁸⁸ Es erscheint, als enthielten die handschriftlichen Urteile eher weniger Schreibfehler, als die maschinengeschriebenen.

Ferner konnte festgestellt werden, dass es zur Auswertung der damaligen Urteile nicht nur auf die Person des Gerichtsvorsitzenden, der für die Urteile verantwortlich war, ankommt, sondern auch auf die Person des Gerichtsschreibers. Erwähnenswert sind diesbezüglich die Urteile des Gewerbegerichts Laupheim. Die Urteile sind inhaltlich sehr ausführlich und juristisch gut begründet; so gibt es dort beispielsweise ein Urteil mit Hinweisen auf anderweitige Rechtsprechung, was in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg eher selten war.³⁸⁹ Auch stammt aus Laupheim das einzig auffindbare Urteil, das als Mehrheitsentscheidung getroffen wurde.³⁹⁰ Allerdings sind die Urteile in einer Form abgefasst, die eine heutige Untersuchung sehr schwer machen, da der Gerichtsschreiber nicht nur eine schwer leserliche Handschrift hatte, sondern noch durchgehend, ohne abzusetzen schrieb und relativ viele Schreibfehler machte. Dies lässt erkennen, dass die Leistungen des Vorsitzenden des Gewerbegerichts nur dann heute noch wissenschaftlich auswertbar sind, wenn auch der Gerichtsschreiber seine Arbeit zufriedenstellend erfüllte.

b. Inhalt

Die Auswertung der Prozessakten hat ergeben, dass, so es denn überhaupt zu einem Urteil gekommen ist, häufig keine ausführliche Darstellung des Tatbestands vorgenommen wurde. In einigen Fällen kann noch über das Hilfsmittel einer durch den Gerichtsschreiber protokollierten Klageerhebung auf die Umstände des wichtigen Grundes geschlossen werden.³⁹¹ Oft lassen sich in den Urteilen allerdings nur die Hinweise finden, dass das Gericht im Verlauf der mündlichen Verhandlung zur vollen Überzeugung gelangt ist; der Weg zu derselben wird weder beschrieben noch wurde auf Vorprotokolle oder sonstig heute noch Archivierte verwiesen.

Ein Beispiel für ein besonders unergiebiges Urteil findet sich in der Rechtsprechung des Gewerbegerichts Biberach; so wird geurteilt, die Verhandlung habe ergeben:

„[...] daß dem Kl ein gesetzlicher Grund zum Austritt aus dem kl. Geschäft nicht zur Seite stand, und daß auch von Seiten des Bekl eine unberechtigte Entlassung des Kl vorlag. Auch konnte das Gew.Gericht den von dem Bekl geltend gemachten Beleidigungen, die übrigens nicht erwiesen wurden, nicht als solche erkennen, die den Kl zum sofortigen Austritt berechtigt hätten. Es war daher so wie geschehen zu erkennen. [Unterschriften]“³⁹²

Die dargestellte Passage umfasst die gesamten Entscheidungsgründe. Aus solchen Entscheidungen können wenige Informationen, jedenfalls keine weiteren zur Auslegung des wichtigen Grundes, gezogen werden. Gerade in dem relativ umfangreichen Bestand an Prozessakten des Gewerbegerichts Biberach gibt häufiger Urteile, die in der Urteilsbegründung juristisch nicht ganz exakt das gefundene Ergebnis begründen. So wird zum Beispiel einer Partei eine Entschädigung ohne Nennung der gesetzlichen Grundlage zugesprochen, allerdings ohne Anhaltspunkte, ob die Kündigung aus wichtigem Grund wirksam war oder auf welchem wichtigen Grund sie beruhte.³⁹³

Es können nur Vermutungen angestellt werden, weshalb die Urteile die Entscheidungsgründe nicht klar beim Namen nannten. Einerseits könnte dies dem Verlangen zur ausgleichenden Verfahrensbeendigung geschuldet sein. Eine weitere mögliche Erklärung könnte auch sein, dass die Urteile für die Zukunft keine weitere Bedeutung hatten. Die Parteien hatten eine Entscheidung bekommen und der Fall war abgeschlossen; eine Beschreibung des konkret zu Grunde

³⁸⁶ Die Kurrent als Konzept- und Verkehrsschrift steht zwischen der Fraktur als langsam schreibbare Buchschrift und der Kanzlei als Aktenreinschrift (Süß, Deutsche Schreibschrift, S. 8).

³⁸⁷ Die mechanische Schreibmaschine wurde serienmäßig von P. Remington seit 1873 hergestellt (Duden, Lexikon A-Z [Schreibmaschine] S. 619).

³⁸⁸ Gut zu erkennen am Bestand des Stadtarchivs Tübingen.

³⁸⁹ Gewerbegericht Laupheim vom 29.08.1911 (Nr. 1 aus 1911), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079, wenn auch nur als Pauschalnennung.

³⁹⁰ Gewerbegericht Laupheim vom 08.07.1918 (Nr. 1 aus 1918), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

³⁹¹ So zum Beispiel: die Klageerhebung und Ladung auf Seite 51 ff. und das Urteil des Gewerbegerichts Biberach vom 31.08.1904 (Nr. 27, 28 und 29 aus 1904), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3302 – Urteil abgedruckt auf Seite 201 ff.

³⁹² Gewerbegericht Biberach vom 30.10.1909 (Nr. 24 aus 1909), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3303; Gewerbegericht Biberach vom 27.06.1895 (Nr. 19 aus 1895), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3299.

³⁹³ Siehe hierzu beispielsweise Gewerbegericht Biberach vom 17.10.1894 (Nr. 11 aus 1894), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3298.

liegenden Sachverhalts in Verbindung mit dem Urteilsspruch sowie das Verhalten der unterliegenden Partei könnten dann auch als nachträgliche, über den Urteilsspruch hinaus wirkende, Sanktion angesehen worden sein. Ein solches Ergebnis war vor dem Hintergrund der Ausgleichs- und Befriedungsfunktion der Gerichte aber nicht gewünscht.

Auch scheint es so, dass insbesondere in den Fällen, in denen ein Urteil unumgänglich bzw. eine Berufung möglich war, die Gerichte sich bemühten, die gesetzlichen Grundlagen zu nennen und nach Möglichkeit den Lebenssachverhalt unter einen benannt-wichtigen Grund zu subsumieren. Mitunter erscheint es dabei so, als wollte sich das jeweilige Gericht hinter den Paragraphen „verstecken“, dass also eher ein benannt-wichtiger Grund mit Begründungsaufwand herangezogen wurde, als den Lebenssachverhalt, wenn dies möglich gewesen wäre, unter einen unbenannt-wichtigen Grund zu fassen. Ob dies juristisch in allen diesen Fällen für den zu entscheidenden Lebenssachverhalt tragbar war oder nicht, kann heute nicht mehr überprüft werden.

Zu erkennen ist, dass die Urteile mit zunehmender Zeit des Bestands der Gerichte inhaltlich dezidierter wurden und begangenes Unrecht immer deutlicher angesprochen wurde. Diese Änderung ist wohl im fortschreitenden Wandel der Gesellschaft hin zur demokratischen Republik zu sehen. Auch die Zunahme der Gewerkschaften und des Arbeitsschutzes, einhergehend mit der Beschränkung der Rechte der Arbeitgeber (beispielsweise im Kündigungsschutz und im kollektiven Arbeitsrecht), stützen diese Ansicht.

Berücksichtigt werden muss beim heutigen Lesen der Urteile die veränderte Wahrnehmung von Begriffen. So gibt es ein Berufungsurteil des Landgerichts Tübingen die Frage betreffend, ob der Ausspruch der Arbeiterin „*hinter mich kommen Sie nicht*“ eine grobe Beleidigung darstellte, was schließlich verneint wurde.³⁹⁴ Was diese Aussage allerdings zu bedeuten hat, erschließt sich nicht aus dem heutigen Sprachgebrauch, ebenso wenig aus den Umständen des Urteils. Auch kann festgehalten werden, dass insgesamt die Beleidigungen nach dem heutigen Sprachgebrauch nicht als besonders schwerwiegende zu bezeichnen wären (siehe Gewerbegericht und Landgericht Tübingen unten Seite 231 ff.).

Jedenfalls lassen sich keine Nachweise für die Vermutung finden, die Urteile seien deswegen kurz und oft unjuristisch, weil die Vorsitzenden der Gewerbegerichte nicht die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besessen hatten. Einerseits lässt sich kein nachweisbarer Unterschied in der Qualität der Urteile von Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten finden. Meist waren auch bei beiden Gerichten dieselben Personen Vorsitzende, so dass wegen den Anforderungen des Kaufmannsgerichtsgesetzes der Vorsitzende auch des Gewerbegerichts die Befähigung zum Richteramt bzw. zum höheren Verwaltungsdienst hatte. Ferner ist kein Unterschied zwischen den Urteilen der Gewerbegerichte vor und nach „Zusammenführung“ mit dem Kaufmannsgericht erkennbar.

7. Unterschiedliche Wahrnehmung und Bedeutung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte

Es lässt sich beobachten, dass die Kaufmannsgerichte den Gewerbegerichten gegenüber als bedeutungsmäßig nachrangig erachtet wurden. Dieser Umstand war wohl darauf zurückzuführen, dass die Kaufmannsgerichte tatsächlich bei Weitem nicht so viele Rechtsstreitigkeiten zu bearbeiten hatten wie die Gewerbegerichte.³⁹⁵ Außerdem kann vermutet werden, dass durch die häufige Angliederung des Kaufmannsgerichts an das bestehende Gewerbegericht unter einem gemeinsamen Vorsitzenden von der Bevölkerung wohl keine Unterscheidung zwischen den beiden Gerichten gemacht wurde.

Auch bei den im Staatsarchiv Ludwigsburg aufgefundenen Aktenbeständen, die ausschließlich aus den Allgemein- bzw. Verwaltungsakten der Kreisregierungen bestanden, existieren deutlich überwiegend Akten zu den Gewerbegerichten.

8. Statistische Erhebungen zur Tätigkeit der württembergischen Gewerbegerichte

Ein weiterer Blick in die Arbeit und den Alltag der württembergischen Gewerbegerichte kann auch durch die Auswertung des zu diesen Gerichten noch bestehenden Zahlen- bzw. Datenmaterials zu den erhobenen Klagen und der Art der Erledigung des Verfahrens gewonnen werden. Im Folgenden findet sich ein Überblick über den gesamten Datenbestand und eine Auswertung desselben in Gänze. Im Anhang III. ab Seite 167 ff. werden die gerichtsscharfen Erhebungen dargestellt.

a. Datenbestand

Der Datenbestand zu den erhobenen Klagen und der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte stellt sich als lückenhaft dar. Die Daten zu den Gerichten sind nur zeitweise einheitlich an einer Stelle archiviert. Sie finden sich teilweise beim Staatsarchiv Ludwigsburg, im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und bei den einzelnen Stadtarchiven. Es konnte Datenmaterial zu nahezu jedem Gewerbegericht mit Ausnahme des Gewerbegerichts Friedrichshafen aufgefunden werden. Unglücklicherweise ist der Datenbestand zu den Kaufmannsgerichten bis auf das Kaufmannsgericht Stuttgart jedoch derart mangelhaft, dass eine (statistische) Erfassung der württembergischen Kaufmannsgerichtsbarkeit nicht

³⁹⁴ Landgericht Tübingen vom 28.11.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 235 ff.

³⁹⁵ Im Jahr 1920 ergingen die ersten zwei Urteile des Kaufmannsgerichts Tübingen am 19.10.1920; von vielen Urteilen kann in diesem Jahr nicht gesprochen werden, Stadtarchiv Tübingen, A150/5822.

möglich war. Selbst bei den Stadtarchiven der Kaufmannsgerichte Geislingen und Tübingen lassen sich nicht hinreichend repräsentative Informationen finden, dass diese Kaufmannsgerichte eigenständig dargestellt werden könnten. Als Beispiel der Geschäftsbericht des Gewerbegerichts Ludwigsburg aus dem Jahr 1905:³⁹⁶

Gewerbegericht Ludwigsburg.				
Geschäftsbericht für das Jahr 1905.				
1. Rechtsprechung Im Jahre 1905 sind Klagen angebracht worden (die in Klammern stehenden Zahlen bedeuten die Klagen des Vorjahrs):				
von Lehrmeistern	gegen Lehrlinge	3	(1)	
" anderen Arbeitgebern	" Arbeiter	6	(6)	
" Lehrlingen	" Lehrmeister	1	(0)	
" anderen Arbeitern	" Arbeitgeber	65	(58)	
" Arbeitern	" Arbeiter	0	(5)	
		75	(70)	
Diese wurden erledigt (einschließlich einer vom Vorjahr übernommenen Klage):				
	Vor dem Vor- sitzenden	Vor dem besetzten Gericht	außerhalb der mündl. Verhandlg.	zuf.
Durch Versäumnisurteil	8	1	—	9 (3)
" Urteil auf Grund Anerkennnisses	—	—	—	— (1)
" sonstiges Endurteil	1	17	—	18 (14)
" Vergleich	25	2	—	27 (29)
" Zurücknahme	8	—	14	22 (23)
	42	20	14	76 (70)
	(47)	(14)	(9)	
Anhängig waren: bis zur Erledigung: 1 Tag 40 Klagen, 2 Tage 6 Kl., 3 Tage 7 Kl., 4—7 Tage 11 Kl., 1—2 Wochen 8 Kl., mehr als 2 Wochen 2 Kl. Der Streitwert betrug bis zu 10 Mk. bei 29 Klagen, von 10 bis 20 Mk. bei 13 Kl., von 20—50 Mk. bei 24 Kl., von 50—100 Mk. bei 6 Kl., von 100—300 Mk. bei 0 Kl., von über 300 Mk. bei 3 Kl. Von den Klagen mit einem Streitwert von mehr als 100 Mk. sind 2 durch Endurteile entschieden worden. Gegen die Endurteile wurde Berufung nicht eingelegt. — Gegenstand der Klage war bei den Arbeitgebern: Schadenersatz wegen Verlassen der Arbeit in 5 Fällen, sonstiger Schadenersatz in 1 Fall, Erstattung von Krankengeld in 1 Fall, Fortsetzung des Lehrverhältnisses in 2 Fällen, bei den Arbeitern: Lohn in 49 Fällen, Entschädigung wegen Entlassung in 18 Fällen, sonstiger Schadenersatz in 2 Fällen, Ausstellung von Zeugnissen in 2 Fällen, Herausgabe von Zeugnissen in 1 Fall, Auflösung des Lehrverhältnisses in 1 Fall. In 7 Fällen waren es je 2 Klagegegenstände. Die Kläger verteilen sich folgendermaßen: Bei den Arbeitgebern: aus dem Handwerk 4, aus Fabrikanten 2, je 1 aus dem Baugewerbe, Handelsgewerbe und dem Wittsgewerbe.				
Bei den Arbeitern:	männlich:	weiblich:	zuf.	
Baugewerbe	17	—	17	
Handelsgewerbe	3	—	3	
Verkehrsgewerbe	5	—	5	
Wittsgewerbe	3	4	7	
Handwerk	26	—	26	
Fabrik	7	1	8	
Von dem Handwerk entfielen auf das Schreinergerberbe 9, auf das Malergewerbe 4 u. i. w. 2 Als Einigungsamt wurde das Gewerbegericht im Juli 1905 von den Malergehilfen, die in eine Lohnbewegung eingetreten sind, angerufen, die Arbeitgeber haben aber abgelehnt. Ueber den Ausgang der Lohnbewegung ist nichts bekannt geworden. 3. Plenarsitzungen fanden 2 statt. 4. Zahl der Anträge und Gutachten gemäß § 75 G. G. Ges. O.				

Es ist festzustellen, dass in der Anfangszeit der Gewerbegerichtsbarkeit die Geschäftsberichte nicht nach einem einheitlichen Muster erstellt wurden und deswegen auch unterschiedlich in ihrer Informationstiefe waren. Häufig wurden nur Jahrbücher über die eingegangenen Klagen und deren Erledigung geführt. Die Geschäftsberichte erfolgten erst nach

³⁹⁶ Vorlage: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 366; Abdruck mit Genehmigung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart.

und nach auf Basis eines einheitlichen Musters, das aber nicht von allen Gemeinden verwendet wurde. So existieren Geschäftsberichte, die keine Informationen enthalten, in welchen Fällen Berufung eingelegt wurde und auch die Informationen zu den Streitgegenständen sind teilweise nicht oder nur sporadisch ausgefüllt worden.

Die einzelnen Gewerbeberichte ließen sich teilweise auch gegenseitig ihre Geschäftsberichte zukommen. So finden sich bei den Stadtarchiven Geislingen und Biberach sehr viele Geschäftsberichte anderer Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; aber auch dort liegen nicht alle Geschäftsberichte aller Gewerbe- und Kaufmannsgerichte aus einem Jahr vor. Auch bei den Oberämtern oder den Kreisregierungen kam es zu keiner Sammlung und Archivierung der Geschäftsberichte. Das Staatsarchiv Ludwigsburg, wo diese Archivgüter ansonsten vorhanden sein müssten, weist lediglich einen Zufallsfund für drei Jahre des Kaufmannsgerichts Ravensburg auf.³⁹⁷

Allerdings existieren im Hauptstaatsarchiv Zusammenstellungen der Geschäftsberichte der einzelnen Gewerbeberichte ab dem Jahr 1892 bis zum Jahr 1916³⁹⁸, welche das württembergische Justizministerium an den Reichskanzler über das Reichsamt des Inneren³⁹⁹, später das Reichsarbeitsamt⁴⁰⁰, übersandt hatte.

Als Beispiel die landesweite Rechtsprechungsübersicht aus dem Jahr 1916:⁴⁰¹

³⁹⁷ Staatsarchiv Ludwigsburg, E179II Bü. 8514 Qu. 12.

³⁹⁸ Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 128, 152, 165, 178, 192, 208, 221, 233; Bü. 574 Qu. 248, 279, 307, 333, 356; Bü. 575 Qu. 376, 395, 414, 437, 449, 468, 483, 493, 503, 542, 543, 544.

³⁹⁹ Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E40/16 Bü. 202.

⁴⁰⁰ Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E130a Bü. 853.

⁴⁰¹ Vorlage: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544; Abdruck mit Genehmigung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart.

I 1006.

Übersicht

über die Organisation und die Tätigkeit der Gewerbegerichte.

im Jahre 1916.

I. Organisation der Gewerbegerichte am Jahreschlusse.

1. Gemäß §§ 1, 2 errichtete Gewerbegerichte überhaupt	27.
Darunter in der sachlichen Zuständigkeit beschränkt	0.
Von den gemäß §§ 1, 2 errichteten Gewerbegerichten hatten örtliche Zuständigkeit:	
a) für einzelne Gemeinden	20.
darunter für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern (§ 2 des Gewerbegerichtsgesetzes)	3.
b) für die Bezirke mehrerer Gemeinden oder Teile von solchen	7.
c) für die Bezirke weiterer Kommunalverbände oder Teile von solchen; oder auch für solche Bezirke oder Teile davon und eine oder mehrere Einzel- gemeinden	0.
2. Gemäß § 82 errichtete (Verg-) Gewerbegerichte	0.
3. Innungsschiedsgerichte (§ 84 des Gewerbegerichtsgesetzes und § 81 b Ziffer 4 der Gewerbeordnung)	0.
4. Auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte (§ 85)	0.

Erläuterungen siehe letzte Seite!

DIE GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHE IN WÜRTTEMBERG

II. Gerichte der gemäß §§ 1, 2, 82, 85 errichteten.

		1. Rechtspflege: Zahl der Rechtshandlungen																	
Nr.	Ort (freie Städte und Landstädte des Landes)	a) welche unabhängig waren				b) welche erledigt wurden								c) bei denen in den Jahren der Spalte 11 das Verfahren bis zur Verurteilung bei fortwährender Zustellung dauerte:					
		bei Landgerichten (§ 101)	bei Landgerichten (§ 102)	bei Landgerichten (§ 103)	bei Landgerichten (§ 104)	bei Landgerichten (§ 105)	bei Landgerichten (§ 106)	bei Landgerichten (§ 107)	bei Landgerichten (§ 108)	bei Landgerichten (§ 109)	bei Landgerichten (§ 110)	bei Landgerichten (§ 111)	bei Landgerichten (§ 112)	bei Landgerichten (§ 113)	bei Landgerichten (§ 114)	bei Landgerichten (§ 115)	bei Landgerichten (§ 116)	bei Landgerichten (§ 117)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
1.	Aalen	6	3	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
2.	Biberach	2	3	5	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
3.	Ebingen	1	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
4.	Esslingen zugl. für Föhringen und Wendlingen	8	19	11	5	6	5	1	2	3	1	1	1	1	1	1	1	1	
5.	Geislingen zugl. für Kuchen, Gingen a.F. und Klein- süssen.	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
6.	Gmünd	4	12	12	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
7.	Göppingen zugl. für Ebersbach, Faurndau, Grosseis- lingen, Holzheim, Klein- eisen- lingen, Se- lach und Uningen.	14	6	6	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
8.	Hall	6	3	1	1	2	4	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
9.	Heidenheim	1	5	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
10.	Heilbronn zugl. für Böckingen, Neckargar- ten und Sontheim.	12	51	38	14	7	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
11.	Kirchheim	1	5	1	1	3	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
12.	Laupheim	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
13.	Ludwigsburg	3	35	17	10	5	4	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
14.	Mönsingen	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
15.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
16.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
17.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
18.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
19.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
20.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
21.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
22.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
23.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
24.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
25.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
26.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
27.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
28.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
29.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
30.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
31.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
32.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
33.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
34.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
35.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
36.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
37.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
38.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
39.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
40.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
41.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
42.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
43.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
44.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
45.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
46.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
47.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
48.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
49.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
50.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
51.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
52.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
53.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
54.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
55.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
56.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
57.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
58.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
59.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
60.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
61.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
62.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
63.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
64.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
65.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
66.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
67.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
68.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
69.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
70.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
71.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
72.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
73.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
74.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
75.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
76.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
77.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
78.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
79.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
80.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
81.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
82.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
83.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
84.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
85.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
86.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
87.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
88.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
89.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
90.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
91.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
92.	Neckarsulm	1	2	1	2	1	1	1	1										

Erläuterungen:

1. Die Summen der Zahlen in den Spalten 3 bis 5, 6 bis 13 und 19 bis 23 müssen sich decken. — Die Summe der Zahlen in den Spalten 14 bis 18 muß dem Eintrag in der Spalte 11 entsprechen. — Die Summe der Zahlen in den Spalten 25 bis 27 muß gleich sein der Summe der Zahlen in den Spalten 28 bis 31.
2. Wenn in einem Prozesse mehrere (Teil-) Urteile ergangen sind, so ist er erst durch das **letzte** Urteil als erledigt anzusehen und in dem Jahre dieses Urteils als »1« durch Endurteil erledigte Sache einzutragen.
3. Ist ein Prozeß durch einen Vergleich **und** einen Verzicht erledigt worden, so ist der Fall (als **ein** Fall) **nur bei der wichtigeren Entscheidung**, die zu bestimmen dem Ermessen des Gerichts anheimzugeben ist, einzutragen und in der Spalte »Bemerkungen« zu erläutern.
4. Als aus dem Vorjahre stammende, erst im Berichtsjahre erledigte Sachen sind **sämtliche** in der Übersicht des Vorjahrs als »unerledigt geblieben« bezeichnete Sachen (Spalte 13) **in roten Ziffern** nachzuweisen. Sind aus dem Vorjahr übernommene Prozesse auch im Berichtsjahre noch unerledigt geblieben, so sind sie wiederum in Spalte 13 mit roten Ziffern als unerledigt einzutragen; alsdann muß die Summe der unerledigten Sachen (rote und schwarze Zahlen derselben Spalte 13) im nächsten Jahre in roten Ziffern nachgewiesen werden.
5. Zu Spalte 3 und 4: Rechtsfreitigkeiten aus Nr. 5 im § 4 Abs. 1 des Gewerbegerichtsgesetzes, die **nach** dem 1. Januar 1914 nicht mehr anhängig gemacht werden können, sind anmerkungsweise anzugeben, sofern sie **vor** dem 1. Januar 1914 anhängig geworden sind (vgl. Art. 101 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung).
6. Ist Verjährung eingetreten, so ist der Fall in Spalte 12 nachzuweisen.

In wie weit diese Informationen auf Reichsebene dann weiter verarbeitet oder veröffentlicht wurden ist nicht ersichtlich. Im Reichsarbeitsblatt wurden vereinzelt und unregelmäßig reichsweite Meldungen der einzelnen Länder veröffentlicht.⁴⁰² Auch ist in keinem anderen Archiv eine württembergweite zentrale Zusammenfassung der erfassten Daten aufzufinden bzw. archiviert. Auf Anfragen an das Bundesarchiv und das Archiv des Bundesarbeitsministerium wurde geantwortet, dass im Bestand keine diesbezüglichen Übersichten bekannt seien.

Auffällig ist, dass die Archivierung der Geschäftsberichte während des Ersten Weltkrieges nachlässt und sich häufig Archivgut nur noch im Hauptstaatsarchiv Stuttgart findet. Dieses Archivgut endet aber mit dem Jahr 1916. Es kann vermutet werden, dass auf Grund der zunehmenden Kriegswirren des Ersten Weltkrieges eine weitere Erfassung nicht mehr stattgefunden hat. Diese Vermutung deckt nicht mit den in den Stadtarchiven aufgefundenen Geschäftsberichten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die zu dieser Zeit ebenso stark zurück gingen. Auch in den Stadtarchiven, die noch Archivgut für die Jahre 1915 und 1916 vorweisen können existieren häufig keine Informationen mehr für die Jahre 1917 und 1918. Ausnahmen bilden das Stadtarchiv Stuttgart und das Stadtarchiv Biberach, allerdings nur mit Archivgut zu den eigenen Gerichten und das Stadtarchiv Geislingen, das zwar noch Geschäftsberichte zu den Gewerbe-gerichten Reutlingen und Göppingen vorweisen kann, nicht aber zur eigenen Gerichtstätigkeit. Für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg existieren beim Hauptstaatsarchiv Stuttgart keine württembergweiten Zusammenfassungen der Tätigkeit der Gewerbeberichte mehr. Dies verwundert, weil nicht ersichtlich ist, weshalb diese Erfassung nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr von Interesse gewesen sein sollte. Erklärung hierfür könnte sein, dass nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eine Archivierung der Akten stattgefunden hatte. Die Archivmaterialien des Hauptstaatsarchivs konnten im Zweiten Weltkrieg vor Schäden geschützt werden, dagegen erlitten die Aktenbestände verschiedener staatlicher Einrichtungen, unter anderem des Justizministeriums, erhebliche Verluste.

b. Die Statistik der Gewerbeberichte im Überblick

aa. Klageerhebungen

Trotz der dargestellten Unzufriedenheit (oben Seite 73 ff.) der Gemeinde Kirchheim unter Teck lässt sich auch an den zahlenmäßigen Entwicklungen zu den Gewerbeberichten erkennen, dass sie nach ihrer Errichtung ihren Platz in den jeweiligen Gemeinden finden konnten. Das gilt auch für Kirchheim unter Teck, wo nach Errichtung des Gewerbeberichts im Jahr 1903 sechs Klagen und im ersten voll-tätigen Geschäftsjahr 1904 fünfzehn Klagen erhoben wurden. In der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg pendelte sich die Klageerhebung im Zehnjahresschnitt dennoch auf knapp 27 jährlich erhobene Klagen ein. Ansonsten kann auch bei den anderen Gerichten nicht generell beobachtet werden, dass die Gerichte nur langsam ihren Platz gefunden hätten.

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg lassen sich keine württembergweiten Entwicklungen erkennen. Zum Beispiel findet sich zwar ein Rückgang der erhobenen Klagen in einem oder mehreren Jahren, was grundsätzlich einen Rückschluss auf die wirtschaftliche Lage und Entwicklung zulassen könnte. Einen solchen Rückgang an Klagen gab es bei den Gewerbeberichten Stuttgart, Ulm und Biberach vom Jahr 1895 auf das Jahr 1896. Allerdings ist bei den Gewerbeberichten Heilbronn, Esslingen und Göppingen diese Entwicklung nicht zu erkennen, so dass sich ein Rückschluss auf ein überregionales Phänomen verbietet.

Auch war die Entwicklung der Klageerhebungen in der Zeit des Ersten Weltkriegs nicht bei allen württembergischen Gewerbeberichten vergleichbar. Einerseits gingen die erhobenen Klagen bei den meisten Gewerbeberichten zurück. Bei den Gewerbeberichten Göppingen, Biberach oder Ravensburg ist der Rückgang jedoch noch nicht im Jahr 1914 zu verzeichnen, sondern erst ab dem Jahr 1915. Ausnahmen von dieser direkten Auswirkung des Ersten Weltkriegs sind bei den Gewerbeberichten Schwenningen und Ludwigsburg festzustellen. Beim Gewerbegericht Schwenningen war nur ein geringer Rückgang und beim Gewerbegericht Ludwigsburg sogar ein Anstieg der erhobenen Klagen in den Jahren 1914 und 1915 gegenüber den Jahren 1911 bis 1913 zu verzeichnen. Eine mögliche Erklärung für das Ergebnis des Gewerbeberichts Ludwigsburg könnte der Umstand sein, dass Ludwigsburg einer der größten Garnisonsstandorte des Königreichs Württemberg war. Möglicherweise kam es wegen des Krieges und der einhergehenden Truppenformationen zu einer Vermehrung der Zivilbeschäftigten und somit auch der einhergehenden arbeitsrechtlichen Streitigkeiten. Allerdings können diese Vermutungen nicht durch die Erhebungen zum Gewerbegericht Ulm, dem anderen großen Garnisonsstandort des Königreichs, bestätigt werden. Eine Erhöhung der Klageerhebungen lässt sich während der Kriegszeit auch in Neckarsulm feststellen, wobei dort angemerkt werden muss, dass in der Kriegszeit insgesamt nur acht Klagen erhoben wurden.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges lässt sich keine Einheitlichkeit bei der Fortentwicklung der Klageerhebungen an die Gewerbeberichte erkennen. So gab es Gewerbeberichte, die nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr die Fallzahlen von vor dem Krieg erreichten, wie zum Beispiel die Gewerbeberichte Zuffenhausen, Kirchheim unter Teck oder Nürtingen. Dagegen stehen Gerichte wie die Gewerbeberichte Aalen oder Laupheim und auch das Kaufmannsgericht Stuttgart, welche höhere Klageerhebungen als vor dem Ersten Weltkrieg verzeichnen konnten.

⁴⁰² Als Beispiel: Reichsarbeitsblatt 1910, S. 690 (für die Gewerbeberichte) und S. 698 (für die Kaufmannsgerichte mit Korrektur auf S. 882).

bb. Verfahrensbeendigungen

Erkennbar ist bei allen Gewerbegerichten, dass es zu einer hohen Anzahl an Vergleichen und Klagerücknahmen kam. Bei den meisten Gewerbegerichten ist dieses Phänomen zu beobachten. Ausnahmen, dass in einem Jahr die Urteile zahlenmäßig über den Vergleichen und Klagerücknahmen standen, wie im Jahr 1894 beim Gewerbegericht Heidenheim, sind wohl konkreten Besonderheiten in diesem Jahr und am konkreten Gerichtsort geschuldet und können keinen Anspruch darauf erheben, dass sich hieraus eine Regel ableiten lassen könnte.

Allerdings sind auch einige Gerichte erkennbar, die Urteilen gegenüber aufgeschlossen waren. Bei den Gewerbegerichten Ulm, Schramberg oder auch Laupheim bestanden – in Relation zu den erhobenen Klagen gesehen – viele Urteile. Zu beachten ist aber, dass das Gewerbegericht Laupheim insgesamt sehr wenige Klagen zu verzeichnen hatte, so dass ein Urteil relativ große Auswirkung auf die prozentuale Auswertung hatte. Besonders wenige Urteile für ein größeres Gewerbegericht weist das Gewerbegericht Esslingen auf.

Ferner lässt sich sehen, dass einige Gewerbegerichte, wie zum Beispiel die Gewerbegerichte Geislingen, Gmünd, Heilbronn und Heidenheim, in der Anfangszeit ihrer Tätigkeit häufiger Endurteile erließen und dass diese Tendenz über die Jahre des Bestehens nachließ. Umgekehrt ist die Lage beispielsweise beim Gewerbegericht Hall, bei welchem anfangs weniger und im Laufe der Zeit mehr Endurteile ergingen.

Während des Ersten Weltkrieges kam es, insbesondere ab dem Jahr 1916, bei vielen Gewerbegerichten zu der Entwicklung, dass die Endurteile ab- und die Vergleiche und Klagerücknahmen zunahmen. Bei einigen Gerichten blieben diese reduzierten Zahlen nach Beendigung des Krieges bestehen (so zum Beispiel bei den Gewerbegerichten Biberach, Esslingen oder Heidenheim), mitunter stieg die Zahl der Urteile aber auch wieder an. Ein solcher Anstieg ist bei den Gewerbegerichten Laupheim, Tübingen, Neckarsulm oder Stuttgart zu erkennen, wobei dann jeweils wieder ein Rückgang in den Jahren 1923 bzw. 1924 zu verzeichnen ist.

Es finden sich auch Gewerbegerichte, die teilweise über mehrere Jahre, sogar in Folge, kein Urteil erlassen haben, wie die Gewerbegerichte Biberach, Nürtingen und Geislingen. Diese drei Gewerbegerichte sind solche, die noch einen auswertbaren Bestand an Prozessakten aufweisen.

Hinsichtlich der Beendigung durch Anerkenntnisse kann festgestellt werden, dass diese Beendigungsvariante unterschiedlich ausgeprägt genutzt wurde. So lassen sich beim Gewerbegericht Esslingen sehr häufig Anerkenntnisse finden, wie auch bei den Gewerbegerichten Ulm und Hall. Dagegen stehen die anderen Gewerbegerichte, die deutliche und auch in Relation gesehen weniger Anerkenntnisse als Beendigung aufführten. So existieren zum Beispiel bei den Gewerbegerichten Schramberg, Tuttlingen, Ludwigsburg oder Zuffenhausen wenige oder teilweise über Jahre hinweg keine Anerkenntnisse. Eine Besonderheit bestand im Jahr 1913 beim Gewerbegericht Schwenningen. In diesem Jahr ergingen 16 Anerkenntnisurteile, obwohl vier Jahre davor und drei Jahre danach kein einziges gefällt wurde. Dafür ist in diesem Jahr ein relativer Rückgang der Endurteile festzustellen.

Von der Beendigungsmöglichkeit des Versäumnisurteils wurde regelmäßig, allerdings in unterschiedlicher Häufigkeit, Gebrauch gemacht. Bei den Gewerbegerichten Aalen, Laupheim, Neckarsulm oder Nürtingen finden sich nahezu keine Versäumnisurteile. Beim Gewerbegericht Schwenningen existieren im Jahr 1905 insgesamt 61 Versäumnisurteile auf 114 erhobene Klagen. Dies muss allerdings einen besonderen Hintergrund gehabt haben, denn im Jahr zuvor waren lediglich 26 Klagen (davon drei mit Versäumnisurteil beendet) und im Jahr danach 41 Klagen (davon vier mit Versäumnisurteil beendet) erhoben worden. Ähnliche „Ausreißer“ gibt es in den Jahren 1911 und 1913 beim Gewerbegericht Zuffenhausen.

Bei den untersuchten Gewerbegerichten und dem Kaufmannsgericht Stuttgart war die Verfahrensbeendigung mittels Vergleich die mit deutlichem Abstand häufigste Beendigungsart. Diese wurde gefolgt von der Beendigungsart der Klagerücknahme. In den meisten Fällen machte die Summe aus Vergleichen und Klagerücknahmen deutlich mehr als die Hälfte der Verfahrensbeendigungen aus. Ein Mittelwert über alle Gewerbegerichte lässt sich nicht in aussagekräftiger Form finden, da nicht alle Gewerbegerichte Zahlenmaterial für alle Jahre vorweisen. Auch weisen manche Gewerbegerichte Zahlen für eine Vielzahl an Jahren auf, dann aber nicht jeweils hinsichtlich der Vergleiche und der Klagerücknahmen, siehe zum Beispiel nur die Erfassungen zum Gewerbegericht Schwenningen.

Dennoch ist davon auszugehen, dass knappe 50 % der Verfahren mittels eines Vergleichs und gute 20 % der Verfahren mittels Klagerücknahme abgeschlossen wurden. Dabei bestanden zwischen den einzelnen Gewerbegerichten sehr wohl Unterschiede – so wurden in Göppingen die erhobenen Klagen mit 47 % durch Vergleich und mit 35 % durch Klagerücknahme erledigt und nur 15 % mit einem Endurteil. Ebenso beim Gewerbegericht Geislingen, welches die erhobenen Klagen mit 60 % durch Vergleich und mit 24 % durch Klagerücknahme erledigte und nur 8 % mittels Endurteil. Dagegen steht das Gewerbegericht Ulm, das die erhobenen Klagen mit 41 % durch Vergleich und mit 11 % durch Klagerücknahme abschloss und immerhin 24 % mit einem Endurteil. Das Gewerbegericht Stuttgart schloss 46 % der erhobenen Klagen mit einem Vergleich, 21 % durch Klagerücknahme und 17 % mit einem Endurteil ab; dieses Gewerbegericht bildet wohl am ehesten den landesweiten Durchschnitt ab.⁴⁰³

⁴⁰³ Zu diesem Absatz: Die Erhebungen zu den einzelnen Gerichten sind Durchschnittswerte über den gesamten Betrachtungszeitraum. Hinsichtlich der einzelnen Gerichte flossen nur die Jahre mit belegbaren Datenbestand in die Ermittlung des Durchschnittswertes ein.

cc. Verfahren die fristlose Kündigung betreffend

In dem Erfassungsbogen, welcher den Gewerbegerichten an die Hand gegeben war, wurde auch die Art des Streitgegenstandes erhoben. Diese Bögen wurden aber nicht von allen Gewerbegerichten verwendet, so dass auch die Erhebungen zu den Streitgegenständen nicht in ganz Württemberg einheitlich vorgenommen wurde. Auch existieren Angaben zu den Streitgegenständen in den von den Gewerbegerichten selbst gestalteten Geschäftsberichten, welche in der Kategorisierung nicht mit dem Vordruck übereinstimmen. Zum Teil wurden die den Klage zu Grunde liegenden Streitgegenstände aber auch nicht erfasst. Im Übrigen sollten die Erhebungen zu den Verfahren zur fristlosen Kündigung nur zum jeweiligen Gewerbegericht betrachtet werden. Bei der Vergleichbarkeit der gefundenen Daten ist zu beachten, dass die Gewerbegerichte auch über die Zeit des Bestehens hinweg der Erhebungsmodalitäten veränderten.

Als Beispiele für Gewerbegerichte, bei denen es zu keinem Zeitpunkt eine Erhebung zu den Streitgegenständen gab, sind die Gewerbegerichte Neckarsulm, Rottweil und Metzingen zu nennen. Bis auf das jeweils erste Jahr des Bestehens wurden bei den Gewerbegerichten Kirchheim unter Teck (38 %), Laupheim (24 %) und Ludwigsburg (31 %) die Streitgegenstände in jedem nachgewiesenen Jahr erfasst. Bis auf diese drei Gewerbegerichte weisen alle anderen Lücken im Datenbestand auf, so dass eine Vergleichbarkeit dieser Datenlagen nicht gegeben ist. Mit dieser Einschränkung ist dennoch davon auszugehen, dass das Gewerbegericht mit den meisten Verfahren die fristlose Kündigung betreffend wohl das Gewerbegericht Ebingen (63 %) war und das Gewerbegericht Laupheim (24 %), dasjenige mit den wenigsten. Dabei ist zu beachten, dass das Gewerbegericht Laupheim sehr klein war und bis auf eine Ausnahme höchstens zehn Klageerhebungen im Jahr vorzuweisen hatte. Allerdings weist das Gewerbegericht Stuttgart auch lediglich einen Durchschnittswert von 25 % auf, wobei da zu beachten ist, dass das Gewerbegericht Stuttgart nicht durchgängig die Streitgegenstände erfasste.⁴⁰⁴

dd. Berufungen

Selten wurden Berufungen eingelegt. Es ist zu sehen, dass bei den meisten Gewerbegerichten nur eine sehr geringe Zahl an Berufungen im Jahr erhoben wurde. Auch bei den größeren Gewerbegerichten steigt die Zahl der Berufungen in der Regel nicht über fünf im Jahr hinaus. Etwas anderes gilt beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht Stuttgart, bei welchen sich die Zahl der Berufungen meist knapp unter zehn im Jahr einpendelte. Nur in jeweils fünf Jahren wurde diese Grenze überschritten, dann aber waren es auch nicht mehr als maximal zwanzig Berufungen. Hintergrund war sicher die Zahl an berufungsfähigen Entscheidungen, einerseits wegen den hohen Anforderungen an die Einlegung (Streitwert mindestens 100 Mark), andererseits musste erst ein Urteil ergehen, was – wie dargestellt – nicht so häufig der Fall war.

9. Fazit

In Württemberg wurden insgesamt 29 Gewerbegerichte und 14 Kaufmannsgerichte gegründet, die weit überwiegend sehr wohlwollend von der Bevölkerung wie auch den Städten und Gemeinden aufgenommen wurden. Eingerichtet wurden Gewerbegerichte vornehmlich und sinnvollerweise an den Wirtschaftszentren, sogar mit dem Ergebnis, dass am Verwaltungssitz kein Gewerbe- und Kaufmannsgericht bestand.

Zu den Vorsitzenden dieser Gerichte wurden häufig die Bürgermeister bzw. Schultheißen der jeweiligen Städte bzw. Gemeinden bestimmt, allerdings gab es in den großen Städten auch Rechtsanwälte oder „Polizeimänner“ als Vorsitzende. Die Kaufmannsgerichte wurden den Gewerbegerichten angegliedert. Oft waren die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte über den Stadtbezirk ihrer Sitzgemeinde hinaus für angegliederte Gemeinden zuständig. Bei der Besetzung der Gerichte lässt sich auch in Württemberg erkennen, dass bei den Vorsitzenden darauf geachtet wurde, dass sie ein ausgleichendes Wesen an den Tag legten, was der Befriedung der Streitparteien zwar zuträglich war, jedoch wenige heute noch auswertbare Urteile mit sich bringt.

Der noch archivierte Bestand an Allgemeinakten ist deutlich größer als der Bestand an Prozessakten. In den Allgemeinakten sind die Wahlen der Vorsitzenden und der Beisitzer und sonstige administrative Dinge dokumentiert. Sinnvoll auswertbare archivierte Prozessakten bestehen nur noch zu den Gerichten in Biberach, Geislingen, Laupheim, Tübingen und Nürtingen. Dieser geringe Bestand an Prozessakten lässt sich aber nicht nur auf den Umsturz nach dem Ersten Weltkrieg oder die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg zurückführen, sonst müsste davon ausgegangen werden, dass die noch vorhandenen Allgemeinakten wohl auch zerstört worden wären. Teilweise wurden die Prozessakten auch aus den Archiven ausgesondert, weil sie für nicht mehr archivierungswürdig erachtet wurden.

Bei der Auswertung der statistischen Erhebungen zu den einzelnen Gewerbegerichten lässt sich erkennen, in welchem Umfang die einzelnen württembergischen Gewerbegerichte angerufen wurden. Ferner zeigen sich bei vielen Gewerbegerichten der kriegsbedingte Rückgang an Klageerhebungen. Bei der Untersuchung der unterschiedlichen Verfahrensbeendigungen wird ersichtlich, dass das Endurteil nur eine sehr nachrangige Bedeutung hatte und welche Bedeutung den Vergleichen und Klagerücknahmen im gewerbegerichtlichen Verfahren zukam.

⁴⁰⁴ Zu diesem Absatz: Die prozentualen Zahlen ergeben sich aus der Anzahl der Verfahren wegen einer fristlosen Kündigung in Relation zu den erhobenen Klagen gemittelt über alle Jahre an den ein diesbezüglicher Datenbestand gegeben ist.

VIII. ENTSTEHUNG DER ARBEITSRECHTSWISSENSCHAFT, STAND DER LITERATUR UND RECHTSPRECHUNG ZUR ZEIT DER GEWERBE- UND KAUFMANNSGERICHTE⁴⁰⁵

Zum Stand der Arbeitsrechtswissenschaft v. Blume aus dem Jahr 1899:

„[...] Der Arbeitsvertrag ist eben leider das Stiefkind der modernen Rechtswissenschaft. [...]“⁴⁰⁶

Potthoff zu diesem Thema im Jahr 1912:

„[...] Es ist fast unbegreiflich, wie lange und wie vollständig unsere Rechtswissenschaft das allerwichtigste Rechtsgebiet der Gegenwart vernachlässigt hat. Erst durch die Gewerbegerichte wurde man aufmerksam auf die bedeutsamen Probleme und begann die wissenschaftliche Erörterung einzelner Fragen. Das große Werk von Professor Lotmar, dessen erster Band im Jahr 1902 herauskam, wirkte wie eine Offenbarung. Gegenwärtig findet eine umfassende Bearbeitung vieler Fragen durch eine Reihe von Juristen statt, die wohl den Weg zu einem einheitlichen Arbeitsrecht bahnen wird. [...]“⁴⁰⁷

Schließlich Stier-Somlo zum Arbeitsrecht im Jahr 1927:

„[...] Das Arbeitsrecht hat sich erst in jüngster Zeit als selbständiges Rechtsgebiet zusammengeschlossen, ohne daß zur Zeit über seine begriffliche Abgrenzung, seinen Inhalt und Umfang in Wissenschaft und Praxis volles Einverständnis herrschte und ohne daß das positiv geltende Recht alle hier fraglichen Arbeitsverhältnisse bewusst als Teile eines innerlich zusammengehörigen Arbeitsrechts geordnet hätte. Auch hat erst vor kurzem der Ausdruck «Arbeitsrecht» zur Kennzeichnung dieses Rechtsgebiets fast allgemein Anerkennung gefunden; vorher verwandte man Ausdrücke wie Sozialrecht, sozialpolitische Gesetzgebung, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Gewerbe- und Arbeitsrecht, ohne den hier fraglichen Begriff voll zu treffen. [...]“⁴⁰⁸

Wie durch v. Blume formuliert, stellte das Arbeitsrecht im Betrachtungszeitraum noch keine Rechtswissenschaft dar, die mit dem heutigen Arbeitsrecht vergleichbar wäre. Allerdings ist erkennbar, dass in den 28 Jahren, die zwischen der ersten und der dritten Quelle liegen, die Verwissenschaftlichung sehr stark vorangetrieben wurde. In der Zeit der Schaffung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gab es keine rechtswissenschaftliche Literatur des Arbeitsrechts im heutigen Sinne und in Ermangelung eines einheitlichen Reichs-(Ober)gerichts auch keine einheitliche Rechtsfortbildung, welche als Leitlinie für eine nachgeordnete Rechtsprechung hätte dienen können. Zu beobachten ist, dass häufig die „wissenschaftliche“ Darstellung eines Themas zu dieser Zeit nicht in der tiefgehenden und umfassenden Durchdringung lag, sondern in der Darstellung und der Umschreibung des Gesetzestextes.⁴⁰⁹

1. Die Väter der Arbeitsrechtswissenschaft

Als die Begründer der Arbeitsrechtswissenschaft werden häufig die zwei Professoren Philipp Lotmar und Hugo Sinzheimer genannt.⁴¹⁰ Die erste umfassende, rein arbeitsrechtliche, wissenschaftlich-dogmatische Bearbeitung stammt von Philipp Lotmar aus den Jahren 1902 und 1908 mit einem zweibändigen Werk über den Arbeitsvertrag.⁴¹¹ Durch Lotmar wurde die zunehmende „Verwissenschaftlichung“ des Arbeitsrechts angestoßen; mitunter wird Lotmar deswegen als Begründer der modernen Arbeitsrechtswissenschaft gefeiert.⁴¹² Die Bezeichnung „Vater des Arbeitsrechts“ wird allerdings auch Sinzheimer für seine 1921 erschienenen „Grundzüge des Arbeitsrechts“ zugesprochen; diese sind nach Schlosser das Gründungsdokument der Arbeitsrechtswissenschaft.⁴¹³

Als weitere bedeutende Namen der jungen Arbeitsrechtswissenschaft sind Potthoff, Kaskel, Hueck oder auch Nipperdey zu nennen.⁴¹⁴

⁴⁰⁵ Weiterführend zum gesamten Themenkomplex mit vielen weiteren Nachweisen: Laufs, Rechtsentwicklungen in Deutschland, S. 360 ff. und Söllner in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, S. 288 ff. mit weiteren Nachweisen zur diesbezüglichen Literatur und als Stimme der Zeit zur Stand der Rechtswissenschaft „aus Sicht eines Volkswirtes“: Potthoff, Probleme des Arbeitsrechts, S. 244 ff.

⁴⁰⁶ v. Blume in Verwaltungsarchiv 1899, S. 481 (491).

⁴⁰⁷ Potthoff, Probleme des Arbeitsrechts, S. 247.

⁴⁰⁸ Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Stier-Somlo, „Arbeitsrecht (Überblick)“, Bd. I, S. 279 ff.

⁴⁰⁹ Als Beispiel: Laurisch, Führer für Arbeitgeber und Arbeiter durch die Gewerbe- und Arbeiterschutzgesetze.

⁴¹⁰ Schlosser, Neuere Europäische Rechtsgeschichte, Kap. 12 Rn. 102.

⁴¹¹ Lotmar veröffentlichte das erste, das gesamte Arbeitsrecht umfassende Werk in zwei Bänden in den Jahren 1902 und 1908. Dabei bespricht Lotmar erst die reichsrechtlichen Bedingungen, die alle Arbeitsverträge betreffen. Anschließend behandelt er die Kündigungsmöglichkeiten im Allgemeinen und nicht nur in Bezug auf die Kündigung des gewerblichen oder kaufmännischen Arbeitsverhältnisses; im Übrigen beschäftigt sich Lotmar wenig mit den Kündigungsgründen, sondern mit der Zulässigkeit der Vereinbarung weiterer Gründe neben den gesetzlichen und der Zulässigkeit des Ausschlusses gesetzlich vorgesehener wichtiger Gründe. (Lotmar, Der Arbeitsvertrag – Nachdruck von Rehbinder, S. 656 ff (Kap. 24).

⁴¹² Hähnchen, Rechtsgeschichte, Rn. 807.

⁴¹³ Schlosser, Neuere Europäische Rechtsgeschichte, Kap. 12 Rn. 102.

⁴¹⁴ Laufs, Rechtsentwicklungen in Deutschland, S. 373.

2. Bis zum Ersten Weltkrieg

Vor der Schaffung des BGB gab es verschiedene Darstellungen des Arbeitsrechts, die sich zwar wissenschaftlich mit dem Arbeitsrecht auseinandersetzen, allerdings noch in Relation so selten sind, dass von einem wissenschaftlichen Diskurs im Rahmen einer eigenen juristischen Disziplin noch nicht wirklich gesprochen werden kann.⁴¹⁵ Hier können beispielsweise der ausführliche Aufsatz von Dankwardt⁴¹⁶, die Studie zur Fabrikgesetzgebung von Holdheim mit dem Titel „Der Arbeits-Vertrag in seiner systematischen Stellung“⁴¹⁷ oder die Antworten Schmollers auf einen Fragenkatalog des Vereins für Socialpolitik⁴¹⁸ genannt werden. Besonders bei Schmoller findet die Auseinandersetzung mit der Natur des Arbeitsvertrags und dem Kontraktbruch auch eher in „[...] theoretischen Ausführungen über grundlegende national-ökonomische Fragen [...]“⁴¹⁹ unter einem weniger juristischen, sondern eher gesamtstaatlich-ökonomischen Blickwinkel statt. „[...] Publizistisch unterstützt wurde diese Entwicklung von den Kathedersozialisten, von Volkswirtschaftlern wie Brentano, Schmoller, Schönberger und von angesehenen Organisationen wie dem »Verein für Socialpolitik« und der »Gesellschaft für soziale Reformen« [...]“⁴²⁰

Während der Beratungen zum BGB bildete sich auch noch keine wissenschaftliche Betrachtung heraus.⁴²¹ In diesem Zusammenhang ist allerdings an v. Gierke zu denken, der „[...] wohl als einer der ersten Juristen die personenrechtlichen Strukturelemente erkannt [...]“ hatte.⁴²² Auf v. Gierke, der selbst nicht an der Redaktion des BGB beteiligt war, aber durch seine Schriften darauf Einfluss nahm, geht der oft auch für das Arbeitsrecht genutzte Begriff des Sozialrechts als Recht des Individuums zurück, das nicht mit dem heute bestehenden Recht der sozialen Sicherheiten verwechselt werden darf.⁴²³

Die als wissenschaftliche Auseinandersetzungen zu bezeichnenden Werke behandelten oft nur einen Teilausschnitt des Arbeitsrechts oder waren in die Kommentierungen zu der Gewerbeordnung oder dem HGB eingebettet. Diese Werke verwiesen wiederum oft wenig auf andere Quellen oder andere Ansichten und waren in ihrer Tiefe hinsichtlich der Auseinandersetzung unterschiedlich stark ausgeprägt.⁴²⁴

In der Zeit des Kaiserreichs findet sich sehr wenig arbeitsrechtliche Literatur und ein Großteil der aufgefundenen kann nicht als juristisch-wissenschaftliche betrachtet werden. Auch gab es keine Lehrbücher für Studenten⁴²⁵; was nicht weiters verwundert, wenn man bedenkt, dass es zu dieser Zeit auch noch keine speziell arbeitsrechtlichen Lehrstühle gab.⁴²⁶

Auch finden sich Handreichungen wie der „Führer für Arbeitgeber und Arbeiter durch die Gewerbe- und Arbeiterschutzgesetze“ vom königlichen Gewerbeinspektor Laurisch.⁴²⁷ Diese stellen keine wissenschaftliche Auseinandersetzung dar, sondern sind bestenfalls als einfache Handlungsanleitungen zu verstehen; im Wesentlichen wurden dort die Gesetzesnormen in einen zusammenhängenden Fließtext gefasst. In einigen Fällen waren diese Handreichungen um Entscheidungserheblichen Sachverhaltsumstände zusammengefasst wurden. Querverweise auf weitere Rechtsprechung oder sonstige Literatur existieren dabei selten. Die Auseinandersetzung mit anderen Urteilen und der insoweit bestehenden Literatur nahmen am ehesten die Kommentare⁴²⁸ zur Gewerbeordnung und dem HGB vor, wobei diese sich nicht der

⁴¹⁵ Einen Gesamtüberblick bietet GKG 19, Sp. 38 ff.

Als Beispiele können genannt werden: Immerwahr, Die Kündigung; Sigel, Der gewerbliche Arbeitsvertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch; Baum, Das Recht des Arbeitsvertrages; Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich; Bail, Das Rechtsverhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung; Staub's Kommentar zum Handelsgesetzbuch; Düringer/Hachenburg, Kommentar zum HGB; Lehmann/Ring, Kommentar zum HGB.

⁴¹⁶ Dankwardt in Jahrbücher für die Dogmatik des römischen und deutschen Privatrechts 1875, S. 228 ff.

⁴¹⁷ Holdheim in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1874, S. 247 ff.

⁴¹⁸ Schmoller in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1874, S. 449 ff.

⁴¹⁹ Schmoller in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1874, S. 449 ff.

⁴²⁰ Ramm in Festschrift für Mallmann, S. 191 (210).

⁴²¹ Hähnchen, Rechtsgeschichte, Rn. 742; siehe Hinweis auf v. Gierke; Söllner in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, S. 288, (290 m.w.N. in Fußnote 4).

⁴²² Schlosser, Neuere Europäische Rechtsgeschichte, Kap. 11 Rn. 90.

⁴²³ Schlosser, Neuere Europäische Rechtsgeschichte, Kap. 11 Rn. 91, 93.

⁴²⁴ Hinsichtlich der HGB-Kommentare lässt sich feststellen, dass Staub die intensivste Kommentierung zu den arbeitsrechtlichen Vorschriften vorgenommen hatte, unter anderem mit Hinweisen auch auf die im GKG dargestellte Rechtsprechung und die sonstigen arbeitsrechtlichen Quellen. Darauf folgte Düringer/Hachenburg, die knappste Besprechung der arbeitsrechtlichen Normen findet sich für die HGB-Kommentare bei Lehmann/Ring.

Auffallend war, dass zum Beispiel Lehmann/Ring nahezu keine Verweise auf die Entscheidungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hatte, sondern nur solche auf Entscheidungen des Reichsgerichts und der Oberlandesgerichte; die „normalen“ Arbeitnehmer, die in den Anwendungsbereich der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte fielen, kamen hinsichtlich Rechtsstreitigkeiten über ihre Arbeitsverhältnisse nicht vor diese Gerichte. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass die Richter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte z.B. den Kommentar Landmann/Ring nicht primär zur Entscheidungsfindung heranzogen.

⁴²⁵ Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit, S. 240.

⁴²⁶ Potthoff, Probleme des Arbeitsrechts, S. 247 f.; Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Jg. 7, S. 56; auch für das Jahr 1914 Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Jg. 1, S. 1.

⁴²⁷ Laurisch, Führer für Arbeitgeber und Arbeiter durch die Gewerbe- und Arbeiterschutzgesetze.

⁴²⁸ Zum Beispiel: Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich; Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung; Staub's Kommentar zum

tatsächlichen Bedeutung entsprechend mit den Arbeitsverhältnissen auseinanderzusetzen. Diese Bewertung trifft auf die Kommentare zur Gewerbeordnung und zum HGB gleichermaßen zu.

Ferner finden sich in dieser Zeit Veröffentlichungen des Gewerbe- und/oder Kaufmannsgerichts Berlin, das seine eigenen Entscheidungen unter Einbeziehung der Urteile anderer Gewerbe- und oder Kaufmannsgerichte darstellte (näheres hierzu siehe unten in diesem Kapitel, Seite 95 ff.). Diese Werke wurden aber im Abstand von mehreren Jahren veröffentlicht. Auch in den Reichsarbeitsblättern des Kaiserlichen Statistischen Amtes sind Entscheidungen der Gewerbeberichte abgedruckt, allerdings in sehr geringem Umfang.

Beachtenswert ist das „Handbuch für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“, in welchem alle Normen, die in der Rechtsprechung der Gerichte häufig zur Anwendung kamen, kommentarartig mit Hinweis auf die Urteile anderer Gewerbe- und Kaufmannsgerichte aufgearbeitet wurden. Dieses Handbuch wurde in seiner ersten Auflage (1903) mit einem Vorwort des Verbands deutscher Gewerbeberichte veröffentlicht und enthält auch in der zweiten Auflage (1912) den Hinweis darauf, dass es „[...]unter Benutzung des Archivs des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte [...]“ entstanden sei.⁴²⁹

Auch bei der Betrachtung der Autoren kann man die praktische Ausrichtung erkennen; es gab unter den Autoren weniger Universitätsprofessoren als in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, sondern eher Angehörige der Verwaltung.⁴³⁰

3. Entwicklungen im und nach dem Ersten Weltkrieg

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dann in der Weimarer Republik kam es zu erheblichen sozialen Veränderungen.⁴³¹ Arbeitsrechtlich fanden diese insbesondere auf dem Gebiet des kollektiven Arbeitsrechts statt. Auch in der Einführung der Weimarer Reichsverfassung und deren Aussage in Art. 157 Abs. 2 WRV⁴³², ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen, kann nun jedenfalls auch eine verfassungsrechtliche Anerkennung der juristischen Disziplin gesehen werden. Die Universitäten und kommunalen Hochschulen begannen nun auch arbeitsrechtliche Lehrstühle⁴³³ zu schaffen und Vorlesungen speziell im Arbeitsrecht zu halten.⁴³⁴

Es kam zur Veröffentlichung⁴³⁵ von Monografien und Lehrbüchern und der vermehrten Gründung wissenschaftlicher Zeitschriften, die sich nicht nur in der Wiedergabe von Entscheidungen erschöpften, sondern zukunftsorientierte Beiträge zur Veränderung, Verbesserung oder Weiterentwicklung des Arbeitsrechts enthielten.⁴³⁶

So beschreibt Kaskel im Vorwort zu seinem im Jahr 1925 erstmals erschienen Buch zum Arbeitsrecht:

*„[...] Das wissenschaftliche Ziel meiner Arbeit war eine über die bloße Gesetzesparaphrase hinausgehende Herausarbeitung der dogmatischen Grundlagen des Arbeitsrechts, deren Kenntnis allein seine wissenschaftliche Behandlung verbürgt, die Aufdeckung der Zusammenhänge des Arbeitsrechts mit dem sonstigen Privatrecht, öffentlichen Recht, Prozeßrecht, die allein es ermöglicht, das Arbeitsrecht aus einem bloßen Spezialistentum loszulösen. [...]“*⁴³⁷

Es zeigen sich erste Vertreter, die das Arbeitsverhältnis nicht absolut losgelöst wie Lotmar beschreiben, sondern sich lehrbuchartig mit den gewerblichen Arbeitsverhältnissen auseinandersetzen.⁴³⁸ Ähnlich auch Kaskel, der in seinem (oben erwähnten) Lehrbuch in dem Teil zur außerordentlichen Kündigung das Hauptaugenmerk auf die nach dem Er-

Handelsgesetzbuch; Düringer/Hachenburg, Kommentar zum HGB; Lehmann/Ring, Kommentar zum HGB.

⁴²⁹ Zum Absatz: Baum, Handbuch für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

⁴³⁰ Zum Beispiel:

Lexikon des Arbeitsrechts: Clauß, Mitglied des Bureaus für Sozialpolitik in Berlin; Hog, Magistratsassessor in Frankfurt a.M.; Luppe, Stadtrat in Frankfurt a.M.

Das Rechtsverhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer: Bail, Bürgermeister von Danzig.

Handbuch für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte: Baum, Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin.

⁴³¹ Einen Überblick findet sich in Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Jg. 7, S. 1 ff.

Zum Beispiel: Kaskel, Arbeitsrecht, 1. Auflage; Korsch, Arbeitsrecht für Betriebsräte; Melsbach, Deutsches Arbeitsrecht; Sinzheimer, Grundzüge des Arbeitsrechts; Jacobi, Einführung in das Gewerbe- und Arbeiterrecht; Erdel, Bd. II, Individuelles Arbeitsrecht; Bühler, Öffentlich-rechtliche Grundlagen; Schwarz, Arbeitsrecht – Wirtschaftsrecht; Groh, Deutsches Arbeitsrecht; Potthoff, Probleme des Arbeitsrechts; Hueck, Arbeitsvertragsrecht.

⁴³² RGBl. 1919, S. 1413.

⁴³³ Der erste ordentliche Lehrstuhl für Arbeitsrecht wurde 1920 an der Universität Berlin errichtet und an Kaskel übertragen (Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Jg. 7, S. 30).

⁴³⁴ Eine Übersicht über die stattgefundenen Vorlesungen im Wintersemester 1921/22 an den Universitäten, Technischen Hochschulen und Handelshochschulen findet sich in Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Jg. 9, S. 54.

⁴³⁵ Zum Beispiel: Kaskel, Arbeitsrecht, 1. Auflage, Universitätsprofessor Berlin; Hueck, Arbeitsvertragsrecht von 1922, Privatdozent Universität Münster – Hueck/Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts, 1928, Hueck jetzt Universitätsprofessor Jena und Nipperdey Universitätsprofessor Köln; Richter, Grundverhältnisse des Arbeitsrechts, Professor des Staats- Verwaltungs- und Arbeitsrechts Uni Leipzig; Jacobi Professor und Direktor des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig; Erdel, Professor an der Handelshochschule Mannheim; Bühler, Professor an der Universität Münster.

⁴³⁶ Laufs, Rechtsentwicklungen in Deutschland, S. 373, 374.

⁴³⁷ Kaskel, Arbeitsrecht, 1. Auflage, Vorwort.

⁴³⁸ Zum Beispiel Jacobi, Einführung in das Gewerbe- und Arbeiterrecht; Kaskel, Arbeitsrecht, 1. Auflage; Hueck/Nipperdey, Lehrbuch des Ar-

sten Weltkrieg entstandenen Besonderheiten zur Kündigung von Schwerbeschädigten oder Betriebsräten und der Beteiligung derselben am generellen Kündigungsverfahren legt und sich auch noch nicht mit der Auslegung der gesetzlichen Kündigungsgründe beschäftigt.⁴³⁹

4. Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte

In Ermangelung reichs- oder sonstiger obergerichtlicher Entscheidungen wurde die Notwendigkeit der Schaffung des Verbandes der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erkannt. Nach seiner Gründung veröffentlichte dieser Verband die „Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“ (ab Einführung des Kaufmannsgerichtsgesetzes „Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“)⁴⁴⁰ mit folgender Zielsetzung:

„[...] Sammlung des Materials und Fortentwicklung der Grundsätze über Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; Arbeitsvertrag und collective Arbeitsbedingungen. [...]“⁴⁴¹

Die Monatsschrift „Das Gewerbegericht“ (zitiert GG) bzw. „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ (zitiert GKG) beinhaltet den mit weitem Abstand größten Fundus an Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Die Monatsschrift ist in Württemberg bei einigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zugänglich gewesen. Bei den Stadtarchiven Laupheim, Biberach und Tübingen bestehen Hinweise, dass diese Zeitschrift für die Mitglieder des Gewerbe- (und Kaufmanns)gerichts auf Kosten der Gemeinden bezogen wurden. Ob dies auch in den anderen Gemeinden so gehandhabt wurde kann nicht mehr festgestellt werden. Allerdings findet sich für das Jahr 1925 der Hinweis in der Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, dass unter anderem die württembergische Regierung den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten den Bezug der Zeitschrift für alle Beisitzer auf Gerichtskosten empfohlen habe und dass 6.000 Beisitzer im ganzen Reich auf diese Weise die Zeitschrift kostenlos erhielten.⁴⁴² In wie dieser Empfehlung durch die württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wirklich nachgekommen wurde, ist nicht bekannt.

5. Rechtsprechung und Zeitschriften

Die Vereinheitlichung der Rechtsprechung voranzutreiben war eine vordringliche Aufgabe in der Entstehungszeit der Arbeitsrechtswissenschaft. Nur durch eine Rechtsprechung, die auch veröffentlicht wurde und sich mit sich selbst auseinandersetzte, konnte durch gegenseitige intellektuelle Befruchtung von Rechtsprechung und Literatur eine Wissenschaft des Arbeitsrechts entstehen.

Eingang in die Entscheidungssammlungen der Oberlandes- oder der Reichsgerichte konnte die Rechtsprechung wegen des Endes des Rechtsweges bei den Landgerichten nicht finden. Aus diesem Grund wurden zunehmend reine Urteilsammlungen aufgelegt.⁴⁴³

Neben diesen reinen Rechtsprechungssammlungen bildeten sich mit der zunehmenden Verwissenschaftlichung auch Zeitschriften und Jahrbücher zur Aufarbeitung arbeitsrechtswissenschaftlicher Themen heraus. In diesen Werken wurden eher wenige Urteile veröffentlicht; diese wurden meist in die Aufsätze und Beiträge eingearbeitet.⁴⁴⁴ Bei der Zeitschrift *Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten* findet sich im Vorwort des ersten Heftes aus dem Februar 1914 Folgendes:

„[...] Die] Arbeit auf diesem Gebiete steht nach der Zahl der Forscher, nach dem Umfang der literarischen Produktion und nach der Teilnahme der Leser weit hinter dem zurück, was hierin auf anderen Feldern der

beitsrechts – allerdings erst aus dem Jahr 1928.

Eine Übersicht m.w.N. findet sich bei Becker, *Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnis in Deutschland* – während der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, dort insbesondere ab S. 162 ff.

⁴³⁹ Kaskel, *Arbeitsrecht*, 1. Auflage, S. 132 bis 136.

⁴⁴⁰ Die Entwicklung der Monatsschrift:

Ab 1895 Beilage zur Zeitschrift: „Soziale Praxis, Centralblatt für Sozialpolitik. Zugleich Organ des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“. Monatsschrift deren Jahrgangsfolge immer von Oktober bis September erschien.

Ab 01.10.1899 eigenständige Monatsschrift: „Das Gewerbegericht. Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“. Beginnend mit Jahrgang 5.

Ab 18.09.1905 (umgesetzt zum 01.10.1905) der Umbenennung des Verbandes folgend: „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“. Ab dem 11. Jahrgang.

Ab dem 01.10.1925 Umbenennung in „Das Arbeitsgericht“, wobei dies erst noch als Untertitel zum bisherigen Titel „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ erfolgte (GKG 31, Sp. 1). Zum Jahr 1927 wurde die bis dahin gültige Jahrgangsfolge von Oktober bis September auf das Kalenderjahr umgestellt und ab dem 32. Jahrgang also ab dem 01.01.1927 galt der Titel „Das Arbeitsgericht“ mit dem Untertitel „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“. (GKG 32, Sp. 1).

Auch der „Verband deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“ hatte sich im Herbst 1924 in den „Arbeitsgerichtsverband“ umbenannt. (GKG 32, Sp. 3).

⁴⁴¹ GG 5, Sp. 4.

⁴⁴² GKG 31, Sp. 1.

⁴⁴³ Reine Urteilsammlungen waren beispielsweise: Potthoff/Jadesohn/Meissinger, *Rechtsprechung des Arbeitsrechts* – 9000 Entscheidungen in 5000 Nummern 1914-1927 in einem Band systematisch geordnet; Goerrig, *Das Arbeitsrecht in der Praxis* (ab 1924).

⁴⁴⁴ Zum Beispiel: *Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten*; *Der Arbeitgeber*; *Hoeningner/Schulz/Wehrle, Jahrbuch des Arbeitsrechts*.

Rechtswissenschaft geleistet wird. [...] Wohl besitzen wir bereits eine Anzahl von Spezialzeitschriften, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Fragen des Arbeitsrechts besonders zu behandeln (das „Gewerbe- und Kaufmannsgericht, die „Soziale Praxis“, das „Einigungsamt“, die Arbeitsrechtsbeilage des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ u.a.). Aber alle diese Zeitschriften haben in überwiegendem Maße praktische und zum Teil politische Ziele. Sie regen die wissenschaftliche Forschung an, können und wollen sie aber nicht selbst betreiben, [...] Es fehlt an einem Organ des Arbeitsrechtes, welches der rein wissenschaftlichen Forschung und zugleich der Praxis dient. [...] Dieser Aufgabe soll unser Jahrbuch dienen. [...]“⁴⁴⁵

Ein Mittelweg zwischen der sehr wissenschaftlichen Betrachtung und der unkommentierten Aneinanderreihung von Urteilen wurde in den neu geschaffenen, mehr oder weniger regelmäßig erscheinenden Zeitschriften bzw. sonstigen Veröffentlichungen gefunden, wie zum Beispiel der schon oben dargestellten „Monatsschrift des Verbands der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“.

In den speziell handelsrechtlichen Zeitschriften, wie zum Beispiel der Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht, findet sich keine Entscheidung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und auch keine sonstige Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Neben anderen arbeitsrechtlichen Zeitschriften⁴⁴⁶ bestand auch die im Jahr 1921 ins Leben gerufene „Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht“⁴⁴⁷, in deren Geleitwort der Zustand der Arbeitsrechtswissenschaft folgendermaßen umschrieben wurde:⁴⁴⁸

⁴⁴⁵ Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Jg. 1, S. 1 f.

⁴⁴⁶ Als Beispiele seien genannt: Juristische Rundschau; Arbeitsrecht und Schlichtung, Gewerbearchiv für das Deutsche Reich; Zeitschrift für Bergrecht; Juristische Wochenschrift; Wochenschrift für deutsches Handels- und Wechselrecht.

Weitere regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen, die allerdings nicht oder nur sehr unwesentlich die Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte behandelten waren zum Beispiel: Deutsche Richterzeitung; Deutsche Juristenzeitung, Die Justiz; Archiv für civilistische Praxis; Seuffert's Archiv; Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts.

⁴⁴⁷ Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht ab dem 1921 ist nicht mit der heute bekannten Zeitschrift Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht zu verwechseln, die aus der 1984 entstandenen Schriftenreihe Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht entstanden ist und welche in ihrer ersten Ausgabe keine erkennbaren Bezüge zu der vorgenannten NZA aus dem Jahr 1921 herstellt.

⁴⁴⁸ Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 1921, Geleitwort vor S. 1.

NEUE ZEITSCHRIFT FÜR ARBEITSRECHT

H e r a u s g e g e b e n v o n

DR. H. DERSCH
MINISTERIALRAT IM REICHS-
ARBEITSMINISTERIUM

DR. W. KASKEL
AO. PROFESSOR AN DER
UNIVERSITÄT BERLIN

DR. FR. SITZLER
MINIST.-RAT U. ABT.-LEITER IM
REICHSARBEITSMINISTERIUM

DR. FR. SYRUP
PRÄSIDENT DES REICHSAMTS
FÜR ARBEITSVERMITTLUNG

HEFT 1—2

MAI-JUNI 1921

1. JAHRG.

Zum Geleit!

Das heranwachsende Arbeitsrecht hat Aufgaben von größter Tragweite zu erfüllen. Soll es ihnen gewachsen sein, so bedarf es sorgfältiger wissenschaftlicher Pflege. Mit dem Fortschreiten der Gesetzgebungsarbeit muß an die Stelle der bisher üblichen rechtspolitischen Behandlung mehr und mehr die wirkliche juristische Durchdringung des neu-geschaffenen Rechtsstoffes treten: Nicht im Geiste einer weltfremden Begriffsjurisprudenz, sondern als praktische Wissenschaft, die den schwierigen Problemen des neuen Arbeitsrechts zwar mit dem vollen Bewußtsein ihrer lebendigen Bedeutung, aber unter Ablehnung jedes einseitigen Interessenstandpunkts entgegentritt. Die Ergebnisse der bisherigen Arbeitsrechtswissenschaft müssen auf ihre weitere Brauchbarkeit geprüft, Lücken ausgefüllt und Brücken geschlagen werden zu verwandten Rechtsgebieten und zum ausländischen Recht. All dies kann nur eine Zeitschrift, die sich ganz in den Dienst des neuen Rechtsgebiets stellt.

Die Neue Zeitschrift ist für den Praktiker bestimmt. Ihn will sie der Mühe entheben, sich das unentbehrliche Material für seine Berufsarbeit aus einer kaum zu übersehenden Fülle von Gesetzsammlungen, Zeitschriften und Fachblättern mühsam zusammenzustellen. Die Zeitschrift wird daher neben wissenschaftlichen Abhandlungen über neue Gesetze und wichtige Probleme des Arbeitsrechts regelmäßig zuverlässige Uebersichten über die gesamte Rechtsprechung und Literatur und eine ständige Rundschau über alle wichtigen Vorkommnisse auf dem neuen Rechtsgebiet bringen. In welcher Weise die Bearbeitung gedacht ist, ergeben der Inhalt dieses ersten Heftes und die auf dem Umschlagbogen angegebenen Titel der in den nächsten Heften erscheinenden Abhandlungen.

Die Herausgeber.

Besonderheiten im Bereich Rechtsprechung und Veröffentlichung derselben bildeten das Gewerbegericht Berlin und das Kaufmannsgericht Berlin.⁴⁴⁹ Im Jahr 1898 wurde eine Sammlung veröffentlicht, die Entscheidungen des Gewerbegerichts Berlin beinhaltet.⁴⁵⁰ In den Jahren 1903⁴⁵¹ und 1913⁴⁵² wurden erneut Entscheidungen des Berliner Gewerbegerichts veröffentlicht. Nach Errichtung des Berliner Kaufmannsgerichts erschienen in den Jahren 1908, 1910 und 1912 Jahrbücher des Berliner Kaufmannsgerichts.⁴⁵³ Wegen des folgenden Ersten Weltkrieges und der Zeit der Inflation dauerte es bis 1925, bis das Werk „Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgericht Berlin aus den Jahren 1913 bis 1924“ veröffentlicht wurde. Eine weitere Ausgabe wurde 1927 veröffentlicht.⁴⁵⁴

Inhalt dieser Sammlungen waren aber nicht nur die Urteile des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts Berlin, sondern unter anderem auch Aufsätze und Gutachten.⁴⁵⁵ Eine ähnliche Veröffentlichung findet sich, soweit ersichtlich, wohl nur noch beim Gewerbegericht Stettin.⁴⁵⁶

Weitere Veröffentlichungen finden sich in den Zeitschriften der politischen Vereinigungen wie Gewerkschaften oder Arbeitgebervereinigungen.⁴⁵⁷ Es ist zu erkennen, dass die Rolle der politischen Interessenverbände nach dem Ersten Weltkrieg erheblich gestärkt worden war; es kam zu einer auffälligen Zunahme von veröffentlichten Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsentscheidungen, die nicht von den Gerichten selbst, sondern von den Interessenverbänden eingesendet worden waren.⁴⁵⁸

Ein eigenständiges Veröffentlichungsmedium konnte bei den württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten nicht festgestellt werden. Allerdings veröffentlichten viele Gerichte – so auch württembergische – ihre Urteile oder jedenfalls Auszüge derselben in der Tagespresse⁴⁵⁹, auch kam es zu Veröffentlichungen in den überregionalen Zeitungen oder in Gerichtszeitungen.

6. Zunahme der literatur-internen kritischen Auseinandersetzung und Herausbildung einer wissenschaftlichen Disziplin

Interessant ist ein in der Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ im Jahr 1923 abgedruckter Schlagabtausch unter dem Titel: „Kritiklosigkeit in arbeitsrechtlichen Spruchsammlungen“.

Dabei beklagte Flatow, dass

„[...] das neue Arbeitsrecht unter einer Flut kritiklos hingenommener Entscheidungen, Schiedssprüche u. dgl. zu versinken droht. Wir treiben allmählich in einen Präjudizienkult hinein, der die Reste arbeitsrechtlicher Sicherheit zu beseitigen geeignet ist. Anstatt eines festgefügtten, von arbeitsrechtlichen Grundbegriffen getragenen Systems erwächst hier ein Bau, dessen bald niemand mehr Meister ist, alles auf Kosten der Rechtssicherheit; der Ausgang jedes Verfahrens wird zum Lotteriespiel, dessen Ergebnis sich häufig erst in einem nachfolgenden Gerichtsverfahren herausstellt. [...] Welch ein Verdienst sich die arbeitsrechtlichen Zeitschriften erwerben würden, wenn sie etwa nach der Art der „Juristischen Wochenschrift“ weniger Entscheidungen, diese aber mit sorgfältigen, das Für und Wider erwägenden Erläuterungen bringen würden. Solche Arbeitsmethode würde in dem Leserkreis das Verständnis für die Grundprobleme des neuen Arbeitsrechts fördern und damit zu dessen Übergang in das allgemeine Rechtsbewusstsein mehr beitragen, als die heute übliche Nachschlagemethode, bei der häufig genug nur die Fehler des Vorgängers nachgebetet werden. [...] Es ist tief bedauerlich im Interesse der Rechtssicherheit, wenn in einer weitverbreiteten Sammlung solche Urteile, die dringend eine kritische Beleuchtung erfordern, kommentarlos abgedruckt werden. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, die Methode der Arbeitsrechtswissenschaft in diesem Sinne zu beeinflussen. [...]“⁴⁶⁰

⁴⁴⁹ Hintergrund war bestimmt auch, dass das Gewerbe- und Kaufmannsgericht Berlin das größte dieser Gerichte in Deutschland war, vor dem nach eigener Aussage fast ein Fünftel der deutschen arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zur Verhandlung kamen (Vorwort zu den Arbeitsrechtlichen Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. II).

⁴⁵⁰ Entscheidungen des Gewerbegerichts zu Berlin 1898.

⁴⁵¹ Aus der Praxis des Gewerbegerichts Berlin 1903.

⁴⁵² Aus der Praxis des Gewerbegerichts Berlin 1913.

⁴⁵³ Jahrbuch des Kaufmannsgerichts Berlin 1908, 1910, 1912.

⁴⁵⁴ Zu dem gesamten Absatz: Vorwort zu den Arbeitsrechtlichen Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, 1927.

⁴⁵⁵ Siehe zum Beispiel: Neumann, Jahrbuch des Berliner Kaufmannsgerichts 1910, S. 86 ff.

⁴⁵⁶ Mass; die Praxis des Gewerbegerichts Stettin, 1907 – auf diese Quelle weist nur noch Sekundärliteratur hin; das Werk selbst konnte nicht auffindig gemacht werden.

⁴⁵⁷ Hier nur als Beispiele seien genannt: Der Arbeitgeber – Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände e.V.; Betrieb und Wirtschaft der christlichen Gewerkschaft; Technische Zeitung; Holzarbeiter-Zeitung; Wirtschafts Rundschau; Gewerkschaftszeitung; Arbeitgeberzeitung für Handel und Industrie; Deutsche Arbeitgeberzeitung; Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes Unterelbe; Blätter für Arbeitsrecht; Nachrichtenblatt des Zechenverbandes (Diese Quellen wurden nicht im Original untersucht, sondern wurden bei Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidungen 1145 ff. entnommen).

⁴⁵⁸ Als Beispiele: Gewerbegericht Krefeld vom 06.01. 1924 in GKG 29, Sp. 201, eingesandt vom deutschen Werkmeisterverband; Landgericht Elberfeld vom 14.10.1924 in GKG 30, Sp. 354, eingesandt vom Zentralverband der Angestellten; Kaufmannsgericht Remscheid vom 16.03.1923 in GKG 28, Sp. 140, eingesandt vom Zentralverband der Angestellten.

⁴⁵⁹ Bekannt sind die Veröffentlichungen zum Beispiel der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte Stuttgart und Reutlingen in der Tagespresse.

⁴⁶⁰ Flatow in GKG 28, Sp. 98 f.

Hierauf erwidert Kallee, Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in Stuttgart und Herausgeber der konkret angesprochenen Kartenauskunftei, dass sein Werk die angesprochene inhaltliche Auseinandersetzung sehr wohl vornehme und bemerkt zu der generellen Forderung einer verstärkten wissenschaftlichen Betrachtung:

„[...] Die Kartenauskunftei des Arbeitsrechts räumt also der mit kritischen Erörterungen verbundenen Wiedergabe der in Schrifttum und Rechtsprechung veröffentlichten Auffassungen einen Raum ein, wie keine andere arbeitsrechtliche Fachzeitschrift. Der Wunsch Flatows rennt also bei der Kartenauskunftei des Arbeitsrechts offene Türen ein. [...]“⁴⁶¹

Unter anderem auch hieraus ist erkennbar, dass die wissenschaftlich-dogmatische Sicht auf das Arbeitsrecht und der wissenschaftliche Diskurs im Rahmen einer eigenständigen juristische Disziplin begonnen hatte.

7. Fazit

Innerhalb des Betrachtungszeitraums vom 1891 bis 1927 entwickelte sich die eigenständige juristische Disziplin des Arbeitsrechts. Noch vor dem Ersten Weltkrieg bestanden keine Lehrstühle für Arbeitsrecht an den Universitäten und auch Lehrbücher, wie sie heute bekannt sind, gab es nicht. Die arbeitsrechtliche Literatur beschränkte sich auf Handlungsleitfäden und ähnliches, die sich im Wesentlichen in der Gesetzesparaphrase erschöpften. Als Ausnahmen existierten die Monatsschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ und auch die unregelmäßig erscheinenden Jahrbücher des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.

Erst mit dem Ende des Ersten Weltkrieges nahm die Verwissenschaftlichung Fahrt auf. Es kam zur Gründung verschiedener Fachzeitschriften, die sich intensiv – oft ausschließlich – mit dem Arbeitsrecht beschäftigten. Ferner wurden an den Universitäten Lehrstühle für Arbeitsrecht eingerichtet. Die Arbeitsrechtswissenschaft war geboren.

⁴⁶¹ Kallee in GKG 28, Sp. 118 ff.

IX. RECHTSPRECHUNG UND LITERATUR ZUR KÜNDIGUNG VON ARBEITS- BZW. LEHRVERHÄLTNISSEN AUS WICHTIGEM GRUND NACH DER GEWERBEORDNUNG UND DEM HGB

Die wichtigen Kündigungsgründe in der Gewerbeordnung und dem Handelsgesetzbuch waren in unterschiedlicher Ausprägung im Gesetz vorgesehen. Wie oben auf Seite 37 ff. dargestellt, wurden die wichtigen Gründe teils enumerativ aufgezählt, teils als Regelbeispiele oder auch als unbestimmte Rechtsbegriffe ausgestaltet. Für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bestand ein Auslegungsspielraum, der im folgenden Kapitel anhand der noch auffindbaren Entscheidungen aus Württemberg dargestellt wird, die dann an den gewerbe- und kaufmannsgerichtlichen Entscheidungen im Deutschen Reich außerhalb Württembergs sowie an der Aussagen der Literatur gespiegelt werden. Dabei stellt sich die Frage, ob es in Württemberg eine andere Beurteilung der wichtigen Gründe gegeben hat als im übrigen Deutschen Reich. Ferner wird sich zeigen, ob unter den einzelnen württembergischen Gerichten Unterschiede in der Auslegung der wichtigen Kündigungsgründe bestanden oder ob es unterschiedliche Beurteilungen durch die Gewerbe- und die Kaufmannsgerichte gab. Auch stellt sich die Frage, ob sich die oben dargestellten Veränderungen in der Gesellschaft auch in der Auslegung der wichtigen Gründe wiederfinden oder ob sie gegen diese Einflüsse des Zeitgeistes resistent waren.

In der Auslegung der unbestimmten Rechtsbegriffe finden sich die Ansichten einer Gesellschaft wieder. Aus diesem Grund stellt sich die Frage, ob über die Zeit des Bestehens der Gewerbegerichte eine Veränderung der Moralvorstellungen erkennbar ist. Ein Grund hierfür könnten die sich wandelnden Moralvorstellungen vor dem Hintergrund des Übergangs von der Monarchie zur Republik sein. Ebenso auch die konkurrierenden Einstellungen des liberalen Bürgertums einerseits und der organisierten Arbeiterschaft andererseits. Während der Anfangszeit der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte war Deutschland eine aufstrebende Wirtschaftsmacht, welche versuchte, sich international zu positionieren. Diese Entwicklung wurde jäh unterbrochen durch den Ersten Weltkrieg und dem einhergehenden Wandel Deutschlands von einer Wirtschaftsmacht zum Kriegsverlierer. Die Rechte der Arbeitnehmer wurden beginnend während des Krieges durch das Hilfsdienstegesetz und dann nach Ausrufung der Republik unter anderem durch das Betriebsrätegesetz deutlich gestärkt. In diese Zeit fällt auch das Entstehen des Arbeitsrechts als eigenständiger wissenschaftlicher Disziplin. Es stellt sich die Frage, ob und wie sich all diese Entwicklungen auf die Rechtsprechung und Auslegung der wichtigen Gründe auswirkten.

Der gewählte nachfolge Aufbau der wichtigen Kündigungsgründe vermischt die Kündigungen von Gesellen und Gehilfen mit denen der Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker der Gewerbeordnung und denen der Handlungsgehilfen des HGB. Ebenso wurden die Kündigungsgründe der gewerblichen wie der kaufmännischen Lehrlinge in einem eigenen Unterkapitel zusammengefasst. Der Aufbau dient der besseren Gegenüberstellung der einzelnen Urteile miteinander und ermöglicht den vergleichenden Blick auf die themenverwandten Kündigungsgründe. Ebenso lässt sich hierdurch anschaulich untersuchen, ob und inwieweit die Voraussetzungen der Kündigung nach den Vorschriften der Gewerbeordnung und des HGB trotz ihrer unterschiedlichen Ausprägung nicht doch derselben Grundordnung und denselben Grundwerten unterfallen.

Beibehalten wurden die großen Themenblöcke zu den Kündigungen aus benannt-wichtigen Gründen, einerseits durch den Arbeitgeber andererseits durch den Arbeitnehmer. Daran schließt sich die einheitliche Betrachtung der Kündigungen aus unbenannt-wichtigen Gründen an. Die Untersuchung der Kündigungen von Lehrverhältnissen teilt sich wieder in die Betrachtung der Kündigungen durch den Lehrling und durch den Lehrherrn.

Es werden zuerst die württembergischen Urteile dargestellt. Diese werden dann an der reichsweiten Rechtsprechung und Literatur gespiegelt und zueinander in Bezug gesetzt, sofern vergleichbare Urteile gefunden werden konnten. Nur ausnahmsweise werden Urteile von außerhalb Württembergs ohne konkreten Bezug zur württembergischen Rechtsprechung dargestellt, wenn diese Urteile einen besonderen Einblick in die Lage oder Verfassung der Gesellschaft zulassen oder dem besseren Verständnis der Auslegung der wichtigen Kündigungsgründe dienen.

Bei den Zitaten der württembergischen Rechtsprechung werden die Schreibweisen, die damals nicht den orthografischen Regeln entsprachen wie die Ersetzung von „ß“ durch „ss“ oder das Ausschreiben der Umlaute nicht gesondert hervorgehoben oder gekennzeichnet. Ebenso wurden die nicht vorgenommenen Leerzeichen nach den Satzzeichen ohne gesonderten Hinweis übernommen. Ferner wurden Rechtschreibfehler ohne Kennzeichnung nach Vorlage des Originals übernommen.

Schließlich ist klarstellend anzumerken, dass bei der fristlosen Kündigung damals sprachlich häufig folgendermaßen unterschieden wurde: Erfolgte sie durch den Arbeitnehmer, so nannte man sie auch „Austritt“, „Verlassen“ oder „Auflösung“ und erfolgte sie durch den Arbeitgeber, wurde von der „Entlassung“, „Aufhebung“ oder „Kündigung“ gesprochen.⁴⁶² Diese Begriffe werden alle vom Gesetzgeber sowie von Rechtsprechung und Literatur jeweils gleichbedeutend verwendet.

⁴⁶² Im Ergebnis auch: Hueck, Arbeitsvertragsrecht S. 192.

Auch wird im Folgenden häufig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gesprochen. Dies ist der zusammengefassten Darstellungsweise geschuldet. Im Betrachtungszeitraum wurde zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden.⁴⁶³ Unter den Angestellten gab es die kaufmännischen Angestellten, auch „Handlungsgehilfen“ genannt (legaldefiniert in § 59 HGB). Bei den Arbeitsverhältnissen der Gewerbeordnung waren die Angestellten die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker nach §§ 133a ff. der Gewerbeordnung. Die Gesellen- und Gehilfen nach §§ 121 ff. der Gewerbeordnung wurden als Arbeiter bezeichnet. Für diese unterschiedlichen Gruppen bot sich der zusammenfassende Oberbegriff der Arbeitnehmer an.

Beginnend mit der Untersuchung der Kündigungen aus benannt-wichtigem Grund durch die Arbeitgeber schließt sich die Darstellung der benannt-wichtigen Gründe bei den fristlosen Kündigungen durch die Arbeitnehmer an. In der Folge werden die fristlosen Kündigungen wegen unbenannt-wichtiger Gründe, die der Lehrverhältnisse und entweder durch Einzelvertrag oder Arbeitsordnung vorgesehen wichtigen Kündigungsgründe beleuchtet. Es werden jeweils einleitend die zu Grunde liegenden gesetzlichen Vorschriften der Gewerbeordnung und des HGB gegenüber gestellt.

Einleitend ein Beispiel für eine fristlose Kündigung, konkret durch die Daimler-Motoren-Gesellschaft ausgesprochen:⁴⁶⁴

⁴⁶³ Die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten wurde letztendlich erst mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 30.05.1990 (BVerfGE 82, 126 ff.) aufgehoben.

⁴⁶⁴ Vorlage: Staatsarchiv Ludwigsburg, E326 Bü. 2; Abdruck mit Genehmigung des Staatsarchivs Ludwigsburg.

U
Älteste Fabrik von Petrolmotoren



Stuttgart-Untertürkheim

am 28. Sept. 1920

Daimler-Motoren-Gesellschaft *Emp. 29.9.*

Telegramm-Adresse:
Daimleria Untertürkheim.

Nachsehen! Umschreiben!

Herrn

Telephon:
Amt Untertürkheim Nr 4, 15, 50, 99, 125, 226 u. 227

Eugen Geiger,
Stuttgart.

Postcheck-Konto Nr 470 Amt Stuttgart

Reinsburgstr. 196 p

Reichsbank-Giro-Konto

Abteilung:

MFF/A

in allen Antwortschreiben wiederholen

Wir kündigen hiermit Ihr Arbeitsverhältnis mit sofortiger Wirkung, sofern Sie eine schriftliche Kündigung bisher nicht erhalten haben.

Daimler Motoren Gesellschaft.

Lang. Ma. S. Typ

1. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung durch den Arbeitgeber – benannt-wichtige Kündigungsgründe

In der Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nimmt der folgende Teil, also die Kündigungen aus wichtigem Grund von Arbeitnehmern durch die Arbeitgeber den größten Teil ein. Deren zahlenmäßige Überzahl ergibt sich nicht nur aus der aufgefundenen württembergischen Urteilen, sondern auch aus der Auswertung der veröffentlichten Rechtsprechung.

a. Falsche Papiere

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 123 Abs. 1 Nr. 1 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen entlassen werden: 1. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorzeigung falscher oder verfälschter Arbeitsbücher oder Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben;“	§ 133c Abs. 1 Nr. 1 GewO „Gegenüber den im §. 133a bezeichneten Personen kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden: 1. wenn sie beim Abschluß des Dienstvertrages den Arbeitgeber durch Vorbringung falscher oder verfälschter Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Dienstverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben;“	Nicht vorhanden.

aa. Rechtsprechung und Literatur

In einem Fall des Gewerbegerichts Stuttgart war ein Arbeiter bei seinem ehemaligen Arbeitgeber ohne Einhaltung der Kündigungsfrist und ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nach § 124 der Gewerbeordnung ausgetreten und sofort im Anschluss beim Beklagten eingetreten.⁴⁶⁵ Dem Beklagten stand ein wichtiger Grund zur Kündigung dieses Arbeitsverhältnisses zur Seite:

„[...] Wenn die gesetzliche Kündigungsfrist vom Bekl.eingehalten werden musste,so galt dasselbe auch,für den Kläger.Kläger hat aber unbestritten sein Arbeitsverhältnis in Holzgerlingen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gelöst,ohne hierzu nach § 124 G.O.berechtigt gewesen zu sein.Das den Kläger verpflichtende Arbeitsverhältnis in Holzgerlingen bestand daher im Zeitpunkt des Eintritts des Klägers beim Beklagten rechtlich noch weiter,sodass der Beklagte,um seiner eigenen Haftung gemäss §125 Abs. 2 G.O.⁴⁶⁶ zu entgehen, nach § 123 Ziffer 1 G.O. zur sofortigen Entlassung des Klägers berechtigt war. [...]“⁴⁶⁷

Wie die württembergische Entscheidung orientierten sich die reichsweite Literatur und Rechtsprechung⁴⁶⁸ bei diesem Kündigungsgrund sehr stark am Wortlaut des Gesetzes. Als Vertreter der Literatur findet sich bei Schicker die Aussage, dass das Arbeitsbuch oder Zeugnis dann falsch gewesen sei, wenn es von einem anderen benutzt wird, als demjenigen, dem es gehört; jedenfalls muss der Arbeiter die Täuschung absichtlich begangen haben.⁴⁶⁹

bb. Fazit

Es scheint keine weitere Notwendigkeit zur Auslegung des in Rede stehenden Kündigungsgrundes gegeben zu haben, weil er wegen seiner Eindeutigkeit wenig Auslegungsspielraum für die Gewerbegerichte bot. Deswegen verwundert es nicht, dass dieser Kündigungsgrund auch in der reichsweiten veröffentlichten Rechtsprechung wenig in Erscheinung trat.

Zu beachten ist, dass dieses Kündigungsrecht im HGB nicht zu Gunsten des Prinzipals, also des kaufmännischen Arbeitgebers, vorhanden war. In einem diesbezüglichen Fall, in dem falsche Zeugnisse vorgelegt worden waren, wurde der Kündigungsgrund des Vertrauensmissbrauchs herangezogen.⁴⁷⁰

⁴⁶⁵ Gewerbegericht Stuttgart vom 30.04.1920 (Zufallsfund in den Akten des Schlichtungsausschusses Stuttgart); Staatsarchiv Ludwigsburg, E392 Bü. 30 Anl. 1 zu Qu. 14.

⁴⁶⁶ § 125 der Gewerbeordnung siehe S. 252.

⁴⁶⁷ Gewerbegericht Stuttgart vom 30.04.1920 (Zufallsfund in den Akten des Schlichtungsausschusses Stuttgart); Staatsarchiv Ludwigsburg, E392 Bü. 30 Anl. 1 zu Qu. 14.

⁴⁶⁸ Gewerbegericht Chemnitz vom 13.06.1912 in GKG 19, Sp. 394; Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1145g.

⁴⁶⁹ Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 123 Note 2.

⁴⁷⁰ Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 63, Nr. 221 mit Verweis auf KfmG II (Berlin) 297/16.

b. Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Untreue und liederlicher bzw. unsittlicher Lebenswandel und Untreue im Dienst bzw. Missbrauch des Vertrauens

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
<p>§ 123 Abs. 1 Nr. 2 GewO</p> <p>„Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen entlassen werden:</p> <p>[...]</p> <p>2. wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines liederlichen Lebenswandels sich schuldig machen;“</p>	<p>§ 133c Abs. 1 Nr. 2 GewO</p> <p>„Gegenüber den im §. 133a bezeichneten Personen kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden:</p> <p>[...]</p> <p>2. wenn sie im Dienste untreu sind oder das Vertrauen mißbrauchen;</p> <p>[...]</p> <p>6. wenn sie sich einem unsittlichen Lebenswandel ergeben.“</p>	<p>§ 72 Abs. 1 Nr. 1 HGB</p> <p>„Als ein wichtiger Grund, der den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurtheilung rechtfertigen, namentlich anzusehen:</p> <p>1. wenn der Handlungsgehilfe im Dienste untreu ist oder das Vertrauen mißbraucht oder die ihm nach §. 60¹ obliegenden Verpflichtungen verletzt;“</p>

¹ § 60 HGB: „Der Handlungsgehilfe darf ohne Einwilligung des Prinzipals weder ein Handelsgewerbe betreiben noch in dem Handelszweige des Prinzipals für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen.

Die Einwilligung zum Betrieb eines Handelsgewerbes gilt als erteilt, wenn dem Prinzipal bei der Anstellung des Gehülfen bekannt ist, daß er das Gewerbe betreibt, und der Prinzipal die Aufgabe des Betriebs nicht ausdrücklich vereinbart.“

aa. Allgemeines

Der hier behandelte Themenkomplex ist sehr weit. Er beinhaltet, wie in obiger Synopse dargestellt, nicht nur die konkret genannten Vermögensdelikte, sondern auch die unbestimmten Rechtsbegriffe des Vertrauensmissbrauchs und der Untreue im Dienst. Ferner wird in diesem Themenkomplex auch der wichtige Grund des moralischen Fehlverhaltens genannt, bei den Gesellen und Gehilfen der Gewerbeordnung in Form des „liederlichen Lebenswandels“, bei den Werkbeamten der Gewerbeordnung als „unsittlicher Lebenswandel“. Dieser benannt-wichtige Kündigungsgrund bestand im HGB nicht.

Die umfangreiche zusammengefasste Darstellung erfolgt, weil die Kündigungsgründe in der Globalbetrachtung dieselben Lebenssachverhalte betreffen.

bb. Vermögensdelikte nach § 123 Abs. 1 Nr. 2 der Gewerbeordnung bzw. Untreue im Dienst bzw. Missbrauch des Vertrauens nach § 133c Abs. 1 Nr. 2 der Gewerbeordnung oder § 72 Abs. 1 Nr. 2 HGB

Zu den Vermögensdelikten von Arbeitern nach § 123 Abs. 1 Nr. 2 der Gewerbeordnung existieren in den Archiven heute keine Urteile der württembergischen Gewerbegerichte mehr. Auffindbar ist noch ein Urteil wegen Untreue im Dienst und Vertrauensmissbrauchs eines gewerblichen Angestellten.

[1]. Untreue im Dienst bzw. Missbrauch des Vertrauens in Form von Vermögensdelikten⁴⁷¹

Der wiederholte Diebstahl von Bier stellte nach dem Gewerbegericht Biberach nur dann eine zur Kündigung berechtigende Veruntreuung durch den Braumeister nach § 133c der Gewerbeordnung dar, wenn einerseits der Beweis für den Diebstahl geführt werden konnte und andererseits die Frist für die Geltendmachung desselben noch nicht verstrichen war.⁴⁷² In diesem Fall sah das Gewerbegericht in der Aussage des ebenfalls bei der Brauerei angestellten Mechanikers, dass der Gekündigte oftmals Bier verdeckt unter einer Plane von der Brauerei weggeschafft habe, keinen hinreichenden Beweis für eine Unterschlagung.⁴⁷³ Jedenfalls der Umstand, dass die Brauerei von diesen Vorgängen durch den Zeugen wiederholt berichtet bekommen hatte, führte dazu, dass die Entlassung zu spät erfolgt war.⁴⁷⁴

Ein vergleichbarer Fall findet sich in der reichsweit veröffentlichten Literatur, wo das Gewerbegericht Stuttgart urteilte, dass eine zur fristlosen Entlassung rechtfertigende Entwendung gegeben war, wenn ein Kellner gegen die ausdrückliche Anordnung des Arbeitgebers, nichts Alkoholisches zu konsumieren, mit einem Kollegen eine Flasche Champagner trank.⁴⁷⁵

Auch der Umstand, dass die hier in Rede stehenden „erbeuteten“ Gegenstände zum Verzehr waren, lassen keine anderweitige Beurteilung zu, denn zur Beurteilung des Kündigungsgrundes war unter Entwendung auch jene im Sinne des § 370 Ziffer 5 des Strafgesetzbuches zu verstehen, also auch die Entwendung von Nahrungs- und Genussmitteln von unbedeutendem Wert und in geringer Menge, die zum alsbaldigen Verzehr gedacht waren.⁴⁷⁶ Demgegenüber konnte ein Handlungsgehilfe, der zwar in der Lebensmittelabteilung, nicht aber in der Obstabteilung angestellt war und sich des Diebstahls eines Apfels schuldig gemacht hatte, wegen der Geringfügigkeit des Diebesgutes nicht sofort entlassen werden; das Kaufmannsgericht Charlottenburg urteilte mit Hinweis auf Staub, dass die fristlose Kündigung unzulässig sei: „[...] wenn die Veruntreuung gar zu geringfügig ist und sich etwa auf eine Zigarre oder ein paar Schuhsenkel

⁴⁷¹ Urteile zum Diebstahl: Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidungen 1163 ff.

⁴⁷² Gewerbegericht Biberach vom 27.01.1923 (Nr. 3 aus 1923), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3305.

⁴⁷³ Gewerbegericht Biberach vom 27.01.1923 (Nr. 3 aus 1923), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3305.

⁴⁷⁴ Gewerbegericht Biberach vom 27.01.1923 (Nr. 3 aus 1923), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3305.

⁴⁷⁵ Gewerbegericht Stuttgart (ohne Datum) in GG 2, Sp. 16 – in wie weit hier auch ein unsittlicher Lebenswandel (§ 133c Nr. 6 der Gewerbeordnung) vorliegen könnte, wurde in der Darstellung des Urteils nicht kommentiert.

⁴⁷⁶ Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 123 Note 4.

erstreckt. [...] ⁴⁷⁷ Im konkreten Fall hatte der Handlungsgehilfe sogar bei Abschluss des Arbeitsvertrages ein Klausel unterzeichnet, dass er bei jedweder Entwendung sofort gekündigt werden könne; das Gewerbegericht sah in dieser Vereinbarung jedoch einen Verstoß gegen § 138 BGB. ⁴⁷⁸ Dagegen steht die Entscheidung des Kaufmannsgerichts Berlin, nach welchem eine fristlose Kündigung eines Handlungsgehilfen gerechtfertigt war, wenn dieser die bestimmte Menge der Kuchenwaren, die er sich für den eigenen Verbrauch nehmen durfte, um nicht nur wenige Kuchenstücke überschritten hatte. ⁴⁷⁹

Hierzu auch das Kaufmannsgericht Königsberg: ⁴⁸⁰

54. Ist die Entwendung von Nahrungsmitteln in ganz geringem Wert Grund zur fristlosen Entlassung? (HGB. § 72. Urteil des RG. Königsberg i. Pr. vom 11. April 1921. Eingefandt vom Zentralverband der Angestellten.)

Das Gericht hat die Frage, ob die Klägerin wegen Entwendung eines Eis fristlos entlassen werden durfte, verneint.

Aus den Gründen: An sich muß jede Entwendung von Waren und sonstigen Sachen, die dem Arbeitgeber gehören, als Untreue im Dienst und daher gem. § 72 Ziff. 1 als Grund zur fristlosen Entlassung angesehen werden, jedoch muß in jedem Falle gem. § 72, Ziff. 1 geprüft werden, ob nicht besondere Umstände eine andere Entscheidung rechtfertigen. Diese besonderen Umstände hat das Gericht in der Geringfügigkeit des entwendeten Gegenstands gesehen. Selbstverständlich kann man es der Beklagten nicht zumuten, einen Angestellten zu behalten, welcher ihn bestiehlt. Hier war aber nur die Frage zu rufen, ob die zweifellos erforderlich gewordene Entlassung der Klägerin im Wege der ordnungsmäßigen Kündigung oder durch fristlose Kündigung erfolgen sollte. In Übereinstimmung mit dem von der Klägerin vorgelegten Urteil des Charlottenburger Gewerbegerichts, welches die Entwendung eines Apfels im Werte von 15 bis 20 Pfennigen behandelt, hat das Gericht den Standpunkt eingenommen, daß auch die Entwendung eines Eis als so geringfügig anzusehen ist, daß dieser Tatbestand keinen Grund zur fristlosen Entlassung abgeben kann. Man kann es der Beklagten daher durchaus nachfühlen, wenn sie das Dienstverhältnis mit der Klägerin lösen wollte. Sie durfte dies aber nur unter Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist tun. Unter diesen Umständen war die Beklagte anzuhalten, der Klägerin noch das Gehalt bis Ende März zu zahlen.

⁴⁷⁷ Kaufmannsgericht Charlottenburg vom 23.03.1914 in GKG 21, Sp. 178 mit dem Hinweis auf Staub's Kommentar zum Handelsgesetzbuch [wohl 9. Auflage; diese stammt aus dem Jahr 1912], § 72 Anm. 1.

⁴⁷⁸ Kaufmannsgericht Charlottenburg vom 23.03.1914 in GKG 21, Sp. 178.

⁴⁷⁹ Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 67, Nr. 265; zu diesem Thema insgesamt a.a.O. die Nummern 257 ff.

⁴⁸⁰ Kaufmannsgericht Königsberg vom 11.04.1921 in GKG 29, Sp. 206; welches in dem Verweis auf das Gewerbegericht Charlottenburg wohl eher das Kaufmannsgericht Charlottenburg mit o.g. Urteil vom 23.03.1914 in GKG 21, Sp. 178 meinte.

Ebenso reichte es nicht zur sofortigen Entlassung aus, wenn ein Arbeitnehmer sich zwar objektiv widerrechtlich kleine Stoffabfälle aneignete und zum Weiterverkauf nach Hause schaffte, wenn er nach einer im Schneidergewerbe bestehenden Übung der Ansicht sein konnte, der Arbeitgeber sei mit der Aneignung der Stoffreste einverstanden.⁴⁸¹

[2]. Untreue im Dienst bzw. Missbrauch des Vertrauens in Form von Schlecht- oder Minderleistung

Durch das Gewerbegericht Geislingen wurde entschieden, dass die Leiterin des Konsumvereins wegen Untreue im Dienst rechtmäßig fristlos gekündigt worden war:

„[...] Schon ½ Jahr lang hat die Geschäftshandhabung zu wünschen übrig gelassen; dies hat sich trotz Verwarnung nicht gebessert. Der Einwand der Klägerin, dass sie über die Zeit ihres Urlaubs nicht verantwortlich gemacht werden könne, ist nicht stichhaltig, da sie laut Vertrag auch über diese Zeit haftbar blieb; zu ihrer Sicherung wäre vor Antritt und nach Beendigung des Urlaubs ein Kassensturz notwendig gewesen. Der Umfang des Mankos lässt auf eine Geschäftsführung schließen, die als ordentlich nicht mehr bezeichnet werden kann und die die Beklagte zu sofortiger Entlassung berechtigen muss. [...] Ebenso kann den Einwänden der Klägerin, dass die Rechnungsblöcke unhandlich und die Zettel ungeeignet gewesen seien, auch dass es an der nötigen Anleitung gefehlt habe, eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden, da in anderen Läden dieselben Einrichtungen gebraucht wurden, ohne zu erheblichen Anständen zu führen; übrigens hätte Kl. diese Einwände frühzeitig geltend machen müssen. [...] Ein Mangel der Kl. war es auch, verkaufte Waren nicht oder viel zu spät aufzunotieren und abzurechnen, desgl. die zum Vertrieb überlassenen Geschäftsanteilmarken in das Feuer zu werfen. [...]“⁴⁸²

Ähnlich in einem Urteil außerhalb Württembergs. Dort war es zur sofortigen Kündigung eines Filialleiters ausreichend, dass dieser in einem kurzem Zeitraum erhebliche Fehlbeträge im Warenlager zu verzeichnen hatte.⁴⁸³ Ebenso findet sich ein reichsweit veröffentlichtes Urteil des Kaufmannsgerichts Konstanz, nach dem ein Expedient (kaufmännischer Angestellter, der für den Versand von Waren verantwortlich gewesen war) rechtmäßig fristlos entlassen wurde, nachdem er von seinem Vorgänger ein sortiertes Lager übernommen hatte, dieses nunmehr unsortiert war und er sich weigerte, die Sortierarbeiten zu leisten.⁴⁸⁴

[3]. Verdacht eines Vermögensdeliktes

Besonders interessant ist ein Fall des Kaufmannsgerichts Stuttgart, welcher der Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ entnommen wurde und in welchem das Kaufmannsgericht den Verdacht eines schweren Diebstahls zur Kündigung eines Handlungsgehilfen nicht ausreichen ließ, weil jedermann in einen solchen Verdacht kommen könne und die Berechtigung zur Kündigung gegenüber dem Handlungsgehilfen einen offenbare Ungerechtigkeit sei.⁴⁸⁵ Demgegenüber urteilte die Berufungsinstanz:

„[...] die Anwendung des § 70 HGB setzt nicht voraus, daß der Entlassene den dort vorgesehenen wichtigen Grund verschuldet hat. Ein wichtiger Grund ist schon dann gegeben, wenn nach Lage der Umstände, vom Standpunkt vernünftigen kaufmännischem Ermessens aus, der Bekl. nicht zugemutet werden konnte, das Dienstverhältnis mit dem Kläger fortzusetzen. [...]“⁴⁸⁶

Dies sah die sonstige reichsweite Rechtsprechung nicht so. Nach dieser reichte der reine Verdacht eines Vermögensdelikts (in diesem Fall eines Diebstahls) noch nicht zur Rechtfertigung einer fristlosen Kündigung aus; selbst dann nicht, wenn der Arbeitnehmer bereits früher einmal bei einem solchen Vermögensdelikt entdeckt wurde und ohne dass der Arbeitgeber damals die fristlose Kündigung ausgesprochen hatte.⁴⁸⁷ Insbesondere wurde entschieden, dass die fristlose Kündigung nicht auf einen anonymen Brief gestützt werden konnte.⁴⁸⁸ Nicht nur der Diebstahl gegenüber dem Arbeitgeber, sondern jedweder nachgewiesene Diebstahl war ein Grund zur sofortigen Entlassung, wobei jedenfalls beim Arbeiter ein Unrechtsbewusstsein gegeben sein musste.⁴⁸⁹

⁴⁸¹ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1150 mit Verweis auf Landgericht Berlin III vom 28.09.1917.

⁴⁸² Kaufmannsgericht Geislingen vom 13.03.1925 (Nr. 4 aus 1925), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁴⁸³ Kaufmannsgericht Posen vom 19.10.1915 in GKG 21, Sp. 65; Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 66, Nr. 252 mit Verweis auf KfmG IV (Berlin) vom 01.09.1922.

⁴⁸⁴ Kaufmannsgericht Konstanz vom 11.01.1905 in GG 10, Sp. 117.

⁴⁸⁵ Kaufmannsgericht Stuttgart vom 10.04.1907 in GKG 13, Sp. 41 f.; so auch Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1156.

⁴⁸⁶ Landgericht Stuttgart vom 12.07.1907 in GKG 13, Sp. 41 f.

⁴⁸⁷ Gewerbegericht Liegnitz vom 20.01.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 191, so auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 95, Nr. 467, 469.

⁴⁸⁸ Gewerbegericht Liegnitz vom 20.01.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 191.

⁴⁸⁹ Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 94, Nr. 457, 459.

[4]. Fazit

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass bei dem Themenbereich „Untreue im Dienst“ keine wirkliche Fülle an Entscheidungen und bei den Vermögensdelikten gemäß § 123 Abs. 1 Nr. 2 der Gewerbeordnung kein einziges Urteil in Württemberg vorhanden ist. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang, dass aufgedeckte Fälle eines Diebstahls gar nicht vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten verhandelt wurden, da die auf die Taten folgenden Kündigungen seitens der Arbeitnehmer gar nicht erst angegriffen wurden. Auch in der reichsweiten Rechtsprechung findet sich dieses Thema zwar gelegentlich, aber nicht in einem bedeutenden Umfang.

Zu bemerken ist auch die unterschiedliche Sichtweise der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und der ordentlichen Gerichtsbarkeit auf den Verdacht eines Vermögensdeliktes und die hieraus entstehende Frage, ob dieser zur Kündigung berechtigte. Ersichtlich ist, dass das Landgericht Stuttgart dies nicht nur anders sah als das Kaufmannsgericht Stuttgart, sondern auch anders als die wohl herrschende reichsweite Ansicht der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

cc. *Liederlicher/unsittlicher Lebenswandel – Verstoß gegen die Moralvorstellungen nach §§ 123 Abs. 1 Nr. 2, 133c Abs. 1 Nr. 6 der Gewerbeordnung bzw. Untreue/Vertrauensmissbrauch nach § 72 Abs. 1 Nr. 1 HGB*

[1]. Rechtsprechung und Literatur

Es findet sich württembergweit lediglich ein Urteil des Gewerbegerichts Biberach, das die Annahme zulässt, dass es als wichtiger Grund ausreichen sollte, „[...] dann und wann [...]“ während der Arbeitszeit betrunken gewesen zu sein; das Urteil bezog sich dabei sogar auf einen Bierbrauer.⁴⁹⁰ Im Jahr 1912 sah das Gewerbegericht Biberach allerdings im Biertrinken keinen wichtigen Grund mehr, wobei dieses Urteil das Verbot Bier während der Arbeitszeit zu Trinken im Kontext mit einer Arbeitsordnung betraf.⁴⁹¹

Nach dem reichsweiten Schrifttum waren die „wiederholte Trunkenheit“⁴⁹², beziehungsweise noch ungenauer die „Trunkenhaftigkeit“ oder die „Ärgernis gebende Unsittlichkeit“⁴⁹³, wichtige Kündigungsgründe. Allerdings findet sich ein Urteil außerhalb Württembergs, wonach die einmalige Trunkenheit „[...] so bedauerlich sie an sich sein mag, [...] aber noch nicht als liederlicher Lebenswandel bezeichnet werden [kann ...]“.⁴⁹⁴ Einschränkung sah dies das Gewerbegericht Hamburg, demzufolge zu berücksichtigen war, wie weit in dem betreffenden Betrieb oder Berufszweig der Genuss von Alkohol während der Arbeitszeit üblich sei und ob der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern Gelegenheit geboten hat, sich während der Arbeitszeit Alkohol zu beschaffen.⁴⁹⁵

Erkennbar ist ferner, dass zum Teil auch versucht wurde, in diesen Fällen eine fristlose Kündigung über einen unbenannt-wichtigen Grund herbeizuführen. Diesbezüglich wurde entschieden, dass bei einem Arbeitnehmer, dem noch keine Trunkenheit während der Arbeitszeit nachgewiesen werden konnte, die fristlose Entlassung gerechtfertigt war, wenn der betreffende Arbeitnehmer der Trunksucht im Allgemeinen ergeben war und wenn der Arbeitgeber mit Rücksicht auf diese Trunksucht befürchten musste, dass der Arbeitnehmer den Anforderungen des Arbeitspostens nicht mehr gewachsen war.⁴⁹⁶ Voraussetzung für die Anwendung des unbenannt-wichtigen Grundes war allerdings, dass der betreffende Arbeitnehmer entweder als Handlungsgehilfe oder als technischer Angestellter beschäftigt war oder dass er als gewerblicher Arbeiter unter die Sonderbestimmung des § 124a der Gewerbeordnung fiel.⁴⁹⁷

In der reichsweiten Rechtsprechung gibt es zahlreiche weitere Entscheidungen zum liederlichen bzw. unsittlichen Lebenswandel, die aber keinen Bezug zu einer württembergischen Entscheidung haben. Aus Gründen der Veranschaulichung dieses ansonsten sehr unbestimmten Rechtsbegriffs werden diese reichsweiten Entscheidung in der nötigen Kürze dargestellt. So musste sich ein Portier seinen Lebenswandel als liederlich anlasten lassen, nachdem er im Hotel logierenden Damen angeboten hatte, mit diesen abends in die Stadt zu gehen.⁴⁹⁸ Auch wurde eine Kellnerin rechtmäßig wegen Führens eines liederlichen Lebenswandels fristlos entlassen, da sie in „[...] öffentlicher Wirtschaft in einer Weise, daß andere Gäste dies hören konnten, einem Gaste unsittliche Zumutungen der gemeinsten Art gemacht [hatte ...]“.⁴⁹⁹ Dies galt sogar für den Fall, dass es den anderen Gästen gleichgültig war, was die Kellnerin sagte und ob der Gast damit

⁴⁹⁰ Gewerbegericht Biberach vom 20.05.1893 (Nr. 8 aus 1893), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3298 siehe hierzu auf Seite 142 f.

⁴⁹¹ Gewerbegericht Biberach vom 10.07.1912 (Nr. 12 aus 1912), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3304.

⁴⁹² Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Stier-Somlo, „Arbeitsvertrag“, Bd. I, S. 289 (304); so auch Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52; Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 86, Nrn. 405-407.

Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidungen 1172 ff. m.w.N.

⁴⁹³ Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 123 Note 4.

⁴⁹⁴ Kreisgewerbegericht Moers vom 01.08.1911 in GKG 17, Sp. 59, so auch Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, § 123 Note 5.

⁴⁹⁵ Gewerbegericht Hamburg (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 235.

⁴⁹⁶ Gewerbegericht Kassel vom 20.11.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 235. Allerdings nach Arbeitsgericht Essen (in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 235) konnte ein sonst zuverlässiger Arbeiter, der sich außerhalb des Dienstes mehrfach betrunken hat, nicht fristlos entlassen werden.

⁴⁹⁷ Gewerbegericht Kassel vom 20.11.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 235. Allerdings nach Arbeitsgericht Essen (in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 235) kann ein sonst zuverlässiger Arbeiter, der sich außerhalb des Dienstes mehrfach betrunken hat, nicht fristlos entlassen werden.

⁴⁹⁸ Gewerbegericht Frankfurt a.M. vom 16.06.1898 in GG 3, Sp. 140.

⁴⁹⁹ Gewerbegericht Karlsruhe vom 20.08.1903 in GG 9, Sp. 121.

einverstanden war; dies habe die Unsittlichkeit der Kellnerin weder aufgehoben noch gemindert, sondern habe an sich wiederum eine unsittliche Handlung dargestellt.⁵⁰⁰

Unsittliche Tätowierungen und das Sehenlassen derselben wurden dagegen noch nicht als liederlicher Lebenswandel⁵⁰¹ und auch nicht als abschreckende Krankheit gewertet (§ 123 Abs. 1 Nr. 8 bzw. § 133c Abs. 1 Nr. 4 der Gewerbeordnung oder § 72 Abs. 1 Nr. 3 HGB).⁵⁰² Nach Ansicht des Gewerbegerichts war zwar die fristlose Kündigung nicht gerechtfertigt, allerdings hatte auch der Arbeitgeber keine Entschädigung zu leisten, da nach dem (in diesem Fall badi-schen) Landrecht ein Mitverschulden des Arbeiters vorgelegen habe.⁵⁰³ Insbesondere habe der Arbeiter wissen müssen, dass das Erblicken derartiger Darstellungen auf sittlich normal entwickelte Menschen ekelregend wirke; er habe auch weiter wissen müssen, dass bei anderen Menschen hierdurch unreine sittliche Empfindungen erweckt wurden und dass insbesondere bei jungen Leuten, mit denen der Arbeiter viel zusammenarbeiten musste, eine direkte entsittlichende Wirkung zu befürchten gewesen sei – der Arbeiter hätte die Tätowierungen verdecken oder übertätowieren können.⁵⁰⁴

Bei den Handlungsgehilfen gab es diesen konkret benannt-wichtigen Kündigungsgrund des liederlichen bzw. unsittlichen Lebenswandels nicht. Diese Lebenssachverhalte wurden unter die benannt-wichtigen Gründe „Untreue im Dienst“ bzw. „Missbrauch des Vertrauens“ subsumiert. Bei einer Handlungsgehilfin, die außerehelich schwanger geworden war, sollten diese Gründe aber nicht vorliegen, denn sollte den Prinzipal der Umstand der Schwangerschaft oder der Außerehelichkeit stören, so könnte er jene ja mit der vereinbarten Frist entlassen.⁵⁰⁵ Auch konnte eine Handlungsgehilfin, die mit einem anderen Kaufmann (nicht ihrem Prinzipal) ein „unsittliches Verhältnis“ hatte und sich auch von diesem unterhalten ließ, nicht fristlos entlassen werden, da

*„[...] nicht jedes in sittlicher Hinsicht tadelnswertes Verhalten eines Angestellten die Entlassung zu rechtfertigen vermag, sondern nur ein solches, das die Tätigkeit des Gehilfen im Geschäft und die Interessen des Prinzipals berührt und letztere zu schädigen geeignet ist. [...]“*⁵⁰⁶

[2]. Fazit

Auch in Bezug auf den Kündigungsgrund des liederlichen bzw. unsittlichen Lebenswandels muss festgehalten werden, dass es konkret lediglich das eine genannte Urteil des Gewerbegerichts Biberach aus der württembergischen Rechtsprechung zu diesem Themenkreis gibt.⁵⁰⁷ Es ist ebenso wie bei den Vermögensdelikten nicht ersichtlich, weshalb es keine weiteren – jedenfalls heute noch auffindbaren – Urteile zu diesen unbestimmten Rechtsbegriffen gab. Im Gegensatz zu den wenigen Urteilen aus Württemberg existieren zu dieser Thematik durchaus einige Urteile in den reichsweiten Veröffentlichungen.

Ein möglicher Grund, weswegen schon gar keine Klage zum Gewerbe- oder Kaufmannsgericht erhoben wurde, könnte auch der einhergehende Ehrverlust in der Öffentlichkeit sein. Möglich ist auch, dass die Angst zu groß war, einen Umstand, der als liederlich bzw. unsittlich zwar nicht zur außerordentlichen Kündigung ausreichte, anhaften zu haben, und dann nach einer ordentlichen Kündigung Schwierigkeiten beim Finden einer anderweitigen Stelle zu haben.

Auch denkbar ist, dass seitens der Gerichte und auch der Kläger davor zurückgeschreckt wurde, die Entscheidung auf die sehr unbestimmten Rechtsbegriffe des liederlichen bzw. unsittlichen Lebenswandels zu stützen und dass aus diesem Grund „handfestere“, sprich weniger auslegungslastigere wichtige Gründe bemüht wurden.

Es ist nicht ersichtlich, ob im Laufe des Betrachtungszeitraums eine Änderung bei der Auslegung dieses sehr weiten unbestimmten Rechtsbegriffs stattgefunden hat. Gerade bei diesem unbestimmten Rechtsbegriff könnte man davon ausgehen, dass über die Zeit des Ersten Weltkrieges und dem Erstarken der Arbeiterschaft auch eine Veränderung der Anschauung stattfand, welches Verhalten „liederlich“ oder „unsittlich“ sein sollte oder was es zur Bejahung eines „Vertrauensmissbrauchs“ oder einer „Untreue im Dienst“ bedurfte.

⁵⁰⁰ Gewerbegericht Karlsruhe vom 20.08.1903 in GG 9, Sp. 121.

⁵⁰¹ Unbenanntes Gewerbegericht in Soziale Praxis 8, Sp. 36.

⁵⁰² Unbenanntes Gewerbegericht in Soziale Praxis 8, Sp. 36.

⁵⁰³ Unbenanntes Gewerbegericht in Soziale Praxis 8, Sp. 36.

⁵⁰⁴ Unbenanntes Gewerbegericht in Soziale Praxis 8, Sp. 36.

⁵⁰⁵ Kaufmannsgericht Zittau vom 05.06.1908 in GKG 13, Sp. 238 f. so auch Kaufmannsgericht Hannover vom 16.09.1918 in GKG 24, Sp. 34; Kaufmannsgericht Remscheid vom 16.03.1923 in GKG 28, Sp. 140; Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1254 m.w.N.

⁵⁰⁶ Kaufmannsgericht Danzig vom 10.01.1906 in GKG 11, Sp. 220.

⁵⁰⁷ Gewerbegericht Biberach vom 20.05.1893 (Nr. 8 aus 1893) auf Seite 104.

c. Unbefugtes Verlassen und beharrliche Pflichtverweigerung

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 123 Abs. 1 Nr. 3 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen entlassen werden: [...] 3. wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;“	§ 133c Abs. 1 Nr. 3 GewO „Gegenüber den im §. 133a bezeichneten Personen kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden: [...] 3. wenn sie ihren Dienst unbefugt verlassen oder den nach dem Dienstvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, beharrlich verweigern;“	§ 72 Abs. 1 Nr. 2 HGB „Als ein wichtiger Grund, der den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurtheilung rechtfertigen, namentlich anzusehen: [...] 2. wenn er seinen Dienst während einer den Umständen nach erheblichen Zeit unbefugt verläßt oder sich beharrlich weigert, seinen Dienstverpflichtungen nachzukommen;“

aa. Allgemeines

Der wichtige Grund des „unbefugten Verlassens“ und der „Pflichtverweigerung“ musste in die folgenden Unterpunkte aufgliedert werden, damit ein übersichtliches Bild aus der Vielzahl von Entscheidungen gezeichnet werden kann.

bb. Verspätungen

Die fristlose Kündigung eines Kellners, der morgens eineinhalb Stunden zu spät zur Arbeit kam und dem die durchzechte Nacht deutlich anzumerken war, so dass er nicht bei der Bewirtung von Kunden eingesetzt werden konnte, war nach dem Gewerbegericht Tübingen rechtmäßig, da hierin ein Verlassen der Arbeit gesehen wurde.⁵⁰⁸

Zu den Verspätungen gibt es eine Vielzahl reichsweiter Rechtsprechung. So reichte zum Beispiel nach dem Gewerbegericht Königsberg die einmalige Verspätung von zehn Minuten noch nicht zur Kündigung aus.⁵⁰⁹ Im Gegensatz zur wiederholten und angemahnten Verspätung von eineinhalb bis eindreiviertel Stunden.⁵¹⁰ Auch das wiederholte zehn- bis fünfzehn-minütige Zuspätkommen des Arbeiters sollte noch nicht ausreichen, da hiervon nicht auf eine Absicht geschlossen werden könne, die Erfüllung der Vertragspflichten beharrlich verweigern zu wollen.⁵¹¹ In vergleichbaren Betrieben seien laut dem Gewerbegericht zur Maßregelung der Arbeitnehmer niedrige Ordnungsstrafen vorgesehen; von dieser Möglichkeit hätte der Arbeitgeber selbst vorrangig Gebrauch machen müssen.⁵¹² Und auch das Fernbleiben eines Arbeiters für drei Stunden von der Arbeit reichte dem Gewerbegericht Stuttgart im Jahr 1897 nicht zur sofortigen Kündigung aus.⁵¹³ Dagegen aber dem Gewerbegericht Kassel; dies sah im einmaligen Zuspätkommen einen wichtigen Grund, allerdings hatte der Arbeiter auf die angesprochene Verspätung erwidert, er komme zur Arbeit, wann er wolle.⁵¹⁴

An die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker (§ 133a der Gewerbeordnung) wurden bei diesem Kündigungsgrund wegen derer bevorzugten Stellung und der sich daraus ergebenden Vorbildwirkung besondere Anforderungen gestellt.⁵¹⁵

cc. Unbefugtes Verlassen der Arbeit wegen Nichterscheins aus persönlichen Gründen

Nach dem Gewerbegericht Geislingen war ein Arbeiter, der eigenmächtig nachmittags nicht zur Arbeit erschien, da er Besuch von seiner Schwester erwartete und das Fernbleiben nicht mit den Meistern besprochen hatte, weil diese beim Mittagessen waren,⁵¹⁶ ebenso rechtmäßig gekündigt worden, wie einer, der nicht nur wie verabredet nachmittags nicht arbeitete, sondern dies auch schon den ganzen Vormittag nicht getan hatte.⁵¹⁷

Interessant ist, dass zwischen den beiden Urteilen des Gewerbegerichts Geislingen zum Verlassen der Arbeit aus persönlichen Gründen ein Zeitraum von 26 Jahren, ein Weltkrieg und die Änderung des politischen Systems liegen und dennoch keine unterschiedlichen Ergebnisse bei der Beurteilung des relativ ähnlichen Sachverhalts gegeben sind. Und

⁵⁰⁸ Gewerbegericht Tübingen vom 07.01.1926, Stadtarchiv Tübingen, A150/5823; in diesem Urteil geht das Gewerbegericht Tübingen nicht darauf ein, ob in der zur Kündigung berechtigenden Handlung auch ein liederlicher oder unsittlicher Lebenswandel gesehen werden könnte.

In einem nahezu gleich gelagerten Fall des Gewerbegerichts Charlottenburg wurde dieselbe Entscheidung getroffen, wobei die Begründung weniger auf dem Alkohol lag und mehr auf dem Umstand, dass die Krankenpflegerin nach einer Nacht ohne Schlaf nicht dienstfähig war; Gewerbegericht Charlottenburg vom 02.12.1913 und Berufungsentscheidung des Landgericht Berlin vom 30.03.1914 in GKG 20, Sp. 164.

⁵⁰⁹ Gewerbegericht Königsberg i.Pr. (ohne Datum) in GG 2, Sp. 32.

⁵¹⁰ Gewerbegericht Stollberg vom 04.02.1927 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 250.

⁵¹¹ Königliches Landgericht I Berlin vom 07.07.1897 (Berufungsentscheidung) in GG 3, Sp. 90; vergleichbar auch Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52.

⁵¹² Königliches Landgericht I Berlin vom 07.07.1897 (Berufungsentscheidung) in GG 3, Sp. 90.

⁵¹³ Gewerbegericht Stuttgart vom 14.01.1897 in GG 3, Sp. 81.

⁵¹⁴ Gewerbegericht Kassel vom 06.05.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 250; ob hierin auch eine Beleidigung gesehen werden konnte, wurde nicht thematisiert.

⁵¹⁵ Gewerbegericht Elberfeld in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 106; Gewerbegericht Dortmund vom 15.06.1904 in GG 10, Sp. 48 und dazugehörendes, die erste Instanz vollumfänglich bestätigendes Berufungsurteil Landgericht Dortmund vom 28.07.1904 a.a.O.; ähnlich auch Kaufmannsgericht Lichtenberg vom 10.08.1911 in GKG 17, Sp. 42, allerdings in Bezug auf einen Handlungsgehilfenlehrling, bei dem seine Stellung als Lehrling das pünktliche Erscheinen noch stärker in den Vordergrund stellen sollte.

⁵¹⁶ Gewerbegericht Geislingen vom 30.06.1926 (Nr. 19 aus 1926), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵¹⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 04.08.1900 (Nr. 9 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

das vor dem Hintergrund, dass diese Frage in der reichsweit veröffentlichten Rechtsprechung und Literatur nicht einheitlich beurteilt wurde.

So wurde bei einem Angestellten nach § 133a der Gewerbeordnung eine Kündigung wegen unbefugten Verlassens abgelehnt, als der Angestellte während einer verhältnismäßig unerheblichen Zeit (wenige Stunden) von seiner Arbeit fern geblieben war, um berechnete persönliche Interessen wahrzunehmen, weil er sich hierzu gutgläubig befugt hielt.⁵¹⁸ Auch die sonstige reichsweit veröffentlichte Rechtsprechung sah weder im einmaligen, vorzeitigen Verlassen um wenige Stunden⁵¹⁹, noch beim einmaligen Fernbleiben am Tage der Hochzeit⁵²⁰ oder der Pflege des todkranken Vaters für fünf Tage⁵²¹ ein Recht zur fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses.

Das „Verlassen der Arbeit“ erforderte nach Schicker ein völliges Entfernen und nicht nur vorübergehendes stundenweises Fortbleiben vom Arbeitsplatz, für das keine Rechtfertigung (wie zum Beispiel Unwohlsein, Unglücksfall in der Familie o.ä.) gegeben war.⁵²² Anders wurde dies im Fall des eigenmächtigen Verlängerens des Erholungsurlaubes gesehen; eine vorherige Ermahnung war in diesem Fall nicht notwendig - ein unbefugtes Verlassen in der Form des unbefugten Fernbleibens wurde angenommen.⁵²³

dd. Verlassen der Arbeit – blauer Montag

Auch wurde ein Verlassen der Arbeit vom Gewerbegericht Geislingen „[...] unbedingt bejaht [...]“, als der Arbeiter sich nach getaner Arbeit Sonntag abends um neun Uhr zu seinem „[...] Verhältnis [...]“ in eine andere Stadt begeben hatte, dort erhebliche Mengen Wein getrunken und deswegen montagmorgens verschlafen hatte und dann für diesen Tag nicht zur Arbeit erschienen war.⁵²⁴ Dieses „unbedingte Bejahen“ durch das Gewerbegericht Geislingen findet sich allerdings nur teilweise entsprechend in der reichsweiten Rechtsprechung und Literatur⁵²⁵; dabei ist zu bedenken, dass aus Zeiten der Zünfte regional unterschiedlich ein freier (blauer) Montag nicht ungewöhnlich war. So wurde sogar entschieden, dass das Versäumen der Arbeit infolge des Genusses von vertraglich zugesagtem Freibier am blauen Montag nicht als wichtiger Grund anzuerkennen sei.⁵²⁶

ee. Verlassen der Arbeit durch beharrliche Pflichtverweigerung – Verhalten während der Arbeitszeit

Das Gewerbegericht Biberach entschied, dass ein „unbefugtes Verlassen“ der Arbeit nicht gegeben war, als ein Arbeiter die Tätigkeit wieder aufnehmen wollte, nachdem er den Arbeitgeber beleidigt und mit diesem ein Wortgefecht ausgetragen hatte, der Arbeitgeber die Rückkehr an den Arbeitsplatz aber nicht mehr zugelassen hatte.⁵²⁷ Ferner entschied das Gewerbegericht Geislingen, dass kein „unbefugtes Verlassen“ der Arbeit gegeben sein sollte, nachdem der Arbeitgeber mit zwei weiteren Personen in einen Keller kam, in welchem der Kläger (Arbeitnehmer) arbeitete, und der Kläger:

„[...] wiederholt und ausdrücklich aufgefordert [wurde] sogleich seinen Keller zu verlassen. [... Der Kläger musste dies ...] nach Lage der Dinge wohl nicht anders verstehen, als daß er die Arbeit bei dem Beklagten überhaupt aufgeben solle. Von einem unbefugten Verlassen der Arbeit seitens des Klägers kann hienach nicht gesprochen werden u. ist deshalb auch der Beklagte schuldig dem Kläger seinen rückständigen Arbeitsverdienst [zu bezahlen].“⁵²⁸

Die Entschädigungsforderung des Klägers wurde aber letztendlich wegen der vorhergehenden wechselseitigen Beleidigungen abgewiesen.⁵²⁹

⁵¹⁸ Gewerbegericht Berlin vom 17.08.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. IV, S. 115.

⁵¹⁹ Landgericht Waldshut vom 23.12.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 250; Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1196 mit dem Hinweis auf eine Entscheidung des Landgerichts Frankenthal vom 05.06.1925.

⁵²⁰ Kaufmannsgericht Hamburg vom 10.07.1906 in GKG 12, Sp. 85 f.

⁵²¹ Kaufmannsgericht Fürth vom 26.03.1907 in GKG 12, Sp. 186 f., vgl. aber auch Kaufmannsgericht Charlottenburg vom 08.03.1910 in GKG 15, Sp. 207, wo die Pflege der chronisch gichtkranken Mutter nicht zum Verlassen der Stelle ausreichte; ähnlich auch Kaufmannsgericht Augsburg vom 04.05.1911 in GKG 19, Sp. 229.

⁵²² Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 123 Note 5.

⁵²³ Gewerbegericht Reichenbach i.V. vom 21.01.1927 und Gewerbegericht Hamburg vom 30.12.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 249.

⁵²⁴ Gewerbegericht Geislingen vom 19.10.1904 (Nr. 25 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190, auf eine etwaige Trunksucht geht das Urteil jedoch nicht ein.

⁵²⁵ Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Stier-Somlo, „Arbeitsvertrag“, Bd. I, S. 289 (304); ähnlich auch GKG 12, Sp. 112 ff., nachdem die Arbeitsversäumnis an den Karnevalstagen Grund zur sofortigen Entlassung eines Werkmeisters war; ähnlich auch Landgericht Berlin I vom 31.03.1927 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 249 oder Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 78, Nr. 344 mit Verweis auf KfmG III (Berlin) 533/15; Gewerbegericht Halberstadt vom 01.02.1900 in GG 6, Sp. 10; ähnlich auch Königliches Landgericht Stettin vom 13.10.1898 bestätigt das Gewerbegericht Stettin vom 24.05.1898 in Soziale Praxis 8, Sp. 37.

⁵²⁶ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1279.

⁵²⁷ Drei Entscheidungen des Gewerbegerichts Biberach vom 30.07.1901 (Nr. 17, 18 und 19 aus 1901), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3300 – Urteil abgedruckt auf Seite 197 ff.

⁵²⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 10.01.1895 (Nr. 1 aus 1895), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵²⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 10.01.1895 (Nr. 1 aus 1895), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

Ein Verlassen der Arbeit durch beharrliche Pflichtverweigerung wurde dagegen vom Gewerbegericht Geislingen angenommen, als ein Arbeiter nach erfolgter ordentlicher Kündigung auf das Ende des Tages (gemäß des Tarifvertrages) seine Schaufel weggeworfen und gesagt hatte, „[...] dann mache er gleich Schluss [...]“.⁵³⁰ Zu dem selben Ergebnis kam das Gewerbegericht Tübingen, als ein Kraftfahrer sich der Anweisung widersetze, seinen defekten Wagen zu reparieren, weil er schon acht Stunden gearbeitet hatte.⁵³¹

Ferner wurde in einem vom Gewerbegericht Tübingen entschiedenen Fall einem Arbeiter gekündigt, weil:

„[...] ein längeres Zusammenarbeiten [...] mit Rücksicht auf verschiedene unliebsame Vorfälle (Mißhandlung von Pferden) und die wiederholte Arbeitsverweigerung am 16. und 17. Mai 1921 nicht mehr möglich gewesen [sei ...].“⁵³²

Es war vom Arbeitgeber vorgetragen worden, er habe ordentlich gekündigt und die Klage sei verfristet erhoben worden. Diesbezüglich wies das Gewerbegericht darauf hin, dass

„[...] Obwohl sich bei dieser Sachlage eine Entscheidung erübrigt, ob nicht der Beklagte angesichts der nachgewiesenen wiederholten Arbeitsverweigerung zu fristloser Kündigung überhaupt befugt war, so soll doch ausdrücklich bemerkt werden, daß das Gericht [...] dem Beklagten die Berechtigung hierzu hätte zusprechen müssen. [...]“⁵³³

Ohne eine Eingrenzung der arbeitsvertraglichen Pflichten bei einem Tagelöhner wurde ein Verlassen der Tätigkeit vom Gewerbegericht Geislingen angenommen, als dieser sich weigerte, eine andere als die ihm ursprünglich zugewiesene Tätigkeit wahrzunehmen.⁵³⁴ Daran änderte auch seine Stellung als Betriebsrat nichts.⁵³⁵ In dieser Funktion wurde keine Eingrenzung der übertragenen Arbeitspflichten gesehen.⁵³⁶ Das Urteil des Gewerbegerichts Geislingen wurde durch das Landesarbeitsgericht Ulm vollumfänglich bestätigt.⁵³⁷ Dieser Sichtweise zur Eingrenzung der arbeitsvertraglichen Pflichten wurde vom Gewerbegericht Zella-Mehlis-Oberhof entsprochen.⁵³⁸

Zur Bejahung einer beharrlichen Pflichtverweigerung war es notwendig, dass

„[...] wie sich schon aus seinem Wortlaute ergibt, wiederholte Aufforderungen des Arbeitgebers zur Fortsetzung der Arbeit voraus [gingen], denen gegenüber der Arbeiter sich stets ablehnend verhalten hat. Es muß also ein erfolgloser Versuch des Arbeitgebers zur gütlichen Beilegung der bestehenden Differenzen gegeben sein. [...]“⁵³⁹

Ferner wurde entschieden, dass die einmalige Arbeitsverweigerung zur beharrlichen werden kann,

„[...] wenn der Arbeiter sich intensiv trotz wiederholter Aufforderung oder Verwarnung weigert, eine pflichtgemäße Arbeit auszuführen und wenn die anbefohlene Arbeit ihrer Natur nach [...] keinen Aufschub verträgt, dies der Arbeiter auch weiß [...]“.⁵⁴⁰

In der weiteren reichsweiten Rechtsprechung bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Urteilen, die sich wegen der konkret zugrunde liegenden Lebenssachverhalte mal besser, mal schlechter mit den gefundenen württembergischen vergleichen lassen. So war die fristlose Entlassung gerechtfertigt, wenn ausdrücklich angeordnete Überstunden⁵⁴¹ verweigert wurden, obwohl diese zuvor stillschweigend ausgeführt worden waren; die Arbeiter hätten mit der jeweiligen Kündigungsfrist die stillschweigende Erweiterung des Arbeitsvertrages ihrerseits kündigen müssen.⁵⁴² Auch wenn in einem Betrieb zwar generell eine Arbeitszeit vereinbart worden war, dem Betrieb nach diese aber nicht immer eingehalten werden konnte, dann berechnete die endgültige Verweigerung, kleinere Arbeiten ausnahmsweise nach Arbeitsende auszuführen, zur fristlosen Entlassung.⁵⁴³ Diese konkrete Frage wurde in der reichsweiten Rechtsprechung sehr unterschiedlich gesehen.⁵⁴⁴ Eine vermittelnde Ansicht sah zwar im Nichtausführen der Tätigkeiten sehr wohl eine Er-

⁵³⁰ Gewerbegericht Geislingen vom 30.06.1926 (Nr. 19 aus 1926), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵³¹ Gewerbegericht Tübingen vom 14.03.1922 (Nr. 4 aus 1922), Stadtarchiv Tübingen, A150/5821.

⁵³² Gewerbegericht Tübingen vom 16.06.1921 (Nr. 11 aus 1921), Stadtarchiv Tübingen, A150/5824.

⁵³³ Gewerbegericht Tübingen vom 16.06.1921 (Nr. 11 aus 1921), Stadtarchiv Tübingen, A150/5824.

⁵³⁴ Gewerbegericht Geislingen vom 13.06.1927 (Nr. 4 aus 1927), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵³⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 13.06.1927 (Nr. 4 aus 1927), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵³⁶ Gewerbegericht Geislingen vom 13.06.1927 (Nr. 4 aus 1927), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵³⁷ Landesarbeitsgericht Ulm vom 10.08.1927, Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵³⁸ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1188b mit Verweis auf ein Urteil des Gewerbegericht Zella-Mehlis-Oberhof vom 12.11.1926.

⁵³⁹ Königliches Amtsgericht Gemünden a.M. Vom 24.05.1901 in GG 6, Sp. 355 ebenso auch Kaufmannsgericht Elberfeld vom 23.08.1905 in GKG 12, Sp. 86 f.

⁵⁴⁰ Gewerbegericht Zweibrücken vom 30.03.1918 in GKG 24, Sp. 222.

⁵⁴¹ Zu Überstunden siehe Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidungen 1184 ff.

⁵⁴² Gewerbegericht Duisburg (ohne Datum) in GG 5, Sp. 25.

⁵⁴³ Gewerbegericht Köln vom 03.02.1898 in GG 3, Sp. 81.

⁵⁴⁴ Kündigungsrecht bejaht: Gewerbegericht Lennep vom 22.12.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 248; vergleiche auch Gewerbege-

schütterung des Vertrauens und der jederzeitigen Arbeitswilligkeit der Arbeiters, dies sollte aber noch keinen gesetzlichen Grund zur sofortigen Entlassung darstellen.⁵⁴⁵

Interessanterweise war das Anschlagen der Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl (ohne Genehmigung der Betriebsleitung) durch einen Arbeitnehmer, der nicht Betriebsratsmitglied war, noch kein Grund zur fristlosen Entlassung, auch wenn hierin an und für sich eine Pflicht aus dem Arbeitsvertrag verletzt wurde, wenn ohne Genehmigung des Arbeitgebers Anschläge im Betrieb angebracht wurden.⁵⁴⁶

Kein Kündigungsgrund war – mangels abweichender Vereinbarungen – gegeben, wenn der Arbeiter unfähig und zu ungeschickt für das Ausführen der Arbeiten war.⁵⁴⁷ Dies wurde nicht einheitlich so gesehen. Auch wurde die Ansicht vertreten, dass die vollständige Unfähigkeit, nicht nur die bloße Nichteignung für den angenommenen Posten, zur fristlosen Kündigung ausreichte.⁵⁴⁸

Bei den württembergischen Entscheidungen ist festzustellen, dass vergleichbare Sachverhalte auch vergleichbar beurteilt wurden. Die anhand der Entscheidungen von außerhalb Württembergs dargestellten unterschiedlichen Ansichten konnten nicht festgestellt werden.

ff. Druckkündigung

Das Gewerbegericht Tübingen entschied, dass die fristlose Kündigung einer Arbeiterin unrechtmäßig war, obwohl diese nicht mit anderen Arbeiterinnen, die ihr unterstellt waren, zusammenarbeiten konnte.⁵⁴⁹ Der Arbeitgeber begründete die fristlose Entlassung damit, dass die Gekündigte zur Fortsetzung der Arbeit unfähig sei, weil die ihr unterstellten Arbeiterinnen schon vier mal darum gebeten hätten, sie von der Zusammenarbeit mit der Gekündigten zu befreien.⁵⁵⁰ Auch den Entlassungsgrund nach § 123 Abs. 1 Nr. 5 Gewerbeordnung (Tätlichkeiten bzw. Ehrverletzungen) sah das Gericht nicht erfüllt, obwohl die konkrete Arbeitsordnung der Arbeitgeberin den Personenkreis, der grob zu beleidigen oder gegen den Tätlichkeiten zu verüben gewesen wären, sogar auf die Kollegenschaft ausdehnte.⁵⁵¹

Mitunter wurde versucht, eine Druckkündigung eines Arbeitnehmers auf den unbenannt-wichtigen Grund zu stützen. So wurde entschieden, dass ein Arbeiter, der seine Mitarbeiter „[...] tribuliert [...]“ und zu schnellerem Arbeiten antrieb, nicht fristlos gekündigt werden konnte, auch wenn durch sein Verhalten schon einige Mitarbeiter selbst kündigten.⁵⁵² Ebenso konnten Arbeiter des Bauunternehmers wegen der Unzufriedenheit des Bauauftraggebers nicht entlassen werden; selbst dann nicht, wenn die ausführende Baufirma nachweisen konnte, dass ihr der Auftrag entzogen werden würde, wenn sie entgegen dem Wunsch der auftraggebenden Firma den betreffenden Arbeitnehmer weiterbeschäftigte.⁵⁵³

gg. Beharrliche Pflichtverweigerung im Zusammenhang mit einer Krankheit

Bei der nachfolgenden Darstellung ist darauf zu achten, dass an dieser Stelle nicht die Kündigungen wegen einer Krankheit betrachtet werden; dies geschieht auf Seite 120 f. zu den Kündigungsgründen Unfähigkeit/Verhinderung zur Verrichtung der Arbeit nach § 123 Abs. 1 Nr. 8 bzw. § 133c Abs. 1 Nr. 4 der Gewerbeordnung oder § 72 Abs. 1 Nr. 3 HGB. An dieser Stelle geht es um Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit einer Krankheit.

Das Gewerbegericht Biberach hatte eine Klage eines Sägers zu entscheiden, der ohne weitere Vereinbarungen eingestellt worden war und der am 22. März 1892 an der Influenza erkrankte, worauf er sich zu seiner Familie begab.⁵⁵⁴ Davor hatte er mit dem Sägewerksbesitzer vereinbart, dass er sich bis Donnerstag, den 24. März 1892, bei ihm zurückmelden

richt Offenbach vom 02.02.1900 in GG 7, Sp. 143 oder Landgericht I Berlin vom 25.03.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 107.

Kündigungsrecht verneint: Gewerbegericht Bremen vom 02.07.1901 in GG 7, Sp. 9; ähnlich auch nach § 72 HGB siehe Kaufmannsgericht Mannheim vom 02.01.1906 in GKG 12, Sp. 137; Königliches Amtsgericht Neuß vom 04.06.1901 in GG 6, Sp. 355; so auch Gewerbegericht Hamburg vom 23.10.1906 in GKG 12, Sp. 60 f.; Kaufmannsgericht Berlin, Kammer 2 (ohne Datum) in GKG 28, Sp. 36 mit dem Hinweis, dass grundsätzlich ein Kündigungsrecht nach § 72 Abs. 1 Nr. 2 HGB bestehe, dies aber nur für den Fall gelte, dass keine weiteren Umstände vorlägen, wie im konkreten Fall, dass die Handlungsgehilfin noch jugendlich war und inhaltlich die Aussage ihres Verbandes umsetzte.

⁵⁴⁵ Königliches Amtsgericht Neuß vom 04.06.1901 in GG 6, Sp. 355, ähnlich auch Kreis-Gewerbegericht Moers vom 05.07.1912 in GKG 17, Sp. 58; vermittelnd auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 76, Nrn. 335 ff.

⁵⁴⁶ Landgericht Berlin vom 03.06.1924 auf das Gewerbe- und Kaufmannsgericht Berlin in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 108; Gewerbegericht Königsberg vom 19.06.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 87; Landgericht Berlin I vom 03.06.1924 in GKG 29, Sp. 268; andere Ansicht: Gewerbegericht Chemnitz vom 21.02.1922 in GKG 27, Sp. 220, wobei hier auch noch Beleidigungen und Drohungen durch das Betriebsvertretungsmitglied hinzutraten.

⁵⁴⁷ Statt vieler: Gewerbegericht Fulda vom 07.02.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 103; Gewerbegericht Rathenow vom 16.01.1913 in GKG 19, Sp. 251.

⁵⁴⁸ Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 85, Nr. 398; Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidungen 1256 ff. m.w.N.

⁵⁴⁹ Gewerbegericht Tübingen vom 27.06.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820.

⁵⁵⁰ Gewerbegericht Tübingen vom 27.06.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820.

⁵⁵¹ Gewerbegericht Tübingen vom 27.06.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820.

⁵⁵² Gewerbegericht Kiel vom 28.08.1901 in GG 7, Sp. 93; so auch Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, § 124a Note 2b).

⁵⁵³ Gewerbegericht Berlin vom 27.01.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 89.

⁵⁵⁴ Gewerbegericht Biberach vom 20.04.1892 (Nr. 4 aus 1892), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3298.

und darüber Nachricht geben werde, wann er die Arbeit wieder aufnehmen könne.⁵⁵⁵ Er meldete sich mit einer Postkarte zurück, die am 24. März 1892 nachmittags zur Post gegeben wurde, mit dem Hinweis, er werde in drei Tagen die Arbeit wieder aufnehmen, obwohl er noch nicht wieder „[...] ganz hergestellt [...]“ sei; außerdem habe er sich nicht früher melden können, da er davor zum Schreiben nicht fähig gewesen sei.⁵⁵⁶ Das Gewerbegericht Biberach stellte dahin, ob § 123 Abs. 1 Nr. 8 der Gewerbeordnung erfüllt war, denn es sei durch die Vereinbarung, sich zu einer bestimmten Zeit zurückzumelden, ein neues Vertragsverhältnis konstituiert worden, welches von ihm schuldhafterweise verletzt wurde und somit die fristlose Kündigung rechtmäßig war.⁵⁵⁷

Ebenso entschied das Gewerbegericht Tübingen in dem Fall eines ordentlich gekündigten Handlungsgehilfen, der sich nicht beim Prinzipal – wie vereinbart – zur Geschäftsübergabe am auf die Kündigung folgenden Tag einfand, weil er eine ärztlich bestätigte Darmerkrankung hatte und deswegen zu seinen Eltern gefahren war.⁵⁵⁸ Das Gericht erkannte die Krankheit als keine solch schwerwiegende an, die es dem Handlungsgehilfen unmöglich gemacht hätte, zu dem Übergabetreffen zu kommen, da immerhin die Reise trotz der Erkrankung möglich war, so dass ein wichtiger Grund nach §§ 70, 72 Abs. 1 Nr. 2 HGB bejaht wurde.⁵⁵⁹

Einige Urteile existieren reichsweit zu der Frage der Krank- und Gesundmeldung mit dem Ergebnis, dass diese vom Arbeitnehmer unverzüglich dem Arbeitgeber zukommen zu lassen war.⁵⁶⁰ Allerdings wurde kein Verlassen angenommen, als ein erwiesenermaßen kranker Arbeitnehmer einen Kollegen gebeten hatte, dem Arbeitgeber die Krankmeldung zu überbringen, dieser es aber unterlassen hatte.⁵⁶¹

hh. Folgen einer Schwangerschaft

Ein „Verlassen der Arbeit“ wurde bei einer Frau verneint, die nach Ablauf der sechswöchigen Schonfrist nach der Entbindung die Arbeit nicht wieder aufnehmen konnte, denn es

„[...] lag der Säugling der Klägerin wegen Brechdurchfalls krank darnieder. Die Ernährungsstörung entstand beim Uebergang von der Brust – zur künstlichen Nahrung. Der behandelnde Arzt, Dr. Gmelich, Geislingen, erteilte am 23. Juli folgendes Zeugnis: «Kind Karl Schmid leidet an Ernährungsstörung, es bedarf deswegen der natürlichen Ernährung und kann vor ca. 3 – 4 Wochen nicht entwöhnt werden». [...] Das Gewerbegericht stellte fest, dass] die Klägerin durch den Zustand ihres Kindes ohne ihr Verschulden, somit durch einen Umstand, den sie nicht zu vertreten hatte, an der Arbeitsleistung, d.h. an der Erfüllung der aus dem Arbeitsvertrag hervorgehenden Verpflichtung verhindert war. Jeder halbwegs in Mutterfragen erfahrene Mann muss diese Schlussfolgerung ziehen [...] Auch bei weitgehendster Würdigung des von der Bekl. erhobenen Hinwands, dass bei der in letzter Zeit in ihrem Betrieb eingerissenen Unsitte, sich der rechtzeitigen Wiederaufnahme der Arbeit durch allgemein gehaltene ärztliche Bescheinigungen zu entziehen, solche überhaupt nicht mehr beachtet werden können, enthebt die Beklagte selbst bei noch so kritischer Einstellung nicht die Verpflichtung, jedes Zeugnis im Einzelfall auf seine Berechtigung anzusehen. [...] Wenn weiter die Beklagte als rechtlichen Grund für das Fernbleiben von der Arbeit auf nicht erhebliche [nicht unerhebliche ist wohl gemeint] Zeit nur die eigene Erkrankung der Klägerin gelten lassen will, so steht diese Auffassung mit der allgemeinen Rechtsprechung, vgl. u. a. Handbuch Sigel, der gewerbliche Arbeitsvertrag S. 58/59. Nicht allein das eigene, physische Gebrechen des Arbeiters begründet die Unmöglichkeit der Arbeitsbelastung, sondern auch Fälle, in welchen der Arbeiter trotz vorhandener Arbeitsfähigkeit nicht arbeiten kann, weil seine Person ohne sein Verschulden anderweitig festgehalten wird, z.B. Tod oder schwere Erkrankung eines nächsten Familienangehörigen. [...]“⁵⁶²

Das Gewerbegericht verneinte darüber hinaus auch den wichtigen Grund nach § 123 Abs. 1 Nr. 8 der Gewerbeordnung (unfähig zur Fortsetzung der Arbeit oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet):

⁵⁵⁵ Gewerbegericht Biberach vom 20.04.1892 (Nr. 4 aus 1892), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3298.

⁵⁵⁶ Gewerbegericht Biberach vom 20.04.1892 (Nr. 4 aus 1892), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3298.

⁵⁵⁷ Gewerbegericht Biberach vom 20.04.1892 (Nr. 4 aus 1892), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3298.

⁵⁵⁸ Kaufmannsgericht Tübingen vom 19.10.1920, Stadtarchiv Tübingen, A150/5822.

⁵⁵⁹ Kaufmannsgericht Tübingen vom 19.10.1920, Stadtarchiv Tübingen, A150/5822; so auch Gewerbegericht Reutlingen vom 14.09.1923 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 246.

⁵⁶⁰ Zur Krankmeldung: Landgericht Chemnitz vom 19.05.1909 in Berufung auf das Kaufmannsgericht Chemnitz in GKG 15, Sp. 41; Gewerbegericht Chemnitz vom 08.09.1908 in GKG 16, Sp. 12; Kaufmannsgericht Hamburg vom 03.06.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 103; Kaufmannsgericht Köln (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. IV, S. 114; so auch Kaufmannsgericht Posen vom 14.11.1910 in GKG 16, Sp. 269; Kaufmannsgericht München vom 20.03.1915 in GKG 22, Sp. 24.

Zur Gesundmeldung: Kaufmannsgericht Köln in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 103 und Kaufmannsgericht Offenbach vom 16.09.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 104.

⁵⁶¹ Gewerbegericht Stuttgart vom 14.01.1897 in GG 3, Sp. 81.

⁵⁶² Gewerbegericht Geislingen vom 24.11.1924 (Nr. 8 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

„[...] weil die Entlassung erfolgte, ohne abzuwarten, ob die Arbeitsunfähigkeit eine verhältnismässig erhebliche Zeit dauere. Zudem könnte eine solche Entlassung nicht als durch ein vertretbares Verschulden der Klägerin hervorgerufene bezeichnet werden [...].“⁵⁶³

Vergleichbar zu dieser Entscheidung findet sich in der Rechtsprechung außerhalb Württembergs eine Entscheidung des Kaufmannsgerichts Mannheim mit einem Verweis auf die entsprechende Literatur, dass die Schwangerschaft einer ledigen Angestellten für sich alleine noch keinen Grund zur sofortigen Kündigung sei; hinzukommen müssten weitere erhebliche Umstände wie zum Beispiel, dass die Schwangerschaft in erheblichem Maße äußerlich in Erscheinung trete oder bereits Unannehmlichkeiten für den Prinzipal zur Folge gehabt habe.⁵⁶⁴

ii. Verlassen der Arbeit in Zusammenhang mit Versammlungen, Streiks⁵⁶⁵ und Demonstrationen⁵⁶⁶

Der Besuch einer Bauarbeiterversammlung eine Stunde vor Arbeitsende stellte nach dem Gewerbegericht Geislingen kein „Verlassen der Arbeitsstelle“ dar.⁵⁶⁷ Das Gewerbegericht urteilte:

„[...] In dem für diese Frage massgebenden Schicker'schen Kommentar zur Gew.Ord. ist hierzu bemerkt, dass nicht jede vorübergehende Entfernung von der Arbeit als «unbefugtes Verlassen» anzusehen sei und dass das Wegbleiben während einiger Stunden nicht hierunter falle. Die neuere Rechtsprechung macht zur Bedingung, dass eine Verwarnung oder ein ausdrückliches Verbot erfolgt, oder dass das unbefugte Verlassen unter bewusster Gefährdung von Menschen oder Eigentum geschieht. [...]“⁵⁶⁸

Insbesondere machte das Gewerbegericht seine Entscheidung davon abhängig, dass der Arbeitgeber zugab, dass er – wäre er gefragt worden – den Besuch der Versammlung und die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde genehmigt hätte.⁵⁶⁹

Dagegen finden sich außerhalb Württembergs strengere Entscheidungen, wonach der Arbeitgeber sogar berechtigt war, die gesamte Belegschaft ohne Rücksicht auf das Maß der Beteiligung des Einzelnen fristlos zu entlassen, wenn Demonstrationen der Belegschaft, Teilstreiks, Bedrohung von Beamten und ähnliche Vorkommnisse eine geordnete und produktive Aufrechterhaltung des Betriebs unmöglich machten, sofern die Weiterbeschäftigung wegen der allgemein vorliegenden Betriebsstörung nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll war.⁵⁷⁰

Ähnlich wurde dies reichsweit auch hinsichtlich des Fehlens am 1. Mai zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Tag der Arbeit⁵⁷¹ gesehen, wonach der Arbeitgeber zur fristlosen Entlassung insbesondere dann berechtigt war, wenn nicht nur einzelne Arbeitnehmer ohne Störung der Gesamtproduktion von der Arbeit fernblieben, sondern wenn ein erheblicher Teil der Belegschaft gegen den Willen des Arbeitgebers von der Arbeit fernblieb und die feiernden Arbeitnehmer oder die Gewerkschaft ausdrücklich oder wenigstens nebenbei die Absicht verfolgten, durch ihr Fernbleiben von der Arbeit den Betrieb zum Stilllegen zu zwingen.⁵⁷²

Bei der Frage, ob ein Recht zur fristlosen Kündigung bei einem Streik besteht, wurde unterschiedlich entschieden. Einerseits konnte ein Handlungsgehilfe entlassen werden, da seine Teilnahme am Streik eine beharrliche Pflichtverweigerung darstellte. Weil seine Kollegen zur Arbeit erschienen waren, konnte er sich auch nicht darauf berufen, er sei we-

⁵⁶³ Gewerbegericht Geislingen vom 24.11.1924 (Nr. 8 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵⁶⁴ Kaufmannsgericht Mannheim vom 09.10.1913 in GKG 19, Sp. 199 mit dem Hinweis auf Baum, Handbuch für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, 2. Auflage S. 511 f.

⁵⁶⁵ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidungen 1207 ff. m.w.N.

⁵⁶⁶ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidungen 1227 ff. m.w.N.

⁵⁶⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 19.04.1926 (Nr. 7 und 8 aus 1926), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵⁶⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 19.04.1926 (Nr. 7 und 8 aus 1926), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵⁶⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 19.04.1926 (Nr. 7 und 8 aus 1926), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵⁷⁰ Gewerbegericht Remscheid in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 109 mit Hinweis auf eine diesbezüglich berechtigende Entscheidung des Reichsgerichts vom 06.02.1923; auch Gewerbegericht Stuttgart vom 27.06.1906 in GKG 12, Sp. 5 ff. oder Gewerbegericht Düsseldorf vom 24.05.1919 in GKG 25, Sp. 184.

⁵⁷¹ Kreisgewerbegericht Minden vom 25.05.1925 in GKG 31, Sp. 278; Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, § 123 Note 6; Gewerbegericht Finsterwalde vom 12.02.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 243, wobei festgestellt wurde, dass unverschuldetes Fehlen keinen wichtigen Kündigungsgrund darstellte.

Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidungen 1204 ff. m.w.N.

⁵⁷² Landgericht Altona vom 14.10.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 242.

Insgesamt zum Themenbereich 1. Mai vergleiche statt vieler: Gewerbegericht Offenbach vom 10.05.1900 in GG 6, Sp. 182; Gewerbegericht Konstanz vom 06.05.1902 in GG 9, Sp. 8; Gewerbegericht Randow vom 22.05.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. III, S. 92; Landgericht Mönchen-Gladbach vom 16.02.1923 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 88 f. mit Hinweisen auf „Landmann Kommentar zur Anmerkung 6 zu § 123 der Gewerbeordnung [keine Angabe zur Auflage]“; Landgericht Greifswald vom 07.01.1925, Gewerbegericht Berlin vom 25.05.1924, Landgericht Cottbus vom 18.02.1924.

gen der Streikposten an der Arbeit verhindert worden.⁵⁷³ Anders beurteilt wurde dies mitunter⁵⁷⁴ bei der Teilnahme am Generalstreik⁵⁷⁵, weil darin kein unbefugtes Verlassen zu sehen gewesen sei,

*„[...] Denn als rechtmäßiger Hinderungsgrund ist auch ein solcher zu betrachten, der Erfüllung höherer, vom Standpunkte der gegenwärtigen Staatsordnung aus als solchen anzuerkennender Pflichten zum Gegenstand hat, und zwar nicht nur solcher sittlicher oder religiöser, sondern auch solcher politischer Pflichten. Der Generalstreik war ein politisches Abwehrmittel zur Erhaltung der bestehenden Staatsordnung. [...]“*⁵⁷⁶

In der Folgezeit wurde zwischen Streiks unterschieden, die politisch motiviert waren und deswegen eher als rechtmäßig erachtet wurden und solchen, mit denen die Arbeitnehmer ihre konkreten, das Arbeitsverhältnis betreffenden Bedingungen zu verändern suchten.⁵⁷⁷

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein vom Gewerbegericht Geislingen entschiedener Fall, bei dem ein Verlassen der Arbeit verneint wurde, nachdem der Arbeitgeber den organisierten Teil seiner Arbeiter ohne Bezahlung auf ungewisse Zeit nach Hause schickte und erst am Vorabend, bevor die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, den Vertreter der Arbeiter über die Weiterbeschäftigung informierte.⁵⁷⁸ Das Gewerbegericht war der Ansicht, dass der Arbeitgeber jeden Arbeiter einzeln hätte informieren müssen.⁵⁷⁹ Es findet sich eine reichsweit veröffentlichte Entscheidung, die diese Forderung an den Arbeitgeber ebenso stellt, allerdings ist diese Entscheidung durch das Gewerbegericht Stuttgart getroffen worden, so dass jedenfalls eine räumliche Nähe der urteilenden Gerichte zueinander festzuhalten ist.⁵⁸⁰

Bejaht wurde das „unbefugte Verlassen“ der Arbeit durch das Gewerbegericht Geislingen, als ein Arbeiter sich der Nacharbeit von zwei Arbeitsstunden verweigerte, die den Arbeitnehmern für die Teilnahme an einer Betriebsversammlung vorläufig zugestanden worden waren, weil er am Tag der Betriebsversammlung erkrankte und somit auch am Arbeitsausfall nicht beteiligt gewesen war.⁵⁸¹ Das Gewerbegericht urteilte:

*„[...] Ein Arbeiter kann aus seiner Erkrankung eine Sonderbehandlung, die nicht im Interesse seiner Gesundheit liegt, nicht beanspruchen. [...]“*⁵⁸²

Vergleichbar wurde dies auch in der reichsweit veröffentlichten Entscheidung des Gewerbegerichts Remscheid gesehen, nämlich dass die Erhebung des Arbeitnehmers zu einem Teil der Arbeits- und Betriebsgemeinschaft durch das Betriebsrätegesetz auch eine solidarische Mithaftung des einzelnen Arbeitnehmers für betriebsstörende Handlungen der Mitarbeiter bedingen sollte.⁵⁸³

In der Rechtsprechung außerhalb Württembergs wurde die außerdienstliche Teilnahme an einer verbotenen politischen Versammlung nur dann zur sofortigen Entlassung berechtigend angesehen, wenn das Verhalten des Arbeiters in dieser Versammlung die Interessen des Arbeitgebers erheblich gefährdete, wenn also beispielsweise in der Versammlung unter aktiver Zustimmung des zu entlassenden Arbeiters ein gewaltsames Vorgehen gegen den betreffenden Arbeitgeber oder seinen Betrieb beschlossen wurde oder werden sollte.⁵⁸⁴ Die Beurteilung wurde auch in der Literatur vertreten, dass die reine Zugehörigkeit zu einer Organisation an sich keine Verletzung der arbeitsvertraglichen Pflichten

⁵⁷³ Kaufmannsgericht Königsberg vom 14.11.1919 in GKG 25, Sp. 103.

⁵⁷⁴ Strikt eine Kündigungsmöglichkeit bejahend: Gewerbegericht Stettin vom 04.05.1920 in GKG 26, Sp. 209 mit bestätigender Berufungsentcheidung des Landgericht Stettin vom 04.03.1921 a.a.O.

Vermittelnd: Gewerbegericht Regensburg vom 15.12.1920 in GKG 26, Sp. 120; Landgericht Berlin I vom 12.10.1925 in GKG 31, Sp. 198, wonach eine fünfzehnminütige Teilnahme an einem politischen Streik nicht ausreichte.

Verneinend: Landgericht Frankfurt/M. vom 20.07.1923 in GKG 30, Sp. 16.

⁵⁷⁵ Der Generalstreik war eine umfassende Arbeitsniederlegung als Reaktion auf den sogenannten Kapp-Putsch im März 1920. Hintergrund war ein Putsch der bis dahin seit dem Ersten Weltkrieg noch nicht demobilisierten Truppenteile gegen die damalige Reichsregierung. Am selben Tag proklamierten die Gewerkschaften und die SPD den Generalstreik. Das wirtschaftliche Leben kam vollkommen zum Erliegen. Dies führte zum Rücktritt Kapps vom Amt des Reichskanzlers. In der Folge rief die SPD zum Abbruch des Generalstreiks auf; die Gewerkschaften schlossen sich erst an, nachdem die Regierung umfangreiche Forderungen der Gewerkschaften erfüllte. Der Generalstreik vom März 1920 war deshalb nur bis zum Rücktritt Kapps eine Arbeitsniederlegung zur Verteidigung der Demokratie. (nach Deutsches Rechts-Lexikon, Bd. II, Generalstreik).

⁵⁷⁶ Kaufmannsgericht Osnabrück vom 29.04.1920 in GKG 25, Sp. 186; ähnlich auch Gewerbegericht Regensburg vom 15.12.1920 in GKG 26, Sp. 120 hinsichtlich des Generalstreiks, verneinend hinsichtlich des konkreten Streikgrundes, dem Sympathiestreik gegenüber dem verhafteten Kommunistenführer – auch wenn dieser nur viereinhalb Stunden andauerte.

⁵⁷⁷ Statt vieler: Landgericht Dresden vom 19.05.1924 in GKG 29, Sp. 285.

⁵⁷⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 20.01.1914 (Nr. 1 aus 1914), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵⁷⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 20.01.1914 (Nr. 1 aus 1914), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵⁸⁰ Gewerbegericht Stuttgart vom 25.03.1919 in GKG 25, Sp. 46.

⁵⁸¹ Gewerbegericht Geislingen vom 19.04.1926 (Nr. 8 aus 1926), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵⁸² Gewerbegericht Geislingen vom 19.04.1926 (Nr. 8 aus 1926), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁵⁸³ Gewerbegericht Remscheid in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 109 mit Hinweis auf eine diesbezüglich berechtigende Entscheidung des Reichsgerichts vom 06.02.1923.

⁵⁸⁴ Gewerbegericht Königsberg vom 20.03.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 108, so auch Gewerbegericht Königsberg vom 09.09.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 87 und Berggewerbegericht Dortmund in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 162.

darstellte.⁵⁸⁵ Die Frage, ob Werkmeister (also Angestellte im Sinne der Gewerbeordnung) im Fall des Streiks der Gesellen und Gehilfen zu Notstandsarbeiten verpflichtet waren, wurde unterschiedlich entschieden.⁵⁸⁶

jj. *Exkurs: Besonderheit des wichtigen Grundes bei der Kündigung von Betriebsvertretungsmitgliedern wegen ihrer Betriebsratsstätigkeit*

Es findet sich hierzu keine württembergische Entscheidung mehr, dennoch soll ein kurzer Überblick über die Besonderheiten des wichtigen Grundes bei der Kündigung von Betriebsvertretungsmitgliedern gegeben werden.

Die verbotswidrige Verteilung kommunistischer Flugblätter durch Betriebsvertretungsmitglieder während der Arbeitszeit oder in den Pausen war ein wichtiger Grund zur Kündigung.⁵⁸⁷ Gerade Betriebsvertretungsmitglieder sollten sich im Gegensatz zu den „normalen“ Arbeitern nicht darauf berufen dürfen, den Inhalt nicht gelesen oder gekannt zu haben; als Betriebsvertretungsmitglieder oblag es ihnen vor der Verteilung die Flugblätter sorgfältig auf ihren Inhalt zu prüfen.⁵⁸⁸ Auch die Teilnahme von Betriebsratsmitgliedern an einem Streik berechnete zur fristlosen Entlassung.⁵⁸⁹ Betriebsvertretungsmitglieder und insbesondere deren Vorsitzende sollten einen wichtigen Grund dadurch erfüllen, wenn sie durch aufreizende Zeitungsartikel das „[...] gute Einvernehmen [...]“ innerhalb des Betriebes oder die Betriebsdisziplin erheblich gefährdeten.⁵⁹⁰ Auch konnte ein Betriebsratsvorsitzender wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung entlassen werden, wenn er in Verkennung seiner Befugnisse in Folge seiner Betriebsratsgeschäfte andauernd die Arbeit versäumte, denn die Eigenschaft als Betriebsratsmitglied und auch die des Vorsitzenden verliehen nach Ansicht des Gewerbegerichts Stadthof kein Recht dazu,

„[...] daß der betreffende Arbeiter ganz willkürlich nach seinem Gutdünken im Betriebe schaltet und waltet, während der Arbeitszeit den Betrieb inspiziert, mit den Arbeitern verhandelt usw. [...]“⁵⁹¹

kk. *Fazit*

Auch bei diesem Kündigungstatbestand gibt es mit Ausnahme der Beurteilung des blauen Montags keine nennenswerten Unterschiede zwischen der Rechtsprechung in Württemberg und der sonstigen reichsweit veröffentlichten. Möglicher Hintergrund der unterschiedlichen Beurteilung des blauen Montags könnte sein, dass dieser in einigen Branchen wohl schon zu Zeiten vor der Industrialisierung bekannt und akzeptiert war.

Erkennbar ist, dass das unbefugte Verlassen und die beharrliche Pflichtverweigerung wohl in gewissem Umfang als Auffangtatbestand dienten. Diese Vermutung stützt sich auf die oben dargestellte stark variierende Ausprägung dieser Kündigungsvorschrift. Dieser Kündigungsgrund war zwar ein benannt-wichtiger, die Benennung erfolgte allerdings nur durch weitere unbestimmte Rechtsbegriffe und bot somit den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten wie auch den Rechtsanwendern viel Raum zur Auslegung.

d. Unvorsichtiger Umgang mit Feuer und Licht

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 123 Abs. 1 Nr. 4 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden: [...] 4. wenn sie der Verwarnung ungeachtet mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen;“	Nicht vorhanden.	Nicht vorhanden.

Württembergische Entscheidungen konnten zu diesem Kündigungsgrund nicht aufgefunden werden und auch die reichsweiten Entscheidungen bringen keinen über den Gesetzestext hinausgehenden Erkenntnisgewinn.⁵⁹² Es scheint, als habe zu einer solch eindeutig formulierten Kündigungsvorschrift keine tiefere Auseinandersetzung seitens der Lite-

⁵⁸⁵ Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52.

⁵⁸⁶ Bejahend Gewerbegericht Krefeld vom 06.01. 1924 in GKG 29, Sp. 201; verneinend Landgericht Elberfeld vom 14.10.1924 in GKG 30, Sp. 354.

⁵⁸⁷ Gewerbegericht Köln (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 141; Landgericht Halle vom 11.11.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. IV, S. 172; Gewerbegericht Leipzig vom 12.08.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 104; allerdings Gewerbegericht Leipzig und Landgericht Leipzig (ohne Datum) in GKG 30, Sp. 355, für den Fall eines Schwerbeschädigten nach Bejahung der Kündigungsmöglichkeit Aufhebung des Urteils durch das Landgericht.

⁵⁸⁸ Gewerbegericht Bautzen vom 09.10.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 162, allerdings zu den Kündigungsgründen §§ 123 Abs. 1 Nr. 5 und 7 Gewerbeordnung.

⁵⁸⁹ Gewerbegericht Münster (ohne Datum) in GKG 26, Sp. 188, so auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 97 ff., Nr. 482 ff; Gewerbegericht Döbeln (ohne Datum) in GKG 29, Sp. 280.

⁵⁹⁰ Gewerbegericht Hannover vom 25.06.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 240, so auch Reichsgericht vom 01.03.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. IV, S. 172.

⁵⁹¹ Gewerbegericht Stadthof vom 05.04.1921 in GKG 26, Sp. 189; ähnlich auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 96, Nr. 476, 477. Konträr dagegen Landgericht Berlin Zivilkammer 8 (ohne Datum) in GKG 28, Sp. 136, allerdings zur Teilnahme an den Sitzungen des Schlichtungsausschusses.

⁵⁹² Vergleiche zum Beispiel Gewerbegericht Leipzig (ohne Datum) in GG 7, Sp. 241; siehe auch Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52.

ratur oder der Rechtsprechung erfolgen müssen. Wobei von Landmann klargestellt wurde, dass der Gesetzgeber wohl eher von einem unvorsichtigem Umgang mit Feuer oder Licht ausgegangen war.⁵⁹³ Ein einmaliger Verstoß gegen ein mittels Bekanntmachung veröffentlichtes Rauchverbot sollte noch nicht ausreichen.⁵⁹⁴

Zu bemerken ist, dass es keine Entsprechung dieses Kündigungsgrundes bei den Betriebsbeamten, Werkmeistern und Technikern oder bei den Handlungsgehilfen gab. Deswegen wurde in deren Fall auf den Kündigungsgrund des Vertrauensmissbrauchs zurückgegriffen.⁵⁹⁵

e. Tätlichkeiten und Ehrverletzungen durch den Arbeitnehmer

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 123 Abs. 1 Nr. 5 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden: [...] 5. wenn sie sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen die Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zu Schulden kommen lassen;“	§ 133c Abs. 1 Nr. 5 GewO „Gegenüber den im §. 133a bezeichneten Personen kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden: [...] 5. wenn sie sich Tätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen den Arbeitgeber oder seinen Vertreter zu Schulden kommen lassen;“	§ 72 Abs. 1 Nr. 4 HGB „Als ein wichtiger Grund, der den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen, namentlich anzusehen: [...] 4. wenn er sich Tätlichkeiten oder erhebliche Ehrverletzungen gegen den Prinzipal oder dessen Vertreter zu Schulden kommen läßt.“

aa. Tätlichkeiten

Keine zur Kündigung berechtigende Tätlichkeit war bei einem Rechtsstreit vor dem Gewerbegericht Nürtingen gegeben, welche sich beim gemeinsamen Heimweg von Meister und Geselle ereignete.⁵⁹⁶ Nach einer „[...] barschen Auseinandersetzung [...]“, drehte sich der Geselle um und:

„[...] sagte zu Schröfel [seinem Meister] in barschem Ton und fast drohender Haltung: «Hier haben Sie stehen zu bleiben und mich anzuhören.» Infolge Versperrung des Weges durch Ehret [dem Gesellen] war dem Schröfel das Weitergehen nicht möglich. Schröfel antwortete gar nichts, blieb stehen und sah den Ehret in zur Abwehr eines etwaigen tätlichen Angriffs bereiter Stellung scharf an. [...]“⁵⁹⁷

Zu konkreten Tätlichkeiten kam es allerdings nicht und auch nach Rückkehr in den Heimatort tranken beide „[...] am gleichen Wirtschaftstisch noch je ein Glas Bier [...]“.⁵⁹⁸ Das Gewerbegericht Nürtingen sah in diesem Vorgang ein sehr unpassendes Verhalten des Gesellen gegenüber dem Meister, das allerdings nicht zur fristlosen Entlassung berechnete.⁵⁹⁹

Eine ähnliche Entscheidung findet sich auch außerhalb Württembergs, wonach die tätliche Bedrohung eines Vorgesetzten durch einen Arbeiter eine fristlose Entlassung dann nicht rechtfertigte, wenn der betreffende Arbeiter die Drohung nicht verwirklichte und wenn aus der Nichtverwirklichung der Drohung gefolgert werden konnte, dass die Drohung nicht ernst gemeint war.⁶⁰⁰ In der Literatur wurde dagegen vertreten, dass eine Tätlichkeit keine schwerwiegende zu sein brauchte; es sollte jede Tätlichkeit zur Kündigung aus wichtigem Grund ausreichen.⁶⁰¹

In einem Fall des Gewerbegerichts Geislingen stellte sich die Frage, ob sich die Tätlichkeit auf dem Gelände der Fabrik oder außerhalb zugetragen hatte. Der fristlos gekündigte Arbeiter war der Ansicht, es läge kein wichtiger Grund vor, weil er den Vertreter des Arbeitgebers weder „[...] innerhalb der Fabrik [...] noch] während der Arbeitszeit [...]“ angetroffen hatte, sondern auf dem Weg zur Arbeit grob beleidigt und angegriffen hatte.⁶⁰² Das Gericht war allerdings der Ansicht, dass sich die Vorfälle sehr wohl auf dem Fabrikgelände zugetragen hätten, entschied darüber hinaus jedoch, „[...] daß Tätlichkeiten u. grobe Beleidigungen auch außerhalb der Arbeitsstätte u. Arbeitszeit zur sofortigen Entlassung berechnen können. [...]“⁶⁰³ Dies entsprach der Rechtsprechung außerhalb Württembergs, nach welcher ebenfalls Beleidigungen auf dem Weg zur und nicht nur in der Arbeitsstätte einen sofortigen Entlassungsgrund darstellten.⁶⁰⁴

⁵⁹³ Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, § 123 Note 7.

⁵⁹⁴ Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 103, Nr. 518.

⁵⁹⁵ Amtsgericht Berlin I vom 25.04.1903 in GG 9, Sp. 198; so auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 74, Nr. 321 mit Verweis auf KfmG IV (Berlin) vom 31.01.1922.

⁵⁹⁶ Gewerbegericht Nürtingen vom 23.06.1926 (Nr. 8 aus 1926), Stadtarchiv Nürtingen, NA (632).

⁵⁹⁷ Gewerbegericht Nürtingen vom 23.06.1926 (Nr. 8 aus 1926), Stadtarchiv Nürtingen, NA (632).

⁵⁹⁸ Gewerbegericht Nürtingen vom 23.06.1926 (Nr. 8 aus 1926), Stadtarchiv Nürtingen, NA (632).

⁵⁹⁹ Gewerbegericht Nürtingen vom 23.06.1926 (Nr. 8 aus 1926), Stadtarchiv Nürtingen, NA (632).

⁶⁰⁰ Gewerbegericht Meißen vom 14.07.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 237.

⁶⁰¹ Bail, Das Rechtsverhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, S. 237, so auch Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 123 Note 6.

⁶⁰² Gewerbegericht Geislingen vom 28.10.1921 (Nr. 5 aus 1921), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁰³ Gewerbegericht Geislingen vom 28.10.1921 (Nr. 5 aus 1921), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁰⁴ Zu den Beleidigungen auf dem Weg zur Arbeitsstätte: Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 103, Nr. 524; Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1244.

Hinsichtlich der Tätlichkeiten außerhalb der Arbeitsstätte: Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, § 123 Note 8; Gewerbegericht Chemnitz vom 10.02.1921 und Landgericht Chemnitz vom 24.03.1922 in GKG 28, Sp. 70.

Interessant ist auch ein weiterer Fall des Gewerbegerichts Geislingen, in welchem ein Arbeiter nach einem tätlichen Angriff und einer Reihe von Beleidigungen gegen den Meister fristlos entlassen wurde.⁶⁰⁵ Das Gericht entschied den Fall nur deswegen in der Sache nicht, weil im Vertrag keine Kündigungsfristen vereinbart worden, also die jederzeitige Kündigung möglich gewesen war⁶⁰⁶. Allerdings urteilte das Gewerbegericht im Urteil ergänzend:

„[...] Ausserhalb der Entscheidung kam das Gericht einmütig zu der Auffassung, dass auch bei Vereinbarung einer vertraglichen gegenseitigen Kündigungsfrist der Klage in rechtlicher Hinsicht nicht hätte stattgegeben werden können. Die Zeugenvernehmung, insbesondere aber die Angaben des Privatklägers selbst, haben ergeben, dass der Privatkläger den Meister Wigrefe als Vertreter der Beklagten vor den Augen der übrigen Arbeiterschaft tätlich in einer Weise beleidigte, die geeignet war, den Meister im Ansehen der übrigen Arbeiterschaft herabzuwürdigen. Wenn auch der Klage des Glaubens sein konnte, der Meister wolle ihn bedrohen, so hätte er andere Mittel zum Schutz seiner Interessen, z.B. die Anrufung des Arbeiterrates oder seines Arbeitgebers, wählen müsse. Ein tätlicher Angriff auf die Person des Meisters war ihm nach der allgemeinen Rechtsauffassung, wie sie sich auch aus § 123 Ziff. 5 der Gewerbeordnung ergibt, nicht erlaubt. Ueber die noch unerörterte soziale Frage, ob die Entlassung nicht doch eine unbillige Härte bedeutet, hat nicht das Gericht sondern gemäss § 84 Abs. 1, Ziff. 4 und § 86, Abs. 1 des Betriebsrätegesetzes der Schlichtungsausschuss zu entscheiden. [...]“⁶⁰⁷

bb. Ehrverletzungen

Eine Ehrverletzung wurde verneint für den Fall eines Arbeiters, der im Gerberbetrieb wiederholt Bier getrunken hatte.⁶⁰⁸ Dem Meister, der ihn mehrmals darauf angesprochen hatte, erwiderte er, das gehe diesen „[...] einen Dreck an, er saufe kein Wasser [...]“.⁶⁰⁹ Nach Ansicht des Gewerbegerichts konnte das Benehmen des Arbeiters keineswegs als ein anständiges bezeichnet werden, jedoch stellte dieses noch keine grobe Beleidigung und erst recht keine Tötlichkeit dar.⁶¹⁰

Außerhalb Württembergs wurde entschieden, dass bei der Beleidigung eines Vorgesetzten in jedem Einzelfall vor Ausspruch der fristlosen Kündigung geprüft werden sollte, ob die Äußerungen auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass im Betrieb nicht alle Worte „[...] auf die Goldwaage [...]“ gelegt würden, so schwerwiegend waren, dass sie eine fristlose Entlassung nach Treu und Glauben und zur Aufrechterhaltung der Betriebsdisziplin erforderlich machten.⁶¹¹ Auch sollte im Rahmen der Feststellung einer Ehrverletzung eines Werkmeisters durch einen Gesellen darauf abgestellt werden, ob der Werkmeister selbst einmal Arbeiter gewesen war.⁶¹²

Strenger wurde dies in einem Fall des Gewerbegerichts Nürtingen gesehen, in welchem ein schwerbeschädigter Arbeiter seinen Arbeitgeber vor Zeugen als eine „[...] verstohlene Räuberbande [und] Lausbuben [...]“ bezeichnete, weil ihm Lohn gekürzt wurde, da er seine Abwesenheit nicht beim Vorarbeiter, sondern nur beim Lohnbüro angekündigt hatte.⁶¹³ Dem Gewerbegericht Nürtingen reichte dies als hinreichende Ehrverletzung aus.⁶¹⁴ Ähnlich entschied das Gewerbegericht Laupheim in einem Fall, in welchem der Arbeiter fälschlicherweise zu wenig Gehalt ausgezahlt bekommen hatte.⁶¹⁵ Er behauptete, die Zuwenigzahlung sei mit Absicht erfolgt und beharrte auf dieser Äußerung, obwohl ihm wiederholt eine Frist zur Rücknahme seiner Behauptung gesetzt wurde.⁶¹⁶

„[...] Angesichts des Verharrens des Klägers auf seiner Äusserung, dass der unrichtigen Berechnung seines Lohnes eine Absicht des Beklagten zu Grunde liege, kam das Gericht zu der Anschauung, dass eine grobe Beleidigung vorliege, da der Beklagte nach dem ganzen Hergang in der Unterschlebung einer Absicht nur die Unterstellung einer unredlichen Absicht erblicken musste. Die Entlassung ohne Aufkündigung war daher gemäss § 123 Abs. I Ziff. 5 Gewerbeordnung berechtigt, weshalb Kläger mit seiner Klage kostenfällig abgewiesen wurde. [...]“⁶¹⁷

⁶⁰⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 27.08.1923 (Nr. 5 aus 1923), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 212 ff.

⁶⁰⁶ Gewerbegericht Geislingen vom 27.08.1923 (Nr. 5 aus 1923), Stadtarchiv Geislingen, G 190; in wie weit dies der tatsächlichen Rechtslage entsprach sei an dieser Stelle dahingestellt – Urteil abgedruckt auf Seite 212 ff.

⁶⁰⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 27.08.1923 (Nr. 5 aus 1923), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 212 ff.

⁶⁰⁸ Gewerbegericht Biberach vom 21.09.1912 (Nr. 13 aus 1912), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3304 – das Gewerbegericht Biberach ging dabei nicht auf den Kündigungsgrund der „liederlichen oder unsittlichen Lebenswandels“ nach § 123 Abs. 1 Nr. 3 der Gewerbeordnung ein.

⁶⁰⁹ Gewerbegericht Biberach vom 21.09.1912 (Nr. 13 aus 1912), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3304.

⁶¹⁰ Gewerbegericht Biberach vom 21.09.1912 (Nr. 13 aus 1912), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3304.

⁶¹¹ Gewerbegericht Schleiden vom 19.05.1927 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 239 m.w.N. Ebenso: „Abstellen auf den im Betrieb herrschenden Umgangston“ in Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52; ferner Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 123 Note 6.

⁶¹² Gewerbegericht Stettin in GG 2, Sp. 125, so auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 103, Nr. 523.

⁶¹³ Gewerbegericht Nürtingen vom 10.06.1924 (Nr. 8 aus 1924), Stadtarchiv Nürtingen, NA (631).

⁶¹⁴ Gewerbegericht Nürtingen vom 10.06.1924 (Nr. 8 aus 1924), Stadtarchiv Nürtingen, NA (631).

⁶¹⁵ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 6 aus 1923, Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁶¹⁶ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 6 aus 1923, Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁶¹⁷ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 6 aus 1923, Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

Auch in der reichsweit veröffentlichten Rechtsprechung⁶¹⁸ existieren Urteile, welche bestätigen, dass die wahrheitswidrige Behauptung, der Prinzipal zahle das Gehalt unpünktlich, eine Ehrverletzung darstelle; dies galt auch dann, wenn der Handlungsgehilfe diese Äußerung gegenüber einem eigenen Gläubiger zur Entschuldigung der privaten Zahlungsverzögerung machte.⁶¹⁹ Anders wurde vom Kaufmannsgericht Köln entschieden, das die fristlose Kündigung eines Handlungsgehilfen, der in berechtigter Verteidigung seines Verhaltens bzw. bei Wahrnehmung des ihm zustehenden Rechtes in der Erregung zu weit gegangen war und dem Prinzipal und einem Mitglied der Betriebsleitung unkorrektes Verhalten vorgeworfen hatte, für rechtmäßig erachtete.⁶²⁰

Eine rechtmäßige fristlose Kündigung wurde durch das Gewerbegericht Biberach dagegen in einem Fall gesehen, in welchem ein Bauarbeiter, der einen Boden rot gestalten sollte, diese Aufgabe nach Ansicht des Bauleiters jedoch nicht hinreichend umgesetzt hatte.⁶²¹ Als der Arbeiter auf die mangelhafte Leistung angesprochen wurde, erwiderte er: „[...] *Der Boden ist so rot wie dein Krind*“⁶²² [...], was nach Ansicht des Gewerbegerichts Biberach zur fristlosen Entlassung berechtigte.⁶²³ War der Vorwurf allerdings unberechtigt, wie in einem Fall des Gewerbegerichts Karlsruhe, der sich in der reichsweit veröffentlichten Rechtsprechung findet, so wurde die Erwiderung „[...] *Da seid Ihr mir alle viel zu dumm dazu!*“⁶²⁴ lediglich als eine nicht zur Entlassung berechtigende ungehörige Taktlosigkeit angesehen.⁶²⁴

Auch im Falle eines Betriebsratsmitgliedes⁶²⁵ war die fristlose Entlassung rechtmäßig, nachdem dieses in einem Werbegespräch für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft mit seinem nicht gewerkschaftlich organisierten Kollegen sagte:

„[...] Bei Riehl & Näher [dem gemeinsamen Arbeitgeber] ist früher der Bettelsack an der Wand verzweifelt.“⁶²⁶

Dies hatte er schon Monate zuvor gesagt und wurde daraufhin nachdrücklich zurechtgewiesen.⁶²⁷ Das Gewerbegericht Geislingen urteilte:

„[...] Nach Kenntnis der Gerichtsbeisitzer [wird] die Wortwendung mit dem Bettelsack ab und zu in Geislingen von Einheimischen gebraucht, wenn man damit besonders ärmliche Herkunft bezeichnen will. Nun entstammt aber der Teilhaber Näher einer angesehenen, schon in ihren Anfängen vermöglichen Geislinger Bürgerfamilie, die einen guten Ruf besitzt. Die Mutter des Näher hat es schon mit dem Mann ihrer ersten Ehe zu einer ansehnlichen Vermehrung des gemeinsamen Eheguts gebracht und in der zweiten Ehe mit dem Teilhaber Riehl, der ein achtbarer Geschäftsmann ist, noch weiterhin gesteigert. [...] Nach einmütiger Anschauung des Gerichts geht es nicht an, dass ein Arbeiter, zumal wenn er die Stellung eines B.R.M. begleitet, sich in einer Unterredung mit einem Arbeitskollegen über seine Arbeitgeber in einer Weise äußert, dass hierunter das Ansehen der beiden Unternehmer und damit das Unternehmen selbst leiden und dies letzten Endes zu einer Untergrabung des unbedingt notwendigen Achtungsverhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft führen muss. [...] Es ist für das Gericht wohl verständlich, wenn die Einigungsversuche des stv. Vorsitzenden vor der ersten Verhandlung und während derselben daran scheiterten, dass die beiden Teilhaber unbedingt es ablehnten, mit Weiler noch länger zusammenzuarbeiten. Auch ein anderer Unternehmer hätte zweifellos so gehandelt.“⁶²⁸

Die hierauf eingelegte Berufung des klagenden Gekündigten wurde mit folgender Begründung vollumfänglich zurückgewiesen:

„[...] Nach Ansicht der Kammer bildet eine derartige Äußerung in der Tat eine nach den zutreffenden Feststellungen des ersten Richters bezüglich der Verhältnisse der Beklagten Riehl u. Näher durch nichts gerechtfertigte grobe Beleidigung, die umso schärfer zu verurteilen ist, als sie seitens eines Betriebsratsmitglieds gefallen ist, das kurz zuvor wegen derselben Äußerung seitens der Beklagten scharf gerügt worden ist. [...] Unhaltbare Zustände würden geschaffen, wollte man bei einem solchen Verhalten eines Arbeiters, der zudem noch dem Betriebsrat angehört, einer Firma die Rechte des § 123 Abs. 1 Gewerbeordnung absprechen.“⁶²⁹

⁶¹⁸ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidungen 1239 ff. m.w.N.

⁶¹⁹ Kaufmannsgericht Frankfurt/M (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. IV, S. 116; so auch Kaufmannsgericht Danzig vom 08.11.1907 in GKG 13, Sp. 113 oder auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 82, Nr. 374 ff.

⁶²⁰ Kaufmannsgericht Köln vom 11.07.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 90.

⁶²¹ Gewerbegericht Biberach (ohne Datum) Nr. 23 aus 1912, Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3304.

⁶²² „Grind“ ist eine schwäbische Bezeichnung für den Kopf eines Lebewesens; dieser ist mit dem Begriff „Krind“ wohl gemeint.

⁶²³ Gewerbegericht Biberach (ohne Datum) Nr. 23 aus 1912, Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3304.

⁶²⁴ Gewerbegericht Karlsruhe (ohne Datum) in GG 2, Sp. 21.

⁶²⁵ Zu den Kündigungen wegen Betriebsratsstätigkeit siehe S. 113 ff.

⁶²⁶ Gewerbegericht Geislingen vom 12.08.1924 (Nr. 5 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶²⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 12.08.1924 (Nr. 5 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶²⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 12.08.1924 (Nr. 5 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶²⁹ Landgericht Ulm vom 12.11.1924, Stadtarchiv Geislingen, G 190.

In einem vergleichbaren Fall in der reichsweit veröffentlichten Literatur berechnete die Aussage eines Betriebsratsmitgliedes, der während eines Streiks zu Arbeitssuchenden sagte: „[...] Ich warne jedermann hier anzufangen [...]“ ebenso zur sofortigen Kündigung, wobei in diesem Fall die Entlassung auf § 123 Abs. 1 Nr. 7 der Gewerbeordnung gestützt wurde.⁶³⁰

cc. Ehrverletzung – wechselseitig zur Vergeltung

Nachdem ein Arbeiter und der Arbeitgeber sich gegenseitig beleidigt hatten, ging das Gewerbegericht Geislingen davon aus, dass keinem von beiden eine schwerere Tat zur Last gelegt werden konnte und die fristlose Entlassung nicht rechtmäßig war.⁶³¹ Demgegenüber sah das Gewerbegericht Laupheim in der Bezeichnung des Betriebsbeamten als „[...] Lügner [...]“ einen zur Kündigung ausreichenden wichtigen Grund, auch wenn dieser Behauptung eine erregte Diskussion über die Arbeitsquantität des Arbeiters vorangegangen war.⁶³²

In der reichsweiten Rechtsprechung findet sich eine Entscheidung, dass die Bezeichnung des Arbeitgebers als „[...] Schwindelfirma [...]“ keine grobe Beleidigung darstellte, wenn einerseits der Arbeiter zuvor als „[...] Sozialdemokratischer Agitator, Volksredner und frecher Mensch [...]“ bezeichnet worden war und dieser Meinungs austausch im Rahmen einer Gewerbegerichtsverhandlung stattfand, in der der Arbeitgeber versucht hatte, durch diese Bezeichnungen das Gericht dazu zu bewegen, den Arbeiter von der Vertretung seiner eigentlich klagenden Ehefrau auszuschließen.⁶³³

Auch finden sich weitere Entscheidungen außerhalb Württembergs, wonach einerseits der Ausdruck „[...] Scheißerei [...]“ in Bezug auf das Geschäft des Arbeitgebers eine grobe Beleidigung darstellte.⁶³⁴ Wurde die Beleidigung nach erfolgter unberechtigter fristloser Entlassung verwendet, existieren unterschiedliche Entscheidungen.⁶³⁵ In dieser Frage sah sich die Redaktion der Zeitschrift „Das Gewerbegericht“ dazu veranlasst klarzustellen⁶³⁶, dass es nicht nur darauf ankäme, ob die Beleidigung vor oder nach der Entlassungserklärung erfolgte, sondern auch darauf, ob zwischen den Erklärungen ein unmittelbarer zeitlicher Zusammenhang bestand. Erfolgte die Beleidigung unmittelbar im Zusammenhang mit der Entlassung, so sollte einiges dafür sprechen, dass der gesamte Vorgang einheitlich zu betrachten sei und der Arbeitgeber nunmehr rechtmäßig kündigen könne.⁶³⁷ Darüber hinaus war die Redaktion der Ansicht, dass eine auch zeitlich nach der Entlassung erfolgte Beleidigung Einfluss auf die Höhe der Entschädigung habe, da sich die Entschädigung ja wesentlich nach der Zeit bestimmen würde, während welcher der Entlassene noch bei dem früheren Arbeitgeber hätte in Verdienst sein können.⁶³⁸

dd. Fazit

Es bestanden wenig regionale oder sich im Laufe der Zeit ergebende Unterschiede in der Beurteilung der Kündigungen wegen Beleidigungen und Tötlichkeiten. Wenn überhaupt, müsste wohl eher davon gesprochen werden, dass die württembergischen Entscheidungen strenger waren als die reichsweiten.

Auch wurde teilweise in Württemberg bei der fristlosen Kündigung von gewerblichen Arbeitern eine Abwägung von Einzelinteressen vorgenommen, zum Beispiel in der oben dargestellten Entscheidung des Gewerbegerichts Laupheim.⁶³⁹ Dies eigentlich der gesetzlichen Ausgestaltung der enumerativ aufgezählten benannt-wichtigen Kündigungsgründe und findet sich nicht vergleichbar in den veröffentlichten Entscheidungen von außerhalb Württembergs.

Auffällig ist bei den Urteilen zu den Tötlichkeiten, dass es sich das Gewerbegericht Geislingen⁶⁴⁰ nicht nehmen ließ, in zwei Urteilen in Form eines obiter dictum bzw. wie es selbst sagt „außerhalb der Entscheidung“ darauf aufmerksam zu machen, was es von dem zu beurteilenden Lebenssachverhalt grundsätzlich gehalten hat. Bei den Urteilen zu Tötlichkeiten und Ehrverletzungen durch den Arbeitgeber findet sich diese Besonderheit bei diesem Gewerbegericht.

⁶³⁰ Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 106, Nr. 545.

⁶³¹ Gewerbegericht Geislingen vom 10.01.1895 (Nr. 1 aus 1895), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶³² Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 5 aus 1924, Stadtarchiv Laupheim ARL Bü. 1079; ähnlich auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 103, Nr. 521.

⁶³³ Gewerbegericht unbenannt – aus Süddeutschland in Soziale Praxis 8, Sp. 107; vgl. auch Gewerbegericht Karlsruhe in GG 2, Sp. 21.

⁶³⁴ Gewerbegericht Offenbach vom 02.11.1900 in GG 6, Sp. 198.

⁶³⁵ Fristlose Kündigung möglich: Gewerbegericht Berlin (ohne Datum) in GG 6, Sp. 105;

Fristlose Kündigung nicht möglich: Gewerbegericht Offenbach vom 02.11.1900 in GG 6, Sp. 198.

⁶³⁶ Anmerkungen der Redaktion der Zeitschrift Das Gewerbegericht in GG 6, Sp. 199 auf das Urteil des Gewerbegerichts Offenbach vom 02.11.1900.

⁶³⁷ Anmerkungen der Redaktion der Zeitschrift Das Gewerbegericht in GG 6, Sp. 199 auf das Urteil des Gewerbegerichts Offenbach vom 02.11.1900.

⁶³⁸ Anmerkungen der Redaktion der Zeitschrift Das Gewerbegericht in GG 6, Sp. 199 auf das Urteil des Gewerbegerichts Offenbach vom 02.11.1900.

⁶³⁹ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 6 aus 1923 auf Seite 115.

⁶⁴⁰ Gewerbegericht Geislingen vom 28.10.1921 (Nr. 5 aus 1921) auf Seite 114 und Gewerbegericht Geislingen vom 27.08.1923 (Nr. 5 aus 1923) auf Seite 115.

Hinzuweisen ist noch auf die unterschiedlichen Fassungen der Gesetzesnormen. So bedurfte es bei den Gesellen und Gehilfen einer groben Beleidigung, bei den Werkbeamten einer Ehrverletzung und bei den Handlungsgehilfen einer erheblichen Ehrverletzung. Diese unterschiedlichen Formulierungen lassen die Vermutung zu, dass unterschiedliche Anforderungen an die Beleidigungen zu stellen waren. Hierfür finden sich aber weder Belege in der Rechtsprechung noch in der Literatur. Einzig existiert der Hinweis, dass bei Beleidigungen von höheren Angestellten durch Arbeiter zu berücksichtigen sei, ob jene aus dem Milieu der Arbeiterschaft stammten.⁶⁴¹ Trotz dieser Besonderheit macht es den Eindruck, als seien die unterschiedlich gefassten Normen rechtstatsächlich nicht unterschiedlich ausgelegt worden.

f. Sachbeschädigung

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 123 Abs. 1 Nr. 6 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden: [...] 6. wenn sie einer vorsätzlichen und rechts- widrigen Sachbeschädigung zum Nachteil des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters sich schuldig machen;“	Nicht vorhanden.	Nicht vorhanden.

aa. Rechtsprechung und Literatur

Eine Sachbeschädigung zum Nachteil des Arbeitgebers und eine damit einhergehende Kündigungsmöglichkeit wurde in einem Fall des Gewerbegerichts Laupheim verneint, bei welchem ein Arbeiter die Aufgabe erhielt, Holz nach einer Zeichnung abzuhebeln.⁶⁴² Allerdings waren in der Zeichnung keine Maße eingetragen, der Arbeiter hatte die Zeichnung falsch ausgelegt und deswegen ein mangelhaftes Arbeitsergebnis geschaffen.⁶⁴³ Hierin sah der Arbeitgeber einen großen Schaden und eine Sachbeschädigung und hielt:

„[...] dem] Kläger großen Vorhalt, hieß ihn einen Pfuscher was der Kläger mit dem Bemerkten erwiderte: «wenn ich ein Pfuscher bin, dann sind Sie noch ein viel größerer Pfuscher.» Da noch weitere Vorwürfe und Beleidigungen fielen, sagte Bekl zu dem Kläger: «Machen Sie, daß Sie hinaus kommen aus meinem Betriebe» worauf dieser wegging mit dem Bemerkten: «meinen Lohn werde ich schon bekommen» [...].“⁶⁴⁴

Ohne im Weiteren auf die gegenseitigen Beleidigungen einzugehen, sah das Gewerbegericht den Anspruch des gekündigten Klägers auf zukünftigen Lohn grundsätzlich begründet, da keine vorsätzliche rechtswidrige Sachbeschädigung gegeben gewesen sei und da auch:

„[...] der Bekl selbst nicht behauptet, daß Kläger ihn absichtlich geschädigt habe. Auch hat das Gericht die Überzeugung gewonnen, daß dem Kläger jedenfalls das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seines Handelns gefehlt hat, vielmehr höchstens eine Fahrlässigkeit zur Last zu legen ist. [...] Aber eine bloße fahrlässige, auch evtl grobfahrlässige Sachbeschädigung ist kein gesetzlicher Entlassungsgrund. [...]“⁶⁴⁵

Vergleichbar, aber mit einem anderen Ergebnis, wurde ein Fall des Gewerbegerichts Nürtingen entschieden, bei dem es zur Beschädigung einer Maschine kam und sich die Frage stellte, ob der Arbeiter hierfür verantwortlich gemacht werden konnte.⁶⁴⁶ Der Arbeiter behauptete, dass die Beschädigung nicht von ihm verschuldet war, sondern einen Unfall darstellte.⁶⁴⁷ Drei Zeugen sagten einheitlich aus, dass der Schaden nur durch „[...] kolossale Gewalt [...]“ und nicht nur nebenbei oder zufällig hätte eintreten können, so dass neben einem Schadensersatzanspruch auch die fristlose Entlassung gerechtfertigt war.⁶⁴⁸

In der reichsweit veröffentlichten Literatur findet sich eine Entscheidung, nach der eine fristlose Entlassung dann nicht möglich war, wenn die Sachbeschädigung durch einen Minderjährigen verursacht wurde und dieser mit der beschädigten Maschine noch nicht lange gearbeitet hatte.⁶⁴⁹ Ferner findet sich dort die Ansicht, dass zur Sachbeschädigung eine grobe Fahrlässigkeit noch nicht ausreiche, ebenso wenig wie eine Tierquälerei.⁶⁵⁰

⁶⁴¹ Gewerbegericht Stettin (ohne Datum) in GG 2, Sp. 125, so auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 103, Nr. 523.

⁶⁴² Gewerbegericht Laupheim vom 10.05.1922 (Nr. 4 aus 1922), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁶⁴³ Gewerbegericht Laupheim vom 10.05.1922 (Nr. 4 aus 1922), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁶⁴⁴ Gewerbegericht Laupheim vom 10.05.1922 (Nr. 4 aus 1922), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁶⁴⁵ Gewerbegericht Laupheim vom 10.05.1922 (Nr. 4 aus 1922), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁶⁴⁶ Gewerbegericht Nürtingen vom 21.02.1914 (Nr. 4 aus 1914), Stadtarchiv Nürtingen, NA (630) – Urteil abgedruckt auf Seite 218 ff.

⁶⁴⁷ Gewerbegericht Nürtingen vom 21.02.1914 (Nr. 4 aus 1914), Stadtarchiv Nürtingen, NA (630) – Urteil abgedruckt auf Seite 218 ff.

⁶⁴⁸ Gewerbegericht Nürtingen vom 21.02.1914 (Nr. 4 aus 1914), Stadtarchiv Nürtingen, NA (630) – Urteil abgedruckt auf Seite 218 ff.

⁶⁴⁹ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1168h.

⁶⁵⁰ Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52.

bb. Fazit

Dieser Kündigungsgrund galt nur für Gesellen und Gehilfen der Gewerbeordnung. Allerdings ist davon auszugehen, dass er seine Entsprechung wenigstens über die unbenannt-wichtigen Gründe bei den Angestellten fand. Vor diesem Hintergrund und der recht eindeutigen Formulierung der Gesetzesnorm verwundert es, dass es noch zwei auffindbare württembergische Urteile gibt, wo doch hinsichtlich diesem Kündigungsgrund reichsweit relativ wenige Urteile gefällt wurden. Es kann vermutet werden, dass dieser Kündigungsgrund keiner weiteren Auslegung bedurfte und deswegen auch in der reichsweiten Rechtsprechung und Literatur nicht besonderes besprochen wurde.

g. Verleitung zu Handlungen gegen Gesetze oder die guten Sitten

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 123 Abs. 1 Nr. 7 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden: [...] 7. wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen;“	Nicht vorhanden.	Nicht vorhanden.

aa. Rechtsprechung und Literatur

Das Gewerbegericht Tübingen verneinte die Kündigungsmöglichkeit im Fall eines 15-jährigen Mädchens, dem gekündigt wurde, weil sie zu ihrer Kollegin gesagt haben soll:

„[...] Schraube an der Maschine herum, damit sie kaputt wird, damit man sie [die Maschine] nach Stuttgart tun muß. [...]“⁶⁵¹

Vorgeworfen wurde ihr nicht die Sachbeschädigung, sondern das Anstiften der Kollegin. Allerdings sah das Gericht diese Aussage trotz des Umstandes, dass es hierfür eine Zeugin gab, nicht als bewiesen an und stellte darüber hinaus fest, dass:

„[...] Selbst wenn aber angenommen werden sollte, daß die Klägerin diese oder eine ähnliche Äußerung getan haben sollte, wird nach Lage der Dinge nach Ansicht des Gerichts der einzig in Betracht kommende Entlassungsgrund nach § 123 Z. 7 Gew.O. nicht gegeben [sein, ... und es] müßte selbst unter Zugrundelegung der Angaben der Bautter [Zeugin] die Äußerung als das unüberlegte, keinerlei weitere Bedeutung beanspruchende, Geschwätz eines 15 jährigen Mädchens beurteilt werden. [...]“⁶⁵²

Der Umstand, dass ein Arbeiter gegenüber einem Kollegen äußerte, wenn dieser „[...] nicht der Organisation [gemeint war die Gewerkschaft] beitrete, gehöre er verschossen [...]“ war nach dem Gewerbegericht Geislingen eine Überschreitung des Anstands.⁶⁵³ Da diese Äußerung jedoch außerhalb des Betriebes erfolgte, sollte sie keinen wichtigen Grund zur Kündigung, darstellen; „[...] Für eine Massregelung in Form der Entlassung waren jedenfalls die vom Beklagten angeführten Fälle unzureichend. [...]“⁶⁵⁴

Teilweise wurde auch versucht die fristlose Kündigung von Betriebsratsmitgliedern als „Unsittlichkeit“ zu qualifizieren oder es wurde ein Gesetzesverstoß angenommen, wenn nur der Versuch vorlag, Mitarbeiter während der Arbeitszeit und innerhalb der Betriebsräume für eine Gewerkschaft zu gewinnen.⁶⁵⁵

Reichsweit wurde unter dem unbestimmten Rechtsbegriff „wider die guten Sitten“ neben sexuell unsittlichen Handlungen auch sonstige Verletzungen der Sittlichkeit gezählt.⁶⁵⁶ Dazu zählte das Überreden eines Kollegen zum Schnapstrinken, obwohl dem Überredenden bewusst war, dass dieser ein Trinker war, der schon mehrfach auf das betriebliche Alkoholverbot ermahnt wurde.⁶⁵⁷ Auch wurde dieser Kündigungsgrund dann herangezogen, wenn Arbeiter

⁶⁵¹ Gewerbegericht Tübingen vom 04.08.1925, Stadtarchiv Tübingen, A150/5823.

⁶⁵² Gewerbegericht Tübingen vom 04.08.1925, Stadtarchiv Tübingen, A150/5823.

⁶⁵³ Gewerbegericht Geislingen vom 19.04.1926 (Nr. 7 aus 1926), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁵⁴ Gewerbegericht Geislingen vom 19.04.1926 (Nr. 7 aus 1926), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁵⁵ Arbeitsgericht Breslau vom 06.01.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. III, S. 131; verneinend Gewerbegericht Berlin Kammer I vom 03.08.1922 in GKG 28, Sp. 7.

Zu der Kündigung von Betriebsratsmitgliedern siehe Seite 113.

⁶⁵⁶ Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 123 Note 9.

⁶⁵⁷ Gewerbegericht Solingen vom 31.01.1907 in GKG 14, Sp. 289.

versuchten ohne geordnetes Streikverfahren durch Aufhetzung der anderen Mitarbeiter den Betrieb zu bestreiken oder zur Stilllegung zu bringen.⁶⁵⁸ Dies galt ebenso bei der Aufforderung der Arbeiter zur Trägheit.⁶⁵⁹

bb. Fazit

Es überrascht, dass nicht mehr Entscheidungen in Württemberg zu diesem Kündigungsgrund auffindbar sind. Auch beim Vergleich zum Bestand der diesbezüglichen reichsweiten Entscheidungen lässt sich nicht feststellen, dass in Württemberg besonders wenige Urteile ergingen. Bei der „Verleitung zu Handlungen gegen Gesetze oder die guten Sitten“ lassen sich häufig Überschneidungen mit dem Kündigungsgrund „unbefugtes Verlassen und beharrliche Pflichtverweigerung“ erkennen (siehe oben auf Seite 106 ff.).

Beachtenswert sind in diesem Zusammenhang die Entscheidungen des Gewerbegerichts Geislingen. Einerseits konnte ein Arbeiter nicht fristlos entlassen werden, der seinem Kollegen – wegen seiner Weigerung der Gewerkschaft beizutreten – sagte, er gehöre verschossen⁶⁶⁰. Andererseits hatte das Gewerbegericht Geislingen, wie dargestellt, geurteilt: „[...] daß Tötlichkeiten u. grobe Beleidigungen auch außerhalb der Arbeitsstätte u. Arbeitszeit zur sofortigen Entlassung berechtigen können. [...]“⁶⁶¹ Beide Urteile sind nach dem Ersten Weltkrieg ergangen und haben auf den ersten Blick eine vergleichbare Grundlage.

Erneut ist festzuhalten, dass diese Kündigungsgründe nur für die Gesellen und Gehilfen der Gewerbeordnung galten. Es kann auch an dieser Stelle nur vermutet werden, dass diese Fallgruppe bei den Angestellten der Gewerbeordnung und den Handlungsgehilfen notfalls durch den unbenannt-wichtigen Grund erfasst wurde.

h. Unfähigkeit/Verhinderung zur Verrichtung der Arbeit, insbesondere bei Krankheit

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 123 Abs. 1 Nr. 8 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden: [...] 8. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind.“	§ 133c Abs. 1 Nr. 4 GewO „Gegenüber den im §. 133a bezeichneten Personen kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden: [...] 4. wenn sie durch anhaltende Krankheit oder durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit an der Verrichtung ihrer Dienste verhindert werden;“	§ 72 Abs. 1 Nr. 3 HGB „Als ein wichtiger Grund, der den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen, namentlich anzusehen: [...] 3. wenn er durch anhaltende Krankheit, durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit oder durch eine die Zeit von acht Wochen übersteigende militärische Dienstleistung an der Verrichtung seiner Dienste verhindert wird;“

Zu beachten ist, dass bei diesem wichtigen Grund die Krankheit selbst der kündigungsrelevante Umstand war und nicht, wie oben schon dargestellt, die Nichtmeldung oder die Nichtrückkehr nach Genesung von derselben (siehe dazu oben auf Seite 109 f.).

aa. Krankheit

Rechtsprechung aus Württemberg findet sich zum Tatbestandsmerkmal der Krankheit in diesem Kündigungsgrund nicht. In der reichsweiten Rechtsprechung und Literatur findet sich jedoch einiges. Eine anhaltende Krankheit nach § 123 Abs. 1 Nr. 8 und § 133a Abs. 1 Nr. 4 der Gewerbeordnung lag vor, wenn die Krankheit bereits eine verhältnismäßig erhebliche Zeit gedauert hatte und noch im Zeitpunkt der Kündigung für verhältnismäßig lange Zeit oder auf unbestimmte Zeit fort dauern würde.⁶⁶² Eine 14-tägige Krankheit eines bereits seit langen Jahren im Dienste des Arbeitgebers stehenden Arbeiters stellte keinen wichtigen Grund zur Kündigung dar.⁶⁶³

Das Tatbestandsmerkmal „[...] abschreckend [...]“, das nur bei den Gesellen und Gehilfen erfüllt sein musste, war gegeben, wenn der bzw. die Kranke „[...] wegen] ekelerregenden Entstelltseins bzw. Anblicks, schlechtem Geruchs oder bei der Gefahr der Ansteckung der Umgebung, einen widerlichen Eindruck [...]“ machte.⁶⁶⁴ Krätze wurde als eine solche ekelerre-

⁶⁵⁸ Berggewerbegericht Dortmund vom 13.02.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 108; Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Stier-Somlo, „Arbeitsvertrag“, Bd. I, S. 289 (304); Landgericht Elberfeld vom 04.09.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 139; Gewerbegericht Berlin vom 23.04.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. III, S. 132; Gewerbegericht Greiz vom 15.04.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. III, S. 132; Landgericht Frankenthal vom 23.09.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. IV, S. 171.

⁶⁵⁹ Gewerbegericht Reichenbach vom 15.09.1902 in GG 9, Sp. 171; so auch Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52.

⁶⁶⁰ Gewerbegericht Geislingen vom 19.04.1926 (Nr. 7 aus 1926) auf Seite 119.

⁶⁶¹ Gewerbegericht Geislingen vom 28.10.1921 (Nr. 5 aus 1921) auf Seite 114.

⁶⁶² Gewerbegericht Berlin vom 01.03.1927 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 244.

⁶⁶³ Gewerbegericht Frankfurt/M (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 89.

⁶⁶⁴ Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 123 Note 10.

gende und abschreckende Krankheit angesehen, insbesondere, wenn sie sichtbar war⁶⁶⁵ oder auch die – zwar verheilte aber dennoch eventuell ansteckende – Syphilis.⁶⁶⁶

bb. Freiheitsstrafe

Nach dem Gewerbegericht Tübingen verweigerte der Arbeitgeber zurecht die Zahlung des Lohns bis zum Ablauf der Kündigungsfrist, weil der Arbeiter (das Gewerbegericht äußert sich nicht zu seiner Stellung, aber nach den Umständen des Urteils ist davon auszugehen, dass es kein Angestellter war) wegen einer Verhaftung und Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Wochen seine Arbeitsleistung nicht erbringen konnte.⁶⁶⁷

Im Handwörterbuch der Rechtswissenschaft findet sich der Hinweis zu den „Betriebsbeamten“ (§§ 133a ff. der Gewerbeordnung), dass, wenn die Dienste wegen unverschuldeten Unglücks – wie zum Beispiel unverschuldeter Untersuchungshaft oder einem Unfall – nicht erbracht werden konnten, der Anspruch auf vertragsmäßige Leistungen des Arbeitgebers für drei Wochen erhalten bleiben sollte.⁶⁶⁸ Auch wurde geurteilt, die Untersuchungshaft stelle einen wichtigen Grund dar, wenn nicht im Einzelnen zur Zeit des Kündigungsausspruchs feststand, dass die Untersuchungshaft nur gewisse Tage gedauert hatte oder dauern sollte.⁶⁶⁹

Die Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe und das dadurch bedingte Fortbleiben von der Arbeit brachten den Arbeitsvertrag automatisch mit der Maßgabe zur Beendigung:

„[...] daß der Arbeitnehmer nach Abbüßung der Strafe einen Anspruch auf Wiedereinstellung nicht hat.“⁶⁷⁰

Zu berücksichtigen ist, dass unter „Unfähigkeit“ nicht jede Unterbrechung der Arbeitsfähigkeit verstanden wurde;⁶⁷¹ generell sollte die Unfähigkeit und die damit einhergehende Kündigungsmöglichkeit von Fall zu Fall geprüft werden.⁶⁷² In die Abwägung, wann eine „Unfähigkeit“ vorlag, sollte wesentlich mit einfließen, die Dauer des Dienstverhältnisses, die Dauer der einschlägigen Kündigungsfrist und die Notwendigkeit des betreffenden Arbeitnehmers für den Betrieb.⁶⁷³

cc. Fazit

Diese Unterschiedlichkeit findet sich ansonsten nicht, ansonsten wurden die benannt-wichtigen Kündigungsgründe trotz oftmals unterschiedlicher sprachlicher Fassung nahezu bis komplett ohne Differenzierung angewendet.

Es ist aus der aufgefundenen Rechtsprechung und der Literatur nicht ersichtlich, dass das Merkmal „abschreckend“, das nur bei den Gesellen und Gehilfen tatbestandlich gefordert war, von größerer Bedeutung bei der Auslegung und Anwendung des Kündigungsgrundes gewesen wäre. Es lässt sich keine Veränderung der Rechtsprechung im Verlauf des Betrachtungszeitraumes erkennen und die einzige auffindbare württembergische Entscheidung weicht nicht von der reichsweiten Beurteilung ab.

2. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung durch den Arbeitnehmer – benannt-wichtige Kündigungsgründe

Nachfolgend wird die Rechtsprechung zum fristlosen Verlassen der Arbeit anhand der benannt-wichtigen Verlassensgründe dargestellt. Die Verlassensgründe der Gewerbeordnung und des HGB werden ebenso wie bei den fristlosen Kündigungsgründen zu Gunsten der Arbeitgeber zusammengefasst dargestellt.

a. Unfähigkeit zur Arbeit

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen die Arbeit verlassen: 1. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden;“	Nicht vorhanden.	§ 71 Abs. 1 Nr. 1 HGB „Als ein wichtiger Grund, der den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen, namentlich anzusehen: 1. wenn der Handlungsgehilfe zur Fortsetzung seiner Dienste unfähig wird;“

⁶⁶⁵ Gewerbegericht Frankfurt/M (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 89.

⁶⁶⁶ Kaufmannsgericht München vom 21.12.1911 in GKG 17, Sp. 139.

⁶⁶⁷ Gewerbegericht Tübingen vom 20.04.1926 in Stadtarchiv Tübingen, A150/5823.

⁶⁶⁸ Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Stier-Somlo, „Betriebsbeamte“, Bd. I, S. 713 (715).

⁶⁶⁹ Landgericht Zwickau vom 04.10.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. III, S. 93.

⁶⁷⁰ Gewerbegericht Wandsbek vom 12.06.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 87.

⁶⁷¹ Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 123 Note 10; Bail, Das Rechtsverhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, S. 237.

⁶⁷² Landgericht Zwickau vom 02.07.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 243.

⁶⁷³ Landgericht Zwickau vom 02.07.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 243.

aa. Rechtsprechung und Literatur

Zum Verlassensgrund der Arbeit wegen Unfähigkeit existiert in den untersuchten Archiven keine württembergische Entscheidung mehr. Auch hinsichtlich des Rechts zum fristlosen Verlassen der Arbeit war es notwendig, dass eine zeitlich bedeutsame Arbeitsunfähigkeit gegeben war; nicht ausreichend waren kleine Unterbrechungen der Arbeitsfähigkeit.⁶⁷⁴

Nach einer reichsweit veröffentlichten Entscheidung des Gewerbegerichts Duisburg war keine „Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit“ gegeben, als der Kläger einerseits vom neuen Arbeitgeber gesagt bekommen hatte, dass dessen Betrieb nicht bestreikt werde, er deswegen seine alte Stelle gekündigt hatte und nun feststellen musste, dass beim neuen Arbeitgeber doch ein Streik bestand und er sich mit den Streikenden als organisierter Arbeitnehmer solidarisch zeigen musste bzw. wollte.⁶⁷⁵ Das Gericht sah keinen wichtigen Grund des § 124 der Gewerbeordnung erfüllt und war der Ansicht, dass der Arbeitgebervertreter berechtigterweise einen Streik anders definierte als ein Arbeiter; ferner hätte sich der Kläger an anderen Stellen erkundigen können und sollen.⁶⁷⁶

bb. Fazit

Bemerkenswert ist, dass dieser Kündigungsgrund nicht nur für die Gesellen und Gehilfen der Gewerbeordnung, sondern ebenso für die Angestellten nach dem HGB galt; nicht jedoch für die Werkmeister und Betriebsbeamten, also die gewerblichen Angestellten.

Dieser Verlassensgrund hat – wie dargestellt – auch einen Bezug zu Streiks und Demonstrationen. Aus diesem Grund sei an dieser Stelle auch schon auf den diesbezüglich auch einschlägigen Verlassensgrund „Verleiten zu Handlungen gegen Gesetze oder die guten Sitten“ (siehe Seite 128 f.) verwiesen.

b. Tätlichkeiten oder Ehrverletzungen bzw. Beleidigungen gegenüber dem Arbeitnehmer

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen die Arbeit verlassen: [...] 2. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen die Arbeiter oder gegen ihre Familienangehörigen zu Schulden kommen lassen;“	§ 133d Abs. 1 Nr. 1 GewO „Die in §. 133a bezeichneten Personen können die Auflösung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangen: 1. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Tätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen sie zu Schulden kommen lassen;“	§ 71 Abs. 1 Nr. 4 HGB „Als ein wichtiger Grund, der den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen, namentlich anzusehen: [...] 4. wenn sich der Prinzipal Tätlichkeiten, erhebliche Ehrverletzungen oder unsittliche Zumuthungen gegen den Handlungsgehilfen zu Schulden kommen läßt oder es verweigert, den Handlungsgehilfen gegen solche Handlungen eines anderen Angestellten oder eines Familienangehörigen des Prinzipals zu schützen.“

Die nachfolgende Unterteilung soll die Vielzahl an Entscheidungen übersichtlich veranschaulichen. Es bestehen Überschneidungen der einzelnen Teilbereiche, weil Tätlichkeiten oft mit Beleidigungen einhergingen und/oder Beleidigungen bzw. Tätlichkeiten wechselseitig verübt wurden.

aa. Tätlichkeiten

In einer Entscheidung des Gewerbegerichts Geislingen verrichtete ein Hausknecht, der unter anderem für das Abholen von Hotelgästen am Bahnhof eingestellt worden war, seinen Dienst samstags nur unzureichend.⁶⁷⁷ Er brachte vor:

„[...] daß ihm vom Beklagten [Arbeitgeber] gesagt worden sei, an den Samstag-Nachmittagen bräuchte er nicht zur Bahn zu gehen. [...]“⁶⁷⁸

Nach der mündlichen Verhandlung stellte das Gewerbegericht fest:

„[...] daß Kläger seinen Dienst so unvollkommen versah u. den Kegelburschen des Beklagten von seinem Dienste abhielt, daß die Situation den Beklagten nach § 123 Abs. 1 Z. 3 der Reichsgewerbeordnung berechnigte, sofortige Entlassung des Klägers vorzunehmen, andererseits ist erwiesen, daß Beklagter sich gegen den

⁶⁷⁴ Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 124 Note 2.

⁶⁷⁵ Gewerbegericht Duisburg (ohne Datum) in GG 9 Sp. 179.

⁶⁷⁶ Gewerbegericht Duisburg (ohne Datum) in GG 9 Sp. 179; vergleichbar auch Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1303.

Zum Verlassen der Arbeit wegen Streik siehe auch auf Seite 128 f.

⁶⁷⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 18.08.1902 (Nr. 18 aus 1902), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁷⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 18.08.1902 (Nr. 18 aus 1902), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

*Kläger solche Thätlichkeiten zu Schulden kommen ließ, welche den Kläger nach § 124 Z. 2 der Gew. Ordnung die Berechtigung zum sofortigen Verlassen des Dienstes gaben. [...]*⁶⁷⁹

Das Gewerbegericht rechnete Verschulden gegen Verschulden auf und gestand dem Kläger die Hälfte seiner Forderung zu.⁶⁸⁰ Eine Konkretisierung der Tätlichkeit wurde im Tatbestand des Urteils nicht vorgenommen.⁶⁸¹

In der reichsweiten Literatur findet sich eine Entscheidung des Gewerbegerichts Stuttgart, nach welcher ein Arbeiter berechtigt war, die Arbeit sofort zu verlassen, nachdem der Arbeitgeber mit einem Besen auf ihn losging und ihn einen „[...] Lausbuben [...]“, einen „[...] Himmelsakramenter [...]“ und Ähnliches nannte.⁶⁸² Auch reichte nach einem weiteren Urteil die Drohung, unter vorgehaltenem Messer, den Arbeiter zu töten zusammen mit den Bezeichnungen als „[...] Lausbube und Hundsgott [...]“ aus, dass die Arbeit fristlos verlassen werden konnte.⁶⁸³

bb. Beleidigungen durch den Arbeitgeber

Die Bezeichnung als „[...] Kerle [...]“ war in einem Fall des Gewerbegerichts Geislingen nicht ausreichend, dass der Arbeiter, der zuvor schon ordentlich gekündigt war, die Arbeit fristlos verlassen konnte.⁶⁸⁴ Nach der ordentlichen Kündigung erschien der Arbeiter am darauffolgenden Montag nicht zur Arbeit; er machte „[...] blauen Montag [...]“ um sich eine neue Arbeit zu suchen.⁶⁸⁵ Auf die Entschädigungsforderung des Arbeitgebers erwiderte der Arbeiter, er sei vom Sohn des Klägers mit eben jenem Ausdruck „[...] Kerle [...]“ belegt worden.⁶⁸⁶ Das Gericht sah diese Bezeichnung durch den Beklagten bzw. seinen Sohn nicht als hinreichend an, um die Arbeit fristlos zu verlassen.⁶⁸⁷ Dagegen wurde ein rechtmäßiges Verlassen der Arbeit auch vom Gewerbegericht Geislingen bejaht, nachdem die Kläger verspätet mit der Arbeit begonnen hatten, was den beklagten Arbeitgeber dazu brachte, diese als „[...] verloderte Gesellschaft [...]“ und „[...] von der Gesellschaft taugt keiner nichts [...]“ zu beleidigen.⁶⁸⁸ Außerdem hatte er gesagt „[...] wenn dies nochmal vorkomme, daß mit der Arbeit nicht rechtzeitig begonnen werde, jage er die ganze Gesellschaft fort [...]“.⁶⁸⁹

In einem zeitlich früheren Fall des Gewerbegerichts Geislingen ging ein Frisörgehilfe:

*„[...] vom Arbeitslokal weg, ohne ein Wort zu sagen, auch machte er keine Geberden, als ob er fortgehen wolle, nahm dagegen im Nebenlokal – ohne daß es zu bemerken war – seine Rasierwasser zu sich, begab sich in sein Schlafzimmer, kleidete sich dort um & gieng fort. [...]“*⁶⁹⁰

Da der Meister merkte, dass etwas nicht stimmte, suchte er den Kläger und fand ihn in der Wohnung eines Bekannten:

*„[...] woselbst er ihn über sein unanständiges Weglaufen Vorhalt machte und in schimpfenden Worten äußerte, zu bedauern, daß er ihn nicht mehr in seinem Schlafzimmer angetroffen habe, sonst hätte er ihn dort mit Schlägen traktiert. Auf dieses hin erschien Kl. an den folgenden Tagen nicht mehr im Geschäft. [...] Nach Schickers Gew. Ordng. Anm. 3. zu §. 124. bezwse. Anm. 6. zu §. 123. genügt jedoch nicht jede Beleidigung, um den Schutz des §. 124. Z. 2. in Anspruch nehmen zu können, und bei der Beurteilung der Frage, ob eine schwere (grobe) Beleidigung vorliegt, ist auch das Verhalten des Arbeiter in Würdigung zu ziehen. [...]“*⁶⁹¹

Der Kläger hätte wenigstens den Anstand haben müssen, dem Beklagten „[...] Adjeu [...]“ zu sagen und dass er gehen werde.⁶⁹²

*„[...] Durch dieses Benehmen des Kl. ist auch Bekl. ohne Zweifel zu seiner Beleidigung durch den Kl. gereizt worden und es kann auch in Berücksichtigung dessen, daß die Beleidigung des Bekl. eine gewöhnliche vulgäre Ausdrucksweise bei solchen Auseinandersetzungen ist, solche nicht als eine grobe erachtet werden. [...]“*⁶⁹³

In den aufgefundenen reichsweit veröffentlichten Entscheidungen finden sich ähnliche Ergebnisse. So wurde zum Beispiel erkannt, dass die Bezeichnung einer Arbeiterin als „Gespens“, weil sie zeitweise nachtwandelte, keine grobe

⁶⁷⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 18.08.1902 (Nr. 18 aus 1902), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁸⁰ Gewerbegericht Geislingen vom 18.08.1902 (Nr. 18 aus 1902), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁸¹ Gewerbegericht Geislingen vom 18.08.1902 (Nr. 18 aus 1902), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁸² Gewerbegericht Stuttgart vom 02.02.1900 in GG 5, Sp. 155.

⁶⁸³ Gewerbegericht Freiburg i.B. vom 19.10.1896 in Soziale Praxis 8, Sp. 106.

⁶⁸⁴ Gewerbegericht Geislingen vom 01.02.1904 (Nr. 1 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁸⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 01.02.1904 (Nr. 1 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁸⁶ Gewerbegericht Geislingen vom 01.02.1904 (Nr. 1 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁸⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 01.02.1904 (Nr. 1 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁸⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 24.07.1919 (Nr. 1 & 2 aus 1923), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁸⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 24.07.1919 (Nr. 1 & 2 aus 1923), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁶⁹⁰ Gewerbegericht Geislingen vom 15.08.1900 (Nr. 14 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 204 ff.

⁶⁹¹ Gewerbegericht Geislingen vom 15.08.1900 (Nr. 14 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 204 ff.

⁶⁹² Gewerbegericht Geislingen vom 15.08.1900 (Nr. 14 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 204 ff.

⁶⁹³ Gewerbegericht Geislingen vom 15.08.1900 (Nr. 14 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 204 ff.

Beleidigung derselben darstellte.⁶⁹⁴ Zwar war das Verhalten eines körperlichen Gebrechens, wie dem Nachtwandeln, grundsätzlich als Beleidigung geeignet, allerdings müsse die grobe und schwere Beleidigung in rüder Weise, provokatorisch oder fortgesetzt begangen worden sein.⁶⁹⁵ Dies sei hier nicht der Fall gewesen. Und auch die sich anschließende Wiederholung durch den Hausknecht, der bei der Beleidigung anwesend war, hätte die Arbeitgeberin rügen sollen, dennoch reiche dies nicht zum sofortigen Austritt aus.⁶⁹⁶ Ferner stellten die Ausdrücke „[...] *Riesenrindvieh* [...]“ und „[...] *großes Kamel* [...]“ stellten zwar eine strafrechtliche Beleidigung dar, sollten aber keine erhebliche Ehrverletzung sein, weil dem Arbeitgeber durch Verschulden des Handlungsgehilfen fast ein Auftrag verloren gegangen wäre, um den er sich lange Zeit bemüht hatte.⁶⁹⁷ Ähnlich sollten auch „[...] *Sie Rotznase* [...]“ oder „[...] *Sie Rotzlöffel, halten Sie die Schnauze* [...]“ keine grobe Beleidigung darstellen, da einerseits der Arbeiter den Tag über „[...] *Stichreden* [...]“ gegen den Arbeitgeber gehalten habe und diese Ausdrücke unter den Arbeitern sehr gebräuchlich wären; auch die Worte „[...] *Halten Sie die Schnauze, sonst schmeiße ich Ihnen das Eisen aufs Kreuz* [...]“ sollten nicht ernsthaft vom Arbeitgeber gemeint gewesen sein und selbst wenn dies eine Bedrohung gewesen sein sollte, so reiche sie nicht zum Austritt, da nur grobe Beleidigungen oder tatsächlich verübte Tötlichkeiten den Austritt rechtfertigten.⁶⁹⁸

Dagegen war das Kaufmannsgericht Chemnitz gegenüber einer Handlungsgehilfin großzügiger, und wertete den wiederholten Ausdruck „[...] *unverschämtes Frauenzimmer* [...]“ als einen zum Verlassen der Arbeitsstätte berechtigende Beleidigung.⁶⁹⁹ Ebenso stellte es eine grobe Beleidigung dar, wenn die Ehefrau des Wirtes die Kellnerinnen als Dirnen bezeichnete.⁷⁰⁰ Ebenso verhielt es sich, wenn bezüglich des Preises für die Unterkunft der Kellnerinnen durch die Ehefrau des Wirts gesagt wurde: „[...] *Ihr könnt ja billiger wohnen, es giebt da Herren, die die Wohnung bezahlen.* [...]“.⁷⁰¹

Generell galt, dass der Arbeitgeber verpflichtet war, die Arbeitnehmer gegen Angriffe anderer Arbeiter (auch ohne vorherige Aufforderung hierzu) zu schützen. Erfüllte der Arbeitgeber diese Pflicht nicht, so konnten die Arbeitnehmer ihre Stelle sofort verlassen.⁷⁰²

cc. Wechselseitige Beleidigungen

Häufig hatten sich die Gerichte mit gegenseitigen Beleidigungen und sich aufschaukelnden Situationen zu beschäftigen. So auch in einem Fall des Gewerbegerichts Biberach, wo der Arbeitgeber mehrere Arbeiter wegen unbefugten Verlassens der Arbeit kündigte, diese davor aber mit den Worten „[...] *verfluchte Rindviecher* [...]“ und „[...] *Esel* [...]“ bezeichnet hatte und deswegen die Arbeiter der Ansicht waren, die Arbeit gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 der Gewerbeordnung verlassen zu dürfen.⁷⁰³ Das Gewerbegericht entschied:

*„[...] wenn auch das Gewerbegericht dahingestellt läßt, ob in diesen Worten eine grobe Beleidigung im Sinne des § 124 der Gew.Ordnung vorliegt, so konnte es aber auch andererseits wenn auch das Verlassen der Arbeit aus diesen Gründen ja nicht gebilligt werden könnte, doch nicht zu der Überzeugung gelangen, daß hier ein unbefugtes Verlassen der Arbeit so wie es der § 123 der Gew.Ordnung im Auge hat, tatsächlich vorliegt, [...]“*⁷⁰⁴

In der Folge stand das Gewerbegericht Biberach dem Kläger die Entschädigung für den ausgefallenen Lohn zu.⁷⁰⁵

Ähnlich zurückhaltend entschied das Gewerbegericht Tübingen, dass es als wichtiger Grund für einen Arbeiter zum Verlassen der Stelle nicht ausreichend war:

„[...] dass sowohl der Kläger, als der Beklagte bei dem Vorfall am 13.Juli sich Ueberschreitungen der zwischen Arbeitgeber u.Arbeiter zulässigen Verkehrsweise haben zu schulden kommen lassen,dass aber der Kläger keineswegs berechtigt war,nachdem er seinen Standpunkt eben doch mit aller Energie vertreten hatte u.trotz seines zugegebenen Fehlers beim Drehen eines Messingmodells,den Arbeitsgeber mit einem Stahl-

⁶⁹⁴ Gewerbegericht Ludwigshafen am Rhein (ohne Datum) in Soziale Praxis 8, Sp. 121.

⁶⁹⁵ Gewerbegericht Ludwigshafen a.Rhein (ohne Datum) in Soziale Praxis 8, Sp. 121.

⁶⁹⁶ Gewerbegericht Ludwigshafen a.Rhein (ohne Datum) in Soziale Praxis 8, Sp. 121.

⁶⁹⁷ Kaufmannsgericht Schöneberg vom 12.02.1912 in GKG 17, Sp. 158.

⁶⁹⁸ Gewerbegericht Altenburg vom 09.02.1912 in GKG 17, Sp. 129.

⁶⁹⁹ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1308 mit Verweis auf Kaufmannsgericht Chemnitz vom 22.04.1925.

⁷⁰⁰ Landgericht I Berlin vom 20.05.1896 (Berufung auf das Gewerbegericht Berlin) in GG 3, Sp. 53; dagegen verneinend, aber in der Sache vergleichbar: Landgericht Plauen vom 09.06.1916 in GKG 22, Sp. 134; mit dem Hinweis dort, dass nicht nur die Beleidigung durch die Ehefrau des Prinzipals entscheidend war, sondern auch, dass der Prinzipal den Handlungsgehilfen nicht vor denselben schützte.

⁷⁰¹ Landgericht I Berlin vom 20.05.1896 (Berufung auf das Gewerbegericht Berlin) in GG 3, Sp. 53.

⁷⁰² Kaufmannsgericht Charlottenburg (ohne Datum) in GKG 15, Sp. 109 f. und Kreisgewerbegericht Zarbe (ohne Datum) in GKG 15, Sp. 177 f.

⁷⁰³ Drei Entscheidungen des Gewerbegerichts Biberach vom 30.07.1901 (Nr. 17, 18 und 19 aus 1901), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3300 – Urteil abgedruckt auf Seite 197 ff.

⁷⁰⁴ Drei Entscheidungen des Gewerbegerichts Biberach vom 30.07.1901 (Nr. 17, 18 und 19 aus 1901), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3300 – Urteil abgedruckt auf Seite 197 ff.

⁷⁰⁵ Drei Entscheidungen des Gewerbegerichts Biberach vom 30.07.1901 (Nr. 17, 18 und 19 aus 1901), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3300 – Urteil abgedruckt auf Seite 197 ff.

*stück zu bedrohen u.die Arbeitsstelle mit der Erklärung «so,ich höre sofort auf»,die Hände zu waschen u.wegzugehen. [...]*⁷⁰⁶

Etwas großzügiger zu Gunsten des Arbeiters entschied dagegen das Gewerbegericht Laupheim in einem Fall, in welchem ein Arbeiter seinen Lohn wollte und vom Meister vertröstet wurde, er solle später nochmal kommen und als er später noch einmal kam und daraufhin:

*„[...] wieder vertröstet wurde, fieng er an zu spotten über den Meister, der arbeitete, u störte diesen mehrfach. Die Mahnungen zur Ruhe blieben erfolglos, schließlich erklärte Bekl: es sei ihm gekündigt auf 8 Tage u er solle am Montag morgs 6 Uhr bei d. Arbeit sein, aber nüchtern, u jetzt solle er die Marktstätte u das Haus verlassen, sonst werde er weg Hausfriedensbruchs verklagt, u hat ihn schließlich am Rock gefaßt u hinausgeschoben. [...]*⁷⁰⁷

Der Arbeiter erwiderte „[...] er sei hinausgeworfen worden, u dabei sei sein Rock stark beschmutzt worden. [...]“⁷⁰⁸ Der Arbeitgeber machte geltend, dass der Kläger ihn mit den Worten beleidigt hatte „[...] er sei kein Meister, sondern [ein] Hurenbub. [...]“⁷⁰⁹ Das Gewerbegericht bestätigte zuerst die Berechtigung der Kündigung auf in acht Tagen, weil achttägige Zahlung vereinbart worden war und erklärte in der Folge, dass das Arbeitsverhältnis von beiden Seiten fristlos gekündigt werden konnte, weil der Arbeiter „[...] tätlich angepackt u hinaus geworfen [...]“ wurde und weil der Arbeitgeber mit der Äußerung „[...] Hurenbub [...]“ beleidigt wurde.⁷¹⁰

Auf die Aussage eines Handlungsgehilfen „[...] Ich bin doch kein Hanswurst [...]“ reagierte ein Prinzipal mit dem Ausspruch „[...] Sie sind ein unverschämter Lummel [...]“, was den Handlungsgehilfen zwar zum sofortigen Austritt berechnete, allerdings nach den Grundsätzen des Mitverschuldens den Anspruch auf Entschädigung nahm.⁷¹¹

Allgemein anerkannt wurde, dass ein fristloser Dienstaustritt wegen gröblicher Beleidigung dann gerechtfertigt war, wenn der betreffende Arbeitnehmer den Arbeitgeber oder den Vorgesetzten nicht durch sein Verhalten zu der Beleidigung gereizt hatte.⁷¹²

dd. „Wem es nicht passt, der kann gehen“

Das Gewerbegericht Nürtingen entschied, dass eine Ehrverletzung nicht darin zu sehen war, dass der Arbeitgeber sagte: „[...] Wem es nicht paßt, der kann gehen [...]“, so dass keine Berechtigung zum sofortigen Austritt vorlag.⁷¹³

Vergleichbar urteilte auch das Gewerbegericht Tübingen, das in der Äußerung des Arbeitgebers: „[...] Wenn Sie die Arbeit nicht machen wollen, dann gehen Sie eben [...]“ lediglich ein Angebot zur Lösung des Arbeitsverhältnisses erblickte, das vom Kläger unter Verzicht auf seinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung bis zum Ablauf der 14-tägigen Kündigungsfrist durch Abholung seines Arbeitslohns angenommen wurde, so dass kein Verdienstausschlag beansprucht werden konnte.⁷¹⁴ Dies wurde in einem ähnlich gelagerten Fall vom Gewerbegericht Dresden ebenso gesehen.⁷¹⁵

Dagegen wurde vom Gewerbegericht Biberach entschieden, dass ein wichtiger Grund zum Verlassen gegeben war, nachdem der Arbeitgeber sehr aufgeregt auf die Arbeiter zukam und sagte:

*„[...] Ihr glaubt, weil ihr heute etwas über die Zeit gearbeitet habt, dürft ihr nicht zur Zeit anfangen, eine solche Schafferei gefällt mir nicht, wem's nicht paßt, wie ich es will, der kann sofort aufhören. [...]*⁷¹⁶

Vorangegangen war, dass die Arbeiter eine Viertelstunde länger in die Pause hineingearbeitet hatten und um 13 Uhr, statt mit der Weiterarbeit zu beginnen, erst wieder ihre Arbeitskleidung anzogen.⁷¹⁷ Das Gewerbegericht sah hierin zwar einen wichtigen Grund zum Verlassen der Arbeit, wobei den Arbeitern nicht die ganze Entschädigungsforderung zuerkannt wurde, da der jeweilige Kläger bei der aktuellen Arbeitslage „[...] wohl in aller Bälde wieder entsprechende Arbeit und Verdienst findet. [...]“⁷¹⁸

⁷⁰⁶ Gewerbegericht Tübingen vom 30.08.1921 (Nr. 15 aus 1921), Stadtarchiv Tübingen, A150/5824 – Urteil abgedruckt auf Seite 228 ff.

⁷⁰⁷ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 1 aus 1914, Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079 – Urteil abgedruckt auf Seite 215 ff.

⁷⁰⁸ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 1 aus 1914, Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079 – Urteil abgedruckt auf Seite 215 ff.

⁷⁰⁹ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 1 aus 1914, Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079 – Urteil abgedruckt auf Seite 215 ff.

⁷¹⁰ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 1 aus 1914, Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079 – Urteil abgedruckt auf Seite 215 ff.

⁷¹¹ Kaufmannsgericht Chemnitz vom 16.08.1912 in GKG 18, Sp. 88.

⁷¹² Kaufmannsgericht Plauen vom 27.07.1924, Kaufmannsgericht Hamburg vom 08.11.1924; Kaufmannsgericht Saarbrücken vom 18.12.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 256; Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52.

⁷¹³ Gewerbegericht Nürtingen vom 05.12.1926 (Nr. 8 aus 1919), Stadtarchiv Nürtingen, NA (632).

⁷¹⁴ Gewerbegericht Tübingen vom 24.11.1921 (Nr. 23 aus 1921), Stadtarchiv Tübingen, A150/5824.

⁷¹⁵ Gewerbegericht Dresden (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. III, S. 95; so auch Lexikon des Arbeitsrechts S. 51.

⁷¹⁶ Drei Entscheidungen des Gewerbegericht Biberach vom 31.08.1904 (Nr. 27, 28 und 29 aus 1904), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3302 – Urteil abgedruckt auf Seite 201 ff. Die Klageerhebung und Ladung hierzu ist auf Seite 51 ff. abgedruckt.

⁷¹⁷ Drei Entscheidungen des Gewerbegericht Biberach vom 31.08.1904 (Nr. 27, 28 und 29 aus 1904), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3302 – Urteil abgedruckt auf Seite 201 ff. Die Klageerhebung und Ladung hierzu ist auf Seite 51 ff. abgedruckt.

⁷¹⁸ Drei Entscheidungen des Gewerbegericht Biberach vom 31.08.1904 (Nr. 27, 28 und 29 aus 1904), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3302 – Urteil abgedruckt auf Seite 201 ff. Die Klageerhebung und Ladung hierzu ist auf Seite 51 ff. abgedruckt.

ee. Ehrverletzungen durch den Arbeitgeber in der Öffentlichkeit

In einem vom Gewerbegericht Geislingen entschiedenen Fall forderten zwei Kläger (zwei einzelne aber gleichlautende Urteile) vom Arbeitgeber, einem Zirkusunternehmer, die Rückzahlung einer Kautions, die sie hinterlegen mussten, weil sie die Verantwortung für die Pferde des Arbeitgebers übernommen hatten.⁷¹⁹ Die Kläger wurden fristlos entlassen, weil sie auf Anweisung des Arbeitgebers ein Zelt Dach zum Schutz vor dem nachts einsetzenden Schneefall hätten abnehmen sollen.⁷²⁰ Die Kläger saßen abends mit einem Bekannten im Wirtshaus auf „[...] ein paar Glas Bier [...]“.⁷²¹ Im selben Wirtshaus saß auch der Beklagte und verwendete in einer Unterhaltung:

„[...] den Ausdruck «diese miserablen Kerle» [...] Dieses wurde von einigen Gästen dem Kläger ohne nähere Mitteilung des Gegenstands der Unterhaltung des Beklagten mitgeteilt, u. nahm ersterer sodann an, daß dieser Ausdruck auf ihn und seinen Mitbediensteten Lorenz gemünzt sei; diesen Ausdruck, ohne nähere Untersuchung des Sachverhalts, haben die beiden zum Gegenstand einer Arbeitsverweigerung, nämlich zur Verweigerung der Abnahme des Daches, gemacht. [...]“⁷²²

Der Beklagte bestritt, diesen Ausdruck auf die Kläger bezogen verwendet zu haben, ein gegenteiliger Nachweis gelang den Klägern nicht.⁷²³ Am anderen Tag erschienen die Kläger zur Arbeit,

„[...] wo nach einem Vorhalt der Ehefrau des Beklagten der Beklagte ihr zurief: «Rege dich nicht auf diese Lumpen sind nicht wert, daß man sie anspuckt». [...] Das Gericht sah keine Berechtigung, auf] Gerede eines Unbekannten hin ohne alles weitere insbesondere ohne über die beleidigende Äußerungen näheren Grund machen die Arbeit verweigern, von der er wußte, daß er durch sein Verhalten einen Schaden zufügen werde, der weit seine Caution übersteigt, denn dadurch kam der Bekl. auf den zur Abreise vorgesehenen Tag nicht fort, mußte auch, zur Trocknung des mit Schnee bedeckten Daches Coaks anschaffen u. fremde Hilfe in Anspruch nehmen.

[Das Gericht urteilte:] Das Verhalten des Klägers läßt sich mit dem des Bekl. in Einklang bringen; sonach dürften die beleidigenden Äußerungen nicht angesehen werden i.S. des § 124 Abs. 1 Z. 2. [...]“⁷²⁴

Auf die Beleidigungen durch die Ehefrau des Beklagten und seine eigenen Äußerungen ging das Gewerbegericht Geislingen nicht mehr ein.

Einem Urteil des Gewerbegerichts Biberach lag ein zweieinhalbstündiges Zuspätkommen eines Arbeiters zu Grunde, dem dann vom Werkleiter gesagt wurde, er müsse die Fehlzeit innerhalb von zwei Tagen wieder ausgleichen.⁷²⁵ Der Arbeiter kam am nächsten Morgen um sechs Uhr und blieb bis Abends um sechs Uhr und verließ dann die Arbeitsstelle.⁷²⁶ Auf offener Straße sah ihn der Werkleiter und fragte, weshalb er nicht arbeite, worauf der Arbeiter sagte, dass er „[...] nicht weiter Arbeiten könne, da er schon 10¾ Stunden im Geschäft [...]“ gewesen sei, worauf der beklagte Werkleiter auf öffentlicher Straße sagte: „[...] Wer nicht bis ¾ 7 Uhr arbeiten will, der solle machen, daß er zum Teufel komme [...]“.⁷²⁷ Dies stellte nach dem Gewerbegericht Biberach eine Beleidigung dar – insbesondere weil die Äußerung auf offener Straße erfolgte, welche den Arbeiter zum sofortigen Verlassen der Arbeit berechtigte.⁷²⁸

In der reichsweit veröffentlichten Rechtsprechung findet sich kein vergleichbares Urteil zu Beleidigungen in der Öffentlichkeit, dagegen aber zu solchen innerhalb des Betriebes vor den Untergebenen des Beleidigten. Ein Austrittsgrund wurde verneint, als der Arbeitgeber dem Lehrling in Gegenwart des Meisters sagte: „[...] Paul, zeige einmal deinem Meister das drehen [...]“.⁷²⁹ Diese Aussage sei zwar achtungsverletzend gewesen, allerdings sah das Gericht darin keine erhebliche Ehrverletzung, die zum sofortigen Austritt berechtigt hätte.⁷³⁰

ff. Anforderungen an den Nachweis der Beleidigung

In einem Fall des Kaufmannsgerichts Tübingen bestand Streit darüber, ob der Prinzipal oder seine Frau erhebliche Ehrverletzungen gegenüber einer Handlungsgehilfin vorgenommen hatten oder nicht.⁷³¹ Dies konnte nicht mittels Zeugen festgestellt werden, so dass im Urteil festgehalten wurde:

⁷¹⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 21.02.1905 (Nr. 8 und 9 aus 1905), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 208 ff.

⁷²⁰ Gewerbegericht Geislingen vom 21.02.1905 (Nr. 8 und 9 aus 1905), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 208 ff.

⁷²¹ Gewerbegericht Geislingen vom 21.02.1905 (Nr. 8 und 9 aus 1905), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 208 ff.

⁷²² Gewerbegericht Geislingen vom 21.02.1905 (Nr. 8 und 9 aus 1905), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 208 ff.

⁷²³ Gewerbegericht Geislingen vom 21.02.1905 (Nr. 8 und 9 aus 1905), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 208 ff.

⁷²⁴ Gewerbegericht Geislingen vom 21.02.1905 (Nr. 8 und 9 aus 1905), Stadtarchiv Geislingen, G 190 – Urteil abgedruckt auf Seite 208 ff.

⁷²⁵ Gewerbegericht Biberach (ohne Datum) Nr. 20 aus 1911, Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3303.

⁷²⁶ Gewerbegericht Biberach (ohne Datum) Nr. 20 aus 1911, Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3303.

⁷²⁷ Gewerbegericht Biberach (ohne Datum) Nr. 20 aus 1911, Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3303.

⁷²⁸ Gewerbegericht Biberach (ohne Datum) Nr. 20 aus 1911, Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3303.

⁷²⁹ Gewerbegericht Liegnitz vom 29.04.1904 in GG 10, Sp. 27.

⁷³⁰ Gewerbegericht Liegnitz vom 29.04.1904 in GG 10, Sp. 27.

⁷³¹ Kaufmannsgericht Tübingen vom 20/21.06.1912 (Nr. 4 aus 1912), Stadtarchiv Tübingen, A150/5822; geklagt hatte die Handlungsgehilfin, aus diesem Grund wird das Urteil bei §§ 70, 71 HGB verortet – Urteil abgedruckt auf Seite 224 ff.

„[...] wenn Beklagter diesen Eid leistet, so wird die Klage kostenfällig abgewiesen. Wenn Beklagter diesen Eid nicht leistet, wird der Klage stattgegeben u. der Beklagte verurteilt, [...].“⁷³²

Auch wurde der Eid festgelegt:

„[...] Der Beklagte hat folgenden Eid zu leisten: «Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen u. Allwissenden, es ist nicht wahr, daß ich am Mittwoch den 12. Juni d.J. Mittags zwischen 12 u. 1 Uhr zur Klägerin gesagt habe, daß es keine Art sei von einem Mädchen, nachts mit einem Herrn spazieren zu gehen u. daß ich sie längst aus dem Hause hinausgeworfen hätte, wenn ich das früher gewußt hätte u. diesem Vorwurf in verächtlichem Ton den Ausdruck „Pfui“ anfügte. Ebenso ist nicht wahr, daß meine Ehefrau zu derselben Zeit und aus dem gleichen Anlaß zu der Klägerin sagte: Ich werde es dem zweiten Fräulein – Berta Hecht – sagen, sie soll keinen Verkehr mehr mit Ihnen pflegen, das müsse ihr zu wenig sein!“ „So wahr mir Gott helfe!“». [...]“⁷³³

Der Beklagte leistete diesen Eid, in dessen Folge die Klage abgewiesen wurde.⁷³⁴

gg. Fazit

Es gibt eine recht ansehnliche Zahl von Urteilen, die sich mit den wichtigen Verlassensgründen Tätlichkeiten und Ehrverletzungen gegenüber dem Arbeitnehmer beschäftigen. So besteht hier die Besonderheit, dass zu diesem Verlassensgrund von jedem Gewerbegericht, das in Württemberg noch auswertbare Archivbestände aufweist, wenigstens ein Urteil auswerten zu können; es existiert sogar ein kaufmannsgerichtliches Urteil aus Tübingen.

Bemerkenswert ist auch, dass trotz des Vorliegens von Lebenssachverhalten, welche die Arbeitnehmer grundsätzlich zum Verlassen berechtigt hätten (Tätlichkeiten gegen Arbeitnehmer hätte der Arbeitgeber diesen angetroffen⁷³⁵ oder die Aussage des Arbeitgebers, dass er eine kranke Person nicht brauchen könne⁷³⁶), seitens der Gerichte das Recht zum Verlassen verneint wurde. Aus diesen Urteilen lässt sich erkennen, dass bei den fristlosen Kündigungen durch die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer mit zweierlei Maß gemessen wurde. In einem Gewerbegerichtsverfahren konnte der beklagte Arbeitgeber sogar durch Ableisten eines Eides, dessen Unwahrheit nie beweisbar gewesen wäre, die Klage gegen sich abwehren.⁷³⁷ Es erscheint jedenfalls fraglich, ob solche Entscheidungen auch bei einer zu beurteilenden Beleidigung durch den Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitnehmer getroffen worden wäre. Es kann festgehalten werden, dass im Vergleich mit den korrespondierenden Kündigungen bei Tätlichkeiten und Beleidigungen bzw. Ehrverletzungen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eher zu Gunsten der Arbeitgeber urteilten. Auch bemerkenswert ist das Urteil des Gewerbegerichts Biberach, das den Arbeitern, die die Stelle berechtigterweise fristlos verlassen hatten, nur die halbe Entschädigungsforderung zusprach, da sie wegen der guten Arbeitsmarktlage wohl schnell wieder eine Anstellung finden könnten.⁷³⁸

Vergleichbar mit den Feststellungen zur Kündigung durch den Arbeitgeber ist auch bei den Regelungen zu den Kündigungen durch den Arbeitnehmer ersichtlich, dass drei inhaltlich unterschiedliche Fassungen der Verlassensgründe bestanden. Einerseits mussten bei den Gesellen und Gehilfen grobe Beleidigungen, bei den Werkbeamten Ehrverletzungen und bei den Arbeitnehmern nach dem HGB erhebliche Ehrverletzungen vorliegen. Auf diese Unterschiede gehen weder Literatur noch Rechtsprechung ein und auch in der Untersuchung der einzelnen Urteile, gespiegelt an den reichsweiten Entscheidungen, gab es keine Anhaltspunkte dafür, dass die Gerichte unterschiedliche Maßstäbe an die Verlassensgründe angesetzt hätten. Ferner konnte kein Anhaltspunkt dafür gefunden werden, dass eine unterschiedliche Anwendung dieser Verlassensgründe bestanden hätte, weil einzig § 124 der Gewerbeordnung auch die Familienangehörigen mit in den Schutzbereich aufgenommen hatte.

Allerdings besteht beim Tatbestand des § 71 Abs. 1 Nr. 4 HGB die Besonderheit, dass der Prinzipal die Handlungsgehilfen auch gegen Ehrverletzungen durch andere Angestellte oder durch Familienangehörige des Prinzipals zu schützen hatte. In einem Fall⁷³⁹ gingen erhebliche Beleidigungen von Seiten des Arbeitgebers und seiner Ehefrau aus, allerdings war ein Gesellen- und Gehilfenarbeitsverhältnis gegeben, sodass das Gewerbegericht einerseits hierauf nicht einzugehen brauchte und andererseits sowieso schon urteilte, dass diese Beleidigungen wegen der vorangegangenen Pflichtverletzung der Kläger nicht als hinreichend angesehen werden konnte. Eine weitere Besonderheit beim kaufmännischen Arbeitsverhältnis war eine Entscheidung außerhalb Württembergs, nach welcher sogar strafrechtlich rele-

⁷³² Kaufmannsgericht Tübingen vom 20/21.06.1912 (Nr. 4 aus 1912), Stadtarchiv Tübingen, A150/5822 – Urteil abgedruckt auf Seite 224 ff.

⁷³³ Kaufmannsgericht Tübingen vom 20/21.06.1912 (Nr. 4 aus 1912), Stadtarchiv Tübingen, A150/5822 – Urteil abgedruckt auf Seite 224 ff.

⁷³⁴ Kaufmannsgericht Tübingen vom 20/21.06.1912 (Nr. 4 aus 1912), Stadtarchiv Tübingen, A150/5822 – Urteil abgedruckt auf Seite 224 ff.

⁷³⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 15.08.1900 (Nr. 14 aus 1900) auf Seite 123.

⁷³⁶ Landgericht Tübingen vom 28.11.1923 auf Seite 132 f.

⁷³⁷ Kaufmannsgericht Tübingen vom 20/21.06.1912 (Nr. 4 aus 1912) auf Seite 126 f.

⁷³⁸ Zum Absatz: drei Entscheidungen des Gewerbegerichts Biberach vom 31.08.1904 (Nr. 27, 28 und 29 aus 1904) auf Seite 125.

⁷³⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 21.02.1905 (Nr. 8 und 9 aus 1905) auf Seite 126.

vante Beleidigungen nicht ohne weiteres zum fristlosen Verlassen berechtigten.⁷⁴⁰ Ob dieses kaufmannsgerichtliche Urteil auch in Württemberg oder auch auf die gewerblichen Arbeitsverhältnisse angewendet wurde, ist nicht erkennbar.

c. Verleitung zu Taten gegen Gesetze oder die guten Sitten

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen die Arbeit verlassen: [...] 3. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter oder Familienangehörige derselben die Arbeiter oder deren Familienangehörige zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit den Familienangehörigen der Arbeiter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen;“	Nicht vorhanden.	§ 71 Abs. 1 Nr. 3 HGB „Als ein wichtiger Grund, der den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen, namentlich anzusehen: [...] 3. wenn der Prinzipal den ihm nach §. 62 ² obliegenden Verpflichtungen nachzukommen verweigert;“

² § 71 Abs. 1 Nr. 3 HGB bezieht sich auf § 62 Abs. 2 HGB: „Ist der Handlungsgehilfe in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen, so hat der Prinzipal in Ansehung des Wohn- und Schlafraums, der Verpflegung sowie der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Einrichtungen und Anordnungen zu treffen, welche mit Rücksicht auf die Gesundheit, die Sittlichkeit und die Religion des Handlungsgehilfen erforderlich sind.“

aa. Rechtsprechung und Literatur

Zu diesem Verlassensgrund existieren keine archivierten württembergischen Urteile. Diese Thematik soll kurz im Überblick dargestellt werden, wobei an dieser Stelle auch auf die Darstellungen zu dem fristlosen Verlassensgrund „Unfähigkeit zur Arbeit“ (siehe Seite 121 f.) verwiesen wird, der sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt. In der reichsweit veröffentlichten Literatur gibt es einige Urteile zur Frage, ob der Einsatz als Streikbrecher gegen die Gesetze oder die guten Sitten verstößt.

So konnten im Rahmen eines Streiks durch den Arbeitgeber angeforderte Arbeiter, die durch die Streikposten am Zugang zum Unternehmen gehindert wurden, den eingegangenen Arbeitsvertrag kündigen und vom Arbeitgeber Kostenersatz verlangen, wenn dieser sie nicht über den bestehenden Streik und ihre Tätigkeit als Streikbrecher aufgeklärt hatte.⁷⁴¹ In diesem Verhalten des Arbeitgebers – die verheimlichte Ausgestaltung der Tätigkeit als Streikbrecher – wurde der Versuch gesehen, die Arbeiter zu Handlungen zu verleiten, die wider die Gesetze oder die guten Sitten liefen.⁷⁴²

Allerdings wurde diese Frage in der Rechtsprechung wohl überwiegend eher anders gesehen. So konnten Arbeiter, denen nicht gesagt wurde, dass sie als Streikbrecher eingesetzt werden sollten, die Arbeit nicht fristlos verlassen:

„[...] weil weder von einem Verstoß der Bekl. gegen die guten Sitten gesprochen werden kann (daß die Tätigkeit des „Streikbrechers“ gegen die guten Sitten verstöße, wird zwar seitens der Arbeiter bzw. ihrer Verbände häufig behauptet, ist aber nicht einmal von allen Arbeitern, geschweige den allgemein anerkannt). [...]“⁷⁴³

Mit demselben Ergebnis, aber etwas differenzierter begründet, urteilte das Gewerbegericht Augsburg:

„[...] Nun sind zwar die Arbeiter in ihrer Mehrzahl der Ansicht, daß die Tätigkeit des Streikbrechers gegen die guten Sitten verstöße, jedoch auf dem gerade entgegengesetzten Standpunkte stehen die Arbeitgeber, und auch in den Kreisen, welche den beteiligten Personen fernstehen, wird durchaus nicht im allgemeinen im Streikbruch eine gegen die guten Sitten verstößende Handlung erblickt. Die Anschauung der Arbeiter erklärt sich lediglich aus einer begreiflichen Interessenpolitik. [...]“⁷⁴⁴

Nach dem Lexikon des Arbeitsrechts sollte der Aussperrungsbeschluss des Arbeitgebers oder der Streik anderer Arbeitnehmer keinen unbenannt-wichtigen Verlassensgrund darstellen.⁷⁴⁵

bb. Fazit

Da bei den Werkbeamten und den Handlungsgehilfen dieser Austrittsgrund nicht bestand, wurde in einigen Fällen versucht, auf andere wichtige, insbesondere die unbenannt-wichtigen⁷⁴⁶ Gründe „auszuweichen“.

Es lässt sich auch an diesem Kündigungsgrund erkennen, dass zwischen den Kündigungen durch Arbeitgeber und durch Arbeitnehmer unterschieden wurde. Bei den Kündigungen durch den Arbeitgeber (siehe Seite 111 ff.) berechtig-

⁷⁴⁰ Kaufmannsgericht Schöneberg vom 12.02.1912 in GKG 17, Sp. 158.

⁷⁴¹ Hilfe in Blätter für Rechtsanwendung, 1906, S. 549 (550).

⁷⁴² Hilfe in Blätter für Rechtsanwendung, 1906, S. 549 (550).

⁷⁴³ Gewerbegericht Mannheim vom 31.10.1905 in GKG 11, Sp. 147; vergleichbar auch Gewerbegericht Hamburg vom 13.06.1923 in GKG 28, Sp. 183 mit Hinweisen auf unterschiedliche Literaturansichten (dort bejahend zitiert: Hueck, Arbeitsvertragsrecht; dort verneinend zitiert: Flattow, Kommentar zum BRG, § 84).

⁷⁴⁴ Gewerbegericht Augsburg vom 16.05.1906 in GKG 11, Sp. 308.

⁷⁴⁵ Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52 m.w.N.

⁷⁴⁶ Siehe hierzu auf Seite 131 ff.

te die Teilnahme an einem Streik (Ausnahmen bestanden beim Generalstreik auf den Kapp-Putsch) in der Regel auch zu einer fristlosen Kündigung durch den Arbeitgeber. Dagegen sollte aber der Einsatz als Streikbrecher, ohne dass der Arbeitnehmer darüber aufgeklärt worden wäre, wohl überwiegend nicht zu einem rechtmäßigen fristlosen Verlassen berechtigen. Hierin ist ein Wertungswiderspruch in der Beurteilung von Streiks und Streikbruch als wichtigem Kündigungs- bzw. Verlassensgrund durchaus zu erkennen.

d. Nichtgewähren des Lohns bzw. der vertragsmäßigen Leistung

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen die Arbeit verlassen: [...]“ 4. wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise ausbezahlt, bei Stücklohn nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Übervorteilungen gegen sie schuldig macht;“	§ 133d Abs. 1 Nr. 2 GewO „Die in §. 133a bezeichneten Personen können die Auflösung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangen: [...]“ 2. wenn der Arbeitgeber die vertragsmäßigen Leistungen nicht gewährt;“	§ 71 Abs. 1 Nr. 2 HGB „Als ein wichtiger Grund, der den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen, namentlich anzusehen: [...]“ 2. wenn der Prinzipal den Gehalt oder den gebührenden Unterhalt nicht gewährt;“

aa. Lohnstreitigkeiten

In einem Fall des Gewerbegerichts Tübingen war der Kläger der Ansicht, die Arbeit fristlos verlassen zu können, da der Sohn des Arbeitgebers zu ihm gesagt haben soll, „[...] er solle machen, daß er zum Teufel komme [...]“, nachdem es über die Akkord-Entlohnung zu einem Streit gekommen war.⁷⁴⁷ Inwieweit dies eine zum fristlosen Verlassen der Arbeit berechtigende Beleidigung darstellen sollte, entschied das Gewerbegericht nicht, sondern:

„[...] Vom Gericht wird als festgestellt angenommen, daß der Kläger nicht berechtigt war, die Arbeitsstelle zu verlassen; das Vorbringen desselben, er habe von der akkordmäßigen [...] Entlohnung nichts gewußt, verdient wenig Glauben, weil nicht angenommen werden kann, daß die auf engem Raum gemeinsam beschäftigten Arbeiter, nicht von der Art + Weise der Entlohnung mit dem Kglr geredet haben sollten, zumal in die Arbeitszeit auch noch eine Vesperpause fiel, und trotz alledem arbeitete Klgr den ganzen Vormittag u. legte erst am Nachmittag die Arbeit nieder. Dieses Vorgehen wertete das Gewerbegericht als einen Verstoß gegen § 123 Abs. 1 Ziffer 3 der Gewerbeordnung, was den Arbeitgeber schon zur Kündigung berechtigt hatte und deswegen über die Äußerung des Sohns des Arbeitgebers nicht entschieden werden musste. [...]“⁷⁴⁸

Durch das Gewerbegericht Geislingen wurde ein Fall entschieden, in dem ein Arbeitgeber zweien seiner Arbeiter die Auszahlung eines Vorschusses verweigerte.⁷⁴⁹ Die Arbeiter kamen am nächsten Tag und verlangten vom Arbeitgeber die Auszahlung des rückständigen Lohns, was dieser bis zum nächsten Zahltag verweigerte, woraufhin sie sagten, sie wollten nicht bis zu diesem Zeitpunkt warten; deswegen verließen sie fristlos die Arbeit.⁷⁵⁰ Sie waren der Ansicht, dass ein wichtiger Grund vorlag, da der Arbeitgeber sie nicht habe fristgerecht bezahlen können, weil er nicht ausreichend Arbeit für sie gehabt habe.⁷⁵¹ Dies erkannte das Gewerbegericht weder als Kündigung durch den Arbeitgeber noch als wichtigen Grund zum Verlassen der Arbeit an, da die beiden Arbeiter schon mit einem anderen Arbeitgeber, der sie besser bezahlte, einen Vertrag geschlossen hatten.⁷⁵² Im Gegenteil, die beiden Arbeiter mussten dem Arbeitgeber wegen rechtswidrigen Verlassens der Arbeit eine Entschädigung nach § 124b der Gewerbeordnung bezahlen.⁷⁵³

In der reichsweit veröffentlichten Rechtsprechung findet sich ein Urteil, nach welchem ein Arbeitnehmer zum Verlassen der Arbeit nicht befugt war, nachdem er sich über seinen Lohn beschwerte und der höhere Werkbeamte das Nachrechnen des Lohns zusagte.⁷⁵⁴ Ferner existieren Urteile, die den Arbeitgeber verpflichteten, dem Arbeiter bei Stücklohn so viel Arbeit zuzuweisen, dass dieser in der Lage war, seine Arbeitskraft voll auszunutzen; ansonsten bestand ein Anspruch auf Entschädigung⁷⁵⁵, allerdings bedurfte die Zeit der Nichtbeschäftigung einer gewissen Dauer, so dass zwei Stunden als nicht ausreichend angesehen wurden.⁷⁵⁶

⁷⁴⁷ Gewerbegericht Tübingen vom 21.01.1913 (Nr. 5 aus 1913), Stadtarchiv Tübingen, A150/5811.

⁷⁴⁸ Gewerbegericht Tübingen vom 21.01.1913 (Nr. 5 aus 1913), Stadtarchiv Tübingen, A150/5811.

⁷⁴⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 13.12.1898 (Nr. 17 aus 1898), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁵⁰ Gewerbegericht Geislingen vom 13.12.1898 (Nr. 17 aus 1898), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁵¹ Gewerbegericht Geislingen vom 13.12.1898 (Nr. 17 aus 1898), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁵² Gewerbegericht Geislingen vom 13.12.1898 (Nr. 17 aus 1898), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁵³ Gewerbegericht Geislingen vom 13.12.1898 (Nr. 17 aus 1898), Stadtarchiv Geislingen, G 190, ähnlich auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 102, Nr. 511.

⁷⁵⁴ Gewerbegericht Hildesheim vom 18.11.1907 in GKG 13, Sp. 107.

⁷⁵⁵ Gewerbegericht Bremen (ohne Datum) in GG 5, Sp. 26; Gewerbegericht Königsberg i.Pr. (ohne Datum) in GG 6, Sp. 220; andere Ansicht Gewerbegericht Berlin 2 (ohne Datum) in Soziale Praxis 5, Sp. 324.

⁷⁵⁶ Landgericht Gera vom 17.10.1900 in der Berufung auf das Amtsgericht Schleiz vom 25.07.1900 in GG 6, Sp. 148.

bb. Sonstige vertragsmäßige Leistungen nicht gewährt

In einem weiteren Fall des Gewerbegerichts Geislingen wurde der Kläger vom beklagten Arbeitgeber als Konstrukteur im Turbinenbau eingestellt und als solcher ursprünglich auch beschäftigt; dann kam es aber dazu, dass ihm Schreibarbeiten übertragen werden sollten.⁷⁵⁷ Vor dem Gewerbegericht Geislingen behauptete der Kläger, es habe sich um Schreibarbeiten auf dem Betriebsbüro gehandelt, die Beklagte sprach von solchen in der Turbinenkonstruktion im Zusammenhang mit der Turbinenangebotserstellung.⁷⁵⁸ Allerdings urteilte das Gewerbegericht, der Kläger könne;

„[...] sich mit Recht darauf berufen, er sei als Konstrukteur angestellt, diese Arbeiten entsprechen nicht seiner Vorbildung und man könne ihn daher zur Verrichtung derselben nicht verpflichten. Es mag dahingestellt bleiben, um welche Art an Schreibarbeiten es sich handelte, jedenfalls sind die verlangten Schreibarbeiten als eine minderwertige Beschäftigung gegenüber der bisherigen Tätigkeit des Klägers anzusehen, die dem Kläger billigerweise nicht zugemutet werden kann. [...] Der Kläger hat sich wiederholt aber erfolglos zur Arbeit als Konstrukteur angeboten u. deshalb mit Recht, nachdem von ihm Schreibarbeiten verlangt wurden, seine Stelle verlassen. [...]“⁷⁵⁹

In der reichsweit veröffentlichten Literatur findet sich ein vergleichbares Urteil. In diesem Fall wurde einem Gesellen vom Arbeitgeber gesagt, er könne noch weitere 14 Tage bleiben, bekäme aber keine Tätigkeiten mehr zugewiesen; dies berechtigte ihn zum sofortigen Austritt.⁷⁶⁰ Diese Aussage stand einer Kündigung gleich, daran änderte sich auch nichts, wenn der Geselle kleinere Handreichungen hätte ausführen sollen bzw. können, da solche Tätigkeiten Sache eines Lehrlings und nicht eines Gesellen gewesen seien.⁷⁶¹ Ferner konnte der Geselle die „[...] Zumutung, vierzehn Tage lang als im wesentlichen unthätiger Zuschauer im Geschäft anwesend zu sein, als für einen erwachsenen und zur Verrichtung von Arbeiten im Gewerbebetriebe qualifizierten und angenommenen Menschen unwürdig zurückweisen [...]“.⁷⁶² Dies wurde allerdings nicht einheitlich so gesehen, denn es wurde kein Recht zum fristlosen Verlassen angenommen, als ein Arbeiter mit Kündigungsfrist entlassen wurde und gleichzeitig die Verpflichtung auferlegt bekommen hatte, sich innerhalb der vierwöchigen Kündigungsfrist täglich zweimal beim Arbeitgeber zu melden.⁷⁶³

Die „Übervorteilungen“, welche § 124 Abs. 1 Nr. 4 der Gewerbeordnung im Gegensatz zu den anderen Kündigungsnormen hinzukommend vorsah, brauchten keine strafbaren Handlungen sein; hierfür genügte auch Rechtswidrigkeiten anderer Art, wobei die Ankündigung des Arbeitgebers, weniger Lohn zahlen zu wollen, für sich alleine noch nicht ausreichte.⁷⁶⁴

cc. Fazit

Bei diesem Verlassensgrund kann ebenso wenig eine inhaltliche Abweichung der Rechtsprechung untereinander erkannt werden, wie eine unterschiedliche Beurteilung durch Rechtsprechung und Literatur. Verwunderlich ist es dass zu diesem Verlassensgrund keine Fülle an Entscheidungen auffindbar ist. In der Zahlung des Lohns ist grundsätzlich der eigentliche Zweck der abhängigen Arbeit zu sehen, so dass zu diesem Thema auch verstärkt Streitigkeiten zu erwarten wären. Dem war jedoch nicht so, weder in Württemberg noch im restlichen Deutschen Reich, was aus der Anzahl der noch auffindbaren aber auch der reichsweit veröffentlichten Urteile geschlossen werden kann.

e. Gesundheitsgefahr durch die Arbeit

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GewO „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen die Arbeit verlassen: [...]“ 5. wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche die Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war.“	§ 133d Abs. 1 Nr. 3 GewO „Die in §. 133a bezeichneten Personen können die Auflösung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangen: [...]“ 3. wenn bei der Fortsetzung des Dienstverhältnisses ihr Leben oder ihre Gesundheit einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Dienstverhältnisses nicht zu erkennen war.“	§ 71 Abs. 1 Nr. 3 HGB „Als ein wichtiger Grund, der den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen, namentlich anzusehen: [...]“ 3. wenn der Prinzipal den ihm nach §. 62 ³ obliegenden Verpflichtungen nachzukommen verweigert;“

³ § 71 Abs. 1 Nr. 5 HGB bezieht sich auf § 62 Abs. 1 HGB: Der Prinzipal ist verpflichtet, die Geschäftsräume und die für den Geschäftsbetrieb bestimmten Vorrichtungen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, auch den Geschäftsbetrieb und die Arbeitszeit so zu regeln, daß der Handlungsgehilfe gegen die Gefährdung seiner Gesundheit, soweit die Natur des Betriebs es gestattet, geschützt und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes gesichert ist.

⁷⁵⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 25.08.1913 (Nr. 12 aus 1913), Stadtarchiv Geislingen, G 190, ohne einen konkreten Hinweis im Urteil, welches der einschlägige Kündigungsgrund sei.

⁷⁵⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 25.08.1913 (Nr. 12 aus 1913), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁵⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 25.08.1913 (Nr. 12 aus 1913), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁶⁰ Landgericht Berlin II vom 16.02.1901 in GG 6, Sp. 185, hier konnte keine Zuordnung zu einem Paragraphen gefunden werden, allerdings ist dieser Fall am deutlichsten an der besprochenen Stelle zu verorten.

⁷⁶¹ Landgericht Berlin II vom 16.02.1901 in GG 6, Sp. 185.

⁷⁶² Landgericht Berlin II vom 16.02.1901 in GG 6, Sp. 185.

⁷⁶³ Gewerbegericht Berlin (ohne Datum) in GG 5, Sp. 277.

⁷⁶⁴ Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung § 124 Note 6.

aa. Rechtsprechung und Literatur

In einem Fall, der dem Gewerbegericht Geislingen vorlag, war der Kläger – ein Tagelöhner – zuerst in einem Zementwerk eingesetzt und danach zum Verladen in den Hof versetzt worden.⁷⁶⁵ Am letzten Zahltag gab es Differenzen zwischen dem Aufseher und dem Arbeiter, worauf der Arbeiter wieder zurück in das Werk versetzt wurde.⁷⁶⁶ Der Arbeiter verließ die Arbeit und brachte vor, im Werk habe er nicht weiter arbeiten können, weil er „[...] bei dem starken Staub krank werde. [...]“⁷⁶⁷ Das Gericht ließ diese Begründung nicht ausreichen, denn der Arbeiter hatte:

„[...] tatsächlich die Arbeit im Werk aufgenommen und war 4 Stunden daselbst thätig, worauf er davon lief. Anders hätte es sich verhalten, wenn der Beklagte etwa 1 Tag gearbeitet hätte, zur Fortsetzung aber nicht mehr fähig gewesen wäre und dies der Vertretung des Cementwerks vorgebracht hätte. Zu seinem Vertragsbruch mag auch mitgewirkt haben, daß er schon vor dem Antritt seiner [jetzigen] Stelle in Gingen Aussicht auf dieselbe hatte, welche ihm passte, aber sofort anzutreten war. [...]“⁷⁶⁸

In den reichsweit veröffentlichten Entscheidungen findet sich, dass ein Fuhrknecht zur sofortigen Kündigung berechtigt war, weil er mit zwei weiteren Fuhrknechten in einem kalten, vom Stall nur durch eine Bretterwand getrennten, mit Ungeziefer besetzten Raum untergebracht und ihm nur ein zerbrochenes Sofa, auf welchem er sich weder ausstrecken noch zudecken konnte, zugewiesen worden war, denn die Benutzung dieses Schlafrums stellte eine Gefährdung der Gesundheit dar.⁷⁶⁹ Der sofortige Austritt sollte allerdings nur dann gerechtfertigt sein, wenn die Existenz der Gefahr beim Vertragsschluss nicht zu erkennen war oder wenn das Maß der Gefahr sich nachträglich als größer erwies, als beim Vertragsschluss den Umständen nach anzunehmen war.⁷⁷⁰ Dagegen war die grundlose Verweigerung des vertraglich oder tariflich zustehenden Erholungsurlaubs an sich noch kein Grund zum fristlosen Dienstaustritt.⁷⁷¹

bb. Fazit

Die württembergische Entscheidung ist wegen ihrer Begründung bemerkenswert. Ebenso gut hätte auch dahingehend entschieden werden können, dass der Arbeitnehmer nicht noch einmal im Werk zu arbeiten hätte beginnen müssen, da er schon früher dort gearbeitet hatte. Weshalb der Arbeitnehmer mehr als die von ihm gearbeiteten vier Stunden hätte arbeiten sollen, erschließt sich nicht. Allerdings reiht sich diese restriktive Ansicht in die ansonsten ähnlich strengen Entscheidungen zu den Verlassensgründen ein.

3. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung durch Arbeitnehmer und / oder Arbeitgeber – unbenannt-wichtige Kündigungsgründe

Arbeiter	Angestellte nach Gewerbeordnung	Angestellte nach HGB
§ 124a GewO „Außer den in §§. 123 und 124 bezeichneten Fällen kann jeder der beiden Theile aus wichtigen Gründen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses verlangen, wenn dasselbe mindestens auf vier Wochen oder wenn eine längere als vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart ist.“	§ 133b GewO „Jeder der beiden Theile kann vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Dienstverhältnisses verlangen, wenn ein wichtiger, nach den Umständen des Falles die Aufhebung rechtfertigender Grund vorliegt.“	§ 70 HGB „Das Dienstverhältniß kann von jedem Theile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Theiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatze des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.“

a. Allgemeines

Die Untersuchung der Rechtsprechung zu den unbenannt-wichtigen Kündigungsgründen wird nicht unterteilt in die Kündigungen durch die Arbeitnehmer und die der Arbeitgeber. Eine solche Unterteilung wäre auch nicht sinnvoll, da weder das Gesetz noch die Rechtsprechung oder die Literatur in diesem konkreten Fall eine Trennung oder Unterscheidung vornahm.

Zu diesen unbenannt-wichtigen Kündigungsgründen gibt es keine Entscheidung eines württembergischen Gewerbe- oder Kaufmannsgerichts mehr. Einzig die nachfolgende Entscheidung des Gewerbegerichts Tübingen lässt die Vermutung zu, dass eine Kündigung mittels unbenannt-wichtigem Grund erfolgen sollte. Allerdings wurde gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt, die mit einem zum erstinstanzlichen Verfahren kontradiktorischen Urteil endete. Dabei wurde auch klargestellt, dass auf den der Klage zu Grunde liegenden Sachverhalt kein unbenannt-wichtiger Grund zur Anwendung kommen konnte.

⁷⁶⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 10.07.1900 (Nr. 8 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁶⁶ Gewerbegericht Geislingen vom 10.07.1900 (Nr. 8 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁶⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 10.07.1900 (Nr. 8 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁶⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 10.07.1900 (Nr. 8 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁷⁶⁹ Soziale Praxis 5, Sp. 172.

⁷⁷⁰ Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 124 Note 7 mit Hinweis auf den Gesetzgebungsprozess.

⁷⁷¹ Landgericht Hamburg vom 31.10.1923 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 258.

aa. Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923

Die Klägerin wurde beim Kläger in dessen Hotelbetrieb eingestellt; sie hatte „[...] die gesamte Hotelwäsche unter Aufsicht u. Verschluss gehabt; [...] außerdem hatte sie] die Aufgabe gehabt die erforderliche Wäsche an das Personal herauszugeben [...]“.⁷⁷² Hieraus wurde geschlossen, dass die Klägerin eine Angestellte nach § 133a der Gewerbeordnung war.⁷⁷³

Die Klägerin erkrankte und meldete sich beim Arbeitgeber krank.⁷⁷⁴ Am Tag nach der Krankheit „[...] nahm sie ihre Arbeit wieder auf, im Lauf dieses Tages kam es im Bügelzimmer zu einer Auseinandersetzung zwischen den Parteien, infolge deren die Klägerin noch an diesem Tag [...]“ zum Arzt ging und sich erneut krank meldete.⁷⁷⁵ Mehrmals hatte sie darum gebeten, Verpflegung auf ihr Zimmer gebracht zu bekommen, was ihr verweigert wurde.⁷⁷⁶ Darin sah das Gewerbegericht:

„[...] angesichts des [von] ihr dem Beklagten beigebrachten ärztlichen Zeugnisses u. Mangels irgend welchen gegenteiligen Vorbringens des Beklagten [...] daß die Klägerin auch wirklich unwohl war. In diesem Fall war sie aber berechtigt, nicht nur von der Arbeit fernzubleiben, sondern auch Verpflegung auf ihrem Zimmer zu beanspruchen. Wenn ihr der Beklagte am 20. Juli ungeachtet ihrer Bitten jede Verpflegung auf dem Zimmer verweigerte, so hat er damit nach Ansicht des Gerichts zum Ausdruck gebracht, daß er die Klägerin mit sofortiger Wirkung kündigungslos entlasse [...]“.⁷⁷⁷

Ohne dass ein konkreter wichtiger Grund benannt wurde, sah das Gewerbegericht eine Lage geschaffen, die die Klägerin zum sofortigen Verlassen der Stelle berechtigt hätte.⁷⁷⁸ Das Gericht sah in Folge dessen keine Notwendigkeit mehr, über die vorgebrachte Beleidigung bzw. eine Bedrohung durch den Beklagten zu entscheiden.⁷⁷⁹

bb. Landgericht Tübingen vom 28.11.1923

Die gegen dieses Urteil durch den Beklagten eingelegte Berufung zum Landgericht Tübingen war zulässig und begründet und führte dazu, dass die Klage abgewiesen wurde.⁷⁸⁰ Das Berufungsgericht sah die Klägerin nicht als gewerbliche Angestellte im Sinne des § 133a der Gewerbeordnung, denn

„[...] nicht] jeder gewerbliche Angestellte, der eine verantwortliche Stellung im Gewerbe bekleidet, gehört in die Gruppe der Betriebsbeamten der § 133a das. sondern nur ein solcher, der mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder einer Abteilung des Betriebes beauftragt ist (Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte) oder mit höheren technischen Dienstleistungen betraut ist (Techniker, Zeichner, Chemiker & dergl.). Nach dem dem Gerichte bekannten Umfange des Hotels des Beklagten kann keine Rede davon sein, dass die Verwaltung des Hotelweißzeugs als eine eigene Abteilung des Hotelbetriebes anzusehen wäre. [...] Das Berufungsgericht konnte der Meinung des angefochtenen Urteiles, es liege in der Versagung der Bitte der Klägerin ihr [...] das Essen auf ihr Zimmer zu bringen, eine fristlose Entlassung der Klägerin nicht beitreten. Es kann sich nur darum handeln, ob dieses Verhalten des Beklagten, der Klägerin einen Grund zur fristlosen Kündigung gegeben hat. Dies war zu verneinen. Denn darin lag keine grobe Beleidigung der Klägerin. [...]“⁷⁸¹

Da die Klägerin – wie erstinstanzlich schon festgestellt wurde – in die Stadt gehen konnte, um „[...] verschiedene Besorgungen in der Stadt (Gänge auf die Krankenkasse, auf das Arbeitsamt, in die Apotheke) [...]“ zu erledigen, sah das Berufungsgericht in dem Wunsch, das Essen auf das Zimmer gebracht zu bekommen, eine unbegründete Zumutung für den Beklagten.⁷⁸² Somit war die Weigerung, ihr das Essen zu bringen, weder eine Kündigung durch den Beklagten, noch ein wichtiger Grund zum Verlassen der Stelle durch die Klägerin.⁷⁸³ Im erstinstanzlichen Verfahren war eine Begebenheit zwischen den Parteien wegen Unerheblichkeit – da ja eine Kündigungsmöglichkeit bejaht wurde – nicht weiter beachtet worden; so soll der Beklagte zur Klägerin:

„[...] «Hinter mich kommen Sie nicht!» [gesagt haben] Und habe ihr dabei mit der Hand gedroht, sie in eine Ecke getrieben und ihr sein Haus verwiesen, da er eine kranke Person nicht brauchen könne. [...]“⁷⁸⁴

Allerdings entschied das Berufungsgericht, dass die:

⁷⁷² Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 231 ff.

⁷⁷³ Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 231 ff.

⁷⁷⁴ Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 231 ff.

⁷⁷⁵ Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 231 ff.

⁷⁷⁶ Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 231 ff.

⁷⁷⁷ Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 231 ff.

⁷⁷⁸ Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 231 ff.

⁷⁷⁹ Gewerbegericht Tübingen vom 22.08.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 231 ff.

⁷⁸⁰ Landgericht Tübingen vom 28.11.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 235 ff.

⁷⁸¹ Landgericht Tübingen vom 28.11.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 235 ff.

⁷⁸² Landgericht Tübingen vom 28.11.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 235 ff.

⁷⁸³ Landgericht Tübingen vom 28.11.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 235 ff.

⁷⁸⁴ Landgericht Tübingen vom 28.11.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 235 ff.

„[...] Äußerung: «hinter mich kommen Sie nicht!» enthält keine Beleidigung der Klägerin, jedenfalls keine grobe Beleidigung. Die Klägerin kann auch nicht behaupten, dass der Beklagte sie aus dem Haus gejagt, also ihre Dienste nicht mehr angenommen habe. Wenn er in der Aufregung geäußert hat, eine kranke Person, wie sie könne er nicht brauchen, sie gehöre, wenn sie krank sei, ins Krankenhaus, so liegt darin keine Zurückweisung ihrer Dienste. [...]“⁷⁸⁵

In diesem Fall kann erkannt werden, wie unterschiedlich die Gewerbegerichte und die ordentliche Gerichtsbarkeit auf dieselben Sachverhalte blickten, wobei eine solche Abweichung eine Ausnahme in den relativ seltenen Berufungsentscheidungen ist.

b. Auslegung durch Rechtsprechung und Literatur

Des besseren Verständnisses wegen und zur besseren Vergleichbarkeit wurden teilweise die reichsweit veröffentlichten Urteile, die sich auf den unbenannt-wichtigen Kündigungsgrund bezogen, bei den benannt-wichtigen Gründen dargestellt. Hier soll nun noch ein Überblick folgen, wie der unbenannt-wichtige Grund abstrakt betrachtet wurde.

Landmann stellt zum unbenannt-wichtigen Grund fest: „[...] welche anderen Gründe neben den in §§ 123 und 124 bereits angeführten als wichtige zu gelten haben, ist nach Lage des Einzelfalls frei zu beurteilen. [...]“⁷⁸⁶ Im Gegensatz zu den benannt-wichtigen Kündigungsgründen, sollten sich die unbenannt-wichtigen Gründe nicht auf die konkrete Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen beschränken, sondern es konnte auch das Gesamtverhalten „[...] einen wichtigen Grund zur Vertragsaufhebung geben, wenn auch die einzelnen vorgebrachten Gründe, jeder für sich genommen, nicht ausreichen würden. [...]“⁷⁸⁷ Dabei sollte eine Kündigung nach § 124a der Gewerbeordnung auch trotz mangelnden Verschuldens möglich sein, wenn ein solch wichtiger Grund vorlag, „[...] der dem anderen Teil die Fortsetzung des Dienstvertrages insofern unmöglich macht, als er wichtige berufliche oder persönliche Nachteile für ihn nach sich zieht, wenn also Umstände vorliegen, mit Rücksicht auf die dem anderen Teil die Fortsetzung des Dienstverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann. [...]“⁷⁸⁸

Nach dem Kaufmannsgericht Karlsruhe konnten „[...] auch außerberufliche Vorgänge als wichtige Gründe [in Betracht kommen], welche ein weiteres Zusammenarbeiten als unmöglich erscheinen lassen [...]“⁷⁸⁹ Dies sollte umso mehr der Fall sein, wenn die Parteien unter einem Dach lebten und den Essenstisch teilten; aus diesem Grund lag ein wichtiger Grund zur Kündigung einer Handlungsgehilfin vor, nachdem sie sich mit dem Verlobten der Tochter des Prinzipals auf „[...] vertraute Beziehungen [...]“ eingelassen hatte.⁷⁹⁰

Als Beispiele von unbenannt-wichtigen Gründen⁷⁹¹ zählte von Schicker in Anlehnung an die Kommissionsbegründung zur Einführung von § 124a der Gewerbeordnung auf:

„[...] Todesfälle oder schwere Krankheit in der Familie des Arbeiters oder Arbeitgebers. Außerdem können auch andere Änderungen in den Verhältnissen der Beteiligten und andere als die in §§ 123 und 124 bezeichneten Handlungen, welche die alsbaldige Lösung des Arbeitsverhältnisses geboten erscheinen lassen, die Nichteinhaltung einer Kündigungsfrist rechtfertigen. Indessen können diese, sowie alle anderen That-sachen nur dann die vorzeitige Aufhebung des Arbeitsverhältnisses rechtfertigen, wenn wegen derselben die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist mit bedeutenden Nachteilen für den Betroffenen verbunden wäre, was um so mehr der Fall sein wird, je länger die Kündigungsfrist ist. Bei langen Kündigungsfristen wird auch die Möglichkeit einer wesentlichen Verbesserung der Lage unter Umständen den Austritt rechtfertigen, wenn diese Möglichkeit anderenfalls benommen wäre. Bei Arbeiterinnen kann namentlich unter dieser Voraussetzung die Gelegenheit zur Verheiratung in Berücksichtigung kommen. Bei Arbeitgebern kann die Unmöglichkeit des Fortbetriebs des Gewerbes z.B. wegen Brand die sofortige Entlassung des Arbeiters notwendig machen. [...]“⁷⁹²

Ferner waren als nicht näher genannte wichtige Gründe darüber hinaus anerkannt worden:

„[...] chronische Heiserkeit, häufiges Zuspätkommen, öftere Übertretung des Rauchverbots, verbotene Annahme von Geschenken Untergebener, Börsen- und Hasardspiel, Anpumpen von Geschäftsfreunden, Annahme zu hoher Trinkgelder, mehrmalige Versäumung der Nacharbeit, Krankheit ohne Meldung oder Entschuldigung. [...]“⁷⁹³

⁷⁸⁵ Landgericht Tübingen vom 28.11.1923, Stadtarchiv Tübingen, A150/5820 – Urteil abgedruckt auf Seite 235 ff.

⁷⁸⁶ Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, § 124a Note 2b); m.w.N. GKG 20, Sp. 218.

⁷⁸⁷ Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, § 133a Note 1c).

⁷⁸⁸ Gewerbegericht Reichenbach vom 29.06.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 229.

⁷⁸⁹ Kaufmannsgericht Karlsruhe vom 24.03.1905 in GG 10, Sp. 185.

⁷⁹⁰ Kaufmannsgericht Karlsruhe vom 24.03.1905 in GG 10, Sp. 185; so auch Kaufmannsgericht München vom 31.10.1914 in GKG 21, Sp. 209.

⁷⁹¹ Weitere Nachweise auch in Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I, S. 108 f., Nr. 553 ff.

⁷⁹² Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 124a Note 2.

⁷⁹³ Handwörterbuch der Rechtswissenschaft-Stier-Somlo, „Betriebsbeamte“, Bd. I, S. 713 (716).

Bei Lagerverwaltern, Lagerarbeitern und vergleichbaren Vertrauenspersonen, die an sich unter § 124a oder unter § 133c der Gewerbeordnung bzw. unter § 70 des HGB fielen, war im Allgemeinen wegen Erschütterung des Vertrauens schon dann eine Entlassung aus unbenannt-wichtigem Grund möglich, wenn sie bei auftauchenden Unstimmigkeiten oder Differenzen widerspruchsvolle Angaben machten, die auf ein unkorrektes Verhalten des betreffenden Arbeitnehmers schließen ließen.⁷⁹⁴

Nicht als unbenannt-wichtiger Grund anerkannt war die sogenannte Bubikopffrisur⁷⁹⁵ einer Angestellten, ebenso wenig wie die Zugehörigkeit des Arbeitnehmers zur Gewerkschaft.⁷⁹⁶ Nach dem Lexikon des Arbeitsrechts sollte der Aussperrungsbeschluss des Arbeitgebers oder der Streik anderer Arbeitnehmer keinen unbenannt-wichtigen Verlassensgrund darstellen.⁷⁹⁷

c. Betriebsvertretungsmitglieder

Nach Einführung des Betriebsrätegesetzes⁷⁹⁸ kam es zu Streitigkeiten darüber, nach welchen Vorschriften die Betriebsräte fristlos gekündigt werden konnten. Es stellte sich die Frage, ob neben dem § 123 Abs. 1 Nr. 3 der Gewerbeordnung auch der § 124a der Gewerbeordnung zur Anwendung kommen konnte. Nach dem Betriebsrätegesetz stand den Betriebsvertretungsmitgliedern nämlich eine ordentliche Kündigungsfrist von einem Monat zu, also war fraglich, ob der Anwendungsbereich des § 124a der Gewerbeordnung eröffnet war.

Nach der herrschenden Ansicht fand § 124a der Gewerbeordnung immer auf gewerbliche Arbeiter Anwendung, ohne Rücksicht auf deren vertragliche oder die gesetzliche Kündigungsfrist, weil über den Kündigungssonderschutz des Betriebsrätegesetzes die Betriebsvertretungsmitglieder auf mindestens vier Wochen fest angestellt anzusehen gewesen waren.⁷⁹⁹ Allerdings ging die herrschende Ansicht auch davon aus, dass grobe Pflichtverletzung der Betriebsvertretungsmitglieder, die eine Absetzung der Betriebsvertretung oder des einzelnen Mitglieds nach § 39 Abs. 2 BRG rechtfertigte, den Arbeitgeber nicht nur zur Kündigung aus unbenannt-wichtigem Grund nach § 124a der Gewerbeordnung, sondern auch nach § 123 Abs. 1 Nr. 3 der Gewerbeordnung berechnete, da:

*„[...] die Rechte und Pflichten eines Betriebsvertretungsmitglieds nicht losgelöst werden können von den sonstigen Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis, sondern in ihm begründet liegen und mit ihm untrennbar zusammenhängen [...]“*⁸⁰⁰

Eine absolute Mindermeinung war der Ansicht, dass auch eine grobe Pflichtverletzung eines Betriebsvertretungsmitglieds dem Arbeitgeber in Gänze nicht das Recht zur fristlosen Kündigung geben würde; einzige Möglichkeit des Arbeitgebers sollte die Absetzung oder Auflösung der Betriebsvertretung sein.⁸⁰¹ Diese Ansicht setzte sich nicht durch.

d. Schwerbeschädigte

Die Besonderheit hinsichtlich der erweiterten Anwendung der unbenannt-wichtigen Gründe stellte sich auch bei der fristlosen Kündigung von schwerbeschädigten gewerblichen Gesellen und Gehilfen nach Einführung des Schwerbeschädigtengesetzes.⁸⁰² Diese konnten nicht nur aus den in § 123 der Gewerbeordnung genannten Gründen, sondern auch aus sonstigen wichtigen Gründen nach § 124a der Gewerbeordnung gekündigt werden, da das Dienstverhältnis eines schwerbeschädigten Arbeiters nach § 13 Abs. 1 des Schwerbeschädigtengesetzes im Allgemeinen nur unter Einhaltung einer mindestens vierwöchigen Kündigungsfrist aufgekündigt werden konnte, so dass die Voraussetzungen des § 124a der Gewerbeordnung immer auch erfüllt waren.⁸⁰³ Differierende Ansichten in dieser Sonderfrage sind dabei nicht ersichtlich.

⁷⁹⁴ Gewerbegericht Kassel vom 20.11.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 232; ähnlich auch Kaufmannsgericht Köln (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 229.

⁷⁹⁵ Kaufmannsgericht Thorn in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. III, S. 94; so auch das Gewerbegericht Köln (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 237.

⁷⁹⁶ Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52.

⁷⁹⁷ Lexikon des Arbeitsrechts, S. 52 m.w.N.

⁷⁹⁸ Betriebsrätegesetz vom 04.02.1920; RGBl. 1920, S. 147 ff.

⁷⁹⁹ Kammergericht Berlin vom 12.07.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. IV, S. 171; diese Argumentation wurde auch bei der Kündigung von Schwerbeschädigten herangezogen. Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1144c m.w.N.

Andere Ansicht, also § 124a der Gewerbeordnung ist nicht als Auffangkündigungsgrund anwendbar bei Landgericht Berlin I vom 23.09.1926 in GKG 32, Sp. 48; Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1144d m.w.N.

⁸⁰⁰ Landgericht Hof vom 16.06.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 163.

⁸⁰¹ Gewerbegericht Stuttgart vom 20.11.1924 und Reichsgericht vom 10.01.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 139; Gewerbegericht Düsseldorf vom 03.06.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. III, S. 133.

⁸⁰² Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 23.12.1922 (RGBl. 1922, S. 972) basiert auf Verordnung vom 09.01.1919 (RGBl. 1919, S. 28) und dem Gesetz vom 06.04.1920 (RGBl. 1920, S. 458).

⁸⁰³ Landgericht Duisburg vom 14.10.1924 und Landgericht Leipzig vom 25.11.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 115.

e. Fazit

Im Allgemeinen gibt es keine größeren Abweichungen zwischen den Entscheidungen zu den unbenannt-wichtigen Gründen und denen zu den benannt-wichtigen. Es ist auch erkennbar, dass in den Fällen, in denen die Regelbeispiele der §§ 133c und 133d der Gewerbeordnung und der §§ 71 und 72 HGB nicht die Regelungstiefe der §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung aufwiesen, die unbenannt-wichtigen Gründe diese Lücke schlossen.

Wichtigster Unterschied der unbenannt-wichtigen Gründe zu den abschließend aufgezählten benannt-wichtigen Kündigungsgründen der §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung war, dass bei jeder Kündigung die konkreten Umstände des Einzelfalles zu betrachten waren und diese eine Kündigung rechtfertigen mussten. Eine solche Einzelfallprüfung war nach dem Gesetzeswortlaut bei den enumerativ aufgezählten Gründen der §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung nicht notwendig. Eine Kündigung konnte bei Tatbestandserfüllung ausgesprochen werden, ohne dass gesetzlich eine Berücksichtigung der Einzelfallumstände anzustellen gewesen wäre.

Bei der Einzelfallprüfung der unbenannt-wichtigen Gründe sollte nicht nur auf Umstände abgestellt werden, die in der Person einer der Vertragsparteien lag, es sollten darüber hinaus auch solche Gründe für die sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses ausreichen, die sich aus einer Gesamtbetrachtung ergaben. Die Kündigung konnte folglich auch auf Gründe außerhalb des Arbeitsverhältnisses abgestellt werden, ohne dass ein Verschulden gegeben gewesen sein musste.

Diese Unterscheidung bestand möglicherweise in dieser Trennschärfe in der Theorie. Dennoch wurden auch außerdienstliche Gründe bei der Beurteilung von Kündigungen nach § 123 der Gewerbeordnung herangezogen, so zum Beispiel bei Beleidigungen außerhalb des Fabrikgeländes⁸⁰⁴ oder die außerdienstliche Teilnahme an Veranstaltungen, bei denen gegen den Arbeitgeber aufgehetzt wurde.⁸⁰⁵

Im Übrigen ist zu erkennen, dass die württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in ihren Urteilen selten auf die unbenannt-wichtigen Kündigungsgründe abgestellt haben. Es ist nicht ersichtlich, weshalb in den nicht mehr auffindbaren Urteilen der württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte generell anders hätte geurteilt werden sollen. Diese Feststellungen deckt sich mit den Feststellungen zur Arbeit der Gerichte, dass lieber ein benannt-wichtiger Grund als ein unbenannt-wichtiger im Urteil begründet wurde. Ferner gilt zu bedenken, dass die Gerichte aber auch nur beurteilen konnten, was ihnen vorgelegt wurde. Folglich ist auch denkbar, dass die Arbeitsvertragsparteien ihre Kündigungen selten auf diesen Grund stützten. Es ist nicht ersichtlich, dass dies ein württembergisches Phänomen wäre – auch bei der Untersuchung der reichsweiten Entscheidungen existieren zu den unbenannt-wichtigen Gründe wenige Urteile.⁸⁰⁶

4. Rechtsprechung und Literatur zur Kündigung von Lehrlingsverhältnissen

Lehrlingsverhältnisse nach der Gewerbeordnung ⁴	Lehrlingsverhältnisse nach dem HGB
<p>§ 127 GewO</p> <p>„Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes zum Zwecke der Ausbildung entsprechend zu unterweisen, ihn zum Besuche der Fortbildungs- oder Fachschule anzuhaltend und den Schulbesuch zu überwachen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten, den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anhalten und vor Ausschweifungen bewahren, er hat ihn gegen Mißhandlungen seitens der Arbeits- und Hausgenossen zu schützen und dafür Sorge zu tragen, daß dem Lehrling nicht Arbeitsverrichtungen zugewiesen werden, welche seinen körperlichen Kräften nicht angemessen sind.</p> <p>Er darf dem Lehrling die zu seiner Ausbildung und zum Besuche des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit nicht entziehen. Zu häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, welche im Hause des Lehrherrn weder Kost noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden.“</p>	<p>§ 76 HGB</p> <p>„Die Vorschriften der §§. 60 bis 63, 74, 75 finden auch auf Handlungslehrlinge Anwendung⁵.</p> <p>Die Vorschriften der §§. 60 bis 63, 75 f gelten auch für Handlungslehrlinge. Vereinbarungen, durch die diese für die Zeit nach der Beendigung es Lehr- oder Dienstverhältnisses in ihrer gewerblichen Tätigkeit beschränkt werden, sind nichtig.</p> <p>Der Lehrherr ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Lehrling in den bei dem Betriebe des Geschäfts vorkommenden kaufmännischen Arbeiten unterwiesen wird; er hat die Ausbildung des Lehrlings entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter zu leiten. Die Unterweisung hat in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge und Ausdehnung zu geschehen.</p> <p>Der Lehrherr darf dem Lehrling die zu seiner Ausbildung erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen nicht entziehen; auch hat er ihm die zum Besuche des Gottesdienstes an Sonntagen und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit zu gewähren. Er hat den Lehrling zu Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten.</p> <p>In Betreff der Verpflichtung des Lehrherrn, dem Lehrling die zum Besuch einer Fortbildungsschule erforderliche Zeit zu gewähren, bewendet es bei den Vorschriften des §. 120 der Gewerbeordnung.“</p>
<p>§ 127a GewO</p> <p>„Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen und dem Lehrherrn sowie demjenigen, welcher an Stelle des Lehrherrn die Ausbildung zu leiten hat, zur Folgsamkeit und Treue, zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet.</p> <p>Übermäßige und unanständige Züchtigungen sowie jede die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Behandlung sind verboten.“</p>	

⁸⁰⁴ Gewerbegericht Geislingen vom 28.10.1921 (Nr. 5 aus 1921) auf Seite 114.

⁸⁰⁵ Siehe hierzu die Entscheidungen außerhalb Württembergs auf Seite 112 f.

⁸⁰⁶ Zur Arbeitsweise der württembergischen Gerichte siehe Seite 76 ff.

<p>§ 127b GewO „Das Lehrverhältnis kann, wenn eine längere Frist nicht vereinbart ist, während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Eine Vereinbarung, wonach diese Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig. Nach Ablauf der Probezeit kann der Lehrling vor Beendigung der verabredeten Lehrzeit entlassen werden, wenn einer der im §. 123 vorgesehenen Fälle auf ihn Anwendung findet oder wenn er die ihm im §. 127a auferlegten Pflichten wiederholt verletzt oder den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule vernachlässigt. Von Seiten des Lehrhings kann das Lehrverhältnis nach Ablauf der Probezeit aufgelöst werden, wenn: einer der im §. 124 unter Nummer 1, 3 bis 5 vorgesehenen Fälle vorliegt; der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt, oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht, oder zur Erfüllung der ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen unfähig wird. Der Lehrvertrag wird durch den Tod des Lehrlings aufgehoben. Durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, sofern die Aufhebung binnen vier Wochen geltend gemacht wird.“</p>	<p>§ 77 HGB „Die Dauer der Lehrzeit bestimmt sich nach dem Lehrvertrag, in Ermangelung vertragsmäßiger Festsetzung nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauche. Das Lehrverhältnis kann, sofern nicht eine längere Probezeit vereinbart ist, während des ersten Monats nach dem Beginne der Lehrzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Eine Vereinbarung, nach der die Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig. Nach dem Ablaufe der Probezeit finden auf die Kündigung des Lehrverhältnisses die Vorschriften der §§. 70 bis 72 Anwendung. Als ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Lehrling ist es insbesondere auch anzusehen, wenn der Lehrherr seine Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer dessen Gesundheit, Sittlichkeit oder Ausbildung gefährdenden Weise vernachlässigt. Im Falle des Todes des Lehrherrn kann das Lehrverhältnis innerhalb eines Monats ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden.“</p>
--	---

⁴ Darstellung der gewerblichen Lehrlingsverhältnisse anhand des Gesetzestextes ab RGBl. 1897, S. 696 ff. In der synoptischen Darstellung wird nicht auf die Ausgestaltung des Gesetzestextes vor 1897 eingegangen – diese Gesetzesversion lässt sich im Anhang I. erfahren; die Änderungen waren überschaubar und sind für Besprechung der Kündigungen nicht notwendig.

⁵ Abs. 1 neu mit RGBl. 1914, S. 212.

Die Kündigungsnormen der Lehrlingsverhältnisse werden gesondert betrachtet, da sie gegenüber den „normalen“ Besonderheiten aufweisen. Bei den Lehrlingsverhältnissen waren die wichtigen Gründe von relativ großer Bedeutung, weil die Lehrlingsverhältnisse nach Ablauf der Probezeit (gesetzliches Leitbild: ein Monat; maximal drei Monate) nur noch durch einen solch wichtigen Grund lösbar waren. Zum Teil waren die wichtigen Kündigungsgründe der Gesellen und Gehilfen bzw. der Handlungsgehilfen auch auf die Lehrlingsverhältnisse anzuwenden, allerdings war zu jeder Zeit die Besonderheit des Ausbildungsverhältnisses und das damit einhergehende Züchtigungsrecht des Lehrherrn zu berücksichtigen.

Der Übersichtlichkeit und des besseren Verständnisses wegen werden im Folgenden Fallgruppen von Kündigungssachverhalten gebildet.

a. Krankheit des Lehrlings

Das Gewerbegericht Laupheim entschied, dass der Lehrherr den Lehrling durch einen Kassenarzt ärztlich untersuchen lassen durfte bzw. musste, insbesondere wenn über die Krankheit und deren Heilung Streitigkeiten bestanden.⁸⁰⁷ Obwohl der Lehrherr diesem Erfordernis nicht nach kam, sah das Gericht keine Verletzung der gesetzlichen Pflichten durch den Lehrherrn, welche den Lehrling zum Verlassen der Lehrstelle berechtigt hätte, da die Heilung zum Zeitpunkt des Verlassens der Lehrstelle schon abgeschlossen war.⁸⁰⁸ Zur Bejahung der Voraussetzungen des § 127b Abs. 3 Nr. 2 Gewerbeordnung, „[...] muß schon eine Reihe von Pflichtverletzungen des Lehrherrn oder ein sehr schwerer Fall nachgewiesen sein, dies ist aber nicht der Fall. [...]“⁸⁰⁹

Außerhalb Württembergs wurde entschieden, dass ein Handlungsgehilfenlehrling entlassen werden konnte, nachdem bei ihm Läuse festgestellt wurden und er die acht-tägige Frist des Prinzipals nicht nutzte, um sich davon zu heilen.⁸¹⁰

b. Vernachlässigung der Lehrverpflichtung

In einem weiteren Fall des Gewerbegerichts Laupheim, bei welchem der Lehrherr auf Entschädigung wegen Verlassens der Lehre klagte, war:

„[...] strittig] nur die Frage, ob diese Auflösung des Vertrages eine gesetzl. begründete war u ob nicht der Kläger u Lehrherr Manz selbst – wie Bekl behauptet, vertragswidrig gehandelt u den Vertrag selbst gebrochen habe, dadurch daß er den Lehrling längere Zeit in der Fabrik Steiger beschäftigte u so seine berufliche Ausbildung vernachlässigt habe. [...] Diese Vernachlässigung sieht der Bekl in der über einen Monat dauernden Beschäftigung in der Fabrik, wo der Lehrling der Aufsicht u Leitung des Meisters entzogen gewesen sei. Auch 2 Beisitzer des Gewerbegerichts teilen diese Anschauung u wollen die Beschäftigung dieses Lehrlings in einer fremden Werkstätte oder Arbeitsstelle nur auf die Dauer von 14 Tagen als zulässig anerken-

⁸⁰⁷ Gewerbegericht Laupheim vom 10.05.1926 (Nr. 1 aus 1926), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸⁰⁸ Gewerbegericht Laupheim vom 10.05.1926 (Nr. 1 aus 1926), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸⁰⁹ Gewerbegericht Laupheim vom 10.05.1926 (Nr. 1 aus 1926), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸¹⁰ Kaufmannsgericht Breslau vom 18.01.1911 in GKG 17, Sp. 14.

nen, eine Überschreitung dieser Zeit sei vertragswidrig u ein Grund zur einseitigen Auflösung des Lehrvertrages. [...]“⁸¹¹

Die Mehrheit der Mitglieder des Gewerbegerichts sah demgegenüber ein rechtswidriges Verlassen der Lehre gegeben – einerseits stand der Lehrling auch in der anderen Firma unter der Aufsicht eines Meisters und er war in seinem Beruf als Schlosser eingesetzt, andererseits sollte dieses Verhältnis auch nur vorübergehend sein.⁸¹² Auch nachdem der Lehrling seine Gesellenprüfung bestanden hatte, sah er sich noch an den Lehrvertrag gebunden, da dessen Vertragsfrist noch ein halbes Jahr fort dauerte.⁸¹³ Ferner erkannte das Gewerbegericht:

„[...] Daß sich Glocker [Lehrling] selbst noch durch den Vertrag gebunden ansah, geht daraus hervor, daß er an 3 Zahltagen den Lohn nicht für sich erhob, sondern sich von seinem Meister auszahlen ließ, daß er am 4. Zahltag, wo er den ganzen Lohn erhoben hatte, den größeren Theil weiter an den Meister auf Verlangen abliefern. [...]“⁸¹⁴

Auch der Vater des Lehrlings forderte nicht den höheren Lohn, der für die Arbeit in der Fabrik an den Lehrherrn für die Arbeit des Lehrlings gezahlt wurde:

„[...] Damit hat der Vater Glocker selbst anerkannt, daß die Beschäftigung des Lehrlings in der Fabrik nicht ungesetzlich u vertragswidrig war, u durch die Vertragsauflösung nun bekundet, daß ihm der Lohn zu gering war. Somit hat der Lehrling unberechtigter Weise das Lehrverhältnis gebrochen u musste als schuldig erklärt werden die Schadenersatzsumme von 250 M zu bezahlen. [...] Aufgrund dessen wurde das Urteil mit 3 geg 2 Stimmen gefällt u verkündet, sowie geschehen. [...]“⁸¹⁵

In der reichsweit veröffentlichten Rechtsprechung findet sich ein vergleichbares Urteil des Gewerbegerichts Frankfurt/Main, wonach ein sofortiges Verlassen allerdings möglich war, wenn der Lehrling in keiner Weise dem Lehrberuf entsprechend ausgebildet wurde.⁸¹⁶ Nicht zum Verlassen war der Mechanikerlehrling berechtigt, wenn er mit Schlosserarbeiten an Feldbahnwägen und gelegentlichem Transport derselben beschäftigt worden war.⁸¹⁷

In einem vom Gewerbegericht Geislingen entschiedenen Fall konnte dagegen ein Lehrling die Ausbildung fristlos verlassen. Hintergrund war die mit nicht genügendem Erfolg abgelegte fachliche Vorprüfung, auf die von der Handwerkskammer festgestellt wurde, dass nach dreieinviertel Jahren Lehrzeit ein Lehrling mehr können musste, insbesondere ein Lehrling, der „[...] als anpassungsfähig und nicht etwa als ungeschickt und beschränkt [...]“ bezeichnet wurde.⁸¹⁸ Vergleichbare Entscheidungen gab es in der reichsweit veröffentlichten Rechtsprechung, welche dieses Urteil bestätigten.⁸¹⁹

c. Kosten der Lehre

Im Jahr 1917 klagte ein Lehrherr vor dem Gewerbegericht Laupheim gegen den Vater seines Lehrlings, der seinen Sohn mit der Begründung aus der Lehre genommen hatte:

„[...] er komme mit seiner zahlreichen Familie nicht aus, er müsse daher darauf trachten, daß sein Sohn etwas Ordentliches werde – Wenn der Krieg nicht solange gedauert hätte, hätte er den Buben in der Lehre belassen. [...] Kläger Müller machte von seinem Recht der zwangsweisen Rückführung des Lehrlings keinen Gebrauch, sondern verlangte die im Vertrag festgesetzte Entschädigung – da der vom Vater des Lehrlings geltend gemachte Grund der Nahrungssorge für seine Familie kein gesetzl Grund für Auflösung des Lehrverhältnisses ist, die übrigen Voraussetzungen des § 127b ff. der Gewerbeordnung für eine Schadenersatzklage zutreffen muß der Klageantrag als berechtigt anerkannt u ihm entsprechend das Urteil gefällt werden. [...]“⁸²⁰

Auch das Gewerbegericht Erfurt entschied entsprechend.⁸²¹ Ferner findet sich ein reichsweit veröffentlichtes Urteil, dass es dem Lehrherrn verbot, den Lehrling wegen der in Folge des Krieges aufgetretenen Einschränkung des Betriebes zu kündigen.⁸²²

⁸¹¹ Gewerbegericht Laupheim vom 08.07.1918 (Nr. 1 aus 1918), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸¹² Gewerbegericht Laupheim vom 08.07.1918 (Nr. 1 aus 1918), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸¹³ Gewerbegericht Laupheim vom 08.07.1918 (Nr. 1 aus 1918), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸¹⁴ Gewerbegericht Laupheim vom 08.07.1918 (Nr. 1 aus 1918), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸¹⁵ Gewerbegericht Laupheim vom 08.07.1918 (Nr. 1 aus 1918), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸¹⁶ Gewerbegericht Frankfurt a.M. vom 18.06.1903 in GG 10, Sp. 139; so auch Gewerbegericht München vom 10.02.1912 in GKG 17, Sp. 249.

⁸¹⁷ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1481 mit Verweis auf das Gewerbegericht Bochum vom 21.04.1917.

⁸¹⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 02.10.1924 (Nr. 7 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸¹⁹ Landgericht Berlin I vom 05.11.1897 in Soziale Praxis 7, Sp. 127; Gewerbegericht Bonn (ohne Datum) in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 237; Gewerbegericht Pirna vom 09.02.1916 in GKG 21, Sp. 237.

⁸²⁰ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 1 aus 1917, Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸²¹ Gewerbegericht Erfurt vom 06.08.1918 in GKG 24, Sp. 6.

⁸²² Gewerbegericht Berlin Kammer 3 vom 01.10.1914 in GKG 20, Sp. 60.

Die Frage zu den Kosten der Lehre wurde durch das Gewerbegericht Geislingen im Jahr 1894 – also ohne Bezug zum Ersten Weltkrieg – vergleichbar beurteilt, nämlich dass kein wichtiger Grund zum Austritt aus der Lehre gegeben war, wenn der Vater des Lehrlings vorbrachte, ihm wären die weiteren Kosten der Lehre zu hoch.⁸²³

d. Diebstahl und Vertrauensbruch

In einem weiteren Fall des Gewerbegerichts Geislingen sollte der Lehrling aus der Lehre fristlos entlassen werden, weil ihn der Lehrherr der sittlichen Verkommenheit und des Diebstahls bezichtigt hatte, allerdings „[...] ohne dass bis jetzt einwandfrei der Nachweis hiefür erbracht wurde. [...] Der vom Gericht eingeholte Bericht der Kriminalabteilung des Württ. Polizeiamtes Geislingen vom 9. September bestätigt, dass der Lehrling von seinem Meister in letzter Zeit verschiedentlich des Diebstahls verdächtigt wurde. [...]“⁸²⁴ Anfangs wurden diese Anzeigen auch ernst genommen und sogar eine Hausdurchsuchung bei den Eltern des Lehrlings durchgeführt, danach hatte der Lehrherr allerdings noch weitere zwei Male Anzeige erstattet; in allen Fällen wurden jedoch die Gegenstände in der Werkstatt des Lehrherrn wieder gefunden.⁸²⁵ Dennoch urteilte das Gewerbegericht auf die Forderung einer Entschädigung, die der Lehrherr hätte wegen der vorzeitigen Beendigung der Lehre zahlen sollen:

„[...] Wenn nun auch letzte Voraussetzung zutrifft, so haben doch die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht gezeigt, dass auch das Verhalten des Lehrlings nicht immer ganz einwandfrei war, woran nach Kenntnis des Gerichts seine Mutter wohl nicht ganz ohne Schuld ist: Aus diesem Grund wäre es mit Treu und Glauben nicht zu vereinbaren, wenn man dem Lehrherrn [... eine] Geldentschädigung auferlegen würde. [...]“⁸²⁶

Konkrete Angaben, was sich der Lehrling hatte zu Schulden kommen lassen, werden im Urteil im Gegensatz zu den Verfehlungen des Lehrherrn nicht genannt.⁸²⁷

Relativ streng wurde auch ein Fall vor dem Gewerbegericht Tübingen entschieden, bei dem einem Lehrling vom Lehrherrn gekündigt wurde, weil er von Dritten auf die Unehrllichkeit des Lehrlings, der schon früher bei einem Diebstahl erwischt worden war, angesprochen wurde.⁸²⁸ So erkannte das Gewerbegericht Tübingen:

„[...] Dem Lehrherrn muß das Recht zugestanden werden, seine berechtigten Interessen zu wahren, hier also sein Eigentum sich zu erhalten. Ein Mangel an Vertrauen zu der Ehrlichkeit eines bestimmten Menschen kann wenn er hier zum Ausdruck kommt, niemals als Beleidigung gelten, das niemand von seinem Nebenmenschen verlangen kann, daß dieser ihm Vertrauen entgegen bringe. [...]“⁸²⁹

Die vom Lehrling dagegen vorgebrachten Beleidigungen durch den Lehrherrn ließ das Gericht nicht zur Auflösung eines Lehrverhältnisses ausreichen, da § 127b Abs. 3 Nr. 1 der Gewerbeordnung gerade nicht auf § 124 Abs. 1 Nr. 2 (grobe Beleidigung) der Gewerbeordnung verwies; wegen der Nichtbeweisbarkeit dieser Behauptungen sah das Gericht auch keine Überschreitung der – dem Lehrherrn zustehenden – väterlichen Zucht.⁸³⁰

Die reichsweit veröffentlichte Rechtsprechung sah eine fristlose Entlassung im Allgemeinen dann schon als gerechtfertigt an, wenn der Lehrling durch Vertrauensbrüche das Ansehen der Firma schädigte, oder wenn er den Dienst öfters, sei es auch nur stundenweise, vernachlässigte.⁸³¹ Ebenso bei einem Handlungsgehilfenlehrling, der unter dem Verdacht stand, „[...] zum Nachteil der Bekl. verschiedene größere Geldbeträge aus Geldbriefen, die ihm zur Besorgung übergeben waren, entwendet zu haben [...]“.⁸³² Nach dem Freispruch im Strafverfahren wegen Nichterweislichkeit des Tatvorwurfs urteilte das Kaufmannsgericht:

„[...] daß nicht jede gegen einen Angestellten erhobene Beschuldigung für den Prinzipal einen Entlassungsgrund bildet, aber es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß wenn einer solchen Beschuldigung schwere Verdachtsmomente zu Grunde liegen, wie das untergegens der Fall ist, das Vertrauen des Prinzipals zu dem Angestellten erschüttert sein muß, und dann für ihn ein wichtiger Grund vorliegt, den Angestellten sofort zu entlassen. [...]“⁸³³

⁸²³ Gewerbegericht Geislingen vom 29.05.1894 (Nr. 6 aus 1894), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸²⁴ Gewerbegericht Geislingen vom 02.10.1924 (Nr. 7 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸²⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 02.10.1924 (Nr. 7 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸²⁶ Gewerbegericht Geislingen vom 02.10.1924 (Nr. 7 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸²⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 02.10.1924 (Nr. 7 aus 1924), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸²⁸ Gewerbegericht Tübingen vom 18.12.1922 (Nr. 27 aus 1922), Stadtarchiv Tübingen, A150/5821.

⁸²⁹ Gewerbegericht Tübingen vom 18.12.1922 (Nr. 27 aus 1922), Stadtarchiv Tübingen, A150/5821.

⁸³⁰ Gewerbegericht Tübingen vom 18.12.1922 (Nr. 27 aus 1922), Stadtarchiv Tübingen, A150/5821.

⁸³¹ Landgericht Aachen vom 21.06.1927 im Gegensatz zur Vorinstanz Kaufmannsgericht Aachen vom 09.09.1926 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 238; nochmals Gewerbegericht Berlin vom 06.10.1910 in GKG 16, Sp. 218; vergleichbar auch Gewerbegericht München vom 20.03.1913 in GKG 19, Sp. 8.

⁸³² Kaufmannsgericht Köln vom 04.04.1905 in GG 10, Sp. 205.

⁸³³ Kaufmannsgericht Köln vom 04.04.1905 in GG 10, Sp. 205.

Ähnlich und einschränkend auch das Gewerbegericht Berlin, nach welchem eineinhalb Jahre zurückliegende Sachverhalte als verziehen anzusehen waren und keinen Kündigungsgrund mehr boten.⁸³⁴

e. Züchtigungsrecht

Das Vorbringen, der Lehrherr habe den Lehrling gezüchtigt (ohne weitere Hinweise, was im konkreten Fall hierunter verstehen war), stellte nach dem Gewerbegericht Geislingen keinen wichtigen Grund dar, weil der Lehrling nach der Gewerbeordnung ohnehin der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen war.⁸³⁵ Wurden keine Gründe der Überschreitung geltend gemacht, dann berechnete dies nicht zur Kündigung.⁸³⁶

In einer vergleichbaren reichsweit veröffentlichten Entscheidung wurde geurteilt, dass das Züchtigungsrecht auch eine angemessene körperliche Züchtigung beinhaltet, welche allerdings nicht missbraucht werden durfte; hinsichtlich der Art der Züchtigung musste das verständige Ermessen des Lehrherrn entscheiden.⁸³⁷

Das Gewerbegericht Tübingen hatte einen Fall zu entscheiden, in welchem ein Lehrling aus dem Lehrverhältnis entlassen werden sollte, weil er gegen den Lehrherrn und die Mitarbeiter „[...] frech und ungezogen gewesen [sei], das Un-erträglichste aber in seinem Gebahren sei gewesen, dass er ohne zu fragen, nach seinem Belieben vom Geschäft weggeblieben sei und so unter den übrigen Lehrlingen und Mitarbeitern ein schlechtes Beispiel gegeben habe. [...]“⁸³⁸ Dies konnte das Gericht gerade wegen des Lehrverhältnisses und dem Recht des Lehrherrn zur Züchtigung des Lehrlings nicht davon überzeugen, dass das Lehrverhältnis vorzeitig aufzulösen gewesen sei.⁸³⁹

In einem weiteren Fall des Gewerbegerichts Tübingen konnte dagegen der Lehrherr das Lehrverhältnis fristlos aufkündigen, nachdem „[...] der Lehrling [...] vielfach nicht in die Arbeitsstelle gekommen und in Letzter Zeit ohne jede Begründung ganz weggeblieben [ist ...]“.⁸⁴⁰ Die Mutter des Lehrlings entgegnete „[...] Wenn er die Lehrstelle hintergangen habe, so wäre es doch Sache des Klägers [des Lehrherrn] gewesen, nach dem Sachverhalt sich zu erkundigen und entsprechende Massnahmen in die Wege zu leiten. [...]“⁸⁴¹ Das Gericht kam ohne Begründung oder Hinweis, welcher gesetzliche Kündigungsgrund zutreffend sei, zur Rechtmäßigkeit der Auflösung des Lehrverhältnisses.⁸⁴²

Ähnliche Entscheidungen finden sich auch in der reichsweiten Rechtsprechung, wie zum Beispiel, dass mangelnder Fleiß und mangelndes Interesse des Lehrlings dem Lehrherrn nicht das Recht gaben, sofort und ohne Weiteres das Lehrverhältnis als gelöst zu erachten.⁸⁴³ Bei Ausübung des dem Lehrherrn zustehenden Züchtigungsrechts wäre der Lehrherr in der Lage gewesen, seiner Beschwerde gegenüber dem Lehrling Abhilfe zu verschaffen.⁸⁴⁴ Diese Ansicht war aber nicht einheitlich, so findet sich auch die Aussage, dass ein Lehrling infolge widerspenstigen Verhaltens entlassen werden konnte.⁸⁴⁵

f. Überschreiten des Züchtigungsrechts

Ein Lehrling war aus der Lehre ausgetreten, weil er vorbrachte, vom Meister und den Gesellen mehrfach und erheblich geschlagen worden zu sein:

„[...] Die Mißhandlungen durch den Gesellen sollen in fortgesetzten Stößen, Puffern u. Schlägen mit der Hand [...] und auch mit der Feile bestanden haben. In der Strafsache gg Reitze [den Gesellen] weg Körperverletzung ist aber eine gefährliche Körperverletzung nicht erwiesen worden. [...] Aber das Gericht konnte nicht die Überzeugung gewinnen, daß einerseits wirkliche Überschreitungen des Züchtigungsrechts vorlagen, andererseits daß alle die Züchtigungen – auch wenn sie zu weit gegangen sein sollten, im Einverständnis und im Auftrage des Manz [des Lehrherrn] erfolgt sind. [...]“⁸⁴⁶

Es wurde festgestellt, dass dem Gesellen kein Züchtigungsrecht zugestanden habe, auch wenn ihm Teile der Ausbildung übertragen wurden; der Geselle konnte:

⁸³⁴ Gewerbegericht Berlin vom 06.10.1910 in GKG 16, Sp. 218.

⁸³⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 29.05.1894 (Nr. 6 aus 1894), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸³⁶ Gewerbegericht Geislingen vom 29.05.1894 (Nr. 6 aus 1894), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸³⁷ OLG Hamburg vom 30.11.1901 in GG 7, Sp. 178.

⁸³⁸ Gewerbegericht Tübingen vom 04.08.1922 (Nr. 13 aus 1922), Stadtarchiv Tübingen, A150/5821.

⁸³⁹ Gewerbegericht Tübingen vom 18.12.1922 (Nr. 27 aus 1922), Stadtarchiv Tübingen, A150/5821.

⁸⁴⁰ Gewerbegericht Tübingen vom 04.08.1922 (Nr. 15 aus 1922), Stadtarchiv Tübingen, A150/5821.

⁸⁴¹ Gewerbegericht Tübingen vom 04.08.1922 (Nr. 15 aus 1922), Stadtarchiv Tübingen, A150/5821.

⁸⁴² Gewerbegericht Tübingen vom 04.08.1922 (Nr. 15 aus 1922), Stadtarchiv Tübingen, A150/5821.

⁸⁴³ Gewerbegericht Berlin vom 09.11.1897 in Soziale Praxis 8, Sp. 82; so auch Gewerbegericht Köln im Jahr 1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 103.

⁸⁴⁴ Gewerbegericht Berlin vom 09.11.1897 in Soziale Praxis 8, Sp. 82; so auch Gewerbegericht Köln im Jahr 1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. I, S. 103.

⁸⁴⁵ Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung 1480m mit Verweis auf das Gewerbegericht Siegen Kammer Weidenau vom 16.11.1926.

⁸⁴⁶ Gewerbegericht Laupheim vom 29.08.1911 (Nr. 1 aus 1911), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

„[...] nicht als der ordnungsmäßige Stellvertreter des Meisters angesehen werden, für dessen Handlungen der Meister haftbar ist. Dazu kommt daß weder der Lehrling Deibler noch sein Vater sich je einmal bei Manz über die Mißhandlungen durch Reitze beschwert haben. So bleiben mehrfache Ohrfeigen seitens des Meisters noch übrig, bei denen zu erwägen war, ob darin eine Überschreitung des Züchtigungsrechts gelegen war. Es ist nun aber in der Rechtsprechung wiederholt anerkannt worden, daß Ohrfeigen, auch ziemlich kräftige, an sich nicht als übermäßige oder die Gesundheit gefährdende Züchtigungen gelten können. [...]“⁸⁴⁷

Der Lehrling hatte die Lehre somit ohne Grund verlassen.⁸⁴⁸

Anders entschied das Gewerbegericht Nürtingen bei einer Klage des Lehrherrn auf Schadensersatz wegen vorzeitigen Verlassens der Lehre, wobei der Lehrherr zugab, dass er den Lehrling „[...] an die Backen geschlagen [...]“ habe, aber bestritt, dass die Schläge „[...] so stark gewesen seien, dass die Zähne wackelten [...]“.⁸⁴⁹ Allerdings lag dieser Vorfall schon ein Dreivierteljahr zurück, so dass das Gewerbegericht von einer Verzeihung hinsichtlich dieses, ansonsten das väterliche Züchtigungsrecht wohl überschreitenden, Verhaltens ausging.⁸⁵⁰ Was eine zeitlich nicht so weit zurückliegende Züchtigung durch „[...] Schlagen mit dem Stecken anbelangt, so konnte nicht festgestellt werden daß diese über das väterliche Züchtigungsrecht des Lehrmeisters hinausging [...]“.⁸⁵¹ Diese Züchtigung erschien dem Gewerbegericht jedenfalls durch das gleichgültige Verhalten des Lehrlings als gerechtfertigt.⁸⁵²

Deutlich weitergehende Rechte stand das Gewerbegericht Geislingen einem Lehrherren zu, der im Verfahren aus sagte, der Lehrling „[...] ist ein widerspenstiger, fauler, unfolgsamer Junge [...]“ den er wiederholt gezüchtigt habe; ferner gab der Lehrherr zu, im Rahmen seines Züchtigungsrechts den Kläger „[...] am Tage der Entlassung bezw. des Verlassens der Lehre mit einem ca. 30 – 40 cm. langen hölzernen Stecken nachdrücklich gezüchtigt u. außerdem aber denselben schon des öfteren gezüchtigt habe. [...]“⁸⁵³ Allerdings urteilte das Gewerbegericht: „[...] Ein Mißbrauch dieser väterlichen Zucht, ist nicht anzunehmen, jedenfalls könnte ihm ein absichtlicher Mißbrauch nicht nachgewiesen werden. [...]“⁸⁵⁴ Der Lehrling durfte die Lehre also trotz der erheblichen Züchtigungen nicht „[...] ohne Einwilligung des Lehrmeisters verlassen [...]“.⁸⁵⁵

Auch außerhalb Württembergs wurde entschieden, dass die körperliche Züchtigung mittels – sogar ziemlich heftiger – Ohrfeigen noch keinen Missbrauch der väterlichen Zucht darstellte; nur übermäßige, unanständige oder die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Züchtigungen waren unzulässig (eine weitere Konkretisierung wurde nicht vorgenommen).⁸⁵⁶ Einfache, mäßige Ohrfeigen sollten noch keinen Missbrauch des Züchtigungsrechts enthalten, anders wenn der Lehrling regelmäßig geohrfeigt oder an den Kopf geschlagen wurde oder wenn es sich jedes Mal um mehrere Ohrfeigen handelte; begründet wurde dies damit, dass das Schlagen an den Kopf auch in preußischen Schulen verboten war, weil dies zu schweren Verletzungen führen konnte.⁸⁵⁷ Anders dagegen das Landgericht Stettin, das bei mehreren Ohrfeigen nicht auf die Häufigkeit, sondern auf die Heftigkeit der Schläge abstellte.⁸⁵⁸

In der reichsweit veröffentlichten Rechtsprechung findet sich ein Urteil, nach welchem bei der Anwendung des väterlichen Züchtigungsrechts der zeitliche Fortschritt der Lehre zu berücksichtigen sein sollte.⁸⁵⁹ So hatte der Lehrherr zu beachten:

„[...] daß sein Lehrling im letzten Lehrjahre und in einem Lebensalter stand, in welchem die Anwendung von Stockschlägen ungewöhnlich ist und nur als äußerstes Zuchtmittel bei gröblichen Verfehlungen nach der allgemeinen Anschauung geboten und erlaubt erscheint. Die Befugnisse, welche das Recht der väterlichen Zucht verleiht, ändern sich naturgemäß auch mit dem Alter des Lehrlings; es würde aber ein Mißbrauch dieses Rechts sein, wenn ein Lehrherr dem älteren Lehrling gegenüber dieselbe Disziplinargewalt ausüben wollte, wie dem Knaben gegenüber (Rohrscheidt Anm. 1 zu § 127a der GO.) [...]“.⁸⁶⁰

In diesem konkreten Fall war die Anwendung von zwanzig Stockhieben einerseits schon missbräuchlich und darüber hinaus übermäßig und in einer das Ehrgefühl des Betroffenen schwer verletzender Weise.⁸⁶¹

⁸⁴⁷ Gewerbegericht Laupheim vom 29.08.1911 (Nr. 1 aus 1911), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸⁴⁸ Gewerbegericht Laupheim vom 29.08.1911 (Nr. 1 aus 1911), Stadtarchiv Laupheim, ARL Bü. 1079.

⁸⁴⁹ Gewerbegericht Nürtingen vom 15.12.1914 (Nr. 19 aus 1914), Stadtarchiv Nürtingen, NA (630).

⁸⁵⁰ Gewerbegericht Nürtingen vom 15.12.1914 (Nr. 19 aus 1914), Stadtarchiv Nürtingen, NA (630); zur Verzeihung siehe das Urteil des Gewerbegerichts Berlin vom 06.10.1910 in GKG 16, Sp. 218, allerdings zu einem Diebstahl bzw. Vertrauensbruch auf Seite 138 f.

⁸⁵¹ Gewerbegericht Nürtingen vom 15.12.1914 (Nr. 19 aus 1914), Stadtarchiv Nürtingen, NA (630).

⁸⁵² Gewerbegericht Nürtingen vom 15.12.1914 (Nr. 19 aus 1914), Stadtarchiv Nürtingen, NA (630).

⁸⁵³ Gewerbegericht Geislingen vom 10.07.1894 (Nr. 10 aus 1894), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁵⁴ Gewerbegericht Geislingen vom 10.07.1894 (Nr. 10 aus 1894), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁵⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 10.07.1894 (Nr. 10 aus 1894), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁵⁶ OLG Hamburg vom 30.11.1901 in GG 7, Sp. 178.

⁸⁵⁷ Gewerbegericht Stettin (ohne Datum) in GG 5, Sp. 106 a) mit dem Hinweis, dass es nicht erforderlich war, dass eine Verletzung eingetreten sein musste, schon die Gefahr einer solchen reichte aus (mit Verweis auf § 699 II. 1 ALR und den Bestimmungen hinsichtlich der Misshandlungen unter Eheleuten).

⁸⁵⁸ Landgericht Stettin auf Gewerbegericht Stettin in GG 5, Sp. 106 in GG 5, Sp. 107 b).

⁸⁵⁹ Landgericht Dessau vom 10.02.1904 bestätigt das Urteil des Gewerbegericht Roßlau vom 02.11.1903 in GG 9, Sp. 224.

⁸⁶⁰ Landgericht Dessau vom 10.02.1904 bestätigt das Urteil des Gewerbegericht Roßlau vom 02.11.1903 in GG 9, Sp. 224.

⁸⁶¹ Landgericht Dessau vom 10.02.1904 bestätigt das Urteil des Gewerbegericht Roßlau vom 02.11.1903 in GG 9, Sp. 224.

g. Gewalttätigkeiten

Das Gewerbegericht Geislingen hatte einen Fall zu entscheiden, in welchem ein Lehrherr auf eine Entschädigung klagte, weil der Lehrling von seinem Vater fristlos aus der Lehre genommen worden war.⁸⁶² Seines Erachtens bestand ein sittlich-moralischer Grund für die sofortige Lösung des Lehrverhältnisses, denn ein anderer Lehrling habe sich „[...] bei Nacht in das Bett des mitbeklagten Lehrlings begeben und dort auf den letzteren gesessen und gelegen und Unfug getrieben und nachdem er sich dieses verboten habe, er von dem Zeugen Zimmermann geschlaucht und chikaniert worden sei [...]“.⁸⁶³ Der Kläger sagte, ihm sei hiervon nichts berichtet worden und der Beklagte hätte sich in diesem Fall an ihn wenden sollen, worauf der mitbeklagte Lehrling erwiderte, dass er das nicht gemacht habe, da er Angst gehabt hatte wieder zu hören „Du bist ja von Gingen“⁸⁶⁴, wie es der Lehrherr ein anderes Mal, als er sich beschwert hatte, gesagt haben soll, wogegen sich jedoch der Lehrherr verwehrt.⁸⁶⁵ Das Gericht sah keinen gesetzlichen wichtigen Grund gegeben, „[...] eine Gefährdung der Sittlichkeit [ist] nicht zu erblicken, so wie der mitbeklagte Vater wiederholt hervorgehoben hat, vielmehr sind dieselben als harmlose Tätlichkeiten anzusehen, wie sie bei Leuten in diesem Alter häufig vorkommen.“⁸⁶⁶ Der Lehrling hätte sich an den Lehrherrn direkt oder über seinen Vater wenden und die Klärung dieses Zustandes herbeiführen sollen.⁸⁶⁷ Auch weitere Tätlichkeiten, die von dem anderen Lehrling verübt worden sein sollen, sah das Gericht als nicht bewiesen an und auch in diesem Fall hätte vorrangig eine Klärung erfolgen müssen.⁸⁶⁸

Anders hatte das Gewerbegericht Geislingen vier Jahre zuvor in einer Klage auf Entschädigung wegen vorzeitigen Verlassens der Lehre geurteilt.⁸⁶⁹ Das Gericht stellte fest, dass der Lehrling berechtigt war, die Lehre vorzeitig zu verlassen, da der Meister ihn nicht „[...] sanft behandelt [...]“ hatte und er, als der beklagte Lehrling durch den zweiten Lehrling ins Gesicht geschlagen worden war, diese Handlung auch noch gebilligt und ihn sogar selbst dazu noch geschlagen hatte.⁸⁷⁰ „[...] In Anbetracht der körperlichen Schwäche des Lehrlings Bulling und daß der Kl. durch Schlagen zu ahnende Verfehlungen desselben nicht nachweisen konnte, muß hienach angenommen werden, daß der Kl. das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht hat.“⁸⁷¹

Für den Fall, dass ein Lehrling Tätlichkeiten gegenüber dem Meister verübte, findet sich kein archiviertes württembergisches Urteil und auch nur eines in der reichsweiten Untersuchung. Nach diesem konnte der Lehrling fristlos entlassen werden, wenn er dem Meister „mit geballten Fäusten“ oder „in ähnlicher Weise ungebührlich“ entgegen trat; dies sollte selbst dann gelten, wenn der Lehrling zu der Drohung durch das Verhalten des Meisters und Tätlichkeiten durch diesen gereizt wurde.⁸⁷²

In der Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ findet sich ein Urteil, nach welchem der Geselle vom Meister bzw. Lehrherrn fristlos nach § 123 Abs. 1 Nr. 5 der Gewerbeordnung entlassen werden konnte, nachdem er den Lehrling einerseits erheblich geschlagen hatte und ferner ihm das Züchtigungsrecht vom Meister auch nicht übertragen worden war.⁸⁷³

h. Fazit

Interessant ist der erhebliche Umfang an Klagen wegen der Beendigung von Lehrverhältnissen. Dabei kam es insbesondere zu Klagen durch die Lehrherren, was verglichen mit der Situation bei den Kündigungsklagen der Arbeiter und Angestellten eine Verkehrung der Umstände darstellt. Die Klagegründe waren überwiegend die Feststellung, dass die Lehre nicht beendet war und der Lehrling in diese zurückkehren sollte bzw. die Entschädigungsforderung des Lehrherrn wegen vorzeitigem Verlassen der Lehre. Hintergrund des Festhaltens des Lehrherrn an dem Lehrverhältnis war wohl das finanzielle Interesse des Lehrherren an der Aufrechterhaltung des Lehrverhältnisses, weil durch den Lehrling regelmäßig das Lehrgeld an den Lehrherrn zu zahlen war und möglicherweise auch, weil in dem Lehrling eine günstige Arbeitskraft gesehen wurde.

Ein weiterer Grund weswegen es bei den Lehrverhältnissen häufig zu Klagen kam, war das Recht des Lehrherrn zur väterlichen Züchtigung. Dieses Züchtigungsrecht stellte ein weitreichendes Eingriffsrecht in die Persönlichkeits- und Privatsphäre des Lehrlings dar. Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass die Überschreitung des Züchtigungsrechts häufig Grund für Rechtsstreitigkeiten war. Das väterliche Züchtigungsrecht machte es den Lehrlingen noch schwieri-

⁸⁶² Gewerbegericht Geislingen vom 05.08.1904 (Nr. 20 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁶³ Gewerbegericht Geislingen vom 05.08.1904 (Nr. 20 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁶⁴ Gingen ist eine sechs Kilometer entfernte Gemeinde von Geislingen.

⁸⁶⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 05.08.1904 (Nr. 20 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁶⁶ Gewerbegericht Geislingen vom 05.08.1904 (Nr. 20 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁶⁷ Gewerbegericht Geislingen vom 05.08.1904 (Nr. 20 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁶⁸ Gewerbegericht Geislingen vom 05.08.1904 (Nr. 20 aus 1904), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁶⁹ Gewerbegericht Geislingen vom 15.12.1900 (Nr. 19 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁷⁰ Gewerbegericht Geislingen vom 15.12.1900 (Nr. 19 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁷¹ Gewerbegericht Geislingen vom 15.12.1900 (Nr. 19 aus 1900), Stadtarchiv Geislingen, G 190.

⁸⁷² Gewerbegericht Gelsenkirchen vom 28.11.1924 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. II, S. 86.

⁸⁷³ Kreis-Gewerbegericht Zarbe (ohne Datum) in GKG 15, Sp. 177, vergleiche auch Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd I, S. 93 Nrn 449 – 451, allerdings zu Handlungsgehilfen.

ger, sich gegenüber den Lehrherren rechtlich zu behaupten.⁸⁷⁴ Das väterliche Züchtigungsrecht umfasste auch Beleidigungen durch den Lehrherren; ein Verlassen wegen dieser war also nicht gerechtfertigt.

Ferner konnten Lehrlingsverhältnisse nach Abschluss der Probezeit nur noch aus wichtigem Grund gekündigt werden. Aus diesem Grund mussten Lehrherren, die mit einem Lehrlingen unzufrieden waren und sich von diesem trennen wollten, eine Kündigung aus wichtigem Grund herbeiführen.

Die Feststellungen zu den Kündigungen durch die Arbeitnehmer haben auch bei den Kündigungen der Lehrverhältnisse durch die Lehrlinge bzw. bei der Frage der Rechtmäßigkeit des Verlassens der Lehre durch jene ihre Richtigkeit. So bestehen auch hier Entscheidungen, die eigentlich einen wichtigen Kündigungsgrund zu Gunsten des Lehrlings bestätigten, aber dann doch das Recht zum Verlassen der Lehre verneinten. Auch bei der Frage der Überschreitung des Züchtigungsrechtes finden sich zuerst Ausführungen dahin gehend, dass das Verhalten des Lehrherrn nicht in Ordnung war, die Züchtigung dann aber doch nicht so schwerwiegend gewesen sein soll, dass der Lehrling die Lehre hätte verlassen dürfen, weil beispielsweise dem Lehrherren keine Absicht zur Überschreitung des Züchtigungsrechtes nachgewiesen werden konnte.⁸⁷⁵

Erstaunlicherweise sieht man in der Betrachtung der relativ zahlreichen württembergischen Entscheidungen keine so stringente Linie wie eigentlich erwartbar gewesen wäre. Es gibt aber auch divergierende Entscheidungen desselben Gewerbegerichts (siehe die Entscheidungen des Gewerbegerichts Geislingen zur Gewalt im Lehrverhältnis) und auch bei der Frage, ob eine Vernachlässigung der Lehrverpflichtung vorgelegen habe, existieren unterschiedliche Ergebnisse.

5. Rechtsprechung und Literatur zu in Einzelverträgen (§ 122 der Gewerbeordnung bzw. § 67 HGB) oder Arbeitsordnungen (§ 134b der Gewerbeordnung) vereinbarten wichtigen Gründen

Wichtige Kündigungsgründe konnten über das Gesetz hinaus auch in den Individual-Arbeitsverträgen und den kollektiv geltenden Arbeitsordnungen für die gewerblichen Arbeitnehmer festgelegt werden.

a. Rechtsprechung und Literatur

In einem vom Gewerbegericht Biberach entschiedenen Fall hatte der beklagte Arbeitgeber seinen Arbeitern vor dem Hintergrund, dass kein Bier mehr in seinem Betrieb getrunken werden sollte, eine freiwillige Aufbesserung des Lohns zukommen lassen – gegenüber den Arbeitern äußerte er, dass er darauf hoffe „[...] jetzt, nachdem aufgebessert wurde, dass die Biertrinkerei während der Geschäftszeit aufhören werde. [...]“⁸⁷⁶ Der Kläger hatte dennoch während der Arbeitszeit Bier geholt und getrunken, was allerdings nach dem Gewerbegericht Biberach nicht zur fristlosen Kündigung ausreichte, denn der beklagte Arbeitgeber habe es „[...] unterlassen, ausdrücklich eine Vertragsbestimmung dahin zu treffen, dass das Biertrinken während der Arbeitszeit verboten ist und dass derjenige Arbeiter, welcher sich dieser nicht fügt, sofortige Entlassung verwirkt. [...]“⁸⁷⁷

Anders in einem Fall des Gewerbegerichts Tübingen, nachdem ein gebrechlicher und älterer Arbeiter um Arbeit vorgesprochen hatte. Ein konkreter Vertrag wurde nicht geschlossen, sondern:

„[...] Aus Mitleid mit dem Kläger, der ohne Unterkunft, ohne Mittel u. vollständig erschöpft war, erklärte sich die Beklagte bereit, einen Versuch mit ihm zu machen, ihm auch zunächst Unterhalt u. Verpflegung zu gewähren. [...]“⁸⁷⁸

Mangels Zuzugserlaubnis nach Tübingen konnte die Beklagte den Arbeiter nicht beschäftigen, was dieser auch einsah, allerdings gewährte die Beklagte ihm weiterhin Unterkunft und Verpflegung und erklärte sich bereit, ihn vorübergehend bei sich aufzunehmen, da der Arbeiter mittellos war.⁸⁷⁹ Hierfür arbeitete der Kläger im Betrieb der Beklagten mit und bekam über Unterkunft und Verpflegung hinaus auch einen Arbeitslohn; Lohnberechnungen wurden aber weder erteilt noch gefordert.⁸⁸⁰

„[...] Nach Auffassung des Gerichts war das zwischen den Parteien unter solchen Umständen bestehende Verhältnis das beiderseitigen Willensmeinung entsprechend ein vollständig loses, das von beiden Teilen ohne jede Kündigungsfrist gelöst werden konnte. [...]“⁸⁸¹

Reichsweit war einhellige Ansicht von Literatur und Rechtsprechung, dass die Bestimmung des § 124a der Gewerbeordnung durch Arbeitsordnung oder sonst durch Vertrag geändert, erweitert oder eingeschränkt werden konnte.⁸⁸² Diese Feststellung zur Modifikation des § 124a der Gewerbeordnung galt ebenso für den § 133b der Gewerbeordnung

⁸⁷⁴ Gewerbegericht Tübingen vom 18.12.1922 (Nr. 27 aus 1922) auf Seite 138.

⁸⁷⁵ Gewerbegericht Geislingen vom 10.07.1894 (Nr. 10 aus 1894) auf Seite 140.

⁸⁷⁶ Gewerbegericht Biberach vom 10.07.1912 (Nr. 12 aus 1912), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3304.

⁸⁷⁷ Gewerbegericht Biberach vom 10.07.1912 (Nr. 12 aus 1912), Stadtarchiv Biberach, E Bü. 3304.

⁸⁷⁸ Gewerbegericht Tübingen vom 08.08.1923 (Nr. 7 aus 1923), Stadtarchiv Tübingen, A150/5820.

⁸⁷⁹ Gewerbegericht Tübingen vom 08.08.1923 (Nr. 7 aus 1923), Stadtarchiv Tübingen, A150/5820.

⁸⁸⁰ Gewerbegericht Tübingen vom 08.08.1923 (Nr. 7 aus 1923), Stadtarchiv Tübingen, A150/5820.

⁸⁸¹ Gewerbegericht Tübingen vom 08.08.1923 (Nr. 7 aus 1923), Stadtarchiv Tübingen, A150/5820.

⁸⁸² Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 124a Note 5.

und § 70 des HGB und auch für die Veränderung der Kündigungs- bzw. Verlassensgründe bei Lehrlingsverhältnissen.⁸⁸³ All diese Bestimmungen zur Veränderung der gesetzlichen Vorgaben mussten allerdings hinreichend bestimmt und allgemeinverständlich getroffen werden, damit sie ihre Wirkung entfalten konnten.⁸⁸⁴

Ferner sollte es möglich sein, in einer Arbeitsordnung auch andere als die in §§ 123, 124 der Gewerbeordnung aufgezählten Tatbestände zu wichtigen Kündigungsgründen zu erklären, sofern sachliche betriebliche Interessen dies rechtfertigten; so konnte beispielsweise Trunkenheit während der Arbeitszeit als wichtiger Kündigungsgrund in der Arbeitsordnung festgelegt werden.⁸⁸⁵ Allerdings sollte aus den Arbeitsordnungen heraus kein Automatismus entstehen dürfen, wie zum Beispiel, dass als entlassen anzusehen war, wer zwei Tage ohne Entschuldigung fehlte, da eine Entlassung durch Worte oder irgendwelche Handlungen zu erfolgen hatte.⁸⁸⁶ Auch bestand kein Recht zur sofortigen Entlassung für den Fall, dass der Arbeitgeber nicht mit dem Arbeitnehmer zufrieden war, weil der Grund nur für eine Partei galt und der Arbeiter vollkommen der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert gewesen wäre.⁸⁸⁷ Grundsätzlich möglich war aber die Festlegung in Arbeitsordnungen dahin gehend, dass keine Kündigungsfristen gelten sollten, was zur Folge hatte, dass das Arbeitsverhältnis jederzeit kündbar war.⁸⁸⁸

b. Fazit

Einzelvertraglich vereinbarte Gründe oder solche aus Arbeitsordnungen stellten keinen bedeutenden Umfang in der Tätigkeit der Gewerbeberichte dar. Auch in den württembergischen Archiven finden sich nur die beiden dargestellten Entscheidungen. Bei der Entscheidung des Gewerbegerichts Biberach kann nicht mehr festgestellt werden, ob der durch den Arbeitgeber ergänzend gewollte wichtige Kündigungsgrund, dass kein Bier mehr getrunken werden durfte, in einer Arbeitsordnung niedergelegt werden sollte. Das Urteil ist diesbezüglich nicht eindeutig; es ist eher von einzelvertraglichen Vereinbarungen mit einer Mehrzahl von Arbeitern auszugehen.

Bei den Handlungsgehilfen konnten keine Arbeitsordnungen erlassen werden und auch bei den einzelvertraglichen Regelungen war nach § 67 Abs. 1 HGB eine Mindestkündigungsfrist von einem Monat einzuhalten. Eine Ausnahme hiervon bestand nur dann, wenn der Handlungsgehilfe zur Aushilfe eingestellt worden war (§ 69 HGB). Aus diesem Grund findet sich keine Rechtsprechung zu dieser Thematik bei den Handlungsgehilfen.

6. Entscheidungen des Reichsgerichts zum Arbeitsrecht

Durch das Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetz war lediglich die Berufung zum Landgericht möglich; auf dessen Berufungsentscheidung gab es kein weiteres Rechtsmittel. Aus diesem Grund gibt es keine Entscheidungen eines Gewerbe- oder Kaufmannsgerichts, die durch das Reichsgericht überprüft worden wären. Nur in den Fällen, in denen kein Gewerbe- oder Kaufmannsgericht bestand oder in denen deren Zuständigkeit nicht gegeben war, konnten die Rechtsstreitigkeiten vor die ordentlichen Gerichte – mit dem „normalen“ Instanzenzug – gebracht werden. Zu diesem Umstand Hueck:

„[...] Gegenüber der gewaltigen Zahl und der großen praktischen Bedeutung der arbeitsvertraglichen Prozesse ist die Zahl der Reichsgerichtsentscheidungen immer noch sehr gering. Während es auf manchen anderen Rechtsgebieten kaum noch Fragen von grundsätzlicher Bedeutung gibt, zu denen das Reichsgericht nicht Stellung genommen hätte, ist es auf dem Gebiet des Arbeitsvertragsrechtes immer ein besonderer Zufall, wenn ein Rechtsstreit vor das Reichsgericht gelangt; die große Mehrzahl der aus Arbeitsverträgen entspringenden Prozesse spielt sich vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ab, und auch wenn die ordentlichen Gerichte zuständig sind, erreicht der Streitwert meist nicht die Revisionssumme. [...]“⁸⁸⁹

Die Entscheidungen des Reichsgerichts zu arbeitsrechtlichen Streitigkeiten werden in der vorliegenden Arbeit nicht untersucht.

7. Einfluss des Ersten Weltkrieges auf die wichtigen Kündigungsgründe

Es existiert – mit der Ausnahme des einen bei den Lehrlingsverhältnissen besprochenen Urteils⁸⁹⁰ – in den noch bestehenden Archivbeständen der württembergischen Rechtsprechung kein Urteil, das sich mit der sofortigen Beendigung von Arbeitsverhältnissen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg beschäftigt. Der Bedeutung dieses Themas in der reichsweiten Rechtsprechung und der Literatur entsprechend folgt ein kurzer Überblick über die Kündigungen aufgrund des Ersten Weltkrieges.

⁸⁸³ Landgericht Halberstadt vom 12.05.1927 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. V, S. 238.

⁸⁸⁴ Gewerbegericht Reichenbach vom 15.09.1902 in GG 9, Sp. 171; so auch Gewerbegericht Gera (ohne Datum) in GG 2, Sp. 115.

⁸⁸⁵ Landgericht Berlin vom 26.03.1925 in Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd. III, S. 95; so auch Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, § 124a Note 5.

⁸⁸⁶ Lexikon des Arbeitsrechts, S. 51.

⁸⁸⁷ Lotmar, Der Arbeitsvertrag – Nachdruck von Rehbinders, S. 675 Fn 45.

⁸⁸⁸ Zum Themenkreis der Arbeitsordnungen siehe oben auf Seite 41 ff.

⁸⁸⁹ Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Arbeitsrecht, Bd. I (1919/26), S. 318.

⁸⁹⁰ Gewerbegericht Laupheim (ohne Datum) Nr. 1 aus 1917 auf Seite 137.

Streitig war beispielsweise, ob eine sofortige Kündigung rechtmäßig war, weil der Arbeitnehmer eine fremde, also keine deutsche, Staatsangehörigkeit hatte. Diese Frage wurde in Rechtsprechung und Literatur weit überwiegend verneint.⁸⁹¹ Auch die Frage, ob eine fristlose Kündigung möglich war, wenn wegen des Krieges wenig oder keine Arbeit vorhanden war, wurde von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten überwiegend verneint.⁸⁹² Bejaht wurde hingegen die Frage, ob die „Einberufung zu den Fahnen“ den Arbeitnehmern⁸⁹³ das Recht zum sofortigen Verlassen der Arbeit gab; uneinheitlich wurde dies bei den Lehrlingen⁸⁹⁴ entschieden. Schließlich wurde auch das Recht zum sofortigen Verlassen der Arbeit bejaht, wenn ein Arbeitnehmer mit einem französischen Kriegsgefangenen zusammenarbeiten musste.⁸⁹⁵

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch eine Entscheidung des Gewerbegerichts Annaberg, welches sich mit der veränderten Situation nach dem Ersten Weltkrieg auseinander zu setzen hatte.⁸⁹⁶ Inhaltlich ging es bei dieser Entscheidung um die Frage, ob eine Arbeiterin die Stelle verlassen konnte, nachdem im Rahmen der Demobilmachungsverordnung die „Arbeit gestreckt“ wurde und sie deswegen weniger arbeiten und somit weniger verdienen konnte. Die Arbeiterin wollte die Stelle verlassen, um bei einem anderen Arbeitgeber einzutreten, bei dem sie voll arbeiten und voll verdienen konnte. Das Gewerbegericht stellt fest, dass in diesem konkreten Fall § 124 der Gewerbeordnung nicht zur Anwendung kommen sollte. Darüber hinaus wurde festgestellt:

„[...] Bei der Prüfung des vorliegenden Falles hatte das GG. davon auszugehen, daß durch den Verlauf des Krieges insbesondere seinen unglücklichen Ausgang und der daran sich anschließenden Umwälzung aller wirtschaftlichen Verhältnisse Zustände eingetreten sind, die die Gesetzgeber der hier maßgebenden aus der Vorkriegszeit stammenden Gesetze gar nicht voraussehen oder auch nur ahnen konnten. Aus der Fassung des § 124 und § 124a GO. ist zu entnehmen, daß es nicht der Wille des Gesetzgebers sein kann, für alle Zeiten das Verzeichnis der wichtigen Gründe für das Kündigungsrecht der Arbeitnehmer festzulegen. Er konnte diese Festlegung nur unter der Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse vornehmen. Hätte er zu jener Zeit auch nur im entferntesten ahnen können, daß ein verlorener Krieg solch grundstürzende wirtschaftliche Änderungen im Gefolge haben würde, so würde er Gewiss an geeigneter Stelle die Formulierung der Gesetzesbestimmung über die Voraussetzung des Vorhandenseins eines wichtigen Grundes anders gefasst haben. Da insoweit bei Beachtung der jetzigen Verhältnisse eine Lücke im Gesetze besteht, ist dem GG. im freien richterlichen Ermessen die Möglichkeit gegeben, nach eingehender Prüfung von Fall zu Fall eine Entscheidung zu treffen, die dem durch die geänderten Verhältnisse geläuterten allgemeinen Rechtsempfinden entspricht. [...]“⁸⁹⁷

In der Folge wurde eine Möglichkeit zum Verlassen der Arbeitsstelle über den Wortlaut des § 124 der Gewerbeordnung hinaus aus Gründen von Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte bejaht.

Im Übrigen finden sich keine weiteren Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die Rechtsprechung zu den Kündigungen aus wichtigem Grund.

8. Fazit

Bei der Betrachtung der württembergischen Rechtsprechung zu den wichtigen Kündigungsgründen kann der Schluss gezogen werden, dass eine große Übereinstimmung hinsichtlich der Auslegung der wichtigen Gründe mit der reichsweiten Rechtsprechung bestand. Die württembergischen Entscheidungen reihen sich in die untersuchten veröffentlichten Entscheidungen aus dem restlichen Reichsgebiet ein. Und auch bei der Betrachtung der zur Kündigung aus wichtigem Grund veröffentlichten Literatur gibt es keine nennenswerten Abweichungen, die auf eine unterschiedliche Auslegung der wichtigen Gründe durch die württembergischen Gerichte schließen lässt.

Sehr auffällig ist die deutliche Überzahl an Rechtsprechung zu den Kündigungen durch die Arbeitgeber. Diese Feststellung hat nicht nur bei den Gesellen- und Gehilfenarbeitsverhältnissen Bestand, sondern auch bei den gewerblichen Angestellten und Kaufmannsgehilfen. Allerdings waren die weitaus meisten Entscheidungen zur Kündigung der Arbeitsverhältnisse der Gesellen und Gehilfen ergangen, also zu den Kündigungsnormen §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung. Als Grund, weswegen weniger Klagen von Arbeitgebern gegen Arbeitnehmer vorlagen, ist wohl auch der Umstand zu sehen, dass die Arbeitgeber nach § 119a Abs. 1 der Gewerbeordnung die Möglichkeit hatten, für den Fall

⁸⁹¹ GKG 20, Sp. 22 – nein mit einer bejahenden Berufungsentscheidung (GKG 20, Sp. 163); GKG 20, Sp. 32 – nein; GKG 20, Sp. 57 – ja, aber wohl nur deswegen, weil der Arbeitnehmer mit der Anfertigung von Kriegsmaterial betraut war; GKG 20, Sp. 66 – nein; GKG 20, Sp. 67 – nein; GKG 20, Sp. 273 – nein; verneinend auch Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, § 124a Note 2b) m.w.N.

⁸⁹² GKG 20, Sp. 19 – ja; GKG 20, Sp. 23 – nein; GKG 20, Sp. 27 – nein; GKG 20, Sp. 29 – nein; GKG 20, Sp. 139 – nein; GKG 20, Sp. 218 – nein.

⁸⁹³ GKG 20, Sp. 106 – ja; GKG 24, Sp. 60 Eigenkündigung – ja; GKG 24, Sp. 271 – ja, mit bestätigender Berufungsentscheidung a.a.O.; so auch Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, § 124a Note 2b).

⁸⁹⁴ GKG 24, Sp. 81 Eigenkündigung zulässig mit Verweis darauf, dass zwar kein gesetzlich normierter Kündigungsgrund gegeben war, aber auch ohne diesen ein wichtiger Grund gegeben sein sollte, weil die Väter der Gewerbeordnung nicht davon ausgegangen waren, dass Lehrlinge überhaupt zum Krieg eingezogen werden sollten; GKG 24, Sp. 267 Eigenkündigung verneint.

⁸⁹⁵ GKG 21, Sp. 235.

⁸⁹⁶ Gewerbegericht Annaberg (ohne Datum) in GKG 26, Sp. 258.

⁸⁹⁷ Gewerbegericht Annaberg (ohne Datum) in GKG 26, Sp. 258.

von Vertragsbrüchen eine Kautions vom Lohn einzubehalten, so dass oftmals wirtschaftlich vom Arbeitgeber kein Bedürfnis für eine Klage gesehen wurde. Auch könnte dies auf das häufig bestehende Überangebot an Arbeitskräften zurückzuführen sein.

Eine umgekehrte Situation – also dass die Arbeitgeber häufiger klagten – war nur bei den Lehrverhältnissen festzustellen. Hintergrund war dort wohl das finanzielle Interesse des Lehrherrn an der weiteren Zahlung des Lehrgeldes durch den Lehrling bzw. seiner Eltern und möglicherweise auch der Ansehensverlust, der mit einer fristlosen Auflösung des Lehrvertrages für den Ruf des Lehrherrn einhergehen konnte, da der Lehrling der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterstand.

Inhaltlich ist bei den gefundenen Urteilen festzustellen, dass sich die württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bei Vorliegen eines Sachverhaltes, der möglicherweise mehrere benannt-wichtige Gründe verwirklichte, im Urteil meist nur mit dem einen verwirklichten und dann am ehesten mit einem benannt-wichtigen Grund auseinandersetzten. Dieser „Anwendungsvorrang“ der benannt-wichtigen Gründe ist generell bei den württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu erkennen – so findet sich kein württembergisches Urteil zu einer Kündigung aus unbenannt-wichtigem Grund. Vorstellbar ist, dass den Parteien die benannt-wichtigen Gründe eindrücklicher zu vermitteln waren und somit eher Rechtsfrieden herbeigeführt werden konnte. Möglicherweise wurde aber auch wegen der höheren „Berufungssicherheit“ oder des weiteren „sich-in-die-Augen-sehen-Könnens“ so vorgegangen. Wenn schon ein Lebenssachverhalt vorlag, über den keine Einigung im Vergleichswege herbeigeführt werden konnte, so sollte das Urteil so eindeutig und verständlich sein, dass wenigstens hierdurch die Befriedung der Parteien gegeben war.

Ferner ist auffällig, dass es Kündigungsgründe – wie zum Beispiel den „unvorsichtigen Umgang mit Feuer und Licht“ (§ 123 Abs. 1 Nr. 4 der Gewerbeordnung) gab – die weder in der württembergischen noch in der reichsweiten Rechtsprechung in größerem Umfang vorkamen. Darüber hinaus lässt sich erkennen, dass die Kündigungsgründe wie der „Vertrauensmissbrauch“, das „unbefugte Verlassen“ oder die „beharrliche Pflichtverweigerung“ wohl als Auffangtatbestand dienten. Es hat allen Anschein, dass diese Gründe vorrangig gegenüber einem unbenannt-wichtigen Grund bejaht wurden.

Ebenso ist erkennbar, dass bei den inhaltlich weniger bestimmten wichtigen Kündigungsgründen wie beispielsweise der „Untreue im Dienst“, den „Vermögensdelikten“ und des „liederlichen bzw. unsittlichen Lebenswandels“ keine Fülle an Entscheidungen aus Württemberg auffindbar ist. Diese Urteile existieren hingegen in der reichsweit veröffentlichten Rechtsprechung relativ häufig. Hintergrund könnte sein, dass reichsweit zwar auch nicht signifikant mehr Fälle zu diesen Kündigungsgründen bestanden, die meisten derselben aber veröffentlicht wurden, wenn sie hierzu zum Beispiel an die Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ übersandt wurden, weil sie meist interessante Lebenssachverhalte als Grundlage hatten und dabei hilfreich waren, die unbestimmten Rechtsbegriffe in den benannt-wichtigen Kündigungsgründen greifbar zu machen. Vorstellbar ist auch, dass solche „peinlichen“ Fälle gar nicht zu einer öffentlichen Verhandlung kamen, da gegen die auf die Taten folgenden Kündigungen nicht vorgegangen wurde. Auch ist denkbar, dass davor zurückgeschreckt wurde, die Klage oder das Urteil zum Beispiel auf den sehr unbestimmten benannt-wichtigen Kündigungsgrund des „liederlichen bzw. unsittlichen Lebenswandels“ zu stützen und dass aus diesem Grund „handfestere“ wichtige Gründe bemüht wurden.

Bemerkenswert ist, dass Kündigungen durch die Arbeitgeber – im Gegensatz zu denen durch die Arbeitnehmer – sich an weniger hohen Hürden messen lassen mussten. So wurden teilweise sogar Tötlichkeiten gegenüber Arbeitnehmern toleriert, jedenfalls wurden aber viel höhere Anforderungen an die Beleidigungen bzw. Ehrverletzungen durch die Arbeitgeber gestellt als umgekehrt. Diese Feststellung kann auch auf die anderen Kündigungsgründe übertragen werden, so zum Beispiel bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit von Streiks. Ähnlich gelagert sind die Fälle von Kündigungen, bei welchen die Berechtigung zum Verlassen der Arbeit zwar anerkannt wurde, ihm dann aber im Rahmen des von ihm geltend gemachten Schadensersatzanspruchs ein Mitverschulden zur Last gelegt wurde. Das Mitverschulden ging teilweise so weit, dass die zum Verlassen der Arbeit berechtigten Arbeitnehmer insgesamt keinen Schadensersatzanspruch haben sollten. In einem Fall wurde dies sogar damit begründet, dass bei der konkreten Arbeitsmarktlage davon auszugehen sei, dass die Arbeiter schnell wieder einen Arbeitsplatz finden würden.⁸⁹⁸ Stimmen, die sich gegen dieses Vorgehen aussprachen, lassen sich weder in Urteilen noch in der Literatur finden, vielmehr liegen Aussagen darüber vor, wie gerecht und fair die Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichte waren (siehe oben Seite 56 ff.). Auch gibt es Urteile, in denen das konkrete Verhalten der Arbeitnehmer keiner Bewertung durch das Gericht bedurfte, dennoch aber das Gericht in einem obiter dictum dazu Stellung nahm und es bewertete.⁸⁹⁹ Es fällt auf, dass sich solche Urteile nur noch von den Gewerbegerichten Geislingen und Tübingen finden.

Bei den Lehrverhältnissen lässt sich diese ungleiche Behandlung gleichermaßen erkennen. Hintergrund und gesetzliche Rechtfertigung hierfür war unter anderem das Recht des Lehrherrn auf väterliche Züchtigung. Dieses stellte eine weitreichende Möglichkeit zu einem Eingriff in die Persönlichkeitssphäre des Lehrlings dar. Aus diesem Grund ver-

⁸⁹⁸ Drei Urteile des Gewerbegerichts Biberach vom 31.08.1904 (Nr. 27, 28 und 29 aus 1904) auf Seite 125.

⁸⁹⁹ Gewerbegericht Tübingen vom 16.06.1921 (Nr. 11 aus 1921) auf Seite 108; Gewerbegericht Geislingen vom 28.10.1921 (Nr. 5 aus 1921) auf Seite 114; Gewerbegericht Geislingen vom 27.08.1923 (Nr. 5 aus 1923) auf Seite 115 und auch Gewerbegericht Tübingen vom 04.08.1925 auf Seite 119.

wundert es nicht, dass die Überschreitung des Züchtigungsrechts ein häufiger Grund für Rechtsstreitigkeiten war. Ein weiterer Grund für die Häufigkeit von Klagen des Lehrherrn gegen den Lehrling war der Ausschluss der ordentlichen Kündbarkeit nach Abschluss der Probezeit, so dass für eine vorzeitige Trennung nur ein wichtiger Kündigungsgrund in Betracht kam.

Ebenso wie bei den wichtigen Verlassensgründen der Arbeitnehmer findet sich bei Verlassensklagen von Lehrlingen eine württembergische Entscheidung, die eigentlich einen wichtigen Grund zu Gunsten des Lehrlings bestätigte, dann aber doch das Recht zum Verlassen der Lehre verneinte.⁹⁰⁰ Bei der Untersuchung der relativ zahlreichen württembergischen Entscheidungen zu den Lehrlingsverhältnissen wurden divergierende Entscheidungen desselben Gerichts und auch der Gerichte untereinander gefunden. So zum Beispiel bei der Frage, ob eine Vernachlässigung der Lehrverpflichtung vorgelegen hat. Bei der Kündigung der Lehrlingsverhältnisse wurden die strengen Anforderungen an das Verhalten der Arbeitnehmer auch auf die Lehrlinge übertragen, allerdings mit einer weiteren Einschränkung, dass den Lehrlingen nur sehr eingeschränkte Rechte gegenüber den Lehrherren zugestanden wurden.

Eine aussagekräftige Anzahl an Urteilen zu den einzelvertraglich vereinbarten wichtigen Gründen oder zu solchen in Arbeitsordnungen ist in Württemberg nicht vorhanden, ebenso wenig wie Urteile, die sich mit dem Ersten Weltkrieg als wichtigem Kündigungsgrund befassen.

Aus den eingelegten Berufungen und den Berufungsurteilen lässt sich kein Rückschluss dahingehend ziehen, ob die Berufungen generell erfolgreich waren oder nicht. Hinweise auf die teilweise behauptete „Unverständigkeit“ der ordentlichen Gerichte für die Belange des materiellen Arbeitsrechts konnten weder gefunden noch bestätigt werden.

Auffallend ist, dass es Unterschiede in der Auslegung und Beurteilung der wichtigen Gründe in der Rechtsprechung der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte gab. So kann festgehalten werden, dass bei vergleichbaren Lebenssachverhalten die Kaufmannsgerichte eher arbeitnehmerfreundlich urteilten. Es überrascht, dass keine Veränderung in der Auslegung der einzelnen benannt- und unbenannt-wichtigen Gründe über die Dauer des Betrachtungszeitraums ersichtlich ist. Beispielhaft genannt seien dabei die Urteile des Gewerbegerichts Geislingen zur Rechtswidrigkeit des Verlassens der Arbeit aus persönlichen Gründen⁹⁰¹ (einmal Besuch der Schwester des Arbeiters und einmal war nur das Fortbleiben für den Vormittag vereinbart und nicht auch noch für den Nachmittag). Zwischen diesen beiden Urteilen liegen 26 Jahre, in welchen sich das politische System komplett veränderte, in denen ein Weltkrieg stattfand und es zu einer erheblichen Inflation und dem Beinahe-Zusammenbruch der Weimarer Republik kam; dennoch wurde der nahezu selbe Sachverhalt nicht unterschiedlich beurteilt. Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich die Auslegung des wichtigen Grundes durch die württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht in besonderer Art von der reichsweiten Auslegung unterschieden.

⁹⁰⁰ Gewerbegericht Geislingen vom 10.07.1894 (Nr. 10 aus 1894) auf Seite 140.

⁹⁰¹ Gewerbegericht Geislingen vom 30.06.1926 (Nr. 19 aus 1926) auf Seite 106.

X. GESAMTFAZIT

Durch die Errichtung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit wurde erstmals ein reichsweit einheitliches Verfahren zur Beurteilung arbeitsrechtlicher Streitigkeiten geschaffen (siehe Seite 47 ff.). Wenngleich diese Gerichte nicht alle Arbeitsverhältnisse beurteilten, ist doch in ihnen die direkte Vorgängergerichtsbarkeit der heutigen Arbeitsgerichtsbarkeit deutlich zu erkennen. Die Besetzung jener Gerichte war gekennzeichnet durch eine paritätische Besetzung mit Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite unter einem neutralen Vorsitzenden. Ferner bestand die zwingende Vorgabe, einen Gütetermin vor der Hauptverhandlung durchzuführen. Auch war vorgesehen, dass das Gericht in jedem Verfahrensstadium auf eine gütliche Einigung hinwirken sollte. Darüber hinaus wurde berücksichtigt, dass es für die Arbeitsvertragsparteien notwendig war, schnell und kostengünstig eine Entscheidung zu erlangen. All diese Vorgaben finden sich in der heutigen Arbeitsgerichtsbarkeit wieder. Zwar waren diese Grundsätze keine „Erfindungen“ der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, jedoch wurden sie dort erstmals zusammengefasst angewendet. Abweichend von den heutigen Anforderungen mussten die Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte keine Befähigung zum Richteramt, nicht einmal zum höheren Verwaltungsdienst aufweisen. Bei den Kaufmannsgerichten war diese Voraussetzung zwar vorgesehen, allerdings wurde durch die Landgerichte häufig eine Ausnahme hiervon zugelassen. Die wohl wichtigste Abweichung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte von den heutigen Arbeitsgerichten ist der Umstand, dass sie zwar nach einem reichseinheitlichen Verfahren geregelt, jedoch bei den Gemeinden angegliedert waren. So waren die Gemeinden für die Errichtung, Besetzung und Unterhaltung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zuständig. Auch lässt sich der Instanzenzug mit der heutigen Arbeitsgerichtsbarkeit nicht vergleichen – es war lediglich das Rechtsmittel der Berufung bei Erfüllung sehr enger Voraussetzungen vorgesehen.

In Württemberg wurden insgesamt 29 Gewerbe- und 14 Kaufmannsgerichte eingeführt (siehe Seite 63 ff.). In der Regel wurden die Kaufmannsgerichte, wie es das Kaufmannsgerichtsgesetz vorsah, an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte angeschlossen. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wurden in Württemberg positiv angenommen. Diese Feststellung deckt sich mit der ansteigenden Zahl an Verfahren, die nach Errichtung der Gerichte dort verhandelt wurden. Datenmaterial zu Anrufung und Streitentscheidung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ergibt sich aus den Geschäftsberichten der Gerichte bei den Stadtarchiven und den Archivmaterialien des Staatsarchivs Ludwigsburg und des Hauptstaatsarchivs Stuttgart. Sofern noch ein Archivbestand bei den Stadtarchiven gegeben ist, finden sich in diesem meist auch Daten zur Errichtung, Besetzung und Tätigkeit der Gerichte. Insgesamt kann durch die Auswertung dieser Akten ein Einblick in den Gerichtsalltag gewonnen werden. So ist erkennbar, dass der überwiegende Teil der Rechtsstreitigkeiten mittels eines Vergleichs oder einer Klagerücknahme abgeschlossen und nur rund ein Drittel der erhobenen Klagen durch ein Urteil beendet wurden (siehe zu den statistischen Auswertungen Seite 80 ff. und Anhang III. ab Seite 167 ff.). Aus den Daten lassen sich auch Rückschlüsse auf die Persönlichkeiten der Vorsitzenden ziehen. Bei Gerichten, die dauerhaft einen niedrigen relativen Bestand an Endurteilen aufweisen, ist dies auf die Spruchpraxis des Gerichts zurückzuführen und dabei insbesondere auf den Vorsitzenden, der den Gütetermin alleine wahrnahm und durch seine Verhandlungsleitung oftmals bei den Parteien die Bereitschaft zu einem Vergleich oder zu einer Klagerücknahme schuf. Der Erste Weltkrieg hatte bei den meisten Gewerbe- und Kaufmannsgerichten eine Zäsurwirkung; der Gerichtsbetrieb kam weitgehend zum Erliegen und nicht bei allen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten kam es nach Ende desselben zu einem Wiederanstieg der Klageerhebungen.

Die Untersuchung der Rechtsprechung der württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu den Kündigungen aus wichtigem Grund ermöglicht es, ein lebhaftes Bild der Spruchpraxis der Gerichte zu zeichnen. Die fristlose Kündigung der gewerblichen Arbeitsverhältnisse war je nach Arbeitsverhältnis unterschiedlich ausgestaltet (siehe Seite 37 ff.). So konnten die gewerblichen Arbeiter in der Regel nur mittels eines benannt-wichtigen Grundes gekündigt werden; das heißt, nur wenn der konkret gesetzlich genannte wichtige Grund vorlag, war eine Kündigung möglich. War der gewerbliche Arbeiter auf längere Dauer angestellt, so kam zu diesen benannt-wichtigen Gründen eine fristlose Kündigungsmöglichkeit aus unbenannt-wichtigem Grund hinzu. Bei den Arbeitsverhältnissen der gewerblichen Angestellten, also den „Betriebsbeamten, Werkmeistern und Technikern“ sowie den kaufmännischen Arbeitsverhältnissen war dagegen die fristlose Kündigung aus einem unbenannt-wichtigen Grund möglich, der durch Regelbeispiele konkretisiert wurde. Trotz dieser unterschiedlichen systematischen Ausgestaltung der Kündigungsnormen ist zu erkennen, dass die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte diese selten beachteten. Innerhalb der Rechtsprechung finden sich bei der Auslegung der wichtigen Gründe nahezu keine Unterschiede zwischen den Kündigungsnormen der gewerblichen Arbeiter und denen der Angestellten, so dass diese auch einheitlich untersucht werden konnten. Auch in der reichsweiten Rechtsprechung oder der Literatur wurde diesem Unterschied keine größere Beachtung zugestanden.

Die Auswertung der württembergischen Urteile beschränkt sich auf die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte Biberach, Geislingen, Lauheim, Nürtingen und Tübingen und die Kaufmannsgerichte Geislingen und Tübingen, da nur noch von diesen Gerichten Urteile erhalten sind. Weitere Archivbestände zu Urteilen der württembergischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit existieren nicht mehr. Die Untersuchung der vorhandenen Urteile zeigt, dass die württembergischen Gerichte sich vorwiegend der benannt-wichtigen Gründe zur Begründung der Urteile bedienten. So findet sich heute in den genannt-

ten Stadtarchiven kein Urteil mehr, das eindeutig auf einen unbenannt-wichtigen Grund gestützt wurde. Innerhalb der Anwendung der benannt-wichtigen Gründe konnte auch erkannt werden, dass es Gründe gab, die eher zur Begründung einer Klage bzw. eines Urteils herangezogen wurden. Dies waren die benannt-wichtigen Kündigungsgründe, die sich selbst wiederum durch unbestimmte Rechtsbegriffe bestimmten. Dagegen finden sich zu den eindeutig formulierten benannt-wichtigen Kündigungsgründen seltener Urteile. Es ist zu vermuten, dass solche Kündigungssachverhalte mangels Aussicht auf Erfolg häufig noch nicht einmal vor Gericht gebracht wurden. In den württembergischen Urteilen ist äußerst selten nur eine juristische Auseinandersetzung mit anderen Urteilen oder der juristischen Literatur erkennbar; in der Regel waren die Urteile relativ kurz gehalten (siehe hierzu auf Seite 79 f. oder die abgedruckten Urteile im Anhang IV. ab Seite 197 ff.).

Die vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten erhobenen Klagen wurden überwiegend durch die Arbeitnehmer erhoben, was vor dem Hintergrund der gesetzlich vorgesehenen Kündigungsfrist von vierzehn Tagen nicht weiter verwundert. Ferner gab es trotz der unterschiedlichen Arbeitsmarktsituationen insgesamt eine ausreichende Zahl verfügbarer Arbeitskräfte. Anders war die Lage nur bei den Lehrlingsverhältnissen. Hier wurde die Mehrzahl an Klagen durch die Lehrherrn erhoben. Dies resultiert aus dem Umstand, dass das Lehrlingsverhältnis nach Ablauf der Probezeit nur noch mittels eines wichtigen Grundes gekündigt werden konnte und somit bei einer Auflösung wegen eines durch den Lehrling verschuldeten wichtigen Grundes ein erheblicher Schadensersatz zu Gunsten des Lehrherrn entstand. Ein weiterer Grund war auch, dass dem Lehrherrn das väterliche Züchtigungsrecht zustand, er also bei einer durch ihn beantragten Auflösung des Lehrverhältnisses eingestehen musste, dass er mit dem Lehrling nicht zurecht kam, was einen Ehrverlust darstellte.

Die Untersuchung der einzelnen Urteile ergab, dass die württembergischen Gerichte eher zu Gunsten der Arbeitgeberseite entschieden. Auch finden sich einige Urteile auf Klagen, nach welchen den Arbeitnehmern das Recht zugesprochen wurde, den Arbeitsplatz fristlos verlassen zu dürfen, während die damit eigentlich einhergehende Entschädigung verweigert wurde. Begründet wurde dies entweder mit Gerechtigkeits- bzw. Mitverschuldenserwägungen (da der Arbeitnehmer den Arbeitgeber zur Erfüllung des zum Verlassen berechtigenden Grundes „gereizt“ hatte) oder sogar mit der Begründung, der Arbeitnehmer könne bei der Arbeitsmarktlage schnell anderweitig Arbeit finden (siehe oben Seite 125). Auch gibt es einige Urteile, in denen der Arbeitnehmer aus verschiedenen Gründen fristlos entlassen werden konnte und das jeweilige Gericht es sich nicht nehmen ließ, in einem obiter dictum darauf hinzuweisen, wie der – nicht mehr klageentscheidende – Sachverhalt grundsätzlich vom Gericht beurteilt worden wäre. All diese Beispiele finden sich in keinem Urteil auf die Anrufung des Gerichts durch einen Arbeitgeber. Die Tendenz, eher zu Gunsten der Arbeitgeberseite zu entscheiden, war auch bei den Lehrlingsverhältnissen zu erkennen. Nicht ganz so ausgeprägt war sie allerdings bei den Urteilen der Kaufmannsgerichte. Dieses Ergebnis findet sich nicht durch eine Fundstelle belegt, vielmehr wurden die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Allgemeinen für ihre Überparteilichkeit und die Ausgewogenheit ihrer Entscheidungen gelobt (siehe Seite 56 ff. und Seite 73 f.).

Die Veränderungen der Gesellschaft, der Wandel des Kaiserreichs zur Republik und die erhebliche Stärkung der Rechte der Arbeiterschaft lassen sich nicht in der Auslegung der wichtigen Gründe erkennen. Weder finden sich hierfür Anzeichen in der württembergischen Rechtsprechung noch in der reichsweiten oder in der juristischen Literatur, die sich im Betrachtungszeitraum erst als wissenschaftliche Disziplin etablierte. Eine Veränderung, die die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg allerdings mit sich brachte, war, dass die Urteile umfangreicher wurden; dies hatte aber keine erkennbare Auswirkung auf die Auslegung der zu beurteilenden wichtigen Gründe. Hieraus ist ersichtlich, dass die wichtigen Gründe zur Kündigung von Arbeitsverhältnissen in der Gesamtbetrachtung viel weniger den Zeitgeist aufnehmen, als dies auf den ersten Blick zu vermuten ist und die an sie gestellten Wertmaßstäbe auch gravierende politische und gesellschaftliche Veränderungen überdauern.

ANHANG I. GESETZESQUELLEN

Gewerbeordnung vom 01.06.1891⁹⁰³

Titel VII - Gewerbliche Arbeiter (Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge, Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Fabrikarbeiter).

I. Allgemeine Verhältnisse

§. 105.

Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Übereinkunft.

[...]

II. Verhältnisse der Gesellen und Gehülfen

§. 121.

Gesellen und Gehülfen sind verpflichtet, den Anordnungen der Arbeitgeber in Beziehung auf die ihnen übertragenen Arbeiten und auf die häuslichen Einrichtungen Folge zu leisten; zu häuslichen Arbeiten sind sie nicht verbunden.

§. 122.

Das Arbeitsverhältniß zwischen den Gesellen oder Gehülfen und ihren Arbeitgebern kann, wenn nicht ein Anderes verabredet ist, durch eine jedem Theile freistehende, vierzehn Tage vorher erklärte Aufkündigung gelöst werden. Werden andere Aufkündigungsfristen vereinbart, so müssen sie für beide Theile gleich sein. Vereinbarungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.

§. 123.

Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen entlassen werden:

1. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorzeigung falscher oder verfälschter Arbeitsbücher oder Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben;
2. wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines liederlichen Lebenswandels sich schuldig machen;
3. wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;
4. wenn sie der Verwarnung ungeachtet mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen;
5. wenn sie sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen die Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zu Schulden kommen lassen;
6. wenn sie einer vorsätzlichen und und rechtswidrigen Sachbeschädigung zum Nachtheile des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters sich schuldig machen;
7. wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen;
8. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind.

In den unter Nr. 1 bis 7 gedachten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die zu Grunde liegenden Thatfachen dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt sind.

Inwiefern in den unter Nr. 8 gedachten Fällen dem Entlassenen ein Anspruch auf Entschädigung zustehe, ist nach dem Inhalt des Vertrages und nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen.

⁹⁰³ RGBl. 1891, S. 261 ff. - die nachfolgenden Änderung derselben Fassung wurden untersucht und wurden im Betreffsfall erkenntlich eingearbeitet. Änderungen, welche die nachstehenden Normen der Gewerbeordnung nicht betrafen wurden nicht übernommen.

§. 124.

Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen die Arbeit verlassen:

1. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden;
2. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen die Arbeiter oder gegen ihre Familienangehörigen zu Schulden kommen lassen;
3. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter oder Familienangehörige derselben die Arbeiter oder deren Familienangehörige zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit den Familienangehörigen der Arbeiter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen;
4. wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise ausbezahlt, bei Stücklohn nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Übervorteilungen gegen sie schuldig macht;
5. wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche die Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war.

In den unter Nr. 2 gedachten Fällen ist der Austritt aus der Arbeit nicht mehr zulässig, wenn die zu Grunde liegenden Thatsachen dem Arbeiter länger als eine Woche bekannt sind.

§. 124a.

Außer den in §§. 123 und 124 bezeichneten Fällen kann jeder der beiden Theile aus wichtigen Gründen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses verlangen, wenn dasselbe mindestens auf vier Wochen oder wenn eine längere als vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart ist.

§. 124b.

Hat ein Geselle oder Gehülfe rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag des vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ortsüblichen Tagelohns (§. 8 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883, Reichsgesetzbl. S. 73) fordern. Diese Forderung ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden. Durch ihre Geltendmachung wird der Anspruch auf Erfüllung des Vertrages und auf weiteren Schadensersatz ausgeschlossen. Dasselbe Recht steht dem Gesellen oder Gehülfen gegen den Arbeitgeber zu, wenn er von diesem vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses entlassen worden ist.

§. 125.

Ein Arbeitgeber, welcher seinen Gesellen oder Gehülfen verleitet, vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit zu verlassen, ist dem früheren Arbeitgeber für den entstandenen Schaden oder den nach §. 124b an Stelle des Schadensersatzes tretenden Betrag als Selbstschuldner mitverhaftet. In gleicher Weise haftet ein Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehülfen annimmt, vom dem er weiß, daß derselbe einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit noch verpflichtet ist.

In dem im vorstehenden Absatz bezeichneten Umfang ist auch derjenige Arbeitgeber mitverhaftet, welcher einen Gesellen oder Gehülfen, von dem er weiß, daß derselbe einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit noch verpflichtet ist, während der Dauer dieser Verpflichtung in der Beschäftigung behält, sofern nicht seit der unrechtmäßigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bereits vierzehn Tage verflossen sind.

Den Gesellen und Gehülfen stehen im Sinne der vorstehenden Bestimmungen die im §. 119b bezeichneten Personen gleich.

III. Lehrlingsverhältnisse

Lehrlingsverhältnisse bis 1897 ¹	Lehrlingsverhältnisse ab 1897 ²
	§. 126. Die Befugniß zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen steht Personen, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, nicht zu.
§. 126. Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes in der durch den Zwecke der Ausbildung gebotenen Reihenfolge und Ausdehnung zu unterweisen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten. Er darf dem Lehrling die zu seiner Ausbildung und zum Besuche des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen nicht entziehen. Er hat den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten und vor Ausschweifungen zu bewahren.	§. 127. Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes zum Zwecke der Ausbildung entsprechend zu unterweisen, ihn zum Besuche der Fortbildungs- oder Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten, den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anhalten und vor Ausschweifungen bewahren, er hat ihn gegen Mißhandlungen seitens der Arbeits- und Hausgenossen zu schützen und dafür Sorge zu tragen, daß dem Lehrlinge nicht Arbeitsverrichtungen zugewiesen werden, welche seinen körperlichen Kräften nicht angemessen sind. Er darf dem Lehrling die zu seiner Ausbildung und zum Besuche des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit nicht entziehen. Zu häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, welche im Hause des Lehrherrn weder Kost noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden.
§. 127. Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen. Demjenigen gegenüber, welcher an Stelle des Lehrherrn seine Ausbildung zu leiten hat, ist er zur Folgsamkeit verpflichtet.	§. 127a. Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen und dem Lehrherrn sowie demjenigen, welcher an Stelle des Lehrherrn die Ausbildung zu leiten hat, zur Folgsamkeit und Treue, zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet. Übermäßige und unanständige Züchtigungen sowie jede die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Behandlung sind verboten.
§. 128. Das Lehrverhältniß kann, wenn eine längere Zeit nicht vereinbart ist, während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Eine Vereinbarung, wonach diese Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig. Nach Ablauf der Probezeit kann der Lehrling vor Beendigung der verabredeten Lehrzeit entlassen werden, wenn einer der in §. 123 vorgesehenen Fälle auf ihn Anwendung findet. Von Seiten des Lehrlings kann das Lehrverhältniß nach Ablauf der Probezeit aufgelöst werden: 1. wenn einer der im §. 124 unter Nummer 1, 3 bis 5 vorgesehenen Fälle vorliegt; 2. wenn der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt, oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht, oder zur Erfüllung der ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen unfähig wird. Der Lehrvertrag wird durch den Tod des Lehrlings aufgehoben. Durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, sofern die Aufhebung binnen vier Wochen geltend gemacht wird. Schriftliche Lehrverträge sind stempelfrei.	§. 127b. Das Lehrverhältniß kann, wenn eine längere Frist nicht vereinbart ist, während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Eine Vereinbarung, wonach diese Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig. Nach Ablauf der Probezeit kann der Lehrling vor Beendigung der verabredeten Lehrzeit entlassen werden, wenn einer der im §. 123 vorgesehenen Fälle auf ihn Anwendung findet oder wenn er die ihm im §. 127a auferlegten Pflichten wiederholt verletzt oder den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule vernachlässigt. Von Seiten des Lehrlings kann das Lehrverhältniß nach Ablauf der Probezeit aufgelöst werden, wenn: 1. einer der im §. 124 unter Nummer 1, 3 bis 5 vorgesehenen Fälle vorliegt; 2. der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt, oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht, oder zur Erfüllung der ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen unfähig wird. Der Lehrvertrag wird durch den Tod des Lehrlings aufgehoben. Durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, sofern die Aufhebung binnen vier Wochen geltend gemacht wird.

¹ RGBl. 1891, S. 275.² Ab RGBl. 1897, S. 696 ff.; §§ 126a und b sind nicht abgedruckt.

[...]

IIIa. Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker

§. 133a.

Das Dienstverhältniß der von Gewerbeunternehmern gegen feste Bezüge beschäftigten Personen, welche nicht lediglich vorübergehend mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebs oder einer Abtheilung desselben beauftragt (Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte) oder mit höheren technischen Dienstleitungen betraut sind (Maschinentechniker, Bautechniker, Chemiker, Zeichner und dergleichen), kann, wenn nicht etwas anderes verabredet ist, von jedem Theile mit Ablauf jedes Kalendervierteljahres nach sechs Wochen vorher erklärter Aufkündigung aufgehoben werden.

*§. 133aa.*⁹⁰⁴

Wird durch Vertrag eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so muß sie für beide Theile gleich sein; sie darf nicht weniger als einen Monat betragen.

Die Kündigung kann nur für den Schluß eines Kalendermonats zugelassen werden.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden auch in dem Falle Anwendung, wenn das Dienstverhältniß für bestimmte Zeit mit der Vereinbarung eingegangen wird, daß es in Ermangelung einer vor dem Ablaufe der Vertragszeit erfolgten Kündigung als verlängert gelten soll.

Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig.

*§. 133ab.*⁹⁰⁵

Die Vorschriften des §. 133aa finden keine Anwendung, wenn der Angestellte ein Gehalt von mindestens fünftausend Mark^{906 907 908} für das Jahr bezieht.

Sie bleiben ferner außer Anwendung, wenn der Angestellte für eine außereuropäische Niederlassung angenommen ist und nach dem Vertrage der Arbeitgeber für den Fall, daß er das Dienstverhältniß kündigt, die Kosten der Rückreise des Angestellten zu tragen hat.

*§. 133ac.*⁹⁰⁹

Wird ein Angestellter nur zur vorübergehenden Aushilfe genommen, so finden die Vorschriften des §. 133aa keine Anwendung, es sei denn, daß das Dienstverhältniß über die Zeit von drei Monaten hinaus fortgesetzt wird. Die Kündigungsfrist muß jedoch auch in einem solchen Falle für beide Theile gleich sein.

§. 133b.

Jeder der beiden Theile kann vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Dienstverhältnisses verlangen, wenn ein wichtiger, nach den Umständen des Falles die Aufhebung rechtfertigender Grund vorliegt.

§. 133c.

Gegenüber den im §. 133a bezeichneten Personen kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden:

1. wenn sie beim Abschluß des Dienstvertrages den Arbeitgeber durch Vorbringung falscher oder verfälschter Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Dienstverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben;
2. wenn sie im Dienste untreu sind oder das Vertrauen mißbrauchen;
3. wenn sie ihren Dienst unbefugt verlassen oder den nach dem Dienstvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, beharrlich verweigern;
4. wenn sie durch anhaltende Krankheit oder durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit an der Verrichtung ihrer Dienste verhindert werden;
5. wenn sie sich Thätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen den Arbeitgeber oder seinen Vertreter zu Schulden kommen lassen;
6. wenn sie sich einem unsittlichen Lebenswandel ergeben.

In dem Falle zu 4 bleibt der Anspruch auf die vertragsmäßigen Leistungen des Arbeitgebers für die Dauer von sechs Wochen in Kraft, wenn die Verrichtung der Dienste durch unverschuldetes Unglück verhindert worden ist. Jedoch mindern sich die Ansprüche in diesem Falle um denjenigen Betrag, welcher dem Berechtigten aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Krankenversicherung oder Unfallversicherung zukommt.

⁹⁰⁴ §§ 133aa-ac eingefügt durch das Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 30.06.1900 RGBl. 1900, S. 321 (324 f).

⁹⁰⁵ §§ 133aa-ac eingefügt durch das Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 30.06.1900 RGBl. 1900, S. 321 (324 f).

⁹⁰⁶ RGBl. 1921, S. 927: „dreißigtausend“.

⁹⁰⁷ RGBl. 1922, S. 652: „einhunderttausend“.

⁹⁰⁸ RGBl. 1922, S. 967: „einer Million fünfhunderttausend“.

⁹⁰⁹ §§ 133aa-ac eingefügt durch das Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 30.06.1900 RGBl. 1900, S. 321 (324 f).

§. 133d.

Die in §. 133a bezeichneten Personen können die Auflösung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangen:

1. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Thätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen sie zu Schulden kommen lassen;
2. wenn der Arbeitgeber die vertragsmäßigen Leistungen nicht gewährt;
3. wenn bei der Fortsetzung des Dienstverhältnisses ihr Leben oder ihre Gesundheit einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Dienstverhältnisses nicht zu erkennen war.

§. 133e.

Auf die im §. 133a bezeichneten Personen finden die Bestimmungen der §§. 124b und 125 Anwendung, dagegen nicht die Bestimmungen des §. 119a.

IV. Verhältnisse der Fabrikarbeiter⁹¹⁰

<p>§. 134.³</p> <p>Auf Fabrikarbeiter finden die Bestimmungen der §§. 121 bis 125 oder, wenn die Fabrikarbeiter als Lehrlinge anzusehen sind, die Bestimmungen der §§. 126 bis 133 Anwendung.</p> <p>Den Unternehmern von Fabriken, in welchen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden, ist untersagt, für den Fall der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter die Verwirkung des rückständigen Lohnes über den Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes hinaus auszubedingen. Auf die Arbeitgeber und Arbeiter in solchen Fabriken finden die Bestimmungen des §. 124b keine Anwendung.</p>	<p>§. 134.⁴</p> <p>Auf Fabrikarbeiter finden die Bestimmungen der §§. 121 bis 125 oder, wenn die Fabrikarbeiter als Lehrlinge anzusehen sind, die Bestimmungen der §§. 126 bis 128 Anwendung.</p> <p>Den Unternehmern von Fabriken, in welchen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden, ist untersagt, für den Fall der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter die Verwirkung des rückständigen Lohnes über den Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes hinaus auszubedingen. Auf die Arbeitgeber und Arbeiter in solchen Fabriken finden die Bestimmungen des §. 124b keine Anwendung.</p> <p>[Absatz 3⁵]</p>	<p>§. 134.⁶</p> <p>Den Unternehmern ist untersagt, für den Fall der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter die Verwirkung des rückständigen Lohnes über den Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes hinaus auszubedingen. Auf die Arbeitgeber und Arbeiter in solchen Betrieben finden die Bestimmungen des §. 124b keine Anwendung.</p>
<p>§. 134a.</p> <p>Für jede Fabrik, in welcher in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden, ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen. Für die einzelnen Abtheilungen des Betriebes oder für die einzelnen Gruppen der Arbeiter können besondere Arbeitsordnungen erlassen werden. Der Erlaß erfolgt durch Aushang (§. 134 e Absatz 2).</p> <p>Die Arbeitsordnung muß den Zeitpunkt, mit welchem sie in Wirksamkeit treten soll, angeben und von demjenigen, welcher sie erläßt, unter Angabe des Datums unterzeichnet sein.</p> <p>Abänderungen ihres Inhalts können nur durch den Erlaß von Nachträgen oder in der Weise erfolgen, daß an Stelle der bestehenden eine neue Arbeitsordnung erlassen wird.</p> <p>Die Arbeitsordnungen und Nachträge zu den denselben treten frühestens zwei Wochen nach ihrem Erlaß in Geltung.</p>	<p>§. 134a.⁷</p> <p>Für jeden Betrieb ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen. Für die einzelnen Abtheilungen des Betriebes oder für die einzelnen Gruppen der Arbeiter können besondere Arbeitsordnungen erlassen werden. Der Erlaß erfolgt durch Aushang (§. 134 e Absatz 2).</p> <p>Die Arbeitsordnung muß den Zeitpunkt, mit welchem sie in Wirksamkeit treten soll, angeben und von demjenigen, welcher sie erläßt, unter Angabe des Datums unterzeichnet sein.⁸</p> <p>Abänderungen ihres Inhalts können nur durch den Erlaß von Nachträgen oder in der Weise erfolgen, daß an Stelle der bestehenden eine neue Arbeitsordnung erlassen wird.</p> <p>Die Arbeitsordnungen und Nachträge zu den denselben treten frühestens zwei Wochen nach ihrem Erlaß in Geltung.</p>	

³ RGBl. 1891, S. 278.

⁴ Ab RGBl. 1897, S. 696 ff.

⁵ Ab RGBl. 1900, S. 325; Abs. 3 eingefügt und mit RGBl. 1912, S. 142 geändert.

⁶ Abs. 2 ab RGBl. 1908, S. 668.

⁷ Ab RGBl. 1908, S. 668.

⁸ RGBl. 1920, S. 173: „Der § 134a Abs. 2 und der § 134b Abs. 3 der Gewerbeordnung werden dahin geändert, daß als derjenige, der die Arbeitsordnung und Nachträge zu derselben erläßt, der Arbeitgeber zusammen mit dem Betriebsrat gilt. Als Unterschrift des Betriebsrats gilt diejenige des Vorsitzenden.“

⁹¹⁰ Ab RGBl. 1908, S. 667, Neue Überschrift: Besondere Bestimmungen für Betriebe, in den in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden.

<p style="text-align: center;">§. 134b.</p> <p>Die Arbeitsordnung muß Bestimmungen enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, sowie der für die erwachsenen Arbeiter vorgesehenen Pausen; 2. über die Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung mit der Maßgabe⁹, daß die regelmäßige Lohnzahlung nicht am Sonntage stattfinden darf. Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden; 3. sofern es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen bewenden soll, über die Frist der zulässigen Aufkündigung, sowie über die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf; 4. sofern Strafen vorgesehen werden, über die Art und Höhe derselben, über die Art ihrer Festsetzung und, wenn sie in Geld bestehen, über deren Einziehung und über den Zweck, für welchen sie verwendet werden sollen; 5. sofern die Verwirkung von Lohnbeträgen nach Maßgabe der Bestimmung des §. 134 Absatz 2 durch Arbeitsordnung oder Arbeitsvertrag ausbedungen wird, über die Verwendung der verwirkten Beträge. <p>Strafbestimmungen, welche das Ehrgefühl oder die guten Sitten verletzen, dürfen in die Arbeitsordnung nicht aufgenommen werden. Geldstrafen dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht übersteigen; jedoch können Thätlichkeiten gegenüber Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten, sowie gegen die Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes oder zur Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes belegt werden. Alle Strafgeelder müssen zum Besten der Arbeiter der Fabrik verwendet werden. Das Recht des Arbeitgebers, Schadensersatz zu fordern, wird durch diese Bestimmung nicht berührt.</p> <p>Dem Besitzer der Fabrik bleibt überlassen, neben den im Absatz 1 unter 1 bis 5 bezeichneten, noch weitere die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter im Betriebe betreffende Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Mit Zustimmung des ständigen Arbeiterausschusses können die Arbeitsordnung Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen mit der Fabrik verbundenen Einrichtungen, sowie Vorschriften über das Verhalten der minderjährigen Arbeiter außerhalb des Betriebes aufgenommen werden.</p>	<p style="text-align: center;">§. 134b.¹⁰</p> <p>Die Arbeitsordnung muß Bestimmungen enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über Anfang und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, sowie der für die erwachsenen Arbeiter vorgesehenen Pausen; 2. über die Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung mit der Maßgabe, daß die regelmäßige Lohnzahlung nicht am Sonntage stattfinden darf. Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden; 3. sofern es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen bewenden soll, über die Frist der zulässigen Aufkündigung, sowie über die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf; 4. sofern Strafen vorgesehen werden, über die Art und Höhe derselben, über die Art ihrer Festsetzung und, wenn sie in Geld bestehen, über deren Einziehung und über den Zweck, für welchen sie verwendet werden sollen; 5. sofern die Verwirkung von Lohnbeträgen nach Maßgabe der Bestimmung des §. 134 Absatz 1 durch Arbeitsordnung oder Arbeitsvertrag ausbedungen wird, über die Verwendung der verwirkten Beträge. <p>Strafbestimmungen, welche das Ehrgefühl oder die guten Sitten verletzen, dürfen in die Arbeitsordnung nicht aufgenommen werden. Geldstrafen dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht übersteigen; jedoch können Thätlichkeiten gegenüber Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten, sowie gegen die Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes oder zur Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes belegt werden. Alle Strafgeelder müssen zum Besten der Arbeiter des Betriebs verwendet werden. Das Recht des Arbeitgebers, Schadensersatz zu fordern, wird durch diese Bestimmung nicht berührt.</p> <p>Dem Betriebsinhaber bleibt überlassen, neben den im Absatz 1 unter 1 bis 5 bezeichneten, noch weitere die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter im Betriebe betreffende Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Mit Zustimmung des ständigen Arbeiterausschusses können die Arbeitsordnung Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen mit dem Betriebe verbundenen Einrichtungen, sowie Vorschriften über das Verhalten der minderjährigen Arbeiter außerhalb des Betriebes aufgenommen werden.¹¹</p>
--	--

⁹ Ab RGBL. 1900, S. 325; Zusatz: [... mit der Maßgabe ...] eingefügt.

¹⁰ Ab RGBL. 1908, S. 668.

¹¹ RGBL. 1920, S. 173: „Der § 134a Abs. 2 und der § 134b Abs. 3 der Gewerbeordnung werden dahin geändert, daß als derjenige, der die Arbeitsordnung und Nachträge zu derselben erläßt, der Arbeitgeber zusammen mit dem Betriebsrat gilt. Als Unterschrift des Betriebsrats gilt diejenige des Vorsitzenden.“

§. 134c.

Der Inhalt der Arbeitsordnung ist, soweit er den Gesetzen nicht zuwiderläuft, für die Arbeitgeber und Arbeiter rechtsverbindlich.

Andere als die in der Arbeitsordnung oder in den §§. 123 und 124 vorgesehenen Gründe der Entlassung und des Austritts aus der Arbeit dürfen im Arbeitsvertrage nicht vereinbart werden. Andere als die in der Arbeitsordnung vorgesehenen Strafen dürfen über die Arbeiter nicht verhängt werden. Die Strafen müssen ohne Verzug festgesetzt und dem Arbeiter zur Kenntnis gebracht werden.

Die verhängten Geldstrafen sind in ein Verzeichnis einzutragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung, sowie den Grund und die Höhe der Strafe ergeben und auf Erfordern dem im §. 139b bezeichneten Beamten jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden muß.

[...]

Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 (RGBl. 1897, S. 219 ff.)**Sechster Abschnitt.***Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge.***§. 59.**

Wer in einem Handlungsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste gegen Entgelt angestellt ist (Handlungsgehilfe), hat, soweit nicht besondere Vereinbarungen über die Art und den Umfang seiner Dienstleistungen oder über die im zukommende Vergütung getroffen sind, die dem Ortsgebrauch entsprechenden Dienste zu leisten sowie dem Ortsgebrauch entsprechende Vergütung zu beanspruchen. In Ermangelung eines Ortsgebrauchs gelten die den Umständen nach angemessenen Leistungen als vereinbart.

§. 60.

Der Handlungsgehilfe darf ohne Einwilligung des Prinzipals weder ein Handelsgewerbe betreiben noch in dem Handelszweige des Prinzipals für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen.

Die Einwilligung zum Betrieb eines Handelsgewerbes gilt als erteilt, wenn dem Prinzipal bei der Anstellung des Gehilfen bekannt ist, daß er das Gewerbe betreibt, und der Prinzipal die Aufgabe des Betriebs nicht ausdrücklich vereinbart.

§. 61.

Verletzt der Handlungsgehilfe die ihm nach §. 60 obliegende Verpflichtung, so kann der Prinzipal Schadensersatz fordern; er kann statt dessen verlangen, daß der Handlungsgehilfe die für eigene Rechnung gemachten Geschäfte als für Rechnung des Prinzipals eingegangen lasse und die aus den Geschäften für fremde Rechnung bezogene Vergütung herausgebe oder seinen Anspruch auf die Vergütung abtrete.

Die Ansprüche verjähren in drei Monaten von dem Zeitpunkt an, in welchem der Prinzipal Kenntniß von dem Abschlusse des Geschäfts erlangt; sie verjähren ohne Rücksicht auf diese Kenntniß in fünf Jahren von dem Abschlusse des Geschäfts an.

§. 62.

Der Prinzipal ist verpflichtet, die Geschäftsräume und die für den Geschäftsbetrieb bestimmten Vorrichtungen und Geräthschaften so einzurichten und zu unterhalten, auch den Geschäftsbetrieb und die Arbeitszeit so zu regeln, daß der Handlungsgehilfe gegen die Gefährdung seiner Gesundheit, soweit die Natur des Betriebs es gestattet, geschützt und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes gesichert ist.

Ist der Handlungsgehilfe in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen, so hat der Prinzipal in Ansehung des Wohn- und Schlafraums, der Verpflegung sowie der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Einrichtungen und Anordnungen zu treffen, welche mit Rücksicht auf die Gesundheit, die Sittlichkeit und die Religion des Handlungsgehilfen erforderlich sind.

Erfüllt der Prinzipal die ihm in Ansehung des Lebens und der Gesundheit des Handlungsgehilfen obliegenden Verpflichtungen nicht, so finden auf seine Verpflichtung zum Schadensersatz die für die unerlaubten Handlungen geltenden Vorschriften der §§. 842 bis 846 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechende Anwendung.

Die dem Prinzipal hiernach obliegenden Verpflichtungen können nicht im voraus durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden.

§. 63.

Wird der Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück an der Leistung der Dienste verhindert, so behält er seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt, jedoch nicht über die Dauer von sechs Wochen hinaus.

Der Handlungsgehilfe ist nicht verpflichtet, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer Kranken- oder Unfallversicherung zukommt. Eine Vereinbarung, welche dieser Vorschrift zuwiderläuft, ist nichtig.

§. 64.

Die Zahlung des dem Handlungsgehülfen zukommenden Gehalts hat am Schlusse jedes Monats zu erfolgen. Eine Vereinbarung, nach der die Zahlung des Gehalts später erfolgen soll, ist nichtig.

§. 65.

Ist bedungen, daß der Handlungsgehülfe für Geschäfte, die von ihm geschlossen oder vermittelt werden, Provision erhalten solle, so finden die für die Handlungsagenten geltenden Vorschriften des §. 88 und des §. 91 Satz 1 Anwendung.

§. 66.

Das Dienstverhältniß zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehülfen kann, wenn es für unbestimmte Zeit eingegangen ist, von jedem Theile für den Schluß eines Kalendervierteljahrs unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen gekündigt werden.

§. 67.

Wird durch Vertrag ein kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so muß sie für beide Theile gleich sein; sie darf nicht weniger als einen Monat betragen.

Die Kündigung kann nur für den Schluß eines Kalendermonats zugelassen werden.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden auch in dem Falle Anwendung, wenn das Dienstverhältniß für bestimmte Zeit mit der Vereinbarung eingegangen wird, daß es in Ermangelung einer vor dem Ablaufe Vertragszeit erfolgten Kündigung als verlängert gelten soll.

Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig.

§. 68.

Die Vorschriften des §. 67 finden keine Anwendung, wenn der Handlungsgehülfe einen Gehalt von mindestens fünftausend Mark^{911 912 913} für das Jahr bezieht.

Sie bleiben ferner außer Anwendung, wenn der Handlungsgehülfe für eine außereuropäische Handelsniederlassung angenommen ist und nach dem Vertrage der Prinzipal für den Fall, daß er das Dienstverhältniß kündigt, die Kosten der Rückreise des Handlungsgehülfen zu tragen hat.

§. 69.

Wird ein Handlungsgehülfe nur zu vorübergehender Aushülfe angenommen, so finden die Vorschriften des §. 67 keine Anwendung, es sei denn, daß das Dienstverhältniß über die Zeit von drei Monaten hinaus fortgesetzt wird: Die Kündigungsfrist muß jedoch auch in einem solchen Falle für beide Theile gleich sein.

§. 70.

Das Dienstverhältniß kann von jedem Theile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Theiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatze des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.

§. 71.

Als ein wichtiger Grund, der den Handlungsgehülfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurtheilung rechtfertigen, namentlich anzusehen:

1. wenn der Handlungsgehülfe zur Fortsetzung seiner Dienste unfähig wird;
2. wenn der Prinzipal den Gehalt oder den gebührenden Unterhalt nicht gewährt;

⁹¹¹ RGBl. 1921, S. 927: „dreißigtausend“.

⁹¹² RGBl. 1922, S. 652: „einhunderttausend“.

⁹¹³ RGBl. 1922, S. 967: „einer Million fünfhunderttausend“.

3. wenn der Prinzipal den ihm nach §. 62 obliegenden Verpflichtungen nachzukommen verweigert;
4. wenn sich der Prinzipal Thätlichkeiten, erhebliche Ehrverletzungen oder unsittliche Zumuthungen gegen den Handlungsgehilfen zu Schulden kommen läßt oder es verweigert, den Handlungsgehilfen gegen solche Handlungen eines anderen Angestellten oder eines Familienangehörigen des Prinzipals zu schützen.

§. 72.

Als ein wichtiger Grund, der den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurtheilung rechtfertigen, namentlich anzusehen:

1. wenn der Handlungsgehilfe im Dienste untreu ist oder das Vertrauen mißbraucht oder die ihm nach §. 60 obliegenden Verpflichtungen verletzt;
2. wenn er seinen Dienst während einer den Umständen nach erheblichen Zeit unbefugt verläßt oder sich beharrlich weigert, seinen Dienstverpflichtungen nachzukommen;
3. wenn er durch anhaltende Krankheit, durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit oder durch eine die Zeit von acht Wochen übersteigende militärische Dienstleistung an der Verrichtung seiner Dienste verhindert wird;
4. wenn er sich Thätlichkeiten oder erhebliche Ehrverletzungen gegen den Prinzipal oder dessen Vertreter zu Schulden kommen läßt.

Erfolgt die Kündigung, weil der Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück längere Zeit an der Verrichtung seiner Dienste verhindert ist, so wird dadurch der im §. 63 bezeichnete Anspruch des Gehülfen nicht berührt.

§. 73.

Bei der Beendigung des Dienstverhältnisses kann der Handlungsgehilfe ein schriftliches Zeugniß über die Art und Dauer der Beschäftigung fordern. Das Zeugniß ist auf Verlangen des Handlungsgehilfen auch auf die Führung und die Leistungen auszudehnen.

Auf Antrag des Handlungsgehilfen hat die Ortspolizeibehörde das Zeugniß kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

§. 74.

Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen, durch welche dieser für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Thätigkeit beschränkt wird, ist für den Handlungsgehilfen nur insoweit verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen ausgeschlossen wird.

Die Beschränkung kann nicht auf einen Zeitraum von mehr als drei Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses an erstreckt werden.

Die Vereinbarung ist nichtig, wenn der Handlungsgehilfe zur Zeit des Abschlusses minderjährig ist.

§. 75.

Giebt der Prinzipal durch vertragswidriges Verhalten dem Handlungsgehilfen Grund, das Dienstverhältniß gemäß den Vorschriften der §§. 70, 71 aufzulösen, so kann er aus einer Vereinbarung der im §. 74 bezeichneten Art Ansprüche nicht geltend machen. Das Gleiche gilt, wenn der Prinzipal das Dienstverhältniß kündigt, es sei denn, daß für die Kündigung ein erheblicher Anlaß vorliegt, den er nicht verschuldet hat, oder daß während der Dauer der Beschränkung dem Handlungsgehilfen das zuletzt von ihm bezogene Gehalt fortgezahlt wird.

Hat der Handlungsgehilfe für den Fall, daß er die in der Vereinbarung übernommene Verpflichtung nicht erfüllt, eine Strafe versprochen, so kann der Prinzipal nur die verwirkte Strafe verlangen; der Anspruch auf Erfüllung oder auf Ersatz eines weiteren Schadens ist ausgeschlossen. Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Herabsetzung einer unverhältnißmäßig hohen Vertragsstrafe bleiben unberührt.

Vereinbarungen, welche diesen Vorschriften zuwiderlaufen, sind nichtig.

§. 76.

Die Vorschriften der §§. 60 bis 63, 74, 75 finden auch auf Handlungslehrlinge Anwendung.

Der Lehrherr ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Lehrling in den bei dem Betriebe des Geschäfts vorkommenden kaufmännischen Arbeiten unterwiesen wird; er hat die Ausbildung des Lehrlings entweder selbst oder durch einen

geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter zu leiten. Die Unterweisung hat in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge und Ausdehnung zu geschehen.

Der Lehrherr darf dem Lehrlinge die zu seiner Ausbildung erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen nicht entziehen; auch hat er ihm die zum Besuche des Gottesdienstes an Sonntagen und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit zu gewähren. Er hat den Lehrling zu Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten.

In Betreff der Verpflichtung des Lehrherrn, dem Lehrlinge die zum Besuch einer Fortbildungsschule erforderliche Zeit zu gewähren, bewendet es bei den Vorschriften des §. 120 der Gewerbeordnung.

§. 77.

Die Dauer der Lehrzeit bestimmt sich nach dem Lehrvertrag, in Ermangelung vertragsmäßiger Festsetzung nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauche.

Das Lehrverhältniß kann, sofern nicht eine längere Probezeit vereinbart ist, während des ersten Monats nach dem Beginne der Lehrzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Eine Vereinbarung, nach der die Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig.

Nach dem Ablaufe der Probezeit finden auf die Kündigung des Lehrverhältnisses die Vorschriften der §§. 70 bis 72 Anwendung. Als ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Lehrling ist es insbesondere auch anzusehen, wenn der Lehrherr seine Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer dessen Gesundheit, Sittlichkeit oder Ausbildung gefährdenden Weise vernachlässigt.

Im Falle des Todes des Lehrherrn kann das Lehrverhältniß innerhalb eines Monats ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden.

§. 78.

Wird von dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings, oder sofern dieser volljährig ist, von ihm selbst dem Lehrherrn die schriftliche Erklärung abgegeben, daß der Lehrling zu einem anderen Gewerbe oder zu einem anderen Beruf übergehen werde, so endet, wenn nicht der Lehrling früher entlassen wird, das Lehrverhältniß nach dem Ablauf eines Monats.

Tritt der Lehrling der abgegebenen Erklärung zuwider vor dem Ablauf von neun Monaten nach der Beendigung des Lehrverhältnisses in ein anderes Geschäft als Handlungslehrling oder Handlungsgehilfe ein, so ist er dem Lehrherrn zum Ersatze des diesem durch die Beendigung des Lehrverhältnisses entstandenen Schadens verpflichtet. Mit ihm haftet als Gesamtschuldner der neue Lehrherr oder Prinzipal, sofern er von dem Sachverhalte Kenntniß hatte.

§. 79.

Ansprüche wegen unbefugten Austritts aus der Lehre kann der Lehrherr gegen den Lehrling nur geltend machen, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist.

§. 80.

Bei der Beendigung des Lehrverhältnisses hat der Lehrherr dem Lehrling ein schriftliches Zeugniß über die Dauer der Lehrzeit und die während dieser erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie über sein Betragen auszustellen.

Auf Antrag des Lehrlings hat die Ortspolizeibehörde das Zeugniß kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

§. 81.

Personen, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, dürfen Handlungslehrlinge weder halten noch sich mit der Anleitung von Handlungslehrlingen befassen. Der Lehrherr darf solche Personen zur Anleitung von Handlungslehrlingen nicht verwenden.

Die Entlassung von Handlungslehrlingen, welche diesem Verbote zuwider beschäftigt werden, kann von der Polizeibehörde erzwungen werden.

§. 82.

Wer die ihm nach §. 62 Abs. 1, 2 oder nach §. 76 Abs. 2, 3 dem Lehrlinge gegenüber obliegenden Pflichten in einer dessen Gesundheit, Sittlichkeit oder Ausbildung gefährdenden Weise verletzt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark bestraft.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher entgegen der Vorschrift des §. 81 Handlungslehrlinge hält, ausbildet oder ausbilden läßt.

§. 83.

Hinsichtlich der Personen, welche in dem Betrieb eines Handelsgewerbes andere als kaufmännische Dienste leisten, bewendet es bei den für das Arbeitsverhältniß dieser Personen geltenden Vorschriften.

ANHANG II. GESETZESSYNOPSSEN

Synopsis zur Kündigung durch den Arbeitgeber bei benannt-wichtigen Gründen

§ 123 Gewerbeordnung	§ 133c Gewerbeordnung	§ 72 HGB
Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen entlassen werden:	Gegenüber den im §. 133a bezeichneten Personen kann die Aufhebung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangt werden:	Als ein wichtiger Grund, der den Prinzipal zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurtheilung rechtfertigen, namentlich anzusehen:
1. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorzeigung falscher oder verfälschter Arbeitsbücher oder Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben;	1. wenn sie beim Abschluß des Dienstvertrages den Arbeitgeber durch Vorbringung falscher oder verfälschter Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Dienstverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben;	
2. wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines liederlichen Lebenswandels sich schuldig machen;	2. wenn sie im Dienste untreu sind oder das Vertrauen mißbrauchen; 6. wenn sie sich einem unsittlichen Lebenswandel ergeben.	1. wenn der Handlungsgehilfe im Dienste untreu ist oder das Vertrauen mißbraucht oder die ihm nach §. 60 obliegenden Verpflichtungen verletzt;
3. wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;	3. wenn sie ihren Dienst unbefugt verlassen oder den nach dem Dienstvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, beharrlich verweigern;	2. wenn er seinen Dienst während einer den Umständen nach erheblichen Zeit unbefugt verläßt oder sich beharrlich weigert, seinen Dienstverpflichtungen nachzukommen;
4. wenn sie der Verwarnung ungeachtet mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen;		
5. wenn sie sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen die Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zu Schulden kommen lassen;	5. wenn sie sich Thätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen den Arbeitgeber oder seinen Vertreter zu Schulden kommen lassen;	4. wenn er sich Thätlichkeiten oder erhebliche Ehrverletzungen gegen den Prinzipal oder dessen Vertreter zu Schulden kommen läßt.
6. wenn sie einer vorsätzlichen und und rechtswidrigen Sachbeschädigung zum Nachtheile des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters sich schuldig machen;		
7. wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen;		
8. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind.	4. wenn sie durch anhaltende Krankheit oder durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit an der Verrichtung ihrer Dienste verhindert werden;	3. wenn er durch anhaltende Krankheit, durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit oder durch eine die Zeit von acht Wochen übersteigende militärische Dienstleistung an der Verrichtung seiner Dienste verhindert wird;

Synopsis zur Kündigung durch den Arbeitnehmer bei benannt-wichtigen Gründen

§ 124 Gewerbeordnung	§ 133d Gewerbeordnung	§ 71 HGB
Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehülfen die Arbeit verlassen:	Die in §. 133a bezeichneten Personen können die Auflösung des Dienstverhältnisses insbesondere verlangen:	Als ein wichtiger Grund, der den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, ist es, sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurtheilung rechtfertigen, namentlich anzusehen:
1. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden;		1. wenn der Handlungsgehilfe zur Fortsetzung seiner Dienste unfähig wird;
2. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen die Arbeiter oder gegen ihre Familienangehörigen zu Schulden kommen lassen;	1. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Thätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen sie zu Schulden kommen lassen;	4. wenn sich der Prinzipal Thätlichkeiten, erhebliche Ehrverletzungen oder unsittliche Zumuthungen gegen den Handlungsgehilfen zu Schulden kommen läßt oder es verweigert, den Handlungsgehilfen gegen solche Handlungen eines anderen Angestellten oder eines Familienangehörigen des Prinzipals zu schützen.

3. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter oder Familienangehörige derselben die Arbeiter oder deren Familienangehörige zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit den Familienangehörigen der Arbeiter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen;		3. wenn der Prinzipal den ihm nach §. 62 obliegenden Verpflichtungen nachzukommen verweigert; [Anm: synoptisch erfolgt der Verweis auf § 62 Abs. 2 HGB]
4. wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise ausbezahlt, bei Stücklohn nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Übervorteilungen gegen sie schuldig macht;	2. wenn der Arbeitgeber die vertragsmäßigen Leistungen nicht gewährt;	2. wenn der Prinzipal den Gehalt oder den gebührenden Unterhalt nicht gewährt;
5. wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche die Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war.	3. wenn bei der Fortsetzung des Dienstverhältnisses ihr Leben oder ihre Gesundheit einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Dienstverhältnisses nicht zu erkennen war.	3. wenn der Prinzipal den ihm nach §. 62 obliegenden Verpflichtungen nachzukommen verweigert; [Anm: synoptisch erfolgt der Verweis auf § 62 Abs. 1 HGB]

Synopse zur Kündigung durch den Arbeitnehmer und / oder den Arbeitgeber bei unbenannt-wichtigen Gründen

§ 124a Gewerbeordnung	§ 133b Gewerbeordnung	§ 70 HGB
Außer den in §§. 123 und 124 bezeichneten Fällen kann jeder der beiden Theile aus wichtigen Gründen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses verlangen, wenn dasselbe mindestens auf vier Wochen oder wenn eine längere als vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart ist.	Jeder der beiden Theile kann vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Dienstverhältnisses verlangen, wenn ein wichtiger, nach den Umständen des Falles die Aufhebung rechtfertigender Grund vorliegt.	Das Dienstverhältniß kann von jedem Theile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Theiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatze des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.

Synopse zur Kündigung von Lehrlingsverhältnissen⁹¹⁴ aus wichtigen Gründen

§ 127 Gewerbeordnung	§ 76 HGB
Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes zum Zwecke der Ausbildung entsprechend zu unterweisen, ihn zum Besuche der Fortbildungs- oder Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten, den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anhalten und vor Ausschweifungen bewahren, er hat ihn gegen Mißhandlungen seitens der Arbeits- und Hausgenossen zu schützen und dafür Sorge zu tragen, daß dem Lehrlinge nicht Arbeitsverrichtungen zugewiesen werden, welche seinen körperlichen Kräften nicht angemessen sind. Er darf dem Lehrling die zu seiner Ausbildung und zum Besuche des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit nicht entziehen. Zu häuslichen Dienstleistungen dürfen Lehrlinge, welche im Hause des Lehrherrn weder Kost noch Wohnung erhalten, nicht herangezogen werden.	Die Vorschriften der §§. 60 bis 63, 74, 75 finden auch auf Handlungslehrlinge Anwendung. Der Lehrherr ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Lehrling in den bei dem Betriebe des Geschäfts vorkommenden kaufmännischen Arbeiten unterwiesen wird; er hat die Ausbildung des Lehrlings entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter zu leiten. Die Unterweisung hat in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge und Ausdehnung zu geschehen. Der Lehrherr darf dem Lehrlinge die zu seiner Ausbildung erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen nicht entziehen; auch hat er ihm die zum Besuche des Gottesdienstes an Sonntagen und Festtagen erforderliche Zeit und Gelegenheit zu gewähren. Er hat den Lehrling zu Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten. In Betreff der Verpflichtung des Lehrherrn, dem Lehrlinge die zum Besuch einer Fortbildungsschule erforderliche Zeit zu gewähren, bewendet es bei den Vorschriften des §. 120 der Gewerbeordnung.
§ 127a Gewerbeordnung	
Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen und dem Lehrherrn sowie demjenigen, welcher an Stelle des Lehrherrn die Ausbildung zu leiten hat, zur Folgsamkeit und Treue, zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet. Übermäßige und unanständige Züchtigungen sowie jede die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Behandlung sind verboten.	

⁹¹⁴ Darstellung der gewerblichen Lehrlingsverhältnisse anhand des Gesetzestextes ab RGL. 1897, S. 696 ff. In der synoptischen Darstellung wird nicht auf die Ausgestaltung des Gesetzestextes vor 1897 eingegangen, diese Gesetzesversion lässt sich im Anhang I. erfahren; die Änderungen waren überschaubar und ist für Besprechung der Kündigungen nicht notwendig.

§ 127b Gewerbeordnung	§ 77 HGB
<p>Das Lehrverhältnis kann, wenn eine längere Frist nicht vereinbart ist, während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Eine Vereinbarung, wonach diese Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig.</p> <p>Nach Ablauf der Probezeit kann der Lehrling vor Beendigung der verabredeten Lehrzeit entlassen werden, wenn einer der im §. 123 vorgesehenen Fälle auf ihn Anwendung findet oder wenn er die ihm im §. 127a auferlegten Pflichten wiederholt verletzt oder den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschule vernachlässigt.</p> <p>Von Seiten des Lehrlings kann das Lehrverhältnis nach Ablauf der Probezeit aufgelöst werden, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. einer der im §. 124 unter Nummer 1, 3 bis 5 vorgesehenen Fälle vorliegt; 2. der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt, oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht, oder zur Erfüllung der ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen unfähig wird. <p>Der Lehrvertrag wird durch den Tod des Lehrlings aufgehoben. Durch den Tod des Lehrherrn gilt der Lehrvertrag als aufgehoben, sofern die Aufhebung binnen vier Wochen geltend gemacht wird.</p>	<p>Die Dauer der Lehrzeit bestimmt sich nach dem Lehrvertrag, in Ermangelung vertragsmäßiger Festsetzung nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauche.</p> <p>Das Lehrverhältnis kann, sofern nicht eine längere Probezeit vereinbart ist, während des ersten Monats nach dem Beginne der Lehrzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Eine Vereinbarung, nach der die Probezeit mehr als drei Monate betragen soll, ist nichtig.</p> <p>Nach dem Ablaufe der Probezeit finden auf die Kündigung des Lehrverhältnisses die Vorschriften der §§. 70 bis 72 Anwendung. Als ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Lehrling ist es insbesondere auch anzusehen, wenn der Lehrherr seine Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer dessen Gesundheit, Sittlichkeit oder Ausbildung gefährdenden Weise vernachlässigt.</p> <p>Im Falle des Todes des Lehrherrn kann das Lehrverhältnis innerhalb eines Monats ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden.</p>

ANHANG III. STATISTISCHE AUSWERTUNG

Bei den nachfolgenden Übersichten zu den einzelnen Gerichten wurden der Übersichtlichkeit wegen nur die für die vorliegende Arbeit relevanten Daten erfasst, so weit diese aus den Geschäftsberichten oder den sonstigen Erfassungen erhoben werden konnten. Zu der Erfassung der relevanten Streitgegenstände muss angemerkt werden, dass nicht alle vorhandenen Aufzeichnungen diese ausweisen. Aus diesem Grund gilt bei diesen – wie für die gesamte nachfolgende statistische Erhebung – dass die relevanten Informationen zu einem Gericht nicht unbedingt auf demselben Datenumfang basieren wie diejenigen zu einem anderen Gericht. Es sollten aus diesem Grund die einzelnen Gerichte selbstständig betrachtet werden.

Zu beachten ist, dass in einigen Fällen bei den Auswertungen der einzelnen Gewerbegerichte die Quersummen der einzelnen Erledigungen nicht mit den erhobenen Klagen übereinstimmen. Hierfür liegt in den Berichten meist keine Erklärung vor. Es konnte aber festgestellt werden, dass teilweise die ruhend gestellten oder die unerledigten Verfahren nicht in die Gesamtzahl miteinbezogen wurden. Von einigen Gewerbegerichten wurden alle anderen Erledigungsarten unter der Klagerücknahme zusammengefasst. Die „Erledigung auf andere Weise“ beinhaltete zum Beispiel die Erledigungserklärung oder den Verzicht im Sinne des § 304 ZPO (bzw. § 277 CPO). Mitunter wurden unter diese Erledigungsart auch Verweisungen an ein anderes Gericht oder das Ruhendstellen des Verfahrens, beispielsweise wegen der „Infeldstellung“ des Arbeitnehmers, gefasst. Insbesondere in den Jahren des Ersten Weltkrieges gibt es oft kriegsbedingt unerledigte Klagen, die aus nicht ersichtlichen Gründen im Folgejahr entschieden wurden. Es bestehen auch Geschäftsberichte, in denen die Klagerücknahmen als „andere Erledigung“ erfasst wurden.

Wenn in den gefundenen Berichten keine Angaben zu einer Erledigungsart oder zur Anzahl der erhobenen Berufungen gemacht werden konnten, dann wurde dies in der nachfolgenden Übersicht mit „k.A.“, also „keine Angaben“, gekennzeichnet. Die Kennzeichnung eines Bestandes mit der Zahl „0“ stellt auch den tatsächlichen Wert „Null“ dar.

Bei der Betrachtung der relativen Zahlen hinsichtlich der Verfahrensbeendigungen ist zu beachten, dass diese Prozentsätze nicht ursprünglich von den Gewerbegerichten erhoben wurden, sondern für die hier vorgenommene Auswertung errechnet wurden. Auch ist bei den relativen Zahlen die Größe des jeweiligen Gewerbegerichts und somit die Zahl der erhobenen Klagen zu bedenken, wenn ein Vergleich mit einem anderen Gewerbegericht gezogen werden soll. Die relativen Zahlen eignen sich insbesondere zum jahresinternen Vergleich des jeweils dargestellten Gerichts.

Es konnte keine württembergweite Gesamtdarstellung erstellt werden, weil nicht aus allen Jahren Informationen über alle Gerichte vorliegen. Eine Zusammenfassung würde zu einem verzerrten und nicht repräsentativen Ergebnis führen, das keine ungetrübte Aussagekraft enthielte. Ebenso konnten auch keine Durchschnittswerte für die einzelnen Gerichte erstellt werden, da oftmals zwischen den Jahren unterschiedliche Datenlagen vorhanden sind und deswegen auch innerhalb eines Gerichts die Bildung von Durchschnittswerten keine Vergleichbarkeit gewährleisten würde. So existieren am häufigsten Daten zu den erhobenen Klagen, aber schon bei den Beendigungen der Verfahren und noch mehr bei den Streitgegenständen differiert die Erfassung von Jahr zu Jahr manchmal erheblich.

Bei Vorliegen mehrerer Quellen wurde die weiter gehende Quelle ausgewertet. Wenn zu demselben Archivgut verschiedene vergleichbare Quellen vorlagen, dann wurde die zuerst ausgewertete Quelle genannt.

1. Gewerbegericht Biberach

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehnverhältnisses, Aushändigung,	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1891	8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3294
1892	12	1	8,3	1	0	0	7	58,3	3	25,0	0	0	1	8,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1893	14	1	7,1	0	0	0	3	21,4	10	71,4	0	0	0	0,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1894	16	3	18,8	0	1	0	5	31,3	6	37,5	0	1	5	31,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1895	33	2	6,1	0	1	0	16	48,5	13	39,4	1	0	3	9,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1896	15	1	6,7	0	0	0	9	60,0	4	26,7	0	1	1	6,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	19	0	0,0	0	4	0	8	42,1	7	36,8	0	0	8	42,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	27	1	3,7	0	0	0	18	66,7	8	29,6	0	0	8	29,6	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1899	36	1	2,8	0	2	0	20	55,6	13	36,1	0	0	14	38,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	27	3	11,1	1	2	0	13	48,1	8	29,6	1	0	23	85,2	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1901	33	6	18,2	1	1	0	17	51,5	3	9,1	0	0	18	54,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	38	0	0,0	3	0	0	29	76,3	2	5,3	0	0	15	39,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	20	2	10,0	2	3	0	7	35,0	6	30,0	0	0	12	60,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	38	4	10,5	1	0	0	24	63,2	3	7,9	0	0	16	42,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	23	0	0,0	0	0	0	13	56,5	9	39,1	0	0	3	13,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	19	0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	0,0	0	0	2	10,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	21	0	0,0	0	0	0	19	90,5	0	0,0	0	2	6	28,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	38	0	0,0	0	2	0	33	86,8	k.A.	k.A.	0	3	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 437
1909	34	1	2,9	1	1	0	27	79,4	k.A.	k.A.	0	4	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 449
1910	17	0	0,0	0	0	0	9	52,9	k.A.	k.A.	0	8	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 468
1911	24	1	4,2	0	0	0	11	45,8	k.A.	k.A.	0	12	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 483
1912	27	2	7,4	0	0	k.A.	19	70,4	0	0,0	6	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3293
1913	15	1	6,7	0	1	k.A.	13	86,7	0	0,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3293
1914	23	0	0,0	0	7	k.A.	13	56,5	3	13,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3293
1915	8	0	0,0	0	0	k.A.	4	50,0	4	50,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3293
1916	5	0	0,0	0	0	0	5	100,0	0	0,0	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	48	0	0,0	0	11	k.A.	8	16,7	12	25,0	1	16	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3293
1922	14	0	0,0	0	2	k.A.	8	57,1	4	28,6	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3293
1923	7	1	14,3	0	1	k.A.	4	57,1	1	14,3	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3293
1924	3	1	33,3	0	1	k.A.	1	33,3	0	0,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3293
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	5	0	0,0	0	1	k.A.	3	60,0	1	20,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3293

2. Gewerbebericht Esslingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Beratungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1891	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1892	58	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	1	48	82,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 128
1893	62	10	16,1	3	0	1	32	51,6	16	25,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 152
1894	139	22	15,8	3	0	0	93	66,9	21	15,1	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1895	89	5	5,6	1	9	0	65	73,0	9	10,1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 178
1896	104	4	3,8	1	0	0	78	75,0	21	20,2	0	0		50	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	95	12	12,6	6	0	0	53	55,8	22	23,2	2	0		44	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	181	17	9,4	3	11	0	95	52,5	54	29,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 221
1899	174	38	21,8	6	4	0	88	50,6	38	21,8	0	0		97	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	180	20	11,1	4	5	0	107	59,4	44	24,4	0	0		69	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	112	8	7,1	2	1	0	65	58,0	35	31,3	0	1		57	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	62	5	8,1	2	0	0	38	61,3	17	27,4	0	0		27	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	102	10	9,8	3	8	0	49	48,0	32	31,4	0	0		48	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	177	10	5,6	9	12	0	72	40,7	74	41,8	0	0		59	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	311	12	3,9	19	70	0	140	45,0	70	22,5	0	0		108	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	176	10	5,7	13	14	0	59	33,5	80	45,5	0	0		92	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	174	15	8,6	13	28	1	43	24,7	75	43,1	0	0		100	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	129	12	9,3	5	66	1	21	16,3	25	19,4	0	0		21	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	177	13	7,3	13	47	0	25	14,1	k.A.	k.A.	0	79	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 449
1910	215	12	5,6	23	86	1	43	20,0	k.A.	k.A.	0	52	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 468
1911	190	6	3,2	29	40	1	44	23,2	63	33,2	8	0		67	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	227	8	3,5	34	83	1	28	12,3	69	30,4	3	2		123	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1913	171	18	10,5	29	19	0	20	11,7	80	46,8	0	5		96	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1914	62	4	6,5	2	5	0	26	41,9	23	37,1	1	1		20	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1915	55	2	3,6	3	5	0	32	58,2	11	20,0	1	1		21	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	28	5	17,9	0	5	0	11	39,3	6	21,4	1	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	32	0	0,0	3	0	1	17	53,1	9	28,1	1	2		12	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1920	55	4	7,3	2	0	k.A.	34	61,8	11	20,0	1	3		33	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1921	52	7	13,5	1	3	k.A.	22	42,3	18	34,6	1	0		20	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

3. Gewerbegericht Göppingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushandlung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1891	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1892	69	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0	39	56,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv, Stuttgart E302 Bü. 573 Qu. 128
1893	16	3	18,8	0	0	0	7	43,8	6	37,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv, Stuttgart E302 Bü. 573 Qu. 152
1894	27	3	11,1	0	0	0	21	77,8	3	11,1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv, Stuttgart E302 Bü. 573 Qu. 165
1895	28	3	10,7	1	0	0	14	50,0	10	35,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv, Stuttgart E302 Bü. 573 Qu. 178
1896	49	7	14,3	7	0	0	21	42,9	10	20,4	4	0		23	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	62	25	40,3	1	0	0	19	30,6	16	25,8	1	0		12	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	46	5	10,9	0	0	0	21	45,7	18	39,1	2	0		22	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1899	21	3	14,3	0	0	0	13	61,9	5	23,8	0	0		9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	93	13	14,0	3	1		54	58,1	20	21,5	0	2		38	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	92	10	10,9	1	k.A.	0	43	46,7	34	37,0	0	4		40	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	88	13	14,8	4	k.A.	1	44	50,0	19	21,6	5	3		38	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	86	12	14,0	3	k.A.	0	26	30,2	37	43,0	0	8		35	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	81	5	6,2	6	k.A.	0	28	34,6	37	45,7	0	5		33	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	39	9	23,1	3	k.A.	0	11	28,2	13	33,3	0	3		17	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	25	4	16,0	3	k.A.	0	4	16,0	14	56,0	0	0		13	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	44	11	25,0	1	k.A.	1	9	20,5	19	43,2	0	4		25	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	35	6	17,1	1	k.A.	0	8	22,9	18	51,4	2	0		15	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	47	4	8,5	3	k.A.	0	23	48,9	13	27,7	0	4		17	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	58	8	13,8	1	k.A.	0	31	53,4	16	27,6	0	2		25	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	267	13	4,9	1	k.A.	0	22	8,2	230	86,1	1	0		249	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	80	23	28,8	6	k.A.	0	35	43,8	13	16,3	1	2		43	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1913	81	19	23,5	5	k.A.	0	31	38,3	26	32,1	0	0		35	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1914	80	7	8,8	5	k.A.	0	48	60,0	17	21,3	3	0		43	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1915	31	3	9,7	0	k.A.	0	19	61,3	9	29,0	0	0		18	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	14	2	14,3	0	0	0	6	42,9	6	42,9	0	0		7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1917	30	2	6,7	0	k.A.	0	16	53,3	12	40,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	42	4	9,5	0	k.A.	0	17	40,5	19	45,2	k.A.	2	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	96	9	9,4	2	k.A.	1	64	66,7	2	2,1	k.A.	19	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

4. Gewerbegericht Heidenheim

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehnverhältnisses, Aushandigung,	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1891	2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II nur die Anzahl der Klagen
1892	11	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	4	36,4	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart E302 Bü. 573 Qu. 128
1893	17	6	35,3	1	4	0	2	11,8	4	23,5	0	0	k.A.	k.A.	Stadarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1894	11	9	81,8	1	0	0	1	9,1	0	0,0	0	0		5	Stadarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1895	7	0	0,0	0	1	k.A.	3	42,9	3	42,9	0	0		2	Stadarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1896	30	10	33,3	2	0	0	9	30,0	9	30,0	0	0		10	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	24	7	29,2	1	1	1	6	25,0	6	25,0	3	0		11	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	32	4	12,5	1	7	0	13	40,6	6	18,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 221
1899	32	4	12,5	1	0	0	13	40,6	13	40,6	1	0		10	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	34	7	20,6	3	zusammengefasst mit den Rücknahmen	k.A.	5	14,7	6	17,6	2	11		4	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	30	3	10,0	4	zusammengefasst mit den Rücknahmen	k.A.	10	33,3	6	20,0	0	7		13	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	12	2	16,7	0	zusammengefasst mit den Rücknahmen	k.A.	5	41,7	5	41,7	0	0		5	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	23	3	13,0	1	zusammengefasst mit den Rücknahmen	k.A.	8	34,8	11	47,8	0	0		6	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	52	10	19,2	1	zusammengefasst mit den Rücknahmen	0	18	34,6	21	40,4	1	1		8	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	40	8	20,0	2	3	0	17	42,5	8	20,0	2	0		9	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	42	14	33,3	4	2	0	15	35,7	7	16,7	0	0		15	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	23	3	13,0	1	0	0	10	43,5	9	39,1	0	0		13	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	27	4	14,8	1	1	0	14	51,9	7	25,9	0	0		11	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	25	4	16,0	1	k.A.	0	8	32,0	10	40,0	2	0		9	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	30	6	20,0	1	k.A.	0	15	50,0	8	26,7	0	0		11	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	27	1	3,7	8	k.A.	0	9	33,3	9	33,3	0	0		7	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	16	3	18,8	6	0	0	4	25,0	3	18,8	0	0		5	Stadarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1913	11	2	18,2	2	k.A.	0	7	63,6	0	0,0	0	0		2	Stadarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1914	10	1	10,0	0	0	0	5	50,0	4	40,0	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	12	2	16,7	2	0	0	5	41,7	3	25,0	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	6	1	16,7	1	0	0	3	50,0	1	16,7	0	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	4	0	0,0	0	0	k.A.	3	75,0	1	25,0	0	0		3	Stadarchiv Heidenheim, al 46
1920	2	0	0,0	0	0	k.A.	0	0,0	2	100,0	0	0		1	Stadarchiv Heidenheim, al 46
1921	10	0	0,0	0	0	k.A.	7	70,0	2	20,0	0	1		4	Stadarchiv Heidenheim, al 46
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

5. Gewerbegericht Ravensburg

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkenntnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1891	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1892	36	3	8,3	1	0	k.A.	29	80,6	3	8,3	0	0		16	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1893	40	3	7,5	1	0	0	26	65,0	10	25,0	0	0		14	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1894	46	3	6,5	1	0	0	35	76,1	7	15,2	0	0		19	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1895	43	3	7,0	0	0	0	31	72,1	9	20,9	0	0		13	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1896	46	5	10,9	0	0	0	31	67,4	10	21,7	0	0		23	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	40	8	20,0	0	0	0	24	60,0	8	20,0	0	0		18	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	44	5	11,4	0	0	1	24	54,5	15	34,1	0	0		15	Stadtarchiv Laupheim, F-4851
1899	25	3	12,0	2	0	0	14	56,0	6	24,0	0	0		11	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	38	4	10,5	0	0	0	22	57,9	12	31,6	0	0		17	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	55	3	5,5	0	0	0	35	63,6	17	30,9	0	0		30	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	60	8	13,3	0	0	0	36	60,0	16	26,7	0	0		32	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	76	3	3,9	3	0	0	44	57,9	13	17,1	1	12		37	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	84	17	20,2	1	0	1	33	39,3	28	33,3	0	5		37	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	71	12	16,9	5	0	0	31	43,7	18	25,4	0	5		33	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	82	7	8,5	0	0	0	53	64,6	18	22,0	0	4		32	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	75	4	5,3	2	0	0	32	42,7	31	41,3	3	3		45	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	60	3	5,0	5	0	0	34	56,7	17	28,3	4	0		29	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	76	14	18,4	3	0	2	36	47,4	17	22,4	0	6		34	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	50	7	14,0	2	0	1	21	42,0	19	38,0	0	0		21	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	49	9	18,4	2	1	k.A.	22	44,9	13	26,5	1	1		32	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	47	6	12,8	3	0	0	21	44,7	17	36,2	0	0		23	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1913	78	14	17,9	16	1	0	24	30,8	23	29,5	0	0		27	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1914	45	6	13,3	6	2	0	17	37,8	14	31,1	0	0		16	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1915	24	3	12,5	6	0	0	11	45,8	4	16,7	0	0		11	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	19	0	0,0	0	7	0	8	42,1	2	10,5	0	2	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

6. Gewerbegericht Stuttgart

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung,	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1891	508	148	29,1	35	k.A.	k.A.	239	47,0	71	14,0	35	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1892	1085	283	26,1	32	k.A.	1	494	45,5	215	19,8	61	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1893	1303	357	27,4	74	k.A.	3	509	39,1	315	24,2	48	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1894	1289	389	30,2	52	k.A.	6	534	41,4	288	22,3	36	0	463	35,9	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1895	1231	314	25,5	65	k.A.	2	545	44,3	257	20,9	9	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1896	1137	315	27,7	51	k.A.	9	499	43,9	219	19,3	53	0	430	37,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	1229	303	24,7	85	k.A.	5	540	43,9	245	19,9	56	0	396	32,2	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	1205	174	14,4	63	k.A.	1	690	57,3	191	15,9	87	0	475	39,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1899	1122	290	25,8	125	k.A.	4	452	40,3	183	16,3	72	0	438	39,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	1233	196	15,9	56	0	4	691	56,0	243	19,7	47	0	469	38,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	1048	193	18,4	41	1	0	610	58,2	167	15,9	36	0	466	44,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	1161	188	16,2	92	4	4	590	50,8	233	20,1	54	0	369	31,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	1206	207	17,2	110	2	2	546	45,3	257	21,3	84	0	339	28,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	1266	165	13,0	123	7	7	579	45,7	307	24,2	85	0	415	32,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	1551	172	11,1	110	9	11	824	53,1	333	21,5	103	0	342	22,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	1785	315	17,6	164	16	14	743	41,6	434	24,3	112	1	614	34,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	1522	169	11,1	191	2	7	648	42,6	398	26,1	114	0	579	38,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	1266	173	13,7	138	1	14	666	52,6	201	15,9	86	1	409	32,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	1255	230	18,3	141	2	7	586	46,7	236	18,8	60	0	399	31,8	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1910	1340	310	23,1	161	5	9	616	46,0	215	16,0	12	19	421	31,4	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1911	1247	296	23,7	134	35	7	510	40,9	215	17,2	45	10	44	3,5	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1912	635	109	17,2	106	6	5	257	40,5	95	15,0	46	16	8	1,3	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1913	758	155	20,4	120	3	7	281	37,1	128	16,9	56	15	20	2,6	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1914	535	78	14,6	86	2	3	190	35,5	89	16,6	82	8	177	33,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1915	249	26	10,4	33	0	3	104	41,8	43	17,3	38	5	7	2,8	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1916	218	13	6,0	31	0	2	100	45,9	37	17,0	38	2	5	2,3	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1917	271	15	5,5	24	0	0	113	41,7	31	11,4	86	2	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1918	194	16	8,2	18	0	2	83	42,8	50	25,8	23	4	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1919	425	20	4,7	17	0	3	157	36,9	137	32,2	73	1	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1920	551	78	14,2	25	0	17	213	38,7	148	26,9	22	3	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1921	518	105	20,3	44	0	11	214	41,3	133	25,7	8	3	44	8,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1922	506	65	12,8	29	0	2	245	48,4	155	30,6	11	1	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1923	505	70	13,9	35	0	2	261	51,7	133	26,3	5	1	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1924	561	53	9,4	75	1	4	271	48,3	143	25,5	11	7	68	12,1	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1925	749	49	6,5	149	0	3	365	48,7	173	23,1	18	2	40	5,3	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1926	976	94	9,6	193	6	8	484	49,6	125	12,8	28	46	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

7. Kaufmannsgericht Stuttgart

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehnhaltungsverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1905	203	32	15,8	13	1	4	99	48,8	44	21,7	13	1	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1906	219	38	17,4	21	0	2	96	43,8	64	29,2	24	0		51,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	198	33	16,7	15	0	6	79	39,9	43	21,7	27	1		47,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	234	23	9,8	40	0	9	120	51,3	26	11,1	23	2	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1909	316	63	19,9	35	0	17	146	46,2	50	15,8	10	12		39,6	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1910	306	69	22,5	31	2	11	130	42,5	57	18,6	2	15		26,8	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1911	318	59	18,6	23	3	8	140	44,0	56	17,6	14	16		4,1	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1912	260	69	26,5	24	1	6	86	33,1	37	14,2	39	4		1,5	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1913	316	76	24,1	32	3	20	118	37,3	50	15,8	24	13	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1914	302	46	15,2	37	3	12	134	44,4	46	15,2	26	10	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1915	82	9	11,0	4	1	2	38	46,3	21	25,6	7	2		43,9	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3292
1916	71	9	12,7	8	0	2	32	45,1	12	16,9	7	3		1,4	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1917	53	1	1,9	2	0	0	30	56,6	14	26,4	6	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1918	67	1	1,5	3	0	0	27	40,3	22	32,8	12	2	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1919	70	6	8,6	3	0	3	20	28,6	18	25,7	18	6	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1920	160	15	9,4	15	0	6	73	45,6	45	28,1	10	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1921	218	37	17,0	28	0	10	72	33,0	63	28,9	15	3		51,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1922	240	35	14,6	22	1	6	92	38,3	70	29,2	9	1	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1923	261	30	11,5	19	0	9	153	58,6	55	21,1	3	1	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1924	447	61	13,6	82	4		184	41,2	97	21,7	5	14		9,2	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1925	487	40	8,2	103	3	7	237	48,7	76	15,6	7	21		6,2	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1926	536	35	6,5	89	7	3	279	52,1	86	16,0	22	18	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Stuttgart 10 Depot A 413
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

8. Gewerbegericht Ulm

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehnerhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1891	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1892	122	50	41,0	k.A.	k.A.	0	41	33,6	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 128
1893	83	22	26,5	4	0	0	35	42,2	16	19,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 152
1894	92	26	28,3	4	0	0	41	44,6	16	17,4	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 165
1895	110	43	39,1	8	1	0	29	26,4	29	26,4	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 178
1896	99	31	31,3	11	2	1	34	34,3	15	15,2	3	3		51	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	103	24	23,3	4	0	0	46	44,7	25	24,3	4	k.A.		47	Stadtsarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1898	114	20	17,5	5	0	k.A.	53	46,5	34	29,8	2	k.A.		31	Stadtsarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1899	128	24	18,8	8	10	1	50	39,1	33	25,8	1	2		32	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	168	30	17,9	19	18	1	66	39,3	27	16,1	0	8		56	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	123	22	17,9	20	16	0	50	40,7	10	8,1	0	5		36	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	128	23	18,0	13	7	0	62	48,4	19	14,8	0	4		42	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	202	48	23,8	18	17	1	83	41,1	20	9,9	1	15		37	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	241	51	21,2	24	30	k.A.	90	37,3	38	15,8	0	8		43	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	243	60	24,7	23	20	k.A.	101	41,6	29	11,9	0	10		58	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	356	82	23,0	31	23	0	148	41,6	53	14,9	0	19		62	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	402	80	19,9	85	30	1	153	38,1	44	10,9	0	10		48	Stadtsarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	277	64	23,1	29	8	1	119	43,0	k.A.	k.A.	0	58	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 437
1909	199	40	20,1	25	4	0	82	41,2	k.A.	k.A.	0	48	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 449
1910	251	59	23,5	22	14	2	94	37,5	k.A.	k.A.	0	64	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 468
1911	317	72	22,7	53	15	1	119	37,5	k.A.	k.A.	1	57	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 483
1912	233	58	24,9	24	12	1	88	37,8	k.A.	k.A.	0	51	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 493
1913	182	44	24,2	21	3	0	79	43,4	k.A.	k.A.	0	35	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 503
1914	190	43	22,6	30	0	0	57	30,0	13	6,8	0	47	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	113	24	21,2	10	0	1	40	35,4	7	6,2	0	32	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	95	16	16,8	5	0	0	42	44,2	6	6,3	0	26	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

9. Gewerbegericht Cannstatt

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehnerhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1892	81	18	22,2	4	0	k.A.	45	55,6	14	17,3	0	0	33	40,7	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1893	172	23	13,4	14	0	k.A.	104	60,5	28	16,3	0	3	54	31,4	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1894	126	16	12,7	10	0	k.A.	82	65,1	18	14,3	0	0	36	28,6	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1895	101	9	8,9	11	0	k.A.	61	60,4	20	19,8	0	0	21	20,8	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1896	124	16	12,9	7	0	k.A.	70	56,5	30	24,2	1	0	44	35,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	93	12	12,9	7	0	k.A.	53	57,0	21	22,6	0	0	42	45,2	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	83	4	4,8	5	0	k.A.	53	63,9	21	25,3	0	0	39	47,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1899	101	10	9,9	5	0	k.A.	69	68,3	14	13,9	2	1	52	51,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	156	17	10,9	17	0	k.A.	80	51,3	37	23,7	1	4	78	50,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	189	26	13,8	21	0	k.A.	90	47,6	41	21,7	3	8	83	43,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	161	8	5,0	13	0	1	87	54,0	53	32,9	1	6	70	43,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	156	6	3,8	12	0	k.A.	77	49,4	51	32,7	2	8	65	41,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	197	14	7,1	29	0	k.A.	88	44,7	59	29,9	0	8	96	48,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	45	2	4,4	2	0	0	29	64,4	k.A.	k.A.	0	12	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 376

10. Gewerbebericht Geislingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle	
1892	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1893	16	3	18,8	0	0	0	7	43,8	6	37,5	0	0		10	62,5	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1894	26	2	7,7	2	1	0	15	57,7	6	23,1	0	0		10	38,5	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1895	13	1	7,7	1	0	0	9	69,2	2	15,4	0	0		9	69,2	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1896	16	0	0,0	k.A.	1	0	14	87,5	1	6,3	0	0		10	62,5	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1897	18	1	5,6	k.A.	0	0	10	55,6	7	38,9	0	0		11	61,1	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1898	19	2	10,5	k.A.	0	0	13	68,4	4	21,1	0	0		9	47,4	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1899	19	2	10,5	k.A.	0	0	14	73,7	3	15,8	0	0		8	42,1	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1900	22	7	31,8	k.A.	0	0	11	50,0	4	18,2	0	0		13	59,1	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1901	18	1	5,6	k.A.	k.A.	0	11	61,1	6	33,3	0	0		9	50,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1902	26	3	11,5	k.A.	k.A.	0	21	80,8	2	7,7	0	0		12	46,2	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1903	12	0	0,0	k.A.	k.A.	0	9	75,0	3	25,0	0	0		7	58,3	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1904	30	4	13,3	k.A.	k.A.	1	17	56,7	9	30,0	0	0		17	56,7	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1905	25	3	12,0	k.A.	k.A.	0	14	56,0	8	32,0	0	0		9	36,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1906	28	1	3,6	k.A.	k.A.	0	22	78,6	5	17,9	0	0		15	53,6	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1907	24	0	0,0	0	2	0	13	54,2	8	33,3	0	1		8	33,3	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1908	19	0	0,0	0	8	0	9	47,4	1	5,3	1	0		7	36,8	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1909	21	0	0,0	3	1	0	10	47,6	k.A.	k.A.	0	7		7	33,3	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 449
1910	13	1	7,7	0	1	0	4	30,8	k.A.	k.A.	0	7		5	38,5	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 468
1911	10	1	10,0	k.A.	0	0	1	10,0	8	80,0	0	0		5	50,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1912	17	1	5,9	1	0	0	9	52,9	k.A.	k.A.	0	6		7	41,2	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 493
1913	20	5	25,0	0	1	k.A.	7	35,0	6	30,0	1	0		11	55,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1914	25	1	4,0	1	1	0	8	32,0	13	52,0	0	1	k.A.	k.A.		Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	9	0	0,0	0	0	0	6	66,7	3	33,3	0	0	k.A.	k.A.		Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	2	0	0,0	0	0	0	2	100,0	0	0,0	0	0	k.A.	k.A.		Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		

11. Gewerbebericht (Schwäbisch) Gmünd

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkenntnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1893	k.A.	k.A.													Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1894	34	3	8,8	1	0	0	26	76,5	4	11,8	0	0		44,1	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573
1895	25	1	4,0	0	0	0	18	72,0	6	24,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1896	19	1	5,3	0	0	0	6	31,6	7	36,8	0	5		15	78,9
1897	48	21	43,8	4	1	0	16	33,3	6	12,5	0	0		15	31,3
1898	45	6	13,3	3	1	0	25	55,6	10	22,2	0	0		26	57,8
1899	45	8	17,8	2	5	0	19	42,2	11	24,4	0	0		21	46,7
1900	62	4	6,5	2	4	0	37	59,7	15	24,2	0	0		31	50,0
1901	33	3	9,1	3	0	0	18	54,5	9	27,3	0	0		17	51,5
1902	41	9	22,0	0	0	0	27	65,9	5	12,2	0	0		23	56,1
1903	31	5	16,1	2	0	0	17	54,8	7	22,6	0	0		17	54,8
1904	50	5	10,0	2	1	0	25	50,0	17	34,0	0	0		21	42,0
1905	30	4	13,3	3	5	k.A.	13	43,3	5	16,7	0	0		22	73,3
1906	52	5	9,6	5	0	0	34	65,4	8	15,4	0	0		26	50,0
1907	56	2	3,6	1	1	0	31	55,4	21	37,5	0	0		32	57,1
1908	42	2	4,8	0	2	0	22	52,4	16	38,1	0	0		19	45,2
1909	46	3	6,5	2	0	0	17	37,0	24	52,2	0	0		13	28,3
1910	42	2	4,8	1	0	0	25	59,5	14	33,3	0	0		12	28,6
1911	53	5	9,4	6	0	0	22	41,5	20	37,7	0	0		29	54,7
1912	37	1	2,7	1	0	0	18	48,6	17	45,9	0	0		26	70,3
1913	40	4	10,0	4	0	0	17	42,5	15	37,5	0	k.A.		18	45,0
1914	23	1	4,3	1	0	0	10	43,5	11	47,8	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	20	4	20,0	0	0	1	8	40,0	8	40,0	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	16	0	0,0	0	0	0	12	75,0	3	18,8	0	1	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

12. Gewerbebericht Heilbronn

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Benufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushandlung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1894	25	5	20,0	4	0	0	6	24,0	10	40,0	0	0	12	48,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1895	81	37	45,7	5	0	1	23	28,4	16	19,8	0	0	42	51,9	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1896	113	45	39,8	11	3	0	33	29,2	20	17,7	1	0	68	60,2	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	96	45	46,9	9	7	0	15	15,6	19	19,8	1	0	51	53,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	75	14	18,7	15	14	0	17	22,7	16	21,3	0	0	29	38,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1899	207	62	30,0	12	7	0	62	30,0	63	30,4	1	0	72	34,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	171	59	34,5	14	19	k.A.	47	27,5	32	18,7	0	0	86	50,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	172	45	26,2	13	18	0	36	20,9	60	34,9	0	0	81	47,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	75	14	18,7	10	8	3	21	28,0	22	29,3	0	0	33	44,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	83	17	20,5	11	13	2	25	30,1	17	20,5	0	0	29	34,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	69	8	11,6	4	1	k.A.	32	46,4	24	34,8	0	0	26	37,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	175	6	3,4	46	0	k.A.	87	49,7	36	20,6	0	0	67	38,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	118	15	12,7	6	0	k.A.	62	52,5	35	29,7	0	0	62	52,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	121	9	7,4	5	1	k.A.	66	54,5	40	33,1	0	0	50	41,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	130	10	7,7	6	1	k.A.	79	60,8	34	26,2	0	0	57	43,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	136	11	8,1	16	3	1	72	52,9	34	25,0	0	0	62	45,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	140	6	4,3	7	0	k.A.	89	63,6	37	26,4	1	0	70	50,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	193	23	11,9	3	1	k.A.	125	64,8	41	21,2	0	0	81	42,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	190	12	6,3	13	0	k.A.	125	65,8	40	21,1	0	0	69	36,3	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1913	119	12	10,1	13	0	k.A.	68	57,1	26	21,8	0	0	54	45,4	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1914	108	10	9,3	2	0	0	58	53,7	35	32,4	3	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	105	13	12,4	7	0	0	52	49,5	32	30,5	1	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	64	1	1,6	7	0	0	38	59,4	15	23,4	1	2	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	122	5	4,1	1	0	k.A.	72	59,0	44	36,1	0	0	46	37,7	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1921	130	13	10,0	0	0	k.A.	41	31,5	73	56,2	2	1	23	17,7	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

13. Gewerbebericht Reutlingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle	
1894	21	6	28,6	2	0	0	6	28,6	6	28,6	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 165	
1895	68	8	11,8	5	1	1	34	50,0	17	25,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 178	
1896	54	15	27,8	2	0	0	20	37,0	17	31,5	0	0		44	81,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	64	12	18,8	4	0	0	26	40,6	22	34,4	0	0		36	56,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	59	8	13,6	7	0	0	22	37,3	21	35,6	1	0		37	62,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1899	57	6	10,5	9	1	1	20	35,1	18	31,6	0	3		25	43,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	74	10	13,5	13	0	0	29	39,2	19	25,7	0	3		19	25,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	52	9	17,3	2	0	1	17	32,7	22	42,3	0	2		28	53,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	53	5	9,4	10	1	0	21	39,6	13	24,5	0	3		28	52,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	53	8	15,1	4	0	0	22	41,5	17	32,1	0	2		27	50,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	81	12	14,8	8	0	2	35	43,2	24	29,6	0	3		23	28,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	65	5	7,7	2	1	0	35	53,8	20	30,8	0	2		19	29,2	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	79	12	15,2	9	2	3	32	40,5	22	27,8	0	2		42	53,2	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	83	16	19,3	5	4	1	28	33,7	25	30,1	0	5		30	36,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	74	8	10,8	8	4	0	29	39,2	22	29,7	2	1		33	44,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	96	15	15,6	9	6	0	33	34,4	22	22,9	2	9		45	46,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	87	6	6,9	5	4	0	34	39,1	32	36,8	2	4		17	19,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	111	15	13,5	7	34	1	15	13,5	26	23,4	3	11		54	48,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	91	20	22,0	12	13	1	15	16,5	26	28,6	3	2	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten	
1913	109	13	11,9	6	25	0	15	13,8	39	35,8	0	11	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten	
1914	57	11	19,3	2	5	0	10	17,5	24	42,1	5	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten	
1915	33	3	9,1	2	5	0	6	18,2	16	48,5	0	3	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543	
1916	17	0	0,0	1	0	0	6	35,3	9	52,9	0	1	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten	
1917	20	0	0,0	0	0	0	5	25,0	11	55,0	0	4	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten	
1918	20	0	0,0	3	0	0	9	45,0	8	40,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten	
1919	58	3	5,2	2	0	0	25	43,1	27	46,6	0	1	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1921	58	6	10,3	1	12	2	18	31,0	17	29,3	4		k.A.	k.A.	Stadtarchiv Tübingen TÜ A150/5826	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1924	112	33	29,5	4	k.a.	1	33	29,5	34	30,4	1		k.A.	k.A.	Stadtarchiv Tübingen TÜ A150/5826	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		

14. Gewerbebericht Ebingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushandlung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1895	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 192
1896	65	13	20,0	2	8	1	25	38,5	17	26,2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1897	47	4	8,5	4	5	0	20	42,6	14	29,8	0	0		30	63,8 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1898	31	11	35,5	2	0	0	8	25,8	9	29,0	0	1		16	51,6 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1899	28	7	25,0	1	2	0	11	39,3	6	21,4	0	1		15	53,6 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1900	25	5	20,0	2	3	0	11	44,0	4	16,0	0	0		22	88,0 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	18	3	16,7	1	2	2	10	55,6	1	5,6	0	1		11	61,1 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	19	4	21,1	3	1	0	8	42,1	3	15,8	0	0		18	94,7 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	18	3	16,7	1	4	0	5	27,8	4	22,2	0	1		14	77,8 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	24	6	25,0	2	1	1	10	41,7	5	20,8	0	0		16	66,7 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	9	2	22,2	1	0	k.A.	3	33,3	3	33,3	0	0		8	88,9 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	36	14	38,9	1	13	k.A.	4	11,1	4	11,1	0	0		18	50,0 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	21	0	0,0	3	6	k.A.	5	23,8	5	23,8	0	2		14	66,7 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	18	0	0,0	4	2	k.A.	9	50,0	3	16,7	0	0		9	50,0 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	13	0	0,0	6	3	k.A.	4	30,8	0	0,0	0	0		7	53,8 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	27	4	14,8	2	1	0	9	33,3	k.A.	k.A.	0	11	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 468
1911	27	4	14,8	2	3	k.A.	9	33,3	8	29,6	0	1		21	77,8 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	29	4	13,8	4	0	k.A.	15	51,7	5	17,2	0	1		20	69,0 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1913	28	4	14,3	3	0	k.A.	8	28,6	12	42,9	1	0		14	50,0 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1914	12	1	8,3	0	0	k.A.	6	50,0	4	33,3	1	0		9	75,0 Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1915	3	0	0,0	0	0	0	1	33,3	1	33,3	1	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	3	0	0,0	0	0	0	2	66,7	1	33,3	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

15. Gewerbebericht Schramberg

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aus handlung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1895	8	3	37,5	1	0	0	4	50,0	0	0,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 178
1896	7	5	71,4	0	0	0	2	28,6	0	0,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 192
1897	12	7	58,3	0	0	0	3	25,0	2	16,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 208
1898	16	8	50,0	0	0	0	6	37,5	2	12,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 221
1899	17	9	52,9	2	0	2	1	5,9	1	5,9	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 233
1900	9	3	33,3	0	0	k.A.	4	44,4	2	22,2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 248
1901	5	2	40,0	0	0	k.A.	3	60,0	0	0,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 279
1902	12	3	25,0	0	1	1	5	41,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 307
1903	21	7	33,3	1	1	1	8	38,1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 333
1904	26	4	15,4	3	1	1	6	23,1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 356
1905	114	5	4,4	61	13	1	25	21,9	k.A.	k.A.	2	8	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 376
1906	41	16	39,0	4	8	0	8	19,5	k.A.	k.A.	2	3	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 395
1907	21	2	9,5	2	4	0	8	38,1	k.A.	k.A.	0	5		7	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 414
1908	20	7	35,0	1	k.A.	k.A.	7	35,0	5	25,0	0	0		10	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	12	8	66,7	0	0	0	4	33,3	k.A.	k.A.	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 449
1910	16	11	68,8	0	0	0	3	18,8	2	12,5	0	0		15	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	5	0	0,0	0	0	0	4	80,0	0	0,0	0	1		2	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 483
1912	22	12	54,5	0	0	0	4	18,2	k.A.	k.A.	0	6		5	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 493
1913	5	1	20,0	0	0	0	0	0,0	4	80,0	0	0		4	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 503
1914	10	2	20,0	0	0	0	3	30,0	3	30,0	0	2		4	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	1	0	0,0	0	0	0	0	0,0	0	0,0	0	1		0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	0	0	k.A.	0	0	0	0	k.A.	0	k.A.	0	0		0	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

16. Gewerbebericht Tuttlingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushandlung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1895	30	6	20,0	0	4	0	15	50,0	5	16,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 178
1896	25	7	28,0	0	0	0	13	52,0	5	20,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 192
1897	30	3	10,0	1	0	0	15	50,0	11	36,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 208
1898	45	8	17,8	3	2	1	23	51,1	7	15,6	0	2		13	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1899	44	2	4,5	2	2	0	26	59,1	8	18,2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 233
1900	34	6	17,6	1	1	0	16	47,1	10	29,4	0	0		19	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	60	11	18,3	2	0	k.A.	34	56,7	12	20,0	0	1		25	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	43	5	11,6	3	1	0	22	51,2	9	20,9	0	3		23	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	61	8	13,1	4	0	0	34	55,7	12	19,7	0	3		22	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	60	8	13,3	7	0	k.A.	19	31,7	26	43,3	0	0		27	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	45	7	15,6	6	0	k.A.	15	33,3	17	37,8	0	0		24	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	53	8	15,1	7	0	0	24	45,3	k.A.	k.A.	0	14	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 395
1907	63	11	17,5	4	1	k.A.	27	42,9	16	25,4	0	4		25	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	60	9	15,0	2	0	k.A.	31	51,7	15	25,0	0	3		24	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	44	11	25,0	3	0	k.A.	13	29,5	16	36,4	0	1		31	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	25	3	12,0	2	0	k.A.	9	36,0	6	24,0	0	5		17	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	83	3	3,6	2	0	k.A.	27	32,5	48	57,8	0	3		65	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	16	0	0,0	2	0	k.A.	7	43,8	5	31,3	1	0		5	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1913	51	1	2,0	2	1	k.A.	28	54,9	14	27,5	1	1		20	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1914	33	5	15,2	0	0	k.A.	18	54,5	9	27,3	1	0		20	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1915	23	7	30,4	0	0	k.A.	7	30,4	7	30,4	1	1		12	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	22	2	9,1	0	0	k.A.	7	31,8	12	54,5	1	0		11	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

17. Gewerbebericht (Schwäbisch) Hall

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushandlung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1896	21	1	4,8	0	1	0	13	61,9	6	28,6	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 192
1897	22	2	9,1	0	4	0	15	68,2	1	4,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 208
1898	15	0	0,0	0	0	0	11	73,3	4	26,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 221
1899	17	0	0,0	1	0	0	14	82,4	2	11,8	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 233
1900	19	0	0,0	0	4	0	8	42,1	7	36,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 248
1901	24	2	8,3	0	1	0	15	62,5	6	25,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 279
1902	23	1	4,3	0	3	0	9	39,1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 307
1903	15	0	0,0	0	2	0	8	53,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 333
1904	26	0	0,0	0	0	0	17	65,4	9	34,6	0	2		7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	27	0	0,0	0	10	0	7	25,9	10	37,0	0	0		13	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	11	1	9,1	1	1	0	3	27,3	5	45,5	0	0		5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	19	2	10,5	1	5	0	9	47,4	2	10,5	0	0		12	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	19	4	21,1	0	1	0	9	47,4	5	26,3	0	0		12	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	15	1	6,7	0	3	0	3	20,0	8	53,3	0	0		12	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	14	2	14,3	0	3	0	5	35,7	4	28,6	0	0		4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	13	3	23,1	0	3	0	5	38,5	2	15,4	0	0		0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	11	3	27,3	0	1	0	5	45,5	2	18,2	0	0		4	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1913	19	0	0,0	0	1	0	11	57,9	7	36,8	k.A.	k.A.		7	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1914	8	1	12,5	0	1	1	2	25,0	3	37,5	0	1	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	5	1	20,0	1	1	0	2	40,0	0	0,0	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	9	4	44,4	0	1	0	1	11,1	2	22,2	1	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

18. Gewerbebericht Schwenningen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushandlung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1897	6	0	0,0	0	0	0	6	100,0	0	0,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 208
1898	17	3	17,6	0	0	0	14	82,4	0	0,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 221
1899	15	6	40,0	0	0	0	7	46,7	2	13,3	0	2	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 233
1900	16	3	18,8	0	1	k.A.	9	56,3	3	18,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 248
1901	25	14	56,0	0	0	k.A.	10	40,0	1	4,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 279
1902	14	2	14,3	0	4	0	7	50,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 307
1903	31	5	16,1	0	8	0	17	54,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 333
1904	31	6	19,4	0	0	0	12	38,7	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 356
1905	50	10	20,0	0	4	0	21	42,0	k.A.	k.A.	0	15	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 376
1906	42	15	35,7	2	0	1	18	42,9	k.A.	k.A.	0	7	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 395
1907	30	16	53,3	0	9	0	5	16,7	k.A.	k.A.	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 414
1908	25	8	32,0	0	1	0	12	48,0	k.A.	k.A.	0	4	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 437
1909	29	18	62,1	0	0	0	8	27,6	k.A.	k.A.	0	3	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 449
1910	29	9	31,0	1	0	0	13	44,8	k.A.	k.A.	0	6	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 468
1911	51	17	33,3	1	0	0	20	39,2	k.A.	k.A.	0	13	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 483
1912	47	8	17,0	10	0	0	13	27,7	k.A.	k.A.	1	15	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 493
1913	66	6	9,1	2	16	k.A.	15	22,7	22	33,3	k.a.	k.a.		21	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1914	46	12	26,1	7	0	0	11	23,9	16	34,8	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	35	0	0,0	2	0	0	7	20,0	16	45,7	10	0		10	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	18	11	61,1	1	0	0	2	11,1	3	16,7	1	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

19. Gewerbebericht Ludwigsburg

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle	
1899	60	11	18,3	8	0	0	27	45,0	13	21,7	0	1	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 573 Qu. 233	
1900	60	11	18,3	8	0	0	27	45,0	13	21,7	1	0		16	26,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1901	69	22	31,9	4	0	1	29	42,0	14	20,3	0	0		27	39,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	54	14	25,9	3	0	1	20	37,0	17	31,5	0	0		20	37,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	67	21	31,3	7	1	1	23	34,3	15	22,4	0	0		25	37,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	97	21	21,6	6	1	0	31	32,0	37	38,1	1	0		48	49,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	70	14	20,0	3	1	k.A.	29	41,4	23	32,9	1	0		28	40,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	76	18	23,7	9	0	0	27	35,5	22	28,9	0	0		25	32,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	100	26	26,0	9	0	0	44	44,0	21	21,0	0	0		40	40,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	57	19	33,3	3	0	0	22	38,6	13	22,8	0	0		26	45,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	82	12	14,6	5	0	1	41	50,0	23	28,0	1	0		27	32,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	84	25	29,8	6	1	2	36	42,9	16	19,0	0	0		22	26,2	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	62	15	24,2	4	0	1	24	38,7	19	30,6	0	0		33	53,2	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	67	11	16,4	11	0	0	20	29,9	24	35,8	1	0		17	25,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1913	66	6	9,1	6	0	k.A.	35	53,0	19	28,8	0	0		18	27,3	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1914	90	15	16,7	11	1	k.A.	33	36,7	28	31,1	2	0		37	41,1	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1915	84	13	15,5	13	1	0	24	28,6	31	36,9	2	0		24	28,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	51	13	25,5	10	0	0	15	29,4	10	19,6	0	3		13	25,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1917	38	4	10,5	5	0	0	17	44,7	10	26,3	0	2		6	15,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1918	24	4	16,7	0	0	0	8	33,3	12	50,0	0	0		9	37,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1919	19	0	0,0	2	0	0	9	47,4	7	36,8	0	1		5	26,3	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1920	32	5	15,6	0	3	1	10	31,3	10	31,3	3	1		8	25,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1921	28	3	10,7	1	0	3	1	3,6	7	25,0	3	3		2	7,1	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1922	44	8	18,2	3		4	18	40,9	k.A.	k.A.	2	13		2	4,5	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		

20. Gewerbebericht Aalen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehnerhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle	
1900	11	2	18,2	2	0	0	5	45,5	2	18,2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 302 Bü. 574 Qu. 248	
1901	12	4	33,3	1	0	0	5	41,7	1	8,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574 Qu. 279	
1902	ins gesamt 189 Urteile		k.A.	ins gesamt 9 Urteile	ins gesamt 9 Urteile		1	7	38,9	2	11,1	0	0	4	22,2	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	20	4	20,0	0	0	k.A.		12	60,0	4	20,0	0	0	14	70,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	16	1	6,3	0	0	k.A.		11	68,8	4	25,0	0	0	1	6,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	15	3	20,0	0	0	k.A.		7	46,7	5	33,3	0	0	11	73,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	3	0	0,0	0	0	k.A.		1	33,3	2	66,7	0	0	0	0,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	8	1	12,5	0	0	k.A.		6	75,0	1	12,5	0	0	4	50,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	23	1	4,3	1	0	0	17	73,9	k.A.	k.A.	0	4		8	34,8	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 437
1909	11	0	0,0	1	2	k.A.		6	54,5	2	18,2	0	0	8	72,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	5	1	20,0	0	0	0	2	40,0	k.A.	k.A.	0	2	k.A.	k.A.	575 Qu. 468	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 468
1911	16	1	6,3	0	0	0	10	62,5	k.A.	k.A.	0	2	k.A.	k.A.	575 Qu. 483	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 483
1912	11	3	27,3	2	k.a.	k.A.		5	45,5	k.A.	k.A.	0	1	6	54,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1913	11	2	18,2	1	k.a.	k.A.		5	45,5	3	27,3	0	0	9	81,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1914	19	4	21,1	1	1	k.A.		7	36,8	4	21,1	2	0	10	52,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1915	5	0	0,0	0	0	k.A.		5	100,0	0	0,0	0	0	3	60,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	6	0	0,0	0	2	0	3	50,0	1	16,7	0	0	k.A.	k.A.	575 Qu. 544	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1920	23	5	21,7	0	0	k.A.		6	26,1	4	17,4	1	k.A.	1	4,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1921	22	9	40,9	0	0	k.A.		5	22,7	6	27,3	2	0	7	31,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		

21. Gewerbegericht Laupheim

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle	
1901	1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912	
1902	5	1	20,0	0	1		2	40,0	0	0,0	0	1		0	0,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1903	8	2	25,0	0	0		2	25,0	4	50,0	0	0		1	12,5	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1904	4	0	0,0	0	0		2	50,0	1	25,0	0	1		1	25,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1905	6	0	0,0	0	0		6	100,0	0	0,0	0	0		3	50,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1906	3	1	33,3	0	0		2	66,7	0	0,0	0	0		2	66,7	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1907	5	2	40,0	0	1		1	20,0	0	0,0	0	1		4	80,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1908	22	9	40,9	0	0		3	13,6	5	22,7	0	5		5	22,7	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1909	6	0	0,0	0	0		2	33,3	0	0,0	0	4		3	50,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1910	3	0	0,0	0	0		3	100,0	0	0,0	0	0		0	0,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1911	6	0	0,0	0	0		2	33,3	1	16,7	0	3		1	16,7	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1912	4	1	25,0	1	0		2	50,0	0	0,0	0	0		0	0,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II, Prozessliste 1901 bis 1912
1913	4	1	25,0	0	1	0	1	25,0	0	0,0	0	0		1	25,0	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 503
1914	6	1	16,7	0	2	0	1	16,7	2	33,3	0	0		3	50,0	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	1	0	0,0	0	1	0	0	0,0	0	0,0	0	0		0	0,0	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	4	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		0	0,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1917	2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		0	0,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1918	1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		1	100,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1919	4	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		0	0,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1920	1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		0	0,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1921	4	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		0	0,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1922	5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		1	20,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1923	9	3	33,3	k.A.	k.A.	k.A.	4	44,4	2	22,2	k.A.	k.A.		3	33,3	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1924	9	4	44,4	k.A.	k.A.	k.A.	1	11,1	1	11,1		3	k.A.	1	11,1	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1925	7	1	14,3	k.A.	k.A.	k.A.	2	28,6	4	57,1	k.A.	k.A.		1	14,3	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1926	1	1	100,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		0	0,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II
1927	4	1	25,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	2	50,0		1	k.A.	2	50,0	Stadtarchiv Laupheim, F-4851, 1079b II

22. Gewerbegericht Tübingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Benufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1901	51	8	15,7	3	1 k.A.		32	62,7	7	13,7	0	0	28	54,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1902	42	2	4,8	4 k.A.	k.A.		30	71,4	6	14,3	1	0	21	50,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1903	22	4	18,2	0	0 k.A.		12	54,5	2	9,1	1	3	12	54,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	35	0	0,0	1	0 k.A.		26	74,3	6	17,1	0	2	16	45,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	18	1	5,6	2	0 k.A.		11	61,1	3	16,7	0	1	4	22,2	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	20	2	10,0	1	1 k.A.		14	70,0	2	10,0	0	0 k.A.		k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	28	1	3,6	8 k.A.	k.A.		14	50,0	3	10,7	0	2	11	39,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	28	3	10,7	4 k.A.	k.A.		16	57,1	k.A.	k.A.	0	5	16	57,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	20	2	10,0	0 k.A.	k.A.		13	65,0	5	25,0	0	0	7	35,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	29	8	27,6	4 k.A.	k.A.		13	44,8	3	10,3	0	1	15	51,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	57	3	5,3	10 k.A.	k.A.		34	59,6	9	15,8	0	1	11	19,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	62	9	14,5	10	0 k.A.		32	51,6	10	16,1	1	0	2	3,2	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1913	62	4	6,5	6 k.A.	k.A.		37	59,7	13	21,0	2	0	10	16,1	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1914	39	9	23,1	5	1	0	15	38,5	7	17,9	0	2 k.A.		k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	15	2	13,3	0	0	0	9	60,0	2	13,3	0	2 k.A.		k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	13	1	7,7	1	0	0	7	53,8	2	15,4	0	2 k.A.		k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		k.A.	
1921	23	4	17,4	1	0 k.A.		9	39,1	8	34,8	0	1	18	78,3	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1922	28	9	32,1	1 k.A.		1	14	50,0	4	14,3	k.A.	k.A.		k.A.	Stadtarchiv Tübingen TÜ A150/5826
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		k.A.	
1924	9	5	55,6	2	k.A.		2	22,2	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		k.A.	Stadtarchiv Tübingen TÜ A150/5826
1925	28	5	17,9	4	k.A.		8	28,6	10	35,7	1 k.A.	k.A.		k.A.	Stadtarchiv Tübingen TÜ A150/5826
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		k.A.	

23. Gewerbebericht Zuffenhausen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehnhaltungsverhältnisses, Aushandlung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle	
1902	41	5	12,2	3	k.a.	k.A.	30	73,2	3	7,3	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten	
1903	39	9	23,1	1	zusam- menge- fasst mit Klage- rück- nahmen	k.A.	22	56,4	7	17,9	0	0		6	15,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1904	47	7	14,9	3	2	k.A.	25	53,2	0	0,0	0	10		12	25,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1905	66	0	0,0	4	1	0	36	54,5	23	34,8	2	0		7	10,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1906	82	2	2,4	8	0	k.A.	37	45,1	33	40,2	2	0		21	25,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1907	105	3	2,9	14	3	k.A.	23	21,9	61	58,1	1	0		19	18,1	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	101	16	15,8	11	1	k.A.	41	40,6	32	31,7	0	0		36	35,6	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	76	5	6,6	13	1	k.A.	33	43,4	24	31,6	0	0		17	22,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	71	1	1,4	9	0	k.A.	33	46,5	24	33,8	4	0		18	25,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	100	2	2,0	42	0	k.A.	25	25,0	31	31,0	4	0		13	13,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1912	53	2	3,8	9	0	k.A.	7	13,2	35	66,0	0	0		3	5,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1913	60	4	6,7	22	0	k.A.	4	6,7	28	46,7	2	0		9	15,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1914	30	4	13,3	0	0	k.A.	6	20,0	19	63,3	1	0		10	33,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1915	28	1	3,6	4	0	0	10	35,7	13	46,4	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543	
1916	8	0	0,0	0	0	0	4	50,0	4	50,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544	
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1918	6	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0			2	33,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1919	28	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0	k.A.		6	21,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1920	32	19	59,4	0	0	k.A.	2	6,3	6	18,8	5			k.A.		Stadtarchiv Tübingen Tü A150/5826
1921	40	7	17,5	2	9	k.A.	6	15,0	15	37,5	1	0		4	10,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		

24. Gewerbebericht Kirchheim unter Teck

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle	
1903	6	0	0,0	0	2	k.A.	4	66,7	0	0,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291	
1904	15	8	53,3	k.A.	2	1	4	26,7	1	6,7	0	0		6	40,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1905	13	3	23,1	0	0	0	6	46,2	2	15,4	0	2		4	30,8	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1906	24	8	33,3	3	0	k.A.	5	20,8	8	33,3	0	0		8	33,3	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1907	19	9	47,4	1	0	k.A.	5	26,3	4	21,1	0	0		7	36,8	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1908	18	8	44,4	1	0	k.A.	5	27,8	4	22,2	0	0		7	38,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1909	26	4	15,4	0	0	k.A.	12	46,2	10	38,5	0	0		10	38,5	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1910	38	12	31,6	1	0	k.A.	19	50,0	6	15,8	0	0		18	47,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1911	40	5	12,5	7	0	0	16	40,0	12	30,0	0	0		16	40,0	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 483
1912	38	3	7,9	2	0	k.A.	14	36,8	19	50,0	0	0		14	36,8	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1913	26	6	23,1	1	0	k.A.	6	23,1	8	30,8	0	5		7	26,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1914	25	5	20,0	1	0	k.A.	5	20,0	9	36,0	0	5		10	40,0	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	8	1	12,5	2	0	0	3	37,5	2	25,0	0	0		4	50,0	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	6	2	33,3	0	0	k.A.	1	16,7	3	50,0	0	0		4	66,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1918	5	1	20,0	0	0	k.A.	2	40,0	2	40,0	0	0		3	60,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1919	5	0	0,0	0	0	k.A.	1	20,0	3	60,0	1	0		2	40,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1920	12	1	8,3	0	k.A.	k.A.	8	66,7	3	25,0	0	0		3	25,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1921	18	6	33,3	0	0	k.A.	2	11,1	10	55,6	0	0		6	33,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		

25. Gewerbegericht Neckarsulm

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1907	10	1	10,0	k.A.	k.A.	k.A.	4	40,0	k.A.	k.A.	k.A.	5	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1908	5	1	20,0	0	0	0	1	20,0	k.A.	k.A.	0	3	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 437
1909	13	3	23,1	0	0	0	2	15,4	k.A.	k.A.	1	7	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 449
1910	9	1	11,1	0	0	0	1	11,1	0	0,0	0	7	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1911	4	0	0,0	0	0	0	3	75,0	k.A.	k.A.	1	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 483
1912	7	4	57,1	0	0	1	1	14,3	0	0,0	0	3	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1913	2	0	0,0	0	0	0	2	100,0	0	0,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1914	1	1	100,0	0	0	0	0	0,0	0	0,0	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1915	3	1	33,3	0	0	0	0	0,0	0	0,0	2	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1916	3	2	66,7	1	0	1	0	0,0	2	66,7	0	0	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1917	1	1	100,0	k.A.	k.A.	0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1918	0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1919	0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1920	3	0	0,0	k.A.	k.A.	0	0	0,0	1	33,3	2	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1921	5	1	20,0	k.A.	k.A.	0	1	20,0	5	100,0	0	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1922	3	1	33,3	k.A.	k.A.	0	1	33,3	1	33,3	0	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1923	6	1	16,7	k.A.	k.A.	0	2	33,3	2	33,3	1	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1924	12	4	33,3	k.A.	k.A.	0	0	0,0	7	58,3	1	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1925	7	2	28,6	k.A.	k.A.	0	2	28,6	1	14,3	0	3	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1926	9	4	44,4	k.A.	k.A.	0	1	11,1	3	33,3	1	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718
1927	2	0	0,0	k.A.	k.A.	0	1	50,0	1	50,0	0	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Neckarsulm, A 1 A 718

26. Gewerbebericht Rottweil

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1907	1	1	100,0	0	0	0	0	0,0	k.A.	k.A.	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 414
1908	16	2	12,5	1	1	0	3	18,8	k.A.	k.A.	0	9	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 437
1909	39	4	10,3	3	0	0	21	53,8	k.A.	k.A.	0	11	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 449
1910	20	4	20,0	2	0	0	7	35,0	k.A.	k.A.	0	7	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 468
1911	35	7	20,0	1	1	0	16	45,7	k.A.	k.A.	0	10	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 483
1912	23	1	4,3	1	0	1	14	60,9	k.A.	k.A.	0	7	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 493
1913	29	1	3,4	4	0	0	9	31,0	k.A.	k.A.	0	15	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 503
1914	17	2	11,8	0	0	0	13	76,5	1	5,9	0	1	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	12	0	0,0	1	0	0	6	50,0	3	25,0	1	1	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	9	0	0,0	1	0	0	3	33,3	4	44,4	1	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

27. Gewerbegericht Metzingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehnverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1911	4	0	0,0	0	0	0	4	100,0	k.A.	k.A.	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 483
1912	2	0	0,0	0	0	0	1	50,0	k.A.	k.A.	0	1	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 493
1913	6	2	33,3	0	0	0	3	50,0	k.A.	k.A.	0	1	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 503
1914	6	1	16,7	0	0	0	3	50,0	2	33,3	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 542
1915	2	0	0,0	0	0	0	0	0,0	2	100,0	0	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 543
1916	2	0	0,0	0	0	0	0	0,0	1	50,0	1	0	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575 Qu. 544
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1920	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

28. Gewerbebericht Nürtingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1912	24	0	0,0	0	0	0	19	79,2	5	20,8	0	0	10	41,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1913	21	0	0,0	0	0	0	15	71,4	6	28,6	0	0	9	42,9	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1914	24	1	4,2	1	0	0	18	75,0	3	12,5	1	0	12	50,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1915	7	0	0,0	0	0	0	4	57,1	2	28,6	1	0	7	100,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	5	0	0,0	0	0	0	2	40,0	3	60,0	0	0	0	0,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1917	7	0	0,0	0	0	0	3	42,9	4	57,1	0	0	1	14,3	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1918	5	0	0,0	0	0	0	3	60,0	2	40,0	0	0	1	20,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1919	8	1	12,5	0	0	0	1	12,5	2	25,0	4	0	0	0,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1920	7	0	0,0	0	0	k.A.	6	85,7	1	14,3	0	0	1	14,3	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1921	10	0	0,0	0	0	k.A.	3	30,0	7	70,0	0	0	3	30,0	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1922	23	0	0,0	k.A.	k.A.	k.A.	10	43,5	13	56,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Nürtingen, NA (631)
1923	14	0	0,0	k.A.	k.A.	k.A.	5	35,7	9	64,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Nürtingen, NA (631)
1924	13	1	7,7	k.A.	k.A.	k.A.	6	46,2	5	38,5	k.A.	1	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Nürtingen, NA (631)
1925	10	0	0,0	k.A.	k.A.	k.A.	6	60,0	4	40,0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Nürtingen, NA (631)
1926	22	5	22,7	k.A.	k.A.	k.A.	8	36,4	9	40,9	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Nürtingen, NA (631)
1927	13	1	7,7	k.A.	k.A.	k.A.	5	38,5	7	53,8	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Stadtarchiv Nürtingen, NA (631)

29. Gewerbebericht Tailfingen

Jahr	erhobene Klagen	Endurteile	Prozentsatz Endurteile	Versäumnisurteile	Anerkennnisse	eingelegte Berufungen	Vergleiche	Prozentsatz Vergleiche	Rücknahmen	Prozentsatz Rücknahmen	unerledigt blieben	anderes erledigt	Klagen wegen Austritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Aushändigung, Inhalt des Zeugnisses	Prozentsatz relevante Verfahren	Quelle
1912	12	4	33,3	0	0	k.A.	3	25,0	5	41,7	0	0	10	83,3	Stadtarchiv Biberach, E Altregistratur 3291/3292
1913	22	4	18,2	0	0	1	10	45,5	k.A.	k.A.	0	1	k.A.	k.A.	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 575
1914	9	2	22,2	1	0	k.A.	2	22,2	4	44,4	0	0	6	66,7	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1915	7	0	0,0	0	0	k.A.	3	42,9	4	57,1	0	0	5	71,4	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1916	1	1	100,0	0	0	0	0	0,0	0	0,0	0	0	0	0,0	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E302 Bü. 574
1917	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1918	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1919	4	2	50,0	0	0		2	50,0	0	0,0	0	0	3	75,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1920	5	1	20,0	0	0	k.A.	3	60,0	1	20,0	0	0	1	20,0	Stadtarchiv Geislingen, G 190 Geschäftsberichtsübersichten
1921	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1922	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1923	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1924	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1925	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1926	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	
1927	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	

ANHANG IV. BESONDERS LESENSWERTE URTEILE

1. Urteil des Gewerbegerichts Biberach vom 30.07.1901, Nr. 18 aus 1901⁹¹⁷

Im Namen des Königs!

2.
Für den Kaufmann
Herrn Kaufmann Ramminger, Kaufmann
für
Kaufmann

1
 2
 3
 4
 5
 6
 7
 8
 9
 10
 11
 12
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20
 21
 22
 23
 24
 25
 26
 27
 28
 29
 30
 31
 32
 33
 34
 35
 36
 37
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46
 47
 48
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56
 57
 58
 59
 60
 61
 62
 63
 64
 65
 66
 67
 68
 69
 70
 71
 72
 73
 74
 75
 76
 77
 78
 79
 80
 81
 82
 83
 84
 85
 86
 87
 88
 89
 90
 91
 92
 93
 94
 95
 96
 97
 98
 99
 100
 101
 102
 103
 104
 105
 106
 107
 108
 109
 110
 111
 112
 113
 114
 115
 116
 117
 118
 119
 120
 121
 122
 123
 124
 125
 126
 127
 128
 129
 130
 131
 132
 133
 134
 135
 136
 137
 138
 139
 140
 141
 142
 143
 144
 145
 146
 147
 148
 149
 150
 151
 152
 153
 154
 155
 156
 157
 158
 159
 160
 161
 162
 163
 164
 165
 166
 167
 168
 169
 170
 171
 172
 173
 174
 175
 176
 177
 178
 179
 180
 181
 182
 183
 184
 185
 186
 187
 188
 189
 190
 191
 192
 193
 194
 195
 196
 197
 198
 199
 200
 201
 202
 203
 204
 205
 206
 207
 208
 209
 210
 211
 212
 213
 214
 215
 216
 217
 218
 219
 220
 221
 222
 223
 224
 225
 226
 227
 228
 229
 230
 231
 232
 233
 234
 235
 236
 237
 238
 239
 240
 241
 242
 243
 244
 245
 246
 247
 248
 249
 250
 251
 252
 253
 254
 255
 256
 257
 258
 259
 260
 261
 262
 263
 264
 265
 266
 267
 268
 269
 270
 271
 272
 273
 274
 275
 276
 277
 278
 279
 280
 281
 282
 283
 284
 285
 286
 287
 288
 289
 290
 291
 292
 293
 294
 295
 296
 297
 298
 299
 300
 301
 302
 303
 304
 305
 306
 307
 308
 309
 310
 311
 312
 313
 314
 315
 316
 317
 318
 319
 320
 321
 322
 323
 324
 325
 326
 327
 328
 329
 330
 331
 332
 333
 334
 335
 336
 337
 338
 339
 340
 341
 342
 343
 344
 345
 346
 347
 348
 349
 350
 351
 352
 353
 354
 355
 356
 357
 358
 359
 360
 361
 362
 363
 364
 365
 366
 367
 368
 369
 370
 371
 372
 373
 374
 375
 376
 377
 378
 379
 380
 381
 382
 383
 384
 385
 386
 387
 388
 389
 390
 391
 392
 393
 394
 395
 396
 397
 398
 399
 400
 401
 402
 403
 404
 405
 406
 407
 408
 409
 410
 411
 412
 413
 414
 415
 416
 417
 418
 419
 420
 421
 422
 423
 424
 425
 426
 427
 428
 429
 430
 431
 432
 433
 434
 435
 436
 437
 438
 439
 440
 441
 442
 443
 444
 445
 446
 447
 448
 449
 450
 451
 452
 453
 454
 455
 456
 457
 458
 459
 460
 461
 462
 463
 464
 465
 466
 467
 468
 469
 470
 471
 472
 473
 474
 475
 476
 477
 478
 479
 480
 481
 482
 483
 484
 485
 486
 487
 488
 489
 490
 491
 492
 493
 494
 495
 496
 497
 498
 499
 500
 501
 502
 503
 504
 505
 506
 507
 508
 509
 510
 511
 512
 513
 514
 515
 516
 517
 518
 519
 520
 521
 522
 523
 524
 525

Lieber Freundmann! Ich habe
nunmehr das Generalmajorat erreicht. Aber auch
in der Führung muss ich mich jetzt unter
Waters Leitung und Befehl befinden.
Hochachtungsvoll Dr. Müller

Das Linsenger:

[illegible]

„Der Lekt. ist geblieben, ein Rkt.“
 „Der Lekt. ist geblieben, ein Rkt.“

Städtische Archive Biberach

Bestand:

Alle Rechte vorbehalten!

Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe an Dritte zu diesen Zwecken nur mit schriftlicher Genehmigung

E Bü. [33 00]

4. H. abzüglich der geschuldeten
Konten - & eine Abrechnung über die
zu zahlen, und falls wir eine andere
Bücher der Gesellschaft 70. d. zu un-
seren anderen Verordnungen einbringen
im Sinne des § 113 der Statuten
unzulässig und unzulässig die Kosten
der Buchhaltung zu tragen.

Der L. K. muss mit seiner Zustimmung
unserer Verwaltung unsere Abrechnung
in der Höhe der Liquidation von zwei
Bögenen befriedigend abgeben.

Verkündet am 15. d. d. in
Öffentlichkeit der Verwaltung.

Präsident:

Erstgenannte L. K. wird durch mich
dem L. K. und durch mich, dass
wir die Arbeit von Herrn, dem L. K.
H. Herrmann ist der L. K. und
nach dem L. K. für die Verwaltung
von Herrn und Frau, und durch
nach Herrn im L. K. und durch
Bücher der L. K. und durch
Herrn Herrmann "Herrn Herrmann".

[illegible]

Städtische Archive Biberach

Bestand:

Alle Rechte vorbehalten!

Alle Rechte vorbehalten!
Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe an Dritte zu diesen Zwecken nur mit schriftlicher Genehmigung

E Bü. [33 00]

Lemberger warf nicht allein dem noch
 jüngeren Klüger das ganze Peil seiner, sehr
 von ihm aus rührenden Klatschen und billi-
 gen Absichten anzuordnen sondern konnte
 sich gegnärtig abhelfen gegen den Kl. und
 den beiden Wälmarschallern nachsehen, und
 warf bei dem vorgekommenen Prozeß
 vorzüglich einen sehr stark abgemessenen Pfeil
 gegen sie aus.

Ein sehr liebes Briefchen hat mir
Herrn v. L. mitgebracht. Ich habe
sehr gerne gelesen, und es mir
sehr gefallen. Ich habe auch
sehr gerne gelesen, und es mir
sehr gefallen. Ich habe auch
sehr gerne gelesen, und es mir
sehr gefallen.

Wird im Kassenbuche eingetragen das
Gewicht nach dem fallenden Gewichte nun in
das Längsform zu einem neuen Gewicht
nach dem K. Es ist so schnell und für
Kaufleute ein Gewinn das Gewichte
nach dem K. zu einem neuen
Gewicht.

Herzlichen Dank:
V. v. Ma,

Christy's Fairly well
Lovingly

Kopier i Ab-
zugbuch N^o 6

Ausführung

geschaffen und den wieder an-
stehenden Parteien sofort
verkündet.

1. Der Bekl. ist schuldig dem
Kl. die Betrag von RM 20^{,-}
zu bezahlen.
2. Die Prozesskosten haben die
Parteien je zur Hälfte zu
tragen.

Gründe:

Das Gewerbeamt gemäß aus
der mündl. Verhandlung die
volle Überzeugung, daß für
ein notwendiges Maßhalten
des Bekl. vorliegt und daß
der Anspruch des Kl. auf Entschä-
digung begründet ist. Der Bekl.
u. d. G. b. sind d. d. Gewerbeamt.
Die ganze Entschädigungsfor-
derung konnte über dem Kl.
nicht zugestanden werden, in-
dem das Gericht der Ansicht ist
daß der Kl. jetzt bei der Übung
an Arbeitszeit nicht in aller

Bilde mir der entsprechende Arbeit
und Verdienst findet.

Die Entschädigung im
Körperpunkte ergibt sich aus
der Entschädigung in der Haupt-
sache.

Körper:
1. H. 5007

Gemeindegemeinschaft:
Gemeinschaftsfreier:
Gemeinschaft

Städtische Archive Biberach

Bestand:

E Bü. 3302

Alle Rechte vorbehalten!

Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe an Dritte zu diesen Zwecken nur mit schriftlicher Genehmigung

3. Urteil des Gewerbegerichts Geislingen vom 15.08.1900 (Nr. 14 aus 1900)⁹¹⁹

12.

Im Namen des Königs!

In der Rechtsache

des *Karl Anna, Friseurin für* Kläger

gegen *Adolf Scherer, Friseur für* Beklagte

Verkündet
am *15. Aug. 1900*

Gerichtsschreiber:
Köfer

Urteil zugestellt an den
Kläger

am *15. Aug. 1900* 189

Zust.-Liste No.

Urteil zugestellt an den
Bekl.

am *15. Aug. 1900* 189

Zust.-Liste No.

Vollstreckbare Ausfertigung erteilt

am *15. Aug. 1900*

Gerichtsschreiber:

Entscheidungsbefugnis betreffend

erkennt das **Gewerbegericht Geislingen** durch den Vorsitzenden *Adolf Köfner*
unter Mitwirkung der Mitglieder:

Vorsitzender,
Adolf Köfner

Beisitzer,
Anton Scherer, Johann Scherer, Philipp Scherer, Heinrich Scherer

für Recht:

1. *Der Kläger wird mit seiner Klage abgewiesen*

2. Die auf den Betrag von *1. M. 50. Pf.* festgesetzten Kosten des Verfahrens

sind vom *Kläger* zu tragen.

⁹¹⁹ Vorlage: Stadtarchiv Geislingen, G 190; Abdruck mit Genehmigung des Stadtarchivs Geislingen.

! epinö ^{ab. Abt. 10. 11.} edd nōm ^{ab. Abt. 10. 11.} mē
 fahd fahd.

Der Kläger handelte ab. Mai d. J. bei dem
 Kalkulation in einem Arbeitsverhältnis
 und kündigte pflanz am Donnerstag, den
 9. Aug. 1900. Gleich darauf fahd ab. und Kalk.
 darüber Auseinandersetzungen, daß nach
 der Kalkulation das Obereins. Gidlingau
 u. 29. März 1895. das die Einkommen die
 Kalkulation von Arbeiten im Einkommen
 werden die Einkommen mit bis 2. Uhr nach
 mittags geschätzt, nach dem das Ab. bis
 zu pflanz Tagen bis 4. Uhr geschätzt ist.
 Am darauffolgenden Sonntag, den 12. Aug.
 war der Ab. mittags im Geschäftslokal und
 nach dem ab. war nachmitt. nach 2. Uhr
 nach, ging Ab. zum Arbeitslokal nach, ohne
 ein Wort zu sagen, auf welche er keine
 Antwort, als ob er fortgehen wollte, nach
 dem im Kalkulation - ohne daß es zu be-
 merken war - eine Kopiermaschine zu sich, da-
 nach ging er zum Geschäft, klagte sich
 dort im 6. Gang fort. Da der Kalk.
 der Kalkulation der Ab. aus dem Geschäfts-
 lokal nicht normal erschien, wurde er
 nach dem Ab. und nach dem in der

[illegible]

4. Urteil des Gewerbegerichts Geislingen vom 21.02.1905 (Nr. 8 und 9 aus 1905)⁹²⁰

Ausfertigung

Im Namen des Königs!

In der Rechtsache

des Robert Steidel, Pfaffenwörther, Tier

am 21. II 1905

Gerichtsschreiber:
Mewert

gegen Max Klünzel, Cirkusunternehmer

Kläger

Beklagte

Kosten & Exekutionsforderung

betreffend

erkennt das Gewerbegericht Geislingen durch den Vorsitzenden Max Pf. Vöhringer
unter Mitwirkung der Mitglieder:

Max Pf. Vöhringer	Vorsitzender,
A. Binder, Lückenkopf	
G. Rinnike, Lückenkopf	
L. Heckbarden, Lückenkopf	Beisitzer,
J. Kloos, Lückenkopf	

für Recht:

1. Der Kläger wird mit seiner Exekutions-
forderung von 20 Mk abgewiesen.
2. Der Beklagte hat an den Kläger 7 Mk
rückständigen Lohn zu zahlen.
- 2 Die auf den Betrag von 7 Mk festgesetzten Kosten des Ver-
fahrens

sind vom

Kläger zu tragen.

⁹²⁰ Vorlage: Stadtarchiv Geislingen, G 190; Abdruck mit Genehmigung des Stadtarchivs Geislingen.

Tatbestand & Entscheidungsgründe.

Der Kläger hat nun einen mit dem Beklagten abgeschlossenen Mietvertrag seit 22. Juli 1904 als Kfzbesitzer in dessen Namen, worunter er nun als sogenannter Eigentümer, welche zu der Bekämpfung und Überwindung der zum Betrieb des Hypothekengeschäftes erforderlichen Vorarbeiten sind in eigener Verantwortung zu verwirklichen hat. Für diese Arbeitsleistung erhält der Kläger ein Lohn pro Monat 30 Mk., hat aber eine Miete in Höhe von 20 Mk. zu leisten, um welche für den Fall der Weisungsfähigkeit des Beklagten, oder infolge unangeforderter Vermahlung der seiner Verantwortung übergebenen Objekte der Beklagte verpflichtet ist, entsprechende Abzüge zu machen; die Miete hat der kgl. Kurfürst loszuzahlen bis zu gewöhnlichem Vertrag eingeleitet.

Der kgl. gibt seit 4. Februar v. J. von diesem Platz Vorstellungen; eine solche fand nun am Donnerstag den 19. d. Mts. statt. Nach Beendigung derselben, Abends ca. 9 Uhr verließ der kgl. den Ort, der über diesen Fall zu befürchten war, daß das Land abgenommen werde; der Kläger ging jedoch nach Beendigung der Vorstellung in eine Wirtschaft trank dort mit einem unbekannten Freund ein paar Gläser Bier und begleitete denselben darauf auf den Bahnhof; in derselben Wirtschaft sah zuvor der Beklagte, der im Verlauf seiner Unternehmung mit einem bekannten den Kurfürsten, diese inoffiziellen Räte" erwachte; dieses wurde von einigen Gästen her

Kläger von neuen Mitteilung des Gegenstandes der Kontroverse des Beklagten mitgeteilt, w. aufen offenbar hervorgeht, daß dieser Klägers auf seinem neuen Mitবাদanspruch Lorenz gemüßigt sei; diesen Klägers, ohne neuen Kontroverse des Beklagten haben die beiden zum Gegenstand einer Arbeitsverweigerung, nämlich zur Verweigerung der Abreise des Beklagten, gemacht. Der Bchl. Expositus muß feststellen, daß diese Worte in Beziehung auf den Kläger von Bedeutung zu haben, da der Befehl der Kontroverse, in deren Verlauf der belaidigende Klägers gefallen sein sollte, ein ganz neues gegeben sei; demnach eine Beziehung auf den Kläger gar nicht der Fall sein könnte. An gegenwärtigen Beweisnehmung der Kläger muß zu den bringen in übergeordneter Weise.

Andere Tage kommen: muß entspr. Aufforderung der Kläger formel diesen Mitবাদanspruch zur Arbeit, was nach einem Vorfall der Gefahr der Bchl.

Der Bchl. ist zurück: . Nach dem muß auf diese Klagen sind nicht wert, daß man sie zurück, ferner haben beide die Arbeit wieder verlassen.

Es ist nun zweifellos, daß der Kläger in keiner Weise beabsichtigt war auf das Ende einer neuen Bekommen sein ohne alle weitere, insbesondere von über die belaidigende Klage neuen Grund müssen die Arbeit verweigern, von der er weiß, daß er nicht sein Verhalten einen Schaden zufügen werde, derzeit seine Contention

überprüft, denn Zweifel kann der Lekt. nicht
 von der Oberste vorerfahren Zug nicht fort,
 müßte nicht, zur Erklärung das mit diesen
 betrachteten Aufsatz Coats aufnehmen u. durch Hilfe
 in Auftrag nehmen, wodurch ein ungablicher
 Schaden von 80 % entsteht.

Das Verhalten des Elger läßt sich mit dem
 des Lekt. in Einklang bringen, sonach dürfte
 die beabsichtigten Einsparungen nicht un-
 geschehen werden i. d. d. d. 124 Abs. 1. Z. 1.

Es muß daher zu erwarten wie gesehen.

Vorsitzender.

Hauptgeschäft: *Angang*

5. Urteil des Gewerbegerichts Geislingen vom 27.08.1923 (Nr. 5 aus 1923)⁹²¹

Handwritten: Handwritten: *Handwritten:* 21.

Gewerbegericht Geislingen.

In der Rechtssache

des Christian Göggelmann, Hilfsarbeiter, vertreten durch
H. Beumeister, Geschäftsführer des deutschen
Metallarbeiterverbands Geislingen, Kläger,

Verkündet
27. August 1923.

Gerichtsschreiber: *Handwritten:* Handwritten: gegen
die Firma G. Kuntze, Röhrenwerk, in
Klein - Süssen
vertreten durch Dr. Wolf, in Klein - Süssen, Beklagte

fristlose Entlassung betreffend,

erkennt

das Gewerbegericht Geislingen
durch den Vorsitzenden Oberbaurat H. H. H.
unter Mitwirkung der Mitglieder

- 1) Karl T h u r m e r, Zimmermeister,
- 2) Wilh. W i e d m a n n, " "
- 3) Sebastian L ä m m l e, Holzer,
- 4) Georg F r e y, Gemeinderat,

für Recht:

- 1) Die Klage wird abgewiesen;
- 2) Die auf den Betrag von 36.000.- M festgesetzten Kosten
des Verfahrens sind vom Kläger zu tragen.

⁹²¹ Vorlage: Stadtarchiv Geislingen, G 190; Abdruck mit Genehmigung des Stadtarchivs Geislingen.

Tatbestand:

Der Kläger wurde am 27. Juli 1923 von der Beklagten, zu der er seit September 1922 als Hilfsarbeiter in einem Arbeitsverhältnis stand, fristlos entlassen, weil er an diesem Tage in der Hammerschmiede der Firma den Meister Wigrefe mit der rechten Hand auf die Brust gestossen und hierbei ausgerufen hat, er lasse sich nicht mit dem Hammer drohen, im weiteren Verlauf dieses Vorfalles auf den ausdrücklichen Einwand des Meisters, dass er ihm nicht drohen wolle, dem Meister den Handhammer aus der Hand riss und zu Boden warf.

Beweis: Die angestellte Zeugenvernehmung und die eigenen Angaben des Klägers.

Der Hergang des Vorfalles und damit auch das Ergebnis der Zeugenvernehmung ist für gegenwärtige Entscheidung unerheblich.

Entscheidungsgründe:

Nach der für den Betrieb der Beklagten giltigen Arbeitsordnung ist eine Kündigung durch den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer gegenseitig nicht vereinbart. Es stand also der Beklagten nach der Arbeitsordnung frei, den Kläger ohne Angabe eines Grundes jederzeit zu entlassen; das Vorliegen einer der Entlassungsgründe im Sinne vom § 123 der Gewerbeordnung war nicht Voraussetzung.

Bei dieser Sachlage kann § 84 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes vom 14. Februar 1920, Reichsges. Bl. Seite 147 keine Anwendung finden; Die Aussetzung des Verfahrens durch den Schlichtungsausschuss auf Grund von § 86 Abs. 2 desselben Gesetzes wird damit hinfällig.

Wenn hiernach für die Lösung des Arbeitsverhältnisses es unerheblich ist, ob ein gesetzlicher Entlassungsgrund vorliegt oder nicht, so kann wegen fristloser Entlassung und der sich daraus ergebenden Nachteile für den Entlassenen der Klagegeweg nicht beschritten werden.

Es war daher, wie geschehen, zu entscheiden.

Die Entscheidung bezüglich der Kosten beruht auf § 91 der C.P. O.

Ausserhalb der Entscheidung kam das Gericht einmütig zu der Auffassung, dass auch bei Vereinbarung einer vertraglichen gegenseitigen Kündigungsfrist der Klage in rechtlicher Hinsicht nicht hätte stattgegeben werden können. Die Zeugenvernehmung, insbesondere aber die Angaben des Privatklägers selbst, haben ergeben, dass der Privatkläger den Meister Wigrefe als Vertreter der Beklagten vor den Augen der übrigen Arbeiterschaft tätlich in einer Weise beleidigte, die geeignet war, den Meister im Ansehen der übrigen Arbeiter herabzuwürdigen. Wenn auch der Klage des Glaubens sein konnte, der Meister wolle ihn bedrohen, so hätte er andere Mittel zum Schutz seiner Interessen, z.B. die Anrufung des Arbeiterrats oder seines Arbeitgebers, wählen müssen. Ein tätlicher Angriff auf die Person des Meisters war ihm nach der allgemeinen Rechtsauffassung, wie sie sich auch aus § 123 Ziff. 5 der Gewerbeordnung ergibt, nicht erlaubt.

Ueber die noch unerörterte soziale Frage, ob die Entlassung nicht doch eine unbillige Härte bedeutet, hat nicht das Gericht sondern gemäss § 84 Abs. 1, Ziff. 4 und § 86, Abs. 1 des Betriebsrätegesetzes der Schlichtungsausschuss zu entscheiden.

Vorsitzender:

Oberbürgermeister *Jamm*

Yours sincerely
 Wm. Chapman
 20th March 1876

2. Klyschdampf: unter Brandeignung des
mehdank, in das Gefäß in der
flacke beifügt worden.
euffen, also ein gutmal
10 Klyschdampf und fließen zumal.

37. *Brill. unicolor*: *uniflorus* / *uniflorus* / *uniflorus*
uniflorus / *uniflorus* / *uniflorus*

Calcutta Simpson's Company: nur in
Majson's Company: Dornblitz -
als Aufsicht für den Verkauf von Waren.

Vppf. mündl. den Zungs
Jafst Heuster gela den n. m. m. m. m.
and m. d. y. s. d. p. n. z. w. g. l. e. x. t. i. k. i. g. e. n.
ganz hie angale n. d. o. B. H.

Vorant münden Salzstöb
Kosil

gefällt sofort und einverstanden:

Bitte daselbst dem Herrn Bürger
zu 400 Zwillingen mit dem besten
indischen Kalkstein zu versenden.

Anders Karlsson Laberstein kyrkan ja
Jämförig yttre byggnad.

Grünwald.

[illegible]

Löffmann sind auch For-
 stmeister und alt bekannt als
 Rth. Löffm. Unter-Forstmeister
 Kirchner fortin folgende
 vorerwähnte Forstmeister:
 1. J. Hammer, Papenburg
 2. W. A. F. Heusel, & Co.

[illegible]

Gerardus repetitum in Per-
tineat sub Mort, sedam abas
ipsum Auspiciationem in der
Kopfschmerz von 19. Febr. 1877.
nicht Merkmaligst nach an-
gezeigten.

Alles was ich Ihnen schreiben
möchte, ist Ihnen schon bekannt.
Ich habe nur noch ein paar
Zeilen zu schreiben.

der unerschöpflichen Gottlob
Kammer, Papstwahl, unzuf.
unzuf. so sehr berührt
wirden war. Götter und Menschen.

Es ist nicht möglich dass die
Muskeln mit einem Zug so
beansprucht werden konnten.

8 Muffenbilder ganz schön ge-
rissen und 12 Probieren ver-
sch. Auf der ersten Auswahl
der Pfitten konnten folgende
3 oder 4 Muffenbilder schön ge-
rissen werden, aber abhauen
musste der Pfitten aufsteh-
end gehen. Der Hl. musste,
um die Muffen zu zerreißen
zu können, vorwärts mit
seiner kolossalen Faust den
Pfitten vorwärts drängen zu
kann. Weiter Finger & Hammer
bei, daß einen aufmerks-
amen Arbeiter steht der-
artiges nicht möglich. Die
Muffen sei gut im Hand,
das Material ebenfalls gut.

2. Der Kupferstichbogen besteht
Hirschbäum, Papurontain
26 Zupra ult. must. unfein
an großer Kiste steht
unter, folgend Kisten:
Es ist unmöglich die
Kassina mit einem Kist
so zu beschreiben, dass zum
Anschauen von 2 bis 4
Kassabildern selbst sehr
eine große Anzahl. Der K
müß zu jeder Kassabild-
ung, unfein Kiste
unfein steht. Auch
ist mir in meiner jungen

Seheib ein charakteristischer Fall
von nicht vorgerathener.
Die Maffica ist noch mehr aus
der Material gut, der Einfluss
kann aber nicht von der Ma-
ffica liegen.

Man folgert die Konfirmation
der Fingern.

Das Fingerringe ist von
einer Beziehung der Fingern
ab, dagegen werden sie von
Verstärkung von selbst, ihren
Anlagen der Maffica ganz
zu verstehen.

1. der Fingerringe ist
Kritik d. d. Entsch. sind
selbst folgende sind:

Man muss sehr stark
wissen, dass man ab vor-
kommen, dass selbst d. d.
5 Maffica's sind, die
werden mit einem Fing.
Es sind weitere Maffica's
und aber selbst sehr
äußere Fingerringe
Auch ist mir ein charakteristischer
Fall von der Fingerringe
nicht bekannt.

Alles beruht auf
Fingerringe: d. d.

2. der Fingerringe ist
Kritik d. d. Entsch. sind:
Es ist ein Fall von der Ma-

möglichkeit, daß die Maffien bei vorübergehender Gebräuch so zugewiesen werden könnten. Bei der Kaffiedigen, der Maffien müßte eine kolossale Gussalt mitgekauft werden, denn wenn eine Tacht sonst fällt, so bleibt der Kaffien sofort mit der gleichen Talla stehen, was so mit der Tacht in Beziehung kommt.

Der Herr Hauptmann würde nunmehr den Abfluß eines Hauptflusses durch den Kl. abgelaufen, weshalb sich das Gussabgussig zu einer Zeit und nach Beendigung folgen.

Entscheidung:

Fälle, welche der vorsehenden Protieren sofort zugeordnet werden:

1. die Klagen des Kl. mit Begehung von 3000 wird als unbegründet abgewiesen, was gegen die Wahl. den Kl. seinen der Klanten so zu mit 20000 sofort zu begeben.

2. der Kl. ist der Wahl. den der der Maffien zugewiesenen Tache mit 80000 i. 20000 zu setzen.

3. die unterbreiteten Kosten gegenwärtig so Aufspaltung, mit 10000 sind 10000 Fungungsbefehl für den Fungung f. Klauß mit. also mit 20000 ist der Kl. zu setzen.

Ausführungsbefehl:

Der durch die Auslegung des Preuss.
Struktur- und Jugend gesetzfalls fest-
gestellt ist, dass der R. die ihm nach-
bricht Maffina vorzüglich und nicht-
wichtig befragt ist, so wenn der R.
nach §. 123 Str. 6 der Ges. O. befragt
der R. von der Einleitung einer Kiv.
beurteilt zu werden, so wenn der
für die R. ^{oder} ~~oder~~ unbegrenzt abge-
wiesen.

Denn ist der R. der R. der R. der R.
von der Maffina vorzüglich und
nichtwichtig (nach dem Gesetz) zu
wählen, ungenügend zu sein im
Gutachten von 2400 zu werden.

Aus der Ausführung in der
Gutachten folgt nach der Ausführung
im Kopfbuch.

Für die Ausführung
Vorstand des Landesgerichts
Hauptstadt Bonn.

Gerichtspr.
M. R.

8. Urteil des Kaufmannsgericht Tübingen vom 20/21.06.1912, Nr. 4 aus 1912⁹²⁴

Stadtarchiv Tübingen
Postfach 2540 72015 Tübingen
Alle Rechte beim Stadtarchiv
Tübingen. Veröffentlichung, Ver-
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mitschriftlicher Genehmigung
Signatur: A 150/5822, 1912/4

5.

Im Namen des Königs.

In der Rechtsache

Verkündet
am 20. Juni 1912
Gerichtsschreiber:
Klein

des Fräulein Bollinger, Contoristin

gegen Wilhelm Lehmann, Klempner

Plägerei,

Beflagter,

Urteil zugestellt an d
Plägerei
am
Zust. - Liste No.
Gerichtsschreiber:

Urteil zugestellt an d
Beflagten
am
Zust. - Liste No.
Gerichtsschreiber:

Vollstreckbare Ausfertigung
dem
erteilt am
Gerichtsschreiber:

Bemerkung über die Kosten-
zahlung:
Plägerei:
Befl.

Verzugsgestalt nach
L. 3. B. 3.

erkennt das Kaufmannsgericht Tübingen in der Sitzung vom 20. Juni 1912
durch den Vorsitzenden Kempf und die Beisitzer:

für Recht:

1. Der Beklagte hat folgenden Eid zu leisten:
„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, Allwissenden, daß nicht wahr ist, daß ich am Mittwoch den 12. Juni d. J. mittags zwischen 12 u. 1 Uhr zur Bekleidung gesagt habe, daß es keine Osterei von einem Klempner mehr mit einem Herrn Papieren zu geben. Daß ich bei Lauff aus dem Hauptgeschäftswirtschaft, wenn ich das früher gesagt habe, die Papieren in verpacktem von dem Klempner „Klein“ aufstehe.
Deswegen muß es sein, daß meine Frau zu demselben Zeit und aus dem Klempner Geschäft zu der Klagerin sagte: Ich werde es dem genannten Klempner - Herrn Klein - sagen, sie soll keinen Klempner mehr mit einem Klempner, das müßte ich zu wenig sein!“
„So wahr mir Gott helfe!“
Wenn Beklagter diesen Eid leistet, so wird die Klage kostenfällig abgewiesen.
Wenn Beklagter diesen Eid nicht leistet, wird der Klage stattgegeben u. der Beklagte verurteilt, der Klä- gerin 25 Mk zu zahlen, sowie die Kosten des Kaufmanns- samt dem Kopiergeld mit 1 Mk 50 Pf zu tragen.

Thatbestand und Gründe:

Der Kläger verlangt von der Beklagten die Bezahlung von —: 25. Mark — Pfg. mit der
in der Klage 1 enthaltenen Begründung; hierauf wird hier ausdrücklich Bezug genommen.

Bei dem am 19. Juni d. J. stattgefundenen Verhandlung vor
dem Vorsitzenden des Gerichts bestritt die Beklagte der Klägerin
gegenüber bei ihrem Einkauf ihrer letzten Kleidungsstücke irgend
welcher Art veräußert zu haben; auf ihre Frau habe das nicht zutrafen.
Die Einkäuferin hingegen auf den in der Urkunde nachgezeichneten
Kaufzettel. Auf den am 20. Juni auf Antrag der Beklagten
erfolgten Samstagsaufsuchung durch Vernehmung der Frau der Beklagten
als Zeugin, konnte das Gericht sich von dem wirklichen Vorfall eines
Veräußerung nicht verschaffen. Die Zeugin betrug aber,
wie der Beklagte, daß sie von ihrem Mann irgend eine Bekleidungs-
oder Putzstücke veräußert haben, während die Klägerin
auf den Kaufzettel der Zeugin gegenüber ihren Einkauf festzuhalten
nicht aufhört. Das Gericht sah sich daher veranlaßt, gemäß § 475.
des C. P. O. den Beklagten den im Protokoll nachgezeichneten
Zettel mitzulegen.

Hiervon was, man verstehen, zu verstehen.

J. d.

Vorsitzender
Lump

Präsident
Reise

Stadtarchiv Tübingen
Postfach 2540 72015 Tübingen

Alle Rechte beim Stadtarchiv
Tübingen. Veröffentlichung, Ver-
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mitschriftlicher Genehmigung
Signatur: A 150/5822, 1912/4

6

Gewerbegericht Tübingen.

Öffentliche Sitzung

am 21. Juni 1912

Anwesend:

Vorsitzender: Kempf

Beisitzer:

Arbeitgeber:

"

Arbeitnehmer:

"

Geschäftsreiber: Künze

In der Rechtsache

der Frida Bollinger, Pächterin,

Klägerin

gegen

Thilhelm Schramm, Klebmaler

Beklagter,

wegen Pfalkforderung

erschieden bei Aufruf

1. Kläger

2. Der Beklagte, Thilhelm Schramm, Klebmaler.

Am 20. Juni

Aus dem Ergebnis der mündlichen Verhandlung war
folgendes festzustellen:

Der Kläger stellte das Gesuch wie in der Klage 1.
Der Beklagte hat den ihm durch Wagn
20. Juni 1912. 15. Wagnabrechnung
anzulegen

Der Beklagte hat um kostenfähige Abweisung der Klage

Kauf erfolglos befragung über
die Bedeutung des fides und die Folgen
eines Entschlusses liegt der Beklagte
den fides ab.

Sitzungsprotokoll.

Die Klägerin war nun mit
ihrem Kragen kopfaufällig abzu-
weichen

J. b.

Hofplatzm. d.

Wing

Gewichtsprüfung
Heusel

9. Urteil des Gewerbegerichts Tübingen vom 30.08.1921⁹²⁵

6.

Stufentwertung!

Stadtarchiv Tübingen
Postfach 2540 72015 Tübingen

Alle Rechte beim Stadtarchiv
Tübingen: Veröffentlichung, Ver-
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mitschriftlicher Genehmigung
Signatur: A 150/5824
Verteilter 1921 Nr. 15

Im Namen des Königs.

In der Rechtsache

am 30. Aug. 1921. de s. Konrad Himmeler, Metalldruckers, wohnhaft in
Untertürkheim, Langestr. 75. II. - früher in Reutlingen

Kläger^s,

gegen Hermann Zanker Metallwarenfabrik

Beklagteⁿ,

Lohnforderung betreffend,

erkennt das Gewerbegericht Tübingen in der Sitzung vom 30. August 1921
durch den Vorsitzenden Polizeiamtmann Barth und die Beisitzer:
Walz, Karl, Buchbindermeister, Grabenstr. 33
Berthold, Otto, Gärtneraibes., im Geigerle
Binder, Ernst, Former in Derendingen
Karrer, August, Schreiner, Haagasse 7

für Recht:

1. Der Beklagte ist schuldig den anerkannten Anspruch des Klägers auf Zahlung seines rückständigen Lohnes von - : 141.75 M
2. die anerkannte Entschädigung für drei Urlaubstage im Jahre 1921 mit 24 Stunden à 4.50 Mk - : 114.75 M zu bezahlen; - : 256.50 M zusammen
3. Mit seinen weitergehenden Ansprüchen wird Kläger abgewiesen.

Streitwert 909 Mk

Vollstreckbare Ausfertigung

dem
erteilt am

Gerichtsschreiber:

Bemerk über die Kosten-
zahlung:

Kläger:

4. die auf den Betrag von - : 30. M - : festgesetzten Kosten des Ver-
fahrens, nemlich:

a) Gerichtsgebühr 30. M - :
b) Zeugen- und Sachverständigengebühren - : M - :

Thatbestand und Gründe:

Der Kläger verlangt von der Beklagten die Bezahlung von —: 209 Mark — Bfg. mit der in der Klage 1 enthaltenen Begründung; hierauf wird hier ausdrücklich Bezug genommen.

Der Kläger war zugestandenermassen v. 5. Janr. 1918 an im Geschäft des Beklagten tätig u. wohnte in Reutlingen. Das Arbeitsverhältnis war ein ungetrübtes bis inn der letzten Zeit der Beklagte an den Arbeiten des Klägers herumnörgelte u. dieser nichts mehr recht machen konnte. Am 13. Juli 21 kamen die Parteien in Streit u. auseinander und es verlangte Kläger seinen rückständigen Lohn von 141.75 Mk, wie er in der Klage liquidiert ist, sowie Nachzahlung von Urlaubszeiten für die zurückliegenden Jahre und für das Jahr 1921 mit zus.: 544.25 Mk, sowie Entschädigung wegen kündigungsloser Entlassung :- 423.- Mk.

Im Laufe der Verhandlung anerkannte Bekl. die Forderungen des Klägers für rückständigen Lohn mit —: 141.75 Mk, während er seine weitere Forderung für die beiden rückliegenden Jahre fallen lassen will, welche Forderung auch als nicht mehr begründet u. zeitlich unerfüllbar anzusehen ist.

Bezüglich der noch weiter gestellten Entschädigungsforderung wegen kündigungsloser Entlassung des Klägers für 12 Tage = 94 Stden. a 4.50 Mk ^{mit 423.-} konnte das Gericht nach dem Gang der heutigen Verhandlung, in welcher festgestellt wurde, dass sowohl der Kläger, als der Beklagte bei dem Vorfall am 13. Juli sich Ueberschreitungen der zwischen Arbeitgeber u. Arbeiter zulässigen Verkehrsweise haben zu schulden kommen lassen, dass aber der Kläger keineswegs berechtigt war, nachdem er seinen Standpunkt eben doch mit aller Energie vertreten hatte u. trotz seines zugegebenen Fehlers beim Drehen eines Messingmodells, den Arbeitsgeber mit einem Stahlstück zu bedrohen u. die Arbeitsstelle mit der Erklärung: „so, ich höre sofort auf“, die Hände zu waschen u. wegzugehen. Es war daher, wie geschehen, zu erkennen u. sein Anspruch abzuweisen.

Ein im Laufe der Verhandlung mehrfach versuchter
Vergleichsversuch war vergebens.

Die Kosten der Verhandlung sind jedem Teil zur Hälfte
zuzuscheiden. -§ 92 C.P.O.-

Der Vorsitzende:

ggy. Polizeiamtman *Gark*



Für die Urteilsfertigung!
Den 21. Sept 1921.
Gesichtspräsident
Geipel

Stadtarchiv Tübingen
Postfach 2540 72015 Tübingen

Alle Rechte beim Stadtarchiv
Tübingen. Veröffentlichung, Ver-
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mitschriftlicher Genehmigung
Signatur: *A 150/5824*
1921 Nr. 15

10. Urteil des Gewerbegerichts Tübingen vom 22.08.1923⁹²⁶

Stadtarchiv Tübingen
Postfach 2540 72015 Tübingen

Alle Rechte beim Stadtarchiv
Tübingen. Veröffentlichung, Ver-
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mit schriftlicher Genehmigung.
Signatur: A 150/5820
1923 Nr. 8

15.

Im Namen des Königs.
Im Namen des Volkes.

In der Rechtsache

Verkündet
am 22. Aug. 1923

Gerichtsschreiber:
Kantner

de in Kärwin Häfeln, Kropfengymn.

gegen Otto Hofmann, Gdalen

Plägersin,

Beflagte n,

Urteil zugestellt an d
Plägers

am

Zust. = Liste No.

Gerichtsschreiber:

Urteil zugestellt an d
Beflagten

am 24. Aug. 1923

Zust. = Liste No. 39

Gerichtsschreiber:
Kantner

Vollstreckbare Ausfertigung
best Kärwin

erteilt am 24. Aug. 1923

Gerichtsschreiber:
Kantner

Bemerk über die Kosten-
zahlung:

Plägers:

Bezl. 320 000. M

erkennt das Gewerbegericht Tübingen in der Sitzung vom 22. Aug. 1923
durch den Vorsitzenden R. R. Keller und die Beisitzer:

1. Brüdermannsche Wäld
2. Kleinmannsche Wäld
3. G. Prossdorf, Kärwin
4. O. Hofmann, Gdalen

für Recht: 1. der Beklagte wird verpflichtet, dem Kläger den Betrag 0.900000. M
2. zu zahlen.
3. der Beklagte wird verpflichtet, dem Kläger für die Zeit vom 1. Okt. 1923 bis zum 31. Okt. 1923
4. den Betrag 0.900000. M zu zahlen.
5. der Beklagte wird verpflichtet, dem Kläger für die Zeit vom 1. Okt. 1923 bis zum 31. Okt. 1923
6. den Betrag 0.900000. M zu zahlen.

6. die auf den Betrag von 320 000. M festgesetzten Kosten des Ver-
fahrens, nemlich:

- a) Gerichtsgebühr 320 000. M
- b) Zeugen- und Sachverständigengebühren 320 000. M

find von de 320 000. M zu tragen

Stadtarchiv Tübingen
Postfach 2540 72015 Tübingen

Alle Rechte beim Staat Archiv
Tübingen. Veröffentlichung, Ver-
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mitschriftlicher Genehmigung
Signatur: A150/5820

1923 Nr. 8

Thatbestand und Gründe:

Die Kläger verlangen von dem Beklagten die Bezahlung von ~~...~~ ~~...~~ mit der
in der Klage 1 enthaltenen Begründung, ~~hierin~~ ^{hierin} wird hier ausdrücklich Bezug genommen. ~~...~~ ~~...~~

[illegible]

Stadtarchiv Tübingen
Postfach 2540 72015 Tübingen

Alle Rechte beim Stadtarchiv
Tübingen. Veröffentlichung, Ver-
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mitschriftlicher Genehmigung
Signatur: A 150/5820

A 150/5820
1923 Nr. 8

[illegible]

[illegible]

11. Urteil des Landgerichts Tübingen vom 28.11.1923 auf das Urteil des Gewerbegerichts Tübingen vom 22.08.1923⁹²⁷

Hoffmann
 Anfertigung
 Aktenzeichen: *el 60/23*

Armensache der Klägerin.
 Stadtarchiv Tübingen
 Postfach 2540 72015 Tübingen

Urteil. Alle Rechte beim Stadtarchiv Tübingen. Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Weitergabe an Dritte zu diesen Zwecken nur mit schriftlicher Genehmigung.
 Signatur: *A 150/5820, 1923 Nr. 8*

S. 60

In Sachen des
 Gasthobesitzers Otto Hoffmann in Tübingen,

Derkündet
 am 28. XI. 1923
 cheurlen
 Gerichtsfreiber:

Beklagten, Berufungsklägers & Anschluß=
 berufungsbeklagten-
 — Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Schoffer in Tübingen—
 gegen
 die Dienstmagd Rosine Häfelin z. Zt. Schloss
 Mühlhausen i. E.,
 Klägerin, Berufungsbeklagte & Anschlussberufungs=
 klägerin-, *Beklagte*
 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Sailer in Tübingen—
 wegen Dienstlohnforderung
 hat die I. Zivilkammer — ~~Kammer des Landgerichts~~ — des Landgerichts zu Tübingen
 auf die mündliche Verhandlung vom 24. November 1923 durch
 den Landgerichts ~~Präsidenten~~ von Graner den Land=
 gerichtsrat Dr. Kautter und den Landrichter Haid,
 für Recht erkannt:

Auf die Berufung des Beklagten wird unter Zurück=
 weisung der Anschlussberufung der Klägerin das
 Urteil des Gewerbegerichts Tübingen vom 22.8.1923
 dahin
 abgeändert:

Die Klage wird abgewiesen. Die Klägerin hat an den
 Beklagten den Betrag in gesetzlichen Zahlungsmitteln
 zurückzuzahlen, der der Summe von 0,71 Goldmark nebst
 4 % Zinsen seit 24.8.1923 entspricht, auch die Kosten
 des Rechtsstreits in beiden Rechtszügen zu tragen.

Das Gewerbegericht
an Mühlhausen

T a t b e s t a n d.

Auf ein Zeitungsausschreiben des Beklagten nach einem „tüchtigen Fräulein für Hotelweißzeug, das im Nähen & Stopfem perfekt ist“, ^{ma. D. h.} welche sich Ende Juni 1923 die Klägerin und wurde am Fernsprecher vom Beklagten auf 1.7. 1923 eingestellt. Ein bestimmter Lohn und eine Kündigungsfrist wurden nicht vereinbart. Bezüglich des Lohnes wurde nur monatliche Zahlung bedungen & besprochen, dass er etwas unter dem Tariflohn bleiben solle. Das Bestehen eines örtlichen Tariflohnes für das Gasthofgewerbe hat allerdings das Arbeitsamt^s Tübingen auf Anfrage der Klägerin verneint. Neben dem Barlohn^e war ^{der} ~~das~~ Klägerin freie Station zugesichert. Sie ^{habe} ~~beschrieb~~ ihre Stellung nach den von ihr verrichteten Obliegenheiten als die einer Stütze und Weißzeugverwalterin, die die Hotelwäsche unter Aufsicht und Verschluss gehabt, dem Hotelpersonale ausgegeben und zu reinigen und auszubessern gehabt habe. Sie hält sich daher für eine höhere Angestellte i. S. des § 133a Gew. O., der nur auf das Ende eines Kalendervierteljahres mit ~~Einfaltung~~ ^{Einfaltung} seiner Frist von 6 Wochen gekündigt werden könne. Am 20.7.23 hat sie ihre Stellung verlassen, angeblich, weil der Beklagte sie grob beleidigt und aus seinem Hause gewiesen habe. Sie behauptete, sie habe infolge starken Unwohlseins, das sie ärztlich bescheinigt hat, am 18. & 20.7.23 den Tag über auf ihrem Zimmer und am erstgenannten Tage auch im Bette bleiben müssen, was den Beklagten verdrossen ^{habe}. Schon am 19.7. als sie ins Geschäft gekommen sei, habe es hiewegen eine Auseinandersetzung zwischen den Parteien gegeben. Tags darauf sei ihr die verpflegung nicht mehr auf ihr Zimmer gebracht worden ungeachtet ihrer Bitten darum. Der Beklagte habe sie veranlasst, zu den Mahlzeiten herunterzukommen, nachdem ~~er~~

Stadtarchiv Tübingen
Postfach 2540 72015 Tübingen

-- 3 --

Alle Rechte beim Stadtarchiv
Tübingen. Veröffentlichung, Ver-
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mitschriftlicher Genehmigung
Signatur:

A-150/5820
1923 Nr. 8

Morgen des 20.7. verschiedene Besorgungen in der Stadt
(Gänge auf die Krankenkasse, auf das Arbeitsamt, in die Apo-
theke) habe machen können. Bei der Auseinandersetzung am 19.
7. habe er zu ihr gesagt, „Hinter mich kommen Sie nicht!“
und habe ihr dabei mit der Hand gedroht, sie in eine Ecke
getrieben und ihr sein Haus verwiesen, da er eine kranke
Person nicht brauchen könne. Diese ungehörige Behandlung und
grobe Beleidigung hätten sie zu fristloser Kündigung berech-
tigt. Mit ihrer Klage beim Gewerbegericht Tübingen hat sie
ihren restlichen Juligehalt mit 300 000 M nebst Entschädigung
für freie Station für 12 Tage zu je 50 000 M = 600 000 M
sowie die Feststellung begehrt, dass der Beklagte ihr auch für
August & September den jeweils angemessenen Lohn und eine
angemessene Entschädigung für freie Station zu bezahlen habe.
Der Beklagte hat Klagabweisung beantragt und der Klägerin
die Stellung einer gehobenen Hotelangestellten, unter Hin-
weis auf seine Zeitung ^{Abreise} ~~ausgeschrieben~~, abgesprochen, wem sie
auch die von ihr angegebenen Verrichtungen in seinem Hotel
besorgt habe. Er hat bestritten, die Klägerin groß beleidigt
~~XXXXXXXX~~ und aus dem Hause gewiesen zu haben. Das Gewerbe-
gericht hat ohne Beweiseinzug durch Urteil vom 22.8.23 den
Beklagten nach dem Klageantrage verurteilt, indem es schon
in der Versagung der Bitte der Klägerin, ihr das Essen auf
ihr Zimmer während ihrer Krankheit zu bringen, ihre grund-
lose Entlassung erblickt jedenfalls einen Grund für die
Klägerin, ihrerseits fristlos zu kündigen. Auf dieses Urteil,
das nebst ^{der} darin erwähnten Klagebegründung verlesen wurde,
wird Bezug genommen. Hiegegen hat der Beklagte Berufung er-
hoben mit dem Antrag, unter Abänderung des Urteiles die Klage
abzuweisen und die Klägerin zur Rückzahlung der ihr auf
Grund des Urteiles am 24.8.23 II /21 bezahlten restlichen

Jülibezügen mit 900 000 M=0,71 Goldmark nebst 4 % Zinsen seit 23.8.23 zu verpflichten. Die Klägerin, die erst seit 1.10.23 eine neue Stellung als Dienstmädchen gefunden hat, hat um Zurückweisung der Berufung gebeten und sich ihrerseits der Berufung angeschlossen mit dem Antrage, ihr für Juli 23 0,71 Goldmark nebst 4 % Zinsen seit 23.8.23, für August 2,41 Goldmark nebst 4 % Zinsen seit 1.9. und für September 16,82 Goldmark nebst 4 % Zinsen seit 1.10.23 in gesetzlichen Zahlungsmitteln zu bezahlen, 1 Goldmark = $\frac{1}{4,2}$ Dollar, umgerechnet zum amtlichen Berliner Mittelbriefkurse am Tag vor der Zahlung. Der Beklagte hat die Zurückweisung der Anschlussberufung beantragt und seine Berufung an der Hand seines Schriftsatzes vom 7.9. II /1 begründet, worauf die Klägerin an der Hand ihrer schriftlichen Erklärung vom 31.11./12 erwidern ließ. Hierauf hat der Beklagte mit den Ausführungen seines Schriftsatzes vom 24.11. II/20 geantwortet und ausgeführt, er habe die Klägerin auch bei der Polizeibehörde als Flickerin angemeldet: Beweis seine Tochter. Sein Hotel sei nicht von dem Umfange, dass er eine eigene Weißzeugverwalterin benötige. Beweis: Sachverständigengutachten. Die Aufsicht über die Wäsche führe seine Frau, welche die Klägerin übrigens am Fernsprecher nur auf Probe eingestellt habe, da sie die Zeugnisse der Klägerin noch nicht gekannt habe, Beweis: Frau Hofmann. Auch im Hotel Continental in Stuttgart sei die Klägerin nach der Auskunft II /22 unter ähnlichen Umständen, wie beim Beklagten, ausgetreten. Es werde die Einholung einer Äußerung des Arbeitsamtes hier darüber beantragt, dass ein Tarifvertrag für das Gastwirtsgewerbe hier nicht bestehe. Der Anwalt der Klägerin trug noch vor, ihre Tätigkeit sei bei dem heutigen Werte der Wäsche eine äußerst verantwortungsvolle gewesen. Sie habe die Zimmermädchen unter sich gehabt. Eine derartige Stellung sei ein gehobene und

werde als solche auch durchweg in den beteiligten Verkehrskreisen angesehen: Beweis: der Verkehrsbeamte Fünfstück in Stuttgart. Der Landestarifvertrag, der auch für Tübingen gelte, sei bezüglich der verlangten Lohnsätze maßgebend. Dass er auch Bestimmungen über die Kündigungszeit und die Kündigungsgründe enthalte, könne nicht behauptet werden. Die polizeiliche Anmeldung der Klägerin sei ebensowenig wie das Zeitungsausschreiben des Beklagten ^amaßgebend für die Beurteilung der Dienststellung der Klägerin. Dass ^{ein} eine Einstellung der Klägerin nicht nur auf Probe erfolgt sei, werde schon durch den Brief des Beklagten vom 24.6.23 /28 widerlegt. Über den Auftritt zwischen den Parteien vom 29.7.23 ~~10~~ könne die Klägerin nichts Näheres vortragen, als was schon in der Klage behauptet sei.

Stadtarchiv Tübingen
Postfach 2540 72015 Tübingen

G r ü n d e .
=====

Alle Rechte beim Stadtarchiv
Tübingen. Veröffentlichung, Ver-
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mitschriftlicher Genehmigung
Signatur: *[Handwritten Signature]*

A 150/5820, 1923 Nr. 8

I. Die Berufung ist zulässig, weil die zur Zeit der Verkündung des angefochtenen Urteiles maßgebende Berufungssumme von ~~375 0000~~ ^{375 000 - M} (R.G.B.I. 1923, 614) gegeben ist. Der Anspruch der Klägerin für die Zeit vom ~~30.7.~~ ^{20. VII.} Ende September 1923 übersteigt diesen Betrag bei weitem.

II. Das Gewerbegericht war auch für die Entscheidung der Streitsache zuständig, denn die Klägerin gehört zu den Arbeitnehmer~~n~~ des Tit. VII der Gew.O. Sie war nicht eine für den Haushalt des Beklagten eingestellte Hilfskraft, sondern eine für seinen Gastwirtschaftsbetrieb bestimmte Gewerbegehilfin. Dass eine solche zu den Arbeitnehmern des Tit. VII. Gew.O. zählt, ist allgemein anerkannt. Dagegen hat das Berufungsgericht die Klägerin nicht ^{auf} als eine Betriebsbeamtin i.S. des § 133a Gew.O. angesehen, auch wenn ihr der Hotelweißzeug anvertraut war. Nicht jeder gewerbliche Angestellte, der eine verantwortliche Stellung im Gewerbe be-

kleidet, gehört in die Gruppe der Betriebsbeamten der § 133a das. sondern ^{mit} ein solcher, der mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder einer Abteilung des Betriebes beauftragt ist (Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte) oder mit höheren technischen Dienstleistungen betraut ist (Techniker, Zeichner, Chemiker & dergl.). Nach dem dem Gewichte bekannten Umfange des Hotels des Beklagten kann keine Rede davon sein, dass die Verwaltung des Hotelweißzeugs als eine eigene Abteilung des Hotelbetriebes anzusehen wäre. Nicht schon ^{früher} gehobene Stellung in einem Gewerbebetriebe rechtfertigt die Unterstellung des Inhabers der Stellung in die Gruppe der Betriebsbeamten. Nach der klaren gesetzlichen Begriffsbestimmung kann es nur darauf ankommen, ob die dienstlichen Obliegenheiten des Angestellten in den vom Gesetze beschriebenen Rahmen fallen. Es ist Sache der tatsächlichen Feststellung, ob der Gewerbebetrieb so zugeschnitten ist, dass er in verschiedene selbstständige Abteilungen gegliedert ist. Dies trifft jedenfalls bei dem Umfang des Hotelsbetriebs des Beklagten nicht zu. Es ist ^{darin} daher unerheblich, ob in Verbandskreisen die Weißzeugverwalterinnen, wie die Klägerin unter Beweis verstellt, unterschiedslos als Angestellte i. S. des § 133a angesehen werden. Da die Klägerin auch nicht behaupten konnte, dass eine längere als 14 tägige Kündigungsfrist vereinbart worden sei, trifft auch § 124a nicht auf sie zu. Es konnte also nicht aus einem ^{wichtigen} wichtigen Grunde schlechthin fristlos gekündigt werden, sondern nur aus einem der in § 124 aufgezählten Gründe, im vorliegenden Falle also nur dann, wenn der Beklagte sich einer Tötlichkeit oder groben Beleidigung gegen die Klägerin hatte zu Schulden kommen lassen.

3.) Das Berufungsgericht konnte der Meinung des angefochtenen Urteiles, es liege in der Versagung der Bitte der Klägerin

ihr am 20.7. wiederum wie am 18.7. das Essen auf ihr Zimmer zu bringen, eine fristlose Entlassung der Klägerin nicht beitreten. Es kann sich nur darum handeln, ob dieses Verhalten des Beklagten, der Klägerin einen Grund zur fristlosen Kündigung gegeben hat. Dies war zu verneinen. Denn darin lag keine grobe Beleidigung der Klägerin. Nachdem sie am Vormittage des 20.7. verschiedene Ausgänge in der Stadt gemacht, auch am vorangegangenen Tage ihre Arbeit wieder verrichtet hatte, konnte der Beklagte der Meinung sein, das Verlangen der Klägerin ihr das Essen aufs Zimmer zu bringen, sei eine unbegründete Zumutung. Wenn er daher ihre Bitte abgeschlagen hat, so konnte sie hiewegen nicht fristlos kündigen. Ebenso wenig stellt das behauptete Verhalten des Beklagten gegen sie vom 19.7. einen Kündigungsgrund dar. Eine Drohung genügt hiezu nach dem Gesetze noch nicht. Die Äußerung: „hinter mich kommen Sie nicht!“ enthält keine Beleidigung der Klägerin, jedenfalls keine grobe Beleidigung. Die Klägerin kann auch nicht behaupten, dass der Beklagte sie aus dem Haus gejagt, also ihre Dienste nicht mehr angenommen habe. Wenn er in der Aufregung geäußert hat, eine kranke Person, wie sie könne er nicht brauchen, sie gehöre, wenn sie krank sei, ins Krankenhaus, so liegt darin keine Zurückweisung ihrer Dienste. Die Klägerin hat also grundlos das Dienstverhältnis vorzeitig gelöst und ^{hier} ~~darum~~ nach § 628 2 BGBB. keinen Schadensersatz vom Beklagten beanspruchen. Ihre Klage war darum abzuweisen und ihre Anschlussberufung zurückzuweisen. Nach § 717 Abs. 2 ZPO. war sie auf Antrag des Beklagten zur Zurückzahlung der Urteilssumme zu verurteilen, die der Beklagte zur Abwendung der Vollstreckung des erstinstanzlichen Urteiles an sie bezahlt hat. Da die Klägerin hienach dem Beklagten auch jeden Schaden zu ersetzen hat, der ihm durch seine Zahlung entstanden ist,

Alle Rechte vorbehalten
Tübingen Veröffentlichung, Ver
vielfältigung oder Weitergabe
an Dritte zu diesen Zwecken nur
mitschriftlicher Genehmigung
Signatur A 150/5820, 1923 Nr. 8

hat sie ihm die Geldentwertung voll zu ersetzen, also den Wert von 0,71 Goldmark nebst Zinsen seit der Zahlung. Das Urteil war sonach, wie geschehen, abzuändern. Die Kosten waren nach § 91 ZPO. der Klägerin aufzuerlegen.

Graner.

Kautter.

Haid.

Vorstehende Ausfertigung wird beglaubigt.

Tübingen, den 17. Dezember 1923.

Gerichtsschreiberei des Landgerichts.



M. J. Schuler

Am 24. Dez. 1923

*ist dem Prozeßbevollmächtigten die S. klägerin
Antragstellerin Otto Hofmanns
dem Prozeßbevollmächtigten in Tübingen
Kollisionsantragstellung verbilligt worden*

Lfb

Gerichtsschreiberei des Landgerichts

M. J. Schuler

LITERATURVERZEICHNIS

Monographien, Handbücher und Beiträge in Festschriften

Bail, Arbeitgeber und Arbeitnehmer	Bail, Hugo; Das Rechtsverhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Handwerk, Industrie und Handelsgewerbe nach Reichsrecht; 2. Auflage; Berlin 1912
Baum, Das Recht des Arbeitsvertrages	Baum, Georg; Das Recht des Arbeitsvertrages – Zehn Vorträge an der Humboldt-Akademie; Leipzig 1911
Baum, Handbuch für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte	Baum, Georg; Handbuch für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; 2. Auflage; Berlin 1912
Becker, Arbeitsvertrag und Arbeits-verhältnis in Deutschland – vom Beginn der Industrialisierung bis zum Ende des Kaiserreichs	Becker, Martin; Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnis in Deutschland – vom Beginn der Industrialisierung bis zum Ende des Kaiserreichs; Frankfurt am Main 1995
Becker, Arbeitsvertrag und Arbeits-verhältnis in Deutschland – während der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus	Becker, Martin; Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnis in Deutschland – während der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus; Frankfurt am Main 2005
Bernert, Arbeitsverträge im 19. Jahrhundert	Bernert, Günther; Arbeitsverhältnisse im neunzehnten Jahrhundert – eine kritische dogmatische Analyse der rechtswissenschaft-lichen Lehren über die allgemeinen Inhalte der Arbeitsverträge und Arbeitsverhältnisse im 19. Jahrhundert in Deutschland; Marburg 1972
Brand, Bd. I	Brand, Jürgen; Untersuchungen zur Entstehung der Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland – Zwischen genossenschaft-licher Standesgerichtsbarkeit und kapitalisti-scher Fertigungskontrolle; 1. Band; Paffenweiler 1990
Brand, Bd. II	Brand, Jürgen; Untersuchungen zur Entstehung der Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland – Von der Ehre zum Anspruch; 2. Band; Frankfurt am Main 2002
Brand, Bd. III	Brand, Jürgen; Untersuchungen zur Entstehung der Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland – Die Rechtsprechung der rheinischen Gewerbegerichte von 1840 bis 1891 unter besonderer Berücksichtigung des Gewerbegerichts in Elberfeld; 3. Band; Frankfurt am Main 2008
Brockhaus	Brockhaus; Enzyklopädie in 30 Bänden; 21. Auflage; Leipzig 2006
Bühler, Öffentlich-rechtliche Grundlagen	Bühler, Ottmar; Öffentlich-rechtliche Grund-lagen; Berlin 1926
Coing III/3	Coing, Helmut; Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte; Gesetzgebung zum allgemeinen Privatrecht – Gesetzgebung zu den privat-rechtlichen Sondergebieten; Band 3, Teilband 3; München 1986
Deutsches Rechts-Lexikon	Deutsches Rechts-Lexikon; Hrsg. Tilch, Horst; 2. Band; 2. Auflage; München 1992
Schicker, Gewerbeordnung für das Deutsche Reich	Die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich nach neuestem Stande; Hrsg. von Schicker, Karl; 4. Auflage; Stuttgart 1901
Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. I	Dokumente zur deutschen Verfassungs-geschichte; Hrsg. Huber, Ernst Rudolf; 1. Band: Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850; Stuttgart 1978;
Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. II	Dokumente zur deutschen Verfassungs-geschichte; Hrsg. Huber, Ernst Rudolf; 2. Band: Deutsche Verfassungsdokumente 1851-1900; Stuttgart 1986
Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. III	Dokumente zur deutschen Verfassungs-geschichte; Hrsg. Huber, Ernst Rudolf; 3. Band: Deutsche Verfassungsdokumente 1901-1918; Stuttgart 1990

Duden, Lexikon A-Z	Duden; Lexikon A-Z; Hrsg. Meyers Lexikonredaktion; 8. Auflage; Mannheim 2002
Düringer/Hachenburg, Kommentar zum HGB	Düringer, Adelbert / Hachenburg, Max / Geiler, Karl / Flechtheim, Julius; Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897; 1. Band; 2. Auflage; Mannheim 1908
Eisenhardt, Deutsche Rechtsgeschichte	Eisenhardt, Ulrich; Deutsche Rechts-geschichte; 4. Auflage; München 2004
Erdel, Bd. II, Individuelles Arbeitsrecht	Erdel, Anton; Das Arbeitsrecht; 2. Band: Individuelles Arbeitsrecht (Recht des Arbeitsvertrags); Leipzig 1924
Flatow, Kommentar zum BRG	Flatow, Georg; Kommentar zum Betriebsrätegesetz; Berlin 1920
Gebhard-Kocka, Das lange 19. Jahrhundert	Gebhard – Handbuch der deutschen Geschichte, Das lange 19. Jahrhundert: Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft; bearbeitet von Kocka, Jürgen; 13. Band; 10. Auflage; Stuttgart 2001
Gebhard-Lenger, Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung	Gebhard – Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung; bearbeitet von Lenger, Friedrich; 15. Band; 10. Auflage; Stuttgart 2003
Gebhard-Berghahn, Das Kaiserreich 1871-1914	Gebhardt – Handbuch der deutschen Geschichte, Das Kaiserreich 1871-1914, Industriegesellschaft, bürgerliche Kultur und autoritärer Staat; bearbeitet von Berghahn, Volker; 16. Band; 10. Auflage; Stuttgart 2006
v. Gierke, Deutsches Privatrecht	von Gierke, Otto; Deutsches Privatrecht; 3. Band: Schuldrecht; München 1917
v. Gierke, Die soziale Aufgabe des Privatrechts	von Gierke, Otto; Die soziale Aufgabe des Privatrechts; Vortrag gehalten am 05. April 1889 in der juristischen Gesellschaft zu Wien; Berlin 1889
Globig, Gerichtsbarkeit als Mittel sozialer Befriedigung, dargestellt am Beispiel der Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland	Globig, Klaus; Gerichtsbarkeit als Mittel sozialer Befriedigung, dargestellt am Beispiel der Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland; Frankfurt am Main 1985
Groh, Deutsches Arbeitsrecht	Groh, Wilhelm; Deutsches Arbeitsrecht; Breslau 1924
Hähnchen, Rechtsgeschichte	Hähnchen, Susanne; Rechtsgeschichte – Von der Römischen Antike bis zur Neuzeit; 4. Auflage; Heidelberg 2012
Haidlen, Kommentar zum BGB	Haidlen, Oskar; Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz; 1. Band; Stuttgart 1897
Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte	Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte; Hrsg. Fischer, Wolfram / Van Houtte, Jan / Kellenbrenz, Hermann / Mieck, Ilja / Vittinghoff, Friedrich; Band 5: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg; Stuttgart 1985
Handwörterbuch der Rechtswissenschaft [-Bearbeiter], Bd. I	Handwörterbuch der Rechtswissenschaft; Hrsg. Stier-Somlo, Fritz / Elster, Alexander; 1. Band; Berlin 1926
Handwörterbuch der Rechtswissenschaft [-Bearbeiter], Bd. II	Handwörterbuch der Rechtswissenschaft; Hrsg. Stier-Somlo, Fritz / Elster, Alexander; 2. Band; Berlin 1927
Handwörterbuch der Rechtswissenschaft [-Bearbeiter], Bd. V	Handwörterbuch der Rechtswissenschaft; Hrsg. Stier-Somlo, Fritz / Elster, Alexander; 5. Band; Berlin 1928
Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. II	Henning, Friedrich-Wilhelm; Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands; Band 2: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert; Paderborn 1996
Henning, Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. III/1	Henning, Friedrich-Wilhelm; Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands; Band 3: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; 1. Teilband: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik 1914 bis 1932; Paderborn 2003
Hueck, Das Arbeitsvertragsrecht	Hueck, Alfred; Das Arbeitsvertragsrecht; Stuttgart 1922

Hueck/Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts	Hueck, Alfred / Nipperdey, Hans Carl; Lehrbuch des Arbeitsrechts; Berlin 1928
Immerwahr, Die Kündigung	Immerwahr, Walter; Die Kündigung historisch und systematisch dargestellt; Breslau 1898
Jacobi, Einführung in das Gewerbe- und Arbeiterrecht	Jacobi, Erwin; Einführung in das Gewerbe- und Arbeiterrecht; 3. Auflage; Leipzig 1922
Kaskel, Arbeitsrecht 1. Auflage	Kaskel, Walter; Arbeitsrecht; 1. Auflage; Berlin 1925
Kaskel, Arbeitsrecht 3. Auflage	Kaskel, Walter; Arbeitsrecht; 3. Auflage; Berlin 1928
Kaskel, Die Arbeitsgerichtsbarkeit	Kaskel, Walter; Die Arbeitsgerichtsbarkeit; Berlin 1929
Kittner, Arbeitskampf	Kittner, Michael; Arbeitskampf – Geschichte – Recht – Gegenwart; München 2005
Klippel in Geschichtliche Rechtswissenschaft: Ars tradendo innovandoque aequitatem sectandi – Freudesgabe für Alfred Söllner	Klippel, Diethelm; „Lohnarbeitsvertrag in Naturrecht und Rechtsphilosophie des 18. und 19. Jahrhunderts“ in Geschichtliche Rechtswissenschaft: Ars tradendo innovandoque aequitatem sectandi – Freudesgabe für Alfred Söllner; S. 161 ff.; Gießen 1990
Köbler, Bilder aus der deutschen Rechtsgeschichte	Köbler, Gerhard; Bilder aus der deutschen Rechtsgeschichte: von den Anfängen bis zur Gegenwart; München 1988
Köbler, Zielwörterbuch	Köbler, Gerhard; Zielwörterbuch europäischer Rechtsgeschichte; 4. Auflage; Gießen-Lahn 2007
Arbeitsgerichtsgesetz [-Bearbeiter]	Kommentar zum Arbeitsgerichtsgesetz, Hrsg. Germelmann, Claas-Hinrich / Mattes, Hans-Christoph / Müller-Glöße, Rudi / Prütting, Hanns; 6. Auflage; München 2008
Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung	Kommentar zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, Hrsg. von Landmann, Robert/Rohmer, Gustav; 2. Band; 7. Auflage, München 1925
Korsch, Arbeitsrecht für Betriebsräte	Korsch, Karl; Arbeitsrecht für Betriebsräte; Leipzig 1922
Laufs, Rechtsentwicklungen in Deutschland	Laufs, Adolf; Rechtsentwicklungen in Deutschland; 6. Auflage; Berlin 2006
Laurisch, Führer für Arbeitgeber und Arbeiter durch die Gewerbe- und Arbeiterschutzgesetz	Laurisch, G.; Führer für Arbeitgeber und Arbeiter durch die Gewerbe- und Arbeiterschutzgesetze; Berlin 1901
Lehmann/Ring, Kommentar zum HGB	Lehmann, Karl / Ring, Viktor; Das Handelsgesetzbuch für das Deutsche Reich; 1. Band; Berlin 1902
Lexikon des Arbeitsrechts	Lexikon des Arbeitsrechts; Hrsg. Elster, Alexander / Luppe, Hermann / Clauß, Felix / Hog, Hermann; Jena 1910
Lotmar, Der Arbeitsvertrag – Nachdruck von Rehbinder	Lotmar, Philipp; Der Arbeitsvertrag; Nachdruck Hrsg. Rehbinder, Manfred – Schriftenreihe zur Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung; 82. Band; Berlin 2001
Lucas, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung	Lucas, Erhard; Zwei Formen von Radikalisierungen in der deutschen Arbeiterbewegung; Frankfurt am Main 1976
Melsbach, Deutsches Arbeitsrecht	Melsbach, Erich; Deutsches Arbeitsrecht – zu seiner Neuordnung; Berlin 1923
Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches	Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich; 2. Band; Recht der Schuldverhältnisse; Amtliche Ausgabe; Berlin 1888
Oertmann, Deutsches Arbeitsvertragsrecht	Oertmann, Paul; Deutsches Arbeitsvertragsrecht; Berlin 1923
Ploetz [-Bearbeiter], Deutsche Geschichte	Ploetz; Deutsche Geschichte: Epochen und Daten; Hrsg. Conze, Werner / Hentschel, Volker; 6. Auflage; Freiburg 1996
Ploetz [-Bearbeiter], Lexikon der deutschen Geschichte	Ploetz; Lexikon der deutschen Geschichte; Freiburg 1999
Potthoff, Probleme des Arbeitsrechts	Potthoff, Heinz; Probleme des Arbeitsrechts – Rechtspolitische Betrachtungen eines Volkswirtes; Jena 1912
Potthoff, Wörterbuch des Arbeitsrechtes	Potthoff, Heinz; Wörterbuch des Arbeitsrechtes – Praktisches Handbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten; Stuttgart 1920

Ramm, Einführung in das Privatrecht/ Allgemeiner Teil des BGB	Ramm, Thilo; Einführung in das Privatrecht – Allgemeiner Teil des BGB; 1. Band; München 1974
Ramm in Festschrift für Walter Mallmann	Ramm, Thilo; „Die Arbeitsverfassung des Kaiserreichs“ in Festschrift für Walter Mallmann; Baden-Baden 1978
Ramm, Entwürfe zu einem Deutschen Arbeitsvertragsgesetz	Ramm, Thilo; Einführung zu einem Deutschen Arbeitsvertragsgesetz mit dem Arbeitsgesetzbuch der DDR von 1990 und dem österreichischen Entwurf einer Teilkodifikation des Arbeitsrechts von 1960; Frankfurt am Main 1992
Reichold, Arbeitsrecht	Reichold, Hermann; Arbeitsrecht, Lehrbuch nach Anspruchsgrundlagen; 4. Auflage; München 2012
Repertorium ungedruckter Quellen zur Rechtsprechung	Repertorium ungedruckter Quellen zur Rechtsprechung; Deutschland 1800 – 1945; Hrsg. Dölemeyer, Barbara; 2. Halbband; Frankfurt am Main 1995
Ritter/Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich	Ritter, Gerhard/Tenfelde, Klaus; Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914; Bonn 1992
Sawall, Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit	Sawall, Sandra; Die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit; Aachen 2007
Schlosser, Neuere Europäische Rechtsgeschichte	Schlosser, Hans; Neuere Europäische Rechtsgeschichte; München 2012
Schollmeyer, Recht der einzelnen Schuldverhältnisse	Schollmeyer, Friedrich; Das Recht der einzelnen Schuldverhältnisse im Bürgerlichen Gesetzbuch; 2. Auflage; Berlin 1904
Schwarz, Arbeitsrecht – Wirtschaftsrecht	Schwarz, Otto Georg; Arbeitsrecht, Wirtschaftsrecht; Berlin 1925
Senn/Gschwend/de Mortanges, Rechtsgeschichte	Senn, Marcel / Gschwend, Lukas / de Mortanges, René Pahud; Rechtsgeschichte auf kulturgeschichtlicher Grundlage; 2. Auflage; Zürich 2007
Sigel, Der gewerbliche Arbeitsvertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch	Sigel, Walter; Der gewerbliche Arbeitsvertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch; Stuttgart 1903
Sinzheimer, Grundzüge des Arbeitsrechts	Sinzheimer, Hugo; Grundzüge des Arbeitsrechts; Jena 1921
Soder – „Arbeiterin Marie Sponer“ in Popp, Gedenkbuch 20 Jahre österreichische Arbeiterinnenbewegung	Soder, Martin; „Hausarbeit und Stammtischsozialismus: Arbeiterfamilie und Alltag im deutschen Kaiserreich – Arbeiterin Marie Sponer“; Hrsg. Popp, Adelheid; Gedenkbuch 20 Jahre österreichische Arbeiterinnenbewegung; Wien 1912
Söllner in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte	Söllner, Alfred; „Der industrielle Arbeitsvertrag in der deutschen Rechtswissenschaft des 19. Jahrhunderts“ in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Hrsg. Walter Wilhelm; Frankfurt am Main 1972
Staub's Kommentar zum Handelsgesetzbuch	Staub's Kommentar zum Handelsgesetzbuch; Hrsg. Könige, Heinrich/Pinner, Albert/Bondi, Felix; 9. Auflage, Berlin 1912
Süß, Deutsche Schreibschrift	Süß, Harald; Deutsche Schreibschrift; München 2002
Thiele, Die Auflösung von Arbeitsverhältnissen	Thiele, Michaela; Die Auflösung von Arbeitsverhältnissen aufgrund Anfechtung und außerordentlicher Kündigung nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts (1927-1945); Frankfurt am Main 2000
Thöl, Handelsrecht	Thöl, Heinrich; Das Handelsrecht; 1. Band; 6. Auflage; Leipzig 1879
Vogt[-Bearbeiter], Deutsche Geschichte	Vogt, Martin; Deutsche Geschichte – von den Anfängen bis zur Gegenwart; 4. Auflage; Stuttgart 1997
Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3	Wehler, Hans-Ulrich; Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs; 2. Auflage; München 2006
Weiss in 100 Jahre deutscher Arbeitsgerichtsverband	Weiss, Jochen; „Von den Gewerbegerichten zu den Arbeitsgerichten“ in Die Arbeitsgerichtsbarkeit – Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Deutschen Arbeitsgerichtsverbandes; S. 75 ff.; Neuwied 1994

Wesel, Geschichte des Rechts	Wesel, Uwe; Geschichte des Rechts, Von den Frühformen bis zur Gegenwart; 3. Auflage; München 2006
Windscheid, Lehrbuch des Pandektenrechts	Windscheid, Bernhard; Lehrbuch des Pandektenrechts; 2. Band; 7. Auflage; Frankfurt am Main 1891

Beiträge in Zeitschriften

von Blume	„Über das Verhältniß des § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu den §§ 123, 124, 124a der Reichsgewerbeordnung“ in Verwaltungsarchiv 1899, S. 481 ff.
Dankwardt	„Der Arbeiter-Vertrag“ in Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts; 1875 (24 Band), S. 228 ff.
Dankwardt	„Die locatio conductio operis“ in Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts; 1874 (23. Band), S. 299 ff.
Flatow	„Kritiklosigkeit in arbeitsrechtlichen Spruchsammlungen.“ in GKG 28, Sp. 98 f.
Hilfe	„Entschädigungsansprüche aus Arbeitskämpfen“ in Blätter für Rechtsanwendung; 1906, (71. Band), S. 549 ff.
Holdheim, Paul	„Der Arbeits-Vertrag in seiner systematischen Stellung“ in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1874, S. 247 ff.
Kallee, Albert	„Das Kriessprozessrecht und das Verfahren vor den Gewerbegerichten und den Kaufmannsgerichten“, in GKG 21, Sp. 161 ff.
Kallee, Albert	„Kritiklose Spruchsammlungen“ in GKG 28, Sp. 118 ff.
Krause, Hermann	„Der deutschrechtliche Anteil an der heutigen Privatrechtsordnung“ in JuS 1970, S. 313 ff.
Leinemann, Wolfgang	„Die geschichtliche Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit bis zur Errichtung des BAG“ in NZA 1991, S. 961 ff.
Linsenmaier, Wolfgang	„Von Lyon nach Erfurt – Zur Geschichte der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit“ in NZA 2004, 401 ff.
Löwisch, Manfred; v. Langsdorff, G.-H.	„Gesetzgebung und Rechtsprechung zum Wirtschafts-Unternehmens- und Arbeitsrecht seit der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund“ in JuS 1973, S. 9 ff.
Mayer-Maly, Theo	„Vorindustrielles Arbeitsrecht“ in RdA 1975, S. 59 ff.
Mayer-Maly, Theo	„Römische Grundlagen des modernen Arbeitsrechts“ in RdA 1967, S. 281 ff.
Müller	„Über zwingende und nachgiebige Rechtsnormen nach Bürgerlichem Gesetzbuche“ in Blätter für Rechtsanwendung 1901, S. 21 ff.
Neumann	„Sofortige Kündigung aus wichtigem Grunde“ in Jahrbuch des Berliner Kaufmannsgerichts 1910, S. 86 ff.
Ogris, Werner	„Geschichte der Arbeitsrechts vom Mittelalter bis in das 19. Jahrhundert“ in RdA 1967, S. 286 ff.
Planck, Gottlieb	„Zur Kritik des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich“ in AcP 1889 (75. Band), S. 327 ff.
Riß	„Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte“ in Deutsche Richterzeitung 1911, Sp. 792 ff.
Schalhorn	„Aus der Kriesspraxis des Gewerbegerichts Berlin“ in GKG 23, Sp. 169 ff.
Schmoller, Gustav	„Die Natur des Arbeitsvertrags und der Kontraktbruch“ in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1874, S. 449 ff.
Wenzel, Leonhard	„75 Jahre deutsche Arbeitsgerichtsbarkeit Rückblick auf die Geschichte eines Gerichtszweigs“ in JZ 1965, S. 697 ff.

Entscheidungssammlungen

Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. I	Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Hrsg. Wölbing / Neumann / Schultz; 1. Band; Berlin 1925
Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Bd. II	Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Hrsg. Wölbing / Neumann / Schultz; 2. Band; Berlin 1927
Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Jg. S.	Arbeitsrecht – Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten; Hrsg. Potthoff, Heinz/ Sinzheimer, Hugo; ab 1914 Stuttgart
Aus der Praxis des Gewerbegerichts Berlin 1903	Das Gewerbegericht Berlin; Hrsg. v. Schulz, Ma x/ Schalhorn, Reinhold; Berlin 1903
Aus der Praxis des Gewerbegerichts Berlin 1913	Aus der Praxis des Gewerbegerichts Berlin; Hrsg. Schulz / Schalhorn; Berlin 1913
Das Arbeitsrecht in der Praxis, Bd.	Das Arbeitsrecht in der Praxis – eine Halbjahresschau; Hrsg. Goerring, Franz; Bände 1 – 5, München ab 1924
Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Arbeitsrecht, Bd. I	Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Arbeitsrecht; Hrsg. Dersch Hermann / Flatow, Georg / Hueck, Alfred / Nipperdey, Hans Carl; 1. Band 1919 bis 1926; 2. Auflage; Mannheim 1927
Entscheidungen des Gewerbegerichts zu Berlin 1898	Entscheidungen des Gewerbegerichts zu Berlin unter Berücksichtigung der Praxis anderer deutscher Gerichte; Hrsg. Unger, Emil; Berlin 1898
Hoeninge r/Schulz/Wehrle, Jahrbuch des Arbeitsrechts	Jahrbuch des Arbeitsrechts; Hrsg. Hoeninge r / Schulz / Wehrle; 1. Band: 1918 bis 1920; Mannheim 1918
Jahrbuch des Kaufmannsgerichts Berlin [<i>Jahresangabe</i>]	Jahrbuch des Kaufmannsgerichts Berlin; Hrsg. Unger, Emil; Berlin 1908, 1910, 1912
Potthoff/Jadesohn/Meissinger, Rechtsprechung des Arbeitsrechts, Entscheidung(en)	Potthoff / Jadesohn / Meissinger – 9000 Entscheidungen in 5000 Nummern 1914-1927 in einem Band systematisch geordnet; 2. Auflage; Stuttgart 1927

Bereits erschienen

Rechtskultur Wissenschaft

Band 1; Martin Löhnig, Die Justiz als Gesetzgeber: Zur Anwendung nationalsozialistischen Rechts in der Nachkriegszeit; 2010; ISBN: 978-3-86646-401-8; 29,90 Euro

Band 2; Martin Löhnig (Hrsg.), Zwischenzeit: Rechtsgeschichte der Besatzungsjahre; 2011; ISBN: 978-3-86646-403-2; 39,00 Euro

Band 3; Lena Stern, Der Strafgrund der Bekenntnisbeschimpfung; 2011; ISBN: 978-3-86646-404-9; 39,00 Euro

Band 4; Ricardo Gómez Rivero, Die Königliche Sanktion der Gesetze in der Verfassung von Cádiz; 2011; ISBN: 978-3-86646-405-6; 39,00 Euro

Band 5; Ignacio Czeguhn/Sánchez Aranda (Hsrg.), Vom Diener des Fürsten zum Diener des Rechts: Zur Stellung des Richters im 19. Jahrhundert; Del servicio al Rey al servicio de la Justicia: el cargo de juez en el siglo decimonónico; 2011; ISBN: 978-3-86646-406-3; 39,00 Euro

Band 6; Achim Geisenhanslüke/Martin Löhnig (Hsrg.), Infamie - Ehre und Ehrverlust in literarischen und juristischen Diskursen ; 2012; ISBN: 978-3-86646-407-0; 30,00 Euro

Band 7; Georg Heiß, Dr. Karl Friedrich Ritter von Heintz - Königlich Bayerischer Staatsminister der Justiz 1848/49 Leben und Wirken, 1. Auflage 2012; ISBN: 978-3-86646-408-7; 49,00 Euro

Band 8; Hans-Georg Hermann/Hans-Joachim Hecker (Hrsg.), Rechtsgeschichte des ländlichen Raums in Bayern, 1. Auflage 2012; ISBN: 978-3-86646-410-0; 39,00 Euro

Band 9; Antonio Sánchez Aranda/Martin Löhnig (Hrsg.), Justizreform im Bürgerlichen Zeitalter - Rechtentwicklungen in Spanien und Deutschland, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646-412-4; 35,00 Euro

Band 10; Alexandra Maier, Geschiedenenunterhalt in Deutschland im 19. Jahrhundert, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646411-7; 49,00 Euro

Band 11; Franz Birndorfer, Der erstinstanzliche Prozessalltag 1938 bis 1949 anhand der Ehescheidungsakten des Landgerichts Amberg, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646415-5; 59,00 Euro

Band 12; Nikolas Smirra, Die Entwicklung der Strafzwecklehre in Frankreich - Vom Vorabend der Revolution bis zum Ende des 1. Weltkrieges, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-418-6; 49,00 Euro

Band 13; Markovic Dejan, „Nicht erforderlich, überspannt, bürokratisch und daher verfehlt“? Beschränkungen der Verfügungsbefugnis über landwirtschaftliche Flächen in Bayern im 20. Jahrhundert, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-419-3; 49,00 Euro

Band 14; Löhnig/Czeguhn (Hrsg.), Die spanische Verfassung von 1812: Der Beginn des europäischen Konstitutionalismus; La Constitución española de 1812: El comienzo del constitucionalismo europeo; 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-421-6; 49,00 Euro

Band 15; Sonnenschein Manuela, Entnazifizierung nationalsozialistischen Arbeitsrechts - Die Rechtsprechungstätigkeit nord-rhein-westfälischer Arbeitsgerichte 1945-1949, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-423-0; 39,00 Euro

Band 16; Löhnig/Preisner/Schlemmer (Hrsg.), Krieg und Recht - Die Ausdifferenzierung des Rechts von der ersten Haager Friedenskonferenz bis heute, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-424-7; 49,00 Euro

Band 17; Roeckl Philipp Paul, Geschichte der Genossenschaftsgesetzgebung im Königreich Bayern, 1. Auflage 2015; ISBN: 978-3-86646-424-7

Rechtskultur Dogmatik

Band 1; Florian Weichselgärtner, Das AGG im Sport: Diskriminierungen im Sport, 1. Auflage 2011; ISBN: 978-3-86646-402-5; 39,90 Euro

Band 2; Marina Schäuble, Erwerbsobliegenheit im Betreuungsunterhalt, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646-413-1; 39,90 Euro

Band 3; Rebecca Zeller, Haftungsbeschränkungen des BGB - Funktion und Wirkungsweise, 1. Auflage 2013; ISBN: 978-3-86646-416-2; 49,00 Euro

Band 4; Andreas Pichlmeier, Schnittmengen und Wechselwirkungen von Zugewinnausgleich und Unterhalt - Zum Problem der doppelten Verwertung von Vermögenspositionen, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-86646-422-3; 39,90 Euro

Band 5; Andreas Gietl, Abstammung - Dogmatik einer normativen Kategorie, 1. Auflage 2014; ISBN: 978-3-86646-426-1; 49,00 Euro

Edition Rechtskultur

Harald Derschka, Rainer Hausmann, Martin Löhnig (Hrsg.); Festschrift für Hans-Wolfgang Strätz zum 70. Geburtstag; 2009; ISBN: 978-3-86646-400-1; 198,00 Euro

Hans-Jürgen Becker; Festschrift zum 75. Geburtstag: Aspekte weltlicher und kirchlicher Rechtskultur - Ausgewählte rechtshistorische Aufsätze, 2014; ISBN: 978-3-86646-425-4; 179,00 Euro

Leserservice & Bestellungen

www.Edition-Rechtskultur.de
eine Reihe der H. Gietl Verlag & Publikationsservice Gmbh, Regensburg
E-Mail: info@Edition-Rechtskultur.de
Fax. 09402/9337 - 24 • Tel. 09402/9337 - 0